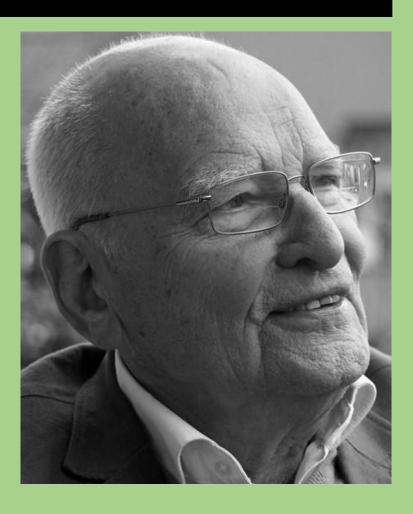
Kurt Pätzold

Wahn und Kalkül



Der Antisemitismus mit dem Hakenkreuz

Aufsätze, Vorträge, Rezensionen

Herausgegeben von Friedrich-Martin Balzer

Marburg 2023

Kurt Pätzold Wahn und Kalkül

Der Antisemitismus mit dem Hakenkreuz Aufsätze, Vorträge, Rezensionen

Herausgegeben von Friedrich-Martin Balzer

Marburg 2023

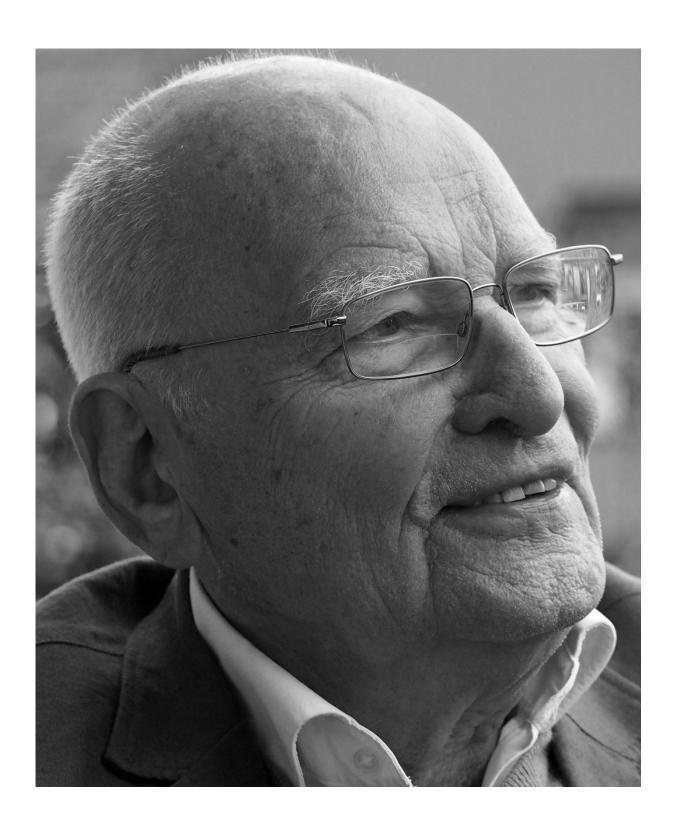


Foto: Friedrich-Martin Balzer

Inhalt

Statt einer Einleitung "Ich danke Dir, Mutter! Vergib mir!"	6
I. Holocaust	11
"Erst wenn die Juden fliehen …" Ein Prozess in München 1929	11
Antisemiten in Aktion. Der braune Mob auf Deutschlands Straßen	13
"Arierparagraph" und "Frontkämpferklausel". 7. April 1933: das erste antijüdische Gesetz der Naziregierung wird verkündet	17
Wahn und Kalkül. 15. September 1935: Die Verkündung der Nürnberger Gesetze	21
Der Pogrom des 9./10. November 1938.	
Voraussetzungen – Ursachen – Interessen	28
"Mein Name ist Hase". Die deutschen "Reichsbürger" und der Pogrom des 9. November 1938	37
Auf dem Weg in den Krieg. Der geschichtliche Ort des Pogroms im November 1938	45
Judenverfolgung auf dem Kriegspfad. Vom Pogrom zum Kriegsbeginn	61
"Einsatzkommando Tilsit". Wo das Massenmorden an den Juden Europas begann	84
Der Prozess in Ulm. Das Gerichtsverfahren gegen Mitglieder des "Einsatzkommandos Tilsit"	. 88
Zurück ins Mittelalter. 19. September 1941: Die Markierung mit dem "Judenstern"	96
Rassenideologischer Vernichtungskrieg? 1	103
"Was sind Worte, was die Feder …". Vor 70 Jahren begingen die deutschen Eroberer das Verbrechen von Babi Jar	109
Verbrecher am Wannsee. Vor 60 Jahren tagte die Judenmord-Konferenz 1	
"Endlösung der Judenfrage". Beitrag für ein Wörterbuch des Marxismus	
Judenmord – warum? Zu einer gemiedenen Frage	
"Wiedergutmachung an den Juden". Eine frühe Forderung deutscher Emigranten1	
Ein früh erworbenes Verdienst. Judenverfolgung und Judenmord vor dem Nürnberger Tribunal 1945/461	
Um die Perspektive auf die faschistischen Genozide. Juden, Sinti und Roma und die Behinderten1	
Sind die Helden müde? Zehn Jahre nach dem Historikerstreit 1	
Die Sucht nach einfachen Antworten. Der Reklamerummel um Goldhagens Buch über die "willigen Vollstrecker" 1	

Der "übersehene Holocaust"? Interview mit der österreichischen Studentenzeitung "Unität"	190
Zweierlei Freiheiten beim Umgang mit dem "Holocaust". Die Phantasie des Historikers und des Filmemachers	
"Wir haben in unseren Werken keine Juden mehr". Aus der Geschichte der Filmfabrik Wolfen	
Leben auf der Folter. "Juden im Zeugenstand"	
" der Lärm wird ja kommen". Über das ausländische Echo auf den Pogrom des 9. November 1938	
Albert Speer und die "Entsiedelung" der Juden. Ein vergessenes Kapitel der Judenverfolgung in Berlin	215
Forschung auf unsicherem Feld. Zur "Genesis der Endlösung"	217
Ausbildungsziel Judenmord. Ideologie und Untat	219
Urteilsverkündung im Frankfurter Gallus-Haus. Das Ende des ersten Auschwitz-Prozesses	221
Der eigentliche Streitwert. Zur Kontroverse um die Authentizität des Films "Rosenstraße"	223
Hermann Langbeins Fazit. Antworten, Fragen, Zweifel	225
Historiker, Deutscher, Jude. Das Leben des Samuel Steinherz	227
In Memoriam Felix Skutsch. Von einer Nacharbeit an der Leipziger Universität	229
In Memoriam Joseph Wulf. Sachor – der Vergessenheit entreißen	231
Der Massenmord an den europäischen Juden und die Geschichtswissenschaft. Eine vorläufige Bilanz aus dem Jahr 1996	234
Der Holocaust und die westdeutschen Historiker. Vortrag in der Leibniz-Sozietät am 14. März 1996	271
"Täter und Opfer lassen sich nicht verscheuchen" (György Konrád). In Berlin wurde eine Holocaust-Ausstellung eröffnet	273
" wie wir ihn uns nur wünschen können." Der Nazi-Film "Jud Süß" – eine Ausstellung in Stuttgart	276
" ein Denkmal über den Massengräbern". Das "Schwarzbuch" über den Genozid an den sowjetischen Juden	281
Völkermord statt Holocaust. Jude und Judenbild im Literaturunterricht der DDR	283
Legenden und Fakten. Über die Anfänge der Darstellung und Erforschung des "Holocaust" in der DDR	285
Wider den Antisemitismus. Das Erbe der DDR – durchmustert	295

Die DDR-Offentlichkeit und der Völkermord an den Juden.	
Versachlichung eines Streits?	311
Die DDR und die Juden und eine bibliographische Bilanz	327
Walter Nowojski an einem Etappenziel. Zur digitalen Ausgabe der Klemperer Tagebücher der Jahre 1933-1945	330
"Du sollst nicht falsch Zeugnis geben …" (Mos. 2. Buch, 20, 16) Anlässlich einer Ausstellung in Berlin	332
Vier zu Sechszehn. Noch einmal zur Debatte "Antisemitismus in der DDR"	335
Wieviel Wahrheit? Das Ende des Schweigens? Der 1. Auschwitzprozess und ein Blick in deutsche Schulgeschichtsbücher	337
Neuere Literatur zur Geschichte von Judenverfolgung und Judenmord. Anzeige und Kommentar	340
Mehr als ein Lehrbuch. Zu den Quellen des Holocaust	346
Judenverfolgung und Judenmord (1933–1945). Ideologie und Kalkül – Thesen	348
Auschwitz in Wissensspeichern	354
II. Nachwort des Herausgebers	357
III Personenindex	362

Statt einer Einleitung "Ich danke Dir, Mutter! Vergib mir!"

6

Daniel Klowski begegnete ich im Spätherbst des Jahres 1945 in einer kleinen Gruppe der sich formierenden antifaschistischen Jugend in Weimar. Niemand von uns wusste aus eigener Erfahrung besser als er, was Faschismus war. Der Siebzehnjährige hatte drei Ghettos und drei Konzentrationslager (Stutthof, Auschwitz, Buchenwald) überlebt, mit ihm sein Vater. Von seiner Mutter und seinen drei Geschwistern musste er annehmen, was bald Gewissheit wurde, dass sie Opfer der Judenmörder geworden waren. Im ersten Nachkriegswinter teilten wir ein Zimmer in der Freien Schulgemeinde Wickersdorf, einer Internatsschule auf dem Thüringer Wald. Dann musste er in ein Sanatorium, um seine Knochentuberkulose auszuheilen. Später ging er in die Sowjetunion, studierte und wurde Professor für Physik an der Universität in Kuybischew/Samara. Er schrieb Memoiren unter dem Titel *Der Weg von Grodno*, das war seine Geburtsstadt. Sie erschienen in russischer und später in Übersetzung in englischer Sprache. Das ist die Geschichte der Trennung von seiner Mutter und seinen Geschwistern. Sie ist mit den Worten überschrieben, die unser Titel zitiert.

Dann kam der 13. August 1943.¹ Ich erinnere mich des Tages genau, denn es war mein Geburtstag. Tags zuvor war ein Befehl des Ghetto-Kommandanten bekannt gemacht worden, dass wir am Morgen unsere Quartiere zu verlassen und uns auf der Straße zu versammeln hätten mit unserem Handgepäck und bereit zum Abmarsch: Wer sich dem Befehl widersetze – nun, es folgte das Übliche [...]

Ich erinnere mich, dass wir nur sehr leichtes Handgepäck mit uns hatten, offenkundig, weil uns nur erlaubt war, wenige Dinge mit uns zu nehmen. Und obgleich jeder von uns sechs (Vater, Mutter, die vier Geschwister) einen kleinen Koffer, eine Tasche oder einen Rucksack trugen, führten wir nichts als einige Nahrungsmittel und leichte Kleidung mit uns. Die Tage waren heiß.

Als wir morgens auf die Straße kamen, war sie bereits an beiden Enden von Gendarmen abgeschlossen. Immer mehr Menschen sammelten sich, in einiger Entfernung hörte man deutsche Kommandos. Bald begannen sie, uns in Kolonnen einzuteilen. Und plötzlich waren Schüsse zu hören.

Nein, sie schossen nicht auf uns, das Schießen kam von irgendwo anders her. Es war erkennbar, dass es sich nicht um eine Exekution handeln konnte: wir hörten viele Schüsse. War das ein Gefecht? Wie aber konnte sich derlei ereignen im dritten Jahr der Besatzung, gleichsam an der deutschen Heimatfront, in dem jüdischen Ghetto?

Daniel Klowski wurde am 16. August geboren. Der Aufstand in Białystok, der sich gegen die befohlene Räumung des Ghettos richtete, begann, nachdem das Ghetto in der Nacht zuvor von Polizei und Gestapo-Einheiten umzingelt worden war, an diesem Tage um 10 Uhr und dauerte mehrere Tage.

Die Rote Armee war weit und kaum vorstellbar, dass militärische Einheiten bis hierher durchgebrochen sein konnten. Was also war es? Wir hatten gehört, dass es nicht weit von der Stadt einige polnische Partisanen gäbe. Waren sie es?

Die Gendarmen pressten uns dicht zusammen und schrien: "Nieder mit euch, alle!" Wir warfen uns auf die Straße. Ich wandte meinen Kopf in die Richtung, aus der die Schüsse kamen und sah Rauchwolken und ein Feuer. Bald darauf hörte ich in der benachbarten Straße das Geräusch von Panzerketten. Möglicherweise war es nicht nur ein einzelnes Fahrzeug. Nun stießen Soldaten zu den Gendarmen in unserer Straße. Um mich herum und an anderen Stellen weinten kleine Kinder. Ein Erwachsener schrie in Angst. Auch mein Bruder Eliye begann zu wimmern. Mutter zischte ihm zu: "Du darfst nicht laut sein, Du darfst nicht!" So liegend verbrachten wir Stunden.

Erst nach dem Ende des Krieges erfuhr ich, was geschehen war: es hatte im Ghetto einen Aufstand gegeben, im Fabrikbezirk, wo junge Juden arbeiteten. Und diese Fabriken brannten. Die Aufständischen wurden im Kampf getötet, zu ungleich waren die Kräfte. Nur wenige Teilnehmer waren so glücklich zu überleben. Noch heute denke ich an diese Helden voller Bewunderung. Sie bewiesen, dass nicht alle Juden zur Schlachtbank gingen, geduldig wie die Schafe. Erkennbar war, dass es im Ghetto eine Widerstandsorganisation gab.

Warum hatte es etwas Ähnliches in Grodno nicht gegeben? Ich erfuhr, dass in Białystok die Situation von der dortigen sehr verschieden war: die Polen erwiesen den Insassen des Ghettos Solidarität, halfen ihnen wie sie konnten. Und es gab auch eine Verbindung mit dem polnischen Untergrund und den Partisanen, die Waffen in das Ghetto brachten.

Wie wir auf der staubigen heißen Straße lagen, machte die endlose Tortur unsere Sinne unempfindlich. Wir fühlten weder Hunger noch Durst. Wir warteten nur darauf, dass "all das" vorüber sein würde und waren ohne Ahnung, was folgte. Und wie es mir heute vorkommt, waren wir glücklich, als das Schießen aufhörte und wir den Befehl hörten: "Aufstehen!"

Ich bemerkte, dass um uns herum jetzt mehr Gendarmen waren als am Morgen. Aus irgendeinem Grund wurden wir alle in eine andere Straße geführt. Dort standen wir lange beieinander, schweigend, alle von unserer Familie, Seite an Seite. Plötzlich hörten wir, dass nicht weit von uns, nahe einem großen Haus, kleine Gruppen von Ghettobewohnern versammelt wurden. Irgendetwas wurde laut in Jiddisch weitergegeben. Mein Vater machte sich auf zu ergründen, was geschah. Als er zurückkehrte, sagte er uns, dass sie wieder nach Handwerkern mit ihren Familien verlangten. Wir nahmen

unsere Sachen und begaben uns zu diesem Platz. Ganz plötzlich erschienen dann Gestapoleute. Die Gendarmen begannen jene, die sie schon zusammen hatten, auf die andere Seite der Straße zu drängen. Ich bekam Angst, beruhigte mich aber, als ich sah, dass die Männer der Gestapo sich ziemlich friedlich benahmen. Sie schritten die Menge ab, begleitet von ihren Assistenten vom Judenrat, die riefen "Metallarbeiter, Zimmerleute, Schneider, Schuhmacher – vortreten!"

Wir kamen in die Mitte der Straße, zusammen mit vielen anderen. Mein Vater blickte nervös um sich, und nun warf jeder traurige flüchtige Blicke auf uns. Irgendwas beunruhigte ihn. Warum wurden die Handwerker versammelt? Um im Ghetto zu bleiben, wie es in Grodno geschehen war? Oder um irgendwohin verschickt zu werden? Was würde es uns allen bringen? Dann erreichten die Gestapoleute mit ihren Gehilfen vom Judenrat die Gruppe der Handwerker. Die Helfer versuchten ihren "Bossen" etwas zu erklären. Ich erkannte nicht genau, ob sie im Ghetto Listen mit den Namen der Handwerker hatten oder ob die lokalen Chefs so viele von ihnen einfach kannten. Es ist durchaus möglich, dass es solche Listen gab, da die Auswahl mit großer Sorgfalt voranging. Aber offensichtlich kannten sie nicht jeden. Die Gestapomänner ließen einige Leute ihre Hände vorzeigen. Und ein Mann vom Judenrat wiederhole mehrmals: "Bedenkt, dass ihr zu arbeiten haben werdet." Und dann sagte er noch, dass diejenige, die nicht fähig wären, mit der Arbeit fertig zu werden, als Lügner erschossen würden.

Die Gestapoleute ging beiseite und wir wurden von den Gendarmen umzingelt und in eine andere Straße gebracht, wo es keine Massenansammlung gab. Hatten wir wieder Glück? Würde unsere Familie wiederum ein goldenes Los gezogen haben? Aber plötzlich wurde angesagt: "Männer, vortreten." Und die Gendarmen begannen unsere Gruppen auseinander zu sortieren. Das waren fürchterliche Minuten. Wir fühlten alle, dass wir diesmal für immer voneinander getrennt würden. Vater schaute bleich wie ein Geist auf Mama und auf uns, seine Kinder, mit leerem Blick. Und uns schmerzte zu sehen, wie leid es ihm tat, dass er sich, als die Aufforderung erging, als Arbeiter gemeldet hatten, wie sehr er sich schuldig vorkam.

Doch da gab es keine Wahl mehr. Ein Gendarm näherte sich. Und meine Mutter sagte zu mir: "Daniel, gehe mit dem Vater. Du bist schon groß genug. Es wird für dich besser sein."

Mutter liebte uns Kinder sehr. Und ich liebte meine Mutter ebenso. Mein ganzes bisheriges Leben hatte ich mich immer eng an sie gehalten, mit dem Vater war ich nur zusammen, wenn er mich dazu aufforderte. Und wenn meine Mutter diese Worte nicht gesprochen hätte, wäre ich doch bei ihr geblieben. Mit ihr, meiner Schwester

Hanne, mit meinen jüngeren Brüdern [...] Aber sie bestand auf diesen Worten – und ich ging mit dem Vater.

Wir, Vater, Mutter Hanne, Nohem, Eliye, riefen und schrien als wir zwei mit den anderen Arbeitern weggeführt wurden. Bis ich die Zurückbleibenden nicht mehr sehen konnte, schaute ich zurück. Die Menge Frauen und Kinder, die wir hinter uns ließen, schauten uns nach, laut und ungehemmt weinend, stöhnend und kummervoll schreiend. An Vaters Seite in der Kolonne wandte ich mich noch zurück, als die Menschen zu einer Menge verschmolzen waren. Nur das Gebäude ließ sich erkennen, an dem sie standen. Dann ging es um eine Straßenecke und alles, was wir hinter uns ließen, war auf irgendeine Weise von uns abgeschnitten.

Nach dem Kriege unternahm ich viele Anstrengungen herauszufinden, was jenen geschehen war, die im Ghetto von Białystok zurückblieben.² Das Einzige, was ich mit Hilfe eines polnischen Eisenbahners herausfinden konnte, war, dass sie alle nach Majdanek oder nach Treblinka transportiert wurden. Wann aber waren sie dahin verschleppt worden? Was hatten diese Verurteilen durchzumachen? Kamen meine Mutter, die Schwester und die Brüder bis in eines dieser grausigen Todeslager oder "verschwanden" sie auf dem Wege dahin? Wie kamen sie um ihre Leben? Wer kann das heute noch erzählen?

Unsere Kolonne wurde durch die Tore aus dem Ghetto geführt, dann wurden wir rund um die Stadt gefahren – durch mehrere breite Straßen, vorbei an hohen Häusern. Ich erinnere mich daran nicht gut. Was um mich geschah, beachtete ich nicht. Meine Augen waren voller Tränen, mit allen meinen Kräften versuchte ich, nicht in ein Schluchzen auszubrechen. Voraus sahen wir dann eine Eisenbahnstation. Und wieder waren da Güterwaggons mit offenen Türen. In einen von ihnen wurden wir gedrängt, er war so schmutzig wie der, den ich von Grodno her kannte. Ich setzte mich auf den Boden und fühlte mich ganz schwach von allem Weinen, doch ich konnte damit nicht aufhören.

Als der Zug schließlich anfuhr und die Räder auf den Schienen zu rattern begannen, stieg etwas aus der Tiefe meins Herzens auf. Aus irgendeinem Grund wurde mir in diesem Moment klar bewusst, dass ich meine Mutter niemals wieder sehen würde. Niemals! Niemals! Ich gehörte auf einmal zu den Erwachsenen.

Ich habe niemals wieder geweint. Nicht ein einziges Mal. Wie schwer es auch war. Weder in der Haft noch in den Konzentrationslagern, Niemals, nirgends [...]

Mit der Deportation in die Vernichtungslager Majdanek und Treblinka wurde am 18. August 1943 begonnen. Zu diesem Zeitpunkt befanden sich noch etwa 30.000 Juden im Ghettobezirk.

Daniel war ohne Hass auf die Deutschen. Dass hatte seinen Grund darin, dass ihm vor allem deutsche politische Häftlinge geholfen hatten, auch das Vernichtungslager Auschwitz zu überleben. Niemand von ihnen mehr als der aus Mannheim stammende jüdische Kommunist Stephan Heymann. Sprach er von ihm, nannte er ihn seinen "zweiten Vater". So auch, da sahen wir einander zum letzten Mal, als er in einer thüringischen Schule unweit von Gotha redete, die dessen Namen annahm. Sie hat ihn inzwischen abgelegt. Eine der Schandtaten der Gewendeten.³

Dem leicht gekürzten Text liegt die englische (letzte) Fassung der Memoiren zugrunde (Daniel Klovsky, The Road from Grodno, Samara 2003).

I. Holocaust

"Erst wenn die Juden fliehen …" Ein Prozess in München 1929

Im Jahre 1928 lieferte der Verlag Franz Eher Nachf., dessen Alleinbesitzerin die NSDAP war, einen Abreißkalender und ein Liederbuch aus, die vor allem für die Mitglieder ihrer Sturmabteilungen (SA) bestimmt waren, von denen einige zum Inhalt der Druckwerke durch selbst verfasste Texte beigetragen hatten, die sie sangen. Mit deren Inhalt befasste sich im Jahre darauf ein Schwurgericht beim Landgericht München, besetzt mit drei hochkarätigen Juristen und sechs Geschworenen. Angeklagt wurde der Geschäftsführer des Verlages, Max Amann, einer der frühesten Parteigänger Hitlers mit der NSDAP-Eintrittsnummer 3. Die beiden kannten einander seit den Weltkriegstagen. In des Kaisers Armee war Amann der Feldwebel des Gefreiten gewesen.

Die Anklage lautete auf fortgesetzte Anreizung zum Klassenkampf und war damit ungenau charakterisiert. Verhandelt wurde über jenen Teil der Liedtexte, der zu Judenhatz und Judenmord aufrief. Die Appelle in den Strophen und Versen waren eindeutig: Im Lied "Die Sturmkolonnen" hieß es: "So stehn die Sturmkolonnen zum Rassenkampf bereit. Erst wenn die Juden fliehen, erst dann sind wir befreit." In einem anderen lauteten die Verse mit dem Protest gegen die vorgebliche Herrschaft von "Marxistenbonzen" und "Juden noch viel mehr": "Heraus den blanken Stahl. Sie solln uns kennenlernen". Ein "Sturmlied" prangerte jene an, die sich mit "Halb-Blut" paaren und verlangte: "Niederrass'ger Bande faden Völkerbrei, jagt aus dem deutschen Lande! Nur die Tat macht frei." So sangen die Braunhemden 1928 in Deutschland bereits das ganze Programm der Judenverfolgung, mit dessen Verwirklichung 1933 begonnen wurde und das in den folgenden mehr als sechs Jahren Ausgrenzung und Vertreibung bedeutete.

Wie haben die Juristen und Geschworenen in München entschieden? Sie sprachen Amann von der Anklage "mangels genügenden Nachweises" frei und bürdeten der Staatskasse die Kosten des Verfahrens auf. Ausdrücklich wurde ihm bescheinigt, dass er, wiewohl er die Texte durchweg kannte, kein Bewusstsein eines Verstoßes gegen das Strafgesetzbuch gehabt haben konnte und er nicht erkannt habe, dass in diesen Texten eine Anreizung zu Gewalttätigkeiten liege. Zu seinen Gunsten wurde obendrein in Rechnung gestellt, dass einige der Lieder bereits vordem an anderer Stelle gedruckt worden waren, ohne beanstandet worden zu sein. Verlangt wurde lediglich, dass die Lieder mit den zitierten Stellen in allen Exemplaren und auf Platten sowie in jeder anderen Form unlesbar bzw. unbrauchbar gemacht würden.

Unbeanstandet und für weitere Ausgaben zugelassen blieb der vollständige Text eines Liedes mit dem Titel "Hessenweckruf", der den Aufruf enthielt: "Brich Alljudas Frondienstketten". Die Fassung dieses Liedes, hieß es in der Urteilsbegründung, schließe die Möglichkeit nicht aus, "dass hier ein Kampf mit nur geistigen Waffen gemeint sei". Exakt zehn Jahre nach der Auslieferung dieser Druckerzeugnisse, im November 1938, wurde definitiv klargestellt, was von Anbeginn gemeint war. Da waren die Vorhaben, welche die Braunhemden in der Republik besungen hatten, im Nazistaat schon weitgehend verwirklicht, dem mörderischen Gedanken waren mörderische Taten gefolgt, wenn auch der Schritt zur systematischen Ausrottung aller Juden im deutschen Zugriffsbereich erst noch bevorstand.

Antisemiten in Aktion. Der braune Mob auf Deutschlands Straßen

Die Fotos, die an jenem 1. April 1933 in deutschen Städten, großen wie kleinen, gemacht worden sind, finden sich in unseren Schulgeschichtsbüchern und wieder und wieder sind sie in Zeitungen und Zeitschriften gedruckt worden. Vor Geschäften, deren Türen und Schaufensterscheiben mit der Aufschrift "Kauft nicht bei Juden" beschmiert waren, sind Posten der nazistischen SA aufgezogen, die Kaufinteressierte am Betreten der Räume hindern sollen. Viele Eigentümer hatten darauf ihre Geschäfte selbst geschlossen. Die Aktion, für die es in der neueren deutschen Geschichte kein Beispiel gab, war von der Nazipartei inszeniert worden. Für ihre Leitung wurde eigens ein "Zentralkomitee" installiert, an dessen Spitze Julius Streicher trat, der sich selbst den Titel des "Antisemiten Nr. 1" zulegte. 1946 wird er als einer der geistigen Urheber des zumeist Holocaust genannten Massenmordens nach einem Urteil des Internationalen Militärgerichtshofes in Nürnberg am Galgen enden.

Die "Boykott" genannte terroristische Aktion wurde der Auftakt der Judenverfolgungen der an die Staatsmacht gelangten deutschen Faschisten, der weltweit Aufmerksamkeit und Proteste auslöste. Ihr erstes Ziel bildete die Vertreibung der Juden aus Deutschland. Das wurde öffentlich noch nicht eingestanden, doch stand das den Antisemiten unterm Hakenkreuz klar vor Augen. Nahm man den jüdischen Deutschen die Möglichkeit, im Lande ihrer Geburt, dem ihrer Väter und Mütter und älteren Vorfahren durch Arbeit ihren Lebensunterhalt zu verdienen, als Geschäftsleute, Ärzte, Rechtsanwälte, in verschiedensten sog. geistigen Berufen, als Angestellte und Arbeiter, als Eigentümer von Betrieben und Banken, dann – so das Kalkül – würde ihnen keine andere Wahl bleiben als Deutschland zu verlassen. Diese Politik ist bis 1939 und noch in der Anfangsphase des Krieges strikt und mittels sich steigernden gesetzlichen und ungesetzlichen Verfolgungen vorangetrieben worden. Sie gipfelten im Pogrom des November 1938 und der Verschleppung von Juden in die Konzentrationslager, womit der Druck seine schärfste Form erreichte, sie außer Landes zu zwingen.

Indessen wurde die Aktion des 1. April nicht als der erste Schritt im Rahmen einer Strategie ausgegeben, sondern verlogen als abwehrende "Antwort" auf die von der jüdischen Weltpresse angeblich verbreiteten Falschmeldungen über Gräueltaten der Nazis in Deutschland ausgegeben, als Maßnahme, die kein anderes Ziel verfolge, als diese Berichterstattung zum Verstummen zu bringen. Dreist bezichtigten die Lügner jene, die – von diesen oder jenen Übertreibungen abgesehen, ohne die es im Nachrichtengeschäft nie abgeht – über die Untaten der neuen Machthaber und ihrer Büttel die Wahrheit berichtet hatten, der Lüge. Und viele Deutsche, insbesondere in den

Industriezentren, konnten das wahrnehmen, denn sie wussten um die Existenz der ersten Konzentrationslager inmitten oder am Rande der Städte und die Gewaltakte der rachelüsternen SA-Leute. Sie hatten schon in den ersten Wochen im sich konstituierenden Nazireich Grauenhaftes verübt, zunächst an ihren politischen Gegnern. Das geschah mit dem Ziel, sie zu entmutigen und in die Illegalität zu treiben und damit eine jener Bedingungen herzustellen, die den Machthabern eine Politik ermöglichte, gegen die sich öffentlich kein Widerspruch mehr erheben ließ.

Unmittelbar verband sich mit dem "Boykott" das Kalkül, die Auslandspresse werde künftig über die Verbrechen schweigen, damit die Drangsalierung der Juden in Deutschland nicht fortgesetzt würde. Nun hatten die jüdischen Deutschen mit diesen Meldungen als Informanten nichts zu tun. In Wahrheit waren auch sie Opfer der Gewalt und des Terrors. Im März hatten an Universitäten Demonstrationen gegen jüdische Hochschullehrer stattgefunden, inszeniert von Nazistudenten, und auch in Gerichtsgebäuden, wo sie sich gegen die weitere Tätigkeit jüdische Richter und Rechtsanwälte wandten. Es stand außer aller Macht der jüdischen Deutschen, die Presse jenseits der Reichsgrenzen zu dem von den Nazis gewünschten Wohlverhalten zu bewegen. Dennoch wurden sie in eine Art Geiselhaft genommen, bedroht und schikaniert. Das sollte sich als eine Vorübung für eine Methode erweisen, die später im Kriege von der deutschen Wehrmacht in besetzten Gebieten praktiziert wurde. Da sollte sie, beispielsweise in Frankreich, bewirken, dass Widerstandskräfte mit Rücksicht auf die terroristischen Antworten der Besatzer von ihrem Kampf abließen. Es gehörte keine Phantasie dazu, dieser frühen Aktion abzulesen, welcher Typ von Politikern im Januar 1933 an das Staatsruder gelangt war.

Direkt war dieser "Boykott" gegen eine Minderheit der deutschen Juden, vornehmlich die Inhaber von Einzelhandelsgeschäften, gerichtet. Indirekt aber betraf er alle, denn das Vorgehen wurde mit der verlogenen Anschuldigung gerechtfertigt, in der Urheberschaft der "Gräuelmeldungen" drücke sich aus, dass die Juden verkappte Feinde der "Deutschen" und ihres "nationalen "Aufbruchs" wären und so etwas wie eine in Deutschland agierende "fünfte Kolonne" des internationalen Judentums. Das bedeutete, wie auch an die Außenfronten der Geschäfte geschmierte Parolen besagten, dass den Juden ihr Deutschsein abgesprochen wurde. Ihnen, einer Sondergruppe, stünde in Deutschland nur ein Gaststatus zu, gleiche Rechte könnten sie nicht beanspruchen und sie wären gegenüber ihrem "Gastland" zu besonderer Botmäßigkeit verpflichtet. Dieses Zerrbild, das in den Hirnen und der Propaganda der Naziideologen herumgeisterte, machte die jüdische Minderheit zu Menschen mit Lebensvorstellungen, Interessen und Zielen, welche denen der deutschen Mehrheit

fremd, unverträglich, ja feindlich gegenüberstünden. In diesen Verzeichnungen und Lügen tauchte nicht nur das Bild vom Anderen, sondern in Umrissen auch schon das vom Untermenschen auf.

In Wahrheit hingegen waren die Juden in Deutschland, in ihrer Mehrheit verbunden durch ihr Bekenntnis zum jüdischen Glauben nicht anders als die Christen zu dem ihren, in einem Prozess des Wandels und der Assimilation, der vor mehr als einem Jahrhundert begonnen hatte, Deutsche geworden und Deutschland zu ihrem Vaterund Mutterland. Ein anderes besaßen und wünschten sie nicht. Ihre Masse war unfähig, sich einen solchen Wechsel auch nur vorzustellen. Ihre Sonderexistenz als eine ethnische Gruppe lag weit in ihrer Vergangenheit. Sie hatten sich nicht nur der Lebensweise der nichtjüdischen Deutschen längst angepasst, beherrschten und pflegten nicht nur deren Sprache (die ihrer Vorfahren hatten sie meist abgelegt und vergessen), feierten nicht nur deren Feste, sondern hatten im freilich falschen Glauben zu Tausenden auch dieses ihr Vaterland in den Weltkriegsjahren 1914 bis 1918 "verteidigt".

Kurzum: Die Losungen "Kauft nicht bei Juden!", "Meidet jüdische Ärzte!", "Lasst euch in Rechtssachen nicht von jüdischen Anwälten vertreten!", "Boykottiert die Vorlesungen jüdischer Hochschullehrer!" – markierten eine Minderheit von Deutschen zu Feinden der Mehrheit. Diese in der Sache groteske, aber gefahrdrohende Konstruktion enthielt zugleich eine Herausforderung, gerichtet an eben diese nichtjüdische Mehrheit. Die ihr zugehörten, hatten zu entscheiden, ob sie die annahmen, Sie musste wählen, ob sie sich den Forderungen der Nazis unterwarf oder an die Seite der Diffamierten und Verfolgten trat. Die Mehrheit drückte sich vor dieser Entscheidung. Sie tat, als ob sie die Sache nichts anging.

Es gibt kein Foto oder ein anderes Zeugnis eines öffentlichen Protestes einer Menschenmenge vor einem jüdischen Geschäft, durch den ein SA-Posten zum Verschwinden gezwungen worden wäre. Jedoch sind Aussagen überliefert, dass Käufer, als die jüdischen Geschäfte am Montag wieder öffneten, ihr Bedauern über das Geschehene des Sonnabends ausdrückten und manche, indem sie ihre Einkäufe weiter in nun zu "jüdischen" Läden erklärten Einrichtungen erledigten, damit auch ihre Sympathie bekunden wollten. Insgesamt aber konnten die Nazis die Aktion als ihren Erfolg verbuchen, als ersten Schritt einer antijüdischen Disziplinierung der Mehrheit der Deutschen. Und das war erreicht worden, nicht einmal zwei Monate nachdem sie begonnen hatten, Deutschlands Straßen zu beherrschen.

Unzufrieden war ein Teil der SA-Aktivisten und zwar wegen der zeitlichen Begrenzung der Aktion auf nur einen Tag. Manche hatten sich vorgestellt, es würde der

Boykott sogleich mit dem Ziel erfolgen, die Geschäfte in jüdischem Besitz in den Ruin zu treiben. Dies gehörte zu ihren nebelhaften und dumpfen Vorstellungen vom Vollzug der ihnen versprochenen "nationalsozialistischen Revolution". Doch vorerst noch verbot das Gesamtinteresse der "arischen" Geschäftsleute das liquidatorische Vorgehen. Denn indirekt, aber spürbar hätte dessen Fortsetzung Zwischenhändler und Erzeuger betroffen und Unruhe bis in das Bankwesen hinein geschaffen, Folgen also, die das Regime politisch geschädigt haben würde, das ökonomische und soziale Erfolge vorweisen musste, wenn es sich befestigen wollte. So hatten die Posten abzuziehen und zu warten auf einen anderen Tag mit einem neuen Befehl. Der war noch unbestimmt, aber er kam.

Dieser erste Apriltag war ein Menetekel auch aus anderem Aspekt. Was auf Straßen und Plätzen deutscher Städte geschehen war, konnte sich ereignen, ohne dass sich in der am 30. Januar 1933 gebildeten Reichsregierung, bestehend aus einer Minderheit von Nazis und einer Mehrheit von deutschnationalen und weiteren konservativen Politikern, dagegen ein Einspruch erhob. Die Kabinettsmitglieder erfuhren von dem Vorhaben von Hitler, der sie davon unterrichtete, dass die Aktion zeitlich begrenzt bleiben werde. Das nahmen sie zur Kenntnis und hin, ein Verhalten, das ihre eigene Haltung bezeugte. Sie erblickten keine Schandtat darin, dass der Antisemitismus als politisches Herrschaftsinstrument eingesetzt wurde. Die Herren Minister von erblichem oder Geldadel, angeblich angetreten, Hitler "einzurahmen", also die Politik der Naziführer in Schranken zu halten, hatten das weder im Hinblick auf die Verfolgung der Kommunisten und Sozialdemokraten im Sinn, was nicht verwunderte, noch lag es in ihrer Absicht hinsichtlich der aggressiven Judenfeindschaft. Ihr "Rahmen" war von anderer Natur. Er war sehr weit und verlief erst dort, wo irgendeine Aktion drohte, die den Namen "Revolution" verdient haben würde. Alle anfänglich gehegten Befürchtungen dieser Art aber erledigten sich für sie auf schönste beruhigende Weise [...]

Wes Geistes Kinder sich in der Regierung um und mit den drei Altnazis Hitler, Göring und Frick versammelt hatten, zeigte sich schon sechs Tage später. Das Kabinett nahm das erste Reichsgesetz an, das einen antijüdischen Paragraphen enthielt. Dieser zweite Schritt entlarvte die Verlogenheit des ersten und stellte die Behauptung bloß, die jüdischen Geschäfte wären einzig aus Gründen der akuten "Abwehr" einer Verleumdung des "neuen Deutschland" veranstaltet worden.

"Arierparagraph" und "Frontkämpferklausel". 7. April 1933: das erste antijüdische Gesetz der Naziregierung wird verkündet

Als das Deutsche Reich 1871 gegründet wurde, hatten die Mittel- und Kleinstaaten, die in ihm vereint wurden, in ihren Verfassungen jene Gesetze und Gesetzesparagraphen schon getilgt, durch welche den in ihren Grenzen lebenden Juden einen Sonderstatus zugewiesen, ihnen Rechte verweigert oder Pflichten zudiktiert worden waren, die nur sie erfüllen mussten. Nicht, dass Juden im Kaiserreich tatsächlich gleichberechtigt gewesen wären und den gleichen Zugang zu allen Berufen und Tätigkeiten besessen hätten wie die Christen oder selbst die ungeliebten, sich der Lehre vom Gottesgnadentum der Herrscher verweigernden, meist sozialistisch gesinnten Atheisten. Nicht, dass der Staat sie vor der Hetze der Antisemiten geschützt hätte. Aber in einem während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts andauernden, mit Ausläufern bis in die sechziger Jahre reichenden Prozess waren sie zu bürgerlicher Gleichstellung gelangt, wie viel oder wie wenig das auch im Einzelfall bedeuten mochte. Sie konnten Parlamente wählen und sich in sie wählen lassen. Doch war erst eine Revolution notwendig, die ihnen die Möglichkeit öffnete, als Minister das Land mitzuregieren. Diese jüdische Minderheit, die gegen Ende der Weimarer Republik bei einer Gesamtbevölkerung von etwa 65 Millionen Menschen nicht mehr als 500.000 Menschen umfasste, die sich bei einer offiziellen statistischen Erhebung zur mosaischen Religion bekannten, war in Deutschland zwar nicht unangefeindet, doch schien sie in ihrer staatsbürgerlichen Stellung ungefährdet zu sein und auf Generationen hinaus hier leben zu können.

Das änderte sich, als die Faschisten an die Macht kamen. Ohne zu säumen begannen sie wahrzumachen, was sie in Programm, Reden und Parolen angekündigt hatten. Schrittweise stießen sie die Juden jene Stufen wieder herunter, die sie mit Hilfe liberaler, demokratischer und vor allem sozialistischer Kräfte in zwei obgleich gescheiterten Revolutionen, denen von 1848 und 1918, und aus eigener Initiative und Energie hinaufgelangt waren. Die Nazis waren entschlossen zu zertrümmern, was an Menschheitsfortschritt seit der Aufklärung geistig und praktisch erreicht worden war.

Den Auftakt machte das Kabinett Hitler mit seinem Beschluss – auch das eine demagogische Kennzeichnung – des "Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums". Es wurde am 7. April 1933 im Reichsgesetzblatt (Teil I, Nr. 33, S. 175-177) veröffentlicht. Unterschrieben hatten es Hitler, der Reichsinnenminister Wilhelm Frick, der 1946 in Nürnberg zum Tode verurteilt und hingerichtet wurde, und der parteilose Reichsfinanzminister Johann Ludwig Graf Schwerin von Krosigk, der in seinem Amt bis in die letzten Tage des Regimes verblieb und, 1949 von einem US-

amerikanischen Gericht zu zehn Jahren Haft verurteilt, sich 1951 wieder auf freiem Fuß befand.

Das Gesetz lieferte die juristische Handhabe, mit der sich der Beamtenapparat von der Reichsministerialbürokratie bis in die Gemeinden von Männern und (wenigen) Frauen "säubern" ließ, die einer Gesinnung verdächtig waren und denen Handlungen oder Unterlassungen zugetraut wurden, die der Festigung der Diktatur abträglich sein könnten. Die Gesetzesfolgen trafen vor allem sozialdemokratische und andere Beamte, die der Republik treu gedient hatten oder dessen auch nur verdächtigt wurden, aber auch solche, die für die nach der staatlichen Futterkrippe gierenden Nazis ihren Platz räumen mussten, von denen eine große Zahl darauf wartete, für ihre Verdienste in der "Kampfzeit" belohnt zu werden.

Der dritte Paragraph des Gesetzes lautete im ersten Absatz: "Beamte, die nicht arischer Abstammung sind, sind in den Ruhestand zu versetzen, soweit es sich um Ehrenbeamte handelt, sind sie aus dem Amtsverhältnis zu entlassen." In der Bestimmung mischten sich, wie in der gesamten antijüdischen Politik der Faschisten, Berechnung und Wahn. Dass ein Jude diesem Regierungssystem, das erklärte Judenfeinde installiert hatten und beherrschten, selbst bei aus bloßem Kalkül herrührender Bereitschaft der Ein- und Unterordnung vorbehaltlos nicht würden dienen können, konnte als gewiss gelten. Doch die dem Gesetz unterlegte Begründung griff weiter und lautete, Juden könnten nicht "deutsch denken" und folglich nicht "deutsch handeln". Den in mehreren Generationen weit fortgeschrittenen Prozess der Assimilation verteufelten die Demagogen als hinterhältiges Hineinschleichen der Juden in das "deutsche Wirtsvolk", womit das Ziel verfolgt werde, es zu beherrschen, zu unterdrücken, gar zu "entdeutschen". So lächerlich – so infam und vor allem so folgenschwer. Denn die vorerst noch unausgesprochene Konsequenz dieser Verfälschung der Beziehungen von nichtjüdischen und jüdischen Deutschen lautete: "Juden raus aus Deutschland". Juden heraus aus allen Staatsdiensten bezeichnete den Start in diese Politik.

Das Gesetz mit seinem "Arierparagraphen" traf nicht nur Juden, die in Ministerien und ähnlichen Einrichtungen des Reiches und der Länder arbeiteten, sondern ebenso die in kommunalen Elektrizitäts-, Gas- oder Wasserwerken, in städtischen Kliniken oder Apotheken, an städtischen Bühnen oder in Orchestern Arbeitenden, Menschen zu Tausenden samt deren Familien. Es richtete sich insbesondere gegen die "jüdische Intelligenz", deren Angehörige als Träger liberaler und demokratischer, in geringer Zahl auch sozialistischer Überzeugungen den Faschisten als extrem gefährlich galten. Die Betroffenen mussten sehen, Lebens- und das hieß doch zuerst Verdienstmöglichkeiten jenseits der Reichsgrenzen zu gewinnen. Die Vertreibung begann.

Über den bezeichneten Personenkreis hinaus wirkte das antijüdische Gesetz als eine vom Staate vorgegebene Norm. Auch Leiter von privaten Unternehmen und verschiedenster Einrichtungen fragten sich, was sich aus ihr für ihre eigenen Entscheidungen ergab. Um Beziehungen zu den neuen Machthaben im Staate nicht zu gefährden, vollzog sich schleichend die "Entjudung" von Aufsichtsräten und Vorständen, das Abschieben, mitunter auch das Verstecken von Juden auf weniger exponierte Posten als es der eines Prokuristen oder leitenden Ingenieurs war. Zugleich setzte die Riecherei nach "Nichtariern" ein, denn die sollten und mussten erst ermittelt werden. Dies wiederum hatte zur Voraussetzung, dass bestimmt wurde, wer Jude war oder als Jude gelten sollte. Es schlug die Stunde der Globkes. Sie machten sich im Reichsinnenministerium daran, zwischen "Ariern", "Juden", "Halb-", "Viertel-", "Geltungs-" und anderen Juden zu unterscheiden, um den Vollstreckern der Gesetze und Verordnungen in Ländern, Städten und Gemeinden eine ausgefeilte bürokratische Handhabe für ihre Entscheidungen über Verbleib oder Entlassung zu geben.

Der zweite Absatz des § 3 formulierte für eine Teilgruppe von Juden eine Ausnahmeregelung. Wer vor dem 1. August 1914, also im Kaiserreich und noch vor Weltkriegsbeginn, Beamter schon gewesen war, das galt für ganz wenige Personen, und wer "im Weltkrieg für das Deutsche Reich oder für seine Verbündeten gekämpft" hatte oder "deren Väter oder Söhne im Weltkrieg gefallen" waren, verlor seine Stellung nicht. Die Bestimmung widersprach, was ihre Autoren nicht anfocht, der Nazihetze, die in antisemitischer Tradition behauptete, Juden hätten sich nie um Deutschland verdient gemacht und seien im jüngsten Kriege Drückeberger, Kriegsgewinnler und an seinem Ende die Revolutionsführer gewesen. Sie hätten folglich auch die "Schmach von Versailles" auf dem Gewissen. Diese sog. "Frontkämpferklausel" bildete ein taktisch bedingtes Zugeständnis auf Zeit. Durch sie trat zur allgemeinen Juden- die spezielle Frontkämpfer-Schnüffelei. Was die "Bevorzugung" bedeutete, kann in Viktor Klemperers Tagebüchern nachgelesen werden. Der Romanist durfte an der Technischen Hochschule in Dresden weiter lehren, doch der Saal, in dem er das tat, leerte sich zunehmend als Folge des auf die Studenten ausgeübten Drucks, Lehrveranstaltungen von "Juden" nicht zu besuchen. 1935 hatte sich auch diese Sonderung erledigt.

Da hatten Tausende Juden das Deutsche Reich mit dem Hakenkreuz bereits verlassen. Nach Schätzungen waren das im ersten Jahr der Diktatur etwa 30.000 bis 35.000 Personen. Deutschland erlebte einen Aderlass an herausragenden und hochverdienten Persönlichkeiten und qualifizierten Fachleuten ohne Beispiel. Nur die Bekanntesten der damals Vertriebenen haben sich dem "nationalen Gedächtnis" über Generationen

eingeprägt: Albert Einstein und Max Born, Thomas Mann, Lion Feuchtwanger und Arnold Zweig, Max Reinhardt und Alexander Granach, insgesamt wohl nicht mehr als etwa ein Dutzend Namen. Die Zahl der Deutschland Fliehenden wäre größer noch gewesen, hätten dem nicht vielerlei Hindernisse entgegengestanden. Zu den Inneren gehörten die emotionalen Bindungen an das Land, von dem nahezu einhundert Jahre zuvor ein Jude gesagt hatte: Deutschland ist unser Vaterland, wir haben kein Anderes. Dazu zählten die Bande zu Verwandten und Freunden, die nicht zerrissen werden sollten. Zudem wurden von Staats wegen Hürden gegen den Transfer des Eigentums errichtet. Dazu traten äußere Barrieren: die ungewisse Zukunft in der Fremde, restriktive Einwanderungsquoten und -bedingungen, mit denen Staaten den Zustrom von Flüchtlingen begrenzten oder ganz unterbanden.

Und zu alledem blieb da der Glaube, "es" werde so ganz schlimm nicht kommen und vorübergehen. Er bewirkte selbst, dass Juden, die sich zunächst jenseits der deutschen Grenzen in Sicherheit gebracht hatten, wieder in das Reich zurückkehrten. Viele hofften, sie würden die schlechten Zeiten in Deutschland überstehen, wie ihre Vorfahren ähnliche und, wie es ihnen scheinen mochte, ärgere Verfolgungen durchgestanden hatten. Dabei sahen sie sich in der deutschen Gesellschaft zunehmend isoliert. Den "Ariern" wurde die Verhaltensnormen vorgegeben, nicht mit Juden zu "verkehren". Gesellschaften, Organisationen und Vereine entfernten sie aus Leitungen und Vorständen oder strichen sie ganz aus den Mitgliederlisten. Erst in jüngster Zeit wurde begonnen, die Geschichte dieser Ausgrenzung zu schreiben, so etwa die von Orchestern, Schauspiel- und Krankenhäusern oder des Fußballklubs Bayern München.

Wahn und Kalkül. 15. September 1935: Die Verkündung der Nürnberger Gesetze

Dieser Parteitag der NSDAP, der 1935 wie in den Jahren vorher und den drei folgenden im September eine Woche hindurch in Nürnberg stattfand, wäre im Gedächtnis von Zeitgenossen und Nachfahren in der Reihe der politischen Spektakel der Nazis eingeebnet worden wie die meisten anderen. Mit ihm verbänden sich dann einzig Fotos und Filmstreifen mit Bildern von Massenappellen, ebensolchen Aufund Vorbeimärschen, militärischen Vorführungen, vom Leben der braun, schwarz und feldgrau Uniformierten in Zeltlagern, ihrem Gedränge vor Gulaschkanonen, von den Heil brüllenden Menschenspalieren an Straßenrändern, den Auftritten der von Jahr zu Jahr bunter und glitzernder betressten Führer und vor allem des Obersten von ihnen, der in der "Stadt der Reichsparteitage" das "schlichte Braunhemd" bevorzugte, signalisierend: Ich bin einer von Euch geblieben.

Doch da ist am Ende dieser Machtdemonstration jene Veranstaltung, welche die "Nürnberger Gesetze" beschloss. So geschehen in einer Männerversammlung, die mit dem Reichstag der Weimarer Republik nur noch den Namen gemein hatte. Sie, dominiert von Nazifunktionären, in der sich ein Rest ihrer deutschnationalen Komplizenschaft nahezu verlor, sollte durch ihre Zustimmung Gesetzen eine höhere Weihe geben, die ebenso gut beiläufig von der Reichsregierung an einem Berliner Tisch hätten verabschiedet werden können. So aber wurde ihnen, die als weiterer Schritt zur Erfüllung des Parteiprogramms ausgegeben wurden, verstärkte propagandistische und praktische Wirkung gesichert. Sie markieren den Eintritt in eine neue Etappe der Judenverfolgung.

Zur Begründung der drei Gesetze, die als die "Nürnberger" in die Geschichte der Nazidiktatur und des Antisemitismus in Deutschland eingingen, sprach Hitler. So sehr und so oft er und die Clique um ihn ihre Missachtung der Wahrheit schon bekundet hatten, bis dahin war kaum ein Gesetz so dreist verlogen begründet worden wie jene, die mit dieser Rede gerechtfertigt wurden. Hitler phantasierte, dass in mehreren Orten Deutschlands Juden planmäßig und abgestimmt gegen – in der Rede ungenannte – deutsche "Nationalinteressen" vorgegangen wären, angeblich ermutigt und im Zusammenhang mit ähnlich feindlichen Erscheinungen außerhalb des Reiches. Dem müsse von Staats wegen Einhalt geboten werden. Dies umso mehr, als zu erwarten sei, dass andernfalls die angeblich empörte deutsche Bevölkerung ihrerseits zu Abwehrmaßnahmen greifen werde. Gesetzliche Regelungen sollten dies jedoch verhindern. Die würden nun getroffen werden. Was die Regierung vorschlage, sei beherrscht von dem Gedanken, durch eine einmalige säkulare Lösung vielleicht doch

eine Ebene zu schaffen, auf der es dem deutschen Volke möglich sein würde, ein erträgliches Verhältnis zum jüdischen Volk zu finden zu können.

Die Ereignisse waren erfunden und die erklärte Absicht verlogen. Was sich in Deutschland in den Monaten des Frühjahrs und Sommers tatsächlich abgespielt hatte, war eine Kette von antijüdischen Provokationen, inszeniert von Einheiten der SA gegen jüdische Einrichtungen und Personen, deren Ziel es war, Juden ein Leben in Deutschland unerträglich zu machen. Im Nazijargon hatten diese Umtriebe, von lokalen Organisationen inszeniert und von der Obrigkeit zunächst gebilligt, die Bezeichnung "Einzelaktionen" erhalten. Das Wort spielte sie herunter und täuschte mit dem Blick ins Ausland vor, dass die Machthaber an dem Geschehen unbeteiligt seien. Im August waren dann jedoch an die verschiedenen paramilitärischen Formationen der NSDAP Befehle ergangen, diese Aktionen einzustellen, zum einen, weil sie unerwünschte Unruhe im Wirtschaftsleben schufen, zum anderen, weil eigenmächtige Aktionen auf unterer und mittlerer Ebene immer die Gefahr mit sich brachten, dass sich die Disziplin in den Nazireihen lockerte und unerwünschte Unternehmungen stattfanden. Kurzum: Demonstrationen, auf die sich Hitler berief, hatten nicht die Juden unternommen, die als Einzelne wie in ihren noch geduldeten Organisationen seit dem Januar 1933 alles vermieden, was sie mit den Inhabern von Macht und Gewalt in Konflikt bringen konnte, sondern des Führers Gefolgschaft. Indessen war im Reich eine Situation geschaffen, die es unmöglich machte, dem Manne öffentlich zu widersprechen. Das Lügen unter dem Hakenkreuz war gefahrlos, nicht hingegen die Verbreitung der Wahrheit.

Das erste dieser drei Gesetze, die angeblich eine auf Jahrhunderte hinaus erstrebte "Lösung" bestimmen sollten, hatte die Überschrift "Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre" erhalten. In seiner Präambel wurde erklärt, dass der Fortbestand des deutschen Volks nur gesichert sei, wenn das "deutsche Blut" rein erhalten bleibe. Diese Blutsorte war, anders als die menschlichen Blutgruppen, die am Jahrhundertbeginn von dem vom Judentum zum Katholizismus konvertierten Pathologen und Serologen Karl Landsteiner entdeckt worden waren, wofür er 1930 Jahre einen Nobelpreis erhielt, ein Hirngespinst, jedoch eines mit klarer politischer Zweckbestimmung. Es machte die angeblichen Träger dieses Blutes zu einer Spezies von besonderem Wert und hob sie aus allen heraus, in deren Adern dieser besondere Saft nicht floss. Diese Erfindung war Produkt eines in das "finstere" Mittelalter zurückverweisenden Dunkelmännertums. Zudem sollte dieses Blut zwischen den Deutschen eine besondere Verbindung schaffen, sie zu "Volksgenossen" machen und ihre Zusammengehörigkeit im Denken, Fühlen und Handeln

begründen. Es war eine Verpflichtung für jeden Deutschen, auf die Stimme des "deutschen" Blutes zu hören und ihm zu gehorchen.

Was gemeint und gewollt war, drückte knapp und klar die erste Strophe eines 1931 gedichteten Naziliedes aus, in der es hieß: "Warum jetzt noch zweifeln / Hört auf mit dem Hadern / Denn noch fließt uns deutsches Blut in den Adern. / Volk ans Gewehr!" Das deutsche Blut bewies sich demnach in keiner Rolle mehr als in der des "deutschen Kriegers". In erster Linie waren die Nürnberger Gesetze von Judenfeindschaft und Judenhass geprägt und ordneten sich der Strategie der Vertreibung der deutschen Juden aus ihrem Vater- oder Mutterlande zu. Doch zugleich enthielten die mir ihrer perversen Begründung und der These vom "deutschen Blut" ein ideologisch-politisches Programm der Anpassung und Unterwerfung, das auf die Massen der "Arier" und deren geistige und emotionale Ausrichtung zielte.

Die jüdischen Deutschen besaßen diesem Blutdogma zufolge weder deutsches noch dem "artverwandtes" Blut. Letzteres stellte eine weitere Erfindung dar, präsentiert, um mit erworbenen und noch zu gewinnenden Verbündeten, also den Ungarn und künftig den Italienern, nicht in deshalb in einen Konflikt zu geraten, weil sie sich auf einer niedrigeren Wertigkeitsstufe platziert sehen mussten. Ohne dass das im Gesetzestext ausdrücklich formuliert wurde, war klar: die Ideologen des deutschen Faschismus behaupteten nicht nur die Unverträglichkeit und Schädlichkeit einer Mischung von Blutsorten, wie Ärzte sie bei Bluttransfusionen zu beachten haben, sondern stellten das "jüdische Blut" als minderwertig dar, weshalb eine Vermischung des hochwertigen Blutes mit diesem eine "Sünde wider das deutsche Blut" sei. Dieser Schwachsinn hatte schon dem antisemitischen Faschisten Arthur Dinter als Titel seines 1917 erschienenen Romans gedient, der ein Verkaufsschlager wurde. Der promovierte Naturwissenschaftler, Weltkriegshauptmann, Schriftsteller und Theatermann, der von Hitler in deren Frühphase zeitweilig zum Gauleiter der NSDAP in Thüringen ernannt worden war, gehörte zu den geistigen Vätern der Nürnberger Gesetze, namentlich des verkürzt "Blutschutzgesetz" genannten Textes. In dem wurde bestimmt: Ehen zwischen den vorgeblichen Trägern dieses und eines "artfremden" Blutes waren verboten. Gleiches galt für den außerehelichen Geschlechtsverkehr zwischen Deutschen und Juden. Der folgende Paragraph fügte dem die infame Diffamierung der jüdischen Männer hinzu, die als sexuelle Triebtäter hingestellt wurden, deren Opfer mit Vorliebe "Arierinnen" sein würden. Diese müssten geschützt werden, weshalb, wo ein solcher "Nichtarier" in einem Haushalt lebte, weibliche nichtjüdische Hausangestellte unter 45 Jahren nicht mehr beschäftigen werden durften.

Der folgende Paragraph fügte der Gemeinheit den Hohn hinzu. Juden wurde das Hissen der Reichs- und Nationalflagge und das Zeigen der Reichsfarben, als die Schwarz-Weiß-Rot galten, verboten, hingegen das "Zeigen der jüdischen Farben gestattet". Das lief darauf hinaus, dass Juden sich in einer zunehmend antijüdisch aufgepulverten Umwelt selbst öffentlich kenntlich machten. Denn, wer sein Haus oder mindestens eines sein er Wohnungs- oder Geschäftsfenster nicht beflaggte, wenn das verlangt wurde, fiel auf, zumal der Druck auf die Volksgenossen, die Fahnen mit dem Hakenkreuz zu zeigen, unausgesetzt zunahm. "Vergessliche" wurden an deklarierten Fest- und Feiertagen an ihren Haus- oder Wohnungstüren von lokalen Parteibonzen aufgesucht und an diese "nationale Pflicht" erinnert. Eine erlaubte Fahne mit dem Davidstern an jüdischen Feiertagen aus einem Fenster zu hängen, was der übergroßen Mehrheit der deutschen Juden ohnehin nicht in den Sinn gekommen wäre, weil sie zu dem Zeichen als politisches Symbol keine Beziehung besaßen, hätte nichts anderes bedeutet, als judenfeindliche Terroristen in Aktion zu setzen. Mit der Bestimmung über das Flaggen war offenkundig der "deutschen Ehre" genug getan, die im Gesetzestext selbst nicht erwähnt wurde. Abschließend folgten Bestimmungen mit der Androhung von Zuchthaus-, Gefängnis- und Geldstrafen für Fälle von Zuwiderhandlungen.

Das "Blutschutzgesetz" stellte Menschen, die sich vor dem Gesetz ehelich verbinden wollten, aber diesem Gesetz nun nicht genügten, vor die Frage, Deutschland dauernd zu fliehen, ihre offizielle Trauung bei einem Aufenthalt außerhalb von dessen Grenzen in einem anderen Staat zu vollziehen oder auf darauf zunächst und in der Hoffnung zu verzichten, dieses Regime werde nicht von Dauer sein. Zugleich waren die bestehenden ehelichen Verbindungen zwischen "Ariern" und Juden zu "Mischehen" herabgestuft und mit dem Makel "undeutsch" markiert. Manche Partner sahen sich vor der Alternative, ihre Verbindung weiter bestehen zu lassen oder sie – womöglich nur aus taktischen Gründen – zu lösen. Sie hatten sich weiter zu entscheiden, ob sie sich ihren Wunsch nach Kindern erfüllen sollten, da die in Deutschland als Kinder einer "Mischehe" eingestuft und als "Mischlinge" abgestempelt wurden. Offen blieb zudem noch, welche – die waren zu erwarten – gesellschaftlichen und sonstigen Nachteile sich aus der Kategorisierung noch ergeben würden. Der Antihumanismus feierte im Reich einen Triumph. Fanatische Faschisten jubelten ob eines weiteren Sieges in ihrem "Kampf", die Mehrheit der unbetroffenen Deutschen nahm das Elend und die Schande nicht einmal wahr.

Damit waren die Gesetzesfolgen noch nicht erschöpft. In Aktion traten die Bürokraten in verschiedensten Ämtern und Stellungen, die diesen Gesetzesparagraphen

Geltung zu verschaffen hatten. So war zu entscheiden, wie – beispielsweise im Hinblick auf die Wehrpflicht oder auf Zulassungen zu Universitäten, Hochschulen und anderen Bildungseinrichtungen – mit den "Mischlingen", den sog. "Halbjuden" zu verfahren sei. Auf diese Weise wurde eine beständig größer werdende Zahl von "Volksgenossen" mit Fragen der "Rasse" geistig und praktisch beschäftigt und zu Beteiligten an der antijüdischen Politik und mochten sie in ihr auch nur das letzte Rädchen abgeben. Einen Anreiz besonderer Art erhielten Schnüffler und Denunzianten, denen "deutsche Ehre" gebot, Rasseschänder aufzufinden, anzuzeigen und sie vor Gerichte zu bringen.

Die Konsequenzen reichten bis in die Schulzimmer und da insbesondere in den Biologieunterricht, dessen Bestandteil die mit den "Nürnberger Gesetzen" weiter aufgewertete Rassenkunde bildete. Denn schon die Heranwachsenden sollten erzogen werden, ihr "deutsches Blut" rein zu halten. Tatsächlich wurde jungen Mädchen weisgemacht, schon ein einziger Beischlaf mit einem Juden werde sie für ihr ganzes Leben unfähig mache, noch "deutsche Kinder" zu gebären. Und die nazistischen Karikaturisten, nicht nur die in Streichers Zeitschrift "Der Stürmer", sahen sich zusätzlich angestachelt, Juden abstoßend und denunzierend darzustellen und jüdische Männer als Lüstlinge anzuprangern. Deutschland, häufig und auch von den Nazis anmaßend als Land der Dichter und Denker gerühmt, war mit diesem Gesetz ein weiteres Stück verhunzt worden.

Weniger deutlich waren zunächst die Konsequenzen des zweiten Gesetzes, das am 15. September angenommen wurde. Es bestimmte, dass es in Deutschland künftig neben den Staatsangehörigen noch eine aus diesen herausragende höhere Gruppe, die der Reichsbürger, geben werde. Diesen Rang und die Aushändigung eines Reichsbürgerbriefes konnte erlangen, wer "deutschen oder artverwandten Blutes" war und "durch sein Verhalten beweist, dass er gewillt und geeignet ist, in Treue dem deutschen Volk und Reich zu dienen". Hinter der Wortgeschwulst war leicht zu erkennen, dass es den Verfassern wiederum einzig darum zu tun war, die jüdischen Deutschen auch staatsrechtlich auf eine niedere Stufe zu platzieren. Nur Reichsbürgern, hieß es weiter, würden die "vollen politischen Rechte" besitzen. Das freilich ließ sich eine Groteske nennen, waren doch den Deutschen, Juden oder Nichtjuden, zweieinhalb Jahre zuvor die bürgerlichen Rechte der Meinungs-, Presse-, Versammlungs- und Organisationsfreiheit und dazu einige weitere restlos genommen worden, so dass es eine rätselhafte Aufgabe war, sich unter den "politischen Rechten" etwas vorzustellen.

Das Reichsbürgergesetz war jedoch als ein Rahmengesetz konzipiert und seinen beiden Paragraphen ließ sich zunächst nicht ablesen, wie es die Machthaber ausfüllen wollten. Nicht, dass sie dazu entschlossen waren, konnte bezweifelt werden, sondern nur, wann sie sich zu welchen weiteren Schritten entschließen würden. Hitler hatte sie in seiner Rede aber schon verlogen, unbestimmt, aber drohend angekündigt: "Sollte [...] die innerdeutsche und internationale jüdische Hetze ihren Fortgang nehmen, wird eine neue Überprüfung der Lage stattfinden." Wie diese Hetze ein phantasierter Vorwand war, so würden er und die Seinen, wenn es in ihr Konzept passte, skrupellos den nächsten erfinden, um die neue und schärfere Verfolgung der Juden zu begründen.

In den Reihen der braunen Antisemiten schossen die Erwartungen, ähnlich wie vor der Aktion des 1. April 1933, ins Kraut. Sie schlossen die Hoffnung ein, auf die Gesetze werde alsbald der Generalangriff gegen das jüdische Eigentum folgen, sich also große Möglichkeiten der Bereicherung und der Vorteile eröffnen. Gemessen daran war die erste von Reichsinnenminister Dr. jur. Wilhelm Frick am 14. November erlassene Durchführungsbestimmung zum Reichsbürgergesetz eine Enttäuschung. Die Bürokratie brauchte Zeit, die folgenden Schritte zu bemessen, denn es war bei jedem zu entscheiden, welcher Grad von unwillkommener Unruhe mit ihm riskiert würde. Die ergab sich beispielsweise auch dadurch, dass Mischehen insbesondere in den sog. gehobenen Kreisen der Gesellschaft existierten und manche ihrer Partner verwandtschaftliche Bindungen besaßen oder freundschaftliche Beziehungen pflegten, die in "höchste Kreis" reichten.

Wichtiger noch wurden für das Tempo des weiteren Vorgehens die noch nicht aufzugebenden Rücksichten auf die deutsche Wirtschaft und namentlich die damit verbundenen Rüstungsinteressen. Sollte die "Arisierung" großer Unternehmen im jüdischen Eigentum von Banken, Industriewerken, Versicherungen, nicht auf dem Wege offenen Raubs vor sich gehen, und das verbot sich mit Rücksicht auf deutsche Werte im Ausland, dann mussten als geeignet angesehene, selbstredend "deutschblütige" Käufer über die erforderlichen Summen gebieten. Bei mächtigsten Konzernen waren die aufgrund der Erholung nach der Weltwirtschaftskrise verfügbar. So konnte die großbürgerliche "Kölnische Zeitung" am 13. Oktober über den unspektakulären Fortgang der "Arisierung" befriedigt berichten: "Es mehren sich aber die Fälle, in denen auch größere die Kontrolle über das betreffende Unternehmen sichernde Aktienpakete angeboten werden, mit denen sich Juden von langjährigem Besitz und ihrer bisherigen Tätigkeit als Leiter großer Unternehmungen trennen." Als Käufer,

der Millionensummen aufzubringen vermochte, wurde im Weiteren mehrfach der Siemens-Konzern genannt.

Insgesamt aber galt: Auch schlecht Ding – in diesem Falle wäre zu sagen: auch Verbrecherisch Ding – braucht Weile. Zudem waren die Kräfte der Regimespitze an der Wende von 1935 zu 1936 auf zwei Aktionen konzentriert, die auf dem Pfad in den Krieg lagen, auf dem die Machthaber rasch vorankommen wollten: den Aufbau der Wehrmacht auf der Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht und die Ausnutzung der internationalen Konfliktsituation, welche der Krieg Italiens in Abessinien geschaffen hatte. Sie gab das begünstigende Umfeld für den nächsten eigenen außenpolitischen Coup her, die Besetzung des entmilitarisierten Rheinlandes. Die Vertreibung der Juden aus Deutschland und ihre damit einhergehende Enteignung und Beraubung besetzte in der Politik der Machthaber einen herausragenden, aber nicht den ersten Platz. Die taktischen Maßnahmen, die auf dem Wege lagen, Deutschland "judenfrei" zu machen, hatten sich dem Kurs in den Krieg einzuordnen.

Als die "Herren Abgeordneten", so Hitlers Anrede, wie nicht anders erwartet, die Gesetze gebilligt hatten, wandte sich der "Führer" noch einmal mit einer Rede an die Versammlung. Sie hätte "einem Gesetz zugestimmt, dessen Bedeutung erst nach vielen Jahrhunderten im ganzen Umfang erkannt werden wird." Das war die Sprache des Wahnwitzigen, der tatsächlich glaubte, er sei mit seinen Unterführern dabei, ein Tausendjähriges Reich aufzubauen und auf eine unbestimmte Zahl von Generationen hinaus Weltgeschichte zu schreiben. Und dann appellierte er: "Sorgen sie dafür, dass unser Volk den Weg des Gesetzes wandelt." Dafür haben mehr als die im Volksmund auch Goldfasane genannten Nazibonzen andere gesorgt, jene, die dem antijüdischen Terror einen durchsichtigen Mantel von juristischen Verordnungen und Entscheidungen umhängten: Staatsbürokraten in den Ministerien und deren Exekutoren in den Ländern, Städten und Gemeinden, dazu auch Standesbeamte, die "Ariernachweise" prüften, und vor allem Staatsanwälte und Richter, die Verstöße verfolgten und ahndeten. Sie alle agierten in einem zunehmend von der Rassenideologie und dem Antisemitismus verseuchten gesellschaftlichen Klima, in dem sich die Furcht ausbreitete, mit den Mächtigen und Gnadenlosen auch nur in einen geringfügigen Konflikt zu geraten.

Am Tage, nachdem er den Text der "Nürnberger Gesetze" gelesen hatte, notierte Victor Klemperer: "Der Ekel macht einen krank." Wie, wenn der die Mehrheit der Deutschen ergriffen haben würde?

Der Pogrom des 9./10. November 1938. Voraussetzungen – Ursachen – Interessen

Eine Forderung, die der britische Historiker Eric Hobsbawm namentlich aber nicht nur an seine Fachkollegen richtete, lautet: Wer sich mit der Vergangenheit befasst, müsse wenigstens die Fragen des Karl Marx stellen. Zu diesen gehörten unabdingbar die nach dem "Warum" eines geschichtlichen Ereignisses oder Prozesses und die weitere, die sich auf die Interessen richtet, die sich in ihnen geltend machten. Warum also kam es im Herbst 1938, etwa fünfeinhalb Jahre nach der Errichtung der faschistischen Diktatur, zu dem Pogrom? Was waren seine Voraussetzungen, was die Bedingungen seines Stattfindens? Und welche Interessen und Ziele brachten das Verbrechen hervor?

Kein Forscher bestreitet, dass Judenverfolgung und Judenmord im faschistischen Deutschland ihre geistigen oder – wem das ein zu positiv besetzter Begriff ist – ideologischen Voraussetzungen besaßen, ohne deren Vorhandensein der Weg nicht nach Auschwitz hätte führen können. Die extrem anti-aufklärerische Weltanschauung der Faschisten, die den Juden das Menschsein absprach und sie auf eine Stufe nahe dem Tierreich setzte, stellt nach aller Überzeugung die conditio sine qua non dieses massenmörderischen Antisemitismus dar. Dass allein materielle und namentlich wirtschaftliche Interessen zu Judenverfolgung und Judenmord führten, wurde den Marxisten unter den Geschichtswissenschaftlern lange mit Vorliebe angedichtet und vereinfacht; verzerrt und verfälscht aber deren Auffassung. Inzwischen wird aber auch außerhalb dieser Strömung anerkannt, dass materielle und kriegswirtschaftliche Interessen an der Politik der Judenverfolgung bis in deren mörderische Endphase mindestens beteiligt waren. Letzteres wird beispielsweise daran sinnfällig, dass jüdische Gefangene, Insassen von Konzentrationslagern gegen Kriegsende in das als "judenrein" erklärte Reich zurücktransportiert wurden, um sie zum Bau von Rüstungsbetrieben unter der Erde und bei der Errichtung von Verteidigungsanlagen einzusetzen. Ihre Ermordung war aufgeschoben oder geschah nicht im erstickenden Gas, sondern auf dem Wege der Vernichtung durch auch die letzten Lebenskräfte zerstörende Arbeit. Dass der Judenmord in der Hierarchie faschistischer Machtinteressen vor dem Siegeswillen der faschistischen Imperialisten rangiert hätte, gehört in das Legendenreich.

Den aufzuklärenden und noch immer auch umstrittenen Gegenstand bildet die Frage, welche "Faktoren" an der eskalierenden Praxis des Antisemitismus zu verschiedenen Zeiten beteiligt waren und zu welchen Anteilen. Das letzte erzeugt Historikern aller methodologischen Strömungen freilich Verlegenheit, denn sie besitzen

nicht nur in diesem Fall keine Waage, mit der sie diese "Faktoren" gewichten könnten, die an einem Geschehen, sei es ein einzelnes Ereignis oder ein Prozess beteiligt sind. Völlig eindeutige Antworten gehören daher zu den Raritäten, stets bleibt ein Rest des Abschätzens und Mutmaßens.

Wie also steht es unter diesem Aspekt mit den Ereignissen des 9./10. November 1938, als SA-Formationen die Synagogen in Brand steckten, Geschäfte und deren Einrichtungen zerstörten, Juden misshandelten und gefangen setzten, sie dann in Konzentrationslager transportierten? Dass es dahin kam, bewirkte ein Bündel von Interessen, das ohne den Blick in seine Vorgeschichte nicht zu entwirren ist.

1933 kamen im Deutschen Reich Politiker an die Macht, die der Rassenpolitik und als deren Kernbestand der Judenverfolgung programmatische Bedeutung zumaßen. Schon aus dem 25-Punkte-Programm der NSDAP konnte entnommen werden, dass die Faschisten das Ziel verfolgen würden, die jüdischen Deutschen aus dem Lande zu drängen. Dieser Entschluss wurde nach dem 30. Januar 1933 von den zu Staatsmännern aufgestiegenen Parteiführern zunächst geleugnet. Das erweckte den Eindruck, dass die Nazis vor der Macht mit denen an der Macht identisch wären und ihre Ziele verändert hätten. Noch 1935 in seiner Ansprache zur Begründung und Rechtfertigung der "Nürnberger Gesetze" vor dem faschistischen Reichstag bestritt Hitler, Deutschland "judenfrei" machen zu wollen.

Wie schon in ihres Führers Buch "Mein Kampf" geschehen, spielten sich die NS-Ideologen als Theoretiker der Rasse auf. Sie gaben vor, allein aus Gründen wissenschaftlicher Einsicht in Naturgesetze für die biologische Scheidung von "Ariern" und Juden einzutreten. Die Idee eines Pogroms, verkündete Julius Streicher, der Herausgeber der antijüdischen Wochenzeitschrift "Der Stürmer", der sich "Frankenführer" und "Antisemit Nr. 1" nannte, in einer Rede im Berliner Sportpalast 1935, läge außerhalb ihrer Absichten. Dabei entlarvte sich dieses Gerede schon durch Goldfasane die ungehemmte Hetzpropaganda, die der Praxis der Judenverfolgungen weit voraus und dazu bestimmt war, dem Folgenden auch emotional den Weg zu bahnen. Sie bediente sich aller Fälschungen und Verteufelungen, die in der jahrhundertelangen Geschichte des Antijudaismus und der kürzeren des Antisemitismus erfunden und unter die Leute gebracht worden waren. Das demagogische aufwiegelnde Wirken von Ideologen und Politiker um Hitler bildete die *erste* Voraussetzung für den Weg zum 9. Novembertag 1938.

Tausende von Aktivisten mit dem Hakenkreuz taten sich schon vor dem 30. Januar 1933 bei antijüdischen Demonstrationen und Krawallen hervor, die sie anzettelten. Diese Gefolgschaft mochte von den Motiven und Zielen ihrer Führer wenig verstan-

den haben, doch dass Juden und Marxisten – beide demagogisch verbunden in Feindformeln vom "jüdischen Bolschewismus" und "marxistischen Judentum" – Erzfeinde und zu bekämpfen waren, wusste jeder SA- und SS(Schutzstaffel)-Mann. Sie ließen sich nicht irritieren, wenn nicht jede Führerrede, namentlich vor den Wahlen in der Weimarer Republik, die bejubelten Hasstiraden enthielt. Hochschraubten sich die Erwartungen der antisemitisch aufgepulverten Kohorten nach dem Sieg, den sie für den ihren hielten. Die verbrecherische Tatbereitschaft der paramilitärisch organisierten Judenhasser bildete die zweite Voraussetzung dafür, dass der Weg zum Pogrom eingeschlagen und die Befehle befolgt werden konnten, die an jenem Novemberabend von München aus erteilt wurden und telefonisch in das gesamte Reichsgebiet gelangten.

Die Formierung der Antisemiten in den Nazireihen hatte in der Weimarer Republik nicht am Nullpunkt begonnen. Die Anführer konnten die im Kaiserreich geleisteten "Vorarbeiten" judenfeindlicher Theoretiker, Politiker und Organisationen nutzen und auch auf den jahrhundertelang in den christlichen Kirchen verbreiteten Antijudaismus zurückgreifen. Diese Propaganda hatte bewirkt, dass in allen sozialen Schichten antijüdische Stimmungen, Denk- und Verhaltensweisen vorhanden und gleichsam eingefressen waren. Sie reichten von unbestimmtem, durch Vorurteile geprägten Unbehagen und Misstrauen bis zu ideologisch verfestigter hasserfüllter Feindseligkeit. Zudem erwies es sich nach der Errichtung der Diktatur als unnötig, jeden Verfechter oder Anhänger einer der Strömungen dieses vielgefächerten Antisemitismus auf das Niveau der Nazis zu bringen. Der Antisemitismus des Hjalmar Schacht war mit dem Hitlers oder Himmlers nicht kongruent. Doch reichte er hin, dass der konservative Reichsbankpräsident und seit 1934 kommissarische Reichswirtschaftsminister während der Frühphase der Judenvertreibung alle staatlichen Gesetze mittrug und in seinem Zuständigkeitsbereich, der Reichsbank, selbstverständlich für die "Entjudung" gesorgt war. Das Mittun dieser Judengegner verschiedener - in ihrem Selbstverständnis gemäßigter - Couleur stellte die dritte Voraussetzung für den Weg zum Novemberpogrom dar.

Es fehlte in der Weimarer Republik nicht an Menschen und Kräften, die aufklärerischen Ideen verschieden und verbreiteten, nicht an Schriftstellern und Publizisten, die sich mit den verschiedensten geistigen Waffen gegen Rassismus und Judenfeindschaft wandten. Jedoch fanden sie nur selten zu gemeinsamem Handeln. Dazu trug die Unterschätzung der Größe der drohenden Gefahr bei. Vielen galt es als ausgeschlossen, dass der Antisemitismus der Hitlerleute in Deutschland Regierungsprogramm und sie zum Schweigen gebracht werden könnten. 1933 geschah das jedoch.

Wer sich nicht beugte und verstummte, wurde als Judenknecht diffamiert. Dass sich Gegenstimmen des Anstands in der Öffentlichkeit nicht mehr erheben konnten, bildete die der notwendigen Voraussetzungen dafür, dass die Verfolgung bis zur Pogromstufe gesteigert werden konnte, ohne dass sich deren Gegner im Lande noch öffentlich hörbar zu machen vermochten.

Keiner dieser Voraussetzungen war ein Produkt von Zufällen. Sie wurzelten sämtlich in einer von einer akuten Krise geschüttelten bürgerlichen Gesellschaft, in der kapitalistische, kleinbürgerliche und anderen Konkurrenzinteressen sich verhärteten. Auch dadurch wurde das geistige und emotionale Klima des Antisemitismus verstärkt, und Unterschiede und Abweichungen, die zwischen dessen Strömungen und Schattierungen existierten, verloren ihre praktische Bedeutung. Die radikalsten unter den Judenfeinden übernahmen die Führung. Gewiss: Nicht jeder Kapitalist wollte seinen jüdischen Konkurrenten außer Landes oder im Konzentrationslager wissen. Nicht jeder Kleinhändler wünschte sich den seinen Bankrott oder ins Ghetto. Nicht jeder deutschnationale Universitätsprofessor war für die Entfernung des jüdischen Kollegen von der Hochschule. Und nicht jeder Student hatte 1933 in den Ruf seiner SA-Kommilitonen "Juden raus" eingestimmt. Doch Millionen Deutsche hießen einen – wie auch sie es sahen – gemäßigten Antisemitismus gut. Maßnahmen, die Juden der Gleichberechtigung beraubten, sie im Beruf zurücksetzten, ihnen Bildungs- und Verdienstmöglichkeiten nahmen oder einschränkten, hielten sie für gerechtfertigt oder hinnehmbar. Damit war den Verfechtern aggressiver Judenfeindschaft für ihren Start kein Hindernis bereitet, mehr noch: sie konnten der lauten oder stillschweigenden Billigung ihrer Maßnahmen, wenn mitunter auch nicht ihrer rüden Methoden, sicher sein.

So hatten schon vorgefundene Stimmungen und Haltungen von Millionen den neuen Machthabern 1933 die sofortige Inangriffnahme von Schritten der Judenverfolgung ermöglicht. Berücksichtigt werden mußte einzig, welche davon zweckmäßig waren und welche ungewollten Folgen zeitigen konnten. Der aktivste Teil der NSDAP-Gefolgschaft in den SA, SS und im Kampfbund des gewerblichen Mittelstandes war erpicht, dass ihm die Stoßrichtung gegen "Alljuda" bis zur Vernichtung der sozialen Existenz der Juden freigegeben würde. Hitlers rassistisch-antisemitische Besessenheit schloss jedoch ein doppeltes taktisches Kalkül ein: er wollte seinen Gefolgsleuten die Genugtuung vermitteln, "die nationalsozialistische Revolution" voranzutreiben und zugleich Erfolge bei der Überwindung der ökonomischen Krise vorweisen.

In der antijüdischen Politik, die auf den 30. Januar 1933 folgte, überlappten sich so mehrere und nicht widerspruchsfreie Zwecke und Ziele Erstens existierte das poli-

tisch-ideologische Interesse, den in der eigenen Gefolgschaft gespeicherten Judenhass sich entladen zu lassen und deren Glauben zu verfestigen, Sieger der Geschichte geworden zu sein. Das verband sich mit dem Herrschaftsinteresse, aus dieser Entladung weitere Machtbefestigung zu gewinnen. Dazu kam – zweitens – das wirtschaftliche Interesse, die Konkurrenz zu schwächen oder vollständig loszuwerden, und – drittens – das ebenfalls materiell dominierte Interesse, Arbeitsplätze und Karrierechancen zu erhalten. Dabei mußte nicht jeder Nutznießer auch Akteur der Verfolgungen sein, und – umgekehrt – nicht jeder Akteur ein Nutznießer im direkten, mess- oder zählbaren Sinne.

Die Stunde der großen "arischen" Kapitaleigner schlug 1933 nicht augenblicklich. Und als sie schlug, geschah das dann leise und unskandalös. Doch begonnen hatte die Schwächung der in jüdischem Eigentum befindlicher Bank-, Handels- und Industrieunternehmen vielfach bereits im ersten Jahr der faschistischen Diktatur, was nicht ausschloss, dass in Einzelfällen Firmen im Besitz von Juden zunächst noch vom Ende der zyklischen Krise profitierten. Wer die Wirtschaftsteile großbürgerlicher Zeitungen las, konnte sich jedoch bald anhand knapper Meldungen über die fortschreitende "Arisierung" informieren. Deren rühmten sich die Gewinner damals so wenig wie später, denn dass ihre erst durch die judenfeindliche Staatspolitik ermöglichten Geschäfte anrüchig und mitunter erpresserisch waren, konnte keinem Käufer verborgen bleiben. Also wurden sie nicht an die große Glocke gehängt.

In der deutschen Gesellschaft entfaltete sich der Antisemitismus zwischen 1933 und 1938 auf dreierlei Weise. *Erstens* als Antisemitismus der Straße, also der gewalttätigen Aktion. Dieser begann spontan im März 1933 und wurde von den Führungen der NS-Organisationen beherrscht und kanalisiert, aktiviert, gebremst oder auch unterbunden, je nach seiner Zweckmäßigkeit. *Zweitens* als Antisemitismus der Staatslenker und Gesetzgeber, in deren Gefolge Ideologen und Propagandisten rechtfertigten, was an Unrecht geschah. *Drittens* als Antisemitismus der Staats- und Verwaltungsbürokraten, die mit erfinderischer Energie zu Werk gingen und häufig Benachteiligungen, Demütigungen und Schikanen ersannen und praktizierten, die den Rahmen der Gesetze noch überschritten, denn welcher Jude hätte vor Gericht noch einklagen können, was ihm an Recht offiziell noch belassen wurde.

In seiner Summe führte dieser Antisemitismus zur Vertreibung und Flucht von immer mehr Juden aus dem Reich. Unmittelbar entsprang diese Praxis der unstillbaren, immer aufs Neue aufgeputschten Judenfeindschaft der nazistischen Aktivisten. Zugleich ordnete sie sich dem Vorhaben zu, die Volks- und die künftige Kriegsgemeinschaft der Deutschen zu schaffen, die als dicht geschlossene Marschkolonne gedacht

war, welche jeden Führerbefehl befolgte. Auf dem Wege zu Krieg und Eroberung, der sich gegen Ende 1937 in den Köpfen und Planungen der politischen und militärischen Führer konkretisierte, wurden weitergehende Maßnahmen erwogen, wie die Juden aus Deutschland hinausgedrängt werden könnten, zumal die Zahl der bis dahin Geflohenen hinter den Erwartungen der Machthaber zurückblieb.

Das führt in die unmittelbare Vorgeschichte des Pogroms vom 9./10. November 1938. Die terroristische Aktion war nicht so lange vorgedacht wie die Maßnahmen, die auf sie folgten. Doch wann genau die Idee zur Gewalttat während der ersten Novemberdekade aufkam und sich zum Plan und Entschluss verdichtete, lässt sich auf den Tag nicht sagen. Doch besteht kein Zweifel, dass Hitler und Goebbels den Zeitpunkt für schärfere Verfolgungen als gekommen ansahen. 1937/38 war im Apparat der von Reinhard Heydrich befehligten Sicherheitspolizei eine Planungsgruppe entstanden, die ihren Ehrgeiz dareinsetzte, alle judenfeindlichen Maßnahmen so zu koordinieren, dass der Druck verstärkt wurde, der die Juden zur Flucht aus Deutschland zwang. Seinen größten Erfolg erreichte dieser Stab nach dem März 1938 im "angeschlossenen" Wien. Das dort praktizierte gleichgerichtete Vorgehen von Bürokraten, die aus Heydrichs Berliner Amt an die Donau kommandiert worden waren, und des einheimischen antisemitischen Mobs sollte aus dem in die Ostmark verwandelten Österreich auf das ganze Reichsgebiet ausgedehnt werden. Das galt insbesondere auch für die Erfahrung, wie sich Vertreibung und Beraubung am gewinnbringendsten miteinander verbinden ließen.

Zugleich hatten im Verlauf des Jahres 1938 mehrere Reichsbehörden Indikativen ergriffen, die Juden in eine hoffnungslose Lage stürzten. Erlass auf Erlass folgte, die das Leben und die Arbeit der Juden erschwerten. Eine Gruppe von Maßnahmen betraf Verbote für die Tätigkeit an Börsen, als Vermessungsingenieur, Waffenhändler, Versteigerer, in Auskunfteien und Bewachungsbetrieben, als Makler, Heiratsvermittler, Hausverwalter, Fremdenführer, Ärzte, Krankenpfleger, Rechts- und Patentanwälte. Eine andere reihte Schikanen verschiedenster Art scheinbar willkürlich aneinander: den Wegfall der Steuerermäßigung für Kinder, die Isolierung der Patienten in Krankenhäusern, das Verbot des Aufenthaltes in Kurorten, die Aufhebung der Kündigungsfrist für Mieter, die Umbenennung der nach Juden benannten Straßen. Eine dritte bezeugte, dass die Rücksichten fielen, die bisher noch gegenüber dem religiösen Leben der Juden genommen worden waren. Die Synagogen in München und Nürnberg wurden abgerissen. Die jüdischen Gemeinden verloren die Vorteile von Körperschaften des öffentlichen Rechtes. Die vierte schließlich diente der Erfassung aller Juden und ihres Vermögens. Das wies am deutlichsten auf die bevorste-

hende Enteignung und materiellen Ruinierung der Juden hin. Dazu gehörten das Verbot der Namensänderung, die Verordnungen gegen die "Tarnung" jüdischer Betriebe, die Anmeldepflicht jüdischen Vermögens ab 5000.— RM, die Genehmigungspflicht für Rechtsgeschäfte mit "Ariern", die Registrierung und Kennzeichnung aller jüdischen Gewerbebetriebe, der Kennkartenzwang für Juden, die Einführung von Zwangsvornamen, die Einziehung der Pässe und ihre Kennzeichnung mit dem Aufdruck "J". Unter der Beteiligung von Tausenden und Abertausenden Angehörigen der Beamtenschaft und von Staatsangestellten führte die deutsche Staatsbürokratie Schlag auf Schlag gegen die "Nichtarier".

Die Kette der Gesetze, Durchführungsverordnungen und Erlasse ließ keinen Zweifel mehr, dass den Juden das Leben im Deutschen Reich zur Hölle gemacht werden sollte. In den Monaten vor dem Pogrom verstärkten sich auch die offen terroristischen Maßnahmen. Kehrte ein Jude aus dem Ausland zurück, so drohte ihm das Konzentrationslager. Dorthin wurden am 15. Juni etwa 1.500 Juden verschleppt, die aus zumeist nichtigen Gründen straffällig geworden waren. Am 28. Oktober begann der Zwangstransport von 15.000 bis 17.000 Juden polnischer Staatsangehörigkeit an die deutsch-polnische Grenze, wo sie im Niemandsland ausgesetzt wurden. Bis in die Jahrhunderte des Mittelalters mußte zurückdenken, wer vergleichbare Akte der Willkür und Gewalt in deutscher Geschichte auffinden wollte. Am 9. November 1938 war dann ein Anlass gefunden, die Strategie der Judenvertreibung zum Pogrom zu steigern. Er stellte keinen Wendepunkt dar, sondern markierte den Beginn der abschließenden Phase der 1933 begonnenen Politik, mit der das Reich "Judenheit" gemacht werden sollte. Dass sie nicht zum gedachten Endpunkt kam, verursachte der Beginn des Krieges. Dessen Vorrang brachte zunächst Verzögerungen, und er schuf mit den geschlossenen Grenzen eine neue Situation und ein grundlegend verändertes inneres und internationales Klima.

Welchen Platz in der Vorkriegsphase die materiellen, wirtschaftlichen und finanziellen Interessen der Judenvertreiber besetzten, verdeutlicht die durch die Hochrüstung sich zuspitzende Krise der Reichsfinanzen. Die Juden besaßen ein Vermögen von 8,531 Mrd. Reichsmark (RM), von denen 1,195 Mrd. RM in Form von Betriebsvermögen existierten und 4,88 Mrd. hauptsächlich in liquiden Wertpapieren. Der dritte Teil, 2,5 Mrd. RM, bestand in Grundbesitz. Die Gier der Machthaber richtete sich seit längerem darauf, an dieses Vermögen zu gelangen. Als eine dem dienende Methode erschien eine Sondersteuer, deren Einführung Hitler bereits 1936 gebilligt hatte und wofür 1937 ein Gesetzentwurf existierte. Befürchtungen, dass dieser Schritt

unwillkommene ausländische Reaktionen hervorrufen könnte, führten jedoch dazu, ihn nicht zu gehen.

Wie sehr es indessen insbesondere Hermann Göring, Chef der Vierjahresplanbehörde, nach diesem Vermögen gelüstete, verrät das Protokoll der Sitzung, die unter seiner Leitung nach dem Pogrom am 12. November 1938 stattfand. Doch zeitigte sie keine grundsätzlich neuen Überlegungen. Was vorgedacht oder eingeleitet war, wurde nun gebündelt und dessen Ausführung forciert. Göring hatte schon auf der Besprechung, die sich am 14. Oktober mit der "Arisierung" befasste, erklärt: "Die Juden […] müssen jetzt aus der Wirtschaft raus, die aus der "Arisierung" entstehenden Gewinne in die Staatskasse." Als diese Sitzung höchster Beamter der Reichsministerialbürokratie zusammentrat, waren im Jahresverlauf bereits wesentliche Betriebe in "arische Hand" gelangt, darunter so lukrative Stücke wie der Julius-Petcheck-Braunkohlen-Konzern und alteingesessene Bankhäuser.

So greifen Darstellungen der "Reichskristallnacht", die allein auf die Rolle der antisemitischen Ideologie und die Initiativen einzelner Personen abheben, zu kurz. Was für die Judenverfolgung seit 1933 gilt, trifft ebenso auf dieses Verbrechen zu. Es entstand aus einem Interessen- und Zielknäuel. Am Ende sollten die zuvor beraubten Juden aus Deutschland herausgedrängt sein und das, bevor der Krieg begann. Ein Zurück oder gar ihre Mobilisierung als Kriegskraft, die etwa 100.000 Juden im Weltkrieg dargestellt hatten, gab es nicht mehr. Dagegen war die Entscheidung schon 1935 und noch vor den Nürnberger Gesetzen gefallen, als "bei der Einführung der Wehrpflicht Nichtarier" für wehrunwürdig befunden wurden. Zudem: Nach allem, was den Juden angetan wurde, konnte schlechterdings niemand erwarten, dass die gepeinigte Minderheit wünschen würde, dass dieses Reich aus einem künftigen Kriege siegreich hervorginge.

Innenpolitisch gingen von dem November-Pogrom 1938 mehrere Signale aus. Den aufgepulverten Tätern in den SA-Reihen wurde eine Befriedigung verschafft und bewiesen, dass sie unentbehrlich waren. Der Bevölkerungsmehrheit war die Macht des Regimes drastisch demonstriert und allen "Volksgenossen" vor Augen geführt worden, dass die SA als terroristisches Instrument in Takt geblieben war und funktionierte wie 1933. Die Dreistigkeit, mit der die verlogene These verbreitet wurde, es habe in Brandstiftungen, Plünderungen und Verwüstungen sich spontan der Volkszorn entladen, erneuerte den Befehl "Maulhalten". Die es doch anders und richtig wussten, nahmen die Lüge widerspruchslos hin, konnten sie doch nur so Anfeindungen und Schlimmeren entgehen. So schritt die Demoralisierung der Massen weiter voran. Wie die Judenverfolgung und die sie begleitende "worden" ihrer Disziplinie-

rung schon seit Jahren diente, so tat das auch der Pogromtag. Eine Gesellschaft, die solche Untat, auch wenn an ihr direkt nur eine Minderheit beteiligt war, geschehen ließ, war nach deren Stattfinden nicht mehr die gleiche wie vordem. Das war von den Machthabern gewollt. Die "Volksgenossen" sollten, wie Hitler, als die Synagogen noch rauchten, vor dem ausgesuchten Kreis von nazistischen Presseleuten in München erklärte, auf kriegerische Gewalt eingestellt werden und schließlich nach ihr schreien.

"Mein Name ist Hase". Die deutschen "Reichsbürger" und der Pogrom des 9. November 1938

Keine Rolle gaben nach dem Ende des Naziregimes Millionen Deutsche häufiger als die der Unwissenden. Namentlich vom Mord an den europäischen Juden und den verbrecherischen Geschehnissen, die schon in den Vorkriegsjahren in Deutschland – viele vor vieler und manche vor aller Augen – sich ereignet hatten, wollten die einstigen "Reichsbürger", die Bezeichnung hatten sie zur Unterscheidung von den deutschen Juden 1935 offiziell erhalten, nichts gewusst und nichts bemerkt haben. Die Behauptung wurde bis zur Lächerlichkeit strapaziert. So beispielsweise noch Jahrzehnte nach den Ereignissen von dem Kanzler der Bundesrepublik, Helmut Schmidt, der sich am Tage des Pogroms 1938 als Soldat in einer Kieler Kaserne befunden hatte. Ihm die Versicherung seiner Unkenntnis der Geschehnisse abzunehmen, dazu gehörte ein Übermaß an Glaubensfähigkeit …

Wer von den Ereignissen weit ab und nicht deren Augenzeuge war, aber lesen konnte, entnahm seiner Regionalzeitung am 11. November 1938, so beispielsweise die Württemberger dem "Stuttgarter Neuen Tageblatt", das eine durchsichtige Mischung von Wahrheit und Lüge bot, was im Lande und über seine Grenzen hinaus in der Nacht vom 9. zum 10. November und bis in die Mittagsstunden des folgenden Tages in der Landeshauptstadt und weiteren Städten des "Gaus" geschehen war. Schon tags zuvor war gemeldet worden, es hätten am 9. November als Antwort auf den tödlichen Anschlag auf den Mitarbeiter der Deutschen Botschaft in Paris, Ernst vom Rath, den ein junger Jude mit einer Schusswaffe tödlich verletzt hatte, womit er gegen die Verfolgung seiner Verwandten in Deutschland protestieren wollte, in der anhaltinischen Stadt Dessau antijüdische Demonstrationen stattgefunden. Dabei habe die Polizei die Juden beschützt. Zu ernsteren Ausschreitungen wäre es nicht gekommen.⁴

Im ausführlichen Bericht über die Gedenkfeier, die am gleichen Abend in der Stuttgarter Stadthalle zur Erinnerung an den Münchener Putsch von 1923 stattgefunden hatte, wurde der NSDAP-Kreisleiter mit der Erklärung zitiert, der deutsche Diplomat sei dem "Hass des Bolschewismus und den Juden zum Opfer" gefallen.⁵ Kein Wort darüber, wohin sich die Aktivisten der Hakenkreuzpartei und ihrer Gliederungen nach dem Ende ihrer Kundgebung begeben hatten. Und keine Frage: Die Redaktion der Zeitung hatte die Weisung erhalten, sie habe darüber Stillschweigen zu wahren, was nach den Feiern und Gelage geschehen war und welche Rollen die SA

⁴ Ausgabe 10. November 1938,

⁵ Ausgabe 10. November 1938.

und die SS dabei gespielt hatten. In einer Sechs-Zeilen-Meldung wurde mitgeteilt, im ganzen Reich sei es zu judenfeindlichen Aktionen gekommen und in Stuttgart wären die beiden Synagogen niedergebrannt. Die Feuerwehr habe gesorgt, dass die Brände nicht auf benachbarte Gebäude übergriffen. Auch wurden jüdische Geschäfte demoliert, Plünderungen hätten nicht stattgefunden. Das Geschehen wurde als "Vorgehen des Volkes" ausgegeben. Eine "Anzahl" Juden wäre in Schutzhaft genommen worden.⁶

Die Aufmachung der Hauptausgabe am folgenden Tage, dem 10. November, bildete die Mitteilung vom Tode Kemal Atatürks. Im Innern war dann jedoch zu lesen, dass außer den beiden Stuttgarter Synagogen die in Heilbronn, Göppingen, Ulm, Tübingen, Horb, Hall, Laupheim, Haigerloch und Rexingen "abgebrannt" seien. Fotos oder Berichte von den Vorgängen wurden nicht veröffentlicht. Deutlich erkennbar war das Interesse, den pogromähnlichen Ereignissen alles Außergewöhnliche zu nehmen und sie als Vorkommnis in eine angeblich existierende "mitteleuropäische Abwehrbewegung gegen die jüdische Machtpolitik" zu stellen. Dazu dienten Meldungen über Initiativen und Umtriebe antisemitischer Kräfte in anderen Staaten.⁷ In Deutschland, wurde beruhigend geschrieben, seien die Aktionen inzwischen beendet. Ein Aufruf, den Reichspropagandaminister Goebbels zeichnete, forderte Disziplin und kündete an, dass die Juden nun die Antwort auf die Bluttat von Paris auf gesetzlichem Wege erhalten würden. Zunächst hatte Himmler als Polizeichef eine Verordnung erlassen, die Juden den Waffenbesitz verbot. Dann folgte Goebbels mit der Verordnung über den Ausschluss der Juden von allen kulturellen Veranstaltungen mit der Begründung, ihr art- und rassefremdes Wesen mache es ihnen ohnehin unmöglich, die Werte dieser Kultur zu erkennen und zu genießen.8

Am 12. November übernahm das Stuttgarter Blatt einen Artikel des Reichspropagandaministers vom gleichen Tage, der die staatsoffizielle Version des Geschehens wiederholte und die Rechtfertigung für die Stufe der Judenverfolgung und Judenvertreibung lieferte, die nun betreten wurde. Demnach verfolge das internationale Judentum gegen Deutschland seit langem einen Vernichtungsplan, den es in einem Weltkrieg zu verwirklichen hoffe. Er sei jedoch vor wenigen Wochen in München mit den dort getroffenen Abmachungen der Regierungschef der vier Mächte – Deutschland, Italien, Großbritannien und Frankreich – gescheitert.

So erschien das Abkommen zur Amputation der Tschechoslowakei als Friedenstat und das Attentat auf vom Rath als ein vom Judentum und insbesondere von jüdi-

Ausgabe 10. November 1938.

Ausgabe vom 11. November 1938.

⁸ Ausgabe vom 12./13. November 1938.

schen deutschen Emigranten vorbereiteter Bestandteil eines modifizierten Plans, der sich gegen die Frieden stiftenden Segnungen des Viermächte-Abkommens richte. Darauf habe das deutsche Volk, die Gefahr erkennend, nun "ganz spontan" geantwortet, es sei zur "instinktiven Abwehr der Nation" und zu einem "eruptiven Ausbruch" gekommen. Die Geduld des Volkes, die sich noch drei Jahre zuvor gezeigt habe, als Wilhelm Gustloff, der NSDAP-Landesleiter in der Schweiz, erschossen worden war, sei diesmal erschöpft gewesen. Von Organisiertheit könne keine Rede sein. Würde es sie gegeben haben, so die Argumentation von Goebbels, hätte sich noch ganz anderes, also Schlimmeres, zugetragen. Die Staatsführung hätte die Aktionen vielmehr abgestoppt und ihre Weisungen seien vom Volke diszipliniert und gänzlich befolgt worden. Und an das Ausland gewandt: Das deutsche Volk sei "ein antisemitisches Volk" und ihm solle das Ausland auch die Lösung seiner Probleme überlassen.⁹

Selbst aus den verlogenen Zeitungsmeldungen ließ sich zweierlei entnehmen: (1.) eine ungefähre Vorstellung von den gewalttätigen Aktionen gegen die Geschäfte von Juden und von der Ruinierung der Synagogen sowie die Inhaftierung von Juden und (2.) die Verfälschung des Geschehenen zur spontanen Aktion des Volkes, an deren Vorbereitung und Durchführung die Führung völlig unbeteiligt gewesen sei. Selbst wer weder durch Augenschein noch vom Hörensagen informiert war, konnte sich fragen, wieso bei aller Unorganisiertheit die Täter mit solcher Einheitlichkeit vorgegangen waren. Doch hatten viele unbeteiligte Bürger in Groß-, Mittel- und Kleinstädten noch nach Tagesanbruch die SA bei ihren zerstörerischen Aktionen beobachtet, die nicht überall in den Nachtstunden beendet worden waren.

Die Machthaber und Organisatoren des Pogroms setzten nicht nur voraus, dass die Mehrheit der Deutschen das Geschehen hinnahm, sondern dass sie auch zu dessen verlogener Darstellung schwieg, wiewohl diese doch sie selbst betraf und anging. Denn ihr – der "Nation", dem "Volk" – wurde zugeschrieben, die verbrecherischen Taten begangen zu haben. Doch angesichts von Bespitzelungen und Terror wagte sich keinerlei öffentliche Widerrede oder Protest hervor. Wie hätte sich, lässt sich fragen, ein Einzelner verhalten, wäre ihm eine Untat angehängt worden, die er nicht begangen hatte? Er oder sie hätten Anstand, Würde oder Ehre, oder was immer sie verletzt gesehen hätten, verteidigt. Die Deutschen waren jedoch seit 1933 daran gewöhnt worden, für Denkweisen, Haltungen und Taten in toto in Anspruch genommen zu werden, die vielen von ihnen von der Nazipropaganda angedichtet wurden. Sie besaßen keine Chance, dagegen öffentlich Einspruch zu erheben, ohne in den

⁹ Ausgabe vom 12. November 1938.

Geruch oder Verdacht zu geraten, sich zumindest außerhalb der "Volksgemeinschaft" zu stellen und als "volksfremd" behandelt zu werden. Nachdem sich die Mehrheit der Deutschen nicht gegen die Etablierung der faschistischen Machthaber gewehrt, dann sich angepasst und unterworfen hatte, wurde sie von ihren politischen Herren auch moralisch heruntergebracht – auf deren Niveau. Erst als sie diese – nicht aus eigener Kraft – losgeworden waren, meldeten sie nachträglich ihren Dissens mit dem Denken und Handeln der Faschistenführer an. Das taten dann auch viele, die dazu nicht den geringsten Grund und nicht das geringste Recht besaßen.

Bis hierher war von offiziellen Informationen und den Beobachtungen an den Tatorten des Verbrechens die Rede, die jeder Passant machte, kam er an den noch rauchenden und qualmenden Ruinen von Synagogen oder an den verwüsteten Geschäften der jüdischen Einzelhändler vorbei. Doch sickerten auf verschiedensten Wegen ungleich mehr unbezweifelbare Nachrichten in die Bevölkerung, so dass sie sich weithin – auch ohne und gegen die Zeitungs- und Rundfunkmeldungen – ein ziemlich vollständiges Bild vom Geschehen der Nacht und den Folgen zu machen vermochte. Am Morgen des 10. November fehlten sowohl Juden wie SA-Leute an ihren Arbeitsplätzen. Diese kamen verspätet, jene blieben ganz aus. Von Ärzten mussten Verletzungen behandelt werden, die Täter bei ihrem Zerstörungswerk erlitten hatten. Misshandelte Juden waren medizinisch zu versorgen. Opfer des Terrors kamen in die Pathologie oder in Leichenhäuser. Gruppen verhafteter jüdischer Männer wurden von Polizeistationen und Gefängnissen am hellen Tage zu Bahnhöfen geführt und abtransportiert – mit dem Ziel der Konzentrationslager Buchenwald, Dachau und Sachsenhausen Undenkbar, dass SA-Leute, Polizisten, Feuerwehrmänner in Familien und Arbeitsstätten nicht erzählt hätten, woran sie beteiligt waren und was sie gesehen hatten. Zu schweigen von den schlafenden Bewohnern der den brennenden Synagogen benachbarten Häuser, die durch die auflodernden Flammen ebenso geweckt worden waren wie andere durch das zersplitternde Glas der Schaufenster an Geschäftsfronten.

Was hat das Ereignis, das später den Namen "Reichspogromnacht" erhielt und heute in den Schulbüchern so genannt wird, innenpolitisch momentan bewirkt? Besaß es eine Bedeutung für die Stabilität des Regimes? Vermehrte es seine Massengefolgschaft? Wurde die Politik der Machthaber am Tage danach von noch mehr Deutschen gutgeheißen als am Tage zuvor? Überliefert ist vor allem eine verbreitete Kritik an den Zerstörungen von Waren und Werten, zumal an jenen, an denen vielfach spürbarer Mangel herrschte, und auch, weil unter dem Vernichteten vieles war, was der deutsche Durchschnittsbürger sich wegen mangelnder Zahlungskraft nicht zu leisten vermochte. Diese Kritik war relativ gefahrlos zu äußern. Sie besaß keinen Be-

zug zu den jüdischen Opfern und richtete sich gegen die Täter vor Ort, nicht aber gegen die Auftraggeber und Befehlende auf den oberen Stufen der Führerhierarchie, die bei alledem im Hintergrund geblieben waren.

Die höheren Funktionäre der NSDAP aus Ländern und Provinzen befanden sich zum Zeitpunkt der Aktionen gar nicht am Orte. Sie waren in München um ihren "Führer" versammelt und hatten die Befehle telefonisch "nach unten" weitergegeben, die umso strikter befolgt worden waren, weil die Verbände nicht erst mobilisiert werden mussten, sondern ohnehin an diesem Gedenktag versammelt waren. Hitler verlor auch am Tage danach zu den Brandstiftungen und Zerstörungen kein Wort. Als wären sie nicht geschehen, redete er am Abend des 10. November in München vor 400 ausgewählten Journalisten der deutschen Presse. Er, der Oberste SA-Führer, suchte den Eindruck völligen Unbeteiligtsein zu erwecken. Er schien nicht im Reich gewesen zu sein, als die geschichtlich beispiellose, an mittelalterliche Pogrome erinnernden Gewaltakte verübt wurden. Und in den unmittelbar folgenden Tagen entstand in der Öffentlichkeit ein Bild, als sei der höchste Partei- und Staatsführer nicht Hitler, sondern Joseph Goebbels. Er rief auf, die Gewalttaten einzustellen. Er kündigte die nächsten Schritte der antijüdischen Politik der Regierung an. Er erklärte den Deutschen, was sie und weshalb getan hatten.

Wer Berichte über die Reaktionen von Deutschen, dem Mann und der Frau "auf der Straße" liest, seien es die geheimen der Gestapo oder die von Nazigegnern, wird berücksichtigen müssen, dass jede Verurteilung des Verbrechens als Sympathiebekundung für die Juden gewertet wurde, die in Frankreichs Hauptstadt angeblich soeben auf "das deutsche Volk" hatten schießen lassen. Also hütete sich auch die Minderheit der nicht jüdischen Deutschen, die an die Leiden der terrorisierten, in Schrecken und vollständige Ungewissheit versetzten Menschen dachten, die Mitgefühl für die Vernichtung ihrer Kultstätten aufbrachten, sich fragten, wieviel Lebensraum den Juden nun noch gelassen werden würde, dort und dann von ihrer Anteilnahme zu reden, wo und wann sie damit rechnen mussten, denunziert und dann belangt zu werden.

Nur Wochen nachdem sich die Deutschen vom Schock der sog. Septemberkrise, als ein Krieg mit der Tschechoslowakei und deren Verbündeten unmittelbar bevorzustehen schien, erholt hatten, dürfte der Pogrom dem Regime kaum neue Gefolgsleute zugeführt haben. Er hatte vielfach Ablehnung bewirkt, die sich jedoch gegen die Tatbeteiligten vor Ort richtete und nicht gegen die Regisseure an der Regimespitze. Doch standen dem aus der Sicht der Machthaber auch Gewinne gegenüber. Die Akteure hatten sich enger zusammengeschlossen, denn gemeinsam begangene Untaten

schaffen stets Bindungen, erzeugen Komplizenschaft. Das hatte sich vielfach schon in der sog. ins Heldische verklärten "Kampfzeit" in den Reihen der SA und SS erwiesen, als sich deren Gewaltakte hauptsächlich gegen politische Gegner, aber auch schon gegen Juden richteten. Es festigte sich in der braunen und schwarzen Gefolgschaft ein Zusammenhalt auf Gedeih und Verderb, nicht anders als in einer gewöhnlichen, kriminellen Bande. Jetzt, nach ihrem Sieg 1933, lieferte sie jede neue Untat diesem Staat nur noch bedingungsloser aus. Denn folgte dem ein anderer, würden sie zur Verantwortung und Rechenschaft gezogen werden. Diese Drohung bewirkte Jahre später in der Agonie des Regimes, man schrieb 1945, den Fanatismus des "Endkampfes" und ihr blutiges Rasen gegen jeden, der nicht wie sie weiterkämpfte.

Viele Deutschen aber, die weder Brände gelegt noch einen Stein geworfen oder einen Hammer geschwungen hatten, mochten momentan sich mit ihrem Abstand von einer Tat zufrieden zeigen, die ihnen in irgendwie doch missbehagte. Diese Beruhigung änderte nichts daran, dass sie Hilfsbedürftige im Stich gelassen und ihren Beistand verweigert hatten. Nicht nur das sollte sich in den folgenden Jahren massenhaft wiederholen. Rohheit und Rücksichtslosigkeit, mindestens Gleichgültigkeit und Hinnahme gegenüber dem Wohl und Wehe, ja selbst dem Leben Anderer, die ihnen als Feinde oder auch nur Fremde bezeichnet wurden oder galten, gehörte zu den Erziehungszielen der "Nationalsozialisten". Der Pogrom, das war mehr als sein bloßes Nebenprodukt, brachte sie diesem Ziel näher. In Hitlers Worten, gesprochen ein knappes Jahr später vor den Spitzen der Generalität und mit dem Blick auf die bevorstehende Eröffnung des Krieges, hieß diese Ausrichtung: "Herz verschließen". Gefordert war die Verabschiedung jedes Gedankens und Gefühls, das mit dem Wort Mitmenschlichkeit bezeichnet ist. Die Untaten in den Jahren des Vorkriegs erwiesen sich nach dem 1. September 1939 als Vorschule für das Verhalten, das von den Deutschen dann im vorgeblichen "Lebenskampf" erwartet und verlangt wurde. Demgegenüber sind spätere verlässliche Zeugnisse, die davon sprechen, dass der 9. November 1938 der Tag gewesen sei, der einen definitiven Bruch von Menschen mit dem Regime bewirkte, die sich bis dahin ihm angenähert oder mit ihm ausgesöhnt hatten, Raritäten. Nichts spricht von einer Erschütterung einer erheblichen Zahl von "Reichsbürgern", nichts von einem Aufbäumen des Anstands.

Dieser Befund hat eine Vorgeschichte. Sie beginnt in den ersten Wochen nach der "Machtergreifung" und aus ihr lassen sich Antworten darauf beziehen, warum dieses Verbrechen 1938 so in Szene gesetzt werden und so ablaufen konnte, wie es geschah – in einem Lande, in dessen Sprache "Nathan der Weise" geschrieben worden war. Die Deutschen waren im Herbst 1938 seit fünfeinhalb Jahren an verschiedensten

Formen der Benachteiligung und Schikanierung der Juden, an ihre fortgesetzte Herabsetzung und ihre fortschreitende Ausgrenzung gewöhnt worden. Sie waren darüber gewiss nicht, wie Goebbels von ihnen behauptete, ein Volk von Antisemiten geworden. Doch sie hatten Menschen in ihrer Mitte, die erkennbar ursachlos verfolgt wurden, Menschen ihrer Zunge und in vielem ihrer Denk- und Lebensweise, die Nachbarn und Arbeitskollegen und manche auch ihre einstigen Kriegskameraden waren, schlicht im Stich gelassen. Nicht aus Unvermögen. Die Geschichte der Judenverfolgungen im Nazireich beginnt nicht nur mit dem Aufzug von SA-Leuten vor jüdischen Einzelhandelsgeschäften. Sie begann nahezu gleichzeitig an den deutschen Universitäten und Hochschulen und dort öffentlich und skandalös mit dem Aufzug von SA-Studenten vor Hörsälen, die ihre Kommilitonen abhalten wollten, Vorlesungen jüdischer Professoren zu besuchen. Nahezu lautlos setzte sie sich systematisiert dadurch fort, dass die Hochschullehrer die ihnen von ihren Rektoren auf Staatsverlangen vorgelegten Fragebogen ausfüllten, die einen einzigen Zweck hatten, die Juden zu ermitteln, um sie aus den Lehranstalten zu entfernen, in denen sie "undeutschen Geist" verbreiten würden. Wer einen solchen Fragebogen ausfüllte, wusste, was von ihm verlangt wurde, nicht anders als jener Jude, der über die ganze erste Seite mit seinem Namen schrieb: "Ich bin Jude und das ist alles, was sie wissen wollen". Alle nichtjüdischen Hochschullehrer, Staatsbeamte, die sie waren, die diesen Fragebogen ausfüllten, leisteten in jenem Frühjahr Beihilfe zur "Judensuche". Sie machten sich zu Tatbeteiligten und hätten sich diesem Ansinnen doch ungefährdet widersetzen können. Denn was hätte der preußische Kultusminister, in dessen Bereich die Aktion vorangetrieben wurde, tun können, wenn er von den Dekanen der Fakultäten und den Rektoren der Hochschulen die Papiere unausgefüllt zurückerhalten hätte. Die Lehranstalten schließen? "Arische" Rektoren entlassen? Absurde Gedanken angesichts des ungefestigten Regimes.

"Die Deutschen" hätten nichts tun können? Die ersten, die von den braunen Antisemiten herausgefordert wurden, waren die Angehörigen der deutschen Intelligenz und von diesen wieder deren Elite an den höchsten Lehranstalten und wissenschaftlichen Akademien. Dazu die Ärzte an Kliniken, die Juristen an Gerichten, die Intendanten von Theatern. Sie versagten, eine Kennzeichnung, die jedoch nicht für alle gilt. Sie trifft auf jene "Kollegen" der jüdischen Professoren nicht zu, die entweder selbst in brauner Wolle gefärbte Antisemiten waren oder in anderer Form zu den bekennenden oder stillschweigenden Antisemiten gehörten. Doch die anderen waren kein "Rest" und konnten nicht im Zweifel sein, welche Folgen die Vertreibung jüdischer Wissenschaftler von ihren Arbeitsstätten für deren Leben und das ihrer Familien haben werde. Es gibt ein paar Petitionen, in denen sich nichtjüdische Gelehrte

1933 für namentlich genannte jüdische Kollegen einsetzten. Aber mit welchen Argumenten der Anpassung an die Herrschenden! Sie wandten sich nicht gegen den Unsinn vom "undeutschen Geist" und andere ideologische Diffamierungen, sondern machten auf Verluste aufmerksam, die Deutschland aus der Vertreibung unersetzlicher Spezialisten erwachsen würden. Sie präsentierten der Obrigkeit keine Parteinahme, sondern eine Nachteil-Vorteils-Rechnung.

Das waren die Anfänge einer Entwicklung, mit deren Fortgang die Zahl der an der Judenverfolgung in irgendeiner – meist unspektakulären – Form Beteiligten unausgesetzt wuchs. Manche leisteten nur eine Unterschrift unter eine im gegenseitigen Einvernehmen abgefasste Urkunde über die Aufhebung eines Arbeitsverhältnisses. Andere versahen diese nur mit dem noch fehlenden Stempel. Ohne einen Anflug von Unrechtsbewusstsein? Und in diesen fünfeinhalb Jahren zwischen dem Januar 1933 und dem November 1938 wuchs die Zahl der Nutznießer dieser Verfolgungen, die teils mit den Tätern identisch, häufig aber an den Akten der Aussonderung unbeteiligt waren. Die einen besetzten die frei gekündigten Arbeitsplätze, anderen öffnete sich eine Aufstiegsmöglichkeit, dritte konnten die leere Wohnung eines Emigranten beziehen oder eine Villa erwerben, die der hatte verlassen müssen, vierte sahen ihre Ladengeschäfte durch die Diffamierung der "jüdischen" Konkurrenz begünstigt. Und das mochten vergleichsweise die kleinen unter den Nutznießern sein. Inzwischen kam, an Tempo gewinnend, die Arisierung von Bank-, Industrie-, Handels- und Versicherungsunternehmen voran, wechselten Aktienpakete und ganze Betriebe ihre Eigentümer. Man kennt eine Sache erst ganz, wenn man ihre Vorgeschichte kennt? Das gilt auch für den Pogrom des 9. November 1938.

Auf dem Weg in den Krieg. Der geschichtliche Ort des Pogroms im November 1938

Wer sich für die Geschichte Deutschlands in den Vorkriegsjahren des Zweiten Weltkriegs interessiert, vermag nahezu jedem der fünf Jahre zwischen 1933 und 1938 ein herausragendes Ereignis zuordnen, das selbst jenseits der Reichsgrenzen Aufmerksamkeit erregte und heute in einschlägigen Schulbüchern verzeichnet ist. 1933 sind das der Reichstagsbrand und der gleichnamige Prozess. 1934 das Massaker, das die Bezeichnung "Röhm-Affäre" erhielt. 1935 wurden die Wehrpflicht eingeführt und die rassistisch-antijüdischen "Nürnberger Gesetze" beschlossen. 1936 wurde die entmilitarisierte Zone [Rheinland] wiederbesetzt und fanden in Garmisch-Partenkirchen, Berlin und Kiel die Olympischen Winter- und Sommerspiele statt. 1938 organisierte die faschistische Führung den reichsweiten Pogrom gegen die Juden.

Sieht man von dem sportlichen Ereignis ab, so wurde das Regime vor allem im Ausland an Vorkommnissen festgemacht, die auf sein verbrecherisches Wesen hinwiesen, auf Untaten, begangen an Führern und Parteigängern der Arbeiterbewegung, an Konkurrenten und Rivalen in den eigenen Reihen und immer wieder an Juden. Wie nimmt sich vor diesem geschichtlichen Hintergrund aus, wenn soeben in einem Verlag, der nicht zum rechtsextremen Spektrum gehört, ein Buch erscheint, in dem die Frau eines Generals der Bundeswehr sich ihrer Jugend im Nazireich erinnert und schreibt, sie fände es schlecht, wenn das Gute aus jener Zeit unter den Teppich gekehrt werde? Nicht nur vom rechten Rand der Bundesrepublik her, sondern auch aus ihrer sog. Mitte wird heute so in die Vorkriegsjahre zurückgesehen.

Die Zeitgenossen des Jahrhundertendes scheinen sich in Deutschland mehrheitlich mit Erscheinungen von Nationalismus, fremdenfeindlicher Gewalt, geübt von Staats wegen oder gruppenweise von dessen – vorwiegend jugendlichen – Bürgern, und mit permanenten antisemitischen Bekundungen abgefunden zu haben. Eine durch wiederholte Befragungen ausgewiesene starke Minderheit der Deutschen bildet ein erhebliches antisemitisches Potential. Entsprechend milde blicken Millionen auf ihre Vorfahren, Eltern, Groß- und Urgroßeltern. Mit jedem Tag, an dem sie sich gegen Nationalismus und Rassismus gleichgültig zeigen, Wegsehen und Wegdenken, wo sie doch Hinsehen und Nachdenken sollten, begeben sie sich zunehmend der Möglichkeit und auch des Rechts über die deutsche Vergangenheit kritisch zu urteilen. Ihre eigene amoralische Haltung erzeugt ihnen Gesinnung.

Wer diesen Prozess aufhalten wollte, müsste Klartext reden. Das aber wird seit Jahrzehnten und weithin vermieden. Man lese etwa die Inschriften auf Gedenksteinen, die an den Stellen errichtet wurden, an denen sich die Synagogen befanden, die 1938

während des Pogroms niedergebrannt und dann gesprengt wurden. Da ist mysteriös von Geschehnissen in "dunkler Zeit" und von "frevelhafter Brandstiftung" die Rede. Dabei ließe sich klar und bestimmt sagen: Es waren SA-Leute, welche die Untat begingen, Mitglieder des soundsovielten Sturms der Braununiformierten aus der eigenen Stadt oder aus einer nahegelegenen, die jedenfalls beide einen Namen hatten und haben. Kein Wort vom Schicksal des Rabbiners, keines über Leben und Tod des Kantors, denen das Gotteshaus einst Wirkungsstätte war. Entkamen sie noch rechtzeitig in das rettende Ausland? Endeten sie in einem der Vernichtungslager "im Osten"?

Diese Praxis lässt das Bild von den Tätern verschwimmen und ebenso dasjenige von den Opfern. Dabei sind die Ereignisse, die in der Nacht vom 9. zum 10. November 1938 von der Geschichtswissenschaft exakt rekonstruiert worden: die Brandstiftungen in den Tempeln, das Wüten der ausgesandten Pogromisten in Geschäften und Wohnungen der Juden, die Gewalt- und Mordtaten. Das gilt für das Reichsganze ebenso wie für einzelne Regionen, Städte und Ortschaften. Dennoch ist nicht alle Arbeit getan. Noch fehlt ein Überblick, wie viele der nach Hunderten und Tausenden zählenden Täter jener Nacht und der folgenden Tage nach dem Ende des Regimes juristisch zur Verantwortung gezogen wurden. Viele von ihnen und ebenso die Gewinner und Nutznießer der Untat genossen alsbald besonderen Schutz. In der Literatur, in der die Geschehnisse dargestellt und dokumentiert sind, wurden ihre Namen zeitig anonymisiert. Die "Täterlücke", die so im allgemeinen Bewusstsein entstand, bezieht sich nicht erst auf die Jahre des Krieges, der Deportation und des Massenmordens. Im politischen Umgangsdeutsch wurden verhüllende Kennzeichnungen üblich, man sprach nicht oder wenig über die Täter, sondern mysteriös über Taten, verrichtet von "deutscher Hand" oder in "deutschem Namen". Die sog. Goldhagen-Debatte und der Streit um die sog. Wehrmachtausstellung beleuchteten die geistige und moralische Szene in Deutschland grell. Genug der Vorrede.

* * *

Ich rede hier als ein Historiker, der sich von dem Ansatz der Geschichtsbetrachtung, den Karl Marx gab, nicht verabschiedet hat, weil er dafür keinen Grund sieht. Ich halte es mit der Forderung, die in den Worten Eric Hobsbawms lautet, wer sich an der Wende dieses Jahrhunderts und Jahrtausends mit der Vergangenheit des Menschengeschlechts wissenschaftlich befasst, müsse wenigstens die Fragen stellen, die Marx vor nahezu anderthalb Jahrhunderten an die Geschichte richtete. Zu diesen gehörten unabdingbar die nach dem "Warum" eines geschichtlichen Ereignisses oder Prozesses und die nach den Interessen, die es oder ihn auslösen, vorantreiben, be-

schleunigen oder verlangsamen, prägen, blockieren und zum Stillstand bringen können. Einer nur-ökonomischen Betrachtungsweise ist damit ebenso wenig das Wort geredet wie einer Reduzierung der Interessen auf solche von Klassen.

Warum also kam es zum Pogrom, nachdem seit Jahrhunderten bei aller Benachteiligung, Herabsetzung und Befeindung der Juden kein ähnliches Vorkommnis in deutschen Staaten mehr verzeichnet worden war? Was waren seine Voraussetzungen und Bedingungen? Und welche Interessen brachten das Verbrechen hervor? Die Antworten auf diese Fragen werden in der Geschichtsschreibung nach wie vor umstritten. Doch verlaufen die Meinungsverschiedenheiten keineswegs dort, wo deren Linie immer wieder in der Publizistik vereinfachend, aber am kräftigsten gezeichnet wird. Denn kein ernstzunehmender Forscher bestreitet, dass Judenverfolgung und Judenmord im faschistischen Deutschland ihre geistigen oder - wem das ein zu positiv besetzter Begriff ist - ideologischen Voraussetzungen besaßen, ohne deren Vorhandensein der Weg über die brennenden Synagogen nicht in die Ghettos und nach Auschwitz hätte führen können. Die extrem anti-aufklärerische Weltanschauung der deutschen Faschisten, die großen Menschengruppen und namentlich den Juden das Menschsein absprach und sie auf Stufen nahe dem Tierreich setzte, die sich zu deren Kennzeichnung mit Vorliebe des Ausdrucks "Bazillen" oder anderer aus Medizin und Biologie entliehener diffamierender Bezeichnungen bediente, stellt nach aller Überzeugung die conditio sine qua non dieses massenmörderischen Antisemitismus dar. In den Bezirk der Wissenschaft wurde das Vorhandensein eines Klischees, wonach einzig und allein materielle und namentlich wirtschaftliche Voraussetzungen und Interessen zu Judenverfolgung und Judenmord geführt hätten, nur hineingedichtet. Von den einen mag das aus purer Unwissenheit, von anderen aufgrund gedankenlosen Nachplapperns von Falschem, von den dritten aber auch aus dem Bestreben geschehen sein, aus dieser Entstellung Vorteil zu gewinnen und den eigenen Argumenten dadurch mehr Überzeugungskraft zu geben, dass die der anderen im Zerrbild vorgeführt werden und dann gegen dieses polemisiert wird. Um es in einem noch immer populären Bild zu sagen: Erst wird der Pappkameraden aufgestellt, dann auf diesen treffsicher geschossen.

Der wirkliche Streit bezieht sich auf die Frage, welche "Faktoren" an der eskalierenden Praxis des Antisemitismus beteiligt waren und zu welchen Anteilen das jeweils der Fall war. Das letzte erzeugt Historikern wie in allen ähnlichen Fällen Verlegenheit, besitzen sie doch keine Waage, mit der sie diese Faktoren gewichten könnten. Hinzu kommt, dass sich für einzelne Phasen des Prozesses und mehr noch für einzelne Ereignisse, Gesetze, Verordnungen, weitere bürokratische Maßnahmen der Judenpolitik dieser

Anteil zu verschiedenen Zeiten sehr verschieden darstellen kann, so dass sich auch deshalb eine generalisierende Antwort für die Jahre von 1933 bis 1945 verbietet. Ganz eindeutige Antworten gehören zu den Raritäten. Um dafür ein Beispiel zu geben: Dass in das als "judenrein" erklärte Reich jüdische Menschen, welche dem Tode bis dahin entkommen waren, gegen Kriegsende wieder zurücktransportiert wurden, war Folge der Krise des Systems und einem einzigen Faktor zuzuschreiben: dem kriegswirtschaftlichen Interesse, sie in den Rüstungsbetrieben und bei der Errichtung von Verteidigungsbauten als billigste Arbeitskräfte und deshalb auszubeuten, weil andere in ausreichender Zahl nicht mehr zur Verfügung standen. Nur deshalb wurde ihre Ermordung aufgeschoben.

Wie aber steht es mit den Ereignissen des 9./10. November 1938 und der unmittelbar folgenden Wochen und Monate? Da wirkte ein Bündel von Interessen, ein Knäuel, das nicht zu entwirren ist, wenn seine Vorgeschichte außer Betracht bleibt: 1933 kam eine Gruppe von Politikern an die Macht, die extrem antijüdisch war und für deren Angehörige – insbesondere für Hitler, Rosenberg, Goebbels, Himmler, Darré und weitere - die sogenannte Rassenpolitik und als deren Kernbestand die Judenverfolgung programmatische Bedeutung besaßen. Für diese Politik existierte ein Vorsatz, kein Stufenprogramm und kein schon fest umrissenes Endziel. Dass aus den 25-Punkte-Programm der NSDAP aus dem Jahre 1920 nicht abgelesen werden konnte, dass die Machthaber entschlossen waren, die Juden ohne Rest aus Deutschland zu vertreiben, besagt wenig. Bei der Formulierung dieses Textes mussten Rücksichten auf die Weimarer Verfassung genommen und ein denkbares Verbot mitbedacht werden. Doch selbst aus diesem frühen Dokument konnte, wenn heuchlerisch auch Einschränkungen formuliert waren, entnommen werden, dass die jüdischen Deutschen und noch vor ihnen alle anderen im Reich lebenden Juden außer Landes gedrängt werden sollten.

Diese Absicht wurde nach dem 30. Januar 1933 und bis in den November 1938 von den zu Staatsmännern aufgestiegenen Parteiführern der NSDAP hartnäckig geleugnet. Das tat Hitler noch in seiner Ansprache anlässlich der Beschlussfassung über die "Nürnberger Gesetze" am 15. September 1935. Wie er es schon in "Mein Kampf" getan hatte, spielten sich die NS-Ideologen als wissenschaftlich orientierte Theoretiker der Rasse auf und gaben, von dienstfertigen oder geistesverwandten Scharlatanen in der Wissenschaft unterstützt, vor, allein aus objektiven Gründen für die biologische Scheidung von "Ariern" und Juden einzutreten. Die Idee eines Pogroms, verkündete selbst Julius Streicher, läge völlig außerhalb ihrer Politik. Doch entlarvte sich dieses Gerede und Gehabe durch die gleichzeitige hemmungslose Hetzpropaganda. Sie be-

diente sich aller Fälschungen, Verleumdungen, Beschuldigungen und Verteufelungen, die in der langen Geschichte des Antijudaismus und der kürzeren des Antisemitismus produziert, verbreitet und geglaubt worden waren. Das Wirken der Ideologen und Politiker um Hitler, die das Monopol der Massenbeeinflussung besaßen, bildete die erste Voraussetzung für das Vorankommen auf dem Wege, auf dem der Novembertag 1938 zur tiefgreifenden Zäsur wurde.

Diese Gruppe von Machthabern wiederum stützte sich auf Zehn- und Hunderttausenden Aktivisten, die bereits vor dem 30. Januar 1933 Anführer oder Mittäter bei antijüdischen Aktionen gewesen waren. Insbesondere die Berliner SA unter der Leitung von Goebbels und dem Kommando des Grafen Helldorf hatte sich dabei hervorgetan und besaß reiche Erfahrungen bei der Inszenierung antijüdischer Demonstrationen und Krawalle. Die Massengefolgschaft der NSDAP mochte von den wirklichen Motiven und Zielen, die dem Antisemitismus ihrer obersten Führer zugrunde lagen, wenig verstanden haben, dass diese aber Juden und Marxisten – beide demagogisch verbunden durch Feindformeln vom "jüdischen Bolschewismus" und "marxistischen Judentum" – als Erzfeinde ansahen und bekämpften, wusste jeder SAund jeder SS-Mann sicher. Darin war er auch nicht zu beirren, wenn er – beispielsweise in den Wahlkämpfen des Jahres 1932 – bemerkte, dass nicht jede Führerrede die Hetz- und Hasstiraden gegen Juden enthielt. Entsprechend hochgeschraubt waren die Erwartungen der antisemitisch aufgepulverten Kohorten nach dem Sieg, den angeblich sie allein errungen hatten und für den sie nun belohnt werden wollten. Diese Masse aktivistischer Faschisten, in der es nicht wenige an der Judenverfolgung real und materiell interessierte Personen gab, bildete die zweite notwendige Voraussetzung dafür, dass der Weg zum Pogrom von 1938 eingeschlagen werden konnte.

Die Formierung der faschistischen Antisemiten in der Weimarer Republik hatte nicht an einem Nullpunkt begonnen. Die Führer der NSDAP konnten für ihre Zwecke die "Vorarbeit" judenfeindlicher Theoretiker und das Wirken einschlägiger Organisationen und Bewegungen nutzen. Geschickt beuteten sie die Tatsache aus, dass in allen gesellschaftlichen Schichten Deutschlands gegen Juden gerichtete Denk- und Verhaltensweisen schon vorhanden waren. Sie reichten von einem unbestimmten, durch Vorurteile geprägten Unbehagen bis zu verfestigter Feindseligkeit und blindwütigen Hass. Doch erwies es sich nach der Errichtung der Diktatur als nicht nötig, jeden Anhänger dieses nach Ausgangspunkten und in seinen Zielvorstellungen vielgefächerten Antisemitismus ideologisch auf das Niveau der Nazis zu bringen. Es genügte, dass deren Extremismus stillschweigend akzeptiert wurde oder ihm zumindest partiell die Berechtigung nicht abgesprochen wurde. Schon seit 1929 konnte in Deutschland be-

obachtet werden, dass der rabiate Antisemitismus des Wortes und der Untat Bündnisse und dauerhafte Kooperationen mit den konservativen, als deutschnational firmierenden Politikern und Organisationen nicht behinderte.

Der Antisemitismus des Hjalmar Schacht, um einen prominenten Antisemiten aus der Gruppe derer zu nennen, die von sich sagen konnten, sie hätten Hitler die Tore der Wilhelmstraße aufgestoßen, war mit dem Hitlers oder Himmlers nicht kongruent. Doch war er so beschaffen, dass der Reichsbankpräsident und kommissarische Reichswirtschaftsminister alle entscheidenden staatlichen Gesetze und Verordnungen während der ersten Phase der Judenvertreibung mittragen und an ihrer Durchsetzung mitwirken konnte. Das Mitmachen dieser Judengegner aus dem sozialen Feld, das "von Krupp bis Krause" reichte – sie sind als eliminatorische Antisemiten verzeichnet und falsch subsumiert – stellte die dritte Voraussetzung für den Weg zum Novemberpogrom dar.

Es fehlte in der Weimarer Republik nicht an Menschen, die humanistischen und aufklärerischen Ideen anhingen und sich in politischen Organisationen, Parteien, Verbänden, Vereinen und in geistig-kulturellen Zusammenschlüssen gegen Rassismus und Judenfeindschaft wandten. Nur selten fanden sie jedoch zu gemeinsamem Handeln. Häufig wurde es für ausgeschlossen gehalten, dass der Antisemitismus der Hitlerleute in Deutschland je Regierungsprogramm werden könnte. Ungeachtet ihrer Unzulänglichkeiten und Irrtümer bleiben alle ihre Anstrengungen von Kommunisten, Sozialisten, Demokraten, Liberalen, Christen und Atheisten, die gegen die Dunkelmänner ihrer Zeit aufklärerisch wirkten, der Ehren und der Erinnerung wert, obendrein in einer Zeit, in denen aus ihrem Wirken viele Anregungen für die gegenwärtigen Auseinandersetzungen gewonnen werden können.

Jedoch wurden alle diese Kräfte und Bestrebungen nach dem 30. Januar 1933 nacheinander, aber insgesamt rasch illegalisiert. Die Stimmen der Vernunft wurden in der Öffentlichkeit zum Schweigen gebracht. Das bildete die vierte der notwendigen Voraussetzungen, die es ermöglichten, die Judenverfolgung bis zur Pogromstufe zu steigern. Zudem besaß das Abdrängen der Nazigegner in den Untergrund eine Folge: Sie waren für die Masse der Gefolgsleute des Regimes als Feinde nicht mehr greifbar. Ihre Verfolgung wurde Sache der Geheimen Staatspolizei (Gestapo). Angreifbar aber blieben die Juden, die unabhängig von Gesinnung und Haltung wegen ihres bloßen Daseins verfolgt wurden. Auch darauf, ob Juden je am politischen Kampf gegen den aufkommenden Faschismus teilgenommen hatten, kam es den Antisemiten nicht an. Sie hatten nach dem Urteil der Aktivisten in SS und SA, was immer die Obrigkeit noch erklären mochte, nichts verloren und nichts zu suchen. Die infamen Schilder,

die in deutschen Städten Juden den Weg nach Palästina wiesen, waren nicht nur von den Autoren ernstgemeint. Auf ihnen spiegelte sich das wirkliche, vorerst noch verleugnete Partei- und Regierungsprogramm.

Keiner dieser Voraussetzungen war ein Produkt des Zufalls. Sie wurzelten und entwickelten sich sämtlich in einer krisengeschüttelten Gesellschaft, die von kapitalistischen, kleinbürgerlichen und weiteren Konkurrenzinteressen geprägt wurde. Es waren historisch entstandene materielle und ideelle Zustände, die bewirkten, dass sich der Antisemitismus entfalten konnte, dass Unterschiede und Abweichungen, die zwischen seinen Strömungen und Schattierungen vorhanden waren, ihre praktische Bedeutung verloren und die radikalsten unter den Judenfeinden die Führung übernehmen konnten. Gewiss: Nicht jeder Kapitalist wollte seinen "jüdischen" Konkurrenten im Konzentrationslager wissen. Nicht jeder Kleinhändler wünschte sich den seinen in einem Ghetto. Nicht jeder deutschnationale Universitätsprofessor war für die Entfernung des "jüdischen" Kollegen aus der Hochschule und dessen Vertreibung ins Ausland. Nicht jeder Student stimmte in den Ruf seiner SA-Kommilitonen ein: "Juden raus". Doch in ihrer Summe schufen politische Machtverhältnisse, ideologische Haltungen und mit wirtschaftlichen und anderen Rivalitäten ein gesellschaftliches Klima, in dem Millionen Deutsche einen (mindestens) gemäßigten Antisemitismus guthießen und unterstützen oder ihn stillschweigend billigte. Damit aber war den Verfechtern aggressiver Judenfeindschaft keinerlei Hindernisse in den Weg gelegt. Dieser "Mäßigung" erschienen die ersten Maßnahmen gegen die Juden, die sie der Gleichberechtigung beraubten, sie in Beruf und Leben zurücksetzten, ihnen die Ausbildungs- und Verdienstmöglichkeiten nahmen oder einschränkten, für gerechtfertigt. "Deutsche zuerst", die heute zu lesende Losung war so nicht im Schwange, aber genau nach dieser Devise wurde verfahren. Juden galten nicht mehr oder zumindest nicht mehr als vollwertige Deutsche, sie hatten keine Rechte mehr geltend zu machen und keine Ansprüche an Staat und Gesellschaft zu stellen.

Neuerdings wird, um den Zusammenhang zwischen den gesellschaftlichen Strukturen und der Verwurzelung und Ausbreitung des Antisemitismus zu entkräften und als wenig bedeutsam abzutun, darauf verwiesen, dass in nichtkapitalistischen Zuständen, wie sie in den Staaten des "Realsozialismus" entstanden waren, auch Antisemitismus angetroffen werden konnte. Indessen ist mit diesem Hinweis für die Erforschung der Vorgeschichte des "Holocaust" nichts gewonnen, sondern nur die Notwendigkeit angezeigt, dass die Frage zu beantworten ist, warum sich in nachkapitalistischen Staaten Antisemitismus – in sehr unterschiedlichem Grad – erhielt, zeitweise verkapselte, dann wieder hervorbrach und sich neu belebte.

52

Die geistige wie die mentale Ausgangssituation des Jahres 1933, von den Machthabern teils geschaffen, teils angetroffen, ermöglichte die sofortige Inangriffnahme von Schritten der Judenverfolgung. Geklärt und berücksichtigt werden mußte einzig, welche von ihnen zweckmäßig waren und welche negativen Folgen für das unkonsolidierte Regime zeitigten. Der aktivste Teil der NSDAP-Gefolgschaft in der SA, SS und im Kampfbund des gewerblichen Mittelstandes war erpicht, dass ihm die Stoßrichtung gegen "Alljuda" freigegeben würde. Diese Erwartung traf sich mit dem Interesse der Politiker, dieser Gefolgschaft rasch Erfolge des Machtgewinns vorweisen zu können. Hitlers rassistisch-antisemitische Besessenheit schloss dieses Kalkül ein und – wie wir aus den Kabinettsprotokollen des Jahres 1933 wissen – war er es, der im aggressiven Antisemitismus eine Ersatzhandlung erblickte, die seinen Gefolgsleuten die Genugtuung vermittelte, "die nationalsozialistische Revolution" voranzutreiben.

Indessen verbot die labile allgemeine Wirtschaftssituation die Fortsetzung der zunächst spontan unternommenen Angriffe auf das jüdische Bankkapital. Stattdessen, wie noch stets in der Geschichte, wurden die Attacken in andere Richtung gelenkt. Sie trafen die Schwachen und Vereinzelten. Das waren die jüdischen Kleinbürger, Besitzer von Ladengeschäften und Handwerksbetrieben, die keine übergeordnete Rücksicht schützte und die sich nicht zu schützen vermochten. Gegen sie richtete sich der Boykott des 1. April 1933. Gleichzeitig setzten die Maßnahmen gegen Richter und Staatsanwälte, Rechtsanwälte und Notare, Ärzte und Hochschullehrer und gegen weitere jüdische Deutschen im Staatsdienst oder in den freien Berufen ein.

Diese Eröffnungszüge der Judenverfolgung, die sich in Vorstellungen der "gemäßigten" Antisemiten mehr einordneten als in die Hoffnungen der Radikalen, leiteten den Vertreibungsprozess ein. Aus ihnen erwuchs den zu "Ariern" erklärten Deutschen weit über den Kreis der Naziaktivisten hinaus Vorteil. Die Verfolgung der Juden entfaltete eine Werbewirkung für die Machthaber.

So führt schon die Analyse der antijüdischen Politik, die auf den 30. Januar 1933 unmittelbar folgte, zu dem Resultat, dass sich in ihr mehrere Interessen äußerten, überlappten und insgesamt verstärkten. Das politisch-ideologische Interesse, den aufgespeicherten Judenhass zu entladen, das Herrschaftsinteresse, aus dieser Entladung den Gewinn eigener Machtbefestigung zu ziehen, das zunächst sich vorwiegend im Kleinbürgertum geltend machende wirtschaftliche Interesse, die Konkurrenz zu schwächen oder zu vernichten, und das ebenfalls materiell dominierte Interesse von Angehörigen der Intelligenz, von Studierenden und in weiteren Berufsschichten, Arbeitsplätze oder Aufstiegsmöglichkeiten dadurch zu erhalten, dass Juden entlassen

oder benachteiligt wurden. Dabei mußte nicht jeder Nutznießer auch Akteur der Judenverfolgungen sein, und – umgekehrt – nicht jeder Akteur ein Nutznießer im direkten, womöglich in Mark und Pfennigen zählbarem Sinne.

Die Stunde der großen "arischen" Kapitaleigner schlug aus einer ganzen Reihe von Gründen erst später. Und sie schlug auch nicht laut, sondern unskandalös. Dennoch begann die ökonomische Schwächung der ganz oder vorwiegend in jüdischem Eigentum befindlicher Bank-, Handels- und Industrieunternehmen bereits 1933, was in Einzelfällen nicht ausschloss, dass sie zunächst vom Ende der zyklischen Krise profitierten und ihre Bilanzen verbesserten. Doch ihre inneren Existenz- und äußeren Konkurrenzbedingungen verschlechterten sich zusehends und dann galoppierend. Wer die Prognose seiner eigenen Chancenlosigkeit rechtzeitig stellte, tat auch das Richtige. Wer die Wirtschaftsteile großbürgerlicher Zeitungen las, konnte sich anhand knapper Meldungen permanent über die fortschreitende "Arisierung" informieren. Deren rühmten sich die Gewinner damals so wenig wie später. Denn dass ihre erst durch die antijüdische Staatspolitik ermöglichten Geschäfte anrüchig waren, blieb keinem der Käufer verborgen.

Der faschistische Antisemitismus entfaltete sich zwischen 1933 und 1938 auf drei politischen Linien. *Erstens* als Antisemitismus der Straße, also der unmittelbar gewaltdrohenden und gewalttätigen Aktion. Dieser begann spontan im März 1933, wurde dann aber von den Führungen der NS-Organisationen mehr und mehr beherrscht und kanalisiert, aktiviert, gebremst oder auch unterbunden, je nach dem Urteil über seine Zweckmäßigkeit. *Zweitens* als Antisemitismus der Staatslenker und Gesetzgeber, und das waren nach dem Ermächtigungsgesetz vom 23. März 1933 die Mitglieder der Hitlerregierung und in deren Gefolge und Auftrag die Autoren von ministeriellen Verordnungen. Ihre Initiative begann mit dem demagogisch betitelten "Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" vom 7. April 1933 und führte bis zum Sommer 1938 für die deutschen Juden zu immer weiterer Einschränkung ihrer Arbeits- und Lebensmöglichkeiten. als Antisemitismus der Staats- und Verwaltungsbürokraten, die den Rahmen der Gesetze und Verordnungen überschritten und ihre erfinderischen Energien darauf richteten, weitergehende Benachteiligungen, Demütigungen und Schikanen gegen Juden zu ersinnen und zu praktizieren.

Die Summe dieses Antisemitismus führte zur Vertreibung der Juden aus dem Deutschen Reich und eben das war – wie erwähnt – auch das gewollte Generalziel der Machthaber. Es entsprang zum einen ihrer anders unstillbaren Judenfeindschaft. Zugleich ordnete es sich einem umfassenderen Vorhaben zu: der Schaffung der Volksund Kriegsgemeinschaft der Deutschen, die als eine dicht geschlossene Marsch-

54

kolonne gedacht war, welche jedem Befehl der Führer blindlings Folge leisten würde. Auf diesem Wege zu Krieg und Eroberung, der sich gegen Ende 1937 in den Köpfen der politischen und militärischen Führer konkretisierte, wurden verstärkt Maßnahmen erwogen, wie die Juden rascher aus Deutschland hinausgedrängt werden könnten. Zudem stellte die Zahl der bis dahin Geflohenen die Vertreibenden bei weitem nicht zufrieden.

Das führt nun direkt in die unmittelbare Vorgeschichte des Pogroms vom 9./10 November 1938. Der war nicht von so langer Hand vorgedacht wie die Maßnahmen, die auf ihn folgten. Denn der Entschluss, die SA auf die Juden zu hetzen, wurde nach all unserem Wissen rasch und erst auf die Nachricht hin gefasst, dass in Paris ein Jude einen Anschlag auf einen deutschen Diplomaten unternommen hatte, womöglich auch erst nach der Meldung, dass dieser seinen Verletzungen erlegen war. Doch wann immer die Idee eines Pogroms während dieser ersten Novemberdekade zuerst aufkam und sich zum Plan verdichtete, es besteht kein Zweifel, dass Hitler und Goebbels die Situation jetzt für eine solche Aktion jetzt als reif ansahen und dass sie den Auftakt für eine Eskalation der Judenverfolgung und deren forcierte Vertreibung bilden sollte. 1936 nach dem Attentat auf den Landesgruppenleiter der NSDAP in der Schweiz verfügten die Machthaber über die gleichen Möglichkeiten, aber da war die Lage von ihnen noch anders beurteilt worden.

Durchmustert man die Dokumente derer, die 1937/38 die Judenverfolgungen planten und vorantrieben, dann ergibt sich das folgende Bild: Es war im Apparat der von Reinhard Heydrich befehligten Sicherheitspolizei eine Planungsgruppe entstanden, die ihren Ehrgeiz dareinsetzte, alle judenfeindlichen Maßnahmen so zu koordinieren, dass sie den Druck auf die Opfer und die Fluchtbewegung maximal verstärkten. Ihren größten praktischen Erfolg erreichte diese Gruppe nach dem März 1938 in Wien und sie war entschlossen, ihn auf das ganze Reichsgebiet auszudehnen. In Wien war auch erprobt und praktiziert worden, wie sich Vertreibung und Beraubung der Juden am gewinnbringendsten miteinander verbinden ließen. Zur gleichen Zeit hatten andere Reichsbehörden ihre Initiativen ergriffen, die in Deutschland verbliebenen Juden in eine hoffnungslose Lage zu stürzen.

Während des gesamten Jahres 1938 folgte Erlass auf Erlass, der das Leben und die Arbeit der Juden erschwerten, verschlechtern oder unmöglich machten. Eine Gruppe der Maßnahmen betraf Verbote für die Betätigung. Sie betrafen die Verbote für die Tätigkeit an Börsen, als Vermessungsingenieur, Waffenhändler, Versteigerer, in Auskunfteien, Bewachungsbetrieben, als Makler, Heiratsvermittler, Hausverwalter, Fremdenführer, Arzt, Krankenpfleger, Rechtsanwalt, Patentanwalt und auch die

55

Gasthörerschaft an Universitäten und Hochschulen. Eine andere Gruppe reihte Schikanen der verschiedensten Art aneinander: Wegfall der Steuerermäßigung für Kinder, Isolierung der jüdischen Patienten in Krankenhäusern, Verbot des Aufenthaltes in Kurorten, Aufhebung der Kündigungsfrist für Mieter, die Umbenennung der nach Juden benannten Straßen. Eine dritte bezeugte, dass die Rücksichten zunehmend und rasant fielen, die bisher noch gegenüber dem religiösen Leben der Juden genommen worden waren. Die Synagogen in München und Nürnberg wurden unter billigen und durchschaubaren Vorwänden abgerissen. Die Möglichkeiten, die immer dringender werden sozialen Hilfsmaßnahmen zu ergreifen, wurden den jüdischen Gemeinden dadurch beschränkt, dass sie die Vorteile von Körperschaften des öffentlichen Rechtes verloren und als private Vereine eingestuft und behandelt wurden. Die vierte diente der restlosen Erfassung aller Juden und ihres Vermögens sowie der Einschränkung von grenzüberschreitenden Reisemöglichkeiten. Diese Gruppe wies am deutlichsten auf die bevorstehenden Maßnahmen der Enteignung und der materiellen Ruinierung der Juden und ihrer Vertreibung als Pauperisierte hin. Dazu gehörte das Verbot der Namensänderung, die Verordnungen gegen die "Tarnung" jüdischer Betriebe, über die Anmeldung jüdischen Vermögens ab 5000.- RM, die Genehmigungspflicht für Rechtsgeschäfte mit "Ariern", die Registrierung und Kennzeichnung aller jüdischen Gewerbebetriebe, der Kennkartenzwang für Juden (mit Wirkung vom 1. Januar 1939), die Einführung von Zwangsvornamen, die Einziehung der Pässe und ihre beschränkte Zuteilung mit dem Aufdruck des großen "J". Unter der Beteiligung von Tausenden und Abertausenden Angehörigen der zentralen und der regionalen Beamtenschaft und von Staatsangestellten, zumeist Schreibtischtätern, führte die nicht überwundene Staatsbürokratie Preußens Schlag auf Schlag gegen die "Nichtarier".

Die Kette der Gesetze, Durchführungsverordnungen und Erlasse zwischen dem Jahresbeginn und dem Oktoberende 1938 ließ keinen Zweifel mehr darüber, dass den Juden das Leben in Deutschland zur Hölle gemacht werden sollte. In diesen zehn Monaten vor dem Pogrom wurden terroristische Maßnahmen angedroht und verwirklicht, die eine neue Stufe der Rigorosität des Vorgehens bezeichneten. Wer als Juden aus dem Ausland zurückkehrte, dem drohte die Einlieferung in ein Konzentrationslager. Dorthin wurden am 15. Juni etwa 1.500 Juden verschleppt, die irgendwann aus welchem Grunde auch immer straffällig geworden waren. Und am 28. Oktober begann der Zwangstransport von 15.000 bis 17.000 in Deutschland lebender Juden polnischer Staatsangehörigkeit an die deutsch-polnische Grenze, wo sie im Niemandsland ausgesetzt wurden. Bis in die Jahrhunderte des Mittelalters mußte zurückdenken, wer vergleichbare Akte der Willkür und der Gewalt in deutscher Ge-

schichte auffinden wollte. Also an diesem Punkte faschistischer Judenverfolgung war und ist der Judenpogrom festzumachen. Es war ein Anlass gefunden, den eingeleiteten Prozess auf einen Kulminationspunkt hin und die Strategie der Judenvertreibung zum gedachten Endpunkt zu führen. Der Pogrom stellte keinen Wendepunkt dar, sondern er markierte in der 1933 begonnenen Politik den Beginn ihrer abschließenden Phase, die nicht zu einem Ende kam, weil der Krieg Vorrang besaß und eine neue Situation schuf.

Welche Bedeutung die materiellen, wirtschaftlichen und finanziellen Interessen der Judenvertreiber 1938 besaßen, lässt sich anhand von zwei Feststellungen verdeutlichen: Zum einen befand sich die Rüstungsfinanzierung in einer sich zuspitzenden Krise. Zum anderen besaßen die Juden ein Vermögen von 8,531 Mrd. Reichsmark, von denen 1,195 Mrd. RM in Form von Betriebsvermögen existierten und 4,88 Mrd. in hauptsächlich in liquiden Wertpapieren. Der dritte Teil, 2,5 Mrd. RM, bestand in Grundbesitz. Die Begehrlichkeit der Machthaber richtete sich seit längerem schon darauf, an dieses Vermögen heranzukommen. Als eine geeignete Methode erschien die Erhebung einer Sondersteuer, die Hitler bereits 1936 gebilligt hatte und wofür 1937 ein Gesetzentwurf des Reichsfinanzministeriums existierte. Doch waren es Befürchtungen auf ausländische Reaktionen, die dazu führten, dass seine Verabschiedung unterblieb. Wie sehr es namentlich Göring, Chef der Vierjahresplanbehörde und in dieser Eigenschaft oberster Leiter der Rüstungsanstrengungen, nach diesem Vermögen gelüstete, lässt sich dem Protokoll ablesen, das von der Sitzung existiert, die unter seiner Leitung am 12. November 1938 stattfand.

Doch brachte sie im Ganzen keine grundsätzlichen neuen Überlegungen und Entschlüsse hervor. Was schon vorgedacht oder eingeleitet war, wurde jetzt gleichsam gebündelt und seine Ausführung beschleunigt. Das lässt sich an der voraufgegangenen Besprechung erkennen, die sich ebenfalls bei Göring am 14. Oktober mit der "Arisierung" befasst hatte. Der Generalfeldmarschall hatte dort erklärt: "Die Juden […] müssen jetzt aus der Wirtschaft raus" und er bestand auf dem Prinzip, dass die aus der "Arisierung" entstehenden Gewinne in die Staatskasse gehörten und nicht zugelassen werden dürfe, dass die Vorteile daraus sich Unbefugte aneigneten. Als diese Sitzung höchster Beamter der Reichsministerialbürokratie zusammentrat, waren

Avraham Barkei, "Schicksalsjahr 1938". Kontinuität und Verschärfung der wirtschaftlichen Ausplünderung der deutschen Juden. In: Walter H. Pehle, Der Judenpogrom 1938. Von der "Reichskristallnacht" zum Völkermord, S. 97.

¹¹ Ebd., S. 99 f.

¹² IMT, Bd. XXVII, Dok. PS-1301.

¹³ Barkei, S. 114.

im Jahresverlauf bereits wesentliche Betriebe in "arische Hand" gelangt, darunter so besonders lukrative Stücke wie der Julius-Petscheck-Braunkohlen-Konzern.

So greifen alle Darstellungen der "Reichskristallnacht", die allein auf die Rolle der Ideologie oder einzelner Naziführer und -kommandeure zielen, zu kurz. Unbestreitbar tobte sich in jener Nacht vom 9. zum 10. November und an den folgenden Tagen Judenhass aus, der von Hitler und Goebbels ebenso wie der ihrer "kleinen" Gefolgsleute. Ohne Zweifel wurden das die Stunden der Sadisten und des Mobs, der politischen und der zivilen Kriminellen. Doch was für die gesamte Judenverfolgung seit 1933 zutrifft, gilt auch für dieses Verbrechen. Es ordnete sich einem Interessen- und Zielknäuel. Den Juden sollte das Leben in Deutschland zur Hölle gemacht werden. Sie sollten – bis auf einen womöglich nicht zu entfernenden, unbedeutenden Rest – aus Deutschland heraus, bevor der Krieg begann. Denn ein Zurück, ein Halt, gar ihre Mobilisierung als Kriegskraft, die sie im Ersten Weltkrieg dargestellt hatten, gab es nicht mehr. Die Entscheidung dagegen war spätestens und definitiv 1935 gefallen, als die "Nichtarier" bei der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht für wehrunwürdig befunden und damit als unzuverlässig verdächtigt worden waren. Nach allem, was den Juden schon vor dem Pogrom angetan worden war, konnte niemand erwarten, dass die gepeinigte Minderheit den Sieg der Machthaber und ihrer Streitkräfte wünschen konnten, wenn es auf die Schlachtfelder ging.

Die Interessenlage des Regimes, das mit den Expansionen (Österreich, Tschechoslowakei) bereits begonnen hatte und sie im Kriege fortsetzen wollte, ergab sich ebenso aus materiellen wie aus immateriellen Faktoren. Ideologisch wurden die Legenden vom angeblich bolschewistischen und plutokratischen Judentum und von dessen erfundenen Weltherrschaftsplänen benutzt, um die Volksgemeinschaft zu festigen, die Rüstungen zu rechtfertigen und die Militarisierung voranzutreiben. Nichts diente auch stärker dazu, den "Volksgenossen" das Gefühl ihrer Hochwertigkeit und ihrer Überlegenheit zu vermitteln als das antisemitische Gegenbild von der minderwertigen Rasse.

Innenpolitisch gingen von der mörderischen Aktion mehrere und unterschiedlich adressierte Signale aus. Den antijüdisch aufgepulverten Gefolgsleuten, den Tätern zumal, wurde eine unmittelbare Befriedigung verschafft und zugleich bewiesen, dass sie auserwählt und unentbehrlich waren. Der Bevölkerungsmehrheit sah die Macht des Regimes drastisch vor ihren Augen. Ihr wurde gezeigt, dass die NSDAP und deren SA als terroristisches Instrument in Takt geblieben waren und befehlsgemäß funktionieren konnten, wie sie 1933 funktioniert hatten. Die Dreistigkeit, mit der die These vom spontan sich entladenden Volkszorn verbreitet wurde, deren Verlogenheit Mil-

lionen überprüfen konnten, der öffentlich aber niemand zu widersprechen wagte, erneuerte gleichsam den Befehl "Maulhalten". Millionen Deutsche wussten sich belogen, doch nahmen sie die Lüge unwidersprochen hin. So schritt die Demoralisierung der Nation weiter voran.

Wie die Judenverfolgung und die sie begleitende "Ariersuche" der Disziplinierung der Volksmassen diente, so tat das durch seine Wirkung auch der Pogromtag. Dieser Seite des Ereignisses wird nach wie vor viel weniger Beachtung geschenkt als den Nachrichten, die davon zeugten, dass sich viele nichtjüdische Deutsche von der Zerstörungswütigen distanzierten und deren Resultate beklagten. Jedoch: Eine Gesellschaft, die diese Untat, an der direkt eine Minderheit beteiligt war, hinnahm oder sie allenfalls maulend und nörgelnd kommentierte, konnte nach dem Exzess nicht mehr die gleiche sein wie vordem. Das war von den Machthabern auch gewollt. Die "Volksgenossen" sollten, wie Hitler am 10. November in München, als die Synagogen noch rauchten, vor dem ausgesuchten Kreis von nazistischen Presseleuten erklärte, auf die Gewaltanwendung gegen ihr bezeichneten Feinde eingestellt werden und schließlich selbst nach ihr zu schreien beginnen.

Zu den innenpolitischen Interessen gehörte die Behebung wirtschaftlicher und insbesondere finanzieller Probleme auf dem Pfad der Hochrüstung. Darauf richtete sich die "Judenbuße", d. h. der Raub von 1 Md. Reichsmark jüdischen Vermögens. Hinzu kamen die weiteren Gewinne, welche im abschließenden Verlauf des Enteignungsprozesses, der sog. "Arisierung", in Gestalt von Steuern und Abgaben in die Staatsund das war hauptsächlich die Rüstungskasse flossen. Die Soldaten der deutschen Wehrmacht zogen 1939 in den Krieg mit Waffen und anderem Gerät, dessen Produktion und Ankauf durch die Waffenämter zu einem Teil durch den an den Juden begangenen Raub finanziert worden waren, aber es ist nicht anzunehmen, dass darauf auch nur einer der "arischen" Krieger einen Gedanken verwandte. Sie zogen in einen Krieg, von deren Teilnahme anders als 1914 die deutschen Juden ausgeschlossen worden waren und wiederum gilt wohl, dass darauf kaum einer der Generale einen Gedanken gerichtet haben dürfte, der als Offizier 25 Jahre vorher in seiner Kompanie auch jüdische Soldaten kommandiert und sterben gesehen hatte. Das "internationale Judentum" galt als der Feind hinter den Feinden. Der Pogromtag mit seiner verlogenen Interpretation des Mordes in der Pariser Botschaft hatte mit dazu beigetragen, diese verquere Sicht auf die Tatsachen zu verbreiten.

Lassen Sie mich am Ende die längere Passage aus dem Schulbuch zitieren, einem der letzten, das zu DDR-Zeit in den Gebrauch der 9. Klassen der allgemeinbildenden Schulen gelangte und in dem der erwähnte Zusammenhang von Kriegsvorbereitung

und Judenverfolgung hergestellt wurde. Er erlaubt eine Antwort auf die Frage, was heute 23- bis 25-jährige Bürger, die in den neuen Bundesländern leben, als 14- und 15-Jährige über das Verbrechen lesen konnten und sollten: "In der Nacht vom 9. zum 10. November 1938 organisierte die Nazipartei große Pogrome. Während der "Kristallnacht" zogen SA-Horden in Zivil plündernd durch die Straßen und demolierten jüdische Geschäfte und Wohnungen, steckten 281 Synagogen und über 200 andere Gebäude in Brand. 91 Juden brachten die Schläger dabei um, über 20.000 schleppten sie in die Konzentrationslager, wo die meisten den Tod fanden.

Die jüdischen Bürger mußten 1,5 Mrd. RM als 'Buße' an den Staat zahlen. Juden durften sich nicht mehr an bestimmten Orten aufhalten, keine Theater und Kinos besuchen, keine Haustiere halten. Viele Tausende zwang man zur Auswanderung; ihren Besitz mußten sie vorher verschleudern, oder sie wurden enteignet. Bei der 'Arisierung' der Betriebe griffen die Konzerne und Großbanken kräftig zu und erwarben billig Millionenbesitze. Flick z. B. übernahm die Petscheck-Konzerne, die reiche Braunkohlenvorkommen in Mitteldeutschland und im annektierten Sudetengebiet besaßen. Viele Nazifunktionäre beteiligten sich ebenfalls am Raubzug gegen die jüdischen Bürger und eigneten sich Haus- und Grundbesitz, Geschäfte und kleine Betriebe an."¹⁴

Die Wiedergabe von zwei Fotos illustrierte diesen Text, in dem Ungenauigkeiten auf Unsicherheiten der Autoren, durchweg Mitarbeiter des Zentralinstituts für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR, in der Materie hinweisen. Am gravierendsten ist die Übertreibung, wonach die Mehrheit der jüdischen Männer und Jünglinge, die in die Konzentrationslager Dachau, Sachsenhausen und Buchenwald verschleppt wurde, in dieser Gefangenschaft umkam. Damals diente die Inhaftierung, während der es den Kommandeuren und Wächtern durchaus gleichgültig war, ob ein Jude zu Tode kam, jedoch vor allem der Erpressung zur Flucht. Diese Vergröberung wird vor allem auch angemerkt, weil sie wie alle ähnlichen sich immer wieder als gefundenes Fressen für rechtsextreme Propagandisten erweist, die an der Wahrheit herumdeuteln oder sie ableugnen. Und das infame Verbot des Haltens von Haustieren stammt vom 15. Mai 1942, also bereits aus der Phase des schärfsten psychischen Terrors, der Deportation in die Ghettos und in die Vernichtungslager.

Wesentlicher aber ist: Die Passage zeigt zum einen, dass das Verbrechen in seinem Ausmaß klar charakterisiert wurde, und sie erweist zum anderen die charakteristische Lücke nahezu der gesamten DDR-Geschichtspublizistik über den deutschen Faschismus. Sie bestand in der fehlenden Antwort auf die Frage: Und die Millionen

Geschichte, Lehrbuch für die Klasse 9, Berlin 1988, S. 142 f.

Deutschen? SA-Horden, SA-Schläger, Nazifunktionäre, Konzerne und Großbanken – darin erschöpfte sich weder der Täter- noch der Nutznießer-Kreis. Die Debatte um das Buch Daniel J. Goldhagens und ebenso die Ausstellung "Vernichtungskrieg" riefen uns auf unterschiedliche Weise wieder ins Bewusstsein, wie schwerwiegende Fragen lauten, die an die deutsche Vergangenheit gestellt werden müssen, um der Wahrheit, vor allem aber um unserer Orientierung in der Gegenwart und in der Zukunft willen.

Vortrag am 7. November 1998 aus Anlass des 60. Jahrestags des Pogroms in einer Veranstaltung des Bundes der Antifaschisten

Judenverfolgung auf dem Kriegspfad. Vom Pogrom zum Kriegsbeginn¹

T.

Das Spezialgebiet der internationalen Geschichtsschreibung, das gemeinhin Holocaustforschung genannt wird und an dessen Erforschung inzwischen drei Generationen beteiligt sind oder waren, hat sich seit mehr als einem Jahrzehnt ungemein entwickelt und breit gefächert. Es umfasst nicht nur seinen eigentlichen Gegenstand, den Massenmord an den europäischen Juden in den Jahren 1941 bis 1945 und dessen Vorgeschichte, von der im Folgenden in einem Ausschnitt zu handeln sein wird. Zu den Themen, die häufig erörtert werden, gehört auch, welche Bedeutung dem gewonnenen Wissen aktuell zukommt und wie es "unter die Leute" gebracht wird oder gebracht werden kann. Nicht nur Historiker, auch Pädagogen, Soziologen, Philosophen und Psychologen sind an den einschlägigen Forschungen beteiligt. Immer wieder entzünden sich an den aufgeworfenen Themen Diskussionen. Die einen werden unter Fachleuten geführt, in anderen treten die Experten weit zurück und ein erhebliches, mitunter internationales Publikum macht sich zu deren Träger oder verfolgt sie mit einer Vielzahl von kaum noch zu übersehenden Kommentaren. Letzteres geschah jüngst in der "Goldhagen-Diskussion" und ereignet sich noch in der nicht zu Ende gebrachten "Finkelstein-Debatte"². Während bei der ersten die Frage im Zentrum stand, warum so viele Deutsche sich an den Verfolgungen beteiligten und eine große Zahl von ihnen zu Mördern oder Gehilfen der Mörder wurde, wird die zweite ganz von Fragen beherrscht, die sich mit der Geschichte der Erinnerung an das Verbrechen insbesondere in den USA und in Israel verbinden sowie mit den früheren und aktuellen politischen und materiellen Interessen, die sich in ihr geltend machten.

Jedoch: Über dem Streit um Norman Finkelsteins Anklagen, die vor allem gegen die Schweiz und auch gegen die Niederlande wegen deren Verhalten im Kriege erhoben worden sind, über der Auseinandersetzung, die sich auf die Berechtigung von Geldforderungen und die Richtigkeit der Zählung der überlebenden Zwangsarbeiter bezieht³, ist die Forderung des Autors, dem "Holocaust" den historischen Kontext gleichsam wieder zurückzugeben, in den er gehört, weit in den Hintergrund getreten. "Heute besteht die Herausforderung darin, die Massenvernichtung der Juden durch

Um Teil I ergänzter, auf der Konferenz nicht gehaltener Diskussionsbeitrag.

In Deutschland begann sie in der Tages- und Zeitschriftenpresse schon, bevor die übersetzte Ausgabe von Finkelsteins Buch auf den Markt gelangt war. Inzwischen liegt auch sie vor: Norman G. Finkelstein. Die Holocaust-Industrie. Wie das Leiden der Juden ausgebeutet wird. Aus dem Amerikanischen von Helmut Reuter, München 2000.

Dies ist nicht Thema dieses Beitrags. Mit den in Kapitel III seines Buches vorgetragenen Argumenten setzt sich dezidiert und überzeugend auseinander: Rolf Surmann (Hg.), Das Finkelstein-Alibi. "Holocaust-Industrie" und Tätergesellschaft, Berlin 2001.

62

die Nazis wieder zu einem rationalen Forschungsgegenstand zu machen. Nur dann können wir wirklich etwas daraus lernen." Mit diesen beiden Sätzen schließt Finkelsteins Streitschrift im Original. Auch wenn er selbst dazu einen weiterführenden Beitrag nicht leistet, so kann nicht bezweifelt werden, dass seine Forderung ebenso berechtigt wie zeitgemäß und auch sein Hinweis darauf ernst zu nehmen ist, dass die Forschungsräume mit unzulässigen Methoden eingeengt werden, wobei Unvermögen im Spiel sein mag wie Kalkül, wovon Finkelstein vor allem handelt.⁴

Der amerikanische Forscher setzt sich für eine Vorgehensweise ein, für die er keineswegs als Pionier auftritt und die in der Zunft unumstritten zu sein scheint, so dass um sie eigentlich Aufhabens nicht zu machen wäre. Doch weist Finkelstein auf ein Defizit hin, das mittlerweile erhebliche Ausmaße und Folgen aufweist. Die Geschichtswissenschaft sieht sich zunehmend in Konkurrenz mit einer Interpretation, die "Theologisierung des Holocaust" genannt worden ist. Die rationale Analyse des Massenmordes an den europäischen Juden, die sich des Wirkens irrationaler Faktoren – die in jedem Geschichtsverlauf beteiligt ist, denn er ist immer ein Resultat menschlichen Tun und Lassens – durchaus bewusst ist und sich mit deren Wirken analytisch herumplagt, muss offenkundig verteidigt werden. Denn sie sieht sich zunehmend in Konkurrenz zu Deutungen, die zwar wie sie mit dem Fragen beginnen, doch dann und rasch in das Dunkel des Unerklärbaren führen.

In seinen Kontext stellen – das verlangt, Zusammenhänge zu verdeutlichen, aus denen das Ganze wie seine Details rational erfaßt, verständlich gemacht und deren ursprünglicher politischer Platz ausgemacht werden können. Der ist mit dem Platz, den das Massenmorden und seine Vorgeschichte im Denken und Gedächtnis der Heutigen besetzt, nicht identisch. Nun ist unvermeidlich und wünschenswert, dass Forschungen, die wirklich in die Tiefen eines Problems eindringen wollen, sich vereinzeln und weit auffächern. Damit ist die Gefahr der Verselbständigung des Einzelnen, seiner Lösung vom Besonderen und Allgemeinen verbunden. Mitunter tritt auf der Suche nach Neuem eine Detailverliebtheit hervor, die nur noch das Interesse und die Neugierde weniger befriedigt. Zudem werden Fluchten aus Zusammenhängen und das Abtauchen in die Unmenge von Fakten auch zu Fluchten vom Boden der weltanschaulichen und politischen Auseinandersetzungen, mit denen die Beschäftigung mit der Geschichte immer verbunden ist.

Dieser Vorgang kann seit längerem auch im Hinblick auf die "Holocaust"-Forschungen beobachtet werden. Er erhielt einen kräftigen zusätzlichen Impuls, als sich seit

Finkelstein leiht sich in diesem Zusammenhang den Begriff "intellektueller Terrorismus", der beispielsweise eine nüchterne Analyse der Frage entgegenstehe, ob der "Holocaust" einzigartig genannt werden kann. S. 55.

63

dem Ende der achtziger Jahre bis dahin verschlossene oder nur schwer zugängliche Archive in osteuropäischen Staaten, namentlich in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion, Forschern öffneten. Die Beschreibung des Geschehenen "vor Ort" füllt seitdem immer mehr monographische Bände. An die Stelle von nicht wenigen "weißen Flecken" ist ein plastisches Bild davon gesetzt worden, wie, wann, wo und wodurch es wirklich geschah. Mit dieser Kärrnerarbeit von Historikern verband sich mitunter die Erwartung, es würde die Fülle neugewonnener Fakten zusätzliche Aufschlüsse für die Beantwortung von Fragen geben, die bisher nicht oder unbefriedigend gelöst sind. Doch die Kenntnis der Mordplätze, die Ermittlung der Zeitpunkte, zu denen die Verbrechen geschahen, das Wissen um die beteiligten Täter und Tätergruppen und die Zahl ihrer Opfer, so notwendig und verdienstvoll sie sind - denkt man allein daran, dass diese Forschungsresultate die Voraussetzung dafür bilden, dass in mehreren Staaten Osteuropas die Geschichte des Zweiten Weltkrieges und der Besatzungszeit ohne sie nicht wahrheitsgemäß beschrieben werden kann – hat sich für das Gesamtverständnis des Verbrechens als weniger ergiebig erwiesen als manche Beteiligte erwartet haben mochten. Selbst für die Vervollständigung der Chronik jener grundsätzlichen Entscheidungen, die dem Morden voraus gingen, es in Gang setzten und hielten, waren nur begrenzte Einsichten zu gewinnen. Und wenn auch deutlich wurde, welche regionalen und lokalen Interessen von Wehrmachtseinheiten und faschistischen Besatzungsbehörden regierten, als die Massaker angeordnet und verübt wurden und die Deportationen zu den Mordstätten erfolgten, die Kernfrage, die der Forschung aufgegeben ist, war nicht berührt. Sie lautet nicht anders wie im Falle tausender anderer Gegenstände der Historiographie: Warum? Wer sie zu beantworten trachtet, kann nicht von den Mordstätten herkommen. Dies zu versuchen, hieße sich verhalten wie ein Forscher, der vom Felde einer einzelnen Schlacht aus trachten würde, die Kriegsgründe zu erfahren.

Eine "Holocaust"-Forschung, die auf die Entschlüsselung des Ganzen aus ist, muss das übergeordnete Ganze ins Blickfeld nehmen, also das faschistische Regime, seine Ursprünge, die in ihm obwaltenden Interessen und die erreichten und – das ist unerlässlich – auch die erstrebten, aber verfehlten (End-)Ziele. Darauf verweist auch Finkelstein, was mit der Feststellung versehen wurde, er bediene sich "robuster" Begriffe, als die ein Rezensent seines Buches Kategorien wie Staat, Interessen und Ideologie ansieht. Wer den Ursprüngen und Antrieben des Verbrechens auf die Tiefenspur gelangen will, muss sich auf die Faschismusanalyse einlassen. Die aber gerät hinter der bloßen Beschreibung von Ereignissen und Vorkommnissen, diejenigen von geringfügigem Gewicht eingeschlossen, mehr und mehr in den Hintergrund. Dazu trägt der hier nicht zu erörternde, neubelebte Versuch, faschistische und sozia-

listische Regime für wesensgleich zu erklären, kräftig bei. Um es in einer banalen Entgegensetzung zu formulieren: Die Antwort auf die Frage nach dem *Warum* kann allenfalls in Berlin, am Obersalzberg, in der Wolfsschanze, also im Gebiet des Deutschen Reiches, in dem die Planungen des Krieges und der Kriegsziele und Endsiegziele gefunden werden, aber nicht in Kiew, bei Minsk und auf der Halbinsel Krim.

Dem Einsatz der Instrumentarien, über welche die Geschichtswissenschaft gebietet, stehen im Fall der "Holocaust"-Forschung mehr weltanschauliche und politische Barrieren entgegen als auf anderen Feldern und es ist nicht zu erkennen, dass veränderte "Rahmenbedingungen" sie gleichsam von selbst zum Einsturz bringen könnten. Das Verlangen, den Holocaust ganz in eine Geschichte von Heil und Unheil einzubetten, das die Juden in ihrer Jahrtausende alten Geschichte erfuhren, macht nicht einmal die höchste Hürde aus. Höher noch ist jene schon erwähnte, die mit der Behauptung aufgetürmt wurde, es entziehe sich der Massenmord an den europäischen Juden letztlich jeder rationalen Erklärung, er könne folglich nur beschrieben, nicht aber wie andere geschichtliche Phänomene fortschreitend entschlüsselt werden. Die Historiographie scheint gegenüber dem Massenmord an den europäischen Juden mithin auf die Stufe zurückgeworfen, die sie am Ausgang des Mittelalters verlassen hat. Shakespeares optimistisches Diktum, wonach die Wahrheit eine Tochter der Zeit ist, scheint in diesem Punkte irreführend zu sein. Das Banner des Irrationalismus wird auf einem Gebäude gehisst, an dessen Eingang gleichsam die Inschrift steht: Die Einzigartigkeit des Holocaust. Wer da eintritt, hat nicht zu fragen, sondern betroffen zu sein, er hat sich nicht zu empören und zu überlegen, ob sich aus dieser grausigen Erfahrung eine politische Folgerung herleiten lässt, sondern zu trauern. Diese Haltung wird zuzüglich als die gegenüber den Opfern einzig angemessene ausgegeben. In Wahrheit - auch darauf hat unter Berufung auf die Haltung und die Wünsche seiner Mutter Finkelstein hingewiesen und dass er es nicht als erster tat, mindert die Bedeutung der Wiederholung nicht – aber demobilisiert sie, statt zu mobilisieren. Sie bedeutet daher auch eine Absage an die Warnung Hannah Ahrendts, eine Untat könne, einmal geschehen, sich beim zweiten Mal umso wahrscheinlicher zutragen.

Wer bei der Erforschung des Holocaust nicht auf halbem Wege stehen bleiben will, muss vom Kriege des faschistisch geprägten deutschen Imperialismus und dessen Kriegszielen reden. Wer seine Vorgeschichte zu enthüllen versucht, hat von den Vorbereitungen auf diesen Krieg zu handeln, denn sie bildeten das Zentrum der Politik, auf sie wurden alle Anstrengungen der Gesellschaft mehr und mehr gemessen, an ihren Fortschritten maßen die Machthaber Nutzen und Nachteil ihrer eigenen Entscheidungen. Wer den Platz des Pogroms des November 1938 verstehen will, kommt nicht weit, wenn er versucht, in den Hass geladenen Hirnen derer zu kramen, die Synagogen anzündeten, Geschäfte demolierten und jüdische Menschen umbrachten. Er muss sich den geschichtlichen Punkt klarzumachen suchen, bis zu dem die zivilen und militärischen Führer des Faschismus auf ihrem Wege in den Krieg gelangt waren, und sich ein Bild davon machen, auf was für einen Krieg sie ausgingen und welche Vorstellungen sie von ihrer Herrschaft nach dem Endsieg besaßen. Denn wenn das Bild vom Großgermanischen Reich auch erst mit den Kriegserfolgen konkretere Gestalt annahm, so existierte der Kernbestand jener Utopie vom Weltreich doch schon vor dem ersten Schuss und mit ihm das Bild von den Riesenfrüchten, zu deren Besitz die Eroberungen führen sollten. Hitler hat vor Kriegsbeginn der Generalität diese Kriegsziele klar benannt und ihr die Notwendigkeit der Eroberungen mit geopolitischen und sozialdarwinistischen Argumenten begründet. Bei solchen Gelegenheiten fiel über Juden und Judenverfolgung kein Wort. Doch es konnte keinem mitdenkenden Militär entgehen, dass die Segnungen, die aus dem Raub von Ländereien und Rohstoffen erwachsen sollten, nur für die Deutschen, die "Arier" bestimmt sein würden und dass mit dem Krieg und den gedachten Ergebnissen die Möglichkeiten geschaffen werden würde, die gesuchte Antwort auf die Frage zu finden, wie die Juden aus Deutschland herauszuschaffen wären. Wer solche Überlegungen vorher nicht angestellt hatte, dem mussten sie sich doch spätestens im September/Oktober 1939 aufdrängen. Denn: Kaum, dass das erste Land, Polen, erobert worden war, wucherten Planungen für die Deportation der Juden.

Es muss nicht bestritten werden, dass die um Hitler versammelten Wehrmachtsgenerale, die mit ihren Armeen und Divisionen dann Polen zerschlugen, derlei Zusammenhänge nicht herstellten und dass sie sich im Spätsommer 1939 ganz auf die Frage konzentrierten, wie sie ihre militärische Aufgabe lösen und die Verwicklungen bestehen würden, die auf den Überfall auf den östlichen Nachbarn folgen könnten. Doch kann die in dieser Kaste vorherrschende Sicht, die siebzig Jahre zurückliegt, nicht die der Historiker des Jahres 2000 sein. Und daher verwundert es schon, dass in der renommierten Enzyklopädie des Holocaust die Darstellung der Vorgeschichte und

Geschichte des Zweiten Weltkrieges unter dem entsprechenden Stichwort völlig unverbunden neben der Judenverfolgung steht und in einer beschreibenden Weise erfolgt, die in jedem beliebigen Kriegslexikon platziert werden könnte.

Methodisch ist dieser Weg, auf dem Rassismus und Antisemitismus, Judenvertreibung und Judenmord mit Kriegsvorbereitung und Krieg zusammengedacht werden, naturgemäß schwerer zu begehen als die bloße unverbundene Aufnahme, Verzeichnung und Ordnung der Fakten in jeweils gesonderten Chroniken. Die Schwierigkeit rührt aus mehreren Ursachen her. Zum einen verhüllten die Machthaber in Deutschland das Kriegsinteresse vor dem eigenen Volke wie vor dem Ausland. Bis nahe an den Zeitpunkt, da sie den Pogrom auslösten, galt ihnen der Grundsatz, vom Frieden und nur vom Frieden zu reden. Gegen deren Glaubwürdigkeit sprach die Rüstung in einem Lande, das von niemandem bedroht wurde. Eine Wende brachte erst Hitlers Rede vom 26. September 1938 im Berliner Sportpalast mit der massiven Drohung, die Tschechoslowakei mit Krieg zu überziehen, falls sie den Sudetendeutschen das "Selbstbestimmungsrecht" verweigere, eine Formel, hinter der sich das Ziel verbarg, den Nachbarstaat auszulöschen. Den bis dahin beispiellosen chauvinistischen Auftritt "des Führers" empfanden viele Deutsche, wenn sie sich ihn auch so nicht bezeichneten, als etwas Neues und sie nahmen das mit größter Beunruhigung wahr. Die Aufrüstung Deutschlands, die offen einbekannt und für jedermann wahrnehmbar war, war von ihnen bis dahin als das angesehen worden, was ihnen die Propaganda weismachte: als ein Akt zur Wiederherstellung deutscher Verteidigungsfähigkeit und Schritt zur deutschen Gleichberechtigung mit Staaten wie Frankreich oder England, den Siegermächten des Ersten Weltkrieges. Wie also sollte angesichts dieser demagogischen Einnebelung und des verbreiteten bequemen Hangs zum Selbstbetrug jemand auf den Gedanken kommen, dass das Fortschreiten auf dem Pfad zum Kriege und die eskalierende Judenverfolgung etwas miteinander zu tun hatten? Dennoch war das unter mehreren Gesichtspunkten der Fall.

Zwischen 1933 und 1938 schon bildeten die Attacken gegen die Juden eine Vorschule für die verächtliche, nichtachtende Behandlung von Menschen, die als Fremde und gefährliche Deutschenfeinde ausgegeben wurden. Weder das eine noch das andere traf für die überwiegende Zahl der in Deutschland lebenden Juden zu, deren Vorfahren seit Generationen in Deutschland lebten und Bürger des Kaiserreiches oder der deutschen Teilstaaten gewesen waren. Nichtsdestoweniger war es möglich, dass die Machthaber mit Kommunisten, Sozialdemokraten, Pazifisten auch die Juden als inneren Feind bezeichneten und bestimmten, wie sie zu behandeln wären. Die Staatsbürger soweit sie zu Ariern erklärt wurden (und also nach der faschistischen

67

Rubrizierung des Jahres 1935 Reichsbürger waren), hatten das Feindbild hinzunehmen, zu akzeptieren und die daraus abgeleiteten Gebote zu befolgen – Verweigerer riskierten öffentliche Brandmarkung, im Falle von "Rassenschande" folgten Gerichtsprozess und Haft, im schwereren Fall von Protest und Widerstand drohte die Verbringung in ein Konzentrationslager. Die Verweigerer und die Protestierenden waren eine geringfügige Minderheit.

Für die Mehrheit der Deutschen galt, dass ihre Denk- und Gefühlswelt durch die rassistische und antisemitische Propaganda und Praxis verhunzt und verroht werden konnte, ein Sachverhalt, der nicht erst aufgedeckt wurde, als er angesichts der Weltkriegsbilanz für jedermann am Tage lag. Der Zusammenhang zwischen der 1933 beginnenden rassistischen Politik, deren Opfer die Juden waren, und der geistigen und mentalen Einstellung der Deutschen auf den Krieg war vor allem den Stereotypen vom "jüdischen Marxismus" und vom "jüdischen Bolschewismus" abzulesen. Auch der Pazifismus wurde als eine antideutsche Mache hingestellt, hinter der vorgeblich die Juden steckten. "Herzen verschließen", so lautete die Devise, die Hitler der Generalität vor Kriegsbeginn gab. Deutsche hatten das massenhaft schon gelernt und praktiziert, als sie ihre jüdischen Nachbarn das Land fliehen, am 9./10. November 1938 die Synagogen brennen, die jüdische Habe zerstört und die Männer auf dem Marsch in die Gefangenschaft der Konzentrationslager sahen. Der Pogrom bildete in diesem Prozess so etwas wie das entscheidende Lehrstück. Die ihn anzettelten, erkannten, was sie mit diesem Volke riskieren konnten. Und die Deutschen, die am Morgen danach nur die zerstörten Waren beklagten, waren nicht mehr dieselben wie am Tage zuvor. Hätten sie sich in Massen gegen die SA-Leute, die vor den Trümmern ihrer Untat Posten bezogen hatten, gewandt und denen ihren Ekel ins Gesicht geschrien, das Regime wäre gegen derlei Proteste hilflos gewesen. Doch sie waren für die Hinnahme des Verbrechens durch Terror, Demagogie und Lockung schon zugerichtet. Im November 1938 lernten sie die alle Hilfe verweigernde Haltung gegenüber den endlosen Zügen an Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern einzunehmen, die im Kriege nach Deutschland verschleppt wurden und vielfach unter menschentötenden Bedingungen als Zwangsarbeiter elend leben mussten. Gewiss, die Judenverfolgung war nicht in erster Linie als ein rassistisches Trainingsprogramm für Millionen Deutsche ins Werk gesetzt worden. Aber es war vom Boykott des 1. April 1933 an jedenfalls auch mit dem Zweck der Disziplinierung, der billigenden oder erzwungenen Unterordnung unter die Forderungen der Regierenden, eng verbunden. Die Losung "Kauft nicht beim Juden" mochten Naive noch als nur auf den vordergründigen Zweck gerichtet lesen, die jüdische Konkurrenz kaputt zu machen. "Deutsche, kauft nicht beim Juden" war von anderem Inhalt, denn der besagte, wie

sich ein Deutscher zu verhalten habe, wenn er auf einen angeblich Rassefremden stieß. Bis dann drohend erklärt wurde, wer sich mit einem Juden einlasse, sei ein Schwein.

III.

Zwischen Judenverfolgung und -austreibung und dem Weg in den Krieg existierte auch eine von materiellem Interesse geprägte Beziehung. Die Machthabenden verbargen sie ebenso tief wie die ideologischen Bezüge von Rassismus und Kriegsvorsatz. Jeden Gedanken, es könne bei der Verfolgung und Vertreibung der Juden überhaupt ein Motiv der Bereicherung im Spiele sein, wiesen sie weit von sich. Stattdessen behaupteten die Propagandisten des Antisemitismus, wie Hitler es ihnen vorsprach, die Juden müssten aus Gründen der wissenschaftlichen Einsicht in die ewigen Rassegesetze und wegen ihrer miserablen blutsbedingten Eigenschaften von den Deutschen abgesondert, ihres Einflusses beraubt und am besten ganz von den deutschen "Ariern" getrennt werden. Die "Nationalsozialisten" gaben sich als Vorkämpfer eines Antisemitismus aus, der seine Rechtfertigung in Erkenntnissen der modernen Wissenschaft besitze. Angeblich unterschieden sie sich von allen Radauantisemitismus, deren Methoden sie strikt verwerfen würden. Kein Gedanke also an schnöde materielle Interessen und Kalküle.

In puncto Rassismus und Antisemitismus stellten sich die deutschen Faschisten, in Wahrheit Dunkelmänner des 20. Jahrhunderts, dreist als Pioniere der Aufklärung dar. Sie würden zuerst die Masse der Deutschen aus ihren allzu naiven und vertrauensseligen Vorstellungen über die Juden herausreißen und ihnen den richtigen Blick auf die "jüdische Gefahr" geben. Und dann kämen auch die anderen Völker an die Reihe, die germanischen mit Vorrang. Kurzum: Dass deutsche Juden aus Gründen auch des materiellen Vorteils verfolgen würden, erschien vor dem Hintergrund des nazistischen Judenbildes geradezu als eine frevelhafte Beschuldigung der "Arier". Nutznießer, Gewinner, Profiteure aus dem Zusammenleben von Juden und Deutschen wären seit alters her immer nur die geldgierigen Juden gewesen. An den Deutschen hätten sie sich besonders gemästet. Deutschem Wesen widerstrebe hingegen die Jagd nach dem Mammon. Vollends sei ihm jeder Versuch der Bereicherung zuwider, der nicht auf eigener Arbeit und Anstrengung beruhe.

Das war die Reklame, aber wie war die Wirklichkeit beschaffen? Es existierten in der Geschichte der 1933 einsetzenden Judenverfolgung einige Tatsachen, die darauf zu deuten schienen, dass dieser Antisemitismus ausschließlich ideologisch verursacht und geleitet war. Fürsprecher zugunsten der Juden, die vermeinten, sie könnten die Regierenden beeindrucken, in dem sie den Nutzen ins Gespräch brachten, den das

69

Regime aus dem Verbleib zumindest hochspezialisierter Fachleute, namentlich von Naturwissenschaftlern, in Deutschland ziehen könnte – und umgekehrt: welcher nicht zu kompensierende Nachteil deren Weggang mit sich bringen musste –, sahen sich zurückgewiesen. Natur- wie Sozialwissenschaftler wurden nicht anders als Ärzte, Künstler, Journalisten, Schauspieler, Dirigenten und Musiker außer Landes getrieben. Das konnte ebenso den Eindruck einer durch antisemitische Vorurteile verursachten Dummheit wie den der Ablehnung jeder Prüfung von Nutzen und Nachteil machen. Aber nur auf den ersten Blick.

So gewiss hier rassistische Feindbilder und eine maßlose Selbstüberhebung im Spiel waren, die glaubte, jeden Verlust durch den überlegenen "arischen" Geist mehr als ausgleichen zu können, so sicher verbanden sich mit der Politik der Verdrängung der deutsch-jüdischen Intelligenz reale Herrschaftsmotive. Denn nun eröffneten sich Möglichkeiten der Korruption der Gefolgschaftswilligen, für die sich aus der erzwungenen Emigration der Juden ungeahnte Karrierechancen ergaben. Viele Personen und Personengruppen erwiesen sich durch eine veränderte soziale Stellung und durch materielle Vorteile als Nutznießer der einsetzenden Judenverfolgung.

Noch handfestere materielle und finanzielle Erträge aber wurden augenblicklich erzielt, als Juden die Aussicht, gegen die nichtjüdische Konkurrenz auf Dauer bestehen zu können, infolge der staatlichen Eingriffe schwinden und sich zu Zwangsverkäufen gedrängt sahen. Es begann dann der als "Arisierung" bezeichnete Prozess von Bank-, Industrie- und Handelsunternehmen. Schon an dessen Anfang erhob sich die Frage, in welchem Umfange an ihm Private (Einzelpersonen, Gesellschafter etc.) und in welchem der Staat als Gewinner beteiligt sein werde.

Doch dieser sich früh einstellende vielgefächerte Vorteil, der sich aus den die Arbeit und die Geschäfte von Juden ver- oder behindernden Maßnahmen des Staates ergab, verband sich zunächst noch nicht mit weit gesteckten Aufrüstungsinteressen. Das Regime suchte erst gleichsam die Einlaufkurve auf die Gerade, auf der dann die Hochrüstung betrieben wurde. 1936 war sie erreicht. Das ehrgeizige Programm des Vierjahresplans, mit dem die deutsche Wirtschaft wenigstens für die Frühphase eines Krieges blockadefest gemacht werden solle, ließ neue staatliche Interessen entstehen. Dazu gehörte, an dem zunächst, wenn auch nur notdürftig verdeckten Raubzug an den Juden beteiligt zu sein, denn der Moloch Rüstung verschlang Millionen und Milliarden und die Kriegskasse mußte permanent aufgefüllt werden. Das war die Situation, kaum dass Hermann Göring als Beauftragter für den Vierjahresplan die Regie und die Koordinierung der wirtschaftlichen Initiativen übernommen hatte, mit denen die Engpässe durch die Schaffung einer eigenen breiteren Basis für die Produk-

tion von Eisen und Stahl, von Treib- und Schmierstoffen und von synthetischem Kautschuk erreicht werden sollte.

Bei der Inspektion der nicht so sehr zahlreichen Möglichkeiten, Gelder für die Finanzierung der Rüstung zu mobilisieren, mußte der Blick der antisemitischen Führer ohne langes Suchen auf die Milliarden fallen, über welche die Juden in Deutschland noch verfügten. Deren Aneignung wurde mit ihrer Erfassung vorbereitet. Den Auftakt bildeten zwei rasch aufeinander folgende Verordnungen in der zweiten Aprilhälfte 1938. Dem am 22. April erlassenen Verbot der "Tarnung" von Betrieben in jüdischem Eigentum folgte vier Tage später die Verpflichtung aller Juden ihr Vermögen anzumelden, sofern es insgesamt mehr als 5000. – RM ausmachte. Diese Verordnungen bezeichnen die neu eröffnete Front im "Kampf gegen das Judentum". Durchmustert man die Erlasse des Staates in den Monaten vorher, etwa seit Anfang 1937, so richteten sie sich auf die vollständige oder weitgehende Verdrängung von Juden aus Berufen und von Arbeitsfeldern. Das betraf ihre Tätigkeit als Viehhändlers, Notar, Sachverständiger oder Gutachter bei Gerichten, Vermessungsingenieur, Versteigerer, Waffenhändler. In die gleiche Richtung wiesen die Verbote, die Juden die Möglichkeiten von Ausbildung und Qualifizierung entzogen oder eingrenzten wie die 1937 vorgenommene weitere Beschränkung des Besuches allgemeinbildender Schulen und der Entzug der Zulassung zu Doktorprüfungen an Universitäten und Hochschulen. Die beiden April-Erlasse aber zielten nicht auf Personen und Personengruppen, sondern auf das Eigentum aller Juden und der als Juden markierten "Nichtarier". Die faschistische Regierungsclique gelüstete es nach den – geschätzten – 8 Milliarden Reichsmark, die der seit 1933 inzwischen geschrumpfte jüdische Besitz ausmachte. Die Summe war zwar nicht insgesamt zugriffsoffen, aber doch ein erheblicher Teil davon. Der ließ sich offen verdeckt in erheblichem Umfang für die Staats- und damit für die Rüstungskasse mobilisieren. Darauf richteten sich die beiden Verordnungen, die besagten, dass der Schlussangriff auf die Positionen der Juden in der Wirtschaft eingeleitet wurde. Er wäre fraglos vorgetragen worden, auch ohne, dass sich der Anschein erwecken ließ, es handle sich um eine Antwort auf das Attentat des Herschel Grynszpan in Paris, das als ein Angriff auf das deutsche Volk interpretiert wurde. Bei Goebbels las sich das am 12. November 1938 so: "[...] der Jude Grünspan war Vertreter des Judentums. Der Deutsche vom Rath war Vertreter des deutschen Volkes. Das Judentum hat also in Paris auf das deutsche Volk geschossen."⁵ Diese Logik war vergleichbar mit der Aussage, ein Schmied hat auf einen Friseur geschossen, also hat die Innung er Schmiede auf die Innung der Friseure

Josef Goebbels, Der Fall Grünspan, Völkischer Beobachter, 12. November 1938.

geschossen, und sie offenbarte, was dem Deutschen an demagogischer Kost zugemutet werden konnte. Chajim Weizmann hatte in seiner Rede am 25. November 1936 in Jerusalem gesagt: "Wir (Juden, K. P.) aber können es uns sogar nicht leisten, dass ein Verrückter ein Verbrechen begeht, denn dieser Akt würde uns allen zur Last gelegt werden. Wir sind auf der ganzen Welt für jeden einzelnen von uns verantwortlich." In dieser geschilderten Weise verfuhren die deutschen Staatsführer knapp zwei Jahre später. Die Tat des verzweifelten und in seiner Verzweiflung unbesonnenen jungen Mannes kam ihnen zur rechten Zeit und wie ein gefundenes Fressen. Die Aktion, die sie vorbereitet hatten, konnten sie nun als Reaktion ausgeben.

71

Unter den vielen fanatisierten Aktivisten des Faschismus wurde der lange erwartete Generalangriff auf das jüdische Eigentum, der 1935 zu ihrer Enttäuschung unterblieben, aber nur aufgeschoben worden war, als längst fällige historische Bestrafung des "raffenden" Judentums angesehen und als weiterer Schritt die Vertreibung der Juden zu forcieren. In der Tat stellte der Beschluss zur Erfassung des jüdischen Besitzes die früheste Markierung für den Übergang zu einer neuen Phase der Vertreibung der deutschen Juden aus ihrem Vaterlande dar. Mit ihm beginnt in der – mit dem antijüdischen Paragraphen des Gesetzes vom 7. April 1933 eingeleiteten Politik – ein neues und diesmal das abschließende Kapitel. Seine Eröffnung geschah durch einen weiteren bürokratischen Akt, seine Fortsetzung bilden Maßnahmen in den einschlägigen Apparaten des Regimes, die Fragebogen ausgeben, sammeln und auswerten, seinen Abschluss – nach den mörderischen, die Judenfeinde anfeuernden Ereignissen der Pogromnacht – die Gesetzesakte und Verordnungen, mit denen die Juden über die Grenze oder in die Armut gedrängt werden.

Der Punkt, an dem sich der Übergang zur forcierten Vertreibung der Juden vollzog, war erreicht. Das terroristische Vorgehen gegen die Juden mündet in die Verschleppung von Männern und Jugendlichen in ein Konzentrationslager. Die Nr. 1 der innenpolitischen Waffen der Machthaber, bisher gegen ihre politischen Gegner, dann auch gegen "Arbeitsscheue" angewendet, wird nach dem Novemberpogrom auch gegen die Juden gekehrt, aber mit einer anderen Zielsetzung als derjenigen, die für Kommunisten, Sozialisten und Sozialdemokraten und andere Gegner des Regimes bestimmt ist. Sie sollen nicht eingeschüchtert und gebrochen und der Volksgemeinschaft brutal eingefügt, sondern zu überstürzter Flucht aus Deutschland gezwungen werden, kaum noch oder vollends desinteressiert an der Verwertung der Habe, die sie zurücklassen.

Das Recht auf die Heimat. Stenographischer Bericht über die Zeugenaussage Dr. Chajim Weizmanns vor der Königlichen Kommission am Mittwoch, dem 25. November 1936, Berlin 1937.

Zwei Reden, die zeitlich unmittelbar nach dem Pogrom gehalten wurden und bei denen die beiden höchst gestellten Personen des Regimes in Aktion traten, entschlüsseln den geschichtlichen Platz des Pogroms und des Eintritts in die neue Phase der Judenverfolgung und die sich mit ihnen verknüpfenden Interessen. Die eine Rede hielt Hermann Göring am 12. November in Berlin, die andere zwei Tage zuvor Hitler in München. Beide sind in stenographierten Texten überliefert. In der einen standen die Maßnahmen gegen die Juden im Zentrum, in der anderen wurden sie mit keiner Silbe erwähnt. Die Rollen waren bemerkenswert verteilt. Göring ging es um den materiellen Gewinn aus der Judenvertreibung, Hitler um die ideologische Einstellung der Deutschen auf den Krieg.

In der Konferenz wurde die Linie des judenaustreiberischen Vorgehens nach dem Pogrom, die Verteilung der Rollen und die Koordinierung der Maßnahmen zwischen den Machtzentren bis in die Einzelheiten hinein beraten. Görings einleitendes Referat konzentrierte sich auf die Wegnahme des jüdischen Eigentums und die maximale Ausraubung der Juden. Unverhohlen geschah das durch die von ihm dort bekanntgegebene zur "Sühneleistung" erklärte Zwangszahlung der Juden, die er auf 1 Milliarde Reichsmark festsetzte. Die floss, denn sie mußte aufgebracht werden, direkt in den Staatshaushalt. Das gleiche galt für die Geldsumme, zu deren Zahlung die Versicherungen gezwungen waren, die nun aber nicht den geschädigten, anspruchsberechtigten jüdischen Geschäftsinhabern zufloss, sondern ebenso dem Staatshaushalt. Weitere Gewinne ergaben sich aus Steuern, die als Folge der nun einsetzenden Zwangsverkäufe zu entrichten waren. Doch weit darüber hinaus wurden Gelder von Juden, die sie aus der Veräußerung ihres Besitzes noch eben erzielten, für den Staat direkt oder indirekt verfügbar. Denn den Juden wurde alsbald der Zugriff auf diese ihre Konten scharf limitiert und auf den Erwerb des nötigsten Lebensunterhaltes eingeschränkt.

Göring hielt sich bei den Geschäften des Kleinhandels und des Handwerks nicht lange auf. Seine Aufmerksamkeit galt den "größeren Unternehmungen", den "größeren Fabriken", der "großen Fabrik, die einem Juden oder einer jüdischen Aktiengesellschaft gehört", und – in dieser Steigerung – "den ganz großen Unternehmungen". Die "Sache" schien ihm, wie er mehrfach sagte, "ganz einfach". Die jüdischen Eigentümer würden vor keiner Wahl stehen, Preise und Bedingungen nicht zu stellen, sondern zu akzeptieren haben. Das Ziel bezeichnete er in dem Satz: "Wir müssen hier zu einer ganz klaren, *für das Reich Gewinn bringenden Aktion* kommen."⁷ Und so geschah es.

⁷ IMT. Bd. XXVIII, S. 499 ff. Hervorhebung K. P.

Der Pogrom des 9. November und die Rede Hitlers, deren Text zu den Schlüsseldokumenten gehört, die über die faschistische Politik Auskunft zu geben vermögen, liegen nur Stunden auseinander. Die Ruinen der Synagogen rauchten noch, die jüdischen Männer wurden für ihren Abtransport in die KZ Dachau, Buchenwald und Sachsenhausen erst zusammen getrieben, da hielt er vor einem ausgesuchten Kreis von Propagandisten jene später berühmt gewordene Geheimrede, in deren Mittelpunkt die Auswertung der Erfahrungen der "Tschecheikrise" stand, die sich mit dem Münchener Abkommen zwischen Deutschland, Italien, Frankreich und Großbritannien und der von den vier Mächten erpressten Hergabe des Sudetengebiets an das Deutsche Reich gelöst hatte.

Die Aktion der SA, die Trümmer der Tempel, die Verwüstungen jüdischer Geschäfte und Wohnungen waren dem "Führer", der sich doch sonst kaum eine Gelegenheit für antisemitische Ausfälle entgehen ließ, keine Erwähnung, nicht einmal eine Anspielung wert. Er konzentrierte sich auf die Auswertung der Beobachtungen, die im deutschen Volke gemacht worden waren, als es für einen Moment "nach Pulver roch" und orientierte seine einflussreichen Zuhörer darauf, die Deutschen dahin zu bringen, dass sie sich – um im Bilde zu bleiben – an diesen Geruch gewöhnten. War dieses zeitliche Zusammentreffen ein Zufall? In gewissem Sinne zweifellos. Die Zusammenkunft der Propagandisten des Regimes, die im Anschluss an die traditionellen Feiern zum Gedenken an den gescheiterten, aber zu einer nationalen Tat aufgewerteten Putsch von 1923 stattfand, dürfte bereits vor dem kurzfristig gefassten Entschluss festgelegt worden sein, den Pogrom auszulösen. Möglicherweise war das Treffen schon bestimmt, als vom Rath noch ein der Öffentlichkeit unbekannter Mann im weltweiten diplomatischen Apparat des Reiches gewesen war. Doch die von Hitler verlangte Orientierung aller Maßnahmen der Massenbeeinflussung auf die Erzeugung von Kriegsbereitschaft betraf ein Thema, mit dem sich die auf die Judenverfolgung spezialisierten Bürokraten in der Sicherheitspolizei auch zu befassen hatten. Während Hitler die Frage beschäftigte, wie die Deutschen in Kriegsstimmung gebracht werden, ja in einer Verfassung gedrängt werden könnten, die sie schließlich selbst nach der Gewalt rufen ließ, stellte sich im Apparat der Judenverfolger die Frage, wie viele Juden noch in Deutschland leben würden, wenn der Krieg begänne. Für diesen Zeitpunkt existierte im November 1938 kein Termin, aber dass es dahin

Für diesen Zeitpunkt existierte im November 1938 kein Termin, aber dass es dahin kommen werde, darüber konnte es bei Leuten wie Reinhard Heydrich, dem Chef der Sicherheitspolizei (Sipo) und des SD [Sicherheitsdienst der SS], keinen Zweifel geben. Damit beauftragt, jede Störung der Volksgemeinschaft, die dann eine verschworene Kriegsgemeinschaft sein sollte, bereits im Vorfeld zu unterbinden, mußte sich

74

ihm die Frage nach den Juden im Kriege stellen und sich mit der Feststellung verbinden, dass die Flucht der Juden aus Deutschland, nahm man die Zählungen bis in das Jahr 1937, zu schleppend vor sich ging. Zwar waren die Juden zu Zehntausenden aus Deutschland vertrieben worden, doch andere Zehntausende – sie bildeten deren Mehrheit – waren im Nazireich geblieben, die einen, weil sich ihnen keine Fluchtmöglichkeit eröffnet hatte, andere, weil sie glaubten, sie würden ihre mehr oder weniger lang bemessenen letzten Lebensjahre hier doch zubringen können, dritte weil sie hofften, das Regime werde nicht ewig dauern, vierte – und sicher wenige – gar, weil sie annahmen, die Machthaber würden sie eines Tages doch wieder brauchen usw.

Doch die Machthaber beschlich kein Gedanke, die aus der deutschen Volksgemeinschaft der angeblichen Arier Ausgeschlossenen im Kriegsfall – etwa in Abwandlung der Devise des letzten deutschen Kaisers: "Ich kenne keine Juden mehr, ich kenne nur noch Deutsche" - wieder in sie aufzunehmen und sei es nur aus taktischen Erwägungen. Am Kriege teilzunehmen wie in Vierteljahrhundert zuvor, war jüdischen Männern per Gesetz verboten. Darauf zu rechnen, dass die in Deutschland verbliebenen Juden nach allem, was ihnen zugefügt worden war, einen deutschen Kriegssieg herbeiwünschen konnten, war absurd. Zwar mußte auch nicht damit gerechnet werden, dass sie sich, eingeschüchtert, isoliert, zunehmend überaltert und unorganisiert, als Kriegsgegner bemerkbar machen könnten. Doch dass allein das Dasein dieser Minderheit die gedachte Kriegsgemeinschaft stören und praktische Probleme aufwerfen würde, ließ sich absehen. Die "Arier" an die Front und die jüdischen Männer in der Heimat? Wo dann? Beschäftigt mit Zwangsdiensten oder als Insassen in Konzentrations- oder Internierungslagern? Besser dann schon, sie befanden sich außer Landes. In Deutschland wurden sie für den Sieg nicht gebraucht, und sie bedeuteten in den Staaten künftiger Kriegsgegner, in denen sie Zuflucht suchen würden, schwerlich einen ernstzunehmenden Kraftgewinn. Das schloss nicht aus, dass die reichsdeutschen Stellen vom Außenministerium bis zur Sicherheitspolizei wünschten, die Deutschland fliehenden Juden möchten sich in der Welt möglichst in kleine und kleinste Gruppen zersplittern.

Diese Rechnung über die in Deutschland verbleibenden Juden ist so auch intern nicht ausgesprochen und auch nie insgeheim zusammenhängend niedergelegt worden. Die im Verlauf des Jahres 1939 geschriebenen oder überarbeiteten Mobilisierungspläne befassen sich mit den "Ariern" und deren Rolle und Leben im Kriegsfall. Doch kann ernsthaft kein Zweifel sein, dass Einzelposten und Resultat einer derartigen Rechnung bis zum Schlussstrich den Judenverfolgern gegenwärtig waren und

in ihre Kalküle eingingen. Eine Andeutung davon gibt das stenographische Protokoll der Rede Görings vom 12. November 1938. Darin erwähnte er eine Situation, in der "das Deutsche Reich in irgendeiner absehbaren Zeit in außenpolitischen Konflikt kommt" und verband damit die Ankündigung, dass dann "selbstverständlich [...] eine große Abrechnung an den Juden zu vollziehen sei." Doch aus dem Fortgang seiner Ausführungen ging hervor, dass die in Deutschland lebenden Juden nicht etwa für diesen "absehbaren" (!) Zeitpunkt aufgespart und dann als Objekte der Rache oder als Geiseln zum Zwecke der Erpressung der Gegner dienen sollten. Das mehrfach betonte Interesse lag auf der vollständigen Vertreibung. Göring teilte mit: "[...] der Führer werde jetzt endlich einen außenpolitischen Vorstoß machen zunächst bei den Mächten, die die Judenfrage aufgeworfen haben, um dann tatsächlich zur Lösung der Madagaskar-Frage zu kommen." Das habe ihm der Führer "am 9. November auseinandergesetzt. Es geht nicht mehr anders."

Die Passage, in verquaster Rede und Wortwahl vorgetragen, verrät mehrerlei. "Jetzt endlich" besagt kaum eine Kritik des Redners an Hitlers bisheriger Aktivität, drückte aber aus, dass die bislang verfolgte Taktik, die Flucht aus dem Reich allein durch den Druck auf die Juden zu forcieren, das gewünschte Ziel bei weitem nicht erreicht hatte. Das ließ sich an den Zahlen der Geflohenen ablesen. Noch immer lag der Höhepunkt der Fluchtkurve im Jahre 1933, als (geschätzt) 37.000 jüdische Deutsche das Land verlassen hatten. Die Zahlen für die folgende vier Jahre bis 1937 lauten 23.000, 21.000, 25.000 und wieder 23.000. Ihnen lässt sich entnehmen, dass selbst die Nürnberger Gesetze nicht zu einem drastischen Anstieg der erzwungenen Auswanderung geführt hatten. Seit dem 13. März 1938, dem Tag der Liquidierung des österreichischen Staates und der Einverleibung seines Gebietes als "Ostmark", waren die – aus nazistischer Sicht – Erfolge der Judenvertreibung, was die nackte Zahlenbilanz anging, mit einem Schlag wieder zunichte gemacht. In Großdeutschland lebten seitdem und trotz der sofort einsetzenden Fluchtwelle der Wiener Juden 1938 wieder so viele Juden wie es im Jahre 1933 in den Grenzen des "Altreiches" gewesen waren. Das war den Machthabern, die bei ihren antisemitischen Maßnahmen fünf Jahre nach der Errichtung der faschistischen Diktatur nicht annähernd die Rücksichten zu nehmen brauchten, die sie 1933 zu beachten hatten, Ansporn zu schärferem Vorgehen genug.

"Einen außenpolitischen Vorstoß machen" – das bedeutete eine Teilkorrektur der seit den Anfängen der Judenverfolgung befolgten Taktik, zu der es gehört hatte, die antijüdischen Maßnahmen als eine rein deutsche Angelegenheit anzusehen und gleichzeitig heuchlerisch zu erklären, es handele sich lediglich nur um die Neurege-

lung des Zusammenlebens von "Deutschen und Juden". Die Lüge konnte nach dem Pogrom länger nicht benutzt werden und sie entsprach auch nicht mehr den forcierten Plänen. Hatte die Reichsregierung es bisher vermieden, mit anderen Staaten, in denen die Juden hauptsächlich Zuflucht suchten, dazu gehörten die Tschechoslowakei, Frankreich, die Niederlande, Großbritannien und die USA, in Verhandlungen über die Aufnahme von Flüchtlingen einzutreten, so sollten sie – was sonst bedeutete das Bild vom "außenpolitischen Vorstoß" – nun gesucht werden.

Dabei versprachen sich die deutschen Führer offenbar wenig von bilateralen Verhandlungen und dem Versuch, die Bereitschaft einzelner Staaten zu steigern, die Sicherheit suchenden deutschen Juden aufzunehmen. Das sagten ihnen die Erfahrung der letzten Jahre und neuerdings die auf eine Anregung des US-amerikanischen Au-Benministeriums und eine Initiative des Präsidenten Franklin D. Roosevelts zustande gekommene Initiative, ohne Deutschlands Beteiligung zu Absprachen über die Aufnahme von deutschen und österreichischen Juden zu gelangen. Die daraus erwachsene Konferenz in Evian hatte den Mangel an Bereitwilligkeit nahezu ausnahmslos aller Teilnehmer gezeigt, den Verfolgten die eigenen Tore zu öffnen. Diese ablehnende Haltung wurde wortreich begründet: mit der angeblichen Überbevölkerung des eigenen Territoriums, mit wirtschaftlichen Problemen, insbesondere dem Mangel an Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten und dem Hinweis auf die bereits im eigenen Lande lebenden Arbeitslosen, mit der Darstellung politischer Probleme und dem Wunsch, sich durch die Aufnahme von Juden nicht zusätzliche zu bereiten, schließlich auch mit der Ausflucht, bestimmte Gegenden seien für die Ansiedlung von Europäern aus klimatischen Gründen nicht geeignet. Kurzum, mit der Ausnahme der Dominikanischen Republik erklärten die Teilnehmenden ihr jeweiliges Boot für voll.

Das ernüchternde Ergebnis der Konferenz, die vom 6. bis 14. Juli 1938 stattfand und den Juden keine Hoffnung gab, war von der Naziführung registriert worden und beeinflusste deren weitere Entscheidungen. Immerhin hatte die Tagung die Etablierung eines Komitees vorgenommen, dass sich mit dem Thema weiter befassen sollte. In dieser Situation erschien den deutschen Judenverfolgern die Kombination des verstärkten Druckes mit diplomatischen Manövern, – denn um etwas anderes konnte es sich angesichts der Unwilligkeit der deutschen Regierung, Flüchtende mit Devisen auszustatten, nicht handeln –, nicht völlig aussichtslos zu sein. Dabei gedachte Hitler, wieder nach Görings Mitteilung, "dann tatsächlich zur Lösung der Madagaskar-Frage zu kommen", d. h. er glaubte, dass die Juden aufgrund einer internationalen Übereinkunft auf die Insel zwischen dem Süden Afrikas und dem indischen Subkontinent

geschafft werden könnten. Das kann als Eingeständnis gelesen werden, dass sich die Judenvertreiber von Verhandlungen keine Erhöhung der Einwanderungsquoten für Juden durch einzelne Staaten versprachen, aber auf eine Internationalisierung der "Judenfrage" setzten. Äußerungen wie die des polnischen Außenministers Oberst Beck, es gäbe in Polen eine Million Juden zuviel, konnten den Ohren der deutschen Antisemiten nur wohlklingen. So wollten Hitler, Göring, Ribbentrop und die anderen an der Planung der Judenvertreibung beteiligten Führer des Staates und der NSDAP ein nicht von ihnen stammendes Projekt aufnehmen. Dessen Verwirklichung setzte zum einen die Bereitschaft Frankreichs voraus, zu dessen Kolonialreich Madagaskar gehörte, in eine Aufnahme von Hunderttausenden einzuwilligen, und war zum anderen wie jedes andere ähnliche Vorhaben mit der Frage verbunden, wer die Kosten von Transport und Ansiedlung zu tragen bereit wäre. Madagaskar, das war in Hitlers Munde nur eine Bezeichnung für die Verwirklichung der von ihm in seiner Rede am 30. Januar 1939 benutzten antijüdischen Losung "Schaffende aller Nationen, erkennt euren gemeinsamen Feind!"

Göring hatte am 10. November 1938 gesagt, "so oder so", wobei er weder das so noch das so beschrieb, solle "die Judenfrage [...] jetzt zur Erledigung" gebracht und die darauf gerichteten Maßnahmen "einheitlich zusammengefasst werden". Das bedeutete im Klartext, dass er die vielen staatlichen Stellen, die bisher an der Politik der Drangsalierung beteiligt gewesen waren, unter einer Führung zusammengefasst wissen wollte. Diese wurde in den folgenden Wochen dem Chef der Sicherheitspolizei und des SD übergeben. Dessen Apparate hatten gegenüber dem anfangs federführenden Reichsinnenministerium immer mehr an Gewicht gewonnen. Eben noch war Heydrich im Juli 1938 auch mit der Leitung des Devisenfahndungsamtes beauftragt worden. In dieser Eigenschaft hatte der Sipo-Chef angeordnet, die Errichtung von Sperrkonten für alle Juden in Angriff zu nehmen und die Vorbereitungen dafür bis zum Oktober 1938 abzuschließen. Das "traf sich" zeitlich mit den weiteren Schritten der Beraubung der Juden wie abgemessen.

Wie allein schon diese Nebenrolle erkennen lässt, standen Heydrich und seine Untergebenen – so viel Aufwand auch für die ideologische Schulung mit den meist der SS angehörenden Männer getrieben wurde, um sie zu Experten von Rassismus und Antisemitismus aufzuwerten – in dem Ansehen, die Fähigkeit zu nüchternster Bestandsaufnahme zu besitzen, die ihnen zur Bestimmung streng zielgerichteter Schritte diente. Ein Blick in das Protokoll jener Sitzung bei Göring und die Bemerkungen, die der Sipo-Chef in deren Verlauf machte, bezeugen das eindrucksvoll. Heydrich war nicht der Mann, der sich von schwungvollen und theatralisch geäußer-

ten Ausbrüchen antijüdischen Hasses mitreißen ließ. Heydrich unterschied zwischen Wünschbarem und Machbarem scharf. Wünschbar und machbar erschien die Vertreibung. Das hatte ein vom Januar 1937 stammender Bericht des Sicherheitsdienstes in der Zielangabe wie in der Methodik ebenso knapp wie exakt bestimmt: "Leitgedanke ist die Entjudung Deutschlands'. Eine solche kann nur erfolgen, wenn den Juden in Deutschland die Lebensbasis, d. h. die wirtschaftliche Betätigungsmöglichkeit genommen wird. Die Förderung der Auswanderung nach Gebieten, wo die Juden dem Reich nicht schaden können, ist, soweit es sich um die jüngere Generation handelt, eine zwingende Notwendigkeit."8 Dieses Konzept lässt erkennen, dass und warum sich zwischen Heydrich als dem Exponenten der SS und der Sipo und dem für die Hochrüstung hauptverantwortlichen Göring seit 1937 eine so enge Zusammenarbeit entwickelte, die sich dokumentarisch bis in das Jahr 1941 in den mehrfachen Beauftragungen Heydrichs verfolgen lässt, die Görings Unterschrift tragen. Während Heydrich die Führungsposition bei der Judenvertreibung zu erlangen suchte, war Göring wie kein anderer Staatsführer an der zentralen und erfolgreichen Führung dieser Politik interessiert, die für ihn weniger die Befriedigung eines ideologischen Programms sein mochte als die Chance, der Kriegskasse rasch, unkompliziert und zusätzlich Mittel zuzuführen. Die Anfang 1937 formulierten Leitgedanken machen in und zwischen den Zeilen aber auch Problembewusstsein der Autoren deutlich, das, sofern Lösungen nicht zur Hand sind, - wie im Falle der Göring-Rede - sich in gewundenen Formulierungen äußert. Zum einen war den Fachleuten der Vertreibung klar, dass ihrem Druck in erster Linie Angehörige der jüngeren Generation nachgeben würden, die den großen oder zumindest einen erheblichen Teil ihres Lebens vor sich sehen, es nach eigenen Plänen und Kräften frei gestalten wollen und sich eine Chance ausrechneten, dies auch in einem anderen Lande erreichen zu können. Besonders diese Jüngeren und Jungen wollten die Antisemiten in Gebieten wissen, wo sie dem "Reich nicht schaden können". Klar ergab sich aus diesen Erörterungen auch, dass sich die Organisatoren eines Tages an dem Punkt sahen, da sie es mit den alten und ältesten Generationen zu tun haben würden, deren Angehörige nicht mehr vermochten, ihre Wurzeln auszureißen und sich keinen Neuanfang mehr zutrauen konnten. Heydrich sah das klar und rechnete mit einem Rückgang der Fluchtzahlen. Er sprach am 12. November 1938 von 8 bis 10 Jahren, über die sich die "Auswanderungsaktion" erstrecken werde⁹, weshalb vorzusorgen sei, wie und wovon die verbleibenden Juden in Deutschland leben sollten.

⁸ Zitiert in Eldh, Artikel Exil und Emigration, S. 428.

Von besonderen rechnerischen Fähigkeiten zeugte das auch nicht, denn er unterstellte eine Verminderung der Zahl der in Deutschland lebenden Juden pro Jahr von nur 8.000 bis 10.000 Personen, und das ergab,

Die Linie des Sicherheitsdienstes bedeutete auch Abgrenzung von anderen Aktivisten der Vertreibungspolitik. Nicht die alltägliche Diffamierung, nicht die ekelhaften Beschimpfungen in der Hetzwochenschrift "Der Stürmer", auch nicht die für Juden bestimmten Wegweiser an Ortseingängen mit der Aufschrift "Nach Palästina" würde die "Entjudung" bewirken, sondern eine zielgerichtete, in ihren Mitteln wohlberechnete Politik, die Juden keine Alternative ließ, ihnen Zug um Zug die Lebensgrundlagen in Deutschland raubte und sie beim Ausharren im Reich vor die Perspektive von Armut, Hunger, Vereinsamung, Hilflosigkeit, vor das bloße Warten auf den Tod stellte.

IV.

In den Jahren 1937/1938 existierten zwei kräftige Impulse, die zur gesteigerten Politik der Drangsalierung und Vertreibung der Juden führten. Das materielle Interesse, sich durch diese Austreibung kräftig zu bereichern, und das im Kern auch nicht immaterielle Interesse, in einer innenpolitischen Idealverfassung, die keine Erinnerung an das Deutschland der Jahre 1914 bis 1918 mehr aufkommen ließ, in den Krieg zu gelangen. "Entjudung" bedeutete im Verständnis derjenigen, die sie betrieben, immer auch: Problemlose Überleitung der Volksgemeinschaft in eine Kriegsgemeinschaft. Göring und Heydrich verkörperten an der Spitze der von ihnen geleiteten Apparate – der Vierjahresplanbehörde bzw. der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes - diese Interessenlage. Diese Sicht auf Ziele und Zwecke lässt der Ideologie ihren Platz im Geschehen. An den rassistischen und antisemitischen Überzeugungen der Haupttatbeteiligten und ihrer Werkzeuge gibt es nichts zu zweifeln. Vom ersten Tage der deutsch-faschistischen Herrschaft an ist kein einziger Schritt der antijüdischen Politik erklärbar, ohne dass in Ansatz gebracht wird, dass ihre Architekten die Juden wirklich für alle das hielten, wofür sie von ihnen ausgegeben wurden. Dies nicht zu sehen, führte von der Realität dieser Personage ebenso ab wie das andere Extrem, das in ihnen nur ideologische Triebtäter erblickt, die einzig von Judenhass und Mordgefühlen geleitet worden wären. Polemisiert wird hier folglich nur gegen die Verabsolutierung des "Faktors Ideologie", während die Untersuchung der Vorgeschichte und Geschichte des "Holocaust" es erfordert, sich durch ein Geflecht, um nicht zu sagen: durch einen Dschungel von Motiven und Interessen hindurchzuarbeiten, aus denen die verbrecherische Politik hervorwuchs und die sie speisten.

Die diese Interessen verkörperten und verfochten, brauchten nicht gleichermaßen ideologisiert zu sein, nicht jedem Vorurteil anzuhängen. Das macht – um zwei her-

selbst wenn man die inzwischen Sterbenden mit einbezog, keineswegs, dass dann die Anwesenheit der Juden in "Großdeutschland" der Vergangenheit angehört haben würde.

ausragende Figuren der antisemitischen Politik zu benennen – etwa ein Vergleich zwischen Julius Streicher und Hermann Göring deutlich. Jener erfand immer neue Begründungen für die Erzeugung von Judenhass, dieser hielt sich dabei nicht auf und kam ohne Umschweife zur "Sache". Beide aber wirkten in die im Wesentlichen gleiche Richtung. Erst ihr Zusammentreffen brachte in der Summe jene Effekte hervor, die gewollt waren. Ähnliches ließe sich bei Vergleichen von Figuren aus der Masse der unbekannten Akteure der Judenverfolgung feststellen. Darin liegt eine sehr nachdenklich stimmende Erfahrung. Sie bezeugt die Möglichkeit, dass Menschen, die in deutlich unterscheidbarem Grad antisemitisch eingestellt sind, effizient und in einer Weise zusammenwirken können, die gerade den rabiatesten Antisemitismus in die Tat umsetzt. Diese Erfahrungen spricht gegen die mitunter überbetonte Unterscheidung zwischen vermeintlich milden und wilden Antisemiten. Was der feinsinnigen Analyse als erhebliche Differenz erscheint, verliert in einem Augenblick an Gewicht, das die entschlossensten Judenfeinde diktieren.

Wer die Judenpolitik der deutschen Faschisten im letzten Jahr vor dem Kriege betrachtet, kommt nicht umhin, wie mehrfach erwähnt, sie der Periode der Vertreibung zuzuordnen, einer Zeit, in der noch keine Entscheidung vorlag, die jüdischen Menschen im eigenen Machtbereich zu töten. Diese Feststellung widerspricht nicht der anderen, die besagt, dass es unter den deutschen Faschisten auf allen Stufen Leute gab, die über die Juden mörderisch dachten. Niemand wird ernsthaft bezweifeln, dass Hitler, Goebbels, Streicher u. a. auf den obersten Machtsprossen und unter ihnen viele andere eben diesen Typus verkörperten. Doch so sicher der Gedanke der Tat – wie lang oder wie kurz auch immer - vorausgeht, so gewiss sind Gedanke und Tat nicht identisch. Zwischen beiden liegt ein Entschluss. Der war nicht getroffen, wie sonst kann eine Politik erklärt werden, welche die deutschen Juden buchstäblich über den Erdball auseinanderjagt, nach Argentinien und nach Shanghai, an die Westküste der Vereinigten Staaten und bis nach Australien? Das Argument, die Aspiranten auf die Weltherrschaft hätten vermeint, sie würden sie eines Tages allesamt wieder einfangen oder durch Erpressung sich ausliefern lassen, um sie so dann umzubringen, erscheint zu abenteuerlich, als dass es debattiert werden musste. Die Judenvernichtung war auch vor Kriegsbeginn für den Rest der deutschen und österreichischen Juden nicht geplant, die im Lande verbleiben würden. Alle Erörterungen in den Planungsstäben der Rassisten deuten darauf hin, dass sie mit einer sich hinziehenden, am Ende aber vollkommenen biologischen Lösung rechneten. Dass dieser Rest ghettoisiert werden würde, auch das war schon erörtert worden. Dass er sich nicht ausreichend ernähren könne, unter Bedingungen der permanenten physischen Folter leben und auch ärztlich schlecht versorgt sein würde, dies alles zeichnete sich ab.

Gnaden- und seelenlos würden die Peiniger mit den Juden verfahren. Das waren grausige Konturen, aber nicht die von Auschwitz.

Gegen die hier gegebene Interpretation der Fakten und Dokumente wird bis heute auf die schon in anderem Zusammenhang erwähnte Rede Hitlers verwiesen, die er am 30. Januar 1939 aus Anlass des 6. Jahrestages der "Machtergreifung" hielt. Der Bezug gilt vorzugsweise jene Passage, in der er wieder "ein Prophet" sein wollte und ankündigte, es werde, falls es dem "internationalen Judentum" noch einmal (als hätten die Juden den Ersten Weltkrieg verursacht) gelingen sollte, einen Weltkrieg anzuzetteln, dies mit "der Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa" enden. Die Redestelle betrachten manche als Beweis dafür, dass zumindest in Hitlers Kopfe die Entscheidung über den Massenmord an den europäischen Juden bereits gefallen gewesen wäre. Dem widerspricht zum einen der Kontext der Rede, der die meist zitierten Sätze in einem anderen Lichte erscheinen lässt.

Es kann davon ausgegangen werden, dass Hitler mindest im groben die Zahlen kannte, die vom Ansteigen der Erfolgsquote bei den Judenvertreibungen vor allem aus der Ostmark, aber auch aus dem Altreich im Verlauf des Jahres 1938 zeugten. Der Bericht des Sicherheitsdienstes für das Jahr 1938 zählte sie auf und sowohl Himmler wie Heydrich dürften daran interessiert gewesen sein, dem "Führer" positive Resultate ihrer Arbeit zu repräsentieren. Mit ihnen aber war auch die Aussage verbunden, dass die weitere Herausdrängung der Juden auf zunehmende Schwierigkeiten stoßen werde. Und ebenso kann als sicher angesehen werden, dass Hitler Verlauf und Ergebnis der Evian-Konferenz kannte, die diese Bewertung des Sicherheitsdienstes bekräftigten. Auf diese Situation nahm Hitler Bezug, als er in seiner Ansprache vor dem faschistischen Reichstag auf die "Judenfrage" zu sprechen kam. Nachdem er auf die angebliche Überbevölkerung verwiesen hatte, die in Deutschland existiere, - ein Argument, das in der Begründung der Vertreibungspolitik bisher keine vordergründige Rolle gespielt hatte (wohl aber in Hitlers internen Begründungen für den Kriegskurs und die Eroberungspolitik) -, setzte er sich mit der Forderung auseinander, Deutscharbeit Mittel zu Finanzierung der Auswanderung einzusetzen und lehnte sie strikt ab. Was die Juden besäßen, hätten sie den Deutschen geraubt. Sie wären obendrein durch ihre internationalen Verflechtungen die Organisatoren des Raubzuges gewesen, der nach dem Weltkrieg an den Deutschen vorgenommen worden sei. "Wir sind entschlossen, [...] dieses Volk abzuschieben", hieß es dann. Die Welt aber habe für die Juden "Siedlungsraum genügend". Hitler deutete vage eine Bereitschaft zu Verhandlungen im europäischen Maßstab an, aber nur unter der Voraussetzung, dass die Staaten gemeinsam darüber befänden, die Juden vom Konti82

nent wegzuschaffen. In Formulierungen, die sich an Gemeinheit des Inhalts und der Formulierung überboten, begründete er die Vertreibung und die Entschlossenheit, mit ihr fort zu fahren.¹⁰

Vor allem liegt nahe, die Rede Hitlers in Beziehung zu den gleichzeitigen Äußerungen anderer Staats- und Naziführer zu setzen. Da ergibt selbst eine flüchtige Inspektion den absoluten Gleichklang. Nur in Ton und Stil, den jeweiligen Situation geschuldet, Zwecken angemessen, durch Fähigkeiten und Temperamente bedingt, sind Abweichungen erkennbar. Das "Problem", die Juden aus Deutschland zu verdrängen, sagte Göring – damit auch seine Federführung noch einmal begründend –, sei "in der Hauptsache ein umfangreiches wirtschaftliches Problem", hinter dem ihm die Maßnahmen auf juristischem und propagandistischem Gebiet als nachgeordnet erschienen.11 Joseph Goebbels schrieb an das "deutschfeindliche Ausland" gewandt, es könnte sich der Juden annehmen und sie stünden "ihm in beliebiger Anzahl zur Verfügung". 12 Am Ende des geheimen Lageberichtes des Sicherheitsdienstes für 1938 wurde formuliert, die antijüdische Politik wird so gelenkt, "dass den Juden zur Sicherung der Existenz nur die Auswanderung bleibt". 13 Der Runderlass des Auswärtigen Amtes an die Missionen und Konsulate des Deutschen Reiches begann am 25. Januar 1939 mit dem Satz: "Das letzte Ziel der deutschen Judenpolitik ist die Auswanderung aller im Reichsgebiet lebenden Juden."¹⁴ Alfred Rosenberg erklärte vor Diplomaten und Pressevertretern des Auslandes am 7. Februar 1939, es werde die "Judenfrage" erst dann gelöst sein, "wenn der letzte Jude das Territorium des Deutschen Reiches verlassen hat". ¹⁵ Reichsfinanzminister Schwerin von Krosigk stimmte der Devise zu: "Heraus was herausgebracht werden kann.!"16

Am Generalziel der judenfeindlichen Politik und der Übereinstimmung der deutschen Machthaber kann mithin kein Zweifel sein. Praktisch wie propagandistisch wurde alles unternommen, was den Strom der Fliehenden verbreitern konnte. Und wenn eine Maßnahme dem auch nur begrenzt dienen konnte, wie die Zulassung der Arbeit in den landwirtschaftlichen Lehrgütern, in denen sich junge Juden auf die Auswanderung nach Palästina vorbereiteten, so wurde sie "notgedrungen" aufrechterhalten.¹⁷

Dokumente der deutschen Politik, Bd. 7, Teil II, S. 476 ff.

¹¹ IMT, Bd. XXVIII, S. 499.

Josef Goebbels, Der Fall Grünspan, VB, 12. November 1938.

Meldungen aus dem Reich, Bd. 2, Hersching 1984, S. 22.

ADAP, 1918-1845, Serie D (1937–1945), Bd. V, S. 780.

¹⁵ IMT, XLI, S. 545.

In der Sitzung bei Göring am 12. November 1938. IMT, Bd. XXVIII, S. 499 ff.

Rundschreiben des Reichsbauernführers an den Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft vom 6. Januar 1939, Bundesarchiv Potsdam, R 14, Nr. 274, Bl. 85.

Die Durchmusterung der Judenverfolgung namentlich in den letzten etwa 11 Monaten vor dem Beginn des Zweiten Weltkrieges hat eine Konsequenz. Sie zwingt, sich der Frage zu stellen, warum und wie es zu jenem, 1941 gegangenen qualitativ neuen Schritt kam, der von der Judenvertreibung, die nach dem 1. September 1939 sich aus einem Strom in ein Rinnsal verwandelte, zur Judenvernichtung führte. Die These, dann seien halt die unerlässlich notwendigen Bedingungen entstanden, welche die Verwirklichung einer langgehegten Absicht ermöglichten, überzeugt nicht. Sie besagt lediglich, was nicht bestritten wird (so wenig sich über ungeschehene Geschichte Aussagen mit letzter Sicherheit treffen lassen), der Judenmord hätte sich im Frieden, d. h. in den Reichsgrenzen des Jahres 1937 oder 1939 bei Anwesenheit der diplomatischen Missionen der meisten Staaten und akkreditierter Journalisten der internationalen Presse, bei streng kontrollierter, aber nicht hermetisch abgeschlossener, also nicht kriegsfrontgleicher Grenze, nicht verüben lassen. Doch sie beweist nicht, dass das Verbrechen schon beabsichtigt, beschlossen oder gar geplant war. Doch führen die damit aufgeworfenen Fragen schon über die Grenzen hinaus, die mit dem Generalthema dieser Konferenz zeitlich gesetzt worden sind.

"Einsatzkommando Tilsit". Wo das Massenmorden an den Juden Europas begann

Heute heißt die Kleinstadt im Süden Litauens Gargždai. Einst und in der Zeit, von der hier die Rede sein wird, war ihr deutscher Name Garsden und der Ort, auf litauischem Boden nahe der Grenze zu Ostpreußen gelegen, von Deutschen und Litauern bewohnt. Der Ortsname wäre in normalen Zeiten nicht über die nähere Umgebung hinaus gedrungen. Hier hatte sich bis nahe der Mitte des 20. Jahrhunderts nichts Bemerkenswertes ereignet. Heute scheint Garsden in Geschichtsbüchern und Lexika auf, sofern sie detailliert Auskunft über die Geschichte des Massenmordens an den europäischen Juden geben, namentlich über dessen Beginn. Denn der Ort besetzt in Geschichte des als "Endlösung" getarnten Verbrechens einen markanten Platz, ähnlich dem tschechischen Lidice oder dem französischen Oradour, die in anderer Weise für Untaten stehen, die während des Eroberungszuges verübt wurden, dessen Ziel eine weltbeherrschende Stellung des Deutschen Reiches war. Dass Garsden im Bewusstsein selbst Geschichtsinteressierter mit dem Bekanntheitsgrad des tschechischen und französischen Ortes nicht konkurrieren kann, liegt darin begründet, dass auf das Geschehen dort unmittelbar und dann für lange Monate Gleiches – zum Verwechseln Gleiches – folgte.

Am 24. Juni 1941, zwei Tage nach dem Beginn des Krieges gegen die Sowjetunion, geschah in Garsden dies: Ein Trupp uniformierter deutscher Männer aus dem nahen Memel, zusammengefasst unter der Bezeichnung "Einsatzgruppe Tilsit" und bestehend aus Angehörigen des SD und der Gestapo in Tilsit und Polizisten aus Memel, schoss 201 zusammengetriebene Juden des Ortes nieder. Die Formation war erst tags zuvor gebildet und über ihre Aufgabe instruiert worden. Das ging auf einen Besuch des Leiters der Einsatzgruppe A, SS-Brigadeführer Franz Walter Stahlecker, zurück, der seiner Einheit vorausgereist war und von den SD- und Gestapoleuten in Tilsit verlangt hatte, damit seine ihm folgende Gruppe der Wehrmacht enger auf den Fersen bleiben konnte, das Judenmorden im grenznahen Raum zu übernehmen. So geschah es in den folgenden Wochen bis in den September 1941 auch. 5.500 Juden, Männer, Frauen und Kinder, wurden Opfer dieser ad-hoc gebildeten Mörderschwadron.

Dass nicht alle Täter dem Richter und einer Bestrafung entkamen, ist das Verdienst einer Gruppe von nicht mehr als vier Juristen der Bundesrepublik. Sie bewirkten gegen passiven Widerstand, dass am 28. April 1958 vor einem Schwurgericht in Ulm zehn Angehörige dieser Einsatzgruppe angeklagt wurden, an ihrer Spitze der Polizeichef von Memel, ein SS-Oberführer. Im Verlauf des Prozesses, der am 29. August

85

1958 mit den Urteilen endete, wurden die Ereignisse in Garsden und in den anderen Orten, in denen die Männer gewütet hatten, durch deren Aussagen wie durch Berichte von 184 Zeugen rekonstruiert. Die Urteile lauteten auf Gefängnisstrafen zwischen 3 und 15 Jahren. Anträgen der Staatsanwaltschaft, die in einigen Fällen auf lebenslange Haft lauteten, wurde nicht gefolgt. Im Widerspruch zum Sachverhalt, aber im Einklang mit den Möglichkeiten, welche die bundesrepublikanische Rechtsprechung bot, erfolgte der Strafausspruch durchweg wegen "Beihilfe zum gemeinschaftlichen Mord". Aus dieser Kategorie der "Beihelfer" fielen nur wenige heraus wie die toten Hitler, Heinrich Himmler und Reinhard Heydrich. Stahlecker war bei einem Kampf mit Partisanen 1943 ums Leben gekommen.

Das Morden, das in Garsden begann und Männer der Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei, weiterer Polizeitruppen, aus Einheiten der Wehrmacht, unter Beteiligung des Besatzungspersonals und von formierten Kollaborateuren im okkupierten Land verübten, zählt siebzig Jahre später zu den intensiv erforschten Geschehnissen des Zweiten Weltkrieges. Inzwischen existiert eine noch ständig vervollständigte Topographie des "Holocaust" im besetzten sowjetischen und polnischen Gebiet. Vielerorts wurden die regionalen Geschehnisse exakt ermittelt und dargestellt. Gedenkorte sind entstanden. Eine dem Geschehen angemessene warnenden Erinnerung wird jedoch erst gewonnen sein, wenn in Schulgeschichtsbüchern europäischer Staaten den Heranwachsenden ein Bild von den Zeiten ihrer Großeltern und Urgroßeltern gegeben wird, das den Blick nicht nur auf Auschwitz und Buchenwald lenkt, sondern auf das, was sich in der eigenen Region zutrug. Von diesem Ortsbezug sind die Geschichtskennnisse und Lehrbücher vielfach noch weit entfernt und in manchen Staaten Ost- und Südosteuropas weiter, als je befürchtet wurde.

Und dann ist das Massenmorden an den Juden Europas in Beziehung zu den Verbrechen zu setzen, die an Kriegsgefangenen, der nichtjüdischen Bevölkerung in den besetzten Staaten und Gebieten und den verschleppten Zwangsarbeitern begangen wurden. Erst die Sicht auf das Ganze bietet auch die totale Herausforderung, liefert das vollständige Bündel an Fragen, die sich auf Ursachen, Verlauf und Ziele des Krieges richten. Erst in einer vergleichenden Zusammenschau werden die Besonderheiten wie das Allgemeine des Geschehenen ihre scharfen Konturen erhalten. Wir leben in einer Welt von Büchern, Bildern und Filmen, einer Überfülle an Zahl. Es lässt sich annähernd ausrechnen, wie viele Menschenleben nötig wären, auch nur jenen Teil davon zur Kenntnis zu nehmen, der aus ernsthaftem wissenschaftlichem oder künstlerischem Bemühen hervorging. Aber täuschen wir uns nicht. Weder in der Geschichtsforschung noch bei der angemessenen Gestaltung der öffentlichen Räume

sind wir an einem Ende. Und die Zahl der Ahnungslosen unter den Nachgeborenen wächst auch in Deutschland. Neuere Umfrageergebnisse weisen aus, wie viele Deutsche mit dem Datum 8. Mai 1945 ein Ereignis verbinden. Dabei geht es nicht und nicht einmal in erster Linie um das "Merken" von Geschichtsdaten.

Die Untat von Garsden am 24. Juni bezeugt die Kürze des Weges, auf dem Menschen zu Exekutoren eines Staatsverbrechens werden können. Die Wissenschaft hat sich seit Jahrzehnten schon von der vereinfachenden und bequemen Vorstellung verabschiedet, es sei einzig eine Schar ideologisch hochgeschulter, aufgeputschter Rassisten, hasserfüllter Antisemiten und Antibolschewisten gewesen, die ebenso fanatisch wie kaltherzig hauste. Die ersten, die dieses Bild zerstörten, ohne dass dem weitere Beachtung geschenkt wurde, waren Juristen. Ihr Vis-à-vis auf der Anklagebank deckte sich mit diesem Bild nicht. Dann wurde das Buch von Christopher Browning, einem erstrangigen Spezialisten der "Holocaust"-Forschung in den USA, veröffentlicht und ins Deutsche übersetzt, das den Titel trug: "Ganz normale Männer". Browning hatte sich auf die Aktenspur des Reserve-Polizei-Bataillons 101 gesetzt und war dessen Rolle beim Judenmorden nachgegangen. Und er kam zu dem Ergebnis: Wie im Falle von Garsden und im Verfahren in Ulm nachgewiesen, stimmte das vereinfachte, gleichsam geradlinige Täterbild nicht. Die schuld- und wehrlosen Männer, Frauen und Kinder erschossen, waren nicht durchweg ideologisierte Faschisten. Diese fanden sich, vor allem unter Befehlshabern und Kommandeuren, und manche hatten sich im Reich schon vor dem 1. September 1939 bei der Verfolgung politischer Gegner und von Juden kriminell hervorgetan. Doch genügten zum Mitmachen Befehlsgehorsam, Gleichgültigkeit gegenüber dem Leben oder Sterben der "Anderen", die Beruhigung, so sich da noch etwas regte, des eigenen Gewissens mit dem Argument, für das Tun selbst keine Verantwortung zu tragen, das Gedecktsein durch gemeinschaftliches Handeln und auch die Furcht, in eine Außenseiterrolle zu geraten. Dann konnten die Gewöhnung an das Töten folgen und die Stumpfheit und Dumpfheit des Weitermachens eintreten.

Mündet dieses Wissen – und Brownings Darstellung bis hin zum Nachweis, dass Verweigerung selbst als Angehöriger einer solchen Mörderschwadron möglich war, gehörte in die Schulbücher neben die Fotos von den Verbrechen – jedoch einzig in die Klage "Wessen der Mensch doch fähig ist", dann wurde wenig gewonnen. Anders hingegen, wenn gefragt wird, welche gesellschaftlichen und staatlichen Zustände Plätze für Mörder entstehen lassen, so dass ein abgestufter Bedarf an Mordgesellen entsteht, von Adolf Eichmann bis zu jenen in ihrer Mehrheit unerkannt und unbekannt gebliebenen Schützen an den Gruben, die zu Massengräbern wurden.

Dok.ument

Aus dem Urteil des LG Ulm vom 29. August 1958 (Ks 2/57)

Bei den Gefangenen handelte es sich mit Ausnahme von wenigen litauischen Kommunisten nur um Juden, vom Jugendlichen bis zum Greis. Hierunter befand sich auch der schon erwähnte alte Rabbiner mit Bart und Kaftan. Die Juden waren für jeden der Beteiligten [...] an ihren typisch rassischen Merkmalen, einige an ihren Bärten und an ihrer besonderen Kopfbedeckung, die sie trugen, der Rabbiner an seinem Kaftan und an seinem Bart, ganz klar als Juden zu erkennen, so dass jeder der Beteiligten [...], dass es sich bei den Opfern fast nur um Juden handelte. Die Juden verhielten sich auffallend ruhig. Sie weinten und jammerten zum Teil zwar vor sich hin, einige von ihnen, darunter auch ein etwa 12 Jahre alter Junge, flehten, ihre Unschuld beteuernd, um Gnade. Von irgendwelchem Widerstand, Aufruhr usw. war nicht die Rede. Sie fügten sich im Gegenteil mit bewunderungswürdiger Gefasstheit, nachdem sie ihr grausiges Schicksal erkannt hatten, beteten, fassten sich an den Händen und gingen stoisch dem Tod entgegen [...]

Immer, wenn eine Gruppe erschossen war, wurde die nächste herangeführt. Diese musste dann die bereits Erschossenen, soweit sie nicht in den Graben gefallen waren, in diesen hineinwerfen, wodurch sie das ganze schaurige Bild mit ansehen mussten. Durch das viele Blut sah es nämlich am Graben wie in einem Schlachthaus aus [...]

Nach Beendigung der Erschießung wurden die Angehörigen des Schupo-Kommandos von Stapo-Angehörigen mit Schnaps bewirtet.

Der Prozess in Ulm. Das Gerichtsverfahren gegen Mitglieder des "Einsatzkommandos Tilsit"

Nach 60 Verhandlungstagen, in denen sie 184 Zeugen gehört hatten, sprachen die Richter im Landgericht Ulm am 19. August 1958 ihre Urteile gegen 10 Angeklagte. Sie lauteten auf Haftstrafen zwischen 3 und 15 Jahren und wurden wegen eines Tatbestands verhängt, den das Gericht als "gemeinschaftliche Beihilfe zu gemeinschaftlichem Mord" bewertete. Diese Strafen wurden, um es vorweg zu sagen, nur zu einem Bruchteil verbüßt. Inzwischen sind die Verurteilten längst verstorben, der letzte 1988. Die Akten dieses Prozesses, der unter der Bezeichnung Ulmer Einsatzgruppen-Prozess in der Justizgeschichte der Bundesrepublik einen besonderen Platz einnimmt, werden in Ludwigsburg verwahrt. Dort stehen sie der Forschung zur Verfügung. Kürzlich, als für eine Ausstellung, die anlässlich des 50. Jahrestages dieses Verfahrens stattfindet und derzeit noch im Stadthaus zu Ulm zu sehen ist, nach dafür geeignetem Material gesucht wurde, fanden sich auf dem Boden des dortigen Gerichtsgebäudes Tonbandaufnahmen von der vielstündigen Urteilsverkündung. Zur Überlieferung des Ereignisses gehört auch eine Filmsequenz von wenigen Minuten, die Teil eines DEFA-Augenzeugen war, der nach Prozessende in den Kinos der DDR gezeigt wurde. Kameraleute hatten die Aufnahmen im Gerichtssaal ausnahmsweise machen können.

Kurzum: Es fehlt nicht an Quellen, mit denen Vorgeschichte und Verlauf des Gerichtsverfahrens rekonstruiert werden können. Das gilt auch für das Verbrechen, das sein Gegenstand war. Historiker und andere Publizisten haben beides mehrfach geschildert, jedoch dabei auch dazu beigetragen, dass mit den Jahren sich über das Geschehen ein leichter Schleier von silbernem Glanz gelegt hat. Das Ereignis in Ulm gilt als ein Wendepunkt im Umgang der Justiz des westdeutschen Staates mit der verbrecherischen Vergangenheit, die damals dreizehn Jahre zurücklag, eine Zeitspanne, länger als die Diktatur im Zeichen des Hakenkreuzes gedauert hatte. Diese Jahre werden heute in einschlägiger Literatur auch als "Jahre des Verschweigens und Verdrängens" bezeichnet. Es sei, heißt es, "versäumt" worden, nach den Tätern zu fragen und zu fahnden. So wäre nach dem Ende der von den Alliierten geführten Prozesse die strafrechtliche Ahndung der NS-Verbrechen praktisch zum Erliegen gekommen.

Das ist eine offenkundig merkwürdige Art von "Vergesslichkeit". Bis dahin hatte die "Ära Adenauer" bereits nahezu ein Jahrzehnt gedauert. In Bonn, der Hauptstadt des neu gegründeten Staates, regierte ein CDU-geführtes Kabinett. Das war mit der Restauration der kapitalistischen Zustände vollauf beschäftigt. Wer dem Lande eine

89

andere alternative Entwicklungsrichtung geben wollte, wurde nicht nur politisch bekämpft, sondern juristisch als Verfassungsfeind behandelt. Die Kommunistischen Partei Deutschlands war wieder verboten und mit ihr andere antinazistische Organisationen. Wer ihre Tätigkeit dennoch fortsetzte, der beschäftigte die Geheimdienste und die Justiz. Die waren, was ihre personelle Zusammensetzung anlangte, auf diese Tätigkeit auch weitaus besser eingestellt denn auf die Ermittlung und Ahndung von Naziverbrechen.

Das war der Boden, auf dem Vergesslichkeit wuchs. Zu seiner Entstehung hatte auch beigetragen, dass die USA-Militärbehörden in Deutschland Personen, die von ihren Gerichten wegen schwerster Kriegs- und anderer Verbrechen zu Zeitstrafen verurteilt worden waren, vorzeitig freiließen. Im Mai 1958, da hatte der Prozess in Ulm gerade begonnen, konnten die letzten Insassen aus dem Kriegsverbrechergefängnis Nr. 1 der USA in Landsberg verlassen. Zu ihnen gehörte auch Martin Sandberger. Kommandeur eines SS-Einsatzkommandos, das im eroberten Gebiet der UdSSR die Juden ausgerottet hatte. Er war im Einsatzgruppen-Prozess zum Tode verurteilt, dann zu lebenslanger Haft begnadigt worden, die mit einem weiteren "Gnadenakt" endete. Nun, merkwürdiges zeitliches Zusammentreffen, wurde ein anderer Kommandeur einer Truppe vor Gericht gestellt, der des gleichen Verbrechens beschuldigt wurde. Der war obendrein zufällig hinter Gitter und vor die Gerichtsschranken gelangt. Jedoch besaß der Zufall auch seine Helfer. In diesem Falle gehörten dazu sowohl Zeitungsleute wie auch Juristen, ohne die das Verfahren gegen "Fischer-Schwedler und andere" wohl kaum auf den Weg gebracht worden wäre. Und in einem gewissen Grad war es auch der Hauptangeklagte selbst, der das justizielle Geschehen in Gang setzte.

Bernhard Fischer-Schweder, so sein vollständiger Name, hatte im öffentlichen Dienst als Leiter eines Flüchtlingslagers bei Ulm gearbeitet. Diese Stellung war er nach der Entdeckung losgeworden, da er zu seiner Person falsche Angaben gemacht hatte. Festgestellt wurde, dass der Mann im fernen Memel, jenem 1939 "Heim ins Reich" geholten Gebiet, einem schmalen Grenzstreifen zwischen Ostpreußen und Litauen, Polizeidirektor gewesen war und einen höheren SS-Offiziersrang bekleidet hatte. Die bloße Feststellung allein hätte die Justiz noch nicht in Bewegung gesetzt. Doch Fischer-Schweder glaubte erreichen zu können, was anderen seinesgleichen vordem schon problemlos gelungen war, in den Staatsdienst wieder aufgenommen zu werden. Um das zu bewirken, beschritt er dreist den Klageweg. Nun erst, nachdem auch öffentlich gemacht wurde, wie unverfroren ein Mann mit solcher Vergangenheit glaubte, an sein Ziel gelangen zu können, kam – wie man so sagt – eins zum

anderen. Er wurde am 3. Mai 1956 verhaftet. Die Ermittlungen, zunächst auf eine Person konzentriert, weiteten sich, in dem Grad mehr und mehr, aus, wie ein Bild von deren verbrecherischer Tätigkeit und seinen Komplizen entstand. Schließlich befanden sich 10 Männer hinter Schloss und Riegel, die in mehreren Bundesländern – ausgenommen das Saarland und Rheinland-Pfalz – ermittelt und ergriffen worden waren. Gegenstand der Anklage war, dass sie 1941 unter dem Kommando des Memeler Polizeidirektors und weiterer Vorgesetzter gemeinsam eine tiefe Blutspur auf dem Boden Litauens gezogen hatten. Mit einer Ausnahme, der eines litauischen Kollaborateurs, der arbeitslos war und von der Fürsorge lebte, gingen allen Berufen nach, die ihnen ein geregeltes Auskommen im Lande des Wirtschaftswunders sicherten. Das waren ihre Tätigkeiten zum Zeitpunkt ihrer Verhaftung: Handelsvertreter, Wirtschaftsjurist bei einer Versicherung, Verwaltungsangestellter in einem Landratsamt, Buchhalter, kaufmännischer Angestellter, dazu ein Optikermeister und ein Schumacher sowie ein Kriminalsekretär bei der Kripo in Nordrhein-Westfalen. Bevor sie in jener speziellen Einheit, die den Namen "Einsatzkommando Tilsit" erhalten hatte, über die Grenze nach Litauen zogen, hatten sie bereits mehrerer Jahre Erfahrung im Dienst der Polizei, der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) und des Sicherheitsdienstes der SS hinter sich und in diesen Organisationen, in die sie mit einer Ausnahme erst im Nazistaat eingetreten waren, Karrieren gemacht oder Beförderungen erfahren. Zumeist waren sie auch Mitglieder der NSDAP. Einer mit dem Eintrittsdatum 1925 gehörte zu den "alten Kämpfern". Jeweils zwei hatten sich 1930 und 1931 und 1933 der Hitlerpartei angeschlossen. Kurzum: Sie zählten alle zu jener Masse von Nazi-Aktivisten, die dem System seine Stabilität verliehen und ohne deren Haltung und Aktion es in Deutschland und weit über dessen Grenzen hinaus nicht hätte anrichten können, was Millionen den Tod brachte und weitere Millionen in namenloses Elend stürzte. Diese Masse ist in der Bundesrepublik mit der Einordnung in die Kategorie der "Mitläufer" oder der "Minderbelasteten" davongekommen. Und das hätte auch für diese Zehn gegolten, wäre in ihrer Tätigkeit im Juni 1941 eine Wende eingetreten.

Garsden, 24. Juni 1941

In der Gestapostelle Tilsit traf am Tage des Überfalls auf die Sowjetunion der von Reinhard Heydrich mit dem Befehl über die Einsatzgruppe A betraute Dr. jur. Walter Stahlecker ein und forderte dessen Leiter Hans Joachim Böhme, einen Juristen, Regierungsrat und SS-Sturmbannführer, auf, einen Trupp zu bilden, der als Bestandteil dieser Einsatzgruppe und zu deren Entlastung und Ergänzung jenseits der Grenze einen Streifen eroberten Landes sichern und dort die Juden vernichten und Funktionäre der sowjetischen kommunistischen Partei und des Staates liquidieren sollte. So würde Stahleckers Großgruppe in der Lage sein, sich dort nicht aufzuhalten und der

nordwärts vorstürmenden Heeresgruppe auf den Fersen zu bleiben. Dieser Auftrag und seine Annahme bildeten die Geburtsstunde der "Einsatzgruppe Tilsit", die aus Angehörigen der Gestapo, des Sicherheitsdienstes und vor allem der Polizei im nahen Memel formiert wurde und die der Tilsiter Gestapo-Chef und der Memeler Polizeidirektor gemeinsam leiteten, jene beiden Männer, die 17 Jahre später in Ulm die Hauptangeklagten wurden.

Das Morden begann am 24. Juni in dem grenznahen Ort Garsden. Dort wurden 200 Männer, Juden, und eine Frau mit Infanteriewaffen niedergemacht. Das war der Beginn eines mehrere Monate dauernden Massakers, das die Einheit von Ort zu Ort verrichtete. Wie üblich wurde darüber in Erfolgsmeldungen exakt Rechenschaft abgelegt. Sie waren überliefert. Der Staatsanwaltschaft und den Richtern fehlte es nicht an dokumentarischem Material, wohl aber an Zeugen der Anklage, denn von den Verfolgten waren nur wenige den Mördern entkommen und noch geringer war die Zahl jener, die aus eigenem Wissen von den Untaten berichten konnten. Einige konnten dennoch aufgespürt werden. Durch ihre Aussagen wurde das Bild von den grausigen Ereignissen wiederbelebt, das schon ein Jahrzehnt vorher im Prozess eines US-amerikanischen Militärgerichtshofes und 1945/1946 im Nürnberger Hauptkriegsverbrecher-Prozess - und dort ebenfalls anhand von Dokumenten und Zeugenaussagen – entrollt worden war: Männer, Frauen, Kinder werden aus ihren Behausungen gerissen, in Kolonnen außerhalb der Ortschaft auf eine Wiese oder an einen Waldrand getrieben, müssen Gruben ausheben, vor die sie sich dann, nachdem sie nach allem Verwertbaren zerfleddert worden sind, gruppenweise aufzustellen haben, um niedergeschossen zu werden.

Das war das Hand- und Tagewerk dieser "Tilsiter". Die Zahl ihrer Opfer wird vom Gericht mit mehr als 5.000 beziffert, und für jeden der Angeklagten wird errechnet, an wievielten Tötungen er beteiligt war. Zu den Umgebrachten gehören auch Juden, die sich erst kürzlich aus dem Reich über die Grenze begeben und sich so dem Zugriff der Judenverfolger entzogen hatten. Dieser 24. Juni 1941 wird zum Tag, an dem das geschichtlich beispiellose Verbrechen des Massenmords an den europäischen Juden begann, für das sich auch in Deutschland der verfremdende Begriff "Holocaust" eingebürgert hat. Es setzte sich in hunderten Städten und Dörfern der UdSSR, in Chelmno in Polen, das die Deutschen in Kulmhof umbenannt hatten, in Jugoslawien, in Auschwitz, Treblinka und an vielen weiteren Orten fort, und wenn seine Organisatoren an ihr Endziel nicht vollständig gelangten, so war das ein Verdienst der alliierten Befreier, an deren Tempo auf dem Weg zum Sieg die sowjetische Armee den Hauptanteil hatte.

Ausflüchte und Argumente

Angesichts der Beweislage konnte es im Gerichtssaal in Ulm nicht mehr um einen Streit um Fakten gehen, sondern einzig um deren juristische Bewertung. Die beteiligten Juristen bezogen dazu drei Standpunkte. Die Verteidiger reklamierten für ihre Mandanten den "Befehlsnotstand". Das war keine neue Idee. Damit war bereits in den Nürnberger Prozessen vergeblich operiert worden. Dass es sich bei den erteilten Befehlen erkennbar um Befehle verbrecherischen Charakters gehandelt hatte, gab den Ausschlag für die Zurückweisung dieser Ausflucht. Denn niemand, der sich an den Massakern beteiligte, konnte angesichts seines Vis-à-vis auch nur einen Moment daran zweifeln, dass sein Handeln durch kein Gesetz gerechtfertigt war, geschweige denn sich im Einklang mit internationalen Rechtsnormen befand.

Die Anklage erblickte in den Angehörigen des "Tilsiter Einsatzkommandos" Täter und Mittäter und verlangte, dass dafür vorgesehene Strafmaß – lebenslange Haft. Dem schlossen sich die Richter nicht an. Sie erklärten, die Angeklagten wären ohne eigenes Tatinteresse gewesen und kategorisierte sie als "Beihelfer" derer, die dieses Interesse besessen hätten. Diese Einstufung stand auch in deutlichem Kontrast zu den Karrieren, welche vor allem die beiden Hauptangeklagten machten, nachdem die "Einsatzgruppe Tilsit" ihren mörderischen Auftrag beendet hatte. Der Tilsiter Gestapo-Chef Hans-Joachim Böhme brachte es bis zum Kommandeur der Sicherheitspolizei (KdS) und des SD in Rowno und Shitomir. Fischer-Schweder kam als SS-Polizei-Führer nach Charkow, wurde dann aber nach einem Disziplinarverfahren bis Kriegsende in die Waffen-SS kommandiert, wo er zuletzt Chef einer Kompanie in der SS-Panzerdivision "Hitlerjugend" war.

Die vom Gericht vorgenommene Herabstufung von Tätern zu Gehilfen entsprach der in der Bundesrepublik vorherrschenden Sicht auf die Nazijahre, die auf die weithin akzeptierte Entlastungsformel "Ich bin's nicht – Adolf Hitler ist es gewesen" hinauslief. Auch die Ulmer Richter reduzierten die Tätergruppe auf drei Personen, Tote obendrein. Himmler, der sich nach seiner Gefangennahme das Leben nahm, Heydrich, den eine tschechische Widerstandsgruppe tötete, und natürlich Hitler, der sich im Bunker der Reichskanzlei aus Leben und Verantwortung geschlichen hatte. Diese Urteilsbegründung kritisierten und karikierten schon Zeitgenossen mit dem Bemerken: Ein Täter und Millionen Helfer. Vor allem aber hatte die richterliche Missdeutung des Sachverhalts Folgen für weitere Prozesse, in denen sich Gerichte diese Argumentation zu eigen machten, so dass die Angeklagten immer wieder glimpflich davonkamen.

Die Gründung in Ludwigsburg

Indessen zeitigte der Prozess in Ulm eine weitere Folge. Durch ihn war eine Feststellung erhärtet worden, die dem ersten DEFA-Film seinen Namen gegeben hatte "Die Mörder sind unter uns". Das Verfahren wurde zum Anstoß für die Gründung einer denkwürdigen Einrichtung. Die Justizminister der Länder beschlossen auf eine Initiative Baden-Württembergs die Schaffung der "Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen". Zu ihrem Sitz wurde Ludwigsburg bestimmt, eine Wahl, die von gut situierten Bürgern der Stadt, deren Bekanntheitsgrad sich auf das dort in der ersten Hälfte es 18. Jahrhunderts errichtete Residenzschloss der württembergischen Herzöge gründet, nicht eben begrüßt wurde. Die Einrichtung, die ihre Arbeit noch vor Jahresende 1958 begann, erinnerte sie doch deutlich an eine Vergangenheit, deren Verdrängung auch hier weit gediehen war.

Das juristische Kernpersonal de Zentralen Stelle bildeten delegierte Juristen aus den Bundesländern. Ihr Auftrag war klar umrissen. Sie sollten dem Chaos der getrennten und unverbundenen Ermittlungen wegen NS-Verbrechen ein Ende machen, einem Zustand, der vor allen denen zugutegekommen war, die bis dahin den Anklägern entkommen konnten. Ursprünglich war daran gedacht, der Einrichtung den Charakter einer eigenen Staatanwaltschaft zu geben und sie dadurch zu ermächtigen, Anklageschriften zu verfertigen und sie den jeweils zuständigen Gerichten vorzulegen, damit diese das Hauptverfahren eröffneten, in dem dann Ludwigsburger Experten als Ankläger hätten agieren können. Dieser Gedanke wurde verworfen und die Zentrale Stelle darauf beschränkt, Vorermittlungen anzustellen und deren Ergebnisse den jeweiligen Staatsanwaltschaften zuzuleiten, die dieses Material erst beurteilen und entscheiden konnten, ob und wann sie ihrerseits in Aktion traten. Mithin war der Fortgang der Strafverfolgung dem Interesse und Eifer der Juristen am jeweiligen Ort anheimgegeben, unter Umständen auch von deren momentaner Arbeitsbelastung abhängig gemacht.

Diese Regelung wird heute in der Literatur als eine "Fehlkonstruktion" bezeichnet, was sich nicht bestreiten lässt, vergleicht man die Zahl der Ludwigsburger Ermittlungen mit jener der tatsächlich erhobenen Anklagen und diese dann womöglich noch mit den tatsächlich ausgesprochenen Verurteilungen. Nur ist mit der bloßen Feststellung einer missglückten Konstruktion wenig gesagt und nichts erklärt. An einen bloßen Zufall lässt sich angesichts der Kompetenz der entscheidenden Justizminister nicht glauben und ebenso wenig daran, dass sie einzig Ausfluss der Eitelkeit von Landesregierungen und des Interesses der regionalen Staatsanwaltschaften war,

94

von ihren Claims nichts abzutreten. Wie es in den Gerichten und Staatsanwaltschaften der Bundesrepublik damals personell aussah, war den entscheidenden Justizministern kaum verborgen. Sie vermochten sich darüber auch anhand von Forschungen und daraus hervorgegangenen Publikationen zu unterrichten, die in der DDR erschienen waren.

Unter diesen Bedingungen und angesichts ihres begrenzten Wirkungsgrades verdienen die in Ludwigsburg unternommenen ausdauernden Anstrengungen umso mehr Hervorhebung. Sie setzten schon in den frühen Jahren der Zentralen Stelle ein, zu deren erstem Leiter, der in Ulm Anklage erhebende Oberstaatsanwalt Erwin Schüle bestellt worden war. Von dem war bekannt, dass er selbst der NSDAP als Mitglied angehört hatte, was weder für seine Rolle in Ulm noch für seine nachfolgende Ernennung eine Rolle gespielt und auch nicht veranlasst hatte, im Moment seines Aufstiegs an die Spitze einer so herausragenden und auch befeindeten Institution seine Vergangenheit eingehender zu durchleuchten. Dann wurde doch bekannt, dass er sich dem Nazisystem tiefer verbunden hatte, als von ihm bis dahin eingestanden. Mit den verschwiegenen Tatsachen konfrontiert, erwies er sich als aus keinem anderen Holz denn die vielen Nazis, die allesamt keine "richtigen" gewesen sein wollten. Seine aus dem Jahre 1937 herrührende NSDAP-Mitgliedschaft wäre angeblich auf der Stufe bloßer Anwartschaft stecken geblieben und falle in die Kategorie von Jugendsünden. Doch blieb da seine Zugehörigkeit zur SA. So hatte der Mann, der es im Kriege bis zum Oberleutnant gebracht hatte und hinter dem Jahre sowjetischer Kriegsgefangenschaft lagen, seinen Posten freizumachen. Seinen Nachfolgern Adalbert Rückerl, der die Stelle mehr als zwei Jahrzehnte leitete, und Alfred Streim, der 1984 an deren Spitze trat, die auf ihrem Spezialgebiet auch mit Publikationen und in anderer Weise vielfach öffentlich aufklärend wirkten, gebührt Platz und Gedenken in der Geschichte der Justiz ebenso wie in jener der Geschichtswissenschaft. Ohne ihr und ihrer Mitarbeiter Arbeit wären Täter nicht ermittelt, manche Verfahren nicht in Gang gekommen.

Die Aussage, dass der Ulmer Prozess, mit dem zeitgleich auch Verfahren gegen andere NS-Täter, so wegen Tötungsverbrechen in Konzentrationslagern und an nach Deutschland verschleppten ausländischen Zwangsarbeitern stattfanden, jedoch eine generelle Wende hin zu Entschlossenheit und Konsequenz der Strafverfolgung von NS-Verbrechen bedeutet hätte, wird sich ohne erhebliche Einschränkungen nicht aufrechterhalten lassen, so sehr dieses Bild auch in das größere hineinpassen mag, dass die Bundesrepublik, frühe "Versäumnisse" korrigierend und hinter sich lassend, ins Mannesalter geraten, nun ein richtiger und der einzige antinazistische deutsche

Staat geworden sei. Dagegen spricht auch die weitere Lebensgeschichte der in Ulm 1958 Verurteilten. Der erste von ihnen wurde im Mai des darauffolgenden Jahres entlassen. 1960 wurden fünf auf freien Fuß gesetzt. 1961 kam ein weiterer frei, dem 1.660 Haft-Tage, also mehr als 4 ½ Jahre, erlassen worden war. Ein anderer wurde, nach dem Scheitern seines Berufungsverfahrens, erst 1961 gefangen gesetzt und im Jahr darauf entlassen. Ein einziger verbrachte 10 Jahre im Gefängnis.

Der Ulmer Einsatzgruppenprozess 1958. Die Mörder sind unter uns. Hg. Haus der Geschichte Baden-Württemberg. Katalog der Ausstellung im Stadthaus Ulm.

Zurück ins Mittelalter. 19. September 1941: Die Markierung mit dem "Judenstern"

Als sich das Nazireich 1933 etablierte und dann bis in die Jahre, da begonnen wurde, seine Verbrechen zu erfassen und die Täter zu bestrafen, wurde mehrfach ein geschichtlicher Vergleich gesucht, mit dem sich dieses Regime charakterisieren ließ. Die Wahl fiel meist auf "das finstere Mittelalter", dessen Barbarei mit ihm gleichsam wieder auferstanden wäre. Zu diesem Vergleich führten allein schon die frühesten Nachrichten von den Folterungen, die Nazigegner, die in die Hände von Formationen der SA, beispielsweise während der "Köpenicker Blutwoche", gefallen waren, erlitten, oder mit denen die Politische Polizei erlitten, die sich zur Gestapo formierte, bei Vernehmungen Aussagen zu erpressen suchte.

Nichts hat dann aber die Erinnerung an ferne Jahrhunderte so sehr heraufbeschworen wie die Verfolgung der Juden, zuerst die lodernden Synagogen und der Pogrom des November 1938 und dann die infame Verordnung, welche die Juden, Frau, Mann und Kind, zwang, sich in der Öffentlichkeit kenntlich zu machen. Das war die Neubelebung jenes Beschlusses des 4. Laterankonzils, einberufen von Papst Innozenz III., aus dem Jahre 1215, in dem es geheißen hatte: "Juden sind in den Augen der Öffentlichkeit durch die Art ihrer Kleidung von anderen Völkern unterschieden."

Die gekrönten Herrscher und anderen Obrigkeiten kamen nicht in allen "Provinzen" dem päpstlichen Gebot sofort nach. Doch im Verlauf der Jahrzehnte und Jahrhunderte nahmen die Wohnorte der Juden zu, an denen sie gezwungen wurden, an ihrer Kleidung einen gelben Flicken zu befestigen oder sich sonst durch ein Zeichen in gelber Farbe kenntlich zu machen. Die Farbe wurde gewählt, weil sie anders als grün oder rot in den Vorstellungen vieler negativ konnotiert war. Vielen symbolisierte sie Neid, Lüge und Verlogenheit. Gelb hatte auch das Kopftuch oder der Schleier zu sein, mit dem sich im 15. und 16. Jahrhundert in deutschen Städten Prostituierte erkennbar machen mussten. Auch in anderer Verwendung wurde gelb die Farbe der Geächteten.

Die deutschen Faschisten erörtern die Kennzeichnung der Juden zuerst auf einer Sitzung, die im Reichsluftfahrtministerium unter dem Vorsitz Hermann Görings am 12. November 1938 stattfand und in deren Verlauf sich eine Gruppe von Partei- und Staatsführern über die judenfeindlichen Maßnahmen verständigte, die auf den Pogrom folgen sollten. Dort begründete Reinhard Heydrich, der Chef des Reichssicherheitshauptamtes, dass die Vertreibung der Juden aus Deutschland noch Jahre in Anspruch nehmen werde und während dieser Zeitspanne wären sie von den Nichtjuden zu "isolieren". Zu diesem Zweck schlug er "die persönliche Kennzeichnung der Ju-

den" vor, was durch "ein bestimmtes Zeichen" geschehen könne. Das würde dann "viele andere Dinge" erleichtern. Göring warf ein: "Eine Uniform!" Darauf entgegnete wieder Heydrich: "Ein Abzeichen". Tatsächlich geschah weder das eine noch das andere, und das einzig mit Rücksicht auf die unberechenbaren Reaktionen im Ausland. Wenn es, sagte Göring schließlich, "in irgendeiner Zeit" zu einem außenpolitischen Konflikt komme, eine Umschreibung für Krieg, dann werde sich "eine große Abrechnung an den Juden" vollziehen. So sah Joseph Goebbels, als diese "Abrechnung" in Gang gesetzt war, die Sache auch an. Er schrieb am 27. März 1942 in sein Tagebuch: "Gott sei Dank haben wir jetzt während des Krieges eine ganze Reihe von Möglichkeiten, die uns im Frieden verwehrt wären."

Es verging nach jener auf den Pogrom folgenden Sitzung kein Jahr und die Rücksichten hatten sich erledigt. Die Kennzeichnung begann an den Juden, die bei der Eroberung Polens in deutsche Hand gefallen waren. Am 23. November 1939 ordnete der in Krakau residierende Generalgouverneur Hans Frank an: "Alle Juden und Jüdinnen, die sich im Generalgouvernement aufhalten und das 10. Lebensjahr überschritten haben, sind verpflichtet vom 1. Dezember 1939 ab am rechten Arm der Kleidung und Überkleidung einen mindestens 10 Zentimeter breiten weißen Streifen mit dem Zions-Stern zu tragen." Den hatten sich die Betroffenen selbst zu beschaffen. Zuwiderhandlungen würden Sondergerichte bestrafen. Zunächst blieb diese Diffamierung auf das eroberte Polen beschränkt. Dann schlug Karl Hermann Frank, Staatsekretär an der Seite des in Prag residierenden Reichsprotektors in Böhmen und Mähren, am 16. Juli 1941 dem Reichsminister Hans Lammers, Chef der Reichskanzlei, die "Einführung von Judenarmbinden" vor. Damit solle der Verkehr zwischen jüdischen und nichtjüdischen Tschechen erschwert werden. Darauf verständigten sich Lammers mit dem Reichsinnenminister Wilhelm Frick. Der erklärte in einem Schreiben vom 14. August, die seinerzeitigen außenpolitischen Rücksichten seien nicht mehr zu nehmen und sprach sich – nach der Einholung der Zustimmung des Auswärtigen Amtes – ebenfalls für die Einführung der Judenkennzeichnung aus. Dass die am 1. September 1941 auf dem Wege einer Polizeiverordnung, also durch Heinrich Himmler, den Chef der Deutschen Polizei, erfolgte, lässt sich mit Gründen ein Gemeinschaftswerk der Naziführerschaft nennen.

Die Grenze der künftigen Träger solchen Zeichens wurde noch weiter nach unten gesetzt, denn in Paragraph 1 hieß es: "Juden, die das 6. Lebensjahr vollendet haben, ist es verboten, sich in der Öffentlichkeit ohne einen Judenstern zu zeigen." Dann folgte die Beschreibung dieses Sterns, die Fixierung von Ausnahmeregelungen und die Strafandrohung. Gesonderte Durchführungsrichtlinien vom gleichen Tage be-

sagten, wann, wie und wo das Zeichen sichtbar zu tragen war. Mit dem 19. September traten diese Verordnungen in Kraft. Juden hatten sich die inzwischen hergestellten Stoffzeichen abzuholen und zu bezahlen. Mit welcher bürokratischen Akkuratesse verfahren wurde, besagt eine Bescheinigung, die in Baden-Baden von den Empfängern unterschrieben werden musste: "Ich verpflichte mich, das Kennzeichen sorgfältig und pfleglich zu behandeln und bei seinem Aufnähen auf das Kleidungsstück den über das Kennzeichen hinausragenden Stoffrand umzuschlagen." Am 29. September wurde entschieden, offenbar nach dem Auftreten von Zweifeln, dass sich auch "jüdische V-Personen", also von der Gestapo angeworbene Spitzel, mit dem Judenstern zu kennzeichnen hätten. Die Begründung war einleuchtend. Würden sie ausgenommen, wäre damit "bei ihren Rassegenossen nur Misstrauen" hervorgerufen.

In ihren Tagebuch-Aufzeichnungen hielt Ruth Andreas-Friedrich die Situation so fest: "Es ist soweit. Die Juden sind vogelfrei. Als Ausgestoßene gekennzeichnet durch den gelben Davidstern, den jeder von ihnen auf der linken Brustseite tragen muss. Wir möchten laut um Hilfe schreien. Doch was fruchtet unser Geschrei? Die, die uns helfen können, hören uns nicht. Oder wollen uns vielleicht nicht hören. "Jude" steht in hebräischen Schriftzeichen mitten auf dem gelben Davidstern." Victor Klemperer hat in seinen Notizen mehrfach seine, seiner Frau und der Mitbewohner des Judenhauses in Dresden Stimmung beim Eintreffen der Nachricht beschrieben. "Das bedeutet für uns Umwälzung und Katastrophe." (8. September) Tränen, Herzanfälle der Frauen im Hause und sein eigener – später aufgegebener – Entschluss, er werde "das Haus nur bei Dunkelheit auf ein paar Minuten verlassen." (15. September)

Und die "arischen" Deutschen, die nun den in diffamierender Absicht Markierten begegneten? Merkwürdigerweise berichteten die Beobachter des Sicherheitsdienstes, die den Meinungen und Stimmungen der Bevölkerung sonst auf den Fersen blieben und das Erfahrene in Berichten im Abstand von jeweils drei bis vier Tagen zusammenfassten, erst am 9. Oktober, also mit einem Abstand von drei Wochen, über die Reaktionen der Nichtjuden, die in den Städten, in deren Anonymität viele Juden geflohen waren, nun täglich Menschen mit dem Davidstern begegneten. Die Ursachen für diese Verspätung lassen sich nur vermuten. Es könnten die Beobachtungen so unerfreulich gewesen sein, dass man sich mit ihrer Fixierung nicht beeilte. Wahrscheinlicher ist, dass sich die "Volksgenossen" in dieser Situation mit jeder Äußerung zurückhielten, wissend, dass ihnen eine Kritik nur zum Nachteil gereichen könnte.

Kurzum: die Spitzel könnten auf besondere Schwierigkeiten gestoßen sein, brauchbare Informationen zu erhalten.

Jedenfalls ist bis zum Jahresende 1941 nur ein einziges Mal und in einem einzigen Absatz davon geschrieben worden, dass die Verordnung "vom überwiegenden Teil der Bevölkerung begrüßt und mit Genugtuung aufgenommen" worden sei. Dann hieß es jedoch weiter: "Nur in geringem Umfange, vor allem in katholischen und bürgerlichen Kreisen, wurden einzelne Stimmen des Mitleids laut. Vereinzelt wurde auch von 'mittelalterlichen Methoden' gesprochen." In diesen Kreisen werde auch befürchtet, es könnten die Deutschen im feindlichen Ausland mit einem Hakenkreuz gekennzeichnet werden.

Dieses Bild wird durch andere Zeugnisse jedoch nicht gestützt. Klemperer zitiert am 22. September einen Brief aus Berlin, in dem es geheißen habe: "Die Passanten sympathisieren mit den Sternträgern." Es seien Kinder, die hinter einem solchen Sternträger her höhnen "Jude", notierte schon drei Tage vorher Ruth Andreas-Friedrich den auf einem Spaziergang in die "Reichshauptstadt" gewonnenen Eindruck und fährt dann fort: "Schämt Euch!' schnauzt Andrik zwei solcher Lümmel an und haut ihnen, ehe sie sich's versehen, ein paar rechts und links um die Ohren. Die Umstehenden lächeln zustimmend. […] Gott Lob und Preis! Das Gros des Volkes freut sich nicht über die neue Verordnung. Fast alle, die uns begegnen, schämen sich wie wir." Auch die Kinder seien keine Antisemiten. Doch machten sie sich einen kostenlosen Spaß. Die Nazigegnerin, die zu den Gründern einer Widerstandsgruppe gehörte, täuschte sich jedoch nicht darüber, was dieser Stern ankündete: "Er leuchtet voran auf dem Weg in die Finsternis".

Ähnliche Beobachtungen machte Victor Klemperer in den Straßen Dresdens. Als er, da sich Juden in Verkehrsmittel nur noch auf dem Perron aufhalten durften, von dem Fahrer angesprochen wurde, hörte er: "Ganz gut, Ihr Zeichen, da weiß man, wen man vor sich hat, da kann man sich mal aussprechen!" Es werde so nicht bleiben, vielleicht noch zwei, höchstens vier Jahre. (25. September) Und als er bei einer Gemüsehändlerin nicht nur Rettich kaufen kann, sondern gar Tomaten und Zwiebeln erhält, schreibt er: "Fraglos empfindet das Volk die Judenverfolgung als Sünde." (4. Oktober) Dann erlebt er doch die Anpöbelung durch junge Burschen in der Uniform der Hitlerjugend, die ihn bei einem Einkauf johlend verfolgen. (1. November)

Was nach Gottes Geboten Sünde sei, hatten auch die evangelischen und katholischen Christen, Pfarrer und Laien, zu entscheiden, die in ihren Kirchen nun jenen "Sternträgern" begegneten, die zum christlichen Glauben konvertiert und Kirchgänger waren. Das Thema beschäftigte den Sicherheitsdienst, der darüber am 24. November

ausführlich berichtete. Demnach hatten Nazis unter den Christen ihren Hirten erklärt, dass sie nun mit den Juden nicht mehr gemeinsam am Gottesdienst teilnehmen könnten. Eine Vikarin in Breslau, die der Bekennenden Kirche angehörte, hatte hingegen wider solche Ausgrenzung mit der Bibel argumentiert und in einem Flugblatt geschrieben, dass auch die Juden ein Heimatrecht in der Kirche besäßen. Darauf folgten praktische Vorschläge bis hin zu der Idee, es könnten aufrechte Gemeindemitglieder die "Judenchristen" zum Gottesdienst von ihren Wohnungen abholen. Doch traten die Oberen der schlesischen Kirchenprovinz dem nicht bei, gedrängt von der Nazipartei und deren Aktivisten in den eigenen Gemeinden.

Der Vorsitzende der Bischofskonferenz der Katholiken, Kardinal Adolf Bertram sah sich ebenfalls zu einer Stellungnahme gezwungen, lehnte aber jede Anordnung eines einheitlichen Verfahrens in allen Gemeinden ab. Sondergottesdienste für Juden sollten vermieden werden, sofern nicht ein Druck dazu zwinge, der dann zu einvernehmlichen Lösungen mit den Betroffenen führen solle. Er erinnerte an das Versprechen des Paulus: "Wer an ihn, Christus, glaubt, wird nicht zu Schanden werden." (Römer, 10, 11) Und der Wiener Kardinal Theodor Innitzer, von dem im Bericht des Sicherheitsdienstes geschrieben wurde, dass er die Kennzeichnung der Juden ablehne, hätte verlauten lassen, dass für "Rassenunterschiede" in der Kirche kein Platz wäre.

Während die Juden in deutschen Städten vermieden, sich, wenn unerlässliche Besorgungen sie dazu nicht zwangen, auf Straßen und Plätzen bei Tageslicht noch sehen zu lassen, ihnen auch der Besuch von Gaststätten, besonderen Stadtbezirken und von Parkanlagen bereits verboten war, wurden 1.000 und mehr Kilometer östlich von ihnen die Juden auf Straßen und Plätze befohlen und abtransportiert, um unweit in Wäldern erschossen zu werden. Seit nahezu drei Monaten, beginnend mit dem Einfall in die Sowjetunion, war das Judenmorden mit dem Ziel in Gang gesetzt, sie restlos auszurotten. So unbestimmt die Nachrichten anfangs waren, die in das Reich gleichsam einsickerten, so viel Furcht, Grauen und Entsetzen erregten sie. Das war die Situation, als Mitte Oktober 1941, einen Monat nach der Verordnung über die Kennzeichnung, die Deportation der Juden aus deutschen Städten "nach dem Osten" begann.

Die besaß eine Vorgeschichte schon in den Jahren 1939 und 1940, als Juden aus Pommern, namentlich aus Stettin und Schneidemühl, sowie aus Wien in den äußersten Südosten des Generalgouvernements, die Gegend um Lublin, verbracht worden waren. Da ließ sich noch nicht erkennen, dass dem ein Generalplan zur Verschleppung aller Juden aus dem "Großdeutschen Reich" folgen werde. Doch seit diesen ersten Transporten drängten die Gauleiter der Nazipartei, die zugleich die Funktion des Reichsstatthalters erhalten hatten, darauf, dass die in ihrer Region lebenden Juden

ebenfalls "abgeschafft" wurden. Baldur von Schirach, Gauleiter von Wien, hatte bereits Anfang 1941 vom "Führer" die Zusage erhalten, dass die Stadt bevorzugt "judenfrei" werden würde.

Im Herbst 1941 waren die Rollen bei der Erfassung und Sammlung der Juden in Lagern, ihrem Abtransport auf dem Schienenweg und die Bewachung der Züge zwischen der Sicherheits- und Ordnungspolizei verteilt und die Einzelheiten bis in die Übernahme der Kosten geregelt. Zu Abgangsorten der Transportzüge wurden Berlin, Hamburg, Köln, Frankfurt a. M., Kassel, Stuttgart, Nürnberg, München, Wien, Breslau, Prag und Brünn bestimmt. Die Polizeikräfte erhielten Unterstützung durch "handfeste" SA-Leute. 250 von ihnen kamen am 19. Oktober allein in Frankfurt a. M. zum Einsatz und wurden zu diesem Zweck – wie schon 1933, als es um die Verhaftung politischer Nazigegner ging – zu Hilfspolizisten erklärt. Damit ihnen keines der Opfer entging, wurde am 23. Oktober ein alle Juden betreffendes Auswanderungsverbot verhängt, womit sich die Hoffnungen der vielen zerschlugen, die im Kampf gegen bürokratische und andere Hürden im Reich und jenseits seiner Grenzen auf irgendeinem Wege über ein neutrales Land ihren Peinigern noch hatten entkommen wollen.

Da befanden sich die ersten Eisenbahnzüge, in die jeweils 1.000 Juden gepfercht wurden, schon auf dem Wege und einigen an ihren Zielen. Im Ghetto in Litzmannstadt, wie das okkupierte polnische Łódź hieß, trafen zwischen dem 16. Oktober und dem 4. November 1941 20 Transporte mit insgesamt 19.837 Juden aus dem "Altreich" und aus dem angeschlossenen Luxemburg ein. Die beiden anderen Zielorte dieser ersten Transportwelle waren die belorussische Hauptstadt Minsk und das litauische Kowno (Kaunas). Nicht alle gelangten dort bis in die Ghettobezirke, Tausende wurden bereits kurz nach ihrer Ankunft niedergeschossen. Goebbels beschrieb in seinem Tagebuch das Geschehen so: "Die in den Städten des Generalgouvernements freiwerdenden Ghettos werden jetzt mit den aus dem Reich abgeschobenen Juden gefüllt, und hier soll sich dann nach einer gewissen Zeit der Prozeß erneuern." (3. April 1942) Im Klartext: die Ghettos waren die Endstationen auf den Wegen zu den Mördern.

Für die im Reichsgebiet noch nicht in die Sammellager und zur Deportation Befohlenen folgte auf den Schock des "Judensterns" die bange Frage, wann sie an die Reihe kämen. Im November schildert Klemperer das Eintreffen der Nachrichten von den Deportationen und deren Wirkungen. "Die Verschickungen nach Polen nehmen ihren Fortgang, überall unter den Juden tiefste Depression." Die einen sind schon in den Selbstmord geflohen, andere erwägen ihn für den Fall, sie werden in das Sammellager

befohlen. Beraten wird, wie sich eine ausreichende, das heißt todbringende Menge von Veronal beschaffen lässt. Am 28. November notiert Klemperer: "Man weiß nichts Genaues, nicht, wen es trifft, nicht wann noch wohin. Täglich Nachrichten aus verschiedensten Städten, Abgang großer Transporte, Sistierungen, dann wieder Abgang, mit Sechzigjährigen, ohne Sechzigjährige – alles scheint Willkür. München, Berlin, Hannover, Rheinland [...] Alles schwankt, man wartet von Tag zu Tag." Tatsächlich waren das Programm und die Schritte der Judenmörder von den Ereignissen an der Ostfront nicht unabhängig und die Nachrichten von dort ließen schwache Hoffnungen entstehen, dass für einige Zeit mit einem Aufschub der Transporte zu rechnen sei. Was aber bedeutete der Aufschub um eine Woche? Einen Monat? Was war gewonnen? Kardinal Innitzer in Wien, notieren die Beobachter des Sicherheitsdienstes, forderte die Katholiken auf, für ihre deportierten Glaubensgenossen zu beten.

Mit dem Beginn der Politik, die das Reich "judenfrei" machen sollte und die eine neue, die letzte Etappe der Judenverfolgung eröffnete, wurde eine zunehmende Zahl von Deutschen in dieser oder jener Form zu Vollstreckern und Gehilfen des Verbrechens. Dazu gehörten in erster Linie die Männer der Sicherheits- (Gestapo) und Ordnungspolizei, sodann die Nazifunktionäre, die in den Sammellagern kontrollierten, ob sich die Juden strikt an die Weisungen über die Mitnahme von Sachen gehalten hatten. Des Weiteren die Mitarbeiter der Finanzämter, welche die Hinterlassenschaft der Verschleppten übernahmen, registrierten und an Versteigerer weiterleiteten. Von den Mitarbeitern in Banken und Sparkassen und auf den Ämtern, auf denen Lebensmittelkarten verteilt wurden, waren "nur" die Namen aus Personenlisten zu streichen. Dazu sind die beteiligten Eisenbahner zu rechnen, Lokführer und Heizer, auch jene, die an den Bahnsteigen und Geleisen für "Ordnung" sorgten und die Weichen stellten. Sie wurden im mindesten Fall Mitwisser. Und wenn sie auch nicht darüber informiert waren, wie es um die Überlebenschancen der Juden an ihren Ankunftsorten stand, sie wussten oder ahnten doch so viel, dass keiner von ihnen mit denen tauschen wollte, die "nach dem Osten" verfrachtet wurden.

In einer Rundfunkrede, mit der sich Thomas Mann im September 1941 an "Deutsche Hörer" wandte und die vom Britischen Rundfunk gesendet wurde, bezeichnete er, was den Polen und den Juden angetan werde als Gründe, "aus denen es allerdings kein Vergnügen sein wird, nach diesem Kriege ein Deutscher zu sein." Zwei Monate später kam er auf diese Aussicht zurück: "Das Unaussprechliche, das in Rußland, das mit den Juden und Polen geschehen ist und geschieht, wißt ihr, wollt es aber lieber nicht wissen aus berechtigtem Grauen vor dem ebenfalls unaussprechlichen, dem ins Riesenhafte heranwachsenden Hass, der eines Tages, wenn eure Volks- und Maschinenkraft erlahmt, über euren Köpfen zusammenschlagen muss."

Rassenideologischer Vernichtungskrieg?

Zur längst fälligen Diskussion eines gängigen Begriffs, den eine nützliche Ausstellung erneut verbreitet.

Für den Krieg, der am 22. Juni 1941 mit dem Einfall deutscher Truppen in das Territorium der Sowjetunion begann, hat sich ein Begriff eingebürgert. Er findet sich in allgemeinwissenschaftlichen Nachschlagewerken ebenso wie in speziellen Monographien. Er wird von Politikern, Journalisten, Lehrern benutzt. Er wird kaum noch kritisch diskutiert. Er lautet *rassenideologischer Vernichtungskrieg* und scheint – aus deutscher Perspektive – die umfassendste und treffendste Kennzeichnung dessen zu bieten, was während der Jahre der Kämpfe an der Ostfront und der Besetzung weiter Gebiete des überfallenen Landes geschah.

Auch für diese Kennzeichnung, die ihre Variationen besitzt ("Rassenvernichtungskrieg", Hans Mommsen, "rassistischer Vernichtungskrieg", Norbert Frei, FAZ, 2. Oktober 1999, "verbrecherischer Rassen- und antisemitischer Krieg", Johannes Klotz, S. 157) gilt: Begriffe sind stets ärmer als die Wirklichkeit. Sie können nichtsdestoweniger zu Vorstellungen und Einsichten hinführen, die der Realität gemäß sind oder sich ihr annähern, auf das Ganze oder wesentliche Teile davon weisen, aber auch vor ihnen Barrikaden errichten. Weil das so ist, lohnt es sich, Begriffe immer wieder nach ihrer Leistungsfähigkeit und auch nach ihren Grenzen zu befragen. Aufschlussreich ist auch, zu prüfen, ob bei ihrem Entstehen Interessen im Spiel waren und welche das gewesen sein könnten.

Der Begriff Rassenideologischer Vernichtungskrieg unterscheidet sich von vielen anderen, die hierzulande im Blick auf Faschismus und Zweiten Weltkrieg geläufig sind – beispielsweise von "Nationalsozialisten", "Drittes Reich", "Machtergreifung" u. a. – zunächst dadurch, dass er nicht aus der demagogischen Küche der Hitler und Goebbels stammt oder in ihr benutzt wurde. Dort wurde zur Rechtfertigung des bewaffneten Sturms gen Osten zunächst ein Wortgemisch angerichtet aus "Bolschewismus", "Judentum", "Asien", "Steppe". Diese Mixtur wurde in der die Zeit der Krisen, Rückzüge und Fluchten ergänzt durch salbungsvolle und trutzige Vokabeln wie "Zivilisation", "Abendland", "Festung Europa" u. a. Der heute weithin benutzte Begriff Rassenideologischer Vernichtungskrieg entstand in den wissenschaftlichen Labors der Historiographie. Deren Vertreter haben ihn in Umlauf gesetzt, gemeinsam mit Journalisten. Sein "Siegeszug" führt über Schul- und andere Lehrbücher, nicht nur dort mitunter verkürzt und verballhornt zu "Rassenvernichtungskrieg". Zwischen Bug und Wolga standen sich jedoch nicht Angehörige verschiedener Rassen gegenüber, sondern Menschen in Staatsarmeen. Das Völkergemisch war auf beiden Seiten beträcht-

lich, auch auf der faschistischen, denkt man an die Verbündeten und Hilfstruppen, die mobilisiert wurden und zu denen Norweger ebenso gehörten wie Bosnier, Flamen ebenso wie Finnen. Und den deutschen Aggressoren ging es keineswegs um die Vernichtung von "Rassen", auf die auch eine Vielzahl von mehr oder weniger geringfügigen Abwandlungen Bezug nehmen wie "rassistischer Vernichtungskrieg", "Rassen- und antisemitischer Krieg".

Am Begriff Rassenideologischer Vernichtungskrieg ist – zweitens – bemerkenswert, dass er einem Teil eines größeren Krieges, dem Zweiten Weltkrieg, einen eigenen Namen gibt, mithin dessen Besonderheiten für so wesentlich ansieht, dass sich eine spezielle Charakteristik notwendig macht. Mit Bezug auf andere Etappen und Phasen des Krieges werden Unterscheidungen ebenfalls vorgenommen, doch genügen da zumeist geographische Begriffe wie der Krieg im Westen, der auf dem Balkan, der in Afrika, der auch Wüstenkrieg genannt wird, was auch in die Irre führt, denn entlang der Südküste des Mittelmeers wurde keineswegs nur in Wüsteneien, sondern in Städten und Ortschaften gekämpft, deren Bewohner hauptsächlich Libyer und später Tunesier waren. Nur selten wird hingegen der Krieg auf dem Territorium der Sowjetunion nichtssagend und knapp als Ostkrieg bezeichnet.

Zunächst – und dies drittens – haftet der Bezeichnung Rassenideologischer Vernichtungskrieg eine gewiss ungewollte Verzeichnung von Kriegshandlungen und Besatzungspolitik in anderen von der deutschen Wehrmacht eroberten Gebieten an. Wird diese
Unterscheidung nämlich verabsolutiert, führt sie zu einer Verharmlosung des Geschehens an anderen Orten. Denn vernichtet wurde in barbarischem Ausmaß und
unter Berufung auf Kriegsnotwendigkeiten schon während der Zeit der deutschen
Siege und erst recht nach der Kriegswende und beim Herannahen der Niederlage in
Europa weithin. Die Namen der Städte Warschau und Rotterdam stehen dafür frühzeitig, gleichermaßen die vieler britischer Städte, die 1940 zerbombt wurden, um die
britische Bevölkerung kriegsmüde und kapitulationsbereit zu machen. Und dann ist
da die lange Liste der Ortschaften, die im Zeichen des Kampfes gegen Partisanen in
Südost- und Südeuropa niedergebrannt und deren Bewohner umgebracht, verschleppt oder vertrieben wurden. Nahezu vergessen wird der äußerste Norden Norwegens, wo abgebrannt wurde, was entzündbar war, damit den vorrückenden sowjetischen Truppen kein Dach über dem Kopfe und kein Ofen gelassen wurde.

Doch unbestreitbar: der Krieg gegen die Sowjetunion war – wiewohl Teil des Weltkrieges – von einer besonderen Qualität. Das faschistische Barbarentum erreichte hier vom Beginn des Überfalls an weisungs- und befehlsgemäß eine bis dahin nicht gekannte Steigerungsstufe. Gnaden- und seelenlos wurde diese schon vor dem Junitag von Gremien deutscher Militärs und Zivilisten bestimmt. Völkerrecht, international vereinbarte Grundsätze über Kriegführung und Besatzungsregime, auch das deutsche Militärstrafgesetzbuch waren verabschiedet worden, bevor der erste Okkupant noch seinen Stiefel auf sowjetischen Boden gesetzt hatte. Doch noch einmal: so gänzlich neu war das nicht. "Bei Beginn und Führung des Krieges kommt es nicht auf das Recht an, sondern auf den Sieg. Herz verschließen gegen Mitleid. Brutales Vorgehen [...] Der Stärkere hat das Recht. Größte Härte." Das sind Auszüge aus Notizen eines Teilnehmers an der letzten Zusammenkunft Hitlers mit Wehrmachtsgeneralen nicht vor dem 22. Juni 1941, sondern vor dem 1. September 1939.

Vernichtungskrieg: Damit ist auf Wirkungen und Teilziele des Krieges gegen die Sowjetunion verwiesen. Die ihn befahlen und führten, waren während der Kriegshandlungen und in deren Folge zweifelsfrei auf Vernichtung aus. Selbstredend wie in jedem Kriege vorher und nachher auf die Vernichtung der militärischen Kräfte des Gegners. Sie betrachteten es zugleich als ihr Ziel, den Staat zu vernichten, den sie bekriegten. Das war, gemessen an früheren Kriegen der Neuzeit, ein wesentlicher Unterschied. Nicht Kapitulation wurde von diesem Gegner verlangt, nicht die Annahme eines Friedensdiktates durch dessen Regierung (wie beispielsweise 1866 im Kriege Preußens gegen Österreich, 1871 im Kriege gegen Frankreich oder 1918 von Deutschland). Das Staatswesen sollte zerschlagen werden, an seine Stelle ein eigenes, anderes nicht treten. Seinen Trägern war Vertreibung, Entmachtung und Ausrottung zugedacht. Verglichen mit dem bisherigen Vorgehen der deutschen faschistischen Eroberer verdient das aber vollkommen neu auch nicht genannt zu werden. Ohne Krieg waren schon die Staaten Österreich (1938) und Tschechoslowakei (1938/39) ausgelöscht und deren Regierungen in die Flucht getrieben worden. Durch Kriegssiege geschah sodann dasselbe in Polen (1939) und, auch nahezu vergessen, in Luxemburg (1940). Es war nicht vorgesehen, einen dieser Staaten wieder erstehen zu lassen.

Wirklich neu war indessen, dass die antikapitalistische gesellschaftliche Struktur, die nach der Revolution von 1917 in der Sowjetunion entstanden war, vollständig vernichtet und an ihre Stelle eine andere gesetzt werden sollte, die auf Dauer jegliche Form der Beherrschung, Ausplünderung und Ausbeutung des Landes zu ermöglichen hatte. Als Nachfolger des Vorgefundenen und zu Vernichtenden wurde eine Kolonialherrschaft faschistischer Prägung geplant. Und da dem erhofften Gewinn nach Kalkulationen und Spekulationen der Eroberer eine erhebliche Zahl von Menschen im Wege standen, sich viele von ihnen auch, wie sicher zu erwarten war, dem ihnen zugedachten Sklaven ähnlichen Dasein nicht würden unterwerfen wollen,

gehörte die Vernichtung von Millionen Menschenleben schon während des Krieges und nach dem sicher geglaubten Sieg zu den festen Bestandteilen der Pläne und Praktiken der deutschen Machthaber. Vernichtung meint also viererlei: die gegnerischen Streitkräfte, den Staat, die Gesellschaftsordnung und die gewalttätige Reduzierung der einheimischen Bevölkerung, in erster Linie der Protagonisten von Staat und Gesellschaft und der Juden (letztere wurden im Feindbild weitgehend gleichgesetzt).

Das alles ist durch überlieferte Dokumente dicht belegt. Und darauf verweist der Begriff Vernichtungskrieg, der freilich gegen die Interpretation nicht geschützt ist, dass in der Vernichtung an sich das Wesen dieses Krieges bestanden hätte – einer Vernichtung, die gleichsam wahnhaft gedacht, geplant und betrieben worden sei, die keinen weiteren Zweck verfolgte, sich auf kein rationales Ziel richtete. Und eben dieses Verständnis (oder Missverständnis) kann weithin angetroffen werden. Fotos von den Massenverbrechen und Zahlenbilanzen von umgebrachten Menschen, zerstörten Städten, abgefackelten Dörfern, ruinierten Industrie- und Verkehrsanlagen illustrieren es und helfen ihm auf. Am stärksten geschieht das jedoch durch den Verweis auf die Rassenideologie, die mit dem Vernichtungskrieg zu einem untrennbaren Begriffspaar zusammengefügt wird. Erst diese Verbindung lässt Vernichtung als das Endziel schlechthin erscheinen.

Rassenideologisch meint das grundlegende Motiv und den entscheidenden Antrieb für den Krieg und für alles, was in ihm vernichtet und verbrochen worden ist. Es blendet andere Antriebe und Motive aus und stuft sie als zweit- oder drittrangig ein. Fragen wir also, ob diese Kennzeichnung den alleinigen (oder jedenfalls ersten) Platz rechtens verdient, auf den sie gesetzt wird.

Zweifelsfrei ist, dass an der Spitze des Nazireiches Politiker standen, die Rassisten waren und das Dogma von den Über- und den Untermenschen tief verinnerlicht hatten. Der Begriff Menschheit war ihnen ein Fremdwort, die großen Losungen und Bekenntnisse aus den Zeiten der Aufklärung von der Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt, oder von der Erde, die Raum für alle habe, waren ihnen verhasst. Keine Frage auch, dass sie allen nichtjüdischen Deutschen – davon sprechen ihre massenhaften propagandistischen Anstrengungen – dieses Dogma in die Köpfe pressen wollten, aus Überzeugung und aus manipulativem Interesse. Jenes schloss dieses nicht aus. Galt doch Rassenideologie den Hitler, Himmler, Goebbels, Streicher u. a. nicht nur als eine sich selbst genügende und "nach außen" absichts- und zwecklose Geistes- und Gemütsverfassung, in die sie die Deutschen zu versetzen wünschten. Diese Ideologie selbst war aggressiv, räuberisch, kriegerisch. Die Verfügbarkeit von Millionen fanatisierten Rassisten erschien den Machthabern als

geeignete, ja unabdingbare Voraussetzung für Kriegs- und Herrschaftszwecke. Die galt es, dem wichtigsten unter den räuberisch-expansiven Kriegszielen entsprechend, vor allem gegen osteuropäischen Völker, aufzuputschen. Dafür wurden herkömmliches Antislawentum und alte Asiatenfurcht mobilisiert und dem Antibolschewismus untermischt.

In welchem Grad es ihnen bis zu jenem 1. September 1939 gelang, diesem Teilziel nahe zu kommen, vermag die Geschichtswissenschaft in Zahlen nicht auszudrücken. Aber dass die deutschen Faschistenführer über diesen Typ vor allem für den Einsatz auf Befehlsebenen hinreichend geboten, davon sprechen die grausigen Blutspuren europaweit, aber eben vor allem auf dem sowjetischen Territorium. So gewiss wie nicht jeder SS-Mann, nicht jeder Wehrmachtssoldat, nicht jeder Polizist, der am Massenmorden teilnahm, ein fanatischer Rassist war und sein musste, so sicher ist, dass das Großverbrechen ohne diesen Typ und seine Stellung im System nicht ins Werk zu setzen gewesen wäre.

Nur: War dieses Töten aufs Ganze gesehen einzig darauf gerichtet, einer Ideologie Geltung zu schaffen, drückte sich in ihm einzig das vernichtende Toben der Fanatiker aus? Die Koppelung von Ideologie und Vernichtung legt eben das nahe und sie steht blockierend vor der Frage: Hatte, was als verbrecherischer Wahnsinn erscheint, nicht auch Methode? Hatten nicht "wenigstens" die höheren militärischen und zivilen Planer Kriegsziele fest im Visier, denen sich diese Untaten zuordneten? Die Frage muss jedem, der sich auch nur ein wenig in der Geschichte der Kriege auskennt, als rein rhetorisch erscheinen. Und mehr nach allen, die sich der wenn auch nicht massenhaft, so doch reichlich zur Verfügung stehenden Äußerungen von Hitler, Göring und Goebbels entsinnen, in denen von den realen Zielen des ganzen Krieges und namentlich von denen die Rede war, die sich an die Zerschlagung der Sowjetunion knüpften. Gleichsam hinter der Vernichtung schien da ein Zustand auf, der Ströme von "Milch und Honig" nach Deutschland fließen lassen werde, lies: Erdöl, Weizen, Kohle, Holz, Erze aller Art usw. Jede dieser Auslassungen bezeugt ein Motiv, steht für ein Interesse und macht es als (kolonial-)imperialistisches unschwer erkennbar. Die sich als die Nachkommen der einst Zuspätgekommenen wähnten, als die Gescheiterten beim ersten Griff nach der Weltmacht ansehen mussten, bewegten sich in einer Tradition. Deren Aufnahme und Fortsetzung betrieben sie auf ihre – die faschistische – Weise.

Aber: Die Ziele seien unerreicht geblieben. Es sei nur bis zur Vernichtung gekommen? Das Argument erledigt sich mit dem Verweis auf 1918. Da waren die Pläne auch nicht ans Endziel geraten und dennoch reden – nicht nur die Marxisten – vom

Kriege zwischen 1914 und 1918 als von einer Auseinandersetzung um imperialistischer Ziele willen. Nun: Wie die deutschen Machthaber im August 1914 in den Krieg gingen, um die Reichtümer der Welt neu und zu ihren Gunsten zu verteilen, wie sie nach ihrem militärischen Sieg mit dem "deutschen Aufbauwerk" beginnen und sich als "Kulturbringer" betätigen wollten, so auch diejenigen, die am 1. September 1939 und am 22. Juni 1941 ihre Armeen "antreten" ließen.

Es gibt mithin keinen in der Sache liegenden Grund, den Begriff "Imperialismus" aus dem wissenschaftlichen Verkehr zu ziehen. Der ist auch nicht dadurch gegeben, dass diese Kennzeichnung - die ja kein Monopol der Kommunisten war - in der Vergangenheit zeitweise inflationär gebraucht worden ist. So klar die Besonderheiten des Krieges gegen die Sowjetunion sind, so bildet er doch nicht einen einmaligen Kriegstyp. Er gehört sowohl in die – erwähnte – Traditionslinie der Kriege, die um reale, von materiellen und Herrschaftsinteressen geprägte Ziele geführt worden sind, wie auch die Traditionskette der kalten und der heißen Kriegführung gegen die UdSSR. Während die letztere mit dem Jahre 1990 endete, reicht die erste bis in unsere Gegenwart. Der Verzicht auf den Begriff imperialistisch erfüllt – und das führt uns wiederum zu Interessen – nicht nur eine Schutzfunktion hinsichtlich der sozialen Kräfte im Deutschen Reich, die erst mit dem Kaiser und dann mit dem Führer siegen, erobern, rauben, plündern, neu verteilen ("neuordnen"), herrschen und in Permanenz ausbeuten wollten und dabei zweimal scheiterten. Dieser Verzicht bedient auch aktuelle und offensichtlich noch langlebige deutsche und außerdeutsche Interessen derer, die ihren Kriegen ideologisch-moralische Weihen geben und sie als hehres Eintreten für Menschrechte deklarieren.

Die den Begriff Rassenideologischen Vernichtungskrieg gebrauchen, mögen solcherlei Dienstleistung nicht entfernt im Sinne haben. Wer sie aber vermeiden will, wird nicht bei Ideologie und Vernichtung gedanklich halt machen können, sondern sein Augenmerk auf Interessen und Interessierte richten müssen, die den 1941 beginnenden Krieg gegen die UdSSR hervorbrachten, seinen Verlauf – einschließlich des Massenmordens an Juden, Slawen und Angehörigen so vieler anderer Völker und Volksgruppen – bestimmten und seine Teil- und Endziele prägten.

"Was sind Worte, was die Feder …". Vor 70 Jahren begingen die deutschen Eroberer das Verbrechen von Babi Jar.

Am 19. September 1941 gab das Oberkommando der Wehrmacht in einer Sondermeldung bekannt, dass deutsche Truppen in Kiew eingedrungen wären. Über der Zitadelle wehe die Reichskriegsflagge. Für die ukrainische Hauptstadt begann eine mehr als zweijährige deutsche Besatzungszeit, ein mörderisches Regime. Erst am 6. November 1943 gelang es der Roten Armee, die Stadt zu befreien. Zur Geschichte der faschistischen Herrschaft, die zwischen diesen beiden Daten liegt, gehört das Verbrechen von Babi Jar, der Massenmord an den jüdischen Bewohnern der Stadt, die vor der Wehrmacht nicht mehr hatten ostwärts fliehen können. Nirgendwo sonst sind binnen weniger Tage, ja Stunden so viele Männer, Frauen und Kinder niedergemacht worden wie in der Schlucht nahe Kiew. Der Bericht der Einsatzgruppe der SS gab die Zahl ihrer Opfer mit 33.771 an.

Am 28. September wurde in der Stadt durch Bekanntmachungen, hergestellt und gedruckt von der Propagandakompanie der Wehrmacht, den Juden befohlen, sich am folgenden Morgen in der Nähe eines Bahnhofs einzufinden. Das gehörte ebenso zu ihrer Irreführung wie der Befehl, sie hätten Dokumente, Geld, Schmuck und warme Kleidung mitzubringen. Am Orte versammelte sich ein Vielfaches der Zahl, die von den Mördern erwartet worden war. Dann mussten die Tausende zur im Weichbild der Stadt gelegenen Schlucht gehen, wo sie in ein vorbereitetes bewachtes Gebiet kamen. Gruppenweise wurden sie von da in die Schlucht geführt und durch Schüsse aus Gewehren und Maschinengewehren getötet. Wer am ersten Tag nicht umgebracht wurde, hatte noch eine Nacht am Orte zu kampieren, dann kam auch er an die Reihe. Im Bericht der Mörder wurde die Bluttat verlogen als "Vergeltungsmaßnahme" bezeichnet und dem Kommando der Einsatzgruppen mitgeteilt: "Die größte dieser Aktionen fand unmittelbar nach der Einnahme Kiews statt; es wurden hierzu ausschließlich Juden mit ihren gesamten Familien verwandt." In Wahrheit gehörte das Massaker zur Verwirklichung des generellen Auftrags, im eroberten sowjetischen Gebiet keinen Juden am Leben zu lassen.

In den Tagen danach hatten andere Kiewer unter der Aufsicht von Wehrmachtssoldaten, die dafür auch Sprengmittel einsetzten, die Mordstätte für das bloße Auge unsichtbar zu machen. Doch wurde die Schlucht während der Besatzungszeit auch später noch als Ort von Erschießungen benutzt. Als die Vertreibung der Wehrmacht aus dem eroberten Territorium eingesetzt hatte, erging an die Mörder Heinrich Himmlers Befehl, die Spuren ihrer Untaten möglichst vollständig zu tilgen. So kehrte eine auf diese Aufgabe spezialisierte Sondereinheit nach Babi Jar zurück. Jetzt – und

wieder mit gezwungenen Hilfskräften – wurden die Leichname ausgegraben, aufgehäuft und an Ort und Stelle verbrannt. Was sich nicht beseitigen ließ, waren unentdeckte Zeugen des Verbrechens und alle papiernen Dokumente, in denen die Mörder akkurat festgehalten hatten, wieweit sie mit ihrer Politik der Ausrottung gekommen waren. Im Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher wurde ein Teil davon 1946 von der Anklage präsentiert.

Seitdem und doch erst allmählich drang in das Bewusstsein, was an Ungeheuerlichem und letztlich Unvorstellbarem geschehen war. Am längsten dauerte das in dem Staat, auf dessen Gebiet das Verbrechen verübt wurde. Zwar hatte Ilja Ehrenburg 1944 ein Gedicht Babi Jar geschrieben, das mit der Klage beginnt "Was sind Worte, was die Feder", das die Literaturnaja Gazeta druckte, zwar war 1966 von Anatolij Kusnezow, Babi Jar. Ein dokumentarischer Roman, nicht ohne Eingriffe der Zensur, auf den sowjetischen Buchmarkt gelangt (eine deutsche Übersetzung erschien in Berlin-Ost zwei Jahre später), doch erinnerte in der Schlucht nichts und niemand an die Ermordeten. Entstanden war eine Parkanlage. 1961/1962 protestierten Jewgenij Jewtuschenko mit seinem Gedicht Babi Jar, das Paul Celan ins Deutsche übersetzt hat, und Dimitri Schostakowitsch, der den Text in seine 13. Sinfonie aufnahm, mit ihren Mitteln gegen das Schweigen. Doch dauerte es noch einmal fünfzehn Jahre, bis am Ort ein Mahnmal entstand – ohne dass an ihm auch nur ein Wort daran erinnerte, dass die Getöteten Juden waren. Heute laden nahe der Mordstätte eine steinerne Menora und ein Denkmal für die umgebrachten jüdischen Kinder zum Innehalten und Nachdenken ein.

Und die Täter? Der Oberbefehlshaber der 6. Armee, in dessen Verantwortung Kiew sich zum Zeitpunkt des Massakers befand, Generalfeldmarschall Walter von Reichenau, kam 1942 bei einem Flugzeugunfall ums Leben. Der Stadtkommandant von Kiew, der mit der Einsatzgruppe der Sicherheitspolizei und deren Hilfstruppen, einer Kompanie der Waffen-SS und einem Polizei-Bataillon, zusammengearbeitet und den Ablauf des Verbrechens gesichert hatte, Generalmajor Kurt Eberhard, – er brachte es schon in der kaiserlichen Armee zum Hauptmann und stieg in der Weimarer Republik in den Generalsrang auf, – nahm sich in US-amerikanischer Gefangenschaft 1947 das Leben. Kein Wehrmachtsoffizier wurde wegen seiner Rolle bei der Untat belangt.

Der Höhere SS- und Polizeiführer Russland-Süd, Friedrich Jeckeln, der später die gleiche Funktion im Norden übernahm, wurde von einem sowjetischen Militärgericht 1946 zum Tode verurteilt und gleichen Tages auf dem Gelände des einstigen Rigaer Ghettos hingerichtet. SS-Brigadeführer Otto Rasche, Kommandeur der Ein-

satzgruppe C, die schon auf dem Wege nach Kiew Massenmorde an Juden verübt hatte, wurde vor einem US-amerikanischen Militärgericht im sog. Einsatzgruppen-Prozess in Nürnberg angeklagt, aber wegen Krankheit ohne Verurteilung aus dem Verfahren entlassen. Im gleichen Prozess saß Rasches Untergebener, der Leiter des Einsatzkommandos 4b, SS-Standartenführer Paul Blobel, auf der Anklagebank. Er wurde 1948 zum Tode verurteilt und gehörte nicht zu den später Begnadigten, sondern endete bei den letzten Hinrichtungen, die im Kriegsverbrechergefängnis Nr. 1 der USA in Landsberg an Lech 1951 stattfanden, am Galgen. Sein Stellvertreter, SS-Hauptsturmführer Kuno Callsen, der eine Teilformation der Mörder an der Schlucht kommandiert hatte, konnte in der Bundesrepublik unter falschem Namen lange untertauchen. Ihn und sieben weitere Täter von Babi Jar klagte 1968 das Landgericht Darmstadt an. Er kam mit 15 Jahren Haft davon. Wie viel er davon verbüßte, ist unbekannt.*

Aus der Ereignismeldung 106.

In Zusammenarbeit mit dem Gruppenstab und 2 Kommandos des Polizeiregiments Süd hat das Sonderkommando 4a am 29. und 30.9. 33771 Juden exekutiert. Geld, Wertsachen, Wäsche und Kleidungsstücke wurden sichergestellt und zum Teil der NSV zur Ausrüstung der Volksdeutschen, z. T. der kommissarischen Stadtverwaltung zur Überlassung an bedürftige Bevölkerung übergeben. Die Aktion selbst ist reibungslos verlaufen. Irgendwelche Zwischenfälle haben sich nicht ergeben [...] Gleichzeitig konnte eine Reihe NKWD-Beamter, politischer Kommissare und Partisanenführer erfaßt und erledigt werden.

_

^{*} Am 20. Januar 1981 wurde er auf Bewährung aus der Haft entlassen. Der Herausgeber.

Verbrecher am Wannsee. Vor 60 Jahren tagte die Judenmord-Konferenz

Am 20. Januar 1942 fand am Rande Berlins, in der Straße Am Großen Wannsee, eine Beratung von hochgestellten SS-Führern und Staatsekretären mehrerer Ministerien der Naziregierung statt. Dass wir von dieser Veranstaltung überhaupt etwas wissen, verdanken wir einem Zufall. Keiner der den Krieg überlebenden Teilnehmer, es waren von 15 immerhin 11 oder 12, hat das Bedürfnis verspürt, sich über das Treffen zu äußern, solange ihnen nicht das Dokument mit dem Beweis ihrer Anwesenheit vorgelegt werden konnte. Am wenigsten wünschte natürlich jemand vor den vernehmenden Offizieren der Alliierten zu sprechen. Das war verständlich, denn an diesem Tage hatte die Vernichtung der europäischen Juden den Gegenstand der Beratung gebildet, wobei von einer angenommenen Zahl von 11 Millionen Menschen - die Juden in den noch nicht eroberten Gebieten, in Feind- und in den neutralen Staaten des Kontinents eingeschlossen – ausgegangen wurde. Wenn der Begriff der Einzigartigkeit auf ein Ereignis aus den Jahren der Nazidiktatur uneingeschränkt zutrifft, dann eben auf dieses. Das drückte sich später darin aus, dass es kaum mit irgendeinem anderen verglichen worden ist, wiewohl es in den Kriegsjahren nicht an Äußerungen fehlt, in denen von ungeheuren Verbrechen die Rede war, denkt man allein an die Erklärung Hermann Görings, es würden im eroberten Gebiet der UdSSR "zig" Millionen Menschen Hungers sterben, weil ihnen die Nahrungsmittel entzogen und für die Deutschen, Soldaten wie Zivilisten, sowie für deren brauchbare Arbeitssklaven verwendet werden würden. Die Konferenz am Wannsee beriet, dass und wie eine ganze Menschengruppe vom Greis bis zum eben geborenen Kind ausgerottet werden sollte, die einen durch "Vernichtung durch Arbeit", die anderen in dem man sie ohne vorherigen Einsatz kurzerhand umbrachte. Dieses Verbrechen war schon in Gang gesetzt, als sich die NS-Funktionäre trafen. Es hatte auf dem Territorium der Sowjetunion im Sommer 1941 begonnen und war seit dem 9. Dezember des gleichen Jahres in einer Vernichtungsstätte nahe dem polnischen Chełmno betrieben worden, einem Dorf, das die Deutschen Kulmhof nannten und ihrem Reichsgebiet, dem sog. Warthegau, zugeschlagen hatten. Dass massengemordet werden sollte, war mithin entschieden. Wie sich das mit höchster Erfolgsquote, aufeinander abgestimmt und ohne bürokratische Hindernisse, unter Vermeidung aller Schädigung eigener Interessen fortsetzen ließ, darum ging es bei diesem Treffen.

Der Fund

Nun also: der Zufall. Im besetzten Deutschland waren spezielle Abteilungen der Siegermächte seit dem Frühjahr 1945 damit beschäftigt, die papierne Hinterlassenschaft

des Naziregimes zu ermitteln und zu sondern. Dass sie damit rasch vorankamen, zeigte sich bereits während des Prozesses gegen die Hauptkriegsverbrecher in Nürnberg, der noch im Herbst des Kapitulationsjahres begann. Sogenannte Schlüsseldokumente, mit denen die Angeklagten des schwersten Verstoßes gegen Kriegs- und Menschenrecht überführt werden konnten und von denen die Geschichtsschreibung bis heute "zehrt", lagen damals bereits auf den Tischen von Staatsanwälten, Richtern und natürlich auch von Verteidigern. Robert M. W. Kempner war an den Zuarbeiten für diesen Prozess beteiligt gewesen. Als er nach einer Unterbrechung nach Deutschland zurückkehrte, um an weiteren, vor US-amerikanischen Militärgerichten geplanten und später stattfindenden Gerichtsprozessen mitzuwirken, war er gewiss schon einer der besten Kenner von Nazidokumenten. Dennoch, so hat er sich erinnert, lag der Fund, der vergleichsweise spät, aber für den "Wilhelmstraßenprozess" gegen Staatssekretäre des Regimes eben noch rechtzeitig, gemacht wurde, jenseits seiner Erfahrung und auch seines Vorstellungsvermögens. Es handelte sich um eine Niederschrift, die nach dieser Zusammenkunft vom 20. Januar angefertigt und den Teilnehmern als verbindliche Information und Gedächtnisstütze zugestellt worden war. Sie stammte aus den Akten des Außenministeriums. Ein zweites Exemplar hat sich nicht gefunden. Jedoch ist an der Echtheit dieses einen nicht zu zweifeln. Spätestens als der Mann, der den Text entworfen, ihn dem Leiter der Sitzung, dem Chef des Reichssicherheitshauptamtes, Reinhard Heydrich, vorgelegt und dessen Zustimmung eingeholt hatte, sich zur Sache äußern musste, ließ sich nichts mehr drehen und deuteln. Der Kronzeuge hieß Adolf Eichmann. Er wurde in Jerusalem vor Gericht zum Sprechen gebracht, als das Ende des Naziregimes bereits mehr als anderthalb Jahrzehnte zurücklag.

Vordem schon hatten einzelne Teilnehmer dieser Zusammenkunft, die vor Untersuchungs- und Ermittlungsbeamten und manche vor Richtern aussagen mussten, sich darauf hinaus zu reden gesucht, es sei am Wannsee so klar nicht gesagt worden, was den Juden geschehen solle. Sie wünschten auch den Eindruck zu erwecken, es sei nachträglich ein Protokoll hergestellt worden, das mehr aussage, als am Orte selbst erklärt wurde. Dem widersprach nicht nur Eichmann durch seine spätere Aussage, die sich freilich auch bezweifeln ließe. Aber: Welchen Sinn sollte die im Verlauf der Aussprache von Görings Staatssekretär Erich Neumann vorgetragen Bemerkung haben, es müsse auf die Bedürfnisse der Rüstungswirtschaft Rücksicht genommen werden, wenn nicht alle verstanden hatten, dass die Mehrheit der Juden, von denen hier gesprochen wurde, nach der "Endlösung" für keinerlei Machtzwecke, für keinen Arbeitseinsatz mehr zur Verfügung stehen, weil umgebracht sein würde? Nein, wenn auch Worte wie Tötung, Mord, Vernichtung im Text des Protokolls nicht auftau-

chen, so war doch klar gesagt worden, was geschehen werde. Zudem: Es versuchten die Teilnehmenden, als sie später befragt oder vernommen wurden, stillschweigend zu unterstellen, sie wären zu dieser Beratung völlig ahnungslos erschienen und auch deshalb hätten sie Inhalt und Reichweite dessen nicht verstehen können, was ihnen da vorgetragen worden sei. Wer das glaubt, müsste meinen, die Staatsekretäre hätten daran geglaubt, dass die seit dem Oktober 1941 aus dem Deutschen Reich in die Kälte des Ostteils des Kontinents abtransportierten Juden "irgendwo im Osten" angesiedelt worden wären. Wer den Staatssekretären glauben wollte, dass es ihnen an Vorkenntnissen gemangelt habe, müsste auch annehmen, dass sie nie etwas davon gehört hatten, was seit dem Sommer 1941 mit den "jüdischen" Offizieren und Politischen Kommissaren und Funktionären der Sowjetmacht geschah, die den Deutschen in die Hand fielen. Kurzum: Er müsste diese Gruppe höchstgestellter Naziführer, Leute der zweiten Ebene in der Staatshierarchie, für einen ausgesprochen schlecht informierten Typus halten können. Das ist ein Zuviel an Glaubensfähigkeit. Nur einer der Anwesenden, der Staatsekretär in der Reichskanzlei, Friedrich Wilhelm Kritzinger, bekannte im Gespräch mit Kempner – sie kannten sich aus den Zeiten der Weimarer Republik, als sie, der eine schon, der andere noch, in Staatsdiensten gestanden hatten - sein Wissen, woran er mitgewirkt habe und gestand, er habe Schwierigkeiten vor das Grab seines Vaters zu treten.

Das Protokoll

Was Eichmann niederschrieb und Heydrich guthieß, ist keine stenographische Aufzeichnung. Der Leiter des Judenreferates hat über den Verlauf des Beisammenseins "mit Frühstück" eine Niederschrift aufgrund seiner eigenen Aufzeichnungen angefertigt. Ihr bei weitem längster Teil umfasst die Wiedergabe der einleitenden Rede seines Chefs. Daran schließen sich knappe Angaben über die Bemerkungen der anderen Sitzungsteilnehmer. Die Worte waren wohl gesetzt, wie eine unvollständige Zusammenstellung jener Formulierungen zeigt, mit denen das mörderische Geschehen und seine Ausweitung im Referat umschrieben wurde: "Endlösung der europäischen Judenfrage", "Bearbeitung der Endlösung der europäischen Judenfrage", "Kampf gegen diesen Gegner", "den deutschen Lebensraum von Juden zu säubern", "Evakuierung der Juden nach dem Osten", "die kommende Endlösung der Judenfrage", "die Behandlung des Problems", usw. usf. Doch dann kam Heydrich kaum noch sprachlich verhüllt zur Sache. Die wohl meist zitierten, weil restlos enthüllenden Sätze des Protokolls lauten: "Unter entsprechender Leitung sollen nun im Zuge der Endlösung die Juden in geeigneter Weise im Osten zum Arbeitseinsatz kommen. In großen Arbeitskolonnen, unter Trennung der Geschlechter, werden die arbeitsfähigen Juden straßenbauend in diese Gebiete geführt, wobei zweifellos ein Großteil durch natürliche Verminderung ausfallen wird." Und mit einem Absatz daran direkt anschließend, fährt die Niederschrift fort: "Der allfällig endlich verbleibende Restbestand wird, da es sich bei diesem zweifellos um den widerstandsfähigsten Teil handelt, entsprechend behandelt werden müssen …"

Die anschließende Aussprache war kurz. Sie betraf die Sterilisierung der in sog. Mischehen lebenden Juden und der "Mischlinge", die Rücksichtnahme auf die mit kriegswichtigen Arbeitern beschäftigten Juden, "solange noch kein Ersatz zur Verfügung steht", die Reihenfolge der Deportationen zu den Mördern und die Ausrottung der Juden an Ort und Stelle, also rasch und ohne jeden Transportaufwand. Heydrich verabschiedete die Geladenen mit der Bitte, "ihm bei der Durchführung der Lösungsarbeiten entsprechende Unterstützung zu gewähren". Das taten sie dann auch. Der Geschichtswissenschaft ist kein Beleg bekannt geworden, dass einer der Mitwirkenden auch nur hemmend oder verzögernd tätig geworden wäre. Die anwesende Gruppe der Staats- und Unterstaatssekretäre aus dem Innen-, Justiz-, Außen-, Ostministerium, aus der Reichskanzlei, der Behörde für den Vierjahresplan und von der Regierung des Generalgouvernements funktionierte ebenso wie die nicht herbei gezogenen, aber auf andere Weise einbezogenen aus dem Verkehrs- und dem Finanzministerium. Sie stellten eine Spitzengruppe der Schreibtischmörder. Was ist aus ihnen geworden?

Lebenswege

Von den Teilnehmern der Konferenz erlebten drei das Kriegsende nicht. Heydrich starb nach einem in den Straßen Prags auf ihn verübten Attentat. Einer seiner untergebenen SS-Offiziere kam bei Kämpfen gegen Kriegsende um. Ein Staatsekretär starb bei einem Bombenangriff auf Berlin. Wo und wann das Leben eines von Heydrichs Stellvertretern im Sicherheitshauptamt, Heinrich Müller (Gestapo-Müller), endete, blieb unaufgeklärt. Einer der am Wannsee Anwesenden nahm sich bei Kriegsende das Leben. Eichmann wurde in Israel hingerichtet, zuvor nach Urteilen eines britischen und eines polnischen Gerichtes zwei weitere der einstigen Sitzungsteilnehmer. Zwei andere verstarben 1945 bzw. 1947, bevor gegen sie Anklage erhoben werden konnte. Das höchste Strafmaß, das einem der seinerzeitigen Gäste Heydrichs durch ein US-amerikanisches Militärgericht ausgesprochen worden war, belief sich auf 25 Jahre und galt dem Chef des Rasse-und-Siedlungshauptamtes der SS. Es wurde auf 10 Jahre verkürzt und auch die musste er nicht verbüßen. Einem der Staatssekretäre sprach das Gericht ebenfalls in einem der sog. Nürnberger Nachfolgeprozesse eine Strafe von wenig mehr als drei Jahren zu, die mit der Untersuchungshaft als verbüßt galt. Die restlichen Personen kamen nach Ermittlungs- und Gerichtsverfahren, die eingestellt wurden, ungeschoren davon. Die bloße Teilnahme an dieser letztlich unbeschreibbaren Konferenz galt untersuchenden und urteilenden Richtern der Bundesrepublik nicht als strafwürdig. Überflüssig hinzuzufügen, dass – wer sich entscheiden konnte – Westdeutschland als seinen Wohnsitz gewählt hatte. Dort, in der Stadt Ulm, verstarb der letzte aus der Runde vom 20. Januar 1942 im Jahre 1987. Er hatte zuvor als Rechtsanwalt amtieren können. Eine Todesannonce, in der er als ein Wohltäter gepriesen wurde, erregte noch einiges Aufsehen. Doch die einschlägigen Gewöhnungsprozesse waren längst erfolgt.

"Endlösung der Judenfrage". Beitrag für ein Wörterbuch des Marxismus

1.

Der Begriff E erhielt seinen definitiven Bedeutungsinhalt 1941, als die deutschen Machthaber die systematische Tötung der Juden, beginnend auf dem eroberten Territorium der UdSSR, ins Werk setzten. Er diente zur Tarnung des Verbrechens, schon in der unmittelbaren Planungsphase, als in einem Befehl des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) vom 20. Mai 1941 auf die "zweifellos kommende Endlösung der Judenfrage" verwiesen wurde.¹ Gleichzeitig und weiterhin benutzten die Täter andere Begriffe und Bezeichnungen und setzten sie intern und öffentlich in Umlauf ("Lösung", "Gesamtlösung", "Umsiedlung", "Aussiedlung", "Evakuierung", "Abschaffung", "Sonderbehandlung"). Als in das Reichsgebiet mehr und mehr Nachrichten über den Judenmord gelangten und unter der Bevölkerung besprochen wurden, verfügte Reichsleiter Martin Bormann, Chef der Parteikanzlei, am 11. Juli 1943, dass bei "der öffentlichen Behandlung der Judenfrage [...] jede Erörterung einer künftigen Gesamtlösung" unterbleiben müsse. Deutsche Gerichte verhängten gegen "Reichsbürger" und auch gegen zwangsverschleppte Ausländer Freiheitsstrafen, die beispielsweise die Ermordung der Juden mit Giftgas behauptet hatten.

In seiner mörderischen Bedeutung wurde der Begriff E in die Sprache der Publizistik und der Sozialwissenschaften übernommen. Er findet sich in deutschen und fremdsprachigen Buchtiteln (u. a. 1953 bei G. Reitlinger, 1982 M. Gilbert, 1995 G. Aly u. a. m.) meist unter Hinzufügung erläuternder Untertitel. Der Begriff E konkurriert mit anderen ("Holocaust", "Genozid", "Shoah"). Dem Geschehen am angemessensten erscheint aber die sprachliche Erfassung als "Massenmord an den europäischen Juden". Sie lässt allerdings unberücksichtigt, dass der tötende Zugriff der Mörder selbst im Norden Afrikas lebende Juden erreichte und dass die Machthaber in Deutschland zugleich eine "E der Zigeunerfrage" ins Werk gesetzt hatten und Sinti und Roma an dem gleichen Ort ermordeten, wo auch hunderttausende Juden umgebracht wurden.

2.

Am 31. Juli 1941 unterzeichnete Göring die Beauftragung des SS-Obergruppenführers Reinhard Heydrich, Chef des RSHA, einen "Gesamtentwurf [...] zur Durchführung der angestrebten Endlösung der Judenfrage vorzulegen".² Die Verwendung des

Nürnberger Dokument NG 3104. S. auch: Eugen Kogon, Hermann Langbein, Adalbert Rückerl u. a., Nationalsozialistische Massentötungen durch Giftgas. Eine Dokumentation, Frankfurt/M. 1983, 2. Aufl., S. 20 f.

Mehrfach gedruckt, hier zitiert nach: Verfolgung – Vertreibung – Vernichtung. Dokumente des faschistischen Antisemitismus 1933 bis 1942. Hrsg. von Kurt Pätzold, Leipzig 1991 (fortan: Verfolgung), 4. Aufl. S. 298.

Begriffs – meist in der Formulierung "endgültige Lösung" – mit anderen und wechselnden Inhalten ist älter. Ihre Vorgeschichte lässt sich mit der Herausbildung der gesamten Fach- und Tarnsprache der nazistischen Judenverfolgung in der Staatsbürokratie und NSDAP-Propaganda bis zur Jahreswende 1933/1934 zurückverfolgen. Anfänglich bedienten sich Juristen, Ideologen und Propagandisten im Regime des Begriffs "Judenfrage", dessen pejorative Verwendung bei Antijudaisten und Antisemiten in die vierziger Jahre des 19. Jh. zurückreicht. Diese "Judenfrage" wurde einmal als "deutsche", dann wieder als "Weltfrage" (Josef Goebbels, 1933) bezeichnet. Im ersten Fall sollte ausgedrückt werden, dass diese "Frage" andere Staaten nichts anginge und ausschließlich Angelegenheit deutscher Innenpolitik sei, im zweiten, dass die Vorgehensweise im Reich eine Pioniertat sei, der andere Staaten eines Tages folgen würden. Es gehörte zum taktischen Grundsatz der rassenantisemitischen Propaganda, alle antijüdischen Äußerungen und Aktionen in anderen Staaten bekanntzumachen und sie als Beweise dafür zu präsentieren, dass weltweit die "Aufklärung" über die Rolle der Juden unaufhaltsam voranschreite. Zugleich wurden die massenhaften Äußerungen des christlichen Antijudaismus zur Rechtfertigung der Verfolgungen ins Feld geführt.

Die Bestimmung dessen, was unter der "Lösung der Judenfrage" verstanden wurde, geschah anfänglich uneinheitlich. Die 1933 verbreitete Behauptung, gezielt werde einzig auf die "Zurückdrängung" des angeblich übermäßigen "jüdischen Einflusses" im gesellschaftlichen Leben (in Finanzwesen und im Handel, in der Publizistik, Wissenschaft, Kunst, Jurisprudenz, Medizin), kennzeichnete die Frühphase der judenfeindlichen Maßnahmen und diente zugleich zur Irreführung. Die bereits in Adolf Hitlers "Mein Kampf" erhobenen Forderung, die Juden ausnahmslos aus Deutschland zu vertreiben, schien nicht Staatspolitik zu werden. Innerhalb der zu den Juden gezählten Menschengruppe wurde differenziert, vor allem nach dem Maßstab des "Frontkämpfertums" im Weltkrieg 1914-18. Desorientierung bewirkten bei Juden und Nichtjuden auch die Verbreitung unterschiedlicher Auffassungen über das Ziel der "Judenpolitik". Es sei eine mindere Rechtsstellung der Juden ("Reichsangehörige", nicht "Reichsbürger", nach anderen Vorschlägen als "nationale Minderheit") beabsichtigt, war ebenso zu lesen wie die Ankündigung eines "Fremdenrechtes", dem die Juden wie "die hier wohnenden [...] Neger irgendeiner Negerrepublik" (Gottfried Feder, 1933) unterworfen werden sollten.

Die NSDAP-Propaganda ging aber bereits in dieser Frühphase weit über derlei "gemäßigte" Projekte hinaus. Ihr Tenor lautete, die Juden seien aufgrund ihrer unwandelbaren, weil blutsbedingten niederwertigen Eigenschaften in Deutschland ein stö-

render Faktor für die "rassische" Entwicklung der "Arier". Sie behinderten die Bildung der "Volksgemeinschaft" und seien deshalb "unerwünscht". Unheil verkündeten Wortwendungen wie die von der "Reinigungs-" oder "Säuberungsaktion" (so auch Reichsinnenminister Wilhelm Frick, 1934). Alsbald begann aufgrund kommunaler Verwaltungsakte der Ausschluss der Juden von öffentlichen Einrichtungen (Badeorten, Badeanstalten u. a.).

3.

In einem Erlass dieses Reichsinnenministers (17. Januar 1934) wurde der Begriff "Sonderbehandlung" verwendet, der eine über die 1933 in Kraft getretenen antijüdischen Gesetze und Verordnungen hinausgehende, verschärfte Behandlung von Juden meinte. Angesichts ihrer eigenen Unzufriedenheit und ebenso mit Rücksicht auf aktivistische Teile ihrer Gefolgschaft, die sich von den 1933 beschlossenen antijüdischen Gesetzen bzw. Gesetzesparagraphen enttäuscht zeigten, betonten die Machthaber die Vorläufigkeit ihrer Maßnahmen. Das erschien ihnen umso mehr geboten, als sie Anfang 1934 die judenfeindliche Gesetzgebung auf unbestimmte Zeit stoppten. So sollten weitere wirtschaftliche Nachteile im Außenhandel und Rückschläge bei der Devisenbeschaffung vermieden werden, die der Aufrüstung abträglich waren. Von nun an, die Begriffe tauchten erst später auf, unterschieden die Machthaber zwischen dem "Nah-" und "Fernplan".

Faktisch, wenn auch verdeckt, richtete sich die Regierungspolitik seit 1933 darauf, die Juden aus dem Reichsgebiet zu vertreiben. Die ersten Opfer wurden in Deutschland lebende Juden, die weder die deutsche noch eine andere Staatsbürgerschaft besaßen. Seit 1933 verloren immer mehr Angehörige der "freien" Berufe ihre Existenzgrundlagen. Dennoch versicherte Hitler den jüdischen deutschen Staatsbürgern, als er "Nürnberger Gesetze" am 15. September 1935 begründete, die er eine "einmalige säkulare Lösung" nannte, sie würden bei politischem Wohlverhalten, und sofern sie sich den nazistischen "Rassegesetzen" unterwarfen, weiter in Deutschland leben können.

Das kontrastierte scharf mit der ungehemmten antijüdischen Hetze und den fortschreitenden Maßnahmen zur Isolierung der Minderheit von der Mehrheit der Deutschen. Die Juden gerieten in ein "Ghetto ohne Mauern". Ganze Ortschaften, Stadtgebiete, öffentliche Plätze wurden für sie zu verbotenen Zonen erklärt. Höhnend wurden gefordert, die "Hebräer" sollten nach Palästina ziehen. Die von Julius Streicher herausgegebene Zeitschrift "Der Stürmer" wünschte sie eine Gegend, in der sie sich mit "Kopfjägern und Kannibalen" auseinandersetzen müssten, oder – am besten – auf die "Insel Nowaja Semlja in der russischen Antarktis". Den Juden wurden per

Gesetz und Verordnung immer mehr Arbeits-, Verdienst- und Ausbildungsmöglichkeiten entzogen. Im Alltag erfuhren sie vor allem in Dörfern und Kleinstädten immer häufiger Belästigungen und Anfeindungen von Naziaktivisten und dem antijüdischen Pöbel. Es begann eine Binnenwanderung in die größeren Städte, wo die Verfolgten Anschluss an mitgliederstarke jüdische Gemeinden und den Schutz einer gewissen Anonymität suchten.

Wie die Flucht aus dem Reich erzwungen und beschleunigt werden könnte, bildete unter den Antisemiten einen Streitpunkt. Die Führer in den paramilitärischen Organisationen der NSDAP und die "Stürmer"-Redaktion suchten die Juden durch den Boykott ihrer Geschäfte und durch individuellen psychischen und physischen Terror zu vertreiben, wobei sie auch "weiße Juden" (Deutsche, die sich den antijüdischen Geboten nicht unterwarfen) öffentlich anprangerten. Die antisemitischen Bürokraten im zunächst federführenden Innen- und im Justizministerium sowie die Strategen der "Judenpolitik" im an Einfluss gewinnenden Sicherheitsdienst der SS und in der Gestapo lehnten den "Radauantisemitismus" ab und setzten hingegen auf die verschärfte gesetzliche und polizeiliche Repression. Die Juden wurden restlos erfaßt, ihre Organisationen verboten oder überwacht und im Sinne der Propagierung und Organisierung der "Auswanderung" gelenkt. 1938 setzte eine neue Welle antijüdischer Gesetze und Verordnungen ein, weitere wurden ideologisch und praktisch vorbereitet.

Beide Vorgehensweisen ergänzten sich und waren auf das gleiche Ziel gerichtet. Sie trafen sich, als am 9./10. November 1938 mit einem mörderischen Pogrom der Übergang der Judenverfolgung auf die Stufe der *forcierten Vertreibung* erfolgte. Etwa 25.000 männliche Juden wurden in die KZ Dachau, Buchenwald und Sachsenhausen verschleppt, um sie und ihre Familienangehörigen zum fluchtartigen Verlassen des Reiches zu pressen. Während des Pogroms, in den Lagern und an den Haftfolgen starb eine nicht ermittelte Zahl von Juden. Leib und Leben der in Deutschland Verbleibenden waren von da an permanent bedroht.

Das "jüdische Problem zur Lösung bringen" (Adolf Hitler, 30. Januar 1939)³, bedeutete nun erklärtermaßen Austreibung der Juden aus dem durch die Liquidierung des österreichischen Staates (März 1938) und die Annexion des Westteils der zerschlagenen Tschechoslowakei (Oktober 1938/März 1939) vergrößerten Reich. Die Führung dieser Politik lag in den Händen von Hermann Göring als Beauftragter für den Vierjahresplan, eine Stellung, in der er als der oberste Lenker der Rüstungswirtschaft fungierte. Diese Zuordnung entsprach dem Vorsatz, "die Bereitstellung und zweckent-

Rede vor dem Großdeutschen Reichstag anlässlich des Jahrestages der "Machtergreifung", ebenda, S. 217.

sprechende Verwertung in- und ausländischer Geldmittel zu erwirken"⁴, die den Juden vor ihrer Vertreibung geraubt wurden. Nutznießer der Politik der "Arisierung", die seit 1933 zuerst indirekt, seit 1938 direkt und offen unter staatlichem Zwang erfolgte, waren die Eigentümer von Banken, Versicherungen und Industriewerken, Angehörige des Mittelstands sowie Nazifunktionäre, die Großunternehmen oder Läden billig aufkauften oder von deren Stilllegung Vorteile genossen. Die Vertreibung der Juden machte zudem infolge der Hochrüstung immer knapper werdenden Wohnraum verfügbar.

Die praktische Leitung und Koordinierung aller judenfeindlichen Maßnahmen übertrug Göring Anfang 1939 dem Chef der Sicherheitspolizei und des SD, Heydrich, dessen Vorgesetzter war Heinrich Himmler in doppelter Eigenschaft, als Reichsführer SS und als Chef der deutschen Polizei. Es wurde, nachdem die Vertreibung in Wien durch ein Spezialkommando bürokratisch perfekt erprobt worden war, eine diesem Polizeiapparat eingegliederte "Reichszentrale für die jüdische Auswanderung" (d. h. Vertreibung) geschaffen. Ihre Leitung übernahm der SS-Offizier und Referatsleiter in der Gestapo-Zentrale Adolf Eichmann.

Bereits in der Vorkriegsphase wurde die Judenverfolgung durch Herrschafts-, Gruppen- und Einzelinteressen angetrieben. Es überlappten und verstärkten sich das Interesse der Machthaber, der "arischen" Gefolgschaft grundlegende soziale Veränderungen der Gesellschaft vorzutäuschen und ihr reale Vorteile zu verschaffen. Zu letzterem gehörten Arbeitsplätze, die Zurückdrängung oder Beseitigung von Konkurrenten, die Gewinne aus der "Arisierung" von Banken, Versicherungen, industriellen, Handels- und anderen Betrieben. Ebenso boten die rassistische Propaganda und ihre Praxis, die Judendiffamierung und -verfolgung, den Herrschenden Gelegenheit, eigene und fremde Rachegelüste zu stillen und das Gefühl eigener Überlegenheit und Macht zu stärken und zu genießen und ihren Gefolgsleuten mit der Doktrin von der einzigartigen Hochwertigkeit der "arischen Rasse" zu schmeicheln. Die Einübung des Antisemitismus der Tat stellte zugleich einen Bestandteil der Disziplinierung der Bevölkerung, der ideologischen Vorbereitung des Eroberungskrieges und der praktischen Einübung rohen und verbrecherischen Verhaltens gegenüber vorgeblichen "Rassefeinden" dar. Die Judenverfolgung produzierte Denunzianten en masse.

4.

Nach dem Kriegsbeginn am 1. September 1939 wurde aus dem Strom der aus dem Reich fliehenden Juden ein Rinnsal. Die soeben auf hohe Erfolgsquoten gebrachte

Schreiben Görings an den Reichsminister des Innern vom 24. Januar 1939, in: Rolf Vogel, Ein Stempel hat gefehlt. Dokumente zur Emigration deutscher Juden, München 1977, S. 291.

Vertreibungspolitik geriet in die Krise. Zugleich nahm 1939/1940 vor allem mit der Okkupation Polens und dann auch durch die Eroberungen in Westeuropa die Zahl der im deutschen Macht- und Einflussbereich befindlichen Juden zu. An der Regimespitze wurden neue Projekte der E entworfen, die sich auf den gesamten okkupierten Teil Europas richteten. Sie verbanden sich auf dem Territorium des besetzten, teils in das Reichsgebiet eingegliederten Polen mit Germanisierungsplänen. Im Winter 1939/1940 begann die Deportation der Juden aus den neuen Reichsgauen (Danzig-Westpreußen, Wartheland) sowie den Schlesiern und Ostpreußen angegliederten Gebieten in das Generalgouvernement. Dadurch und durch die Vertreibung von Polen wurde Raum für die Ein- und Umsiedlung von "Volksdeutschen" aus den westlichen Gebieten der UdSSR geschaffen. Die "ethnischen Säuberungen" zur imperialistischen "Neuordnung Europas" begannen.

Dem in keiner Weise konturierten Vorhaben, auch die Juden aus dem Reich in ein "Reservat" im äußersten Osten des "Generalgouvernements" (Nisko-Plan), stand die seit Sommer 1940 betriebene Vorbereitung für den Krieg gegen die UdSSR entgegen, wodurch dieses Gebiet Aufmarschraum wurde. In dieser Phase erklärte Heydrich am 24. Juni 1940 Reichsaußenminister Joachim von Ribbentrop die Notwendigkeit einer "territorialen Endlösung".⁵ Auch die nach der Kapitulation Frankreichs entstandenen Entwürfe, die Juden Europas in ein riesiges Konzentrationslager auf die "deutsche" Insel Madagaskar zu verbringen, blieben Schreibtischarbeit von Mitarbeitern des Auswärtigen Amtes und des RSHA. Großbritannien unterwarf sich nicht. Doch bezeugten der "Reservats-" wie der "Madagaskar-Plan" die fortschreitende Radikalisierung des Denkens und Projektierens. Nun sollte nicht nur Deutschland, sondern Europa "judenfrei" gemacht werden.

Während sich die Planungsspezialisten in der Gewissheit des "Endsiegs" mit der "Germanisierung" und mit der "Entjudung" ganzer Gebiete befassten und Erfahrungen mit dem Transport von Menschenmassen sammelten, erfolgte im besetzten Generalgouvernement die Ghettoisierung der Juden vorzugsweise an Eisenbahnstrecken in Groß- und Mittelstädten. Das Beleidigen, Traktieren, Ausbeuten, Schinden und Massakrieren von Juden gehörte in Polen 1940 zum Besatzungsalltag. Dort wurde zuerst die Kennzeichnung der Verfolgten mit dem "Judenstern" eingeführt.

Zur gleichen Zeit war im Reichsgebiet eine andere Maßnahme eingeleitet und weit getrieben worden: die Tötung wirklich oder vermeintlich unheilbar kranker "Arier" und Juden, die aufgrund einer Weisung Hitlers vom Oktober 1939 (datiert auf den Tag des Kriegsbeginns) in ausgewählten "Heilanstalten" erfolgte. Zu diesem Zweck

⁵ Prozess gegen Adolf Eichmann, Dokument 464.

wurden die Opfer in Kammern mit Giftgas ermordet. Deportation, Ghettoisierung, Vernichtungsplanung und Krankenmord führten gedanklich und praktisch an die Ingangsetzung der E heran, ohne dass der Massenmord bereits beschlossen worden wäre. Doch ergriffen die deutschen Machthaber im sicheren Gefühl ihres Endsiegs und gestützt auf eine wachsende Zahl verfügbarer Helfer und Helfershelfer daran, schon im Kriegsverlauf, so auch die vor allem auf die dramatischen militärischen Ereignisse gerichtete Aufmerksamkeit ausnutzend, Maßnahmen, mit denen sie das künftige Europa unter ihrer Vorherrschaft zu gestalten begannen. Dazu gehörten die Einverleibung von Gebieten bis zur Liquidierung ganzer Staaten (Polen, Luxemburg), die Vertreibung von ethnischen Gruppen (Juden, Polen) und die Sortierung anderer zum Zwecke der Germanisierung, die Tötung von Menschengruppen, die als unnütz oder gefährlich galten (Insassen von Heilanstalten, Angehörige der Intelligenz Polens). Im Kriege wurde ein erheblicher Teil des verfügbaren politisch-bürokratischen und selbst der militärisch-organisatorischen Potential auf die Gestaltung der "Nachkriegsordnung" verwendet, wobei auch der Krieg selbst zur Rechtfertigung der Verbrechen diente.

Der entscheidende und unwiderrufliche Schritt zum systematischen Massenmord, der sich auf die Ausrottung aller im deutschen Zugriffsbereich lebenden Juden richtete und dem nach dem "Endsieg" die Juden aller – auch der neutralen – Staaten Europas zum Opfer fallen sollten⁶, wurde in den Tagen nach dem Einfall in die Sowjetunion getan. Die ihm vorausgegangenen Entschlüsse und Weisungen sind dokumentarisch nicht überliefert und können indirekt verlässlich nicht erschlossen werden. So entspann sich in der Historiographie eine Debatte über die "Entschlussbildung". Umstritten blieb, ob Hitler der Urheber und Auslöser des Übergangs zur E war, die darauf von Himmler und Heydrich "befehlsgemäß" in Gang gesetzt wurde, oder ob ihm ein Vorschlag zur Tötung aller Juden unterbreitet wurde, den er guthieß und sanktionierte. Ungeklärt blieb, ob eine einzige auslösende Entscheidung sogleich auf die Ermordung aller Juden zielte oder mehrere aufeinanderfolgende Entscheidungen das Morden ausweiteten.

Vor dem 22. Juni 1941 wurden die Mörderschwadronen (vier Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD unter dem Oberkommando Heydrichs und geführt von vier seiner engen Mitarbeiter) formiert. Deren Kompetenzen, Wirkungsgebiete und -weisen waren mit dem Oberbefehlshaber des Heeres ebenfalls vor Kriegsbe-

Davon zeugt u. a. die Statistik, die Adolf Eichmann für die Beratung mit den Staatssekretären am Wannsee (20. Januar 1942) anfertigte und die von Heydrich für seinen Vortrag verwendet und der Niederschrift eingefügt wurde. Sie führt auch die Juden in Großbritannien, Irland, Spanien, Portugal, der Türkei (europäischer Teil), der Schweiz und Schwedens auf. Verfolgung, S. 338 f.

ginn abgestimmt worden. Die Mitglieder dieser in Einsatzkommandos gegliederten Gruppen begannen sofort nach dem Einfall in das sowjetische Territorium, die männlichen Juden, darunter Greise und heranwachsende Knaben, unfern ihrer Wohnorte niederzuschießen. Zugleich versuchten sie, nach dem Urteil ihrer erstatteten Vollzugsmeldungen mit unbefriedigendem Ergebnis, die nichtjüdische einheimische Bevölkerung zu Pogromen anzustacheln. Noch im August 1941 wurden auch Frauen und Kinder in die Tötungsaktionen einbezogen und durch Kugeln ermordet. Zur Verstärkung der Einsatzgruppen traten Polizeibataillone der Ordnungspolizei in mörderische Aktion. Wehrmachtseinheiten beteiligten sich an den das ganze eroberte Land überziehenden Untaten ebenso wie eigens gebildete Formationen von Kollaborateuren.

Im Herbst 1941 nahmen Plan und Praxis der E, die nie als ein alle Vorgehensweisen zusammenfassendes Schriftstück existiert haben dürfte, feste Umrisse an. Davon zeugen (1.) der Baubeginn von Belzec Ende November/Anfang Dezember, der ersten von drei Vernichtungsstätten der "Aktion Reinhard" im Osten Polens (es folgten die in Sobibor und Treblinka), (2.) die Inbetriebsetzung der Vernichtungsstätte in Kulmhof (poln. Chelmno) im äußersten Osten des Reichsgaus Wartheland, in der Juden seit dem 9. Dezember in sog. Gaswagen umgebracht wurden, und (3.) die "Probevergasung" unter Verwendung von Zyklon B im KZ Auschwitz (später Auschwitz I), deren Opfer im September 1941 vor allem sowjetische Kriegsgefangene waren.

Die Mörder besaßen anfänglich keine Vorstellung, wie und in welcher Zeit sich ihr Mordprogramm in die Tat umsetzen lassen würde. Sie verfuhren nach der Methode "Versuch", "teil- oder unbefriedigendes Resultat", "neuer Versuch" usw. Befehlshaber und Schreibtischtäter an der Regimespitze begaben sich an Orte der Verbrechen (Himmler bei Minsk am 14./15. August 1941)⁷, ließen sich durch Abgesandte unterrichten (Heinrich Müller, Amtschef IV – Gestapo – im RSHA durch seinen Untergebenen Adolf Eichmann) und erhielten von den Einsatzgruppen schriftliche Berichte mit Zahlenangaben über die "Erfolgsquoten". Am 20. Januar 1942 trafen sich hohe SS-Offiziere und Staatssekretäre von Obersten Reichsbehörden, um die Fortsetzung der Maßnahmen des Judenmords zu koordinieren und Vorschläge für die Behandlung der "Judenmischlinge" zu erörtern (Wannseekonferenz).

Im Verlauf des Jahres 1942 waren die mit Abgasen aus Dieselmotoren wirkenden Tötungsanlagen in Belzec, Sobibor, Treblinka und die Zyklon B verwendenden im

Zum Besuch Himmlers in Minsk s. die Aussagen von Augenzeugen in: Ralf Ogorreck, Die Einsatzgruppen und die "Genesis der Endlösung", Berlin 1996, S. 181.

neuerrichteten Lager Auschwitz II (Birkenau) betriebsfertig und so funktionstüchtig gemacht, dass die aus allen Teilen des besetzten Europas auf Schienenwegen herangeschafften Opfer wenige Stunden nach ihrem Eintreffen zumeist "liquidiert" waren. Eine Minderheit wurde im Lagerkomplex von Auschwitz und dessen Nebenlagern bis zur Arbeitsunfähigkeit ausgebeutet ("Vernichtung durch Arbeit") und dann getötet. In Gemeinschaft mit der Deutschen Reichsbahn sorgte das Referat Eichmanns für die Herbeischaffung der Juden auf den Schienenwegen, wobei sie mit deutschen Dienststellen (Reichsverkehrsministerium), den vor Ort befindlichen Höheren SSund Polizeiführern, Wehrmachtdienststellen (Transportwesen), Befehlshabern der Sicherheitspolizei und den "Judenbeauftragten", die im diplomatischen Apparat des Reiches in den Staaten der Verbündeten und Satelliten etabliert waren, ebenso zusammenwirkten wie mit Kollaborateuren. Mit der Eskalation des Verbrechens erhöhte sich die (bis heute nur zu schätzende) Zahl der an ihm direkt oder indirekt beteiligten Deutschen und ihrer Helfer unausgesetzt. Zu ihnen gehörten vor allem die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei, weitere Formationen der SS, Polizeibataillone, Wehrmachtseinheiten, das Personal der Vernichtungsstätten und der Konzentrations- und anderen Lager, die Begleitkommandos der Deportationszüge und -märsche. An den Maßnahmen, die der Verschleppung der Juden zu ihren Mördern vorausgingen bzw. dem Abtransport folgten, war beispielweise in den Großstädten des Reichs eine erhebliche Zahl von Deutschen "nebenamtlich" in Sondereinsätzen oder während ihrer Berufsarbeit beteiligt: Polizeiangehörige, SA-Leute, Funktionäre der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt, Personal der Reichsbahn, Angestellte von staatlichen Behörden insbesondere der Finanzämter, von Banken, Sparkassen und Versicherungen, Vermieter, Versteigerer u. a.

Die E dauerte, nachdem die Lager der "Aktion Reinhard" stillgelegt und die Orte, auf denen sie sich befunden hatten, getarnt worden waren, und selbst nach der Sprengung der Tötungsanlagen in Auschwitz II bis in die letzten Tage des Regimes fort. In Arbeitslagern und auf Deportationstransporten ("Todesmärschen") kamen Juden um oder wurden von Wachmannschaften niedergeschossen, deren Angehörige rasch und bunt aus den militärischen und paramilitärischen Organisationen, einschließlich der Hitlerjugend, formiert worden waren. Noch in den Tagen und Wochen nach der Befreiung starben die Entkräfteten massenweise. Die Gesamtzahl der Opfer wurde nach eingehenden Forschungen 1993 auf mindestens 5.290.000, wahrscheinlich aber mehr als 6 Millionen Menschen eingegrenzt. Sie bewegt sich damit in der Nähe der Schätzungen, die 1945/1946 der Anklage und dem Urteil im Nürnberger Hauptkriegsverbrecher-Prozess zugrunde gelegt worden waren (5, 7 Millionen).

6.

Die E wurde mit dem Ziel der Ermittlung, Ergreifung und Aburteilung von Tätern zuerst Gegenstand der Anstrengungen von Polizei und Justizorganen in vielen Ländern Europas. Dadurch wurden seit dem ersten Nürnberger Prozess (gegen Göring u. a.) im Jahre 1945/1946 Dokumente gesichert und publiziert und Tatsachen und Zusammenhänge gerichtsnotorisch sowie Erfahrungen gesammelt, die dann der Historiographie zugutekamen. Die Täterfahndung ist nahezu vollständig abgeschlossen. Die in ihrem Verlauf entstandenen Justizakten sind lokal weit verstreut. Ein Überblick über die Prozesse und Ermittlungen existiert nicht.

Die Erforschung der Geschichte der E erfolgte seit den sechziger Jahren vor allem unter Beteiligung von Historikern aus den USA, aus Israel, Großbritannien, Frankreich, den Niederlanden, Österreichs und der Bundesrepublik. Die Geschichtsforscher verfügen heute über eine erhebliche Zahl von gedruckten und ungedruckten Memoiren von Überlebenden des "Holocaust". Keine andere Gruppe von Verfolgten (Sinti und Roma, Zwangsarbeiter, Häftlinge von Konzentrations- und Arbeitslagern, Kriegsgefangene) hat eine solche Masse von Lebenszeugnissen hinterlassen. Die E wurde der am dichtesten erforschte und dargestellte Teil der deutsch-faschistischen Politik und Herrschaft. Forschungsrückstände existieren in der Wirtschaftsgeschichte (vor allem "Arisierung" von Großunternehmen). Die meisten Defizite ergaben sich aus der (teils bis zur vollständigen Ignoranz reichenden) Vernachlässigung der "Holocaust"-Forschung in osteuropäischen Staaten. Langsam und gegen Widerstände bahnt sich seit dem Eintritt in die neunziger Jahre ein Wandel an. Vorhandenes Archivgut ist weder überall gesichtet noch aufbereitet und einschränkungslos zugänglich. Erst Mitte der neunziger Jahre kam die Aufklärung der Rolle der Banken in neutralen Ländern (Schweden, Schweiz, Spanien und Portugal) in Gang, die von der Judenvertreibung profitierten und nie über die Gewinne aus infolge des Judenmords nicht abgerufenen Konten Rechenschaft ablegten. Bis in die Gegenwart wirkende Hindernisse stehen der Aufklärung der Haltung von Staaten, Regierungen und Eliten angesichts der Eskalation der Judenverfolgung in Deutschland gegenüber (blockierende Haltung gegenüber einem Boykott des deutschen Regimes, Verschluss oder zögernde Öffnung der Grenzen für Zuflucht suchende). Umstritten bleibt die unterlassene Bombardierung der Vernichtungsanlagen in Auschwitz II (Birkenau) und der Transportwege.

Marxistische Philosophen und Soziologen haben sich zur Geschichte des deutschfaschistischen Antisemitismus, zu Judenverfolgung und -mord mehrfach publiziert, anknüpfend an Schriften und Äußerungen von Marx, Engels, Karl Kautsky u. a. Eine grundlegende Darstellung der E wurde von ihnen bisher nicht vorgelegt. Auch zur Herausbildung eines Forschungsverbunds ist es nie gekommen. Wo die personell und materiell am besten ausgestatteten Institute arbeiteten, in der Sowjetunion, existierten die schlechtesten methodologischen und politischen Voraussetzungen, konnte sich eine "Holocaust"-Forschung nicht herausbilden. Die geistige Führungsrolle der Großmacht wirkte auf die Forschung anderer Staaten ihres Blocks – ungeachtet von deren eigener Verantwortung – negativ. Auch eine Geschichte des materialistischen Denkens über die E ist ein Desiderat geblieben.

Die internationalen Forschungen zur E waren und bleiben von vielen Kontroversen begleitet. Ihre Entstehung wurzelt zu einem Teil in den Lücken der dokumentarischen Überlieferung. Andere gehen aus unterschiedlichen methodologischen Verfahren und dritte aus politischen Interessen hervor. Im Zentrum wissenschaftlicher Debatten steht nach wie vor die Genesis der E, deren Antriebe und Verlauf, wobei die Rekonstruktion des Schrittes von der Vertreibung zur Ermordung der Juden als eine besondere Herausforderung für die Historiographie galt. Damit kam die höchste Entscheidungs- und Befehlsebene in das Zentrum der Aufmerksamkeit. In allen Fragerichtungen und mit ihren Antworten konfrontieren sich nach wie vor unvereinbare Ansichten über den quantitativ nicht zu bemessenden Anteil von rationalen und irrationalen Faktoren. Forscher, die der Methodologie des deutschen Historismus folgen oder anderen Strömungen historisch-idealistischer Geschichtsinterpretation zugehören, reduzieren die Geschichte der E auf das Denken und Befehlen Hitlers und dessen irrationalen Judenhass sowie einiger seiner Mitführer. Demnach kam zum Entschluss des Judenmords, den Hitler schon beim Eintritt in die Politik gefasst habe, einzig das Suchen nach der Gelegenheit hinzu, diesen unverrückbaren Vorsatz auch verwirklichen zu können. Sie wäre 1941 im Moment der Planung des Überfalls auf die UdSSR gefunden worden. Anhänger dieser Auffassung unterscheiden nicht zwischen "Vernichtungsphantasien"⁸, die sich in der Geschichte des deutschen Antisemitismus bis in die Frühzeit des Kaiserreiches zurückverfolgen lassen, und deren schrittweiser Ausbildung zu Ideen, Projekten, Plänen und schließlich zu Entscheidungen und Befehlen.

Andere Historiker bestreiten den fanatisch, pathologisch oder maniakalisch genannten Judenhass Hitlers als eine Konstante seiner Denk- und Gefühlswelt nicht, treffen aber klare Unterscheidungen zwischen einer vagen Mordabsicht und deren Ausprägung im Judenhass. Sie markieren die Stufen der judenfeindlichen Politik bis zur E, ergründen die dialektischen Beziehungen zwischen Gedanken – Plänen – Taten – Folgen und untersuchen die Wandlungen und Sprünge der "Judenpolitik". Damit

Wolfgang Benz, Endlösung. Zur Geschichte des Begriffs. In: Tribüne. Zeitschrift zum Verständnis des Judentums (Frankfurt/M.), 33. Jg. Heft 132, 4. Quartal 1994, S. 109.

kommen gesellschaftliche Prozesse wie die Ausbreitung des Antisemitismus in der Bevölkerung, dem NS-Führerkorps und der -Gefolgschaft, die geistigen und moralischen Rückwirkungen der Judenpolitik auf ihre Betreiber in der Partei- und Staatsbürokratie, die sozialen Resultate der Verfolgungen (Pauperisierung der deutschen Juden im Vorkrieg, Verelendung der Juden in den Ghettos in Polen nach dessen Eroberung, Entstehung von Seuchenbezirken u. a.) in den Blick. In äußerster Zuspitzung wurde behauptet, diese Praxis hätte nach und nach Sachzwänge entstehen lassen, eine "kumulative Radikalisierung" erzeugt, als deren Konsequenz die Idee der E in zivilen und militärischen bürokratischen Apparaten geboren wurde. Hitlers Rolle reduziert sich in diesem Bilde auf eine Appellationsfigur.

Der Streit ist, da eine Reihe von Fragen nicht aufklärbar ist, nicht beigelegt, doch erfolgt allmählich eine Annäherung beider Sichten. Ein "E-Befehl" hat in einer schriftlichen Form nach heute allgemeiner Überzeugung nicht existiert, auch seine unmittelbaren gedanklichen Vorstufen sind im engsten Kreis der Machthaber nicht eindeutig zu dokumentieren. Als Irrwege gelten Hypothesen, die Hitler zum Alleintäter erklären oder ihm eine zwar unentbehrliche, aber marginale Rolle zuweisen. Nachgewiesen ist, dass er sich in den Prozess der E einschaltete, als dieser ins Stocken geriet. Hitler wandte 1944 bei Verhandlungen mit dem ungarischen Staatsoberhaupt Miklos Horthy erpresserischem Druck an, um die Deportation der letzten großen Gruppe von im deutschen Machtbereich lebenden Juden durchzusetzen.

Hartnäckig hält sich in der wissenschaftlichen und allgemeinen Publizistik die Ansicht, Hitler habe den Judenmord in dem Augenblick befohlen, da er den Kriegssieg für nicht mehr erreichbar ansah (Dezember 1941, nach anderen Angaben: im Verlauf von 1942). Von da an wäre der Krieg gegen die Mächte der Anti-Hitler-Koalition hinter den "Krieg (nach anderen Formulierungen: den "Feldzug") gegen die Juden" zurückgetreten, so dass dieser jenem abträglich wurde. Die Version wird mit dem Hinweis auf den beträchtlichen materiellen (rollendes Material, Schienenwege) und personellen (Bewachungsmannschaften und "Betriebs-" und "Wachpersonal" der Vernichtungsstätten und -lager) Aufwand gestützt. Die These ist doppelt brüchig. (1.) Die Führung des Krieges blieb – mit sich als Folge der verschlechterten Frontlage reduzierenden Zielen – bis in das Frühjahr 1945 auf Rang eins aller Anstrengungen des Regimes, auch und gerade denen Hitlers. (2.) Das beispiellose Verbrechen wurde mit vergleichsweise geringen Kräfteeinsatz verübt. Die Vorteilsrechnung der Machthaber führte, als dies kriegswirtschaftlich und militärisch für notwendig gehalten wurde, zu einer Verschleppung jüdischer Arbeitskräfte in das für "judenfrei" erklärte Reichsinnere und in der Endphase des Krieges zum Einsatz ungarischer Juden beim Bau des sog. "Südostwalls" an der Grenze des Reichsgebiets.

In diesem Zusammenhang ist diskutiert worden, ob die geringe Zahl des eingesetzten Jagd- und Vernichtungspersonals das tatsächliche Ausmaß des Judenmords hätte bewirken können, hätte es sich nicht der Hilfe jüdischer Organisationen und von "Judenräten" bedienen können. Ihren Höhepunkt erreichte die Auseinandersetzung darüber nach dem Eichmann-Prozess (1961) und wegen der von Hannah Arendt vertretenen These, dass die Massenmörder vis-à-vis einem unorganisierten, führerlosen Judentum furchtbare Erfolge, aber nicht die eingetretenen hätten erreichen können. Dagegen wurden, befördert auch von politisch-pädagogische Interessen, in Israel eingehende Forschungen zu den Widerstandsaktionen der Juden in Ghettos und Vernichtungsstätten angestellt. Jedoch besaß die übergroße Mehrheit der Juden vom Zeitpunkt ihrer Deportation an keine Chancen zur Gegenwehr. Zuvor konnte in Abhängigkeit von den allgemeinen und konkreten Lebensumständen und der Hilfe durch Nichtjuden nur eine Minderheit in die Illegalität untertauchen und sich so den Judenfängern entziehen, sich – vor allem im besetzten Territorium der UdSSR – zu den Partisanen durchschlagen oder eigene Partisanengruppen bilden. Heroische letzte Aufstands- und Ausbruchsaktionen, zumeist wie in Warschau unternommen von jungen Juden, Männern und Frauen, vordem die Teilnahme von Juden am Krieg in Spanien 1936-1938, dann in den Reihen der sowjetischen und polnischen Partisanen, im Untergrund des besetzten Europas und als Soldaten in den Armeen der Anti-Hitler-Koalition taugen nicht zur Aufrechnung gegen die wehrlosen Millionen. Deren Ende führt zu der Frage nach den Ursachen für die Unfähigkeit, Gefahren rechtzeitig wahrzunehmen und ihnen zu begegnen, solange dafür noch Mittel zur Verfügung stehen oder gewonnen werden können.

7.

Die am meisten umstrittenen Fragen, die sich im Hinblick auf die E stellen, sind die nach dem historischen Ort, den Triebkräften und den sie verursachenden und vorantreibenden Interessen. Im Gegensatz zu ihrer Bedeutung werden diese Fragen in der Forschung weitgehend marginalisiert, häufig nicht einmal gestellt. Agnostizistische Thesen blockieren sie ebenso wie die völlig verengte Einordnung der E in die jahrtausendealte Leidensgeschichte der Juden, die als Heils- und Unheilsgeschehen gedeutet wird. Vor der E, einem "metahistorischen" oder "Grenzereignis", würden alle in der Geschichtswissenschaft sonst an das Erkenntnisziel heranführenden Methoden versagen. Mitunter geht die Verweigerung gegenüber der Herausforderung, welche die E für die Wissenschaften darstellt, mit der These einher, rationale Erklärungsversuche würden "Verharmlosung" oder "Entweihung" bewirken, in jedem Fall aber eine a priori-Verkennung des geschichtlich beispiellosen Geschehens dar-

stellen. Dies könne nur geschildert, aber nicht erklärt werden. Die Ratio bilde zudem eine Barriere vor der Trauer.

Zumeist wird die Geschichte der deutsch-faschistischen Judenpolitik seit ihrem Übergang auf die Stufe der E auf die eine oder andere Weise aus den historischpolitischen Koordinaten des Regimes herausgelöst. Die E wird zum alleinigen Kriegsziel Hitlers und einiger seiner Mitführer erklärt. Die deutsche Gesellschaft, deren Interessen für die Phase der Judenvertreibung noch analysiert werden, gerät aus dem Blick. Die E erscheint als Selbstzweck, als bloße Verwirklichung einer fixen Idee, der antisemitischen Rassenlehre. Nur eine Minderheit von Forschern bestimmt den Platz des Judenmords im Zielkonzept des kapitalistischen Deutschlands und des Projekts seiner politischen, wirtschaftlichen und militärischen Eliten, das "Europa unterm Hakenkreuz" zu schaffen. Es sollte kein zeitweiliges, durch die Wechselfälle des Krieges entstandenes Gebilde sein, sondern ein nach faschistischen Grundsätzen gestaltetes Regime von ewiger Dauer werden. Sie schlossen ein, dass den in diesem Herrschaftsraum ("dem großgermanischen Weltreich") lebenden Menschen – Deutschen und Nichtdeutschen – nach den Maßstäben und Bedürfnissen der Herrschenden Lebensrechte zugebilligt oder auch vollständig entzogen werden sollten. Mit dem Ziel der Beherrschung und Ausbeutung von Menschen und Räumen wurde bereits begonnen, die im Kriegsverlauf in die Hände der Eroberer geratenen Menschengruppen rassistisch zu beurteilen, sie zu kategorisieren und einzustufen. Dabei verbanden sich faschistische Ideologie, die den Begriff Menschheit nicht kennt, sondern einzig zwischen höheren und niederen, bevorrechtigten und lebensunwerten "Rassen" unterscheidet, mit praktischen Erwägungen, wie die Herrschaft der Minderheit über die Mehrheit zweckmäßig organisiert werden könnte. Am unteren Ende dieser Bewertungsskala, im absoluten Negativbereich, waren – lange bevor mit ihrer Vernichtung begonnen wurde – die Juden platziert. Sie galten für die Zwecke der Ausbeutung als unbrauchbar und zudem als die gefährlichsten unter allen "Rassefremden" und "Rassefeinden". Ideologen und Politiker des deutschen Faschismus erblickten in ihnen die ernstesten Konkurrenten um die Weltherrschaft, fürchteten die "jüdische Intelligenz" und verteufelten die Juden als die Urheber und Nutznießer sowohl des "jüdischen Bolschewismus" wie des "jüdischen Plutokratismus". Mit letzterem schufen sie sich und ihren Anhängern ein universelles Feindbild, das geeignet war, einen Krieg nach Westen (Frankreich, Großbritannien und die USA) wie nach Osten (Sowjetunion) zu rechtfertigen.

Auch beim unwiderruflichen Schritt auf die Stufe der E verwob sich in der Judenpolitik Interesse und Ideologie. In keiner Phase sprengte das Verbrechen das Regime

und dessen Pläne. Nie bedeutete es einen "Abschied" von kalkulierter Politik. Der Massenmord war den Endzielvorstellungen zugeordnet. Er war ebenso Bestandteil des imperialen Herrschaftsprojekts wie die dem Judenmord vorausgehenden und sich zeitgleich mit ihm vollziehenden Massentötungen von Kranken und Hilfsbedürftigen, von Sinti und Roma. Der erreichte "Endsieg" würde weitere Projekte und die Praxis neuer Endlösungen hervorgebracht haben, als deren Opfer vor allem Slawen vorgesehen waren. Das bezeugen die Dokumente aus der "grünen Mappe" Görings und die Vorhaben mit der Bezeichnung "Generalplan Ost". Die Behandlung der sowjetischen Kriegsgefangenen, von denen weit mehr als drei Millionen an Hunger, Krankheiten, Seuchen und Obdachlosigkeit zugrunde gingen, stellte den verwirklichten Auftakt dieser Vorhaben dar. Als die Profiteure und Nutznießer dieser Vernichtungspolitik war die kommende klassengeteilte Gesellschaft der deutschen "Herrenrasse" gedacht. Die mörderischen Endlösungen stellten im Denken ihrer Projektanten zugleich einen Weg dar, um zur "Endlösung der sozialen Frage" zu gelangen, worunter die absolute soziale Ruhigstellung der "arischen" Werktätigen, ihre totale materielle und geistige Korruption verstanden wurde.

Die Einzigartigkeit der E ist nicht allein darin zu sehen, dass Machthaber eines Staates beschlossen, eine Gruppe von Menschen restlos auszurotten, diese Untat befahlen, organisierten, kontrollierten, ausführen ließen und derart eine geschichtlich beispiellose Untat, ein Verbrechen gegen die Menschheit, ein Ganzes in seiner Vielheit, ins Werk setzten. Diese Einzigartigkeit besteht zugleich in der Hypertrophierung einer imperialistischen Politik der Eroberung, Vernichtung und Ausrottung. Sie besaß ihre Vorläufer, doch verkörperten sich in ihr Kontinuität und Bruch. Angetrieben von einer wahnhaften Rassendoktrin, anachronistische Zielen verfolgend, führte sie bis an einen historischen Ort, der auch als "Zivilisationsbruch" bezeichnet worden ist. Diese in der historischen Forschung kaum noch aufgenommene Charakteristik ist mehrdeutig. Sie führt in die Irre, wenn sie als gedankliches Vehikel dafür dient, die E als einen Einbruch in die existierende Gesellschaft zu sehen, statt sie aus ihren Widersprüchen zu begreifen. Sie kann jedoch auch einer überspitzt isolierenden Bestimmung der E als ein ausschließliches Ereignis deutscher und jüdischer Geschichte entgegenwirken. Über sie weisen die europaweite Kollaboration, die Haltung des Auslands (des kriegführenden wie kriegsneutralen) zum Judenmord seit dem Augenblick seines Bekanntwerdens und auch die bis in die Gegenwart reichende Auseinandersetzung um angemessene Schlüsse hinaus, die eine Wiederholung eines "Endlösungsverbrechens" unmöglich machen sollen.

Aus: Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus, Hg. Wolfgang Fritz Haug, Bd. 3, Argument Verlag Berlin 1997

Bibliographie: 1. Literaturberichte, 2. Nachschlagewerke, 3. Sammlungen von Dokumenten, 4. Monographien (jeweils in der Reihenfolge ihres Erscheinens), 5. Periodica.

- 1. M. R. Marrus, The History of the Holocaust. A Survey of Recent Literature, in: Journal of Modern History, 59 (1987); Ders., The Nazi-Holocaust. Historical Articles on the Destruction of European Jews, 9 Bde. in 16 Teilbde., Westport 1989; D. Cesarani (Hg.), The Final Solution. Origins and Implementation, London 1994; Helge Grabitz u.a. (Hg.), Die Normalität des Verbrechens. Bilanz und Perspektiven der Forschung zu den nationalsozialistischen Gewaltverbrechen, Berlin 1994; G. R. Ueberschär, Der Mord an den Juden und der Ostkrieg. Zum Forschungsstand über den Holocaust, in: H. Lichtenstein/O. R. Romberg, Täter Opfer-Folgen. Der Holocaust in Geschichte und Gegenwart, Bonn 1997.
- 2. C. Roth (Hg.), Encyclopaedia Judaica. 16 Bde., Jerusalem 1972; M. Gilbert, Atlas of the Holocaust, London 1982. (Endlösung. Die Vertreibung und Vernichtung der Juden. Ein Atlas, Reinbek 1982). I. Gutman (Hg.), Enzyklopädie des Holocaust. Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden, 3 Bde., Berlin 1990.
- 3. L. Poliakov/J. Wulf, Das Dritte Reich und seine Diener. Dokumente, Berlin 1956; V. Král (Hg.), Die Vergangenheit warnt. Dokumente über die Germanisierung- und Austilgungspolitik der Naziokkupanten in der Tschechoslowakei, Prag 1960; H. Eschwege (Hg.), Kennzeichen J. Bilder, Dokumente, Berichte zur Geschichte der Verbrechen des Hitlerfaschismus an den deutschen Juden, Berlin 1966; R. Hilberg (Hg.), Documents of Destruction. Germany and Jewry 1933-1945. London 1972; E. Kogon, H. Langbein, A. Rückerl u. a. (Hg.), Nationalsozialistische Massentötungen durch Giftgas. Eine Dokumentation, Frankfurt/M 1983; K. Pätzold (Hg.) Verfolgung Vertreibung Vernichtung Dokumente des faschistischen Antisemitismus 1933 1942, Leipzig 1983; P. Longerich (Hg.), Die Ermordung der europäischen Juden. Eine umfassende Dokumentation des Holocaust 1941-1945, München 1989; W. Grossmann/I. Ehrenburg Arno Lustiger (Hg.), Das Schwarzbuch. Der Genozid an den sowjetischen Juden, Reinbek 1994; Czeslaw Madajczyk (Hg.), Vom Generalplan Ost zum Generalsiedlungsplan. Dokumente, München 1994.
- 4. G. Reitlinger, The Final Solution: The Attempt to Exterminate the Jews of Europa 1939-1945, London 1953 (dt. 1956); R. Hilberg, The Destruction of the European Jews. Chicago 1961 (dt. 1982); H. Arendt, Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht von der Banalität des Bösen, München 1964; U. D. Adam, Judenpolitik im Dritten Reich, Königstein/T. 1972; K. Drobisch u. a., Juden unterm Hakenkreuz. Verfolgung und Ausrottung der deutschen Juden 1933-1945, Berlin 1973; L. S. Dawidowicz, The War

against the Jews 1933-1945, New York 1975; H. Krausnick, Judenverfolgung. In: Hans Buchheim u.a., Anatomie des SS-Staates, München 1979; Y. Bauer, A History of the Holocaust, New York 1982; G. Fleming, Hitler und die Endlösung. "Es ist des Führers Wunsch [...]", Wiesbaden 1982; K. Kwiet/H. Eschwege, Selbstbehauptung und Widerstand. Deutsche Juden im Kampf um Existenz und Menschenwürde 1933-1945, Hamburg 1984; E. Jäckel/J. Rohwer Hrsg.), Der Mord an den Juden im Zweiten Weltkrieg. Entschlussbildung und Verwirklichung, Stuttgart 1985; Ch. Browning, Fateful Months. Essays on the Emergence of the Final Solution, New York 1985; A. J. Mayer, Der Krieg als Kreuzzug. das Deutsche Reich, Hitlers Wehrmacht und die "Endlösung", Reinbek 1989; G. Aly/S. Heim, Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die Pläne für eine neue europäische Ordnung, Hamburg 1991; H.-H. Wilhelm, Rassenpolitik und Kriegsführung. Sicherheitspolizei und Wehrmacht in Polen und der Sowjetunion, Passau 1991; W. Schneider (Hg.), Vernichtungspolitik. Eine Debatte über den Zusammenhang von Sozialpolitik und Genozid im nationalsozialistischen Deutschland, Hamburg 1991; David Bankier, The Germans and Theo Final Theo Option under Nazism, Oxford 1992; W. Benz (Hg.), Dimension des Völkermords. Die Zahl der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus, München 1991; Ph. Burrin, Hitler und die Juden. Die Entscheidung für den Völkermord, Frankfurt/M. 1993; Ch. Browning, Ganz normale Männer. Das Reserve-Polizeibataillon 101 und die "Endlösung" in Polen, Reinbek 1993; H. Safrian, Die Eichmann-Männer, Wien 1993; G. Aly, "Endlösung". Völkerverschiebung und der Mord an den europäischen Juden, Frankfurt/M. 1995; B. Bailer-Galanda u.a. (Hg.), Wahrheit und "Auschwitzlüge". Zur Bekämpfung "revisionistischer" Propaganda, Wien 1995; H.-H. Wilhelm, Die Einsatzgruppe A der Sicherheitspolizei und des SD 1941/42, Frankfurt/M. 1996; D. Pohl, Nationalsozialistische Judenverfolgung in Ostgalizien 1941-1944. Organisation und Durchführung eines staatlichen Massenverbrechens, München 1996; M. Zimmermann, Rassenutopie und Genozid. Die nationalsozialistische "Lösung der Zigeunerfrage", Hamburg 1996.

5. "Yad Vashem Studies", Jerusalem (seit 1957); "Holocaust and Genocide Studies" Yad Vashem (seit 1986, Neue Folge seit 1993); Leo-Baeck-Institute Year Book (seit 1955).

Judenmord – warum? Zu einer gemiedenen Frage

Nach einem anfänglich in die engere Wahl gezogenen, dann nicht mehr berücksichtigten Entwurf, der für das "Holocaust"-Denkmal in der Mitte Berlins eingereicht worden war, hätten sich Besucher beim Betreten des Ortes einem Fragewort 39-fach gegenübergesehen: Warum. In sämtlichen Sprachen der ermordeten Juden sollte es auf einer Eisenplatte aufscheinen und dem Nachdenken eine Richtung weisen. Vorgedacht war zudem ein Entstehungsprozess des Denk-Mals. An dessen Vollendung sollten seine ersten Betrachter beteiligt werden, derart, dass sie Gelegenheit erhielten, ihre Antworten zu formulieren. Diese wiederum würden – so war das Projekt weiter beschrieben – später in eine das Areal vollständig bedeckende Metallplatte graviert werden. Der erste Teil dieses Projekts war originell, hätte er doch – anders als viele konkurrierende Entwürfe und auch derjenige, dessen Ausführung derzeit geschieht - eindringlich einen "Ansatz zum Denken" geboten. Der zweite hingegen erscheint waghalsig und abwegig. Er lief auf einen Katalog von mehr oder weniger zufällig gewonnenen Antworten hinaus und im besten Fall auf eine Zitatensammlung aus einschlägigen Geschichtswerken. Die Idee dieser Beschriftung, so etwas wie die Wiedergabe des ersten Besucherbuches, hätte vermutlich vor jenen geschützt werden müssen, die an dieser Stelle noch einmal die Mörder zu Worte kommen lassen wollten.1

Dem Urheber dieses bemerkenswerten Entwurfs Jochen Gert muss es schwergefallen oder unmöglich gewesen sein, sich den Schwierigkeitsgrad von in der Geschichte gerichteten Fragen nach dem Warum bewusst zu machen, zumal dann, wenn sie sich auf komplexe Prozesse und Ereignisse richten. Auf den Massenmord an den europäischen Juden trifft dies in besonderem Maße zu. Das Verbrechen gehört in seinen Zusammenhängen zu den schwerwiegendsten und schwierigsten Fragen, welche uns die Geschichte des 20. Jahrhunderts hinterlassen hat, vergleichbar nur mit jenen, die mit dem Stichwort Gulag bezeichnet sind. Wer sich einer Antwort annähern will, hat weite Gedankenwege zurückzulegen. Manche Forscher halten sie für unbegehbar und sind der Meinung, sie führten zu keinem Ziele. Konsequent lehnen sie es ab, sich auf sie zu begeben. Der Holocaust, so eine Argumentation, stelle ein einzigartiges Geschehen dar, das sich jedem Fragen nach dem Warum verschließe. Wer das

Der Entwurf stammte von Jochen Gert, der auch das Denkmal in Harburg gestaltete. Der Entwurf ist beschrieben in: Ute Heimrod u. a., Der Denkmalstreit – das Denkmal? Die Debatte um das "Denkmal für die ermordeten Juden Europas". Eine Dokumentation, Berlin 1999, S. 883. S. dazu auch den Kommentar: Rayk Wieland, Dialog mit den Kunden. Zur Debatte um das Holocaust-Mahnmal. In: Wolfgang Schneider (Hg.), Wir kneten ein KZ. Aufsätze über Deutschlands Standortvorteil bei der Bewältigung der Vergangenheit, Hamburg 2000, S. 94.

akzeptiert, nimmt das Verbrechen aus der Geschichte heraus und drängt die Historiker auf das Niveau ihrer fernen Anfänge zurück als Geschichtsschreibung Ereignisse und Personen beschrieb, ausschmückte, rühmten und beklagte oder auch anklagte. Darauf konnte sich die Historiographie insgesamt nicht einlassen. Was ihre Aufgabe sei und im Vordergrund zu stehen habe, ist auch in der Goldhagen-Debatte in scharfer Konfrontation und Überspitzung diskutiert worden, wofür eine Äußerung Hans Mommsens zitiert sei: "Es bedarf [...] der Beschreibung der Verbrechen im Einzelnen nicht, und die Aufgabe des analysierenden Historikers kann sich in der Schilderung der unvorstellbaren Gewaltmaßnahmen und Verbrechen gegen die jüdischen Bürger nicht erschöpfen, sondern es muss versucht werden, die Ursachen zu bestimmen." ² Andere Fachleute wieder sind überzeugt, eine bündige Antwort schon gefunden zu haben und verweisen auf Rassismus und Rassenantisemitismus und deren Geschichte. Dritte, und ihnen zähle ich mich zu, haben sich auf Wege gemacht, deren Bestimmung allein schon schwer- und unterschiedlich ausfällt. Wie weit wir dabei gelangen, was sich überprüf- oder doch nachdenkbar herausfinden lässt, soll uns hier heute beschäftigen.

* * *

Das politische Großverbrechen, das die einen Holocaust, die anderen Shoah nennen und das von Historikern begrifflich unverkleidet als der Massenmord an den europäischen Juden bezeichnet wird, hat schon Zeitgenossen unabweisbare Fragen aufgegeben. Heute werden diese mitunter wegen unterlassenen Fragens gerügt. Vorwürfe richten sich namentlich an die Richter und Staatsanwälte des Nürnberger Hauptkriegsverbrecher-Prozesses. Indessen unterschieden sich damals die Aufgaben der Juristen von denen der Historiker, wie sie das auch heute und in Zukunft tun. Die Juristen besaßen den ihnen gemäßen Aspekt und Auftrag: die für die Verbrechen in erster Linie Verantwortlichen zu überführen und nach Recht und Gesetz abzuurteilen.

Seitdem wurden die Untaten Gegenstand einer Kette von Berichten der überlebenden Opfer. Sie führten zu weiteren Ermittlungen von Justizorganen, die zu einem Teil ihren Niederschlag in Dokumentenbänden fanden. Wissenschaftliche Untersuchungen wurden angestellt. Daraus ging eine seit langem nicht mehr übersehbare Menge von Veröffentlichungen hervor. Historiker, Rechts- und Religionswissenschaftler, Soziologen, aber ebenso Politiker, Schriftsteller und Journalisten waren daran beteiligt. Von dieser vielsprachigen Massenproduktion kann nur ein Teil wissenschaftlichen Anspruch erheben. Selbst dieser ist kaum übersehbar geworden. Die

Zitiert in: Nicolas Berg, Der Holocaust und die westdeutschen Historiker, Erforschung und Erinnerung, Göttingen 2003, S. 520.

Geschichte des Holocaust besetzt nach der ihr zugewandten Aufmerksamkeit, den auf sie verwendeten institutionellen und personellen Kräften den ersten Platz innerhalb der Faschismus-(oder wie es hierzulande heißt: der Nationalsozialismus-)Forschung.

Die Öffnung von bis 1990 in Osteuropa weitgehend oder ganz verschlossenen Archiven oder Archivbeständen hat dieser Forschung, die derzeit von einer dritten Forschergeneration vorangetrieben wird, einen mächtigen Impuls gegeben. Die Topographie des Massenmordens wird immer genauer rekonstruiert. Untersucht wird das Wer (also die Frage nach den Tätern, Mittätern und den Opfern), das Wo (die Feststellung der Orte der Verbrechen), das Wann (die Fixierung oder Eingrenzung der Daten), das Wie (die Instrumentarien und Methoden, deren sich die Verbrecher bedienten). Erhellt werden lokale und regionale Besonderheiten des Verlaufs der Untaten, auch spezifische Rechtfertigungen und anderes. Mit keiner dieser Fragen ist die Historiographie an ein Ende gelangt. Erörtert wird auch – Stichwort: Holocaust-Pädagogik –, wie an die Opfer zu erinnern, wie ihrer zu gedenken und wie mit dem Wissen um den "Zivilisationsbruch" zu leben sei.

Am meisten umstritten ist die Frage geblieben, die am Ende der Kette steht. Es ist die nach den Ursachen des Geschehenen, nach den Interessen, die es auslösten und in Gang hielten, und den Zwecken, denen es diente. Sie lautet: Warum. Sie führt, anders als die Fragengruppe, die der Rekonstruktion von Opfer- und Tätergruppen, von Tatsachen und Abläufen gelten, an die Grenzen geschichtlicher Aufklärungsmöglichkeiten. Die gegebenen Antworten treffen zudem auf aktuelle gesellschaftliche und politische Interessen, die nicht erloschen sind, ein Umstand, der je nach der Beschaffenheit dieser Interessen in einem Falle Recherchen vorantreiben und begünstigen, in einem anderen ihnen aber auch hinderlich sein kann. "Eingeständnisse" des ohnehin zu Tage Liegenden und die "Anerkennung" des längst gerichtsnotorisch Gemachten, also etwa Aussagen vom Typ "Deutsche haben den Holocaust begangen", die treffend auch als "pathetische und zu nichts verpflichtende Schuldbekenntnisse" bezeichnet worden sind³, etc., mögen vor dem Hintergrund von Abwendung, Verdrängung und Leugnung aufrichtig und eindrucksvoll erscheinen. Doch ihr Wert ist begrenzt. Vielfach läuft das Gewonnene dann auf die auch nicht gering zu schätzende – vorausgesetzt, es folgen daraus Handlungsvorsätze – Beteuerung hinaus: Das wollen und werden wir nicht wieder tun.

Die Formulierung entstammt einem Gespräch Hannah Arendts mit Thilo Koch. Zitiert in: Nicolas Berg, Der Holocaust und die westdeutschen Historiker, Erforschung und Erinnerung, Göttingen 2003, S. 494.

Neuerdings wird dem angefügt: Das dürfen wir auch nirgendwo sonst auf der Welt zulassen. Die Deutschen hätten aufgrund ihrer Geschichte eine besondere Verantwortung dafür, Wiederholungen durch wen und wo auch immer zu verhindern. Die unbestreitbare Aussage "Deutsche haben den Holocaust begangen" erfüllt aber längst auch einen anderen Zweck. Mit ihr wird ein Schmiereffekt bewirkt, der den höchst unterschiedlichen Grad der Beteiligung und Verantwortung einebnet, wie beispielsweise in der Formulierung von "einer Gesellschaft, die in ihrer Gesamtheit in den Mord an den Juden verwickelt war oder zumindest indirekt von "Arisierungen" aller Arten profitiert hat".⁴ Verwickelt und verstrickt sind Lieblingsvokabeln dieser im Beschreibenden verharrenden Geschichtsbetrachtung.

Die Frage nach dem *Warum* reicht erkennbar tiefer. Sie verlangt eine ungleich weitwinkligere Perspektive, was bedeutet, dass die hochgradige Spezialisierung der Forschung Gewinn und Verlust einschließt. Sie zielt auf die Feststellung von Zusammenhängen und Ursachen, von Interessen und Antrieben des in den Jahren zwischen 1941 und 1945 begangenen Verbrechens. Sie setzt gesicherte Kenntnisse darüber voraus, was der Faschismus international und namentlich in seiner deutschen Ausprägung war. Und die Antworten ergeben gedanklich und praktisch Konsequenzen von anderem Typ. Sie betreffen nicht nur politische und moralische Verhaltensweisen von Einzelpersonen oder mehr oder weniger großen Menschengruppen, sondern die Herstellung und Gestaltung von gesellschaftlichen und staatlichen Zuständen. Der Versuch, die Frage nach dem *Warum* zu beantworten, kann mithin ins sehr Unbequeme führen.

Die Frage nach dem *Warum* des Massenmordes, dessen Opfer vor allem die europäischen Juden, aber auch Angehörige vor allem osteuropäischer Völker, Sinti und Roma, Behinderte wurden, besitzt zwei Aspekte. Der eine lautet: Warum sollten die Juden Europas ermordet werden und gilt den Motiven und Antrieben derer, die das unsägliche Verbrechen ersannen und es in Gang setzten und hielten. Welche Zwecke und welche Ziele verfolgten sie? Der andere lautet: Warum konnte der Vorsatz, die Juden Europas zu vernichten, so weitgehend verwirklicht werden. Er richtet sich auf die Feststellung der verwirklichten Möglichkeit, Täter- und Mittäterscharen zu mobilisieren und ein Massenverhalten zu bewirken, dass diese gewähren ließ. Auch damit wird nach Motiven und Antrieben für Tun und Unterlassen gefragt, aber auf einer anderen Ebene. Während der erste Aspekt – und er wird uns im folgenden allein beschäftigen – eine Minderheit von Personen betrifft, führt der zweite zur Haltung von Millionen, manche subsumieren sie – wie schon erwähnt – im Begriff: die

⁴ Mariam Lau, Der Holocaust als Erbsünde. In: Die Welt, 28. Oktober 2003.

Deutschen. Täter, Mittäter und untätige Zeitgenossen, die allesamt Deutsche waren und sich durch nichtdeutsche Kollaborateure verstärkten, als "die Deutschen" zu bezeichnen, heißt das Fragen, wohin es früh transportiert wurde, aus dem Allgemein-Menschlichen herauszuführen und die Täterfrage gleichsam zu "nationalisieren". Sofern das in die deutsche Geschichte führt und nach den in ihr liegenden Voraussetzungen, sozialen, politischen und ideologischen, gefahndet wird, besitzt das Vorgehen seine unstreitige Berechtigung. Dieses Fragen verliert sich jedoch im Spekulieren, wenn es auf den "deutschen Nationalcharakter" hinausläuft und übersehen wird, dass – erstens – unter den ermordeten Juden eine sechsstellige Zahl Deutscher war, von denen einer ihrer Vorkämpfer für Emanzipation und Assimilationsfreiheit bereits im Vormärz sagte: Deutschland ist unser Vaterland, wir haben kein anderes. Diesen jüdischen Deutschen, an den Glauben der Väter gebunden oder nicht, sollte ihre Zugehörigkeit zur deutschen Nation nicht – nach den deutschen Faschisten ein zweites Mal – abgesprochen werden. Und – zweitens – gab es Deutsche, eine Minderheit gewiss, Antifaschisten vieler Couleur, aber auch Leute, die sich in der Nazizeit nicht um den menschlichen Anstand hatten bringen lassen, die die Mörder bekämpften, das Morden verurteilten, Solidarität mit den Verfolgten übten. Was ist mit deren Nationalcharakter? Waren sie, wie die Nazis behaupteten, dieses Charakters durch "Juden", namentlich durch "jüdische Bolschewisten" beraubt und folglich "veriudet"?

Schon ein flüchtiger Überblick über die Holocaust-Literatur lässt erkennen, dass der zweite der beiden genannten Aspekte (Warum konnte es verübt werden?) seit mehr als einem Jahrzehnt zum bevorzugten Thema von wissenschaftlichen Untersuchungen wurde. Wer waren die SS-, die Polizei- die Wehrmachtseinheiten, wer die lettischen, ukrainischen und anderen Kollaborateure, wer die Naziautoritäten vor Ort, die das Ausrottungs-"Programm" verwirklichten, und wer und was trieb sie an? Demgegenüber trat das Interesse für die Vordenker, "Programmatiker" und Lenker des Mordens an der Regimespitze in den Hintergrund. Während in einer früheren Phase der Holocaustforschung bezweifelt wurde, dass ihnen für die Entwicklung des Verbrechens eine Rolle zukomme, die besondere Aufmerksamkeit erfordere, sind die Führungspersonen derzeit ohne besondere Begründung aus dem Blick geraten. Solcher Wechsel von Perspektiven ist auch in der Geschichtswissenschaft nichts Außergewöhnliches.

Was ist mit der minutiösen Rekonstruktion der Wege und Taten der Mörderschwadronen erreicht worden? Wir wissen heute genauer, in welchem Umfange die Initiativen von Judenmördern in eroberten Städten und Regionen oder ganzen Staaten (Ungarn) den Hergang der Verbrechen und den "Erfolg" der Täter und Mittäter beeinflusst haben. Nachgewiesen ist, dass lokale und regionale Interessen, auch der bloße Ehrgeiz von Personen das Töten vorantreiben konnten und dass anders gerichtete Interessen es abzubremsen vermochten. Wir wissen, dass die Vorantreibenden gegenüber ihren Vorgesetzten und Untergegebenen nicht verlegen waren, vor oder nach der Untat Begründungen für ihr Vorgehen zu geben. Zu ihnen gehörte die Behauptung von den Juden als Träger des Partisanenkampfes, als Verbreiter von Seuchen, als Störenfriede der Besatzungsherrschaft auf diese oder jene Weise usw. Das Geschichtsbild vom Hergang der grausigen Verbrechen und dem elenden Ende der Opfer ist tiefenschärfer geworden. Das ältere, das den Ablauf auf bloßes Befehle-Geben und Befehle-Ausführen reduzierte und in seinen frühen Fassungen noch stark von den apologetischen Bemühungen der Täter ("Befehl ist Befehl") geprägt war, ist gleichsam bei den Akten.

Doch, auch das kein ungewöhnlicher Vorgang im Gang der Wissenschaften, das Neugefundene wurde mitunter überinterpretiert. Der Holocaust erschien als ein aus einer Masseninitiative hervorgegangenes Verbrechen. Das Pendel war – wiederum – auf die entgegengesetzte Seite ausgeschlagen. Dazu trug bei, dass anfängliche Erwartungen, der Weg in die Archive Russlands, Weißrusslands, der Ukraine und der baltischen Staaten werde zur Auffindung bisher unbekannter zentraler Dokumente führen, sich nicht erfüllten. Und es schlug durch, dass die Entschlussbildung an der Regimespitze, die 1984 Gegenstand eines internationalen Kongresses in Stuttgart war, sich auch später lückenlos nicht rekonstruieren ließ. Gleiches gilt für die Befehlswege aus der Zentrale "nach unten". Doch wie viele Tatsachen über Entscheidungen und Befehle von Machthabern vor Ort in den besetzten Gebieten auch noch zutage kommen werden, diese Faschisten in Uniform oder Zivil handelten in einem ihnen vorgezeichneten Rahmen. Sie waren sich bewusst, dass sie, was sie verbrachen, nicht nur mit ausdrücklicher Billigung taten, dass sie es keineswegs nur in der Gewissheit der schweigenden Zustimmung der höchsten Führung taten, sondern einen Auftrag erfüllten, mündlich oder schriftlich erteilt in Form von Befehlen und Weisungen. Es war eine Führungsgruppe des Regimes, die Judenverfolgung und -vertreibung und später den Judenmord in Gang setzte und jeweils deren Platz im Rahmen der Gesamtpolitik bestimmte. Dieses mörderische Projekt lief ihnen nie aus dem Regierungs- und Befehlsruder. Zu keinem Zeitpunkt kamen sie in die Rolle jener Figur, welche die Geister gerufen hatte und ihrer dann nicht mehr Herr werden konnte.

Der Judenmord besaß seinen Platz in den politischen Tages- wie in den Zielkoordinaten der Machthaber. Das gilt schon für die "Kampfzeit". Es trifft für die Jahre

1933 und 1938 zu und ebenso für das Jahr 1941 und die folgenden. Für die erste Etappe, die der Vertreibung, die im Jahr der Machtübergabe einsetzte und bis in die ersten Kriegsjahre hinein dauerte, wobei freilich aus dem Strom der Flüchtenden ein Rinnsal wurde, ist das heute wohl unbestritten. Die Regierenden prüften Vorteile und Nachteile ihrer "Judenpolitik", verschärften oder verlangsamten nach Zweckmäßigkeitserwägungen ihr Vorgehen und verfolgten unbeirrt das Ziel, auch den letzten Juden aus dem Reich zu treiben, wohl wissend, dass ihnen ein Rest vor allem alter Menschen bleiben würde und erörternd, wie und vor allem wovon die bis zu ihrem Tode alsdann unter den "Ariern" lebenden Juden ihren Unterhalt bestreiten würden. Die Nutznießer dieser Etappe sind auch ermittelt. Sie reichen von kleinen Lebensmittelhändlern bis zu den Großverdienern der "Arisierung", von Ärzten, Juristen, Wissenschaftlern und Lehrern, für die Arbeitsplätze und Aufstiegsmöglichkeiten frei gemacht wurden, bis zu den Beziehern von komfortableren Wohnungen schon, als die Nazis die Juden in sog. Judenhäuser zusammenpferchten. Die Aufzählung ist unvollständig. Selbstredend sammelten die Machthaber unter den Judenfeinden auf diesem Pfad politische Sympathien. Diese Nutznießung entstand nicht nur als willkommene Abfallprodukte der Exekution einer Ideologie. Sie besaß ihre historischen Vorbilder, sie waren kalkuliert und von in deutscher (und auch hier: nicht nur in deutscher) Vergangenheit erprobt und wurde den veränderten Zeiten nur einund angepasst. Ideologische, politische und materielle Antriebe bildeten in dieser Etappe ein Geflecht, ihr jeweiliger Anteil ist nicht zu quantifizieren, doch dass gerade die materiellen und finanziellen Vorteile in den Rechnungen gering veranschlagt worden wären, wird sich, verfolgt man insbesondere die letzte Etappe der "Arisierungspolitik" 1938, sich rechtens nicht behaupten lassen. Die Kette der Abwägungen und Gewichtungen ist lang. Sie weist keineswegs nur Ergebnisse auf, die von nüchternem Urteilen sprechen, denkt man allein an die Entgegnung Hitlers auf die Warnung Max Plancks, was aus der Vertreibung der jüdischen Naturwissenschaftler an negativen Wirkungen folgen werde. Doch derartige Fehlrechnungen, partielle oder vollständige, stellen kein Spezifikum der antijüdischen Politik der Naziführung dar. Wo Politik gemacht wird, ist - wie stets und überall - auch Anmaßung, Borniertheit und Dummheit im Spiel.

Ebenso wenig ist dieser Prozess der Diffamierung, Drangsalierung, Demütigung, Enteignung, Beraubung und Vertreibung denkbar ohne die antisemitische Ideologie, ohne Vorurteile, ohne abstrus-groteske Weltbilder von der Rolle der Juden, ohne den Arierwahn, ohne tiefe Hassgefühle, ohne die Kampfstellung gegen die Ideen der Aufklärung, Erscheinungen, die nicht nur als Instrumente zur Rechtfertigung dieser Politik angesehen werden können. Diejenigen, die die Judenverfolgung an der Staats-

spitze und auf den zentralen Führungsebenen in Gang setzten und sie vorantrieben, mögen im Einzelnen in höchst unterschiedlicher Weise motiviert gewesen sein und der Mischungsgrad von Irrationalismus und Rationalismus mag sich von Judenfeind zu Judenfeind unterschieden haben. Aufs gesellschaftliche, also faschistische Ganze indessen wirkte beides ineinander, konnte dieser jenen verstärken und umgekehrt.

Der Punkt, an dem sich die Standpunkte auf wissenschaftlichem Feld scharf von einander scheiden, betrifft den Übergang von der Vertreibung zur Vernichtung der Juden, der sich 1941 vollzog. Als der erreicht war, so eine verbreitete Behauptung, triumphierte die Ideologie, hinter der angeblich jede rationale Erwägung zurück zu treten gehabt hätte und der reine Wahn- und Widersinn die Herrschaft antrat. Ein Verbrechen ohne Sinn und Nutzen für jene, die es beschlossen und verüben ließen, hätte seinen grausigen Anfang und Fortgang genommen. Léon Poliakov und Joseph Wulf sprachen in ihrer denkwürdigen frühen Arbeit "Das Dritte Reich und die Juden" einleitend von "absoluter Sinnlosigkeit"⁵ des Geschehens und in dem Folgeband "Das Dritte Reich und seine Diener" schrieben sie, dass das Morden "entsetzlicher Selbstzweck (war) und nicht nur grauenhaftes Mittel zur Erreichung eines gewissen Zieles".6 Das Böse, so auch Gustav Seibt, sich auf Hannah Arendt beziehend, sei in Gestalt der Konzentrations- und Vernichtungslager "zum Selbstzweck" geworden.⁷ Arendt, die schon als Titel eine Arbeit im Jahre 1950 die Kennzeichnung "Die vollendete Sinnlosigkeit" wählte, schrieb darin: "Denn die Wahrheit war, daß im Unterschied zu allen anderen antijüdischen Maßnahmen, die einen gewissen Sinn machten und ihren Urhebern irgendwie zu nutzen schienen, die Gaskammern niemandem nutzten."8 Und an anderer Stelle schrieb sie von einer "Tat jenseits aller ökonomischen Zweckhaftigkeit".9 Indessen. Auch wo diese Interpretation regiert, wird mitunter zugestanden, dass im einzelnen noch Nutzenkalküle angestellt wurden, die eine Verlangsamung des Mordens bewirkten, was die unbeabsichtigte Folge zeitigen konnte, dass zum Tode Bestimmte schließlich überlebten. Gleichzeitig jedoch sind genügend Tatsachen bekannt, die vom geraden Gegenteil sprechen und bezeugen, dass Gruppen von Juden umgebracht wurden, obwohl Eroberer und Besatzer sie zunächst für ihre Zwecke verwenden und daher noch leben lassen wollten. Letztere stehen dafür, dass das Endziel über Teil- und Zwischenziele obsiegte. Beide "Fälle" aber betreffen Details im Verlauf des Verbrechens.

⁵ Léon Poliakov/Joseph Wulf, Das Dritte Reich und die Juden. Dokumente und Aufsätze, Berlin 1955 S. 3.

⁶ Léon Poliakov/Joseph Wulf, Das Dritte Reich und seine Diener. Dokumente, Berlin 1956, S. XIII.

Gustav Seibt, Zweitausend, In: Im Spiegel der Jahrhundertwenden, Berlin 1999, S. 380 f.

Hannah Arendt, Die vollendete Sinnlosigkeit, in dieselbe, Israel, Palästina und der Antisemitismus. Aufsätze, hg. von Eike Geisel, Klaus Bittermann, Berlin 1991, S. 14 f.

⁹ Hannah Arendt, Konzentrationslager. In: Die Wandlung, 3. Jg. 1948, H. 4, S. 314 f.

Im Ganzen aber gelte, so die nach meinem Befund dominierende Interpretation, dass der Massenmord an den europäischen Juden ohne rationale Erwägungen und gegen sie geschah. Zum Beweis dessen werden vor allem zwei Argumente ins Feld geführt. Das eine lautet, es seien doch Arbeitskräfte umgebracht worden, was in Zeiten ihres Mangels offensichtlich rational nicht erklärt werden könne. Diese These verknüpft sich übrigens häufig mit der sich daran anschließenden, wonach der Judenmord geradezu der Beleg schlechthin dafür sei, dass das Naziregime über den Kapitalismus hinausgelangt sei, der Arbeitskräfte brauche, nutze, ausbeute, sie deshalb auch ernähre und ihre Fortpflanzung sichere, aber sie doch nicht vernichte. Damit, dies eine weitere Schlussfolgerung, sei auch das marxistische Verständnis des Faschismus blamiert.

Das Starargument, dass den Widersinn aber geradezu sinnfällig machen soll und das weite Verbreitung gefunden hat, besagt, der Judenmord habe selbst vor den Kriegsund Wehrmachtsinteressen Vorrang besessen und das würde bewiesen durch die Verteilung der Transportkapazitäten zugunsten der Judenmörder. In äußerster Zuspitzung ist behauptet worden, das Regime hätte schließlich, da es den Kriegssieg nicht zu erreichen vermochte, wenigsten den "Krieg gegen die Juden" total, vollständig gewinnen wollen. Beide Argumente stehen auf tönernen Füßen. Das erste unterstellt ein prinzipielles Interesse der kapitalistischen Gesellschaft an Menschen, die sich als Arbeitskräfte verwenden lassen. Das ist aber, wie ein Blick in die Geschichte des Kolonialismus zeigt, nicht der Fall. Dieses Interesse war stets eingeschränkt auf die kurz- und mittelfristig verwertbaren Kräfte, nie auf die Gesamtheit der Menschen, welche die Eroberer in Amerika, Afrika und Asien in ihre Hand brachten. Das zweite lässt sich im direkten Nachweis widerlegen. Dass der Entzug von Lokomotiven, Waggons und Schienenwegen zu Ungunsten der Kriegszwecke erfolgt sei, gehört in das Reich der Legenden. Himmler trat gegenüber dem Staatssekretär im Reichsverkehrsministerium als Bittsteller auf, als er die Vernichtung der Juden des Warschauer Ghettos beschleunigen wollte.

Manche Verfechter der These von der Sinn- und Nutzlosigkeit des Judenmords räumen ein, dass der Antisemitismus, selbst in seiner mörderischen Ausprägung für sich allein genommen, das Verbrechen nicht zu erklären vermag. In den Worten Hannah Arendts: "Weder Schicksal der europäischen Judenheit, noch die Errichtung der Tötungsfabriken kann vollständig mit dem Hinweis auf den Antisemitismus erklärt werden."¹⁰ Im gleichen Sinne Hans Mommsen: "Der Antisemitismus war nicht der Grund, sondern die notwendige, aber nicht hinreichende Bedingung für das Verbre-

¹⁰

chen."¹¹ Was aber dann? Was muss – zumindest – noch bedacht, in die Analyse aufgenommen werden? Die Antworten lauten: Das gesamte Weltbild der Machthaber, ihre Vorstellungen vom Erdball und dessen Beschaffenheit nach ihrem Kriegssieg. Die Bahnen der Geschichte von Antijudaismus und Antisemitismus müssen dann verlassen werden. Es muss von den Generalzielen des Systems gehandelt und – so eine Formulierung Joseph Wulfs – "die enge Verflechtung von politischen, rasseideologischen und wirtschaftlichen Zielen"¹² in den Blick genommen werden. Die Ideologie entschwindet diesem Herangehen nicht. Die Fragen betreffen dann aber das Weltbild der deutschen Faschisten als Ganzes – manche sprechen von einer Utopie, andere von einer Vision. Wie ist das zu beschreiben und – wichtiger noch – war es ein reines Wahngebilde oder besaß es Bodenberührung?

Anders ausgedrückt: Waren die Zielvorstellungen der deutschen Machthaber um Hitler ein Gemisch aus Irrationalem und Rationalem und, wenn dies bejaht wird, worin bestanden dann deren rationalen Elemente und Faktoren. Letztere sind kein Geheimnis und lassen sich aus den Quellen entnehmen. Je mehr im Verlaufe des Krieges an Menschen, Ländereien und Reichtümern erobert und zusammengeraubt wurde, desto schärfer stellte sich das Problem der Bedingungen ihrer dauernden Beherrschung und Verwertung (Ausbeutung). Hitler sprach – oft zitiert – davon, dass man den Kuchen handlich zerteilen müsse. Erörtert wurde, was angesichts des zunehmenden Partisanenkampfes nahe lag, wie Aufstände in den Reichskommissariaten im Osten militärisch niederzuschlagen wären. Und in diesem Zusammenhang wurde, wie bekannt, bereits vor dem Eroberungszug zur Zerschlagung der Sowjetunion die Frage gestellt, wie viel überflüssige Menschen (Esser) sich im deutschen Einflussgebiet befinden würden, wenn man dieses bis zum Ural ausgedehnt haben würde, und was mit ihnen zu geschehen habe. Als solche Überflüssige wurden die Juden im Reich bereits angesehen, bevor es zu Ausarbeitungen wie der Grünen Mappe und dem Generalplan Ost kam. Mehr noch: die Juden galten in jedem Sinne als Gefahr wegen der blutsmäßigen Eigenschaften und Fähigkeiten, die ihnen angedichtet wurden. Auf der Stufenleiter der Untermenschen waren sie auf die unterste Sprosse gesetzt und das bedeutete, in der Reihe der zu Vernichtenden gerieten sie auf Platz eins. Ihre Ausrottung galt diesem Verständnis als so selbstverständlich, dass während der sog. Wannseekonferenz im Januar 1942 vom Chef des Reichssicherheitshauptamtes Reinhard Heydrich nicht in einem Nebensatz versucht wurde, dem Töten eine Begründung zu geben.

Hans Mommsen in einem Interview mit der Berliner Zeitung (24. Juli 1996): "Wenn die Dinge so einfach lägen [...]"

¹² Zitiert in: Nicolas Berg, Der Holocaust und die westdeutschen Historiker, Erforschung und Erinnerung, Göttingen 2003, S. 464.

Fazit: In den Zielvorstellungen vom germanischen Weltreich flossen reale Machtund Ausbeutungsinteressen an Kohle, Erzen, Erdöl, Lebensmitteln zusammen mit der Ideologie von Herren- und Untermenschen. Dieses expansive imperialistische Projekt der Weltvorherrschaft wurde nicht aus dem Nichts neu geschaffen, doch seine älteren Vorbilder wurden "nationalsozialistisch" umgeprägt. Um es noch einmal zu sagen: Ohne ideologische Voraussetzungen und Dispositionen konnte der Massenmord an den europäischen Juden nicht beschlossen und in Gang gesetzt werden. Zu ihnen gehört eine weithin menschenfeindliche Ideologie, deren Verfechter und Anhänger die Ideen der Aufklärung mit den Devisen "Von der Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt" und "Raum für alle hat die Erde" strikt ablehnten. Dadurch wurde Platz für eine Ideologie, die, als sie Massen ergriff, zur materiellen, in diesem Falle zur mörderischen Gewalt werden konnte. Wahn und Kalkül brachten das Massenmorden hervor, beide gewachsen auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft. Die Deutung des Holocaust als "Rückfall in die Barbarei" verortet das Geschehen falsch. So stark die Geschichte der nazistischen Judenverfolgungen an Vorgänge früherer gesellschaftlicher Systeme erinnern mag, sie entsprang ursächlich den auch gegenwärtigen Zuständen. Die nazifaschistischen Zukunftsvisionen orientierten sich nicht an Bildern aus voraufklärerischer Zeit. Das "Großgermanische Weltreich", ein Staat ohne Juden und nicht nur ohne sie, sondern auch ohne andere als unbrauchbar und störend geltende Menschengruppen - man denke an das den Tschechen Zugedachte – war nach allen Planungen kein mittelalterliches, sondern ein kapitalistisches Gebilde. Hitler versicherte das den Führern der deutschen Industrie 1944 in seiner letzten an sie gerichteten Rede in Linz. In diesem Reich sollten die deutschen Arbeiter unter allen Ausgebeuteten weitaus am besten leben, belohnt für ihre Rolle als unentbehrliche Helfer bei der Auspowerung der Brauchbaren unter den "Fremdstämmigen". Darauf war ein Teil der Arbeiterschaft während der Kriegsjahre schon eingeübt worden.

Der Zusammenhang von Judenmord und Kapitalexistenz mit den hervorwachsenden Tendenzen und Interessen ist nicht aus der Geschichte einzelner Konzerne oder anderer Unternehmen zu erschließen, sondern nur aus der Analyse der tatsächlichen Bewegung des Regimes als Ganzes. Sich nur auf die blutigen Spuren – um den eben wieder angerufenen "Fall" zu nennen – von Degussa oder eines anderen einzelnen industriellen oder Bankunternehmens zu setzen, führt in die lange Geschichte von Vorteilsnahmen, Gewinnen und Profiten der "arischen" Kapitaleigner. Sie setzt 1933 unblutig und da auch noch den juristisch fixierten Spielregeln folgend ein: Mitglieder von Aufsichtsräten und Vorständen werden, wenn sie als Juden gelten, aus den Gremien entfernt und abgefunden und haben ihre Plätze für Nichtjuden freizumachen.

Alsbald folgten die Möglichkeiten der noch als korrekte Geschäfte ablaufenden oder als solche nur getarnten Bereicherungen, die sich ergaben, weil Juden ihr Eigentum unter dem wachsenden Verfolgungsdruck losschlagen mussten. Die letzte Stufe dieses Prozesses wird bezeichnet durch die ihre Lebenskräfte erschöpfende Ausbeutung der Juden in KZ und Vernichtungslagern. Diese Geschichte belegt für Kapitaleigner und Manager, was für das Regime insgesamt gilt, deren rasch fortschreitende Verrohung bis zur Barbarisierung. Wie diese Geschichte sprachlich bewältigt wird, dafür gab die "Süddeutsche Zeitung" jüngst ein Beispiel mit der Formulierung: "Weil die Vernichtung der Juden in bürokratisch-industrieller Form vollzogen wurde, haben sich viele deutsche Firmen kompromittiert." Indessen, so die übliche Fortsetzung des "Eingeständnisses", hätten sie sich gewandelt, die schlimmen Tatsachen seien in ihren Firmengeschichten nicht ausgelassen, für Zwangsarbeiter wäre in den entsprechenden Fond gezahlt worden usw. Der gewiss wichtige Verweis auf diese im Vorkrieg und Krieg skrupellos erzielten Vorteile und Profite vermag jedoch den Zusammenhang zwischen Kriegszielpolitik, Endsiegplanungen und der sozialökonomischen Basis, aus der sie erwuchsen, und dem Judenmord nicht zu enthüllen. Dieser, das am weitesten vorgetriebene Verbrechen, auf der Schwelle zum Endsieg, welche die Machthaber schon überschritten glaubten, begonnen, verwies über das Kriegsende hinaus in die Nach-Endsieg-Zeit. Das Verbrechen war, das nimmt ihm von seiner Ungeheuerlichkeit und Einzigartigkeit¹³ nichts, gemessen an den Planungen eine Eröffnung. In Worten Hannah Arendts, aus dem Jahre 1950: "Der Antisemitismus hat nur den Boden dafür bereitet, die Ausrottung ganzer Völker mit dem jüdischen Volk zu beginnen."¹⁴ Diese Sicht bezeichnet das Verdienst aller, die erreichten, dass dieser Imperialismus nicht weiterkam.

Diese nüchterne Sicht auf den Holocaust setzt sich dem Verdacht aus, das Andenken an die Opfer zu schmälern. Mitunter war zu hören: Für die Opfer sei es schließlich ganz und gar gleichgültig, warum sie umgebracht wurden. Sie seien tot und zu betrauern und sezierende Analysen raubten die Fähigkeit des Gedenkens und des Trauerns. Indessen erscheint die "Pflicht, Partei für die Opfer zu ergreifen" (Joseph Wulf), mit der Darstellung ihrer Leiden und ihres Sterbens nicht erfüllt. Denn wer Geschichte nur als Quelle der Stille und der Tränen ausrichtet, begibt sich der Mög-

Der Begriff Einzigartigkeit wird im Hinblick auf den Holocaust höchst unterschiedlich ausgefüllt. Bei Hannah Arendt geschieht das in Abgrenzung von anderen Auffassungen so: "Das Einzigartige ist weder der Mord an sich, noch die Zahl der Opfer, ja nicht einmal die Anzahl der Personen, die sich zusammengetan haben, um all dies zu verüben. Viel eher ist es der ideologische Unsinn, die Mechanisierung der Vernichtung und die sorgfältig kalkulierte Errichtung einer Welt (gemeint sind hier die KZ und Vernichtungslager, K. P.), in der nur noch gestorben wurde, in der es keinen, aber auch gar keinen Sinn mehr gab." Die vollendete Sinnlosigkeit, S. 30.

Hannah Arendt, Die vollendete Sinnlosigkeit, S. 14.

lichkeit, die Gegenwart und ihre Gefahren klaren Blickes wahrzunehmen. Nach meiner Überzeugung gibt es keinen anderen Weg, dem Andenken an die Opfer gerecht zu werden, als eben den Versuch, dem Geschehenen auf den Grund zu gelangen und dafür zu sorgen – das ist die einzige mögliche Form der Wiedergutmachung –, dass es nicht wieder geschieht. Die Forderung, den "Hitler in uns" zu suchen, mag gut gemeint sein und gar dem gleichen Ziele gelten. Sie erweist sich aber auch als bestens geeignet, von den gesellschaftlichen Zuständen und den aus ihnen erwachsenen Verursachungen wegzulenken. Das ist nicht die Aufgabe des Historikers.

Vortrag in Hamburg am 30. Oktober 2003

"Wiedergutmachung an den Juden". Eine frühe Forderung deutscher Emigranten

Bescheidener war die Aufmachung der Druckschrift schwer denkbar. Die sie verfassten, den 24 Seiten umfassenden Text "Zur Frage der Wiedergutmachung an den Juden" betitelten und für ihre Verbreitung sorgten, waren nichts weniger denn Krösusse. Die Rede ist von den Mitgliedern des Freien Deutschen Kulturbundes, einer Organisation deutscher Emigranten in Großbritannien. Sie besaß ihr Zentrum in der Hauptstadt des Landes, das ihnen Asyl geboten hatte und unter ihren Mitgliedern spielten deutsche Kommunisten eine wichtige, keine kommandierende Rolle.

Am 15. November 1942 fanden sich die Bundesmitglieder mit deutschen und britischen Gästen zu einer Versammlung in der Londoner Stern Hall zusammen. In diesen Wochen war es, wenn auch das Ausmaß der Untaten noch nicht ermessen werden konnte, zur entsetzlichen Gewissheit geworden, dass die deutschen Machthaber und deren Helfer "Polen zum Schlachthaus der Juden Europas" gemacht und auf dem Territorium der UdSSR bereits Abertausende Juden hingemordet hatten. Den Zeitpunkt dieser Initiative des Kulturbundes wird nur angemessen würdigen können, wer sie vor dem Hintergrund der nahezu zeitgleichen Aktionen jüdischer Organisationen und Persönlichkeiten sieht, die Welt über das ungeheuerliche Morden an den Juden im faschistisch-besetzten Europa aufzuklären, einen Vorgang, der das Vorstellungsvermögen so vieler weit überforderte. Erst am 17. Dezember 1942 kam es zu jener denkwürdigen gemeinsamen Erklärung von elf Regierungen und des Französischen Nationalkomitees, welche half, den inzwischen aber noch keineswegs weithin bekannt gewordenen Nachrichten über den "Holocaust" ihre unbezweifelbare Glaubwürdigkeit zu geben.

Die "Freien Deutschen", denen sich die Mitglieder des Bundes zuzählen konnten, hatten auf jener Veranstaltung, deren Zeitpunkt auch im Gedenken an die Pogromnacht 1938 gewählt worden war, eine Erklärung verlesen. Ihr Kernstück war die Forderung nach "Wiedergutmachung" des Unheils, das seit 1933 in Deutschland und nun auch in den eroberten Ländern über die Juden gebracht wurde. Die Verfasser versicherten, sie würden nach der Zerschlagung des Naziregimes für ein Gesetz eintreten, das sich eben darauf richten müsse. Und sie formulierten dessen Kernaussagen: Aufhebung aller Ausnahmegesetze, Strafandrohung gegen Rassenhetze, Wiederherstellung der Staatsbürgerschaft für die Ausgebürgerten, Finanzierung der Rückkehr der Vertriebenen auf Staatskosten, Wiederaufbau der Synagogen, Rückerstattung des geraubten Gemeindeeigentums, besondere Maßnahmen zur Schaffung jüdischer Schulen, Unterstützung der Schaffung eines jüdischen Nationalstaates im

Rahmen einer internationalen Regelung. Im kommenden Deutschland müssten spezielle Gesetze erlassen werden, die materielle Wiedergutmachung sowohl "Rückkehrer" wie für "Weiterwanderer" zu bestimmen hätten. Das sei, hieß es in einem Kommentar, auch eine "moralische Verpflichtung des deutschen Volkes", das dafür Mittel und Wege finden könne und werde. Man werde sich an alle, welche die Juden ausgeplündert hatten, und vor allem an jene halten, die das am schamlosesten und erfolgreichsten getan hätten.

Unter denen, die als Angehörige des Klubvorstands die Deklaration unterschrieben hatten, befanden sich Deutsche, deren Namen später namentlich im Osten des Landes weithin bekannt wurden: John Heartfield, der Wirtschaftswissenschaftler Jürgen Kuczynski, der Historiker Alfred Meusel, der Musikwissenschaftler Ernst Hermann Meyer, der Schriftsteller Max Zimmering. Mit weiteren findet sich unter dem Text auch die Unterschrift des Bildhauers Heinz Worner, der heute hochbetagt in Berlin lebt. Ihre gemeinsame Erklärung fand Aufmerksamkeit und erregte Zustimmung vor allem auch unter emigrierten deutschen Juden, die dem Bund nicht angehörten, sowie unter britischen Juden und bei deren Organisationen. Oberrabbiner J. H. Hertz richtete an den Vorsitzenden des Bundes, Johann Fladung, am 24. Dezember 1942 Worte des Dankes und der Hoffnung im Hinblick auf einen "siegreichen Frieden". Rabbiner L. Gerald Graf schrieb ihm, es sei in der "Erklärung" die "Redeweise jener Menschen wiedererwacht, die einst für das Recht und die Gleichberechtigung der deutschen Juden ihre Stimme erhoben". Dr. F. Mainzer versicherte, es falle schwer auf diesen Ruf "eine andere Kritik zu finden als einen Händedruck".

Andere bezogen mit ihrer Zustimmung zu Themen und Fragen Stellung, die mit der Äußerung des Kulturbundes aufgeworfen worden waren. Strittig war, ob aus Deutschland vertriebene Juden, nach allem, was ihnen und ihren Angehörigen geschehen war, je wieder in das Land zurückkehren könnten und sollten. Einige kündigten an, dass sie das tun wollten, andere hielten es für ausgeschlossen. Umso mehr wurde begrüßt, dass die Forderung nach Wiedergutmachung unterschiedslos erhoben worden war. Mehrere teilten dem Bundesvorstand ihre Meinung zur Mitverantwortung der Deutschen an den Verbrechen mit. Walter Eisen wandte sich gegen die Annahme, "dass gerade das deutsche Volk besondere, es von allen anderen Völkern abhebende schlechte Eigenschaften habe". Fritz Demut, einer "Notgemeinschaft deutscher Wissenschaftler im Exil" zugehörend, bemerkte, dass die Wiedergutmachung nicht nur den Betroffenen gelte, sondern auch der Wiederherstellung "der Ehre und des Anstands der ganzen Menschheit". Max Breslauer machte sich Gedanken über eine internationale Zentralstelle für Wiedergutmachung, für deren und einer

künftigen deutschen Regierung Aufgaben auch die von den Faschisten ins Ausland verbrachten Geldbeträge und anderen Werte herangezogen werden könnten.

Die Druckschrift des Bundes, kleiner als ein Oktavheft, wurde durch zwei – in meiner Ausgabe inzwischen rostig gewordene - metallene und durch zwei geistige Klammern zusammengehalten. An ihrem Anfang war Johannes R. Bechers Ballade "Der Jude" abgedruckt. Sie erzählt die Geschichte eines Juden, dessen Peiniger von ihm die Entwürdigung seiner selbst fordern und der, niederbrechend schon, den Mördern nicht sagt, was sie aus ihm herausprügeln wollten, sondern: "Ich bin ein Mensch!" Am Ende der Texte wurde aus einer Rede zitiert, die der von der Nazipropaganda verteufelte Präsident des Jüdischen Weltkongresses, Rabbiner Stephen I. Wise, in Mexiko als Gast der Organisation "Menora", eines Zusammenschlusses antifaschistischer Juden deutscher Sprache, gehalten hatte: "Wäre ich ein deutscher Jude, ich würde mich meines deutschen Charakters nicht berauben lassen durch Hitler und Goebbels. Deutschland, das deutsche Volk werden weiter bestehen bleiben und werden Hitler um Jahrhunderte überleben." Diese Verklammerung war nichts weniger als zufällig. In der Anklage im Gedicht des kommunistischen Emigranten in Moskau wie in der Zuversicht, die aus der Rede des Rabbiners sprach, drückte sich die Gedanken- und Gefühlswelt jener Deutschen aus, die sich nicht nur in London Antifaschisten nannten.

Ein früh erworbenes Verdienst. Judenverfolgung und Judenmord vor dem Nürnberger Tribunal 1945/46

Im Jahre 2005 sind seit der Eröffnung der Verhandlungen des Internationalen Militärtribunals gegen Hermann Göring u. a. sechs Jahrzehnte vergangen. Nur eine Minderheit von Zeitgenossen, Menschen in europäischen und überseeischen Staaten, denen das Stattfinden dieses Prozesses eine Genugtuung war und die seinen Verlauf gebannt verfolgten, ist noch am Leben und vermag sich zu erinnern. Für die Nachwelt wurde, was in Nürnberg von Staatsanwälten, Richtern, Verteidigern, Zeugen und Angeklagten gesagt worden war, dazu die vom Gericht anerkannten und benutzten Dokumente in einem Wortprotokoll festgehalten. Die 42 gedruckten Bände "Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof. Nürnberg 14. November 1945 – 1. Oktober 1946. Veröffentlicht in Nürnberg, Deutschland 1947" (fortan: IMT) bilden bis heute eine unentbehrliche Fundgrube für alle, die mit der Erforschung der Geschichte des deutschen Faschismus und des Zweiten Weltkrieges befasst sind. Sie bezeugen das Verdienst der Juristen und ihrer Helfer, derer, die im Gerichtssaal auftraten, und der anderen, weniger bekannten, die in bewundernswert intensiver Arbeit die sich türmenden Stöße erbeuteter Schriftstücke sichteten und nach im Prozess verwertbaren Beweisen für die Taten der Angeklagten fahndeten, damit sie im Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vorgelegt werden konnten. Denn trotz aller Bestrebungen der Machthaber und ihrer Büttel, ihre schriftliche Hinterlassenschaft zu minimieren und vor allem sie belastende Dokumente zu vernichten, war ihnen das nur zu einem Teil gelungen.

Dabei konnte sich die unmittelbar auf das Gerichtsverfahren richtende Tätigkeit und die weitere, die in seinem Verlauf fortdauerte, auf Vorarbeiten stützen, die in mehreren Ländern der Anti-Hitler-Koalition geleistet worden waren. Sie hatten insbesondere unter dem Dach der International War Crimes Commission stattgefunden, die im Oktober 1943 mit Sitz in London gebildet worden war. Daran hatten sich 17 Länder beteiligt. Gleichzeitig waren analoge Arbeitsstäbe in mehreren Staaten gebildet worden. In Washington existierte im Kriegsministerium ein War Crimes Department. So waren bereits vor Kriegsende auf verschiedenen Wegen gewonnene Informationen über Naziverbrechen, begangen während der Kriegshandlungen und in den besetzten Gebieten, gesammelt worden und Listen von Personen, die an Verbrechen beteiligt waren oder als verdächtig galten, an ihnen mitgewirkt zu haben in Listen erfasst worden.

Das Hauptproblem bestand für die Ankläger und ihre Stäbe darin, die Taten und die Täter zu einem Tatbild so beweiskräftig zusammenzuführen, dass es für die Anzukla-

genden, von denen Mithilfe bei der Feststellung des Geschehenen und dem Auffinden der Wahrheit nicht erwartet wurde, kein Entkommen gab. Die Hauptarbeit war freilich erst zu leisten, als der Zugriff zu den Dokumenten erkämpft war, zur papiernen Hinterlassenschaft des Regimes. Um sie zu bewältigen, siedelten die Juristen und deren Helfer in das besetzte Deutschland um. Diese Gruppe wurde mit dem Blick auf den nahenden Termin der Eröffnung der Verhandlungen kontinuierlich ergänzt und vergrößert. Anfänglich konzentrierte sich das Ermitteln noch und fast zu lange, wie Robert M. W. Kempner berichtet hat, auf das "historische Ganze", bis alle Arbeit strikt auf die anzuklagenden Personen und den hieb- und stichfesten Nachweis ihrer Rolle konzentriert wurde. (Kempner, 1982: 220, 209)

Heute, nach Jahrzehnten intensiver Forschungen, ist es kaum noch möglich, sich vorzustellen, wie viele Fragen die Spezialisten der Siegermächte an das zerschlagene Regime, seine Struktur, die Verteilung von Rechten, Kompetenzen und Aufgaben, die Rolle der Organisationen und ihre Funktionsweise zu stellen hatten, auf die sie zunächst keine oder nur lückenhafte Antworten besaßen. Fragen, auf die heute jeder Student in einem Spezialseminar unschwer Antworten erhalten kann. Rückblickend hat Kempner den "Nürnberger Gerichtsstaat" als "die größte politologische und historische Forschungsstätte, die jemals existiert hat", bezeichnet. (Kempner, 1983: 223) Diese Kennzeichnung übertreibt nicht. Wie reich an Personalbestand und verfügbaren Mitteln, die finanziellen einbegriffen, später forschende Einrichtungen, die sich mit dem deutschen Faschismus befassten, ausgestattet worden sind, keine reichte an diesen Apparat heran.

Auch dessen Ziele und die sich aus ihnen ergebende Arbeitsmethodik waren einmalig. In welcher Geruhsamkeit entstehen heute wissenschaftliche Monographien und Gesamtdarstellungen verglichen mit dem Zeitdruck, unter dem 1945/46 die Anklagebehörde mit ihren Helfern tätig war! Während der Prozess stattfand, wurde weiter nach Beweismaterial gefahndet, Gefundenes aufbereitet und in die Verhandlungen eingeführt. Wenn sich Leistung aus Arbeit pro Zeiteinheit errechnet, dann haben die Beteiligten einen Wert vorgegeben, der in späteren Jahrzehnten historiographischer Arbeit nicht zu übertreffen war. Das spricht übrigens beispielhaft für das Gewicht des "Faktors Praxis", und zeugt von der Rolle einer konkreten Zielvorgabe auch in geistigen Arbeitsprozessen, zumal dann, wenn alle, die sie voranbringen, von der Bedeutung ihres Tuns überzeugt sind.

Zu den Hürden, welche Ankläger und Richter in Nürnberg zu nehmen hatten, gehörte die nicht zu übertreffende Dreistigkeit, mit der die Angeklagten logen. Auch dabei wurden sie von ihren Verteidigern unterstützt. Der einstige Reichsmarschall

präsentierte sich, sicher geleitet von Fragen seines Verteidigers, (der seine chronologisch geordneten stichwortartigen Vorgaben freilich besser im Jahr 1938 abbrach), als gemäßigter Antisemit. Als solcher habe er, entgegen den Ratschlägen, die Hitler von Goebbels (IMT, IX, 312, 570) und anderen als Radikale bezeichneten Führer wie Himmler und Heydrich zukamen, in der antijüdischen Politik ausgleichend und abmildernd gewirkt. Seinen Anteil an der justizförmigen per Gesetzen und Verordnungen vorangetriebenen Verfolgung der Juden, die Göring angesichts seiner vielen ihm vorgehaltenen Unterschriften nicht abzuleugnen vermochte, erklärte er als Schritte zur Ordnung des Zusammenlebens der Rassen, notwendig geworden durch das Verhalten der Juden, die sich in Politik, Kultur und Wirtschaft störend vorgedrängt hätten. Radikalisierte und ursprünglich angeblich nicht beabsichtigte Maßnahmen wären durch den Kampf der Juden gegen den Nationalsozialismus verschuldet worden. Vom Judenmorden, das betraf das von allen Angeklagten am meisten gefürchtete Thema, und namentlich von dessen Ausmaß habe er nicht annähernd Kenntnis besessen. Geschweige, dass er es gebilligt haben würde. Nur "Vergehen" seien ihm in Einzelfällen zur Kenntnis gekommen. Görings Anwalt sagte, sein Mandant hätte erst gegen Kriegsende, als Millionen Juden getötet waren und sich nichts mehr ändern ließ, von der biologischen Vernichtung "Kenntnis erhalten". Er hätte sich ihr sonst widersetzt. (IMT, XVII, 584)

Fritz Sauckel, einst NSDAP-Gauleiter, antwortete auf die Frage seines Verteidigers Robert Servatius, ob es in Thüringen Judenverfolgungen gegeben habe, mit "Nein". In seinem Gau hätten nur wenige Juden gelebt, an Ereignisse während des Pogroms 1938 könne er sich nicht erinnern und ebenso wenig an die Existenz von Synagogen. Es sei nicht ausgeschlossen, dass einige Fensterscheiben zu Bruch gegangen wären. (IMT, XIV, 676) Doch wurde Sauckel anhand von Dokumenten überführt, dass er, im Kriege als Generalbevollmächtigter für die Herbeischaffung von Arbeitskräften für die Kriegswirtschaft zuständig, die Landesarbeitsämter angewiesen hatte, jüdische Arbeitskräfte aus dem Produktionsprozess "abzulösen", damit sie "evakuiert" werden könnten und sie durch andere Kräfte zu ersetzen. Ja, feindlich sei er den Juden schon gesonnen gewesen, aber doch nur so, dass sie aus Stellungen herauskamen, in denen sie zersetzend wirken konnten. (IMT, III, 452 f. u. XV, 141 f.)

Angeklagte und Verteidiger konnten vor Gericht darauf vertrauen, dass ihre antisemitische Gesinnung und ihre Teilnahme an Maßnahmen, die den Juden im Reich die bürgerlichen Rechte entzogen, sie benachteiligten und diffamierten, für sich genommen nicht als strafbar angesehen wurden. Erst wenn diese Handlungen als Schritte auf dem Wege zum Aggressionskrieg galten, waren sie dem Statut des Gerichtshofes

zufolge zu ahnden und zu bestrafen. Und diesen Nachweis auf die Personen zugeschnitten zu führen, erwies sich als nicht einfach. Denn selbst wenn, wie im Falle der Beraubung der Juden der Zusammenhang zu dem Interesse, die Kriegskasse zu füllen, zutage lag, blieb den Angeklagten die Ausflucht, sie wären nur für die militärische Gleichberechtigung Deutschlands gegenüber den anderen hochgerüsteten Staaten gewesen, nicht aber für einen kriegerischen Einfall in andere Staaten.

So argumentierte Hjalmar Schacht, einst Reichsbankpräsident (1933), komm. Reichswirtschaftsminister (1934) und Generalbevollmächtigter für die Aufrüstung (1935). In einer Diktion, die den Begründungen der NSDAP während der Anfänge der praktizierten Judenfeindschaft folgte, behauptete er, dagegen gewesen zu sein, dass Juden einen "überwiegenden Einfluss" auf "Regierungsfragen" behielten, den sie in der Weimarer Republik in Wirklichkeit nie besessen hatten. Darüber hinausgehende Maßnahmen habe er verhindert, solange er Minister gewesen sei. (IMT, XII, 643 f.) Kühn sagte sein Verteidiger Rudolf Dix, der Pogrom 1938 wäre nicht geschehen, wenn Schacht, der als der "mutigste und aktivste Schützer der Juden" gegolten habe, noch sein Amt behalten hätte. (IMT, XII, 492 u. XVIII, 318)

Auch Albert Speer erklärte sich zu einem Beschützer der Juden und dies während der Phase, da sie deportiert und zu Hunderttausenden ermordet wurden. "Ich wusste, dass die Nationalsozialistische Partei antisemitisch ist, und ich wusste, dass die Juden aus Deutschland evakuiert worden sind", sagte er dem Gericht im Stil eines Bekenners, doch nur um anzuschließen, er habe sich für den Verbleib der in der Rüstungsindustrie schuftenden Juden an ihren Plätzen eingesetzt – schließlich eingestandenermaßen mit totalem Misserfolg – und diese damit doch vor dem Abtransport zu den Mördern bewahrt. (IMT, XVI, 567 f.)

Folgte man den Aussagen der Angeklagten, ergab sich, dass eine beispiellose, im Massenmorden mündende Judenverfolgung in einem Staat stattgefunden hatte, in dem die erste Reihe der politischen Führer – mit Ausnahme der toten Hitler, Himmler und Heydrich – deren Gegner gewesen war, die lediglich mit ihren Abmilderungsund Schutzbestrebungen gescheitert seien. So auch der einstige Außenminister von Ribbentrop, von dem der Zeuge Adolph von Steengracht van Moyland, einer seiner ehemaligen Stellvertreter, bekräftigend behauptete, dieser sei gegen die Politik der Judenverfolgung gewesen und habe vom Massenmorden nichts gewusst, sich aber bemüht zu erfahren, was mit den Juden, die "verschwanden", eigentlich geschehe. [Er habe] Himmler vergeblich vorgeschlagen, die "Judenkinder und -frauen" an Großbritannien und die USA zu übergeben. (IMT, X, 167) Als der Zeuge mit der protokollierten Äußerung Ribbentrops während des Zusammentreffens zwischen

Hitler und dem ungarischen Reichsverweser Horthy am 17. April 1943 auf Schloss Klessheim konfrontiert wurde, die Juden müssten vernichtet werden oder in Konzentrationslager, wollte Steengracht das Gericht glauben machen, solche Äußerungen hätten im Widerspruch zur Haltung seines einstigen Chefs gestanden und seien unter dem hypnotischen Einfluss Hitlers geschehen. (IMT, X, 146 ff.)

Und so ging es, soweit die Angeklagten in Betracht kamen, während des gesamten Prozesses fort. Auch mit Ernst Kaltenbrunner, der 1943 Reinhard Heydrich an die Spitze des Reichssicherheitshauptamtes nachgefolgt war. In dessen Apparat war Adolf Eichmann, zu dem er keine "dienstliche Berührung" gehabt haben wollte, mit seinem Stab tagtäglich mit der Organisation des Judenmordens, vornehmlich den Deportationen nach Auschwitz, beschäftigt gewesen. Kaltenbrunner aber erklärte dem Gericht entlang der Fragen seines Verteidigers, er habe erst im Februar/März 1944 Himmler eine Antwort auf die Frage, was in Auschwitz geschehe, gleichsam abgepresst. Mit diesem Wissen hätte er von da an bei Hitler wie Himmler gegen die "Endlösung" angekämpft, aus "Bedenken humanitärer Art" und aus der taktischen Überlegung, dass durch sie jedwede außenpolitische Initiative in Richtung auf die Kriegsgegner unmöglich gemacht werde. Dass, was eine glatte Lüge war, die "Judenverfolgung" im Oktober 1944 eingestellt worden sei, daran habe er den Hauptanteil, wie er überhaupt bei Hitler "mit Selbstverleugnung" und mehr als jeder andere für eine "andere Lösung" eingetreten sei. (IMT, XI, 257 ff. u. 305 f.) Geradezu Mitleid heischend sprach er von sich als einem Mann, der das Unglück gehabt hätte, "gegen Ende des Krieges" ein solches Amt zu bekommen. (IMT, XI, 24)

Ohne die Reihe dieser jämmerlich-verlogenen Auftritte hier vollständig referieren zu können, soll und muss noch von dem des "Frankenführers", des NSDAP-Gauleiters und Herausgebers der Wochenzeitschrift "Der Stürmer" Julius Streichers die Rede sein, der in die erste Reihe der intellektuellen Urheber des Verbrechens gehört und da gar – freilich nicht mehr vor dem Tribunal – den ersten Platz beanspruchte. Streicher, der den Namen von Reinhard Heydrich zum ersten Mal im Gerichtssaal gehört haben wollte, konnte nicht leugnen, Antisemit zu sein, überzeugt und einzig in "aufklärerischer" Absicht. Doch beharrte er darauf, den Pogrom 1938 und die "Arisierung" des jüdischen Eigentums abgelehnt und eine internationale Lösung der "Judenfrage" erstrebt zu haben, die er in einem zu gründenden "Judenstaat" gesehen haben wollte. Die Ausdrücke "Vernichtung", "Ausrottung" und andere hätten in seinen Artikeln schriftstellerische, nicht wörtliche Bedeutung besessen, vom Massenmorden habe er nichts erfahren und was er darüber in Schweizer Zeitungen gelesen habe, hätte er einfach nicht glauben können. (IMT, XII, 361 f. u. 377 ff.)

Es war und bleibt das Verdienst der Juristen und ihrer Stäbe, dieses Lügengebäude der von ihren Verteidigern unterstützten Angeklagten zum Einsturz gebracht und von dem Verbrechen ein wahrheitsgemäßes Bild gegeben zu haben, das "Endlösung der Judenfrage" genannt wurde, heute zumeist als "Holocaust" bezeichnet wird. Diesem Verdienst wurde später viel und – dennoch wie mir scheinen will – insgesamt zu wenig Respekt erwiesen. Im Grunde steht und arbeitet die Geschichtswissenschaft mit ihrem gewiss ungleich reicheren und tiefenschärferen Bild von der grausigen Vergangenheit faschistischen Herrschens auf den damals gelegten Fundamenten, insbesondere auf den dokumentierten Fakten, die im Vortrag der Anklagevertretung dem Gericht und der Öffentlichkeit systematisiert unterbreitet wurden. Während die Namen der um die Erforschung des Massenmordens an den europäischen Juden hochverdienten Historiker von Raul Hilberg bis Christopher Browning, um hier nur die Namen der beiden herausragenden Vertreter der US-amerikanischen Historiographie zu nennen, nicht nur innerhalb der internationalen Zunft gut bekannt sind, gilt das für die Juristen, sieht man von den Hauptpersonen der Anklage und des Gerichts ab, nicht. Am Ende seines Anklagevortrags mit dem Gegenstand Judenvernichtung durch Major William F. Walsh, Hilfsankläger der USA, seien diejenigen seiner Mitarbeiter genannt, denen er besonderen Dank auszusprechen hatte: Hauptmann Seymour Krieger, Leutnant Brady Bryson, Leutnant Frederik Felton, Sergeant Isac Stone und Herrn Hans Nathan. Ihnen und den vielen Ungenannten, die sich durch das besondere Beutegut, die papierne Hinterlassenschaft des Regimes, hindurchgearbeitet hatten oder denen auch zufällig Schriftstücke in die Hand fielen, die si für wichtig erkannten, gehört das Verdienst, dass dieser erste große Prozess auch in seinem Teil, der die Verbrechen an den Juden betraf, im Wesentlichen auf der Präsentation und Interpretation von Originaldokumenten fußte, von denen wiederum ein erheblicher Teil zu jenen Schlüsseldokumenten zählt, mit denen sich die Historiographie auch später immer wieder beschäftigt hat.

Das gilt – auch hier wird nur eine Auswahl benannt – für die Zeit des Vorkriegs für das Protokoll der Sitzung, die am 12. November 1938 unter dem Vorsitz Hermann Görings im Luftfahrtministerium stattfand und in deren Verlauf – drei Tage nach dem Pogrom – eine neue Etappe der Judenverfolgung eingeleitet und ihre einzelnen Maßnahmen bestimmt wurden. Den Juristen lag auch der von Göring gezeichnete Auftrag an Heydrich vom 31. Juli 1941 vor, der den RSHA-Chef mit der Vorbereitung der "Endlösung" beauftragte, ein Text, der später von Forschern auf seine Bedeutung und seine Zwecke hin wieder und wieder geprüft und diskutiert worden ist. In den Prozess wurden von der Anklagevertretung Dokumente eingeführt, die ein lückenloses Bild von dem Verlauf des Tötens und Mordens gaben: von der Unterer-

nährung und dem Aushungern, über die Ghettoisierung und Deportation bis zur Vernichtung in Gaskammern, Gaswagen und durch Arbeit. Ein Bericht von den "Erfolgen" der Einsatzgruppe A im Norden der eroberten Sowjetunion gehörte ebenso zu den Beweisstücken wie solche über die Erfahrungen bei der Verwendung jener eigens gebauten Lastwagen, in deren Aufbauten Juden durch die Motorabgase erstickt wurden. Erbeutet worden war auch der aufwändig gestaltete Bericht unter der Überschrift "Es gibt keinen jüdischen Wohnbezirk in Warschau mehr", der die zu einer Groß- und Heldentat stilisierte barbarische Antwort der SS-Truppen unter dem – später, 1952 in Warschau, zum Tode verurteilten und 1952 hingerichteten – SS-Brigadeführer und Generalmajor der Polizei Jürgen Stroop auf den verzweifelten Aufstand jüdischer Kämpfer im Ghetto der einstigen Hauptstadt Polens in Wort und Bild dokumentierte. Ein Beweisstück erster Ordnung bildete das umfängliche Dienst-Tagebuch des Generalgouverneurs Hans Frank, in dem dessen Rolle als Henker der Polen und Juden in dem ihm unterstellten Gebiet akribisch dargestellt war und aus dem sich Aufschluss über die Herrschaftsziele und Herrschaftstechniken der Eroberer ebenso gewinnen ließen wie Informationen über viele der daran beteiligten Personen. Dieser Fund brachte Frank nahezu um jede Chance, sich wie seine Mitangeklagten permanent mit Ausflüchten wie "nicht gewusst", "nicht gesehen", "nicht beteiligt" aus der Verantwortung herauswinden zu wollen. Sein generelles Schuldbekenntnis auch am Judenmorden, das er für sich auf die intellektuelle Miturheberschaft eingrenzte, schloss nicht aus, dass auch er von Vorwurf zu Vorwurf Verantwortung und Schuld für verbrecherische Taten anderen Personen und Instanzen anlastete. In der Reihe gewichtiger Dokumente fehlte hingegen noch die von Adolf Eichmann angefertigte, von Heydrich gebilligte Niederschrift über die Zusammenkunft hoher SS-Führer mit Staatssekretären mehrerer Reichsministerium, die am Wannsee am 20. Januar 1942 stattgefunden hatte. Ein Exemplar davon wurde erst später aufgefunden und stand der Anklage 1948 im sog. Wilhelmstraßen-Prozess zu Verfügung. (Pätzold/Schwarz 1992: 16)

Kurzum: das grauenvolle Bild vom Verlauf des Verbrechens hätte in der Sache, nicht im Ausmaß, auch gegeben werden können, wenn kein Zeuge, Opfer oder Täter, im Gerichtssaal ausgesagt haben würde. Zu den Dokumenten aus Archiven und Aktenablagen des Regimes kamen Analysen hinzu, die bereits im Verlauf des Krieges aufgrund von Informationen in den Staaten der Anti-Hitler-Koalition zusammengestellt worden waren, so u. a. von Behörden in den USA und von Exilregierungen der Tschechoslowakei und Polens, die in Großbritannien gearbeitet hatten. Doch ließ das Gericht zu den Zeugnissen auch Zeugen zu Worte kommen, teils in persona im Gerichtssaal, teils dadurch, dass deren vorliegende eidesstattliche Erklärungen, die

aus anderen Vernehmungen herrührten, verlesen wurden. Aus der Gruppe der Täter kamen, das waren die wichtigsten, Otto Ohlendorf, ehemals zeitweilig Kommandeur der Einsatzgruppe D, und der mehrfach als Kommandant des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz tätige Rudolf Höß, in den Zeugenstand. Der erste wurde später im Einsatzgruppen-Prozess vor einem US-amerikanischen Militärgericht angeklagt, 1948 zum Tode verurteilt und 1951 in Landsberg am Galgen hingerichtet, Höß, an Polen ausgeliefert und in Warschau vor Gericht gestellt, endete auf die gleiche Weise 1948 am Orte seiner Verbrechen. Ihre Angaben und die Verlesung eines Vernehmungsprotokolls von Wilhelm Höttl, eines stellvertretenden Gruppenleiters im RSHA, ermöglichten mit anderen Informationen dem Gericht auch die Schätzung der Gesamtzahl der jüdischen Opfer, die mit 6 Millionen Toten durch viel später unternommene Untersuchungen als hochwahrscheinlich bestätigt wurde. Schwieriger gestaltete sich die Kette von Verbrechen Tötungsorten und Tötungsarten zuzuordnen; Fehler, so hinsichtlich der Bestimmung der Zahl der in Auschwitz Getöteten, unterliefen beim damaligen Stand des Wissens unvermeidlich. In der Reihe der in den Zeugenstand gerufenen Täter fehlten freilich der RSHA-Chef, Heydrich, der 1942 an den Folgen eines auf ihn verübten Attentats in Prag gestorben war, der Gestapo-Chef (Amt IV des RSHA) Heinrich Müller, dessen Verbleib nach Kriegsende nie aufgeklärt werden konnte, und der im Verlauf des Prozesses mehrfach genannte Adolf Eichmann, von dem damals ungewiss war, ob er überlebt hatte, der in Wahrheit aber während der Gerichtsverhandlungen sich unter falschem Namen zuerst in einem Gefangenlager befand, sodann, nachdem er aus diesem entflohen war, in der britischen Besatzungszone lebte.

Über den Gerichtssaal hinaus machten die Aussagen von Überlebenden des Holocaust weithin Eindruck. Das galt insbesondere für die Berichte, die Marie-Claude Vaillant-Couturier und Severina Schmaglewskaja, beide einst Häftlinge in Auschwitz-Birkenau gaben. Das Zeugnis der Französin, die 1943 einunddreißigjährig mit 230 Frauen aus dem Widerstand in das Vernichtungslager deportiert worden war, ließ in ihrer Aussage am 28. Januar 1946 (IMT, VI, 227 f.) kaum etwas von dem aus, was wieder und wieder die Hölle von Auschwitz genannt worden ist: den Moment des Eintritts in das Lager, die Schikanen der Appelle, die Qual der Arbeit, den Ekel, angesichts von Zuständen, die der Bezeichnung Hygiene nur spotteten, die Brutalität der Aufseherinnen und ihrer Helfer aus den Reihen der Häftlinge, das Grassieren der Seuchen, die Zustände im Revier, die Sterilisationsverbrechen, die Misshandlungen und Tötung von Zwillingen, den Kindermord, das System von Bestrafungen, das Bordell, das Mädchenorchester, das Elend des Zigeunerlagers, die Extraschikanen, denen die nicht sogleich ermordeten Juden ausgeliefert waren, die Selektionen, die

Täuschung der Opfer und die Morde in den Gaskammern, die Verwertung und Beseitigung der Leichen, der Umgang mit dem Gepäck, den Kleidungsstücken und aller Hinterlassenschaft.

Vaillant-Couturier schloss: "Für Monate und Jahre hatten wir nur einen Willen, dass nämlich einige von uns lebend herauskommen möchten, um der Welt zu verkünden, was diese Zuchthäuser der Nazis waren." (IMT, VI, 254) Ihre Worte und dieser Schluss hat den Verteidiger Streichers nicht gehindert zu fragen, warum die Zeugin sich gewandt auszudrücken vermöge und sie "in so gutem Gesundheitszustand zurückgekommen" sei. Der Gerichtshof ließ diese Unverschämtheiten ungerügt durchgehen. (IMT, VI, 255) Einen Monat später, am 27. Februar 1946, sagte, der Befragung durch den sowjetischen Ankläger folgend, Schmaglewskaja, die sich von Oktober 1942 bis zur Deportation im Januar 1945 im Lager befunden hatte, nur über eine einzige ihrer Erfahrungen in Auschwitz aus: über das Schicksal der Kinder und der Schwangeren. Als sie geendet hatte und der Gerichtsvorsitzende, wiederum an die Verteidiger gerichtet, forschte, ob eine von ihnen noch eine Frage hätte, schwiegen sie ohne Ausnahme. (IMT, VIII, 349 ff.)

Ihrem an Statuten gebundenen juristischen Auftrag entsprechend hatten die Richter der vier Mächte in Nürnberg vor allem festzustellen, wer in den beiden Reihen der Angeklagten, wann, wo, wem, was und mit welchen Folgen getan oder unterlassen hatte. Bei dieser Arbeit ist ein Bild vom Ganzen des verbrecherischen Regimes entstanden und auch vom Judenmorden in seiner Totalität. Mit beidem drängten sich ihnen Fragen auf, die das Wesen und die Ziele des deutschen Faschismus betrafen und auch den Platz, den die Politik der Ausrottung der europäischen Juden im Gesamtkonzept der Eroberer besetzten. Die Arbeit der Juristen, indem sie die Angeklagten als die exponiertesten Personen des zerschlagenen Staates und der Gesellschaft in beiden zu platzieren und zu ergründen suchten, warum sie massenhaft unterstützt ihre Verbrechen verüben konnten, ging gleichsam in die der Historiker über.

Die Staatsanwälte und ihre Helfer zeigten sich – anders als deutsche Historiker in ihren nur wenig später in den Westzonen erscheinenden Veröffentlichungen – zudem nicht geneigt, das Massenmorden, dessen Opfer Juden, Kriegsgefangenen, Geiseln, behinderte und kranke Menschen geworden waren, ausschließlich irrationalen Antrieben zuzuschreiben, es nur Hitler anzulasten oder einzig als Ausbruch eines kollektiven Wahns und der Geisteskrankheit einer politischen Führungsgruppe zu begreifen und damit die Frage nach dem *Warum* für erledigt zu halten. Sie meinten, es müssten rationale, auf konkrete Zwecke und Ziele gerichtete Kalküle mitgewirkt haben, und versuchten, diese zu erfassen. Der britische Hauptankläger Sir Hartley

Shawcross nannte das Morden "das wohl überlegte Hinschlachten [...] so vieler Millionen ihrer Mitmenschen". (IMT, III, 167, Hervorhebung K. P.) Und – konkreter – im eigens Judenverfolgung und -mord behandelnde Anklagevortrag des Hilfsanklägers der USA, Major William B. Walsh, wurde dieses Verbrechen und das "deutsche Militärprogramm" in Beziehung gesetzt. (IMT, III, 580)

Worin also bestand das Verdienst der Ankläger und Richter in Nürnberger 1945/1946 über die jeweils direkten Nachweise der Tatbeteiligung der Angeklagten hinaus, bezogen auf den "Holocaust"?

Erstens in der Feststellung des Ausmaßes des Verbrechens – schon in seiner Anklageerhebung am zweiten Prozesstag sprach der Hauptankläger der Vereinigten Staaten Robert H. Jackson davon, die "meisten und wildesten Verbrechen" der Nazis hätten sich gegen die Juden gerichtet - und seiner durch keine künftigen Entwicklungen und keine wie immer gearteten Anstrengungen zu behebendenden Folgen. Walsh hat sie so ausgedrückt: "Das Gemetzel der Juden in Europa (was in korrekter Übersetzung freilich heißen musste: das Gemetzel an den Juden Europas, K. P.) kann nicht allein in Zahlen ausgedrückt werden, denn die Wirkung dieses Blutbades stellt sich für die Zukunft des jüdischen Volkes und der Menschheit noch weit tragischer dar. Alteingesessene jüdische Gemeinden mit ihrem eigenen reichhaltigen geistigen, kulturellen und wirtschaftlichen Leben, Jahrhunderte hindurch mit dem Leben der Nationen verbunden, in denen sie sich entwickelten, sind vollständig ausgemerzt. Der Anteil des jüdischen Volkes an der Zivilisation, den Künsten, Wissenschaften, der Industrie und Kultur braucht sicherlich nicht besonders vor diesem Gerichtshof ausgeführt zu werden; ihre Vernichtung, von den Nazis in beständiger, vorsätzlicher, vorbedachter und methodischer Weise ausgeführt, bedeutet für die Zivilisation den Verlust besonderer Qualitäten und Fähigkeiten, der unmöglich ersetzt werden kann." (IMT, III, 639) Wer könnte, was die Massenmörder anrichteten, nach einem halben Jahrhundert ausgreifender Forschungen treffender ausdrücken als es am 14. Dezember 1945 im Nürnberger Gerichtssaal geschah? Und Shawcross erklärte in seiner Schlussansprache: "Hätten die Angeklagten kein anderes Verbrechen begangen, dieses eine allein, in das alle verwickelt sind, würde genügen. Die Geschichte kennt keine Parallele zu diesen Schrecken." (IMT, XIX, 561) Das Gericht ließ so auch nicht den Rest eines Zweifels, dass es die Untat als einzigartig ansah.

Zweitens, so drastisch in Worten und in Bildern, Fotografien wie Filmen, die Verbrechen des Judenmords auch dargestellt wurden, es wurde schon vor diesem Gericht erklärt, dass das Geschehen zwar menschliches Vorstellungsvermögen übersteigt, aber dennoch die Herausforderung angenommen werden müsse, möglichst weitge-

hend zu klären, wie es zur Untat kommen konnte, also ihre Voraussetzungen und Bedingungen festzustellen. Einer der Ankläger der USA, Thomas J. Dodd, konstatierte: "Die Flut der gegen das jüdische Volk begangenen Verbrechen ist zu groß, als dass der menschliche Verstand sie fassen könnte" (IMT, XXII, 289) und sprach im gleichen Zusammenhang von einem Verbrechen, "das man nie völlig begreifen, völlig erklären" können werde. (IMT, XXII, 292) Dennoch haben die Ankläger, nicht nur, was nahe lag, in der Vernehmung Streichers, insbesondere Wert daraufgelegt, die ideologische Saat und geistige Urheberschaft des Verbrechens nachzuweisen. Gegen Ende der Vernehmung des "Stürmer"-Herausgebers fragte Oberstleutnant Griffith-Jones, einer der Hilfsankläger Großbritanniens: "War es nun möglich, nach 20 Jahren der Verhetzung und Propaganda durch Sie und andere Nazis auf diese Weise Menschen zu vernichten? War es das, was die Ausrottung möglich gemacht hat?" (IMT, XII, 411) Damit war eine Spur gelegt, der seitdem Historiker schon in mehreren Generationen gefolgt sind, dabei freilich nicht selten auch die Frage nach den Antrieben ausschließlich ins Ideologische verengend.

Drittens hat das Gericht keinen Zweifel daran gelassen, dass der Judenmord "über die vorher beschlossenen Mittel zu einem vorher bestimmten Ende" geführt wurde (IMT, III, 639), dass also das gesamte verbrecherische Projekt zentral ausgelöst und gelenkt war und sich mit einer Zielvorstellung verband. Was in den Dokumenten demgegenüber an Begründungen und Rechtfertigungen für das Judenmorden und in der NS-Presse, ohne dass da Verbrechen da eingestanden worden wäre, an Verfolgungsgründen angeführt wurde, war demgegenüber sekundär und mitunter nur Beiwerk. Dazu gehörten Anklagen, Vorwürfe und Bezichtigungen wie die Juden seien die Anstifter des Krieges gewesen, verhielten sich in ihm als "unnütze Fresser", verbreiteten Hetze, Defätismus, Gräuel- und bolschewistische Propaganda, zeigten ein aufsässiges Verhalten, betätigten sich als Saboteure, Hamsterer und Schieber gegen die "deutsche Ordnung", wären Träger von Epidemien. Klargestellt wurde gegen die nach wie vor vorgetragenen Behauptungen von Angeklagten (Göring, Streicher), dass die Verfolgung der Juden von Anfang an von ihrem Verhalten völlig unabhängig und allein aufgrund und als Folge von Plänen der faschistischen Machthaber geschah.

Auch damit war ein Forschungsweg bezeichnet, auf dem in Jahrzehnten nachgewiesen wurde, dass die zur Vernichtung der Juden ergriffenen Mittel anfänglich nach der Methode, Versuch-Irrtum, neuer Versuch bestimmt wurden und dass die Bestimmung der wechselnden Ziele über mehrere Stufen erfolgte, bis der Begriff "Endlösung" jene barbarische Bedeutung erlangte, die er seit 1941 besaß. Erst spätere Ge-

richtsprozesse und mehr noch in jüngerer Zeit unternommene Forschungen haben die Vielzahl von Initiativen auf den mittleren und unteren Machtebenen herausgearbeitet, die das Erreichen des auf dem Höhepunkt der militärischen Erfolge bezeichneten und seitdem verfolgten Gesamtziels zusätzlich beförderten und die darauf gerichteten Maßnahmen vorantrieben.

Viertens bestand für Ankläger und Richter kein Zweifel, dass Judenverfolgung, -vertreibung und -vernichtung bereits in im Verlauf ihrer Verwirklichung auch Funktionen besaßen, die den Machthabern, vorausberechnet oder zugefallen, in ihr Herrschaftskonzept passten. Zwei von ihnen, die wie das ganze Thema in späteren Forschungen eine zu geringe Beachtung gefunden haben, wurden schon am Prozessbeginn ausdrücklich genannt. Die eine, wirksam in Deutschland und im angeschlossenen Österreich schon im Vorkrieg, bestand in der "bindenden Kraft" (IMT, II, 150), die vom antijüdischen Terror ausging. Schon vor dem Kriege wurde der Antisemitismus bewusst auch als in das Ausland zielende Werbung eingesetzt. Diese Bindekraft verstärkte sich im Kriege mit dem Übergang zum Morden und wirkte innerhalb des faschistischen Mächteblocks. Sie kettete Kollaborateure an die Führungsmacht, von Regierungschefs und Ministern bis zu vor Ort mitmordenden organisierten Hilfskräften. Eine andere bestand in der Abschreckung, die von Ghettoisierung, Deportation, und Massakern, die "eine Drohung auch gegen andere" darstellte, eine "Warnung für die besiegten Völker" (IMT, II 140), sich dem Eroberer zu unterwerfen, um der Strafe der Vernichtung zu entgehen. Mit dem Judenmord – Jackson nannte ihn die "Lanzenspitze des Schreckens" (IMT, II, 139) – wurden mithin auch Nebeneffekte erzielt und Nebenziele erstrebt.

Fünftens haben sich die Ankläger und Richter nach dem Verhältnis des Judenmords (der "Endlösung") zum Generalziel gefragt, das das Regime mit dem Krieg verfolgte und dem es 1941 – also in eben jenem Moment, da der Vernichtungsprozess eingeleitet wurde – nahe zu kommen schien. Zunächst befand sich die Praxis des Judenmords also in den Koordinaten des Kriegsendziels, das lautete: Europa ein "großgermanisches" Reich unter dem Hakenkreuz und ohne Juden. Die SS-Zeitung "Das Schwarze Korps" verkündete schon am 9. August 1940, den Triumph über Frankreich als den Vorboten des "Endsiegs" deutend, der "deutsche Friede" werde "ein Friede ohne Juden" sein, auch der letzte würde aus Europa vertrieben werden. (IMT, III, 589) Doch diese Relation war in den Vorstellungen der Mörder nicht unauflösbar. Wiederum in den Worten von Walsh: "Ob Sieg oder Niederlage für Deutschland, der Jude war dem Untergang geweiht. Es war die offen ausgesprochene Absicht des Nazi-Staates, dass, was immer das deutsche Schicksal sein möge, der Jude nicht

unter den Überlebenden bleiben sollte." (IMT, III, 630 f.) Die Frage Niederlage jedoch, geschweige denn die einer bedingungslosen Kapitulation, stellten sich die Machthaber lange nicht. In der Tat, sie wollten ihre Ausrottungspolitik bis an das vorbedachte Ende treiben. Die Truppen der Alliierten sollten auf ihrem Befreiungsweg nirgendwo noch einen Juden lebend antreffen. Auch die darauf gerichteten Befehle wurden schon in Nürnberg vorgewiesen.

Am 1. Oktober 1946 war die Arbeit des Internationalen Gerichtshofes in Nürnberg getan. Doch wurde, um es in einem geläufigen Bilde zu sagen, der Staffelstab der Ermittlungen und Bewertung der Naziverbrechen und des Massenmords an den europäischen Juden nicht sogleich an die Geschichtswissenschaft weitergegeben. Die begann erst Jahre später sich gleichermaßen akribisch und eingehend damit zu befassen. In fortgesetzter Aktion aber blieben die Juristen vor allem während der sog. Nürnberger Nachfolgeprozesse, von denen vor allem der Einsatzgruppen- und der Wilhelmstraßen-Prozess weitere Enthüllungen und Einsichten an den Tag brachten.

Um die Perspektive auf die faschistischen Genozide. Juden, Sinti und Roma und die Behinderten

In ihrem jüngsten Buch erzählt die Publizistin Lea Rosh eine Episode, die sich am 25. Juni 1999 auf der Tribüne des Deutschen Bundestages zutrug. An diesem Tage entschied das Parlament über die Errichtung des Denkmals für die ermordeten Juden Europas, über dessen Standort und seine Gestaltung. Direkt neben ihr und weiteren geladenen Gästen, die sich über Jahre hinweg für die Errichtung des mahnenden Zeichens eingesetzt hatten, saß auch Romani Rose. Von diesem, dem Vorsitzenden des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, war stets für ein gemeinsames Denkmal plädiert worden, das an alle der faschistischen Politik der Ausrottung zum Opfer gefallene Menschen erinnern sollte. Über den unterschiedlichen Konzepten, so Rosh, die vehement "das Denkmal ausschließlich für die Juden" gefordert hatte, sei die Freundschaft zwischen ihnen beiden zerbrochen. Nun lehnte es Rose auch ab, dem Ansinnen einer Fotoreporterin stattzugeben, die beiden während des Wartens auf den Beginn der Verhandlungen auf einen Film zu bannen. "Nach Jahren des Streits hatte er noch immer nichts gelernt", lautet der Kommentar von Rosh.¹

Was sollte Romani Rose eigentlich gelernt haben? Offenbar doch, dass die Ermordung der europäischen Juden ein derart einzigartiger, in den Augen der Publizistin gar unvergleichlicher Vorgang gewesen sei. Tatsächlich haben dessen leidenschaftliche (und verdienstvolle) Fürsprecher ihrem Projekt zum moralischen auch ein strikt wissenschaftliches Fundament durch den Nachweis zu verschaffen gesucht, dass die Untat selbst eine derartige Separierung unumgänglich erfordere. Dies trug ihnen dann wiederum den Vorwurf der Hierarchisierung der Opfer ein. Gerade wer diesen Vorwurf nicht teilt, kann bei einem Blick in die wissenschaftliche Literatur, deren Gegenstand die Menschenvernichtungspolitik der deutschen Faschisten bildet, unschwer erkennen, aus wie verschiedener Perspektive Forscher sie betrachten. Ihre Urteile über die Zusammenhänge der Massenmorde an den Juden, den Sinti und Roma und den Behinderten, wirklich oder vermeintlich unheilbar Kranken, decken sich in manchen Teilen, in anderen gehen sie auseinander bis zur Unverträglichkeit.

Die mehrdimensionale genozidale Politik der deutschen Faschisten war lange Zeit mit sehr unterschiedlicher Intensität erforscht worden. Während die Publikationen, die sich mit dem gemeinhin "Holocaust" genannten Judenmord befassten, bereits umfangreiche Bibliotheken füllen konnten, waren diejenigen über die Ausmordung von Behinderten und mehr noch über die der Sinti und Roma an Zahl und Qualität

Lea Rosh, "Die Juden sind immer die anderen". Der Streit um ein deutsches Denkmal. Mit Beiträgen von Eberhard Jäckel, Tilman Fichter, Jakob Schulze-Rohr, Wolfgang Ullmann, Berlin 1999, S. 132.

ungleich geringer. Dazu trug bei, dass sich von den die "Zigeunerverfolgung" Überlebenden so viel weniger selbst berichtend, schreibend oder auch fordernd zu Wort melden konnten. Über Jahre hinweg fehlte auch jeder gesellschaftliche Druck, der einzelne Wissenschaftler oder ganze Institutionen dahin gedrängt haben würde, sich des Gegenstandes anzunehmen. Seit den achtziger Jahren hat sich das zu ändern begonnen. Nun werden auch Vorhaben unterstützt und vorangebracht, die wirklich zur Grundlagenforschung gehören. Kürzlich konnte das an der Berliner Technischen Universität etablierte Zentrum für Antisemitismusforschung mitteilen, nun könne ein tieflotendes Projekt in Angriff genommen werden, das die Geschichte der antiziganistischen Feindbilder nach Herkunft, Tradierung, Wirkungsweise und Funktion untersuchen werde. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft fördere es. Das kann auch als ein Akt später "Wiedergutmachung" gesehen werden, denn es war diese Forschungsgemeinschaft, die während der Jahre der faschistischen Diktatur Arbeiten von Rassisten finanzierte, die dazu dienten, die Verfolgungen der Sinti und Roma zu legitimieren.²

Nichtsdestoweniger hat Wolfgang Wippermann noch Recht, wenn er kürzlich am Ende seiner Besprechung zu Michael Zimmermanns Rassenutopie und Genozid feststellte: "Im kollektiven Gedächtnis der Deutschen hat der rassistisch motivierte Massenmord an den Sinti und Roma keinen Platz. Für sie waren das alles ,nur Zigeuner".3 Waren? Oder sind? Oder wie lange noch sein werden? Zimmermanns Buch stellt indessen einen weiteren Schritt zu einer kritisch-aufklärerischen Sicht dar. In acht Kapiteln schilderte und analysierte er die Geschichte der "Zigeunerverfolgung" unter dem Hakenkreuz, der er eine Untersuchung dafür schon im Kaiserreich und in der Weimarer Republik geschaffener Voraussetzungen voranstellte und die er in die deutsch-besetzten Länder, in das Zigeunerlager in Auschwitz-Birkenau und bis zum Kriegsende führt. Merkwürdig liest sich die Überlegung des Autors zu der Frage, warum das Massenmorden an den Sinti und Roma so lange so wenig forschendes Interesse fand. Hätte sich Hitler mit deren Verfolgung so viel beschäftigt und darüber so häufig geäußert wie über seinen Judenhass und würde es in Deutschland mehr Angehörige dieser Minderheit gegeben haben, dann wäre, kann sich Zimmermann denken, der Forschungsprozess womöglich anders verlaufen. Hitler hat sich indessen – um eine analoge Argumentation zu bemühen – über die Akteure des 20. Juli 1944 auch wenig geäußert und viele an Zahl waren es auch nicht. Innerhalb der

Henry Friedlander, Der Weg zum NS-Genozid. Von der Euthanasie zur Endlösung, Berlin 1997 (Das amerikanische Original erschien 1995), S. 398.

Wolfgang Wippermann, Lückenhaftes Gedächtnis. Rezension zu Michael Zimmermann, Rassenutopie und Genozid. Die nationalsozialistische "Lösung der Zigeunerfrage" Hamburg 1996. In: antifa (Berlin) Zimmermanns Buch erschien in der Reihe Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte. Hg. von der Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg, Bd. 33.

Wehrmacht machten sie mit Sicherheit weniger als 0,05 Prozent aus – das war der Anteil der Zigeuner an der deutschen Bevölkerung des Jahres 1933 (total 30.000 bis 35.000 Personen). Dennoch ist früh und viel über das Attentat geforscht worden [...]

Zimmermann hat sich eingehend auch zu den Motiven, deren Struktur und Entwicklung geäußert, von denen sich die ideologischen Wegbereiter und praktischen Organisatoren der Verfolgungen leiten ließen. Er sieht eine dialektische Beziehung zwischen jenen, die kriminalpräventiv und sicherheitspolitisch argumentierten und agierten, weil "Zigeuner" als angeblich durchweg asozial und gemeinschaftsfremd zu überwachen, abzusondern, wenn im Lande belassen an ihrer Fortpflanzung zu hindern, am besten aber außer Landes zu treiben seien, und jenen, die mit rassistischen Argumenten die Liquidierung der – wie sie beweisen wollten – genetisch-bedingt Minderwertigen, einer Spezies von Untermenschen planten und rechtfertigten. Nichtsdestoweniger ist Zimmermann in den Geruch geraten, er sehe den Mord an den Sinti und Roma als Ausfluss einer Politik der "Verbrechensbekämpfung".⁴

Viele Erfahrungen deuten darauf hin, dass der Weg der Resultate der Wissenschaft in das Bewusstsein auch nur jener Deutschen, die ein Interesse für die Geschichte besitzen und betätigen, lang sein kann. Das Mahnmal am Brandenburger Tor verkürzt diesen Weg nicht und erst ein den Sinti und Roma versprochenes Zeichen der Erinnerung an deren Opfer, für das im Berliner Tiergarten ein Platz exakt erst noch bestimmt werden soll, könnte bewirken, dass deutsche und ausländische Besucher des Stadtzentrums der BRD-Hauptstadt vielleicht doch beginnen, die Genozide zusammen zu denken und sich zu fragen, was sie nicht nur unterscheidet, darauf haben Lea Rosh, Eberhard Jäckel und ihr Kreis bis nahe an die Verabsolutierung abgehoben, sondern auch was sie verbindet. Das herauszuarbeiten, erfordert weitere vergleichende Studien, an deren es auch wegen des erwähnten unterschiedlichen Niveaus der Forschungen in die drei Richtungen mangelt.

Indessen: Hoffnung lässt sich schöpfen. Beispielsweise anhand des schon erwähnten, kürzlich übersetzten und mehr Beachtung verdienenden Buches von Henry Friedlander *Der Weg zum NS-Genozid*, in dem zu lesen ist: "Man kann jedoch keine dieser Mordaktionen ohne Bezug auf die andere erklären. Zusammen stellen sie den nationalsozialistischen Genozid dar."⁵ Gemeinsam mit seiner Frau Sybil Milton gehört der Autor in den USA wie in der internationalen Historiographie zu den entschiedenen Verfechtern eines Forschungsansatzes, der nicht nur nach Differenzierung ruft, sondern der es in bester Tradition auch und unverzichtbar als Aufgabe der Ge-

Interview mit Romani Rose: Wird Völkermord von BRD-Historikern verharmlost? junge Welt, 22. August 1997.

⁵ Henry Friedlander, S. 466.

schichtswissenschaft ansieht, vergleichend das Zusammengehörende zu ermitteln und zu Verallgemeinerungen zu gelangen.

Da kommt viel zusammen: Die Verfolgungen aller drei Menschengruppen (Juden, Sinti und Roma, Behinderte) setzen noch im Jahre der faschistischen "Machtübernahme" in Deutschland ein. An ihnen sind Organe der terroristischen Macht auf allen Ebenen beteiligt und Initiativen werden sowohl "von oben" wie auch "von unten" ergriffen. Es sind die im Kern gleichen Machtzentralen, von denen aus die Verfolgungspraktiken gesteuert, vorangetrieben, mitunter begrenzt, schließlich erneut und auf "höherer" Stufe wieder aufgenommen werden usw. Zu diesen gehört vor allem das Reichsministerium des Innern, die ihm unterstehenden, dann sich mehr und mehr verselbständigen Polizeiorgane, die Sicherheits- und die Kriminalpolizei, seit Herbst 1939 befehligt aus dem neugeschaffenen Reichssicherheitshauptamt.

Mit wachsender Präzision sind Bürokraten dabei, für die Zwecke der praktischen Politik die als gefährlich oder schädlich oder feindlich geltenden Minderheiten zu definieren und auch den letzten zu erfassen, der den Juden, den "Zigeunern", den Behinderten zuzuzählen ist. In allen Fällen werden die Verfolgten juristisch von der Stufe der "Arier", also der nach faschistischem Maßstab vollwertigen Deutschen, immer weiter hinabgestoßen. Juden wie Sinti und Roma werden materiell unausgesetzt schlechter gestellt und zunehmend der Möglichkeiten beraubt, ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Dann aber, arm oder verarmt, werden sie zu Zwangsarbeiten verpflichtet. Noch vor den Juden werden diejenigen Sinti und Roma, die nicht ansässig sind (das war eine Minderheit von ihnen) oder als nicht ansässig auch nur betrachtet werden, seit 1935/1936 in ghetto-ähnliche Verhältnisse, nämlich auf Lagerplätze gezwungen, die bewacht werden, in denen unhygienische Verhältnisse den Ausbruch von Krankheiten und Seuchen begünstigen.

Wohin die deutschen Imperialisten expandieren, dahin nehmen sie ihre Verfolgungspraktiken nicht einfach mit, dort holen sie nicht nur verkürzt nach, was sie im Altreich an Übeltaten schon begangen oder auf den Weg gebracht haben. Nein, dort, zuerst in Österreich, heben sie die Drangsalierungen augenblicklich auf eine neue Stufe, machen sie das neugewonnene Terrain zu ihrem Experimentierfeld. Davon zeugt die Ausraubungs- und Vertreibungspolitik des Eichmann-Kommandos in Wien ebenso wie die 1939 bzw. 1940 vorgenommene Errichtung der "Zigeunerlager" bei Salzburg und im burgenländischen Lackenbach, die nun bereits einen KZ-ähnlichen Charakter annehmen.

Die Gemeinsamkeiten und Ähnlichkeiten sind damit bei weitem nicht vollständig benannt. Sie setzen sich fort in den Plänen und Verfahren, an die "Judenzüge" ein paar Waggons anzuhängen, in denen Sinti und Roma "nach dem Osten" gefahren werden. Zu ihnen gehört wie im polnischen Łódź, das die Eroberer Litzmannstadt nannten, das Hineinpferchen dieser in die Ghettos, die für jene errichtet worden waren, und von der Fahrt zu den Gaswagen von Chełmno/Kulmhof, in denen die einen wie die anderen erstickt wurden. Und die geistigen Wegbereiter dieser Ausgrenzung, aller Drangsalierungen und Quälereien sind, um welche Gruppe es sich auch handelt, Menschen in Einrichtungen, die man wissenschaftlich doch nicht nennen möchte, in denen aber fraglos an Universitäten herangebildete Spezialisten, Faschisten mit und ohne Parteibuch der NSDAP, solche in der Uniform der SS und andere in Zivil, arbeiteten, Untersuchungen vornahmen, die selbst schon Misshandlungen ihrer Versuchspersonen darstellten, und schließlich Experimente ausführten, die selbst schon den anderen Mördern einen Teil ihrer "Arbeit" abnahmen.

Bereits in der Vorkriegsphase lässt sich wieder und weiter feststellen, dass die Schritte, die bei der Verfolgung der einen Gruppe gegangen werden, die Täter anregen, sie auch auf eine andere zu übertragen. Und das jedenfalls zeugt davon, dass aus eben dem Blickwinkel dieser Täter alle ihre Opfer etwas gemeinsam hatten, dass sie im Wesen die gleiche Be-(also Miss-)Handlung verdienen würden und dass die gegen sie gerichteten Maßnahmen dem gleichen Ziel zuzustreben hätten. Friedlander erblickt das Verbindende dieses Vorgehens im Ideologischen, im "Glauben an die menschliche Ungleichheit" und in der "Entschlossenheit zur Reinigung des Erbgutes des deutschen Volkes".6 So gewiss, wie es unvorstellbar ist, dass vom Geist und den Empfindungen der Aufklärung geprägte Menschen diese Politik hätten einleiten und zu ihren massenmörderischen Ergebnissen hätten führen können, so unabweisbar stellt sich die Frage, da Ideologien in gesellschaftlichen Zuständen zwar ein relativ selbständiges Dasein führen, nie aber bloßer Selbstzweck sind, ob sich diese Verfolgungen, Vertreibungen, Deportationen, Vernichtungen nicht auf einen gemeinsamen Zweck richteten. Ihr nachzugehen, vertieft die Frage nach dem Warum, um die nicht herumkommt, wer die immer wieder gestellte Frage zu beantworten sucht: Warum gerade in Deutschland und warum durch Deutsche?

Vor diesen Fragen erweist sich die Konzentration auf die Erforschung der Jahrhunderte alten Geschichte der Verfolgungen der Juden wie die der Sinti und Roma als zu kurz gegriffen. (Auch Zimmermann meint, es lasse sich der historische "Ort" der faschistischen Politik auf diesem Wege ermitteln.⁷) Denn rasch zeigt sich auf deren Spuren, dass über lange Jahrhunderte die Feindbilder, die von diesen Minderheiten existierten, die Ausbrüche gegen sie, sich in erheblichen Teilen Europas von Land

⁶ Henry Friedlander, S. 466/467.

Michael Zimmermann, S. 36/37.

zu Land nicht wesentlich unterschieden. Was also bewirkte den "Umschlag"? Was führte zu den auch "Zivilisationsbruch" genannten Massakern, eine eher bunt schillernde als erhellende Kennzeichnung übrigens. Von wo an begann der "Weg nach Auschwitz"? Da muss das Zusammentreffen mehrerer Faktoren gedacht werden, die dahin vorantrieben, muss von den Beziehungen gehandelt werden, die einen mörderischen Rassenantisemitismus mit einem wahnwitzigen Imperialismus aufeinander treffen ließen. Der Plan des "großgermanischen Weltreiches", sollte es in der Weltgeschichte etabliert und ein "tausendjährigen Reich" werden, verlangte zum einen die Minimierung der wirklichen oder vermeintlichen Feinde, zum anderen die Erziehung, Zurichtung und "Züchtung" eines deutschen Typus, der das hochgehaltene Recht des Stärkeren seelen- und gnadenlos praktizierte, und schließlich – drittens – die Liquidierung auch aller "Unbrauchbaren", "unnützen Esser", "Überflüssigen", aller, die störten oder auch nur ablenkten. Dieser Endsiegpolitik waren die "Endlösungen" zugeordnet, die - denkt man, es wäre der Sieg erreicht worden - doch ein Vorspiel nur gewesen sein würden. Die historische Logik der früheren Verfolgungen von Juden und von Zigeunern führt erst in einer Zusammensicht mit der historischen Logik eines spezifischen Imperialismus zu Antworten, welche geschichtliche Prozesse vom Ausmaß der Genozide nicht nur als den Ausfluss von Vorurteilen und Feindbildern eines spezifischen Typs von Rassisten nehmen, deren Auftauchen und Betätigungschancen doch erklärt werden müssen.

Wer an die Gruppen von Opfern erinnern wollte, der kann das mit separaten Denkmälern tun. Wem es um die Erkenntnis des Regimes und seiner Politik, welche die Millionen zu Opfern machte, geht, der wird geneigt sein, sich ihrer an einem Ort gemeinsam zu erinnern. In diesem Punkte sind die Würfel aber nun gefallen, mögen sich die Abgeordneten des Deutschen Bundestages aus Überzeugung für den Entwurf zum "Holocaust"-Mahnmal von Eisenman entschieden haben oder aus blankem Opportunismus, mit Rücksicht auf eine Atmosphäre, die jeden Einwand in falsche Gesellschaft zu bringen vermochte oder ihn des Verdachts aussetzte, eigene Gegnerschaft gegen einen öffentlichen kritischen Umgang mit deutscher Geschichte zu tarnen. Aber die Entscheidung betrifft doch nur das – in seiner das Geschichtsbewusstsein beeinflussenden Wirkung nicht gering zu schätzenden – Zeichen im öffentlichen Raum. Weder ist Klio damit in Fesseln gelegt, noch sind der Geschichtswissenschaft Denk- und Forschungsschranken gesetzt.

Sind die Helden müde? Zehn Jahre nach dem Historikerstreit

Manche erinnern sich trotz der vielen mitunter sich überstürzenden Ereignisse der Geschichte, die das letzte Jahrzehnt anfüllen, noch des Vorgangs, der im Sommer 1986 und dann nahezu ein Jahr lang Gemüter über die Grenzen der Bundesrepublik hinaus erhitzte, namentlich aller, die sich mit Geschichte und der Bedeutung dieser Wissenschaft für die Politik befassten.

Am 11. Juli 1986 veröffentlichte Jürgen Habermas seinen Artikel "Eine Art Schadensabwicklung. Die apologetischen Tendenzen in der deutschen Zeitgeschichtsschreibung".¹ Er erst löste mit Verspätung den "Historikerstreit" aus, für den Anlässe seit längerem schon vorlagen. Vor allem hatte sie der Ordinarius an der Freien Universität Berlin, Ernst Nolte, gegeben. Auf ihn, aber auch auf Publikationen des Kölner Historikers und Universitätsprofessors Andreas Hillgruber, bezog sich Habermas. Sein Angriff auf die beiden Geschichtsrevisionisten warf generelle Fragen auf: Wohin steuert die deutsche Geschichtswissenschaft? Mit welchen Bildern von deutscher Vergangenheit, namentlich jener zwischen den Jahren 1933 und 1945, sollen die Bundesbürger versorgt werden?

Aufmerksamkeit und Wirkung der von Habermas ausgesprochenen Kennzeichnung und Kampfansage können nur ermessen werden, wenn man sich daran erinnert, dass gerade ein Jahr, seitdem in Bonn mit erheblichem staatspolitischen Aufwand begangenen 40. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus vergangen war. Da hatten zum einen der Bundeskanzler und sein Gast, der Präsident der USA Ronald Reagan, das Schauspiel von Bitburg inszeniert. Es symbolisierte die Absicht, über zwölf Jahre Vergangenheit wie über den Gräbern des Soldaten- (und SS-Leute-) Friedhofs Gras wachsen zu lassen. Zum anderen hatte Bundespräsident Richard von Weizsäcker jene Rede gehalten, deren Text sich eindrucksvoll von Tendenzen der revisionistischen Geschichtsbetrachtung distanzierte. Nun, ein Jahr später, stellte sich die Frage, inwieweit die Erklärungen des Staatsoberhaupts als Zeichen eines gewandelten Geschichtsbewusstseins der Deutschen – wenigstens ihrer Mehrheit – genommen werden konnten.

Diese Frage erneuerte sich bis auf den heutigen Tag immer wieder. Bei seinem Israel-Besuch im Jahre 1995 sagte Bundeskanzler Kohl in Yad Vashem: "Für uns Deutsche ist das eine schreckliche Erinnerung und wir können nur mit Scham zurückblicken auf all das, was unschuldigen Menschen im deutschen Namen angetan ward."² Der verquast-literarisierende Satz hebt nicht die beispiellos schreckliche Tat von Deut-

Der Artikel wurde mehrfach gedruckt, u. a. bei: Reinhard Kühnl, Vergangenheit, die nicht vergeht. Die "Historiker-Debatte". Darstellung und Kritik. Köln 1987, S. 42 ff.

Zitiert in: Rachel Bendicha, "Bruder" und "guter Freund". Kohl im Nahen Osten. "Tribüne". Zeitschrift zum Verständnis des Judentums. 34. Jg., Heft 135, 3. Quartal 1995, S. 10.

schen hervor, sondern auf deren schreckliche Erinnerung ab. Die Nachkommen der Täter erscheinen als die Leidenden.

Diese Sicht besitzt in Nachkriegsdeutschland eine nun bereits fünfzig Jahre alte Tradition. Schon die Massengefolgschaft des Naziregimes bedauerte 1945 vor allen anderen sich selbst. Für die ungezählten Belege dieser Gesinnungs- und Stimmungslage mag hier die Mitteilung Nr. 2 des Oberregierungspräsidiums Mittelrhein-Saar stehen, die alsbald nach Kriegsende an die "Landsleute" publiziert wurde: "Wir wissen nun alle, daß wir durch den Krieg der Nazis Ungeheures verloren haben. Hitler hat unseren Boden und unsere Lebenskraft ausgesogen, um Granaten zu drehen. Die Granaten sind verschossen. Wir sind arm zurückgeblieben [...]" Da ist an Begrifflichkeit alles versammelt, was offenbar auch der Kanzler während seiner Schulzeit am Rhein in sich aufnahm: der Krieg der Nazis, der Schuldige Hitler und die arm zurückgebliebenen – gleichsam verwaisten – Deutschen. Es soll nach Kanzler Kohls Willen trotz aller inzwischen gegen die Floskel erhobenen Einwände auch dabeibleiben, dass nicht von deutschen Tätern gesprochen, sondern auf Taten in "deutschem Namen" Bezug genommen wird, den Ungenannte missbraucht zu haben scheinen.

Die Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts, Jutta Limbach, erwähnte in einem Fernsehinterview die "unterentwickelte Wahrheitsliebe unmittelbar nach 1945".⁴ Dieser Zustand ist schwer bestreitbar. Nur erklärte sie ihn nicht aus Klassen-, Gruppen- und Individualinteresse der Nachkriegszeit. Dass in der BRD gegen keinen Richter des Volksgerichtshofes juristisch vorgegangen wurde, blutbefleckte Täter in der Justiz wieder oder weiterarbeiten konnten, erscheint als Resultat irgendeines – ebenfalls anonymen – moralischen Versagens. Der Vorrat an Vokabular, das die Wirklichkeit mehr streift als sie enthüllt, ist wahrhaft unerschöpflich.

Während des erwähnten Israel-Besuchs verwies der Bundeskanzler darauf, dass im deutschen Staat weniger als zwei Prozent der Wähler die Rechtsradikalen favorisieren würden – weniger als in anderen europäischen Staaten. Ezer Weizmann, Israels Staatsoberhaupt, ließ sich durch diese Mitteilung jedoch nicht abhalten, in einer Rede vor dem Deutschen Bundestag dessen Abgeordnete aufzufordern, "jede Regung des Rassismus wahrzunehmen und jede Regung des Neonazismus (zu) zerschlagen". Die Parlamentarier sollten "diese Elemente mutig zu erkennen wissen und von der Wurzel herausreißen, auf dass sie nicht wachsen und Zweige und Wipfel bekommen." ⁵

³ Zitiert in: Luitwin Bies, Günter Isberner u. a., Völklingen im Zweiten Weltkrieg, Völklingen 1995, S. 125 (= Völklinger Bücher, Bd. 1).

⁴ Zitiert in: Anneliese Rabun, Deutsches Kaleidoskop '95 (III). In: "Tribüne". Zeitschrift zum Verständnis des Judentums, 34. Jg., Heft 135, 3. Quartal 1995, S. 32.

Mit dem Rucksack der Erinnerungen und dem Stab meiner Hoffnung. In: "Frankfurter Rundschau", 17. Januar 1996, S. 18.

Es ist keineswegs nur der "rechte Rand" der deutschen Gesellschaft, der solche Ermahnungen rechtfertigt. Immer wieder lässt auch der Blick in deren Mitte fragen, wie es zehn Jahre nach dem Historikerstreit hierzulande um das Geschichtsbewusstsein bestellt ist. Nicht nur und in erster Linie um das der kleinen Leute, sondern gerade in Kreisen, die sich den Eliten zuzählen.

Die einstigen Fronten und ihr Wandel

Zwei Fragen waren 1986 in das Zentrum der Auseinandersetzungen getreten. Die eine betraf den Charakter des 1939 mit dem deutschen Angriff auf Polen eröffneten Krieges. Hillgruber nahm eine Art Zweiteilung dieses Krieges vor. Er setzte eine Zäsur für den Moment, da sowjetische Truppen die Reichsgrenze erreicht hatten. Damit lieferte er den Deutschen, der Wehrmacht und insbesondere deren Befehlshabern eine Rechtfertigung für den Kampf bis in die vielberufenen "fünf Minuten nach zwölf". Die andere Frage, ungleich mehr und heftiger debattiert, galt dem Ursprung des Massenmords an den Juden. Nolte verlegte ihn aus der deutschen in die sowjetische Geschichte. Der "Klassenmord" in den Zeiten der russischen Revolution sei dem Rassenmord vorausgegangen. Ohne diese Vorgängerschaft, folgte aus dieser Betrachtung, wären sechs Millionen ermordeter Juden noch am Leben. Hitler erschien als ein von antibolschewistischen Ängsten geleiteter Missetäter. Das Verbrechen war nicht gerechtfertigt, aber es fiel jedenfalls im Hinblick auf seine Verursachung aus deutscher Geschichtstradition heraus. Es war gleichsam exportiert.

Die überzeugenden Argumente, die beiden Verfälschungen entgegengehalten wurden, lassen sich nachlesen. Bald erschienen Sammelbände, welche die Standpunkte und Argumente, die in der Tages- und Zeitschriftenpresse vorgetragen worden waren, zusammenhängend lesbar machten.⁶ Wer diese Publikationen durchmustert, bemerkt, dass ein Band fehlte. Kein Verlag sammelte und publizierte die ausländischen Stimmen zum deutschen Historikerstreit, die buchstäblich von Finnland bis Australien wahrgenommen werden konnten. Auch darin äußerte sich wohl die Absicht, die Auseinandersetzung möglichst in den Grenzen der Bundesrepublik zu halten. Im Folgenden soll, so reizvoll das wäre, der Verlauf der Debatte nicht skizziert werden. Angemerkt sei lediglich, dass am Streit nicht nur Historiker, Wissenschaftler benachbarter Disziplinen und historisch gebildeten Publizisten beteiligt waren. Auch Kanzler Kohl ließ sich zur Zeitgeschichte befragen. Andreas Hillgruber schlüpfte dazu in

Außer dem in Anm. 1. erwähnten Band von Reinhard Kühnl sei verwiesen auf: "Historikerstreit". Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung. München 1987 (= Serie Piper 816). Der Untertitel ist kennzeichnend für die Marginalisierung des Themas, das den Charakter des Zweiten Weltkriegs und die Rolle der Wehrmacht betraf. Die Auswahl der Beiträge zeigte auch, dass die wenigen Stimmen aus der DDR ignoriert wurden, die sich zur Debatte geäußert hatten.

die ungewohnte Rolle eines Stichwortgebers. Dieses Interview wurde weitgehend übergangen, obwohl es aufschlussreiche Passagen enthielt.⁷

Die Kontroverse wurde über Monate in Zeitungen und Zeitschriften geführt. Als das Herbst-Semester begonnen hatte, versammelten sich Studenten in Massen um Hochschullehrer, die ihre Auffassungen gegen Nolte und – weniger – gegen Hillgruber entwickelten und deutliche Zustimmung erhielten. In Schrift und Wort überwog das Wider das Für erkennbar. Es entstand der Eindruck, dass die "Antirevisionisten" gesiegt hatten. Dabei wusste niemand mehr als die beteiligten Historiker, dass in geistigen Auseinandersetzungen "Endsiege" nicht errungen werden können. Denn: Es handelte sich, wie der Verlauf des Streits erwies, nicht um die Verirrungen zweier Forscher, wobei das Hervortreten Hillgrubers, der forschend viel zur Feststellung deutscher Verbrechen getan hatte, am meisten verwunderte. Neu war, dass im akademischen Bereich Fürsprecher von Auffassungen hervortraten, die vordem nur außerhalb der Zunft angetroffen werden konnten.

Nun ist ein Jahrzehnt verflossen. Wie stellen sich Sieg und Niederlage, Gewinner und Verlierer heute dar? Andreas Hillgruber, dem mancher zugetraut haben mag, dass er seine Position noch überdenken könnte, ist früh verstorben. Ernst Nolte, in der Geschichtswissenschaft seit eh und je Außenseiter, von dem kaum jemand erwartete, dass er Gegenargumente aufnehmen würde, wurde emeritiert. Schüler folgen seinen Spuren. Martin Broszat, der seiner Wortmeldung die Überschrift gab "Wo sich die Geister scheiden"⁸, ist nicht mehr unter den Lebenden. Eine neue Generation von Hochschullehrern formiert sich. Die Personen an den einflussreichen Plätzen wechseln. Das letzte Jahrzehnt wird zu einem Jahrzehnt des Revirements. Doch wird es auch zu einem der Wachablösung?

Manche Disputierende zogen inzwischen von Deutschland-West nach den als befreit angesehene Deutschland-Ost. Sie übernahmen dort per Abwicklung oder auf andere Weise freigemachte Lehrstühle an Universitäten oder die Leitung von neugeschaffenen geschichtswissenschaftlichen Instituten. Jürgen Kocka wurde der Gründungsdirektor des Instituts für Zeithistorische Studien in Potsdam, das sich vorwiegend mit der Geschichte der DDR befasst. Inzwischen ist ihm Christoph Kleßmann auf diesen Platz gefolgt. Heinrich August Winkler zog es von Freiburg an die Berliner Humboldt-Universität. Lutz Niethammer ließ sich von der Fernuniversität Hagen an die Universität Jena berufen. Weitere Historiker übernahmen zeitweilige Aufgaben im Vereinheitlichungsprozess. Die einen folgten dem Ruf des Staates und stellten sich

Auch in dem Sammelband von Piper (S. Anm. 6) fehlte das Interview, während es bei Kühnl (s. Anm. 1), S. 105 ff. abgedruckt wurde. Ursprünglich erschien es in der Zeitung "Die Welt" am 1. Oktober 1986.

⁸ Reinhard Kühnl, (s. Anm. 1), S. 108 ff.

für die Arbeit in den Struktur- und Berufungskommissionen zur Verfügung. Sie erledigten den Personalwechsel auf Lehrstühlen und im akademischen Mittelbau. Andere wirkten in Gremien wie denen zur Neugestaltung der Gedenkstätten auf dem Gelände ehemaliger Konzentrationslager. Eberhard Jäckel saß der Kommission für die Gedenkstätte in Buchenwald vor. Bernd Faulenbach leitete die Kommission für die Gedenkstätten im Land Brandenburg. Lutz Niethammer publizierte über die Rolle der kommunistischen Funktionäre im Lager Buchenwald, so die Geschichtspolitik unterstützend.

All das wird hier lediglich als ein Teil der praktischen Folgen erwähnt, die sich aus der Wende deutscher Geschichte ergaben: nicht nur Politiker und Kapitalisten aller Branchen, auch Historiker der (alten) Bundesländer wurden und blieben nach dem 3. Oktober 1990 zusätzlich vielbeschäftigt. Für sie hatte das Ende der DDR die Aufgaben, Arbeitsschwerpunkte und Frontstellungen verändert. Der geistige Hauptfeind stand nun ostwärts in den Grenzen des eigenen Staates. Als solcher galten die Zunftkollegen in der "Wissenschaftswüste DDR" und namentlich renommierte Verfechter marxistischer Geschichtsauffassung. Dabei war es zumeist gleichgültig, ob sie je dogmatische Positionen bezogen hatten oder nicht.

Für eine definitive Bilanz der Folgen des Jahres 1990 auf geistigem Feld ist es verfrüht. Manches deutet daraufhin, dass die veränderte Front- und Kampfstellung vielen zugutegekommen ist. Offenbar konnte sie auch von jenen genutzt werden, die eine neue Welle nationalen Hoch- und Wonnegefühls entfachen und alles Neubedenken der Geschichte von 1933 bis 1945 in die nun zu vernachlässigende Vorvergangenheit abdrängen wollten. Dieser Absicht kam entgegen, dass zwischen die zwölf Jahre des Tausendjährigen Reich und die Gegenwart die inzwischen abgeschlossene 40-jährige Periode der deutschen Teilung getreten war. Zudem hatten sich bereits vor 1989 in beiden deutschen Staaten immer mehr Wissenschaftler der Geschichte des eigenen Staates zugewendet. Diese Entwicklung erhielt 1990 einen mächtigen, aber einseitigen Impuls. Die Aktenmasse, welche Staat und Gesellschaft der DDR hinterlassen hatten, lag – mit Ausnahmen – für die Forschung offen. Der Rahmen, in den sich erwünschte Arbeiten einpassen sollten, wurde von der Politik und insbesondere von der Enquete-Kommission des Bundestages bald vorgegeben.

Worauf es in unserem Zusammenhang ankommt, ist nicht die Frage, wie viele Wahrheiten und wie viele Halbwahrheiten, wie viele Erkenntnisse und Teilerkenntnisse über die Geschichte nach 1945 inzwischen zutage gefördert wurden. Die erfolgte Neuorientierung hat die Geschichte des deutschen Faschismus und des Zweiten Weltkrieges aus der ersten Reihe der Forscherarbeit verdrängt. Das ist ein normaler,

sich im Fortgang der Geschichte und zumal nach deren Wenden immer wieder vollziehender Vorgang. Nur ist dabei dreierlei im Blick zu behalten. Erstens: Vor der Periode der deutschen Zweistaatlichkeit existierte ein außergewöhnliches Staatswesen, ein Reich von beispiellos verbrecherischem Charakter. Zweitens: In Deutschland hat sich ein durchweg kritisches und stabiles Bild dieses Staates keineswegs überall durchgesetzt. Die Beweise dafür liefert nahezu jeder Tag und zwar durch das Wort ebenso wie durch die Missetat. Drittens: Nach wie vor sind Politiker, Historiker und Publizisten bemüht, das Bild dieses Reiches zu schönen.

Zweierlei "Historisierung"

Als Vehikel für diese Versuche, gilt nicht selten die Forderung nach der "Historisierung" des Nationalsozialismus. Zu ihrem Fürsprech hatte sich Martin Broszat gemacht. Die Art und Weise ihrer Aneignung zeigte bald, dass die Devise allzu bunt und mehrdeutig schillerte. In ihrer antirevisionistischen Auslegung, die Broszat meinte, sollte sie dem Prinzip Raum schaffen, die deutsche Geschichte zwischen 1933 und 1945 mit dem gleichen wissenschaftlichen Instrumentarium zu untersuchen und nach den gleichen wissenschaftlichen Theorien zu bewerten, die gemeinhin in der Geschichtswissenschaft gelten. Von Revisionisten gebraucht, erhielt die Forderung einen ganz anderen Sinn. Hier verbindet sie sich mit der Absicht der "Relativierung" jener zwölfjährigen Geschichtsperiode auf dem Wege absichtsvoll angestellter Vergleiche, die sämtlich auf die Aussage zulaufen: "Die anderen auch". Bewiesen werden soll, dass es sich bei der Naziherrschaft im Wesentlichen um ein Regime handelte, dem außerdeutsche an die Seite gestellt werden können.

Geleugnet wird, dass kein zweiter Staat seit dem Beginn des kapitalistischen Zeitalters einen Krieg mit derart unmenschlichen Zielen begonnen und geführt hat wie eben dieses Deutsche Reich. Im Zentrum der "Entsorgung" deutscher Geschichte steht der Versuch, die Verantwortung für den Krieg anderen Staaten aufzubürden. Der Angriff auf die UdSSR wird als Präventivkrieg dargestellt, der geführt werden mußte, um einem spätestens für 1942 geplanten sowjetischen Angriff zuvorzukommen. Mit Vorliebe berufen sich die Vertreter der Konzeption, die Deutschlands Kriegsschuld negieren oder wenigstens herabmindern möchte, dabei auf ausländische "Autoritäten", wie Viktor Suworow, der exakt weiß, dass Stalin am 19. August 1939 endgültig beschlossen habe, den Krieg gegen das Deutsche Reich am 6. Juli 1941 zu beginnen.⁹

Der prominenteste bundesrepublikanische Verfechter der Präventivkriegsthese ist der ehemalige Mitarbeiter des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes in Freiburg,

Viktor Suworow, "Der Tag M", Stuttgart 1995.

Joachim Hoffmann. ¹⁰ Er zielt, wie der Titel seines einschlägigen Werkes zeigt, nicht nur darauf, der UdSSR die Kriegsschuld aufzubürden, sondern bezichtigt sie – die Wirklichkeit auf den Kopf stellend – einen "Vernichtungskrieg" geführt zu haben. Der Skandal dieser Publikation besteht indessen nicht allein in der erneuten Darlegung einer von der Mehrheit der Spezialisten im Forschungsamt nicht geteilten Geschichtsfälschung. Komplettiert wird er durch ein bewillkommnendes Vorwort, das der amtierenden Leitende Archivdirektor des Bundesarchivs-Militärarchivs, Manfred Kehrig, beisteuerte. Darin wird – die Sprache ist auch ein Verräter – Stalins "Vernichtungs- und Eroberungskrieg" und Hitlers "Feldzug gegen die Sowjetunion" konfrontiert.

Mit gleicher Absicht wird neuerdings auch Polen und den Westmächten ein Übermaß an Verantwortung für den Weg zum 1. September 1939 angelastet. Die an ihre Regierungen gerichtete Kritik betrifft nicht das Versäumnis vorbeugender Abschreckung, sondern richtet sich auf deren angeblich nicht weit genug getriebene Befriedigung deutscher Ansprüche. Kein Wort fällt über die Unersättlichkeit der Herrschafts-, Macht- und Ausbeutungspläne der deutschen Imperialisten. Stattdessen werden die "Vorwürfe" wiederholt, die schon die politische Clique um Hitler erhob: gegen Großbritanniens angebliche Einkreisungspolitik, gegen die von London und Paris bestärkte Unnachgiebigkeit der Regierung in Warschau gegenüber den Forderungen aus Berlin usw. Diese Deutungen führen hinter alle dokumentarischen *und gerichtsnotorischen* Beweise zurück, die für das aus dem Weltherrschaftsprogramm der deutschen Machthaber hervorwachsende Kriegsinteresse beigebracht worden sind. Tief versteckt werden soll die Tatsache, dass Ende der dreißiger Jahre in Europa nur ein Regime auf den Krieg hinarbeitete, ihn wollte und ihn auslöste: der deutsche Faschismus.

Den revisionistischen Publizisten in Deutschland waren und sind Veröffentlichungen hochwillkommen, in denen Ausländer ihren Fälschungen der Geschichte zustimmen oder – besser noch – sie durch eigene Thesen stützen. Autoren dieses Typs sind seit Jahrzehnten greifbar und finden Übersetzer und Verleger in der BRD. Seit jüngstem auch in Verlagen, denen solche Beihilfe noch vor Jahren nicht zugetraut worden war. Das neueste, so auf den deutschen Markt geratene Machwerk stammt von einem Kanadier namens James Bacque. Sein Verfasser wird vom Verlag als "kritischer Zeithistoriker" vorgestellt.¹¹ Der behauptet, der Völkermord sei im und vor

Joachim Hoffmann, Stalins Vernichtungskrieg 1941-1945, München 1995. S. auch die Besprechungen in: Die Zeit (Hamburg), Nr. 46/1995 und Nr. 2/1996.

James Bacque, Verschwiegene Schuld. Die alliierte Besatzungspolitik in Deutschland nach 1945, Berlin 1995. Rezension von Bernd Greiner. In: Die Zeit, Nr. 5, 26. Januar 1996 und von Peter Steinbach. In: Mitteilungen des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstands, Folge 126, Mai 1996, S. 8 ff.

allem nach dem Kriege vorsätzlich an den Deutschen begangen worden. Die Summe der von den Kriegsgegnern getöteten Deutschen übertreffe diejenige der Toten aus der Herrschaft des Hakenkreuzes über Europa. Kaum zufällig nennt Bacque allein die Zahl von 5, 7 Millionen Verhungerten; ist das doch exakt die zur Zeit des Nürnberger Hauptkriegsverbrecher Prozesses angegebene (geschätzte) Zahl der von Deutschen und deren Kollaborateuren ermordeten Juden. Dazu addiert er die in Kriegsgefangenschaft und auf der Flucht vor dem Krieg und den Siegern Umgekommenen, wobei er mit Zahlenangaben operiert, die sich jeder Nachprüfung entziehen.

Die revisionistische "Historisierung" entwirft auch von der Innenpolitik des Nazireichs ein partiell positives und normales Bild. Vollbeschäftigung, Maßnahmen zur Förderung von Eheschließungen und Kinderzeugung und weitere auf dem Felde der Sozial- und Wirtschaftspolitik werden ihrer Zusammenhänge entkleidet und – nicht anders als es die Machthaber selbst taten – als Errungenschaften bezeichnet. Deutschland habe sich auf einem (wie allenfalls zugegeben wird: besonderen) Wege zu einem modernen Gemeinwesen befunden. Immer häufiger taucht in der Publizistik der Begriff "Schattenseiten der NS-Diktatur" auf, der den Gedanken an die "Lichtseiten" suggeriert. Es ist leicht zu erkennen, dass "Historisierung" hier nichts anderes darstellt als den sprachlichen Mantel für Verharmlosung und Verfälschung.

Zufallsprodukt oder Signal?

Dieses Bild vom Faschismus hat sich im allgemeinen Geschichtsbewusstsein nicht durchgesetzt. Doch wird es im Ganzen wie in Teilen wieder und wieder in Wort und Schrift angeboten. Unlängst veröffentlichte der Ullstein-Verlag eine Gesamtdarstellung der deutschen Geschichte von 1933 bis 1945¹², in der die Nazizeit im beschriebenen Sinne grob geschönt wird. Der Stammvater des darin gebotenen Faschismusbildes ist Ernst Nolte, der 1994 in einem Interview, das er der Zeitschrift "Spiegel" gab, rundheraus und knapp erklärte: "Jedenfalls leugne ich nicht, daß es im Nationalsozialismus explosive Elemente und positive Tendenzen gegeben hat."¹³ In dessen Fußtapfen marschierte der Ullstein-Autor Weißmann. Seine Darstellung verweigert sich dialektischem Denken strikt. Zutage liegende Zusammenhänge von Wirtschafts-, Sozial-, Rüstungs- und Kriegspolitik werden unbekümmert ignoriert. Dass

Karlheinz Weißmann, Der Weg in den Abgrund: Deutschland unter Hitler 1933 bis 1945 (Propyläen Geschichte Deutschland Bd. 9) Propyläen-Verlag Berlin 1995, 504 S. Zur Bewertung s. die Rezension von Ulrich Schneider, Der "wissenschaftliche" Weg in den Abgrund. Ein Geschichtsrevisionist in der renommierten Propyläen Geschichte Deutschlands. In: "Der rechte Rand", Nr. 39, März/April 1996, S. 6/7. Im Ullstein-Verlag wurde das Erscheinen auf die Tätigkeit des Historikers Rainer Zitelmann zurückgeführt, dessen Einstellung durch die Leitung des Verlagsunternehmens aber einer Lossagung von liberalen Positionen gleichkam. Abwiegelnd wirkten auch alle Verweise, wonach es sich beim Autor um einen "jungen" und "überforderten Studienrat aus Göttingen" handelte, dem die Arbeit übertragen wurde, nachdem Hans Mommsen von dem Vorhaben zurückgetreten war.

¹³ Zitiert in: Ulrich Schneider, Geschichtsrevisionismus heute, Hrsg. VVN/Bund der Antifaschisten Hessen (Frankfurt a. M. 1994), S. 17.

dieser Prozess nahezu widerstandslos vorankommt, ist auch Folge des weitverbreiteten Bestrebens, sich keinerlei Verdacht auszusetzen, auch nur eine einzige Anregung für Forschen und Nachdenken von Karl Marx bezogen zu haben.¹⁴

Die Außenpolitik, für die Hitler stand, gilt als bloße Folge des Versailler Vertrags. Eine Kontinuitätslinie imperialistischer Eroberungsbestrebungen scheint die Forschung nie rekonstruiert zu haben. Gegenspieler und Opfer Hitlers seien die deutschnationalen Rivalen und Konkurrenten der Hitlerfaschisten gewesen. Die "Harzburger Front", die diese Aussage widerlegt, habe es "im eigentlichen Sinne" nicht gegeben, sie existierte angeblich nur in Hugenbergs Einbildung. Damit wird nicht nur über das nach mehreren Anläufen schließlich 1933 zustande gekommene Bündnis der Rivalen hinweggetäuscht, sondern zugleich die zeitgenössische Rechte rehabilitiert. Sie wie deren geistige und politische Vorläufer trifft nicht der Schimmer eines Verdachts, in irgendwelchen gedanklichen und praktisch-politischen Verwandtschaftsbeziehungen zur äußerten Rechten gestanden zu haben.

Die Verfahrensweise der "Relativierung" kann in Weißmanns Band mehrfach studiert werden. So beispielsweise wenn die Darstellung der Judenverfolgungen in Deutschland in Beziehung zu den Rassegesetzen der USA gesetzt (namentlich Hitler habe "die Rassegesetzgebung der Vereinigten Staaten als vorbildlich" empfunden) und auch bei der Behandlung der Zwangssterilisierungen im Nazireich auf gerichtlich verfügte Sterilisierungen in den Vereinigten Staaten verwiesen wird. ¹⁶ So wird immer aufs Neue der Gedanken genährt, dass sich in der Nazidiktatur nichts Außergewöhnliches ereignete, was an den allgemeinen Tendenzen geschichtlicher Entwicklung herausgefallen wäre.

Das Buch aus dem Ullstein-Verlag wurde als Produkt des Versagens und der Versäumnisse von Personen dargestellt. Selbst wenn – wie stets – Entscheidungen Einzelner im Spiel gewesen sein mögen, erhebt sich die Frage, warum solches Zufallsspiel ein revisionistisches Produkt hervorbringt und nicht (und es lässt sich wohl sagen: niemals) ein Werk "linker" Autoren zeitigt. Müssten daher nicht, wie es 1986 Habermas tat, Erfolge der Revisionisten, (denn dass einer von ihnen den Band schreiben konnte, ist als Erfolg anzusehen¹⁷), als Indiz für gesellschaftlicher Zustände genommen werden? Das geschieht nur vereinzelt und wenn, dann ohne Konse-

Dazu ausführlicher: Karl Heinz Roth, Der historische Revisionismus in Deutschland – Zwischenbilanz und Perspektiven. In: "1999", H. 4/1994, S. 11.

zitiert ebenda, S. 6.

Leserbrief von Professor Dr. Hagen Keller, Münster, in: "Frankfurter Allgemeine Zeitung", 7. Dezember 1995. Keller gehört zu den Bandautoren der "Propyläen Geschichte Deutschland" und verlangte bereits vor Erscheinen von Bd. 9, seinen Namen "aus der Titelei" herauszunehmen, da er eine Darstellung nicht mittragen wolle, deren Qualität er bezweifelte.

Unabhängig von der inzwischen mitgeteilten Tatsache, dass der Verlag den Band aus den Buchhandlungen "zurückruft", wie das bei fehlerhaften Kraftwagen geschieht.

quenz. Denn die Beobachtung, dass seit einigen Jahren "der Extremismus zur Mitte" drängt,¹⁸ wäre durch die komplementäre zu ergänzen, dass gleichzeitig Kräfte, die bisher der Mitte zugerechnet wurden, zum Extremismus sich drängen. Das eben ist offenbar der "Fall Ullstein", in dessen Verlagsprogramm auch das erwähnte Buch von Bacque erschien, von dessen Rückruf bisher nichts bekannt wurde.

Es gehört und passt in diese Szene, dass sich – wiederum wie 1986/1987 – nun Stimmen hörbar machen, die der Beruhigung das Wort reden. Das tat der in Sachsen zu einer Professur gelangte Eckhard Jesse. Es könne keine Rede von einem "Aufschwung rechts" sein, versichert er. Die u. a. von Hans-Ulrich Wehler konstatierte "Erosion der Abgrenzung nach rechts" gäbe es nicht. Auch sei es als Folge des Zusammenbruchs der DDR nicht zu einer "Aufwertung rechtsextremer Tendenzen" gekommen. Deren Vertreter befänden sich isoliert in der "intellektuellen Mehrheitskultur", könnten nicht salonfähig werden und spielten in der "intellektuellen Diskussion eine eher marginale Rolle". Jesse will den Eindruck erwecken, als bestünde auf geistigem Gebiet zwischen der "demokratischen" und der "extremen Rechten" eine scharfe und unübersteigbare Trennwand. Die Beunruhigung habe sich *in andere Richtung*, gegen die geistige Linke, zu richten.¹⁹

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang auch, dass neuerdings Autoren ganz unterschiedlicher Positionen gemeinsam in Sammelwerken auftauchen. In ihnen werden nicht Kontroversen ausgetragen, sondern der Leserschaft im Zeichen des Pluralismus koexistierende Beiträge angeboten. Diese Praxis bewirkt eine Aufwertung der Verfechter revisionistischer Auffassungen oder von deren Beschützern. So vereinten sich unter der Herausgeberschaft von Roland Smelser, Rainer Zitelmann und Enrico Syring Autoren²⁰, die vor Jahren Entscheidungen über die Gesellschaft, in die sie sich begeben, anders trafen. Die Fernsehserie über Hitler, die 1995 im öffentlich-rechtlichen Fernsehen der Bundesrepublik exakt in dem Augenblick ausgestrahlt wurde, da der 50. Jahrestag des Hauptkriegsverbrecherprozesses eine Blickerweiterung anbot, berief sich auf eine wissenschaftliche Beratergruppe, die bunter nicht zusammengesetzt sein konnte. Undenkbar dass jeder der Genannten sich mit dem Produkt identifizieren konnte. Stets aber funktioniert die Abgrenzung gegen "links" nahezu perfekt. Sie bewährte sich auch während der "Abwicklung", bei der sozialdemokratische, liberale und konservative Historiker aus den alten Bundesländern zusammenwirkten.

So Bernd Greiner in der erwähnten Rezension zu dem Buch von James Bacque (s. Anm. 11).

Eckhard Jesse, Aufschwung rechts? Merkwürdige Übungen beim Ausgrenzen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7. Dezember 1995, S. 39.

Zu den Autoren von Die braune Elite, Bd. II, Darmstadt 1993, gehörten u. a. Ian Kershaw, Gerhard Paul, Hans-Werner Schmuhl, Jay W. Baird, Henry Ashby Turner jr., Harold James, Eckhard Jesse, Enrico Syring.

Geschichte im Alltag der Republik

Die Mehrheit der Bevölkerung dürfte von der verharmlosenden Sicht auf das Nazireich nicht durch Buch- und nicht einmal durch Fernsehproduktionen erreicht werden. Seit 1990 wird ihr die Relativierung der Verbrechen des deutsch-faschistischen Regimes aber permanent, eingängig und billig mit der These von den "zwei deutschen Diktaturen" und vom "verbrecherischen ostdeutschen Unrechtsregime" eingepaukt. Die Herstellung enger Beziehungen zwischen der Nazidiktatur und dem System des "Realsozialismus" (auch wenn zumeist beteuert wird, dass die angestellten "Vergleiche" keine Gleichsetzung beabsichtigen würden) lässt Krieg und Massenmord als marginal erscheinen.

Gegen dieses Aneinanderrücken, für das auch die Legende vom "verordneten Antifaschismus" ein Vehikel bildet, erhebt sich selten Widerspruch. Historiker, die es anders und besser wissen, schweigen. Gegner der Totalitarismus-Doktrin, an denen es nicht mangelt, beschränken sich auf akademische Erörterungen. Sie prüfen, inwieweit die Doktrin nicht "in Grenzen" als Denkmodell und Vehikel für Erkenntnisfortschritte dienen könne. Das fördert deren Wiederbelebung auch. Subjektiv stellt sich dies mitunter als ein Akt von Bußfertigkeit dar, wie Karl Heinz Roth bemerkte. Die Revitalisierung bezieht ihre Kräfte auch "aus der Feder von Leuten, die sich 25 Jahre zuvor mittels der kritischen Theorie um eine empirisch-analytische Schärfung des Blicks auf die Beziehungen zwischen Kapitalismus und Faschismus bemüht haben".²¹

Unlängst kam es in einer Tagung der Abgeordneten des Berliner Stadtbezirks Treptow zu einer Auseinandersetzung über das Ja und das Nein zur Fusion von Berlin und Brandenburg. Darüber hätte sich mit sachlichen Argumenten streiten lassen. Indessen nahm die Debatte eine andere Richtung: Den Gegnern des einen Landes Berlin-Brandenburg wurde erklärt, sie hingen "in nostalgischer Weise dem faschistoiden System der DDR" an. Siegt dieser Stil in der Politik, dann werden wegen der Macht der Medien weder Historiker noch Lehrer in der Lage sein, der Enkelgeneration der Täter zu erklären, was das war: das Nazireich. Wissenschaftliche Geschichtserkenntnis und öffentliches Geschichtsbewusstsein fallen offenkundig mehr und mehr auseinander. Es regiert – wie die Episode aus Treptow zeigt – die weithin primitive, meist das komplizierte geschichtliche Geschehen bis zur Groteske und Farce vereinfachende und verunstaltende Propaganda, die sich mit "Argumenten" aus der Vergangenheit schmückt. Diese Entwicklung schreitet ungeachtet der Tatsache fort, dass ständig Fortschritte in der Faschismus-Forschung erreicht werden. Jüngere Wissenschaftler setzen die Arbeit ihrer anti-

²¹ Karl Heinz Roth, a. a. O., S. 11.

nazistischen Lehrer fort. Mit sich spezialisierenden Untersuchungen des Systemganzen und durch regional- und lokalgeschichtliche Studien wird das Naziregime bis in viele seiner "Winkel" ausgeleuchtet. Das gilt gerade auch für die Themen Judenverfolgung und Judenmord und für die Rolle der Wehrmacht in "Feindesland".

Doch werden diese Arbeiten teils ignoriert, teils offen befehdet. Nichts legte das deutlicher bloß, als die Reaktion auf die unterbreiteten gesicherten Forschungsergebnisse über die deutschen Streitkräfte. Man denke an das Echo, das die in Hamburg gefertigte und (bisher) in acht Städten der Bundesrepublik und Österreichs gezeigte Ausstellung über die Rolle der Wehrmacht in besetzten Gebieten und Staaten hervorrief.²² Ähnliche Verweigerungen waren in der langwierigen Auseinandersetzung um die Namen von Bundeswehrkasernen zu beobachten. Nur dadurch, dass einzelne Fachwissenschaftler mit einer engagierten öffentlichen Minderheit zusammenwirkten, kam nach langem Streit der Bundesminister für Verteidigung nicht umhin, die Namen von Eduard Dietl und Ludwig Kübler tilgen zu lassen.

Das trug ihm die Schelte des Kameradenkreises der Gebirgsjäger ein. Deren Zeitschrift "Die Gebirgstruppe" besteht darauf: "Diejenigen, die der Not des eigenen Volkes gehorchend, zu seinem Schutz und zu seiner Verteidigung hinauszogen, sie konnten missbraucht werden – wie jeder Mensch in jedem Lande zu jeder Zeit missbraucht werden kann, das Leben ist so – aber das rückt ihr Bewusstsein nicht ins Dunkel, ihre Pflicht getan und ihre Heimat, ihre Frauen und ihre Kinder geschützt zu haben."²³ An dieser Formulierung ist auch die befehlsähnliche Kürze bemerkenswert, mit der "Historisierung" à la Revisionismus gefordert wird: "Jeder Mensch in jedem Lande zu jeder Zeit". Obendrein wird die "Beteiligung der Wehrmacht an Kriegsverbrechen", wie das auch durch Weißmann geschieht, denjenigen zur Last gelegt, die sich gegen die Besetzung und Ausplünderung ihrer Länder, gegen Zwangsverschleppung und Ausrottungspolitik zur Wehr setzten. In der Sowjetunion hätte sich die Wehrmacht "mit der außerordentlich schwierigen militärischen Situation" auseinandersetzen müssen, weil das Gebiet ausgedehnt und die Bevölkerung feindselig gewesen wären.

Der "ritterliche" Offizier und der "ehrenhaft" kämpfende Soldat in der "tapferen" Wehrmacht – so die Geschichtslegenden. Für deren Verbreitung wird nach wie vor vehement und "oftmals geradezu bösartig" gestritten. ²⁴ Beispielsweise wiederum an-

Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944. Hg. vom Hamburger Institut für Sozialforschung, Hamburg 1996. Zur Zwischenbilanz der Erfahrungen mit der Ausstellung s. Mittelweg 36, Nr. 1/1996.

Zitiert bei: Ulrich Sander, Die Gebirgstruppe nach der Kasernenumbenennung. Zorn über den Minister. In: "Der Rechte Rand" (Hannover), Nr. 39, März/April 1996, S. 8.

Wehrmacht-Ausstellung: Der Katalog. In: "Die Zeit", 12. April 1996, S. 16.

lässlich einer Ausstellung, die den Titel "Soldaten sind Mörder. Deutsche Kriegsverbrechen in Jugoslawien" trug und im April/Mai 1996 in Heidelberg gezeigt wurde. Der Kreisvorsitzende der CDU in der Universitätsstadt, der zugleich Abgeordneter im Deutschen Bundestag ist, verlangte augenblicklich aber vergeblich, die "skandalöse" Ausstellung zu schließen.²⁵ Dass Untaten begangen wurden, wo die Wehrmacht ihren Fuß hinsetzte, vermag auch er nicht zu leugnen, doch möchte er sie – wie schon die Angeklagten im Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess – auf "Handlungen von Einzelpersonen" reduziert wissen.

Dabei ist die ganze Wahrheit nicht einmal bezeichnet, wenn die Massenhaftigkeit der von der Wehrmacht, Generalen, Offizieren und Mannschaftsdienstgraden, im Kriege begangenen Verbrechen eingestanden wird. Sie ist erst festgestellt, wenn der Charakter dieser imperialistischen Armee klar beschrieben ist, den sie nicht erst annahm, als Hitler ihr oberster Befehlshaber wurde. Das Angriffsinstrument des deutschen Imperialismus formierte sich seit den Tagen der eben erlittenen Niederlage von 1918. Bereits in der Reichswehr dominierte ein Geist gnadenloser Unversöhnlichkeit gegenüber den Gegnern, denen das kaiserliche Heer und die aus ihm übernommenen Militärs soeben unterlegen waren. Das Konzept, dem die Militärführung in der Republik folgte, war von einer Auswertung der "Lehren des Weltkriegs" bestimmt, die kein kritisches Verhältnis zum Nationalismus, Chauvinismus und Expansionismus gewann. Stattdessen wurde mit der "Dolchstoßlegende" als dem zentralen Bild, das die Ursachen der Niederlage verfälschte und hinweglog, "der alte Feindbegriff intensiver gefasst und die Vorstellung vom deutschen Machtstaat weiterentwickelt". 26 In dieser Söldnerarmee ging es nicht darum, schrieb Manfred Messerschmidt, "die Nation auf Zusammenhalt in einem sog. Verteidigungskrieg vorzubereiten, sondern um die Herstellung unbedingter Gefolgschaft bei offensiven und expansiven Unternehmungen zur Gewinnung der Groß-, ja Weltmachtposition."27

Der erste Präsident der Bundesrepublik Theodor Heuß hatte jedenfalls Recht, als er bei einer Ansprache 1952 in Bergen-Belsen sagte: "Wir Deutschen wollen, sollen und müssen, will mir scheinen, tapfer zu sein lernen gegenüber der Wahrheit …". An dieser Forderung ist auch mehr als vierzig Jahre später nichts zu deuteln, unabhängig davon, ob sich der Mann, der sie erhob, selbst daran hielt. Freilich und das wird zu niemandes Entschuldigung oder auch Entlastung gesagt, die Mehrheit der Deut-

[&]quot;Skandalöse Ausstellung schließen". Forderung des Bundestagsabgeordneten Dr. Karl A. Lamers. In: Rhein-Neckar Zeitung, 12. April 1996.

Manfred Messerschmidt, Vordenker und Denker der Vernichtung. In: Mitteilung Nr. 2 der Initiative zur Gründung eines "Zentralmuseums gegen Verbrechen wider die Menschlichkeit. Arbeits-, Gedenk- und Forschungsstätte für Frieden und Humanität. Holocaust-Museum" in der Bundesrepublik Deutschland. Hrsg. Institut für kulturelle Friedens- und Konfliktforschung. April 1996, S. 4.

Ebenda.

schen ist nicht gerade zu dieser "Tapferkeit" erzogen oder auch nur angehalten worden. Vielmehr wurde und wird sie im Alltag darauf eingestellt, zwischen die Wirklichkeit des Naziregimes und das Bild von ihr eine die Schärfe der Abbildung mildernde Schablone zu legen. Dafür finden sich im öffentlichen Bereich massenhaft Beweise. Es genügt durch Städte und Gemeinden zu gehen und deren Museen, Ausstellungen und Denkmäler zu besuchen, um sich davon zu überzeugen.

In der Universitätsstadt Göttingen ist an der Stelle, da die Synagoge stand, ein unabsehbares Denkmal gesetzt worden. Da können in einer Art Krypta die Namen der jüdischen Einwohner der Stadt, die von den Mördern umgebracht wurden, auf Tafeln gelesen werden. Der generelle Text besagt, das Verbrechen sei "in dunkler Zeit" geschehen. Diese Formulierung – in dunkler Zeit – ist gut verträglich, weil selbst dunkel. Nach- und Nebenwirkungen sind gleichsam nicht zu befürchten. In der ständigen Ausstellung des Museums für Hamburgische Geschichte, also auch in einer Universitätsstadt, umfassen Tafeln und Bilder über die Judenverfolgung und den Judenmord exakt so viel Raum wie die über die "Führerbesuche in Hamburg", die direkt nebenan platziert sind. Tat – Tatzeit – Tatort – Opfergruppe und Opferzahl, soweit reichen die musealen Informationen dort und in aller Regel. In diesen gedanklichen Koordinaten bewegt sich auch der akzeptierte Entwurf für das Denkmal, das in Berlin-Grunewald von der Deutschen Bahn AG errichtet werden soll. Nach dessen Beschreibung werden dort die Daten der Transporte, die Anzahl der Deportierten und der wie es in einem Zeitungsbericht wirklich heißt – jeweilige "Bestimmungsort" vermerkt sein. 28 (Jedoch wird mancherorts auch 1996 noch darum gestritten, die Namen der Opfer des Mordens, die einmal Einwohner der Gemeinde gewesen waren, im öffentlichen Raum zu benennen. So brachten Antifaschisten in Kaiserslautern 1995 am Platz, an dem sich die Synagoge befand, eine provisorische Gedenktafel mit den Namen der ermordeten jüdischen Bürger der Stadt an. Sie wollten damit den Kulturausschuss der Stadt daran erinnern, dass er 1991 folgenlos die Errichtung einer Gedenktafel beschlossen hatte.)

Die Täter hingegen bleiben öffentlich (und anders als in den Monographien der Historiker) zumeist ganz im Dunkel der Zeit. Davon ausgenommen werden exponierte und ohnehin bekannte führende Faschisten. Das sind – wie beispielweise im Hamburger Museum der Stadtgeschichte – der Gauleiter und der Oberbürgermeister. Sie zählen nicht zu den "geschützten" Personen. Unterhalb dieser Ebene existieren im äußersten Falle anonyme "Nationalsozialisten", während doch, denkt man an die Pogromhelden und Brandstifter der "Reichskristallnacht", mühelos festgestellt werden

Bahn errichtet Denkmal in Grunewald. Erinnerung an Juden-Deportation. In: "Neues Deutschland", 15. Mai 1996, S. 10.

könnte, dass es die Mitglieder des SA-Sturms oder der SA-Brigade X oder Y, begleitet von der SS-Einheit Z, aus der eigenen oder mitunter auch aus einer benachbarten Stadt oder Ortschaft waren, welche die Untat begingen.

Im Ganzen schlägt sich in dieser Spur der Steine, der Denkmäler und Gedenktafeln und in Museen nieder, was staatlich vorgegebene Geschichtsbetrachtung seit langem war und blieb. Sie ist da eingemeißelt und gegossen und aufgetafelt. Während im Hinblick auf gleichartige, nicht gleichwertige Zeugnisse im Osten Deutschlands, der bis 1990 Deutsche Demokratische Republik war, eine lärmende Korrektur (das ist ein sehr akademisches Wort für das Schleifen von Denkmälern und die Umbenennung von Straßen, Plätzen, Betrieben usw.) erfolgte, erregt der milde und im Kern unwahre Umgang mit deutscher Vergangenheit im älteren Teil der Bundesrepublik anscheinend niemanden. Ausgenommen ein paar "Aktivisten", die sich häufig diffamiert und manchmal auch physisch bedroht sehen.

Dennoch lässt sich fragen, ob diese in den öffentlichen Räumen des Landes weithin auffindbare Beschönigung das letzte Wort über diese Seite deutscher Vergangenheit bleiben soll. Es ließe sich einwenden, die Deutschen vermöchten ja auch mit Denkmälern wie dem auf dem Kyffhäuser oder mit der "Germania" hoch über Rüdesheim oder der Ruhmeshalle über Kelheim *und manchem anderen* zu leben, ohne davon Schaden an ihrer Seele zu nehmen. Doch das Argument würde sich doch nur wieder in jene historisierende und normalisierende Sicht einordnen, die keinen Raum für die Wahrnehmung des Besonderen frei lässt, das Faschismus war.

Die meist gut verträgliche "Sprache der Denkmäler", die an die Jahre von 1933 bis 1945 erinnern, besitzt ihre komplementäre Erscheinung in der Sprache im eigentlichen Sinne, die in der Wissenschaft gebräuchliche eingeschlossen. Tiefer, weil unbewusst und kaum noch befragt, wirken die lange eingeschliffenen Regeln, deren Verletzung sofort vermerkt und kritisiert wird. Redet heute jemand vom "deutschen Faschismus" und von "deutschen Faschisten", wird er mit Sicherheit nach der Berechtigung dieser Kennzeichnung gefragt. Spricht ein anderer – Historiker oder Laie – von "Nationalsozialismus" und "Nationalsozialisten", hat er den Rückgriff auf den Etikettenschwindel nicht zu begründen. Während die Mängel des einen Begriffs diskutiert werden, werden die des anderen nicht einmal wahrgenommen. Doch haften sie beiden an. Das betrifft nicht nur ihre erkenntnisleitende oder -mitleidende Funktion, sondern mehr noch ihre Bewusstseinsbildende. Kaum noch wird gefragt: Wer waren "die Nationalsozialisten"? Wen also bezeichnet jener Terminus eigentlich, der landauf landab benutzt wird? Die Mitglieder der NSDAP, also gegen Ende des Regimes eine Zahl von annähernd 10 Millionen Deutschen? Und, wenn die gemeint ist, sie allein? Und was war mit den übrigen etwa

60-70 Millionen? Fallen sie sämtlich aus dieser Kennzeichnung "Nationalsozialisten" heraus? Im Kern besitzt die Kennzeichnung "Nationalsozialisten" einen ähnlichen Wert wie die Floskel "in dunkler Zeit". Wissenschaftlich sind sie wertlos.

Solange so viele Deutsche sich aber mit diesem die Wirklichkeit mehr verschleiernden als sie enthüllenden Umgang mit ihrer eigenen Geschichte zufriedengeben wollen, verdienen sie offenbar ab und an eine Aufmunterung zu gründlicherem Nachdenken. Die jüngste dieser Art kam aus den USA, und ihr Absender war der Historiker Daniel Jonah Goldhagen.²⁹ Als über dessen Buch und die in den USA darüber entstandene Diskussion zuerst berichtet wurde, knüpfte die "Zeit" daran die Frage, ob sich nun ein zweiter "Historikerstreit" entzünden werde. War ernstlich gemeint, dass die Leute von der Zunft in Deutschland gerade diese Themenvorgabe brauchten? An Gründe, die massenhaft dafürsprechen, die Gegenstände des ein Jahrzehnt zurückliegenden Streits nicht für erledigt anzusehen, wurde in diesem Zusammenhang nicht erinnert.

Viel wird für die künftige Entwicklung des Geschichtsbewusstseins in Deutschland davon abhängen, ob Wissenschaftler, deren kritische Haltung zur Naziperiode außer Zweifel steht, ihr Schweigen gegenüber den permanenten Vorstößen der Revisionisten aufgeben. Sie könnten sich fragen, wie es mit der Wahrnehmung jenes "Wächteramtes" steht, zu dem sich vor zehn Jahren eine ansehnliche Gruppe vor allem von "Faschismus-Spezialisten" bekannte. Schlecht, urteilt Wolfgang Wippermann, der sich seit langem mit der zeitgenössischen deutschen Historiographie befasst. Unbewegt, so scheint es, stehen die Be- und Gerufenen in Habt-Acht-Stellung in ihren Wächterhäuschen. Kürzlich fand auch ein Rezensent in der "Zeit" es mehr als erstaunlich, "dass die seriösen Fachhistoriker diesem Treiben (von Revisionisten – K. P.) noch immer ungerührt zusehen". Angesichts dieses Befunds mutet es als ein Realitätsverlust an, wenn Peter Steinbach sich und seine Kollegen in einem "inzwischen zehn Jahre währenden Historikerstreit" wähnt und zudem meint, es gehöre zu dessen Nachwirkungen – "Nachwirkungen" eines andauernden Streits sind sprachlich kostbar –, dass sich "das Bild der NS-Zeit im Bewusstsein" allmählich gewandelt habe.³⁰

Nun mag sich mancher *hochrenommierte* Vertreter der Zunft sagen, dass sein Wort, mache er es in jedem Scharmützel hörbar, an Lautstärke und Gewicht verloren haben würde, wenn es denn darauf ankomme. Die Frage ist nur, ob das Wort "Scharmüt-

Hier ist nicht der Ort, dieses Buch zu rezensieren, noch dessen Vorankündigung in Deutschland zu bewerten. Der Autor hat sich dazu geäußert in: "junge Welt", 5. und 13./14. Juli 1996.

Peter Steinbach, Der Historikerstreit. In: "Tribüne". Zeitschrift zum Verständnis des Judentums (Frankfurt/M.) 34. Jg. Heft 135, 3. Quartal 1995, S. 132. An gedanklich-sprachlichen Ungereimtheiten ist der Artikel reich. So heißt es zusammenfassend, es handelte sich beim "Historikerstreit [...] um einen Anschlag auf die wissenschaftliche Zeitgeschichtsforschung" (S. 133), während bis dato doch angenommen worden war, der sei von den Verursachern der Kontroverse unternommen worden.

zel" die angemessene Kennzeichnung des Notwendigen wäre. Gewiss: Nicht gering geschätzt werden sollen die permanenten aufklärerischen Anstrengungen von Historikern und Museologen, wie sie etwa in Berlin von den Trägern des Unternehmens "Topographie des Terrors" oder in der Gedenkstätte der Wannsee-Villa unternommen werden. Wer mit solcher Arbeit befasst ist, könnte sich wohl sagen, dass deren Resultate auf Dauer stärker ins Gewicht fallen werden, als die erneute Widerlegung von Fälschungen und Verzerrungen. Das kann so sein. Doch ist das nur eine Vermutung. Wie, wenn sie sich eines Tages nicht als richtig erwiese, weil "die Anderen" an ihren Plätzen ungestört zum Zuge kamen?

Die Sucht nach einfachen Antworten. Der Reklamerummel um Goldhagens Buch über die "willigen Vollstrecker"

Am Ende dieses Jahrhunderts sind auf dem deutschen Büchermarkt Forscherarbeiten zur Geschichte erschienen, die wahre Kämpfe auszulösen vermochten. Sie wurden nicht "mit Pulver und Blei" ausgetragen, aber doch vielfach mit äußerster Schärfe und Erbitterung. Dennoch hat sich so etwas wie Dampf über die Flächen gelegt, an denen die Scharmützel, Gefechte und Schlachten ausgetragen wurden. Was geschah, als er sich auflöste und abgezogen war? Die Rede ist von den Debatten, die sich zuerst an Daniel Jonah Goldhagens Buch "Hitlers willige Vollstrecker" und danach an "Das Schwarzbuch des Kommunismus" anschlossen. Beide wurden von den herausgebenden Verlagen mit einem erheblichen Reklameaufwand auf den Markt geworfen. In beiden Fällen reisten die Autoren bzw. Herausgeber, ein Amerikaner und ein Franzose, durch deutsche Länder und präsentierten die Werke vor Publikum, Fernsehkameras und in Diskussionsrunden. Beide Bücher gerieten auf die Bestsellerlisten für Sachbücher. Das Vorgehen derer, die 1997 den "Nachläufer" herausbrachten, war gewiss von den Erfahrungen mit dem "Vorläufer" inspiriert. Und doch: Die Geschichte wiederholt sich nicht, weder in den großen, Weltpolitik genannten Dimensionen noch auf einem vergleichsweise so miniaturhaften Felde wie es der Buchmarkt darstellt. Angesichts der Art und Weise, in der Goldhagens Buch unter Käufermassen gebracht wurde, die auf fremde Urteile vertrauen mussten, wurde die Besorgnis laut, es würden andere Werke, die in der Forschung einen höheren Rang beanspruchen könnten, es schwer haben, die ihnen gebührende Aufmerksamkeit zu finden.

Der wesentlichste Unterschied, der sich in der Präsentation der beiden Bücher feststellen ließ, bestand im Verhalten der Fachleute. Als Goldhagens Arbeit in Übersetzung erschien, konstatierte der Stuttgarter Historiker Eberhard Jäckel knapp, es handle sich um ein schlechtes Buch und empfahl gleichsam, darüber zur Tagesordnung überzugehen. Aber es geschah etwas ganz anderes. Kaum einer der Geladenen, (ausschließlich westdeutsche) Experten, verweigerte sich der Einladung, vor den Kameras und in Riesensälen vor erwartungsgeladenem Publikum mit dem Autor zusammenzutreffen und seine Ergebnisse und Ansichten zu diskutieren. Obendrein befanden sich diese Diskutanten in einer schwierigen Diskussion auch deshalb, weil das Opus mit den Vokabeln "gut" oder "schlecht" nicht abzufertigen war. Vor allem aber hatte Goldhagen Fragen gestellt, die sich umso weniger abweisen ließen, als die deutschen Forscher sie über Jahre nicht oder nur am Rande ihrer Interessen verfolgt hatten. Und dass Christopher Browning, wie Goldhagen, USA-Bürger, nach dem Studium des dokumentarischen Schlüsselmaterials, das auch der Verfasser von

"Hitlers willige Vollstrecker" durchgesehen hatte, eben diese Fragen in seinem Buch "Ganz normale Männer" bereits aufgeworfen und auf sie eine wohl abgewogene überzeugende Antwort gegeben hatte, war in das Bewusstsein selbst der historisch Interessierten nicht gelangt. Die Situation komplizierte sich, wie schon die Debatten in den USA gezeigt hatten, weil das Publikum in seiner übergroßen Mehrheit den einfachen, leicht aufzunehmenden und leicht im Gedächtnis zu behaltenden Antworten zuneigt. Goldhagen bot sie in der einprägsamsten Form an. Und es kam ihm zugute, dass sich auch in Kreisen in Deutschland, die sich den sog. gebildeten Schichten zurechnen, ein halbes Jahrhundert nach dem Geschehen nicht herumgesprochen hatte, dass es außerordentlicher Anstrengungen bedarf, um in das "Geheimnis des Holocaust" einzudringen. Jeder dieser mit Abitur und Hochschulabschluss Versehenen hat keine Schwierigkeit, sein Scheitern auf einer gewissen Stufe der Mathematik zuzugeben. Dass es ein Scheitern vor der Geschichte gibt, das freilich nicht - wie im Falle der Mathematik – als Kapitulation in Erscheinung tritt, sondern als Flucht ins unangemessen Vereinfachte, das einzugestehen, fällt ungleich schwerer oder wird von vorn herein ausgeschlossen.

Nun also sind die aufgeregten Wochen lange vorbei. Und was geschah, nachdem sich in die Spalten der Bestseller-Listen andere Titel vordrängten? Zunächst kehrte die Diskussion über die sich aus Goldhagens Buch ergebende Kernfrage "Die Deutschen und der Holocaust" dorthin zurück, wo sie schon nach den Vorstellungen vieler Experten, die sich nach dem Erscheinen der Originalausgabe in Washington zur Diskussion eingefunden hatten, hätte beginnen sollen: in den Fachzeitschriften. Zudem wurden jetzt Urteile öffentlich gemacht, die kompetente Wissenschaftler unterlassen hatten, da sich nicht in den Trubel und Jubel der Reklamegesteuerten Willkommens hineinzugeraten wünschten. Raul Hilberg, der berühmte Wegbereiter der "Holocaust"-Forschung, bekannte, er äußere sich nach eigener Aussage erst, als er in Rechnung zu stellen hatte, sein Schweigen könne als Zustimmung gedeutet werden. Dieter Pohl, Autor einer quellenfundierten Monographie ("Nationalsozialistische Judenverfolgung in Ostgalizien 1941-1944. Organisation und Durchführung eines staatlichen Massenverbrechens", München 1996), sah seine fundierte Kritik zu Goldhagens Buch in den renommierten Münchener "Vierteljahresheften für Zeitgeschichte" verzögert im ersten Heft des Jahrgangs 1997 veröffentlicht. Dann folgte im März 1997 das in Cambridge erscheinende "Historical Journal" (ebenfalls Heft 1/1997) mit einem von deren Redaktion erbetenen Beitrag, den Ruth Bettina Birn geschrieben hatte. Die in Kanada arbeitende Historikerin war vor Jahren mit einer Studie über die in den besetzten Gebieten der UdSSR tätigen Höheren SS- und Polizeiführer (HSSPF) bekannt geworden. Sie gehört zu den intimen Kennern jener

Archivbestände, aus denen auch Goldhagen in Ludwigsburg vor allem geschöpft hatte. Pohl wie Birn haben der grundlegenden Kritik, die vordem in Tageszeitungen und allgemeinen Wochenzeitschriften an "Hitlers willige Vollstrecker" geäußert worden war, thematisch keine weitere Seite hinzufügen müssen. Doch sie stellten diese Kritik auf ein ungleich festeres Fundament und wiesen im Detail nach, dass sich Goldhagen gegenüber Tatsachen, die er aus den Akten oder der Literatur entnahm, wenn sie seinem Konzept widersprachen, nicht verhalten hat, wie das in der Wissenschaft gemeinhin gefordert werden muss. Darauf war auch bereits hingewiesen worden, doch nun kamen Weg- und Auslassungen ans Licht, die Fragen nach der Redlichkeit und – allgemeiner gesprochen – nach dem Ethos des Wissenschaftlers aufwarfen.

Kurzum: die "Noten", die Goldhagens Buch erhielt, näherten sich der Jäckels. Doch während dessen frühe Äußerung Proteste hervorgerufen hatte, wurden sie, wenn überhaupt zur Kenntnis nun kommentarlos hingenommen. Hilberg sprach von der irreführenden und verheerenden Wirkung des Buches, als er – aus Anlass der Ausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944" nach Marburg eingeladen – interviewt wurde. Das Buch sei "eine Katastrophe". Der amerikanische Politologe Norman Finkelstein schrieb in der britischen Zeitschrift "New Left Review" eine vernichtende Kritik als ein "Nicht-Experte", der vor allem die logischen Widersprüche und Ungereimtheiten aufs Korn nahm. Er nannte Goldhagens Buch "als Forschungsarbeit wertlos". Man wird in den Ereignissen des deutschen Buchmarktes länger zurückdenken müssen, um auf einen ähnlichen Vorgang zu stoßen: Ein Buch, dessen Autor mit dem vermessenen Anspruch hervortritt, das vor ihm Geschriebene könne nahezu ganz vergessen werden, denn er habe die Antwort gefunden, wird von der Fachkritik erledigt. Sein Faktenbestand wird auf das heruntertransformiert, was er darstellt, die Quellenbasis für eine Dissertation – nicht mehr, aber auch nicht weniger. Indessen die Fragen sind geblieben, und sie sind nicht vergessen.

Davon zeugt der weitere Gang der Forschungen und die dichte Folge der erscheinenden Bücher, die der Geschichte der massenweisen Menschenvernichtung gelten, die sich auf dem Wege zu einem vom deutschen Imperialismus beherrschten Europa zutrug. Rasch sind weitere, zuerst in den USA erschienene Werke in deutschen Übersetzungen herausgegeben worden. Das schon vor Goldhagens Buch 1995 in Chapel Hill und London edierte Werk von Henry Friedlander "Der Weg zum Genozid. Von der Euthanasie zur Endlösung" erlebte 1997 seine zu wenig beachtete deutsche Ausgabe, zumal in ihm der seltene Versuch gemacht wurde, die Massenmorde an den

Behinderten, den Juden und den Zigeunern in einem geschichtlichen Zusammenhang zu sehen. Ein Jahr später lag übersetzt der erste Band des 1997 in New York publizierten Werkes "Das Dritte Reich und die Juden. Die Jahre der Verfolgung 1933-1939" vor, der Saul Friedländer zum Verfasser hat, einen der herausragenden Kenner der Geschichte des deutschen Faschismus und der Judenverfolgung. Auch die Zahl der speziellen Untersuchungen ist weiter im Anwachsen begriffen. Gebiet für Gebiet im zeitweilig von der Wehrmacht besetzten Teil der UdSSR wird von jüngeren Forschern anhand der in den Archiven der Nachfolgestaaten der UdSSR lagernden Dokumente untersucht. Demnächst wird eine Untersuchung von Christian Gerlach über die Morde in Weißrussland erscheinen, die als Dissertation bereits angenommen wurde. Inzwischen hat der Autor Detailforschungen zur Vernichtungspolitik unter dem Titel "Krieg, Ernährung, Völkermord" veröffentlicht, in denen der Zusammenhang zwischen dem Mord an den Juden und dem an den sowjetischen Kriegsgefangenen dargestellt und analysiert wird. Gerlach ist, worauf hier nicht weiter eingegangen werden muss - womöglich im Sog des Ausstiegs von Goldhagen –, ebenfalls mit dem Anspruch hervorgetreten, eine ganz außerordentliche Entdeckung gemacht zu haben. Sie besaß freilich nicht die Dimension jener, die der Professor aus Harvard gefunden zu haben glaubte. Gerlach vermeinte jedoch, den Tag bestimmen zu können, an dem Hitler die "Internationalisierung", d. h. die Ausdehnung der Morde auf alle europäischen Juden beschlossen und bekanntgegeben habe. Über die spitzfindige Konstruktion wird aller Wahrscheinlichkeit nach bald kaum jemand noch reden.

Kurzum: Die Veranstalter von Universitätsseminaren hätten hinreichend aktuellen Stoff, an dem sich ihre Studenten systematische Erkenntnisse darüber erwerben können, wie sich in einer so rasch und erheblich veränderten Welt der Medien und der Kommunikation die Situation der Geschichtswissenschaft und ihr Interesse darstellt, ihr Neuwissen unter die Leute zu bringen, was immer die dann damit anfangen wollen und können.

Auszug aus dem Artikel "Zweierlei Debatten. Von Goldhagen zu Courtois & Genossen".

Der "übersehene Holocaust"? Interview mit der österreichischen Studentenzeitung "Unität"

Unität: MarxistInnen wird dauernd vorgeworfen, in ihren Faschismusanalysen hätten sie den Holocaust übersehen. In Deinem gemeinsam mit Erika Schwarz geschriebenen Buch "Auschwitz war für mich nur ein Bahnhof [...]" weist Du erneut darauf hin, dass es jedoch nicht nur der blanke Rassismus war, der den Holocaust ausgelöst hat. Inwieweit war der Holocaust auch im Rahmen von Produktions- und Wirkungszusammenhängen zu sehen?

Pätzold: Im Grunde verfolgte die politische Führung der Nationalsozialisten, unterstützt aus Kreisen der Eliten Deutschlands doch das Ziel, in Europa ein imperialistisches Machtgebilde zu schaffen, auf das sich eine weltbeherrschende Stellung gründen ließ. Den wichtigsten Teil dieses Gebildes, seine Basis, sollte ein riesiges, an Deutschland direkt anschließendes Kolonialreich bis zum Ural bilden. Dabei wurde schon im Verlaufe des Krieges klar, dass sich die Eroberer gleichsam überfressen hatten. In ihrem wachsenden Herrschaftsbereich existierten immer mehr Menschen, für die dieses System momentan und auf Sicht keine Verwendung hatte, die als überflüssig, gar bedrohlich galten. Dem Kapitalismus wird gemeinhin unterstellt, dass er prinzipiell am Vorhandensein ausbeutbarer Menschen interessiert sei. Wer, wird daraus gefolgert, Arbeitskräfte massenhaft vernichtet, könne nicht im Kapitalinteresse handeln. Das ist, wie die Geschichte des Kolonialismus zeigt, ein Irrtum. Ein Lebensinteresse bestand stets nur – in den Maßstäben der Kolonisatoren – an den unmittelbar oder mittelfristig Brauchbaren.

U: Das erklärt aber noch nicht, warum es zum Holocaust gekommen ist, was ist mit den anderen Komponenten?

P: Diese Masse der Menschen, die in die Hände der deutschen Expansionisten gefallen war, sollte – das war schon vor Beginn des Überfalls auf die UdSSR entschieden worden – reduziert werden: im Interesse der Stabilität der Herrschaft und der maximalen und ungestörten Ausbeutung der eroberten Länder und Gebiete, also in einem realen und eindeutig auszumachenden materiellen Interesse. Das verband sich mit der mörderischen Ideologie der Faschisten, die nicht beiseitegelassen werden kann, wenn von den Antrieben und der Vorgehensweise der Mörder geredet wird. Sie bestimmte auch die Hierarchie der zu Vernichtenden: auf unterster Stufe die Juden, von denen behauptet wurde, sie stünden dem Tierreich näher als dem Menschenreich, mit ihnen die Roma und Sinti, dann Slawen, die Behinderten, Deutsche wie Ausländer.

U: Von wem aber wurde dieser Rassismus getragen, inwieweit trifft Goldhagens These zu, dass der Holocaust ein nationales Projekt der vom eliminatorischen Antisemitismus getriebenen Deutschen war?

P: Es ist doch einfach unsinnig zu behaupten, die Deutschen hätten 1933 in Startlöchern gesessen und darauf gewartet, dass mörderisch-rassistisch gesonnene Führer die Macht übernähmen, damit sie das nationale Projekt "Judenmord" endlich verwirklichen könnten. Die Deutschen sind seit 1930 nicht in die Kundgebungen der NSDAP geströmt, um sich über diese Untat zu verständigen. Das steht so wenig außer Zweifel, wie die Tatsache, dass die faschistischen Führer rabiate und barbarische Antisemiten waren. Doch zwischen dieser Gesinnung und den Interessen ihrer Anhänger und den Werbeerfolgen der Demagogen lässt sich rechtens keine Gerade ziehen. Es gab eine Skala von Voraussetzungen dafür, dass dieses System sich etablieren, sich auf Massen stützen und funktionieren konnte.

Erwiesen ist: Das Verbrechen an den Juden und den anderen Opfern des Massenmordens konnte verübt werden, obgleich selbst unter den direkt beteiligten Tätern ideologisch eine weit gefächerte Situation bestand. Das arbeitsteilig organisierte Morden vollbrachten fanatische Rassisten gemeinsam mit Menschen, die stumpf und dumpf Befehlen folgten.

U: Was hältst Du eigentlich von Goldhagens Buch? Welchen wissenschaftlichen Wert misst Du ihm bei?

P: Ich habe sein Buch als eine Herausforderung angesehen. Die Frage, wie etwa eine halben Million Deutsche direkt an der Vernichtung der europäischen Juden beteiligt werden konnten, ist weiter aufzuklären. Sie war in den Forschungen, die in Deutschland betrieben wurden, an den Rand geraten. In diesem Sinne gab ich mein uneingeschränktes "Ja" zum Anliegen des Buches. Das zweite Verdienst Goldhagens liegt meiner Meinung nach darin, dass er in dreierlei Hinsicht die tatsächliche Rolle der beteiligten Täter drastisch darzustellen verstand. Das betraf die Rolle der Polizeibataillone, das System der Lager und die sog. Todesmärsche, auf denen in der Endphase des Krieges eine nur zu schätzende Zahl von Juden ermordet wurde. Zu allen diesen Fragen lagen bereits vor Goldhagen fundierte Forschungen vor, die jedoch in der Öffentlichkeit nicht zur Kenntnis genommen worden waren.

Freilich wird dieses Verdienst deshalb auch fraglich, weil Goldhagens Umgang mit den Quellen nicht frei von Willkür ist, sobald sie in seinen vorgefassten Interpretationsrahmen nicht hineinpassen wollen.

Das Buch Goldhagens hat also auf Lücken in der Forschung aufmerksam gemacht, aber durch seine dogmatischen Antworten in eben der Richtung, in der die Forschungen zu verstärken sind, neue Barrieren aufgetürmt. Das Buch kann gedanklich aber in einem weiteren Sinne auf einen Holzweg führen. Denn der Formierungsprozess der Täter ist eine wichtige, aber nicht die entscheidende Frage, die sich im Hin-

blick auf die Vernichtung der europäischen Juden stellt. Vor der Frage nach den personellen, organisatorischen und anderen Voraussetzungen, nach dem Wann und Wie und dem Wodurch steht die – nicht nur von Goldhagen völlig ausgeklammerte – Frage nach dem Warum des Mordens. Sie ist zugleich die in der Forschung am meisten umstrittene. Die einen halten sie für gänzlich unbeantwortbar, andere legen die Antwort allein in die Ideologie, von der – wie gesagt – nicht abstrahiert werden kann, und die dritten, denen ich mich zuzähle, fragen auch nach den Interessen derjenigen, die das Morden beschlossen, es befahlen, es zentral organisierten, und bezweifeln, dass es – immer aus der Sicht dieser Machthaber – einfach sinnlos gewesen sei und allein aus einer reinen Vernichtungsabsicht hervorging.

Das im Auszug wiedergegebene Gespräch fand nach einer Veranstaltung des KSV Österreichs statt, deren Thema gelautet hatte "Hinter dem Faschismus steht das Kapital!?"

Zweierlei Freiheiten beim Umgang mit dem "Holocaust". Die Phantasie des Historikers und des Filmemachers

T.

Es existiert kein zweites Feld in der Geschichte des deutschen Faschismus und des Zweiten Weltkrieges, das von der internationalen Historiographie so intensiv erforscht worden wäre, wie der Massenmord an den europäischen Juden. Allerdings haben die Geschichtsforscher das Thema vergleichsweise erst spät angenommen. Gerald Reitlinger war mit seiner profunden Arbeit "The Final Solution – The Attempt to Exterminate the Jews in Europe 1939-1945", die 1953 in London erschien, ein einsamer Vorreiter.¹

Selbst in dem Staat, in dem die größte Gruppe von Bürgern jüdischer Religion bzw. Herkunft lebt, in den USA, machte sich über Jahrzehnte kein gesellschaftliches Interesse geltend, die Erforschung des "Holocaust" besonders zu fördern oder sie als einen Schwerpunkt wissenschaftlicher Anstrengungen zu favorisieren. Der Mann, der durch seine Forscherarbeit über Jahre und Jahrzehnte und – ohne Übertreibung lässt sich sagen – bis auf den heutigen Tag das Niveau der Forschung bestimmte, war Raul Hilberg. Er wurde 1926 in Wien geboren und konnte mit seinen Eltern rechtzeitig über Frankreich und Kuba in die USA gelangen. Nachdem er in der amerikanischen Armee gedient hatte, gegen Kriegsende auch nach Europa kam, begann er in New York Politik und Staatswissenschaften zu studieren. Schon während seines Studiums wählte er die Geschichte des Massenmords an den Juden als sein Forschungsthema. Das blieb es bis auf den heutigen Tag.

Hilbergs Hauptwerk "The Destruction of the European Jews" kam 1961 gleichzeitig in Chicago, in einem kleinen Verlag, und in London heraus. Es dauerte zwanzig Jahre, bis es wiederum ein sehr kleiner Verlag, der später bankrott ging, in Berlin-West in deutscher Übersetzung herausbrachte.² Diese Verspätung hob sich merkwürdig von der im kapitalistischen Deutschland inzwischen geübten Praxis ab, namentlich englisch- und amerikanisch-sprachige Bücher zu gesellschaftswissenschaftlichen Themen übersetzt rasch auf den Markt zu bringen.

Kürzlich erschienen in deutscher Ausgabe Hilbergs Memoiren unter dem Titel "Unerbetene Erinnerungen".³ Erzählt wird mit äußerster Sachlichkeit und unter Verzicht

Die deutsche Übersetzung erschien in der Bundesrepublik bezeichnender Weise mit einem veränderten Untertitel: "Hitlers Versuch der Ausrottung der Juden Europas 1939-1945". Sie charakterisierte die dominierende Tendenz, die Verbrechen des Faschismus auf Hitlers Urheberschaft und Alleinverantwortung zu verkürzen. Diese ist bis heute nicht überwunden.

Raul Hilberg, Die Vernichtung der europäischen Juden. Die Gesamtgeschichte des Holocaust, Berlin 1982.

³ Raul Hilberg, Unerbetene Erinnerungen, Der Weg eines Holocaust-Forschers, Frankfurt a. M. 1994.

auf jede Klage, dass und mit welchen faulen Argumenten sich in den fünfziger Jahren in den USA Druckereien von Universitäten weigerten, das Resultat von Hilbergs Forschungen zu publizieren. Auch ein Versuch, die obendrein preisgekrönte Arbeit in Zusammenarbeit von amerikanischen und israelischen wissenschaftlichen Institutionen herauszubringen, scheiterte. Hilberg benennt die Gründe und Faktoren, die diese Blockaden verursachten. In den USA war damals das Interesse an dem Thema so unausgebildet, dass Hilbergs Lehrer und Mentor ihm schon am Beginn seiner Forschungen glaubte voraussagen zu müssen, dass er mit seiner Wahl sich jede wissenschaftliche Laufbahn verbauen würde.

Die Drucklegung kam über Jahre aber deshalb nicht zustande, weil die Resultate der Forschungen mehreren Gutachtern nicht behagten. Das betraf insbesondere die Darstellung der Haltung von Juden und jüdischen Organisationen in den Jahren der Verfolgung und der Ausrottung. In den sechziger Jahren waren es ausschließlich politische Befürchtungen, die renommierte deutsche Verlage davon abhielten, sich des Werkes anzunehmen. Heute mag die Erinnerung an diese Tatsachen aus den Anfängen der "Holocaust"-Forschung wie eine Meldung aus grauer Vorzeit erscheinen. Das Einwirken politischer und ideologischer Interessen auf diesen Zweig der geschichtswissenschaftlichen Arbeit hat sich abgeschwächt.

Eine Gruppe von Forschern, die ihre wichtigsten institutionellen Basen in den USA, in Großbritannien, Israel, Frankreich und in der Bundesrepublik und auch hier in Österreich besitzt, hat das bereits erwähnte Resultat hervorgebracht, ohne dass irgendjemand der Meinung wäre, die Arbeiten seien zu einem auch nur vorläufigen Abschluss gelangt. Die Ergebnisse wissenschaftlicher Arbeit sind verkürzt in Nachschlagwerken leicht (und neuerdings auch billig in Paperback-Ausgaben) zugänglich.

In der Bundesrepublik zeigt das Hervortreten von Spezialisten einer jüngeren Generation in der "Holocaust"-Forschung nicht nur an, dass das Begonnene und Weitgetriebene fortgesetzt wird. Es lässt sich auch deutlich erkennen, dass gleichsam die Scheinwerfer an neuen Plätzen aufgestellt werden. Die Ausleuchtung des Feldes hat sich damit verändert, sie ist tiefenschärfer und vor allem breiter geworden. Wer das Thema "Holocaust" auf Hitler eingrenzt, diese Sichtweise hat freilich noch immer ihre Vertreter, wirkt in der Gruppe der Spezialisten eher als ein Exot. Mehr noch: es lassen sich Tatsachen anführen, die davon zeugen, dass in der Frontstellung gegen diese Art von monokausaler personalistischer Geschichtsauffassung der Antisemit Hitler und seine Rolle eher zu weit aus dem Blickfeld geraten sind. Doch dürfte die Korrektur dieser "Abweichung" leichter zu bewirken sein als die Überwindung der apologetischen Darstellung von Hitler als dem Alleintäter.

Die Erforschung des Massenmords an den europäischen Juden hat in vielen europäischen Staaten zu einer bis in die Regional- und Lokalgeschichte reichenden Rekonstruktion der Verfolgungen von ihren Anfängen bis zur Deportation der Opfer geführt. Ungleich weniger genau wurden die Geschichte der Vernichtungsstätten und -lager von der Geschichtswissenschaft erforscht. Über den Mordkomplex Auschwitz, über die Vernichtungsstätten Kulmhof (polnisch Chelmno) im Reichswarthegau und die der "Aktion Reinhard" in Belzec, Sobibor und Treblinka im Osten des Generalgouvernements existieren keine annähernd so detaillierten Monographien wie etwa über Organisationen und Institutionen der Täter.

Die internationale "Holocaust"-Forschung war und ist seit Jahrzehnten von der Frage geleitet, ja beherrscht: Wie konnte es geschehen? Diese Frage hatte die Konzentration der Recherchen und der Interpretationen auf die Seite der Täter zur Folge, denn die Geschehnisse waren von ihnen und nicht durch die Opfer bestimmt worden. Die Täter planten, entschieden, befahlen, ordneten an, deportierten, mordeten, informierten, registrierten. Was waren deren Antriebe, was ihre Ziele? Welche Rolle hatten Personen, welche die politischen, militärischen und ideologischen Machtzentren des deutschen Faschismus gespielt, als das Verbrechen vorgedacht, geplant und verübt wurde?

In der deutschen Historiographie prägte sich diese Fragerichtung besonders aus. Das erscheint ebenso verständlich wie gerechtfertigt. Unter den Opfern waren zu Tausenden und Zehntausenden Deutsche jüdischen Glaubens und/oder jüdischer Herkunft. Sie waren den Verfolgungen am längsten ausgesetzt. Deutsche vor allem waren die Täter und keiner ihrer nichtdeutschen Mittäter hätte vollbringen können, was er zu dem Gesamtverbrechen beitrug, hätte ihm nicht die Einladung oder Forderung zur Kollaboration dazu die Gelegenheit gegeben. Aus dieser Grundtatsache ergab sich eine besondere Pflicht der Historiker in den beiden deutschen Staaten, sich der Erforschung der beispiellosen Untat zuzuwenden. Mit einigen Ausnahmen waren es Wissenschaftler, die der später sog. Hitlerjugend-Generation angehörten oder gegen Kriegsende eben noch in den Volkssturm oder die Wehrmacht gezwungen wurden, die sich des Gegenstands annahmen.

In das Zentrum ihrer Aufmerksamkeit traten zwei Themenkomplexe: Der eine betraf den Übergang von der Politik der Vertreibung der Juden aus dem deutschen Machtbereich zur Vernichtung der Juden. Dessen Untersuchung mündete in die vielumstrittene Frage, wann und wie der Entschluss zum Judenmassenmord getroffen wurde. Der andere galt der Struktur der Täterschaft und vor allem dem Anteil der "deutschen Eliten" an dem Verbrechen. Er erforderte die Beschäftigung mit den

Rollen der Beamtenschaft, insbesondere der Reichsministerialbürokratie, von Wissenschaftlern und der Juristen, den Angehörigen des Generals- und Offizierskorps und auch von Wirtschaftsführern.

Der erstgenannte Themenkomplex – der Übergang des Regimes von der Vertreibung zur Vernichtung der Juden – bot und bietet den Forschenden eine beträchtliche Anzahl von Tücken, Stolper- und Fallstricken. Schlüsseldokumente, die Antworten erleichtern und zweifelsfrei machen könnten, sind rar und manche von geradezu irreführendem Inhalt. Nachdem die Idee oder auch die Hoffnung mancher Spezialisten, es würde sich ein Hinweis auf eine auf Ort und Zeit zu fixierende Entscheidung Hitlers und seiner engsten Vertrauten und Ratgeber auffinden lassen, vollständig aufgegeben wurde, tat sich die Menge ungeklärter Probleme erst vollends auf. Sie wurden 1984 auf einer internationalen Konferenz in Stuttgart diskutiert.⁴ Bilanziert wurde der Wissensstand und abgegrenzt die Zonen und Felder, in denen sich "Holocaust"-Forscher bewegen. Deutlich wurden Grauzonen, in denen abweichende oder kontroverse Antworten konkurrieren, und auch die Dunkelzone.

In den Themenkomplex, der der Bestimmung des Anteils der "deutschen Eliten" gilt, wirken nach wie vor politische Interessen forschungshemmend hinein. Das zeigte sich dieser Tage deutlich, als im Zusammenhang mit dem 50. Jahrestag der Befreiung wieder versucht wurde, die deutsche Wehrmacht von dem durch massenhafte Tatsachen gestützten Urteil freizusprechen, eine verbrecherische Organisation gewesen zu sein. Diese wissenschaftsfremden Einflüsse erinnern an die Hindernisse, die Hilberg zu überwinden hatte. Sie verlangsamen den Erkenntnisfortschritt vor allem dadurch, dass sie auf jüngere Forscher abmahnend wirken. Doch folgen manche den Spuren Hilbergs und lassen ihre Entscheidungen nicht durch Karrierebeflissenheit bestimmen.

Unter den "Holocaust"-Forschern herrscht 1995 nahezu ausnahmslos Übereinstimmung darüber, dass sie sensationelle Quellenfunde nicht mehr zu erwarten haben. Was sich in einstmals sowjetischen Archiven finden lassen wird, mag weiteren, aber kaum grundstürzenden Aufschluss über die Rolle des Reichssicherheitshauptamtes und seiner Einsatzgruppen sowie deren Kooperation mit der Wehrmacht und mit einheimischen Kollaborateuren liefern können. Das wird die Topographie des "Holocaust" vervollständigen. Ergiebiger erscheint demgegenüber die systematische, aber äußerst aufwändige und daher langwierige Auswertung von "Massendaten" wie sie etwa in den überlieferten Beständen der Oberfinanzdirektionen vorliegen, oder

Ihr sehr stark verkürztes Protokoll s. Der Mord an den Juden im Zweiten Weltkrieg. Herausgegeben von Eberhard Jäckel und Jürgen Rohwer, Stuttgart 1985.

auch die akribische Durchsicht von Archivalien, welche die Rolle einzelner Institutionen im Prozess der Judenvernichtung aufklären können.

Kontroversen der Forschenden knüpfen sich heute vor allem an voneinander abweichende Interpretationen von Dokumenten, Tatsachen und Abläufen. Die Debatten ereignen sich vorwiegend auf Feldern, auf denen sich die Phantasie des Forschers betätigen kann und muss. Die bleibt jedoch an die überlieferten schriftlichen Dokumente gebunden. Zugleich sollen – das betrifft freilich nur die Zeithistoriker – Geschichtsforscher sich auch quellenschöpfend betätigen. Das tun sie auch durch Befragungen von Zeitzeugen und der Dokumentation. Doch schweift die Vorstellungskraft unvermeidlich darüber hinaus und gehorcht einem Sog, der auf quellenarme oder -freie Felder führt. Denn bevor sich ein Forscher zu dem Eingeständnis Non possumus [Wir können nicht.] entschließt, fragt er sich doch, wie es gewesen sein könnte, und erwägt, ob sich nicht mit dem Anspruch mehr oder weniger hoher Wahrscheinlichkeit sagen ließe, wie es "wirklich gewesen ist". Solche Abwägung geschieht vor allem, wenn über das bloße Was und Wie des Geschehenen hinausgegangen wird zum Woher und Warum. Da muss sich die Leistungskraft der Geschichtswissenschaft dann erweisen, denn die Handelnden geben nur in den wenigsten Fällen ihre Motive und Antriebe selbst preis und, wenn sie es tun, unterliegen sie häufig der Selbsttäuschung und manche betreiben auch wissentlich Fremdtäuschungen.

In welcher Weise der einzelne Forscher diesen Forderungen genügt, unterliegt einer doppelten Abhängigkeit: der erwähnten von den Quellen und deren Aussagewert sowie der handwerklichen Versiertheit des Historikers und – zweitens – der Gebundenheit an die jeweils eigenen theoretischen Vorstellungen vom allgemeinen Gang der Geschichte. Letztere machen sich im Streit der Meinungen zumeist stärker geltend, als die Kontrahenten es sich und voreinander eingestehen.

Um vom Allgemeinen zum Konkreten zurückzukehren: Die Auseinandersetzung um den Übergang von der Politik der Vertreibung zur Praxis der Vernichtung, bei der sich die "Intentionalsten" und die "Funktionalisten" gegenüberstanden, war und blieb auf beiden Seiten von den jeweiligen Vorstellungen über den Charakter des Naziregimes und seine bewegenden Kräfte bestimmt. Wer Hitler als den Allesbeweger ansah, konzentrierte seine Aufmerksamkeit auf dessen Rolle. Das trug der Wissenschaft die ziemlich lückenlose Sammlung der Äußerungen Hitlers zu Antisemitismus und Judentum (Reden, Befehle, Gesetze, Entscheidungen, gesprächsweise Bemerkungen u. a.) ein, führte am Ende aber nur zurück in die von der Mehrheit der Forscher längst verlassene Denkweise des deutschen Historismus, der die großen Männer als Schöpfer des Geschichtsprozesses ansah. Diese Sichtweise ließ den Ent-

schluss zum Judenmord aus dem Kopfe des "Führers" hervorwachsen, worauf alles weitere Fragen sich nur noch darauf konzentrierte, wann ER sich entschlossen hatte, den Schritt über die bis dahin im Ganzen eingehaltene Grenze zu befehlen oder zu genehmigen.

Forscher, die das Regime hingegen als eine Polykratie betrachteten, in der sich verschiedene, gleichgerichtete und widerstreitende Interessen durch die Haltung und Aktivitäten von deren Verfechtern geltend machten, forschten nach deren Rolle im Prozess dieses Übergangs. Sie stießen dabei auf die intellektuellen Wegbereiter, die Organisatoren und Koordinatoren der Judenverfolgung, die Praktiker der Besatzungsherrschaft während des Krieges, die Kommandanten der Konzentrationslager und der Ghettos, die Befehlshaber der Einsatzgruppen, die Mitarbeiter von wissenschaftlichen Einrichtungen, die sich mit Generalplänen, insbesondere mit dem "Generalplan Ost" befassten. Ihr Fazit lautete: Der Massenmord an den europäischen Juden war ein Gemeinschaftswerk nicht erst auf der Stufe seiner Verwirklichung, sondern schon auf der Stufe der Planung, das sich mit der Ingangsetzung des Verbrechens fortsetzte und spezialisierte. Die "Holocaust"-Forschung, sofern sie die Seite der Täter untersucht, wurde von den Vorstellungen über den Charakter des Naziregimes beeinflusst, und wirkte mit ihren Ergebnissen auf diese selbst wieder zurück, sie verfestigend oder korrigierend.

Dabei blieb die Frage zu beantworten, wie und wann und wodurch der point of no return erreicht worden war. Bei aller Blickerweiterung über Hitler hinaus war unvorstellbar, dass der Reichsführer SS, Heinrich Himmler, oder der Chef des Reichssicherheitshautamtes (RSHA), Reinhard Heydrich, auf eigene Faust befohlen hatten, mit der systematischen Ausrottung der Juden auf dem eroberten Territorium der UdSSR zu beginnen, wo das Massaker am 24. Juni 1941 unmittelbar hinter der ostpreußisch-litauischen Grenze einsetzte. Es blieb auch unvorstellbar, dass die Massentötungen von Juden seit dem 9. Dezember 1941 in Kulmhof zuerst aus dessen Umgebung, dann von Insassen des Ghettos Litzmannstadt/Łódź hinter des "Führers" Rücken ins Werk gesetzt wurden. Solchen Annahmen widersprachen, um nur einige Tatsachen aufzuzählen, der mehrfach erhobene Anspruch Hitlers, in Sachen des Antisemitismus der Spezialist schlechthin zu sein und ebenso seiner bestimmten Erklärung, ihn mit ungebetenen Ratschlägen gerade auf diesem Gebiet zu verschonen, des weiteren seiner Rolle bei der Auslösung des Pogroms am 9./10. November 1938 und auch seiner Unterschrift unter den auf den 1. September 1939 rückdatierten "Euthanasie"-Befehl, schließlich seiner nachweisbaren Unterrichtung über den Fortgang der Judenvernichtung und endlich seiner aktiven Rolle bei der Forderung, den deutschen Mördern die letzte große Gruppe der im faschistischen Einflussbereich noch lebenden Juden auszuliefern, die Ungarns, des Kriegsverbündeten, wo einflussreiche Kreise indessen schon einem Absprung aus dem Bündnis suchten.

Wie also könnte es gewesen sein, als die Entscheidung fiel, über die alle Quellen jede sichere Auskunft oder auch nur einen aufschließenden Hinweis verweigern? Denkbar wäre, dass Hitler sich über das Vorhaben, zur Ausrottung der Juden überzugehen, mit Hermann Göring besprach. Dafür steht die Tatsache, dass Göring 1941 sein engster Vertrauter und Ratgeber, sein verlässlicher und verschwiegener Paladin war. Dafür könnte sprechen, dass Göring am 31. Juli 1941 die von Heydrich erbetene Generalvollmacht für die "Vorbereitung" aller Maßnahmen der "Endlösung der Judenfrage" unterschrieb, denn der Chef des RSHA brauchte ein solches Dokument, um sich in dieser Sache gegenüber anderen Obersten Reichsbehörden legitimieren zu können. Denkbar wäre auch, dass Hitler das Vorhaben mit Göring und Himmler gemeinsam erörterte und dabei oder danach seine Entscheidungen traf, aufgrund eigener Überlegungen oder ihm unterbreiteter Vorschläge. Jedenfalls wurde Himmler von Hitler früh mit der Gesamtleitung des Massenmordens beauftragt.

Wer das Geschehen in einen historischen Film darstellen wollte, könnte sich für eine der genannten Möglichkeiten entscheiden oder seiner Phantasie auf eine weitere richten. Dem Historiker steht das nicht zu. Er hat Gewissheit auszudrücken oder Zweifel anzumerken. Und im Zweifelsfall muss er im Konjunktiv bleiben und den Wahrscheinlichkeitsgrad kenntlich machen. Jedes andere Verfahren verstößt gegen die strikten Gebote der Zunft. Dieses Verhalten wird nichtsdestoweniger als hochgradig unbefriedigend empfunden. Zum einen gilt das für die Forschenden selbst, von denen manche dazu neigen, ungesicherte Resultate durch die Art ihrer Darbietung aufzuwerten. Zum anderen wünschen mit der Geschichte befasste Laien, darunter sind auch Journalisten, abschließende Antworten, die ein Geschichtsbild komplettieren sollen. Verlangt und gesucht werden einfache Antworten, die sich leicht einprägen.

Wie die Öffentlichkeit in solchen Fällen reagiert, lässt sich noch immer an dem gängigen Bild vom Entscheidungsprozess, der zur systematischen Judenvernichtung führte, beobachten. Die These, der zufolge diese Vernichtung am 20. Januar 1942 auf der "Wannsee-Konferenz" beschlossen wurde, erwies sich von ungeheurer Zählebigkeit, obwohl sie von der Geschichtsschreibung seit langem als falsch nachgewiesen wurde. Dass der Legende im öffentlichen Bewusstsein dennoch nicht der Garaus gemacht werden konnte, liegt wohl daran, dass die Historiker außerstande sind, eine überzeugende und einprägsame Alternative der falschen Vorstellung entgegen zu setzen. Das Publikum aber wünscht eine Entscheidung von diesem Ausmaß an Perso-

nen, Ort und Stunde zu binden, und die Konferenz in der Villa am Wannsee gibt dazu bequeme Gelegenheit.

Schon eine "dokumentarische Inszenierung" von geschichtlichen Ereignissen im Film oder auf dem Theater eröffnet – verglichen mit dem Historiker – Möglichkeiten eines freieren Umgangs mit den Geschehnissen. Solche Inszenierungen - wie beispielsweise die (weniger gelungene und im Folgenden nicht weiter erörterte) des Nürnberger Hauptkriegsverbrecher-Prozesses von 1945/1946 oder des Jerusalemer Eichmann-Prozesses von 1961/1962⁵ (beide wurden unter anderem vom Deutschen Theater in Berlin aufgeführt) – machen ungeachtet aller Kommentare in Programmen und von Erläuterungen in der Presse den Eindruck, es werde hier Geschichte nachgestellt und dem Publikum vor Auge und in das Ohr gebracht, "wie es wirklich gewesen ist". In beiden Fällen mussten, was jeder bemerkte und als unvermeidlich hinnahm, die authentischen Texte der Prozess-Protokolle gekürzt und bearbeitet werden. In "Bruder Eichmann, hatte der Autor Heinar Kipphardt die Kürzungen so angelegt, dass das Bild dieses Haupttäters charakteristisch verzeichnet wurde. Der SS-Obersturmbannführer erschien einzig als ein Rädchen in einem Befehlsgefüge, als der er sich im Gerichtssaal auch auszugeben suchte. In Jerusalem aber hatte sich Hauptmann Avner Less, dem die polizeiliche Vorvernehmung Eichmanns übertragen worden war, stundenlang geschunden, um unwiderlegbar nachzuweisen, dass der vor ihm sitzende Mann nicht nur Befehle ausgeführt hatte, was schändlich und barbarisch und strafbar ohnehin war, sondern auch eigene Entscheidungen traf und ihn Ehrgeiz trieb, keinen Juden entkommen zu lassen.

Eine dokumentarisch-künstlerische Rekonstruktion in einem vielgesehenen (west-) deutschen Fernsehfilm erfuhr auch die Wannsee-Konferenz. Die Handlung setzte mit der Vorfahrt der Teilnehmer am Tor der hochherrschaftlichen Villa ein und endete mit der Verabschiedung Heydrichs von seinen Untergebenen, dem Gestapo-Chef Heinrich Müller und Eichmann. Filmautor und -regisseur konnten sich auf ungleich weniger authentisches Material stützen als es im Fall des Nürnberger und Jerusalemer Prozesses vorlag, von denen nicht nur schriftliche Protokolle und Tonbänder, sondern auch Filmaufnahmen existierten. Sie verfügten nur über die von Eichmann gefertigte Konferenz-Niederschrift, die Heydrich gutgeheißen und von der sich in den Akten des Auswärtigen Amtes ein einziges Exemplar erhalten hatte. Sodann konnten sie auf die einsilbigen Aussagen von Teilnehmern der Konferenz zurückgreifen, die von Robert M. W. Kempner vernommen worden waren, und auf die Schilderungen Eichmanns. Der hatte seine Geschichte in Argentinien ruhmredig

⁵ Heiner Kipphardt, Bruder Eichmann, Schauspiel, Berlin 1985.

in einem Kreis von Nazis erzählt, zu dem der niederländische Journalist Willem Sassen gehörte, und dann vor Avner Less und dem israelischen Gericht Rede und Antwort stehen mußte.

Die Filmemacher folgten der Version Eichmanns vor Gericht und verschärften sie noch zu dessen Gunsten. Er, der sich im Rahmen seiner generellen Verteidigungsstrategie neben den großen Männern, die um Heydrich versammelt waren, nur als "kleinen Dreck" dargestellt hatte, wurde im Film an einen Nebentisch abseits SS-Generale und -Offiziere und der Staatssekretäre platziert. Die Filmfigur Eichmann wurde auf den Rang einer neben ihn gesetzten Sekretärin herabgestuft, eine Person, deren Anwesenheit während der Beratungen nicht erwiesen ist. In der Inszenierung erhielt sie im Kreis der Männer eine besondere Rolle und Funktion. Die auf germanisch-blond aufgeputzte Nazistin sollte dem Stück eine pikante Note beifügen.

Wesentlicher war, dass die Filmemacher aus Eichmanns Zeugnis, er habe nach der Veranstaltung mit Heydrich und Müller bei einem oder zwei Gläsern Cognac zusammengesessen, eine dem Alkohol reichlich zusprechende Runde von Konferenzteilnehmern werden ließen. Dadurch wurde der Eindruck erweckt oder bedient, von den Staatssekretären bis zu den schießenden Haufen der Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD sei der Judenmord eine Sache einer alkoholisierten Bande gewesen. Schließlich wurden in einer Szene einem Staatsekretär tiefe Zweifel "unterschoben". Tatsächlich aber spricht kein Dokument dafür, dass es am Wannsee eine Person dieses Typus gegeben habe. So entstehen vom Personal an der Regimespitze Bilder, die zu zerstören die Geschichtswissenschaft sich dann wieder bemüht, wobei sie gleichsam am kürzeren Hebel sitzt.

Diese Bemerkungen wären missverstanden, würden sie als Generalurteil über die "dokumentarischen Inszenierungen" zur Geschichte des "Holocaust" verstanden. Ihr Verdienst – und es ist durch seine Wirkung weit größer als das vergleichbare der Geschichtswissenschaft – besteht im Bewusstmachen oder Bewussthalten des verbrecherischen Charakters des deutschen Faschismus. Das kann zum wenigsten in einer Zeit geringgeschätzt werden, in der in der deutschen Gesellschaft, nicht nur von ihrem rechten Rande her, sondern auch aus ihrer Mitte immer noch oder wieder versucht wird, die Nazivergangenheit partiell zu schönen und vor allem die Zeitgenossen von Verantwortung und Mitschuld freizusprechen.

Der Einwand des Historikers richtet sich im Kern jedoch gegen alle Darstellungen, die dem deutschen Faschismus – wie an Beispielen der Inszenierung der "Wannsee-Konferenz" gezeigt – eine besondere Exotik andichten. Damit werden Interessen bedient, die das Regime weit aus allen Kontinuitätslinien deutscher Geschichte her-

auslösen und es durch die Verabsolutierung seiner unstreitigen Besonderheiten letztlich als Produkt eines Zufallsspiels der Geschichte erscheinen lassen möchten. Ist es auch nicht Sache der Geschichtsforscher, den Abstand zwischen ihrer Sicht und jener, die sich in einer künstlerischen Inszenierung ausdrückt, mit der Elle nachzumessen, so haben sie doch die Abweichungen zu bezeichnen, berücksichtigend, dass die Historiker von den Wirkungen des Theaters und des Films profitieren. Sie erhöhen auch ihre Einflussmöglichkeiten, denn in einer nicht nachprüfbaren Zahl von Fällen gehen Anstöße zu eingehender Beschäftigung mit der Geschichte von der Kunst aus. Ihre geistigen und emotionalen Anregungen sind meist die ursprünglicheren – verglichen mit jenen der Geschichtswissenschaft, die auch von ihren strengen Vertretern und besonders bei feierlichen Anlässen die Muse Clio genannt wird.

II.

In Deutschland ist jüngst ein Streit darüber entstanden, wie sich Geschichtswissenschaft und Kunst zueinander verhalten dürften, - ein Streit, der von vielen für nicht revitalisierbar gehalten wurde. Er erwuchs aus einer politischen Situation, die sich seit 1990 entwickelt hatte und ist eine Begleiterscheinung der Konstituierung der größeren Bundesrepublik, in deren Verlauf die "neuen Bundesländer" nach dem sozialen, wirtschaftlichen, politischen, moralischen und kulturellen Zuschnitt der "Altbundesrepublik" gestaltet werden. Dazu gehört, dass das in dieser Republik dominierende Geschichtsbild den Neubürgern angetragen und – wie man an der Einführung der Schulbücher erkennen kann – auch verordnet wird. Da jedoch das Geschichtsbild der DDR nicht allein durch die Historiographie und Geschichtspublizistik unter die Leute gebracht wurde, geht dessen Liquidierung mit einer breitangelegten systematischen Kampagne gegen alle Personen und Sachen einher, die es erzeugten und verbreiteten. Dazu gehören Kunstwerke der verschiedensten Art, Denkmäler, Romane und auch Filme. An sie werden "Wahrheitskriterien" gestellt, die abgesehen von ihrer inhaltlichen Fragwürdigkeit – auch alle Eigenständigkeit von Wissenschaft und Kunst ignorieren. Der verbreitetste Vorwurf lautet, es handele sich bei den Erzeugnissen der DDR-Kunst nur um Produkte, die ein politisches Legitimationsinteresse bedienten. Dies wiederum wird als dasjenige eines "Unrechtsstaates" denunziert.

Der Vorgang lässt sich an einem begrenzten Gebiet besonders klar verdeutlichen: dem Streit um die Geschichte des Konzentrationslagers Buchenwald auf dem Ettersberg bei Weimar. An ihrer Darstellung und Vergegenständlichung waren Historiker ebenso beteiligt wie – und dies ungleich wirkungsmächtiger – ein Romanautor, ein Filmemacher und ein Bildhauer. Fritz Cremer, der Bildhauer, der den Besuchern von

Mauthausen durch das Denkmal nach dem Brecht-Diktum von "Deutschland, der bleichen Mutter" bekannt sein kann, schuf die beherrschende Skulpturengruppe im Denkmal-Komplex auf dem Ettersberg. In ihr drückte sich das Leiden und Sterben aller und auch der Kampf der politisch aktivsten Häftlinge des Lagers aus.

Bruno Apitz schrieb den Roman "Nackt unter Wölfen", der 1958 erschien, in der DDR zahlreiche Auflagen erlebte und durch seine vielsprachigen Übersetzungen das Bild von der Geschichte dieses Konzentrationslager weltweit mitprägte. Der Roman wiederum bildete die literarische Vorlage für einen Spielfilm, den Frank Beyer gedreht hatte und der in der DDR 1964 in die Lichtspieltheater kam. In ihm übernahm die Hauptrolle Erwin Geschonneck, der selbst einst Gefangener eines Konzentrationslagers* gewesen und bei Kriegsende dem Tode in der Kieler Bucht nur knapp entronnen war.

Die Anklage, die sich gegen das Denkmal, den Film – übrigens auch die (aus DDR-Zeiten stammende, inzwischen beseitigte und ersetzte) museale Ausstellung in Buchenwald – und gegen den Roman richtet, behauptet, sie verfälschten, beschönigten und heroisierten die Rolle der deutschen und ausländischen Kommunisten, besonders der deutschen, die es verstanden hatten, im Lager entscheidende Häftlingsfunktionen an sich zu bringen. Als Korrektoren dieser behaupteten Verzeichnungen und mit dem Anspruch, der "Rettung" des Bildes vom Widerstand in Buchenwald, treten der nach Jena neuberufene Geschichtsprofessor Lutz Niethammer⁶ und ein ebenfalls neuberufener Direktor der Gedenkstätte auf dem Ettersberg auf. Die Auseinandersetzung reicht mit ihrem Wellenschlag über die deutschen Grenzen ins Ausland. Germania docet – diesmal den Umgang mit dem kommunistischen Widerstand gegen das Naziregime. Echos bleiben nicht aus. Ernst Federn, sieben Jahre Buchenwald-Häftling, zuvor wie viele nach dem "Anschluss" verhaftete Österreicher in Dachau gefangen gehalten, hält Apitz in einem Interview wieder entgegen: So sei es ja nicht gewesen.⁷

Der Einwand, nach Charakter und Kontext mehr ein Protest, mutet merkwürdig an. Apitz hatte seine Arbeit als Roman geschrieben und deklariert, sie ausdrücklich nicht als seine Memoiren bezeichnet, wenngleich in dessen Handlung viel persönliches Erleben und Erfahren eingegangen war. Zudem besaß Apitz' literarisch-künstlerisches

Erwin Geschonneck war nicht nur Gefangener eines Konzentrationslagers, sondern Gefangener in drei Konzentrationslager: Sachsenhausen, Dachau und Neuengamme. *Der Herausgeber*.

Der "gesäuberte" Antifaschismus. Die SED und die roten Kapos von Buchenwald. Dokumente. Herausgegeben von Lutz Niethammer unter Mitarbeit von Karin Hartewig, Harry Stein und Leonie Wannemacher. Eingeleitet von Karin Hartewig und Lutz Niethammer, Berlin 1994.

Nackt/Wolf unter Wölfen? Interview mit Ernst Federn, in: "Ich", Berlin, Jahrgang 1995, Nr. 1. Das Interview stammt vom Oktober 1994 und fand in Berlin statt.

Interesse eine Vorgeschichte. Der gelernte Stempelschneider, der in den Jahren des Weimarer Staates im Buchhandel und als wissenschaftlicher Antiquar sein Geld verdiente, war 1927 in die Kommunistische Partei Deutschlands eingetreten und drei Jahre später in den Bund proletarisch-revolutionärer Schriftsteller.

Die Romanhandlung "Nackt unter Wölfen" besitzt eine breite Beziehungsfläche zur Vernichtung der Juden, wenngleich sie in Buchenwald spielt, das kein Vernichtungslager war und in dem dennoch mehr als 50.000 Menschen umgebracht wurden. Das am 18. Januar 1941 im deutsch-besetzten Krakau geborene jüdische Kind, Stefan Zweig mit Namen, dessen literarisch gestaltetes Schicksal eine der beiden Hauptachsen des Romans bildet, kam aus einem Nebenlager von Auschwitz am 5. August 1944 nach Buchenwald. Sein Vater, ein promovierter Jurist und Rechtsanwalt, hatte seinen Sohn und sich selbst bis dahin retten können, während die weiblichen Mitglieder der Familie umgebracht worden waren. Kommunistische Häftlinge sorgten dafür, dass Stefan im Lager nicht registriert wurde, von seinem Vater getrennt und versteckt wurde. Willi Bleicher, ein Mitglied der Kommunistischen Partei Opposition und Häftlingsfunktionär in der Effektenkammer, erwarb sich ein besonderes Verdienst um das Überleben des Kindes.⁸ Der geschichtliche Hintergrund dieser Episode ist breit. Den 11. April 1945, den Tag der Befreiung, erlebten in Buchenwald 904 Kinder und Jugendliche. Viele dieser Schwächsten unter allen Gefangenen wären ohne die Hilfe der Stärkeren und Erfahreneren bis dahin nicht gelangt. Zu ihnen gehörte auch der österreichische Häftling und Kommunist, Franz Leitner, der eine Zeitlang Blockältester im Kinderblock 8 war. Diese Helfer wiederum gewannen aus der Aufgabe, die sie sich stellten, und aus dem Durchhalten ihrer jüngsten Leidensgefährten selbst Zuversicht, die Naziherrschaft zu überleben. Sie mobilisierten Kräfte, die sie sich womöglich selbst nicht mehr zugetraut hatten.

Gestatten Sie mir hier eine persönliche Erinnerung einzuflechten: Der Winter 1945/1945 führte mich in einer Internatsschule in einem Zimmer mit einem dieser Jugendlichen zusammen. Daniel Klowski, heute Professor für Physik in Samara, war mit seiner gesamten Familie in Grodno den deutschen Judenmördern in die Hände gefallen. Seine Mutter wie alle seine jüngeren Geschwister wurden aus dem Ghetto in Białystok deportiert und in Gaskammern getötet. Er und sein Vater überlebten das KZ Stutthof, dann Auschwitz-Monowitz und schließlich Buchenwald. Dass Daniel in Monowitz der Selektion entging, verdankte er einem deutschen Häftlingsfunktio-

Näheres im Abschnitt: "Juschu, ein Buchenwaldkind" in: Buchenwald, ein Konzentrationslager. Bericht der ehemaligen Häftlinge Emil Carlebach, Paul Grünewald, Helmuth Röder, Willy Schmidt, Walter Vielhauer, Berlin 1986, S. 88 ff.

⁹ Ebenda, S. 87.

när im Krankenbau. Sein Name war Stefan Heymann. Er entstammte einer bürgerlichen jüdischen Familie in Mannheim. Während des Ersten Weltkrieges wurde er Jagdflieger und mit dem Eisernen Kreuz Erster Klasse dekoriert. Im Weimarer Staat schloss er sich den Kommunisten an und arbeitete als Redakteur ihrer Zeitungen. In den zwölf Jahren der Nazidiktatur befand er sich nur wenige Wochen auf freiem Fuße. Heymann hatte Daniel Klowski, der an einer Knochentuberkulose schwer erkrankt war, gerettet. Später hörte ich ihn sagen, er habe seit Monowitz zwei Väter, denen er das Leben verdanke: den leiblichen David und jenen Stefan Heymann, der Botschafter der DDR in Warschau wurde. Nach seinem Tode war in Thüringen eine Schule nach ihm benannt worden. Sie hat diesen Namen inzwischen wieder verloren.

Die Überlebensgeschichte des "Juschu" Zweig, der später in Wien lebte, ist ein Extrem-, aber eben keineswegs ein Einzelfall, dem andere nicht an die Seite gestellt werden könnten. Im Roman wie im Film ist sie frei gestaltet. Das Kind gelangt nicht mit seinem Vater nach Buchenwald, sondern mit einem ihm nicht verwandten Häftling, der an dem Kind liebevoll hängt. Dieser und sein Schützling werden schmerzlich voneinander getrennt. Das geschieht aus Sicherheitsgründen für alle Beteiligten. Unter ihnen, den vorwiegend kommunistischen Häftlingsfunktionären, entstehen unüberbrückbare Gegensätze über ihr weiteres Verhalten. Während die einen, um die illegale politische Organisation nicht zusätzlich zu belasten und der Enttarnung auszusetzen, was den Tod von vielen bedeutet haben würde, das Kind samt dem Pflegevater auf einen Transport in ein anderes Lager schicken und damit einem womöglich noch ungewisseren Schicksal preisgeben wollen, setzen andere sich durch, die es im Lager behalten und dort über die schwer absehbare Zeit bis zur Befreiung durchbringen möchten. Das gelingt ihnen schließlich.

Am Beispiel dieser Auseinandersetzung um ein Kind und dessen Überleben hat vor allem der Film "Nackt unter Wölfen" anschaulich gemacht, welche Entscheidungsund Handlungsspielräume die Häftlingsfunktionäre besaßen, in welche Konflikte sie in ihren Funktionen gestürzt wurden und wie unterschiedlich sie sich in ihnen, je nach der persönlichen Abwägung des "höheren Gutes" entschieden und verhielten. Denn die Romanhandlung um den kleinen und hilflosen Jungen ist ebenso wie die des Films unauflöslich mit einem zweiten Hauptstrang verbunden: der Vorbereitung der illegalen Organisation der Häftlinge [durch] das Herannahen ihrer Befreier. Die Lagerinsassen müssen befürchten, in einem Exzess ihrer Bewacher allesamt doch noch umgebracht zu werden. Mehrfach und auch heißblütig wird im illegalen Komitee über den Moment gestritten, da die Häftlinge selbst zu den wenigen und unter

äußerster Lebensgefahr in das Lager gebrachten oder dort zusammengebauten Waffen greifen sollen.

Wie die kommunistischen Häftlingsfunktionäre 1994 – zum wievielten Male eigentlich? – einer nur auf sie gerichteten Überlebensstrategie bezichtigt werden, der gegenüber die Rettung anderer Häftlinge nur als Zufalls- und Nebenprodukt erscheint, so wird auch ihr Verdienst um die Durchkreuzung der Maßnahmen der SS im Augenblick der Befreiung in Zweifel gezogen. In Wahrheit kam der weitgehend durchgesetzte bzw. befolgte Boykott der geplanten und eingeleiteten Maßnahmen zur Evakuierung der Gefangenen und der Sturm auf die Wachttürme und das Lagertor, unternommen als die SS-Herrschaft schon zerfiel, Tausenden und Abertausenden von Häftlingen zugute, die selbst am politischen Widerstand im Lager nicht teilgenommen hatten oder daran nicht teilnehmen konnten.

Im Film ist diese Aktion in einer szenischen Überhöhung dargestellt, aber die steht turmhoch über dem scholastischen Streit, ob es unter kommunistischer Führung eine Selbstbefreiung der Buchenwälder KZ-Insassen gegeben habe oder nicht. So gewiss, wie es zu einer gewalttätigen Aktion der Häftlinge nicht hätte kommen, solange die US-Truppen am Rhein standen, sondern erst, als der Donner ihrer Geschütze hinter den Stacheldrähten bereits hörbar war, so gewiss hätten die Kämpfer in Buchenwald den eintreffenden Befreiern nicht mehr als 200 SS-Leute übergeben können, die sie gefangengesetzt hatten, wären sie nicht zur Tat geschritten.¹⁰

Im Mittelpunkt des DDR-Films nach dem Apitz-Roman steht die Rettung eines Menschen, eines Kindes, vor dem Tod in Auschwitz, denn die Entdeckung des Knaben hätte ihn zu einem Zeitpunkt, da die Gaskammern und Krematorien von Birkenau noch nicht gesprengt waren, dahin zurück und zu seinen Mördern geführt. Häftlinge, die wie Vater und Sohn Zweig – um nun zu den realen Personen zurückzukehren, die hinter den Romanfiguren stehen – während der Räumung von Auschwitz und seiner Außen- und Nebenlagern nach Buchenwald verschleppt wurden, berichteten später, dass das KZ Buchenwald selbst noch in dieser späten Phase der Naziherrschaft verglichen mit dem Mordkomplex Auschwitz nahezu eine andere Welt darstellte. Die Situationen unterschieden sich vor allem als Folge der Tätigkeit der politischen Häftlingsfunktionäre im Lager. Ihr Verdienst ist vielfach bezeugt, u. a. von Benedikt Kautsky, der sich der letzten Phase des Lagers erinnerte und 1948 schrieb: "Das Lager wahrte im allgemeinen Disziplin und ordnete sich freiwillig den

Siehe dazu die entgegengesetzten Thesen von Ernst Federn, a. a. O.: "Und die Geschichte vom Aufstand, die der Apitz erzählt, ist auch ein Märchen. In Wirklichkeit sind die Amerikaner mit ihren Tanks gekommen und dann wurden ein paar Waffen, die von den Häftlingen versteckt worden waren, verteilt. Aber befreit worden ist das Lager von den Amerikanern und der SS."

deutschen Politischen unter, die in diesen letzten Tagen in meisterhafter Weise, Mut und Klugheit richtig mischend, das Lager geführt und 21.000 Häftlingen das Leben gerettet hatten. Ich als Sozialdemokrat lege auf diese Feststellung umso größeren Wert, als es sich in den verantwortlichen Stellen fast ausschließlich um Kommunisten handelte, die in vorbildlicher internationaler Solidarität allen Antifaschisten ohne Unterschied der Partei, Nation oder Konfession halfen."¹¹

Und trotz dieser vielfach lebensrettenden Unterschiede zwischen dem Konzentrationslager Buchenwald und dem Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz: Wer sich die Bilder des Films "Nackt unter Wölfen" ansieht und sie sich wieder und wieder vor das geistige Auge stellt, kann sich schwerlich des Eindrucks erwehren, dass selbst die Hinzugabe äußerster, an vielen Tatsachen gebildeter Vorstellungskraft doch an die Wirklichkeit auch dieses Lagers nur sehr entfernt heranführt. Die in Rezensionen gelegentlich zu lesende Behauptung, es ließe sich durch das Ansehen von Filmen über die faschistische Barbarei und den Massenmord an Juden, Zigeunern, Slawen und Angehörigen weiterer Völker und Nationen das Schicksal der Opfer "nacherleben", wird - was schlimm genug ist - entweder gedankenlos niedergeschrieben oder bezeugt einen auch ziemlich widerwärtigen Selbstbetrug. Es gibt keine Möglichkeit die Wirklichkeit der Lager – hießen sie Buchenwald oder Auschwitz, Mauthausen oder Neuengamme – auch nur annähernd in Spielfilme zurückzuholen. Das Abgleiten in "pseudo-naturalistische" Szenen des Leidens und Sterbens mag echte Tränenstürze bewirken, die mit dem falschen Empfinden verbunden sein können, nun habe man gesehen, wie es gewesen ist.

Im Film "Nackt unter Wölfen", der die Gefühle aufwühlt und Meinungen herausfordert, wurden Rührszenen vermieden. In seinem Zentrum stehen Entscheidungs- und Konfliktsituationen von Menschen an der Grenze von Leben und Tod. Geschonneck, der einstige KZ-Häftling, vermochte die inneren Kämpfe deutlich zu machen, die Häftlinge an der Spitze der sog. Lager-Selbstverwaltung immer aufs Neue zu bestehen hatten. Wer bin ich denn, fragt er sich, dass ich solche Entscheidungen über Menschen, meine Mitgefangenen, treffe? Wenn Kunstwerke, die den "Holocaust" und im weiteren Sinne die Barbarei des deutschen Faschismus sich zum Thema wählen, den Zuschauer einzig mit dem Empfinden entlassen: Das möchte ich nicht erleben, und das soll auf der Welt nirgendwo ein Mensch mehr erleben müssen, erwerben sie sich gewiss ein Verdienst um die Verbreitung von humaner Gesinnung. Wenn sie jedoch Menschen abbilden, die in Grenzsituationen sich gegen Brutalität und Barbarei nicht nur entschieden, sondern auch dagegen aufstanden, wie begrenzt ihre Mittel

Zitiert in: Buchenwald – ein Konzentrationslager, a. a. O., S. 156.

und wie beschränkt ihre Erfolge auch immer gewesen sein mochten, dann kann von ihnen eine gedankliche und praktische Mobilisierung ausgehen.

Diese Überlegung führt auf anderem Wege auch an eine Grenze, die der filmkünstlerischen Darstellung des Leidens und des Sterbens in den Fängen der faschistischen Massenmörder gesetzt ist. Die Möglichkeit, sich zu entscheiden, zu handeln, der Gefahren sich zu erwehren, lagen zumeist lange vor der Zeit, da die Menschenjäger zuschlugen. In dieser Frühzeit waren sie von den späteren Opfern nicht erkannt, nicht ernst genommen, jedenfalls nicht genutzt, auch vertan worden. Die Wahrheit, dass es Widerstand von Juden gab, und die Wahrheit, dass ihre Mehrheit, als die deutschen Faschisten ihr "Endlösungs-Programm" begannen, keine Chance des Widerstands mehr besaß oder zu sehen vermochte, sind keine Konkurrenten. Beide Aussagen spiegeln die Wirklichkeit.

"Wir haben in unseren Werken keine Juden mehr". Aus der Geschichte der Filmfabrik Wolfen

Die Feststellung betrifft die Werke der Sparte II (Photographische Produkte, Kunstseide, Vistra, Riechstoffe) der I. G. Farben AG und findet sich im vertraulichen Briefverkehr des Konzerns. Mit 29 weiteren Dokumenten wird das Schriftstück faksimiliert in einem Bändchen wiedergegeben, dessen Autoren sich einem weitgehend vernachlässigten Thema zuwandten: dem Verhalten der Leitungen deutscher Großunternehmen gegenüber ihren jüdischen oder "jüdisch versippten" Wissenschaftlern. Da kommt manches neu zutage und anderes, vergessenes wird in Erinnerung gebracht. Zum Beispiel, dass Dr. Fritz Gajewski, Leiter dieser IG-Sparte, schon in Nürnberg ein ihn kompromittierendes, an die Gestapo gerichtete Schreiben vorgehalten wurde. Es betraf seinen Amtsvorgänger Dr. Gerhard Ollendorf. Der hatte sich 1936 zunächst vergeblich an Hitler gewandt, um unter Anrechnung seiner Verdienste, auch der vermeintlich im Ersten Weltkrieg erworbenen, "trotz seiner jüdischen Abstammung als Deutscher erklärt" zu werden. Nun wollte Ollendorf, nach IG-Maßstäben ein Geheimnisträger von Rang, sein Vaterland verlassen. Das, forderte Gajewski von der Gestapo, sollte sie vorerst verhindern, die Wohnung durchsuchen, damit das dabei sichergestellte Material von "arischen" Fachleuten begutachtet werden könne. Die Gestapo half sofort und gründlich. Sie setzte Ollendorf für Monate fest. Erst dann entkam er nach Brasilien und bedankte sich vertrauensselig und überschwänglich für die Mithilfe bei seiner Freilassung, die er fälschlich gerade dem Mann zuschrieb, welcher die Staatspolizei erst auf ihn angesetzt hatte. Der Vorgang lag 1948 außerhalb der Beschuldigungen, die von den amerikanischen Richtern bestraft wurden. Gajewski kam mit der Untersuchungshaft davon. Fünf Jahre später sah er sich mit dem Großkreuz des Bundesverdienstkreuzes geehrt und entschädigt.

Die Episode öffnet den Blick auf eines von einem Dutzend Lebensschicksalen. Die Verfasser haben sie in Abhängigkeit von der sehr unterschiedlichen Überlieferung dargestellt. Nicht in allen Fällen konnten sie zeigen, wie die Lebenswege der Vertriebenen verliefen. Manche führten nach Brasilien, Agentinnen, Palästina, Japan und in die USA. Andere Spuren verlieren sich. Der Schriftwechsel der Verfolgten mit dem Leiter der Filmfabrik, der als Vorstandsmitglied der AG und als Mitglied des Zentralausschusses zu deren mächtigsten Männern gehörte, ist aufschlussreich. In ihm offenbaren sich die widerstreitenden "Seelen" eines Managers, der im Mai 1933 Mitglied der NSDAP geworden war. Gegenüber seinen "nichtarischen" Kollegen suchte er anständig und hilfreich zu erscheinen. Als Verfechter der Konzerninteressen lag ihm daran, die hochgradigen Spezialisten lange in dessen Diensten zu halten. Und in

der gleichen Eigenschaft und als ein "deutscher Patriot" wünschte er zu verhindern, dass Wissen, Fähigkeiten und Erfahrungen der Spitzenkräfte von ausländischer Konkurrenz genutzt werden konnte, unter der die von Kodak besonders gefürchtet wurde.

Dass Kommentare der Autoren mitunter eine verengte Sicht verraten, Bezugnahmen auf vergleichbare Großunternehmen fehlen, muss auch angesichts des Forschungsstandes hingenommen worden. Eine Art von Neubekehrertum, welches sich aufdringlich ausspricht, mag demgegenüber Kopfschütteln hervorrufen. Die "Arier" an der Konzernspitze scheinen geistige Haltung und politische Überzeugung nicht zu besitzen. Sie arbeiteten weiter, sich anpassend unter dem Druck der "Nationalsozialisten", mit denen sie sich "in wirtschaftlichen Fragen arrangieren" mussten. Da fehlt nur noch die Sorge um die Beschäftigung der "deutschen" Belegschaft, die doch unter Misshelligkeiten zwischen den politischen Machtinhabern und der Konzernleitung nicht hätte leiden dürfen. Das neue Lied ist das sehr alte Lied. Goldhagens Fragen sind aber nicht nur an die Schwarz-, Braun- Grün- und Feldgrau-Uniformierten zu richten, sondern auch an die in den weißen Kitteln.

Manfred Gill und Peter Löhnert, Jüdische Chemiker aus Dessau in der Filmfabrik Wolfen. Ein Beitrag zum Schicksal jüdischer Wissenschaftler und der jüdisch verheirateten Wissenschaftler der Filmfabrik Wolfen in der Zeit des Nationalsozialismus (= Schriftenreihe der Moses-Mendelssohn-Gesellschaft e. V. Dessau 1997, 99 S.)

Leben auf der Folter. "Juden im Zeugenstand"

Der heute im Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde verwahrte Aktenbestand wäre ohne eine Personalentscheidung des Konrad Adenauer nicht gebildet worden, wenngleich dem ersten Kanzler der Bundesrepublik diese Folge gewiss nicht vorgeschwebt hat. Jedoch: Wäre Hans Maria Globke nicht Staatssekretär im Kanzleramt geworden, sondern der einstige Ministerialrat im Reichsinnenministerium hätte den Rest seiner Tage wie Hunderte und Tausende Staatsbeamte des Führers mit auskömmlicher Pension in einem größeren oder kleineren westdeutschen Nest verbracht, wer würde nach ihm noch gefragt oder gesehen haben? Öffentliches Interesse wurde dem Kommentator der Nürnberger Gesetze von 1935 erst durch seine zweite, die Bonner Karriere zuteil. Dazu gehörte gleichsam vertretungsweise, denn im Weststaat strebte niemand das an, dass ihn der Generalstaatsanwalt der DDR wegen seines Beitrags zur Judenverfolgung auf die Anklagebank setzte.

Bevor es – in absentia – zum Globke-Prozess vor dem Obersten Gericht des ostdeutschen Staates kam, wurden Opfer der Politik, für die er den gesetzlichen Rahmen
geliefert hatte, nach ihrem Erleben und Erleiden während der Jahre 1935 bis 1945
befragt. Das taten Staatsanwälte an oder in der Nähe von deren Wohnorten zwischen
Ostsee und Erzgebirge. Mehr als 600 Personen, die im Nazistaat in die Kategorien
"Juden in Mischehen" oder "Mischlinge" (das waren Kinder aus solchen Ehen) erklärten sich bereit, sich solchen Befragungen zu stellen und damit einmal mehr sich
die Last des Erinnerns an Jahre aufzubürden, die damals anderthalb Jahrzehnte hinter ihnen lagen. Zu diesen Erinnerungen gehörten mit den Ängsten vor Haussuchung, Inhaftierung, Deportation, mit den Leiden der Alltage, dem Hunger im
Kriege, als sie auf niedrigste Lebensmittelrationen gesetzt waren, und der Zwangsarbeit vor allem Bilder enger und ferner Verwandter, Freunde und Bekannter, die Opfer des Massenmordens geworden waren.

Die Existenz dieses Konvoluts von Akten war schon bekannt. Doch hatten Historiker sie nur selektiv unter ihren jeweiligen Fragestellungen benutzt. Nun hat sich Erika
Schwarz durch den Gesamtbestand gearbeitet. Daraus ist ihr in diesen Tagen erschienenes Buch "Juden im Zeugenstand" hervorgegangen, ein vortrefflich erschlossenes
Dokumentenbuch. Es bietet im Kern Auszüge aus den seinerzeit entstandenen Protokollen, stellt die Befragten mit knappen biografischen Angaben vor und bietet im
Faksimile Papiere, die von ihnen zum Beweis für die Wahrhaftigkeit ihrer Berichte
den Staatsanwälten übergeben wurden und sich in den Akten erhielten. Dieses Material hat die Autorin historisch geordnet und den Abschnitten sachkundige Einleitungen vorangestellt. So kann eine Vorstellung von den Phasen der Verfolgungen in

Vorkrieg und Krieg entstehen, in denen die Spezialisten des Antisemitismus in Aktion unterschiedliche Ziele verfolgten, die sich bis zur Politik der Ausrottung steigerten. Es macht den besonderen Wert der Überlieferung aus, dass sie zu einer Zeit entstand, da es um die Literatur zur Judenverfolgung noch ärmlich bestellt war, so dass das Berichtete weitgehend das mit dem Fremden unvermischte Eigene war, sich meist ganz auf persönliches Erleben gründete. Zum anderen folgten die Aussagen einer den Gesprächen zugrunde liegenden, nicht starr gehandhabten Fragenkette. Sie erlaubt Vergleiche, die Gemeinsames wie Besonderes im Dasein unter der Geißel des Hakenkreuzes hervortreten lassen. Der Band räumt mit allen beruhigenden Vorstellungen davon auf, dass die als "privilegierte" Juden oder "Mischlinge" Eingestuften ja glimpflich davongekommen wären. Was sie berichteten, lässt eine Vorstellung vom Leben auf einer Folter und in totaler Ungewissheit schon über den morgigen Tag entstehen. Was wir vor allem aus den Tagebüchern des Victor Klemperer wissen, wird auf den Seiten des Bandes gedrängt von Menschen unterschiedlichen Alters, verschiedenster Berufe und Lebensorte bezeugt.

Erika Schwarz, Juden im Zeugenstand. Die Spur des Hans Maria Globke im Gedächtnis von Überlebenden der Schoa. Hentrich + Hentrich Berlin 2009, 260 S. (= Schriftenreihe des Centrum Judaicum. Hg. Hermann Simon, Bd. 8.)

"... der Lärm wird ja kommen ...". Über das ausländische Echo auf den Pogrom des 9. November 1938

Wenn alle Dokumente gesichtet wurden und ein erheblicher Teil von ihnen auch gedruckt und also für jedermanns Benutzung vorliegt, wenn Ereignisse nahezu lückenlos festgestellt, auch die Anteile der maßgeblichen Personen an ihnen unabweisbar nachgewiesen sind, was bleibt Historikern dann an Jahrestagen wie diesem noch zu tun übrig? Sollen sie sich wiederholen oder sich fragen, was von dem Gefundenen erst noch unter die Leute zu bringen ist?

Wolfgang Benz und die Mitarbeiter des Zentrums für Antisemitismusforschung an der Technischen Universität haben einen Aspekt entdeckt, der auf das am 9. November 1938 und in den folgenden Tagen begangene Verbrechen ein zusätzliches Licht wirft. Sie luden zu einer Tagung ein, die sich mit "Reaktionen des Auslands" auf die Nachrichten von den brennenden Synagogen, den verwüsten Geschäften und Wohnungen und den getöteten Juden befasste. Goebbels hatte das Echo von jenseits der Grenzen erwartet und, als die Trümmer noch rauchten, in sein Tagebuch notiert, "der Lärm" werde kommen. Er fiel nach Lautstärke und Wirkung nicht einmal so stark aus, wie jener des Jahres 1933, als die Proteste gegen die einsetzenden Judenverfolgungen allerdings auch von wirkungsvollen Maßnahmen des Wirtschaftsboykotts begleitet gewesen waren. Nun also fragten Historiker aus Mailand, Paris und Amsterdam, aus Wien, Prag und Basel gemeinsam mit deutschen Forschern, wie das damals mit den Geräuschen und Regungen gewesen war.

Dass die Zeitungen Mussolinis, denen nur das bald darauf eingestellte "Israel", ein Blatt der Zionisten, nicht zuzurechnen war, alsbald auf die von den Verbündeten vorgegebene verlogene Linie der Berichterstattung und Wertung einschwenkte, verwunderte niemanden. Zumal Italien in jenen Tagen die ersten antijüdischen Gesetze erließ, von denen Michele Safrati (Mailand) jedoch sagte, sie dürften nicht nur als eine Nachahmung der deutschen Vorläufer gesehen werden. Schwer verständlich waren aus dem Abstand von nahezu einem Menschenleben hingegen die von Marion Neiss (Berlin) referierten Wertungen aus ausgewählten jiddischen Zeitungen, die in den USA erschienen. Auf deren Tatsachenberichte folgte die Formulierung von hochgeschraubten Erwartungen an die Politik Roosevelts, die sich zudem mit dem Glauben verbanden, die Deutschen würden, wenn sie nur die weltweite Verurteilung der Untat zu spüren bekämen, sich gegen ihre Machthaber erheben. Daraus sprach, wie oft in der Geschichte, wohl nur der Versuch, sich gegen einen Feind Mut zuzusprechen, von dessen Wesen und Kräften man sich im Grunde keine rechte Vorstellung hatte machen können.

Zwei ganz unterschiedliche Sehweisen galten dem Echo in den beiden Staaten, die sich ein Jahr darauf bereits mit Deutschland im Kriege befanden. Hermann Graml (München) überraschte durch eine Deutung, die in den Novembertagen den Übergang der britischen Regierung unter Chamberlain von einer durch Interessen und Machtkalkül geleiteten Linie zu einer "Politik der Moral" sehen wollte. Doch wurde der Vorschlag, die Korrektur der Appeasement-Politik derart vorzuverlegen, nicht weiter diskutiert. Regina Delacor (Paris) hingegen zeichnete das verbissene Festhalten der Regierung Daladier an der als Friedenskurs ausgegebenen Politik einer Verständigung mit Nazideutschland nach. Am Parlament vorbei wurde der in München eingeschlagene Weg unbeirrt fortgesetzt und dem Reichsaußenminister von Ribbentrop im Dezember 1938 in Paris ein Empfang bereitet, der das Naziregime hofierte. Damit zeigten sich vor allem die äußerste Rechte einverstanden, die im Lande die Feindschaft gegen die Fremden für ihre Zwecke zu wecken und zu mobilisieren suchte, mit Parolen wie "Frankreich den Franzosen" hervortrat, Arbeit "zuerst für Franzosen" und die Abschließung des Staates gegen Zufluchtssuchende verlangte. Die Nationalversammlung ließ diese Regierungspolitik passieren, mit Ausnahme der Kommunistischen Partei Frankreichs. Ihr Sprecher Gabriel Péri erklärte, die Regierung habe den deutschen Faschisten ein "Zeugnis für gute Führung" ausgestellt und wurde dafür von den vorgeblichen Friedenspolitikern als Kriegshetzer beschimpft.

Nicht nur durch diese Konkreta erwies die Tagung, deren Referate alsbald veröffentlicht werden sollen (Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 11/1998), ihren keineswegs erst auf Umwegen herbei zu holenden Gegenwartsbezug. Sie zeigte insgesamt, dass auf dem "Weg nach Europa" einige Fragen der mehr oder weniger gemeinsamen Geschichte durchzuarbeiten sind – und eben nicht nur von den Experten der Materie. Dazu müssen Seiten der Geschichte aufgeschlagen werden, die bisher vielfach übergangen wurden, handelt es sich doch nicht um Ruhmesblätter.

Albert Speer und die "Entsiedelung" der Juden. Ein vergessenes Kapitel der Judenverfolgung in Berlin

Die Methode, nach der Bücher aus der Welt der Wissenschaft vorgestellt werden, scheint sich hierzulande der unter anderem in Italien viel geübten Methode anzunähern: Nicht der Autor erhält als erster das Wort, sondern die ersten Leser seines Werkes. Sie können, müssen aber keineswegs nur Experten sein. Der Vorteil des Verfahrens ist einsehbar. Dass der Urheber von seinem Text eingenommen ist, darf vorausgesetzt werden, sonst hätte er ihn schwerlich "in die Welt gesetzt". Die Empfehlung der Nichtbeteiligten mag also in den Ohren der Zuhörenden mehr wiegen. So wohl auch, als dieser Tage Susanne Willems Buch vorgestellt wurde, das auf ihre Dissertation zurückgeht und dem sie den Titel "Der entsiedelte Jude" gab – eine der widerwärtigen Wortwendungen aus der Bürokratensprache der deutschen Judenverfolger.

Zunächst empfahl Senator Thomas Flierl das Buch als Beitrag zu einem unbekannten, weil bislang unerforschten Thema der Geschichte Berlins am Ende der dreißiger und zu Beginn der vierziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts. Was vorliegt, nannte er nicht nur lesenswert, sondern auch lesbar. Das Gewicht des Lobes konnte ermessen, wer ein Bild von der dokumentarischen Hauptquelle besitzt, aus der das Tatsachenmaterial geschöpft wurde: Akten des Oberfinanzpräsidenten. Dann sprach Wolfgang Scheffler, em. Professor der TU Berlin, über die Geschichte der Erforschung des Lebens der Juden in der damaligen Reichshauptstadt, als sie zunehmend ausgegrenzt und drangsaliert unter den "arischen" Berlinern lebten. Erst dann kam die Autorin zu Wort. Ihr Buch sei ein Beitrag zur jüngst in Gang gekommenen Erforschung des Lebens der Juden zwischen dem 1938er Pogrom und ihrer Deportation "nach dem Osten". Erfasst werde die soziale Lage der Verfolgten unter der Fragestellung: Wie wohnten sie, wie waren sie behaust, nachdem ihnen der Mieterschutz genommen war, sie aus ihren Wohnungen verwiesen, in Judenhäuser zusammengepfercht wurden. Anschaulich war davon – leider – wenig die Rede, wenngleich ausgewählte Familiengeschichten genügt haben würden, Vorstellung von einem quälenden, zermürbenden, mancher Lebenskräfte schon überfordernden Abstieg zu geben. Die Auslassung besaß einen Grund. Der liegt in der von Willems scharf herausgearbeiteten Besonderheit des Geschehens in Berlin. Hier verband sich Judenverfolgung mit den Plänen zu dessen Umbau in das gedachte Germania. Die Stelle, die diese entwarf und seit 1937/38 vorantrieb, das Amt des Generalbauinspekteurs Albert Speer, fand in den von Juden bewohnten Räumen die Reserve, auf die sich zugreifen ließ, um "Arier" unterzubringen, deren Häuser zum Abriss bestimmt wurden. So sollten Plätze und Fluchten entstehen, auf dem sich der auch größenwahnsinnige Leibarchitekt des "Führers" auszutoben vermochte. Nachgewiesen wurde, dass Speer und sein Amt Initiator der Liquidierung des Mieterschutzes für Juden war, schon im Frühjahr 1941 auf den Beginn der Deportation drängte, schließlich die Aufnahme in die Deportationslisten in Zusammenarbeit mit der Gestapo maßgeblich mitbestimmte. So entstand ein Beitrag gegen die "Speer-Legende". Ob sie durch ihn den Todesstoß erhalten wird, ist so unwahrscheinlich wie ein Schritt Joachim Fests, der sein einschlägiges Buch vom Markt nehmen und es umschreiben müsste.

Da stand eine Frage im gut aufgeheizten Saal des Ribbeck-Hauses, in dem sich trotz (siehe oben) italienisch-hochsommerlicher Temperaturen ein zahlreiches Publikum eingefunden hatte: Wie hätte das Urteil über Naziminister Speer gelautet, wenn seine Richter 1946 gewusst hätten, worüber Lesende sich nun informieren können? Thomas Kuczynski merkte mit Dank an Verfasserin und Verlag an, dass die benutzten Quellen nicht nur exakt ausgewiesen, sondern wo nötig auch kritisch beschrieben werden und – wie hinzugefügt werden kann – die Anmerkungen benutzerfreundlich sich am jeweiligen Seitenende befinden. Soviel "Komfort" ist selten geworden.

Susanne Willems, Der entsiedelte Jude. Albert Speers Wohnungsmarktpolitik für den Berliner Hauptstadtbau, Edition Hentrich Berlin 2002, 480 S. (= Publikationen der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz, hg. von Norbert Kampe, Wolfgang Scheffler und Gerhard Schoenberner)

Forschung auf unsicherem Feld. Zur "Genesis der Endlösung"

Kein zweiter "Holocaust"-Forscher in Deutschland hat so nachdrücklich auf die Bedeutung der Justizakten für die geschichtswissenschaftliche Forschung hingewiesen wie Wolfgang Scheffler. Das geschah nicht zuletzt unter den Eindrücken seiner über Jahre währenden Tätigkeit als Gutachter in Gerichtsprozessen nicht nur in der BRD. Wie begründet seine Forderung war, lässt sich auch an der eben im Druck erschienenen Dissertation ablesen, die er maßgeblich förderte. In ihr wird der Versuch gemacht, der Antwort auf eine der umstrittensten, Wissenschaftler wieder und wieder herausfordernden Frage näherzukommen: Wann und wie wurde der Schritt von der Verfolgung der Juden zu ihrer systematischen Vernichtung – zur "Endlösung" – gegangen? Als das Thema 1984 auf einer Konferenz erörtert wurde, die sich ganz dieser "Entschlussbildung" widmete, war schon konstatiert, wie lückenhaft "Produktion" und Überlieferung von Dokumenten in diesem Punkte sich darstellen. So war und blieb Spielraum für Hypothesen und Kontroversen.

Ralf Ogorreck ist eine weite Strecke gegangen, um ihn einzuengen. Er verfolgte gedanklich einen "Rückweg" von Befehlen, die den Einsatzgruppen im besetzten Gebiet der UdSSR erteilt wurden, zur Entstehung und den Inhalten voraufgegangener Entschlüsse. Dieser Weg führte ihn unvermeidlich auf eine via mala. Denn – erstens – wurde auch die Befehlserteilung vor Ort nirgendwo dokumentiert, so dass die obendrein mitunter wechselnden und sich widersprechenden Aussagen aus Ermittlungs- und Gerichtsverfahren herangezogen werden mussten. Dies jedoch in beeindruckender Kompaktheit. Und – zweitens – bedeuten die ermittelten Daten der Befehlsausgabe nicht auch, dass ihr die Entschlussbildung an höchster Stelle unmittelbar oder zeitlich nahe voraufgegangen sein muss.

Klar ist der Nachweis erbracht, dass die Mörderschwadronen Himmlers und Heydrichs in der ersten Phase ihres verbrecherischen Wirkens hauptsächlich Männer und männliche Jugendliche niederschossen, während in der zweiten, im August 1941 einsetzenden Phase im okkupierten Gebiet alle jüdischen Bewohner "liquidiert" wurden. Nur will der logische Schluss nicht überzeugen, dass folglich auch die Entschlüsse und Weisungen in zwei Schritten erfolgten. Ogorreck nimmt an, dass Hitler sich erst im Verlauf des Monats Juli angesichts der Kriegserfolge im Osten schlüssig wurde, dass kein Jude am Leben gelassen werden sollte. Doch zweifelten weder der Oberste Befehlshaber noch seine Generalstäbler vor dem 22. Juni 1941 auch nur einen Moment an ihrem Blitzsieg. Daher ist auch denkbar, ja nicht weniger wahrscheinlich, dass auf einen einheitlichen und frühgefassten Entschluss dessen zweistufige Übermittlung folgte. Leider diskutiert der Verfasser das Problem nicht. Den-

noch und vor allem: Die Kärrnerarbeit, die er in den Justizakten geleistet hat, ermöglicht es, Chancen und natürlich mit ihnen auch Grenzen genauer zu bestimmen, die sich dem Historiker auf diesem Pfad bieten bzw. auch dort abzeichnen.

Ralf Ogorreck, Die Einsatzgruppen und die "Genesis der Endlösung", Metropol Verlag Berlin 1996, 240 S. (= Dokumente, Texte, Materialien. Veröffentlicht vom Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin, Bd. 12)

Ausbildungsziel Judenmord. Ideologie und Untat

Die einleitend bekannte Wahrnehmung der vier Autoren, jeder von ihnen als "Holocaust"-Forscher ausgewiesen, bildete den Ausgangs- und Zielpunkt dieses Bandes: Sie sehen, ungeachtet der Fortschritte, welche in der Täterforschung seit Christopher Brownings Pionierarbeit erzielt wurden, die Frage nach den *ideologischen* Antrieben der Judenmörder vernachlässigt, mitunter auch ignoriert, weil in ihrer Bedeutung bestritten. Demgegenüber betonen sie, ohne deren Berücksichtigung könne das Massenmorden nicht erklärt werden. Folglich und mit dem Vorsatz, Forschungen anzuregen, begeben sie sich auf die dokumentarische Spur von Befehlen, Weisungen, sog. Leitheften, Lehrgangsprogrammen, SS- und Polizei-Zeitschriften. Sie analysieren deren Inhalte und suchen zu klären, was davon Offiziere und Mannschaften in SS und Polizei erreichte und wozu diese durch derlei "Erziehung" angestiftet werden sollten und auch befähigt wurden. 16 einschlägige Dokumente aus den Jahren 1934 bis 1944, teils in Auszügen gedruckt, bilden Teil II der Publikation.

Dass Ideologie, welchen Inhalts auch immer, "materielle Gewalt" werden kann, bildet weithin keinen Streitpunkt. Schwierig ist, da diese Inhalte nur selten gleichsam rein auftreten, deren spezifisches Gewicht auf einer Skala von Handlungsmotiven eines Einzelnen oder ganzer Gruppen zu bestimmen. Die Lösung des generellen Problems wird im vorliegenden Fall durch die Quellenlage, soviel bedrucktes Papier auch überliefert ist, nicht erleichtert. Die Täter, nach 1945 in Ermittlungs- und Gerichtsverfahren von Rechtsanwälten beraten, hüteten sich, sofern sie danach überhaupt gefragt wurden, ihre mörderische Gedankenwelt auszubreiten. Sie konnte ichnen als "niederer Beweggrund" zur Last fallen. (129) Kurzum, der Schritt vom Vermutetem oder dem wahrscheinlich Gemachten zu Gewissheiten bleibt häufig im Versuch stecken. Warum sich der dennoch lohnt, hat Kwiet formuliert: "Anders als die Täter sterben die Ideen und Ziele, die sie motivierten, nicht einfach, sie werden dort tradiert, wo eine radikale Zäsur nicht stattfand." (138)

Breitmanns Beitrag, der die Formel von den Juden als "Gegner Nummer eins" in der Überschrift zitiert, liegt die Vorstellung zugrunde, dass im Zentrum der NS-Welt- und Geschichtsanschauung der "Glaube an eine jüdische Weltverschwörung zur Beherrschung anderer Völker stand". (22) Hinter dieser Feststellung beginnen umstrittene Fragen. Besetzte dieser Glaube das Zentrum ganz? Oder verband er sich dort mit anderen Bestandteilen und Inhalten? Die Verabsolutierung korrigiert Matthäus: "Auf der Palette der Schulungsthemen bildete die "Judenfrage" nur eine, wenngleich markante Farbschattierung." (40) Er verweist auf die Behandlung von Geschichte, das Anknüpfen an tagespolitische Nachrichten und eine im Gewand

naturwissenschaftlicher Unterweisung daherkommende Propagierung von Vorurteilen. Ähnlich, Fragestellung und Untersuchungsgegenstand öffnend, äußert sich Förster, der die "weltanschauliche Erziehung der Waffen-SS" namentlich nach dem Überfall auf die UdSSR darstellt. Er verweist darauf, dass zu dieser Schulung die Vermittlung eines "positiven" Bildes (84) gehörte, die Beschäftigung mit "deutschen Themen" (95), die in die Begründung eines universellen Herrschaftsanspruchs mündeten. Thematisiert wurde das "großgermanische Reich", der "deutsche Lebensraum", beide mit dem unerschöpflich scheinenden Phrasenangebot von Blut und Boden, Schwert und Pflug, Ostlandritt, "Daseinskampf" zwischen Germanen und Slawen und der asiatischen Steppe usw.

Mehrere Autoren belegen, dass das gedachte Resultat der "weltanschaulichen Erziehung" als Entwicklung oder Schärfung von Denken und Urteilen völlig missverstanden wäre. Erzeugt werden sollte eine NS-, SS-, SD-mäßig oder einfach deutsch genannte Manneshaltung, welche die Adressaten in den SS- und Polizeireihen gegenüber jedem aufklärerisch-humanistischen Ideal absolut zu immunisieren und sie zu befähigen hatte, im Blut der als "Untermenschen" Bezeichneten zu waten ohne einen einzigen Gewissensbiss. Dazu brauchte es in Wort und Schrift keine direkten Handlungsanweisungen, (83) aber die Summe des Vermittelten bewirkte, dass, war das Erschießen und Vergasen einmal befohlen, der Schritt über die Schwelle zum Schwerverbrechertum erleichtert (41) und seine Fortsetzung legitimiert (8) wurde.

Die Autoren haben überzeugend gezeigt, dass die "weltanschauliche Erziehung", zu der die insbesondere von Himmler immer wieder geforderte Pflege von Kameraderie gehörte, aus der wiederum Gruppenverhalten und -druck erwuchs, nicht als "folgenlose Pflichtübung" (12) abgetan werden kann, sondern dass sie mit ihren Wirkungen zu den "tatrelevanten Faktoren" gezählt werden muss.

Jürgen Matthäus/Konrad Kwiet/Jürgen Förster/Richard Breitman, Ausbildungsziel Judenmord. "Weltanschauliche Erziehung" von SS, Polizei und Waffen-SS im Rahmen der "Endlösung". Fischer Taschenbuch Verlag Frankfurt a. M. 2002, 219 S.

Urteilsverkündung im Frankfurter Gallus-Haus. Das Ende des ersten Auschwitz-Prozesses

"Es wird drückend heiß. Die langen grünen Vorhänge werden zugezogen, grelles Licht aus Neonröhren heizt den Saal unerträglich. Die in Haft befindlichen Angeklagten werden vorgeführt …" und aus anderer Feder: "Die blauen Vorhänge an den wandhohen Fenstern des Verhandlungssaales im Haus Gallus sind zugezogen, so, als störe das Tageslicht an diesem Morgen, da die Weltöffentlichkeit erfahren soll, welche Strafe auf die 20 verbliebenen Angeklagten wartet."

So schilderten zwei wache Beobachter die Atmosphäre in dem zum Gerichtssaal gewordenen Raum in Frankfurt am Main an dem Tage, es war der 19. August 1965, an dem der (erste der beiden) Auschwitzprozesse mit der Verkündung der Urteile endete. Eine Überlieferung stammt von Rudolf Hirsch, der seine Prozessberichte 1982 im Rudolstädter Greifenverlag veröffentlichte. Die andere rührt aus der Feder von Conrad Taler und ist eben und aus Anlass des 40. Jahrestages der Prozess-Eröffnung erschienen. Der schrieb seine Berichte, damals Mitte dreißig, für das offizielle Organ der Israelitischen Kultusgemeinde Wien und sagt von sich, er sei kein neutraler Beobachter gewesen. Gleiches galt für Hirsch. Beide lagen bei der Erfüllung ihrer Chronistenpflicht nicht so weit auseinander wie bei der Bestimmung der Farbe der Vorhänge im Haus Gallus.

Präzise sind die Bilder Talers von Auftreten und Benehmen der ursprünglich 22 Angeklagten, von denen sich anfänglich mehr auf freiem Fuße befanden, als nach der Beweisaufnahme. Nicht anders und teilnahmsvoll die Darstellung der Zeugen und deren Aussagen. Frauen und Männer waren aus den verschiedensten Ländern Europas angereist, auch aus Israel und Mexiko, und unterzogen sich der Strapazen, die es für sie bedeutete, sich vor den Richtern, den Angeklagten und dem sich – anfänglich dichter als gegen Prozessende – drängenden Publikum zu erinnern und zu schildern, was zur Gänze doch nicht zu sagen ist. Empörung spricht aus Talers Berichten über die provozierenden, von keinem Anflug von Mitleidensfähigkeit zeugenden Fragen der Verteidiger. Überzeugend die Bloßstellung ihrer Taktik, die Anklageerhebung als eine Art obendrein kommunistisch gesteuerte Verschwörung gegen Männer hinzustellen, die nichts anderes getan hätten, als Befehle auszuführen und ohne Unrechtsbewusstsein gewesen wären – beim Foltern, beim Hineintreiben von Menschen in die Gaskammern, bei der Handhabung der tödlichen Spritzen. Taler verweist wie Hirsch darauf, dass die Tätergruppe, die in Frankfurt gestellt wurde, höchst unvollständig war und zu ihr doch auch jene Herren der IG Farben AG und anderer Unternehmen gehörten, welche die Häftlinge bis zur Erschöpfung ausbeuteten und

dann verlangten, dass nicht mehr hinreichend Arbeitsfähige durch kräftigen "Nachschub" ersetzt würden, bis auch der wieder so heruntergekommen war, dass ihn die Mörder zurückerhielten.

Den Band bereichern Studien von Werner Renz, der sich in wissenschaftlichen und anderen Zeitschriften jüngst schon mehrfach mit der Vorgeschichte des Prozesses geäußert hat. Wieder abgedruckt ist auch eine 1993 zuerst erschienene Würdigung des Verdienstes von Fritz Bauer, des Generalstaatsanwalts in Hessen, um das Zustandekommen des Prozesses. Informativ sind die knappen Angaben zu den Lebensdaten der Verurteilten, vor allem über die tatsächliche Dauer ihrer Haft. Den Schluss bildet der Wiederabdruck einer Schilderung der "Ordensaffäre Bütefisch", eine weithin vergessene, aber charakteristische Episode aus der Frühgeschichte der Bundesrepublik, die – dies nebenbei – zeigt, dass alle modernen Versuche, die Nachkriegsgeschichte von BRD und DDR zu parallelisieren, hochverlogen sind. Der Geehrte war 1948 als einer jener Manager der IG Farben, die sich bei der SS in Auschwitz mit "Leiharbeitern" bedient hatten, zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt worden. Er stand, als ihm Bundespräsident Heinrich Lübke den Orden verlieh, an der Spitze der Ruhrchemie AG in Oberhausen. Erst als die Redaktionen der in Frankfurt a. M. erscheinenden antifaschistischen Wochenzeitung "die tat" und die des "Israelitischen Wochenblattes für die Schweiz" auf die Biographie des Bütefisch hinwiesen, erfolgte die Rücknahme der Ehrung, die vom Bundesverband der deutschen Industrie vorgeschlagen worden war. Die hatte daraufhin die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen beantragt, nachdem die übliche Nachfrage bei Polizei und Verfassungsschutz ergeben hatte, dass gegen den B. nichts Nachteiliges vorlag. Ob die von Renz gegebene Kennzeichnung Lübkes, als eines Arglosen, dem der "Fall unterjubelt" worden sei, den Nagel auf den Kopf trifft, erscheint fraglich. Möglicherweise hat ihn die NS-Vergangenheit von Angehörigen der Wirtschaftselite so wenig interessiert und beschäftigt wie seine eigene.

Conrad Taler, Asche auf vereisten Wegen. Eine Chronik des Grauens – Berichte vom Auschwitz-Prozess. Mit einem Beitrag von Werner Renz, PapyRossa Verlag Köln 2003, 154 S. (Neue Kleine Bibliothek, 87)

Der eigentliche Streitwert. Zur Kontroverse um die Authentizität des Films "Rosenstraße"

Einem Historiker, dessen lange Geduldsfäden bei vielerlei Gelegenheit Freunde, Bekannte und selbst flüchtige Beobachter wahrnehmen konnten, ist einer dieser Fäden gerissen. Und ausgerechnet nach dem Ansehen eines Filmes, Made in Germany, der nach langer Hungerstrecke auf einem internationalen Filmfest wegen schauspielerischer Leistungen besondere Ehrungen erfuhr und der hierzulande in München, Hamburg und Berlin festliche Uraufführungen erfuhr. Manchen Deutschen scheint so der Frohsinn etwas verdorben worden zu sein. Doch erklärt das nur einen Teil der Reaktion auf den Einspruch, den Wolfgang Benz, Leiter des Zentrums für Antisemitismusforschung an der Technischen Universität Berlin, nicht gegen den Film "Rosenstraße", sondern einzig gegen den an seinem Beginn erhobenen Anspruch erhob, "authentisch" zu sein, was doch heißt: die geschichtliche Wahrheit gültig, echt, also ohne jede Verfälschung zu geben. Das geschehe nicht rechtens, sagt der Historiker und begründet dies mit dem durch Forschungen gesicherten Verweis darauf, dass der jede Hochachtung verdienende Protest der Frauen in der Berliner Rosenstraße, die ihre Männer vor dem – was nahe lag – vermuteten Transport nach Auschwitz und zu den Judenmördern retten wollten, nicht ausschlaggebend dafür war, dass die Gefangengenommenen freikamen. Damit ist einer Legende widersprochen. Dieser Befund bedeutet: Selbst durch eine so außerordentliche Tat einer kleinen Gruppe ließ sich das Regime Juden, wenn sie diese für die Gaskammern bestimmt hatten, nicht entreißen. Die Frage trifft ins Zentrum der Geschichtsvorstellung vom Charakter und von der Funktionsweise des Naziregimes und besitzt Gewicht für das Urteil über Möglichkeiten von Widerstand.

Das Echo war laut und zieh Benz vor allem des Erhebens ungerechtfertigter Ansprüche der Wissenschaft an die Kunst, namentlich des Unverständnisses für das, was Filmkunst will und kann. Das verteidigungswerte hohe Gut der Freiheit künstlerischer Erfindung, die an die bloße Wiedergabe von Fakten – die nicht gefordert worden war – nicht gefesselt werden dürfe, kam wortreich ins Gespräch. Doch darum ging es nicht und auch nicht darum, die Forderungen an Dokumentarfilme mit denen an Spielfilme zu vermanschen oder Filmschöpfern untersagen zu wollen, "Gefundenes und Erfundenes" zu mischen. Wer wüsste nicht, dass Schriftsteller von Rang, bevor sie die Feder zur ersten Zeile ihres Textes für einen historischen Roman hoben, weitläufige Studien anstellten, ohne dass ihnen darüber eigene Phantasie verloren gegangen wäre, die sie vielmehr so vorsätzlich zähmten oder disziplinierten. Denn die von Benz aufgeworfene Kernfrage lautet, ob Filme, deren Einfluss auf Entstehung und Verfestigung von Geschichtsbildern zumeist um so vieles größer ist

als jener der Wissenschaft, widerwissenschaftliche Bilder der Vergangenheit verbreiten sollen und ob, wenn das zudem mit dem Anspruch auf Authentizität geschieht, diejenigen, welche die Kärrnerarbeit des Historikers leisten, sich öffentlich dagegen zur Wehr setzen dürfen. Ja, vielleicht sogar müssen. Und ob sie womöglich selbst zu viele Ursachen, aus denen heraus das hätte früher geschehen sollen, ungenutzt vorüber gehen ließen?

Benz hat den Film eine Klamotte genannt und dafür mehr als einen Grund aufgezählt. Kaum einer wird, soviel auf seine Äußerung Bezug genommen wird, aus der Urquelle, der "Süddeutschen Zeitung", zitiert: "Kein Klischee ist ausgespart: Maria Schrader gibt wieder einmal die schöne Jüdin, die SS-Männer brüllen, sind zynisch und betragen sich gemein, die Nazi-Frauen sind blond und doof, die Juden sind intellektuell, Künstler oder spielen wenigstens Schach. Der Vater, General aus altem Adel, deutsch-national, ist starrsinnig, wie Preußen eben sind, und der Bruder der Protagonistin, deren Mann als jüdischer Zwangsarbeiter (zuvor war er Geiger) in der Rosenstraße gefangen sitzt, agiert als Held von Stalingrad – ein Bein ist amputiert, dafür hat er das Ritterkreuz. Er engagiert sich auf der Seite der Guten und kämpft mit seiner Schwester Lena (Katja Riemann) für den jüdischen Schwager."

Diese Auflistung des Operierens mit längst fest eingegrabenen Zerrbildern besitzt nun freilich mehr Adressaten als nur die Urheber dieses einen Films. Und das bildet zusammen mit der Vorgeschichte in Venedig und mehr noch als sie wohl den Grund dafür, dass es vielen schwer fällt, sich auf den wirklichen Gegenstand des Streites einzulassen und stattdessen, welche Erkenntnis, zu schreiben, die Historiker besäßen kein Monopol auf Geschichtsvermittlung. Als bestünde das generellere Problem nicht darin, dass Nichthistoriker sich als Historiker ausgeben – ein Vorgang der, ereignet sich Analoges auf dem Felde der medizinischen Praxis, unter juristischer Strafandrohung steht.

Hermann Langbeins Fazit. Antworten, Fragen, Zweifel

Man muss kein Prophet sein, um dem hier anzuzeigenden Buch unter der nicht mehr überschaubaren Literatur, deren Gegenstand oder Thema das Vernichtungslager Auschwitz ist, einen besonderen Platz vorauszusagen. Hans Langbein, 1912 in Wien geboren, in Frankreich als Spanienkämpfer interniert, dann den Deutschen ausgeliefert, zunächst im KZ Dachau, danach von August 1942 bis August 1944 in Auschwitz gefangen gehalten, war zuletzt im KZ-Neuengamme, Außenlager Lehrbeck. Von sich schreibt er, dass er in Auschwitz, wo er Schreiber des SS-Standortarztes war, zur "Oberschicht der Lagerprominenz" gehörte und während seiner Zeit als Häftling des Naziregimes unter "ungleich günstigeren Bedingungen als die allermeisten in den Lagern" habe leben können, so dass er auch "bedeutend weniger durchmachen mußte". (S. 13/14, 695, 718). Diese "Gunst" war höchst relativ, die Drohung des Todes nicht von ihm genommen.

Langbein, der in Auschwitz zum Internationalen Lagerkomitee gehörte und nach der Befreiung viele Jahre Generalsekretär des Internationalen Auschwitz-Komitees war, trat früh mit einem in den Jahren 1947/1948 geschriebenen Bericht (Die Stärkeren, Wien 1949) als Zeuge und Chronist des Lagers hervor und hat sich seit 1955 immer intensiver mit dessen Geschichte beschäftigt. Sein neues Buch bietet in vieler Hinsicht ein Fazit. Es gründet sich auf eine Quellenmasse, die kaum einem zweiten zugänglich ist: nächst seinen eigenen Erfahrungen stützte sich Langbein auf eine Vielzahl gedruckter und ungedruckter Berichte von Überlebenden (wobei er seine Schwierigkeiten mit den in polnischer Sprache erschienenen anmerkt), auf Hunderte von Gesprächen, die er führte, auf seine Eindrücke und Erkenntnisse aus Prozessen gegen SS-Angehörige und deren Büttel und schließlich auch auf die inzwischen entstandene wissenschaftliche Literatur, zu deren Autoren Historiker, Mediziner, Psychologen und Soziologen gehören. So sind die beiden Hauptteile des Buches, "Die Gefangenen" und "Die Bewacher" ebenso gründlich dokumentiert wie die abschließende Betrachtung "Nachher", die sich mit dem Befinden und Verhalten der Befreiten wie ihrer Peiniger befasst.

Langbeins Buch erscheint in einem Moment, da durch eine Kampagne in der Boulevard-Presse und durch eine Veröffentlichung von deutschen Historikern (Der "gesäuberte" Antifaschismus. Die SED und die roten Kapos von Buchenwald. Dokumente. Herausgegeben von Lutz Niethammer u. a., Akademie Verlag Berlin 1994) eine Debatte über die in den Konzentrations- und Vernichtungslagern tätigen Funktions-Häftlinge am Beispiel des KZ Buchenwald wiederbelebt worden ist. Sie wird leidenschaftlich und kontrovers geführt wird. Was der Autor mitteilt und wie er ur-

teilt, könnte zur Erweiterung des Blicks beitragen. Langbein schreibt, dass er "immer wieder verantwortungsbewusste Kameraden zu überzeugen versuchte, die Binde (des Häftlings-Funktionärs – K. P.) anzunehmen", und fährt fort: "Sicher wäre es für den einzelnen einfacher gewesen, sich vor der Übernahme einer Funktion zu drücken und sein Gewissen frei von jeder Belastung zu halten, aber wie hätten dann die Verbesserungen, die in vielen Lagern durchgesetzt wurden, erreicht werden können? [...] Wie hätten die Lager ausgesehen, wenn alle deren Moral ungebrochen war, die Übernahme einer Verantwortung gescheut hätten?" (S. 252) Und an späterer Stelle wird unumwunden erklärt: "Nur wer selbst als Capo, Blockältester, Häftlingsarzt oder in ähnlicher Funktion den Druck kennengelernt hat, dem jeder Funktionär ausgesetzt war, und ihm [...] widerstehen konnte, vermag über sie (diese Gruppe von Häftlingen – K. P.) zu urteilen." (S. 759)

Damit ist eine grundlegende Frage aufgeworfen: Bezeichnet "Auschwitz" nicht auch eine Grenze, an die Geschichtswissenschaft stößt? Die Frage taucht an den verschiedensten Stellen des Buches auf. So wenn David Rousset mit den Worten zitiert wird, die Überlebenden von Auschwitz seien "von den anderen durch eine Erfahrung getrennt, die unmöglich mitgeteilt werden kann."(S. 699) Oder wenn Simon Laks und René Coudy feststellen: "Selbst die wahrheitsgetreuesten Berichte und die genauesten Beschreibungen können niemals die Realität wiedergeben, der wir ausgesetzt waren." (S. 709) Langbein hat schon in früheren Publikationen auf die extremen Anforderungen verwiesen, denen sich der forschende Historiker im Hinblick auf seine Quellenkritik gegenübersieht, wenn er sich auf einen Gegenstand einlässt, der ihn an diese, die "Auschwitzer" Grenze zwischen Leben und Tod führt, an der er nicht gestanden hat.

Hermann Langbein, Menschen in Auschwitz, Europaverlag München-Wien 1995, 800 S.

Historiker, Deutscher, Jude. Das Leben des Samuel Steinherz

Mit dem Historiker, emeritierten Innsbrucker Universitätsprofessor und langjährigen Leiter des dortigen Archivs hat sich einer der besten Kenner österreichischer Wissenschafts- und Hochschulgeschichte der Biographie eines Mannes angenommen, der mehrfach verdient, dass seines Lebens und Wirkens gedacht wird, – eines langen Weges, der im Hauptland der K. u. K.-Monarchie begann, sich in dessen tschechischem Landesteil, dann in der Tschechoslowakischen Republik fortsetzte und im deutsch-faschistische Protektorat Böhmen und Mähren durch Mörderhände endete.

Die Verdienste, die sich der in Güssing im Südburgenland Geborene, der in Graz aufwuchs und studierte und dann seine ersten Forscherarbeiten am Institut für österreichische Geschichtsforschung in Wien betrieb, um die Historiographie des Landes erwarb, mögen in erster Linie für seine engeren Fachkollegen interessant sein. Steinherz hat sich in der Zunft der Mediävisten und frühen Neuzeitler einen Namen vor allem durch die Bearbeitung der aus der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts stammenden Nuntiaturberichte aus Deutschland gemacht, wovon er mehrere Bände vorlegte. Doch die beeindruckende Stärke der Studie Oberkoflers drückt sich darin aus, dass er den Werdegang des Gelehrten fest in den sozialen, politischen und geistigen Verhältnisse seiner Zeit und Umgebung wahrnimmt. Wer frühere Arbeiten des Autors kennt, den überrascht nicht, dass er das in klarer Entgegensetzung zu Versuchen tut, die das Bild der reaktionären, konservativen, deutschnationalen Intelligenz der Monarchie schönen und dazu namentlich deren ganz und gar gesellschaftsfähigen Antisemitismus der Gesinnung und der Tat auslassen.

Den bekam Steinherz schon beim Versuch zu spüren, nach seiner Promotion in Graz Fuß zu fassen und auch, als er sich in Wien eine wissenschaftliche Karriere durch Leistung zu eröffnen gedachte. Für die Geschichtsschreibung war es ein Glück, dass er, nachdem er auf das ihm aussichtsreicher erscheinende Feld der Rechtswissenschaft ausgewichen war und auch dort promoviert hatte, doch zur Historie zurückkehrte. Steinherz, ein unermüdlicher und ganz seinem Metier hingegebener Arbeiter, war nahezu 40 Jahre, als er sich finanziell soweit gesichert sah, dass er eine Familie gründete. Bei einer Berufung in Innsbruck nicht berücksichtigt, war seine Qualifikation doch aus diesem Anlass so klar herausgearbeitet worden, dass er 1901 auf eine Lehrkanzel an die Karl-Ferdinands-Universität in Prag berufen wurde. Dort lehrte er weiter, als diese sich in die Deutsche Universität wandelte, bis zu seinem altersbedingten Ausscheiden.

Diese Lebensphase führt schon am Beginn der 20er Jahre in die Geschichte der Faschisierung zuerst eines zunehmenden Teils der Studenten, dann auch der Hochschullehrer und das in einem Grad, der fragen lässt, warum die Republik diese sich

zu einer "fünften Kolonne" formierenden Kräfte gewähren ließ. Damit schlägt Oberkofler ein Kapitel auf, das in der Sudentendeutschen Landsmannschaft geflissentlich gemieden wird, denn es handelt von den Totengräbern einer Republik und bezeugt, wie jene politische Rechnung aufgemacht wurde, die 1945 auch von denen beglichen werden musste, die sie nicht verursacht hatten. 1922 beantworteten "deutsch-arische" Studenten die Wahl Steinherz' zum Universitätsrektor mit einem skandalmachenden Streik. Sie besetzten Universitätsgebäude und räumten sie erst, als ihnen die Regierung die Streichung des Semesters androhte. Sinnesverwandte Studenten anderer Universitäten, so in Innsbruck, unterstützten die Aktion und die Argumente, die sie vortragen, sind jene, von denen 1933 Deutschland und 1938 Österreich widerhallt.

Steinherz hält dem Sturm stand, unterstützt von kommunistischen, sozialdemokratischen und anderen Verbindungen und Organisationen. Doch der Rektor ist nicht der Mann, der dieser antisemitischen Hetze anders entgegentreten kann als durch die wiederholte Beteuerung, dass er ein Deutscher sei. Die Prager Regierung weigert sich, den Gewählten vorzeitig von seinem Amt zu entbinden und den "Deutschariern" so ein Zugeständnis zu machen. Doch es erfolgt auch kein Schritt der Relegierung der Anführer. In Steinherz' Biographie wie in der Geschichte der deutschen und tschechischen Juden Prags war das ein Vorspiel nur. Am 6. Juli 1942 wird er mit seiner Frau in das Ghetto-KZ Theresienstadt verschleppt. Dort hat der fast Erblindete am Tage seines 85. Geburtstages und kurz vor seinem Tode noch einen Vortrag über die Geschichte der Juden in Böhmen gehalten.

Gerhard Oberkofler, Samuel Steinherz (1857-1942). Biographische Studie über einen altösterreichischen Juden in Prag, Studien Verlag Innsbruck 2008, 187 S.

In Memoriam Felix Skutsch. Von einer Nacharbeit an der Leipziger Universität

Als man den Leichnam des neunzigjährig verstorbenen Mannes an einem Februartag des Jahres 1951 auf dem Leipziger Südfriedhof zu Grabe trug, führte der Weg die Trauernden zum Ehrenhain der Universität. Dort lässt sich die Ruhestätte jedoch nicht mehr auffinden. Sie "wurde nach Ablauf der Nutzungsfrist neu belegt".

So zu lesen in der Ende des vergangenen Jahres an der Universität der ostdeutschen Messestadt eingereichten und von der Medizinischen Fakultät angenommenen Dissertation. Die "Frist" war 1990 beendet. Das wird das letzte Jahr der DDR und das erste des einheitlichen deutschen Staates genannt. In ihm begann an den Universitäten in den Neuen Bundesländern auch das Nachdenken über Misslungenes, Verfehltes und Versäumtes, soweit die Turbulenzen von "Abwicklung", "Säuberung", "Erneuerung" dafür Zeit und Kraft ließen. Sich daran erinnernd, drängen sich zwei Fragen auf: Wie fügt sich diese – gelinde gesagt – in keine Universitätstradition passende Tat ins Zeitbild? Und: Wann erlischt die Ehrenwürdigkeit eines Menschen, der die Hölle des Ghetto-KZ Theresienstadt überlebte?

Der Mann, von dem die Rede ist und dessen Biographie nun vorgelegt wurde, hieß Felix Skutsch und mußte als "Rassejude" mit Felix Israel Skutsch unterzeichnen, als er am 23. Februar 1943 "anlässlich meiner Wohnsitzverlegung" die Filiale der Deutschen Bank in Leipzig beauftragte, sein gesamtes Barguthaben auf ein Sonderkonto zu überweisen. Von dem kassierte es die Gestapo, die einen ihrer Leipziger Beamten das räuberische Unternehmen genehmigen und das Papier stempeln ließ.

Skutsch war im oberschlesischen Königshütte in einer Arztfamilie geboren worden – ein Jahr, bevor Bismarck in Preußen Ministerpräsident wurde. Er hatte in Breslau, Leipzig und Freiburg studiert. Als Dreiundzwanzigjähriger promovierte er an der schlesischen Universität und erhielt die Approbation. Daran schlossen sich Arbeitsjahre in Jena, wo er seine Kräfte auf die Assistenz an der Frauenklinik und auf eine Privatpraxis verteilte, habilitierte, Privatdozent und 1891 außerordentlicher Professor wurde. Als sich ihm dort eine weitere Universitätslaufbahn nicht erschloss, wechselte er nach Leipzig. Auch dort eröffnete er erneut eine Privatpraxis und suchte zugleich Kontakt zur Universität. Obwohl er schon 1905 eine zweite Habilitation vollzog, vergingen danach achtzehn Jahre – Weltkrieg, Revolution und Nachkriegskrisen –, bis er 1923 erneut zum außerordentlichen Professor berufen wurde.

Zehn Jahre konnte er danach gynäkologische und geburtshilfliche Vorlesungen und Kurse abhalten. Dann vertrieben ihn die neuen Machthaber von der Universität. Fünf weitere Jahre darauf entzogen sie ihm auch die Möglichkeit, seinen Beruf als Arzt auszuüben. Skutsch und seine Frau blieben zu lange in Deutschland, während ihre Kinder das rettende Ausland – Großbritannien und die USA – erreichten. Als

die beiden in einem Viehwaggon nach Theresienstadt verschleppt wurden, war er 82 und seine Frau 86 Jahre alt. Was der Arzt in den elenden Verhältnissen tun konnte, um Mitleidenden zu helfen, unternahm er. Seiner Frau vermochte er das Leben nicht zu erhalten.

Von jenen Jahren hat der Mann zu Kollegen und Studenten kaum gesprochen, als er, nach Leipzig zurückgekehrt, noch einmal begann, in den Trümmern der Stadt an der Universität zu arbeiten. Mindestens aus jenen Jahren müssten sich mehr Menschen an den Medizinprofessor "mit Lehrauftrag" erinnern können, als in der verdienstvollen Arbeit zu Worte kommen. Sie entreißt einen Mann und dessen Leistung der Vergessenheit, der in Deutschland an der Schwelle der modernen Gynäkologie und Geburtshilfe zu arbeiten begonnen hatte und dazu beitrug, dass sie überschritten wurde. Darüber werden medizinhistorische Fachzeitschriften referieren. Womöglich dann, wenn – wie angekündigt – an der Leipziger Universitätsfrauenklinik eine Gedenktafel angebracht worden ist, die an ihn erinnert. Sollte – obwohl sie nicht "vom Fach" war – darauf nicht auch der Name von Helene Friedenthal verehelichte Skutsch genannt werden?

Annerose Meier, Lebensschicksal und wissenschaftliches Werk des Gynäkologen Felix Skutsch (1861-1951), Medizinische Dissertation Leipzig 1995.

In Memoriam Joseph Wulf. Sachor - der Vergessenheit entreißen

Wer 1974 zu den Lesern von "Neues Deutschland" gehörte, fand in einer Ausgabe an unüberlesbarem Platz eine kleine Notiz. Sie besagte: Erich Honecker habe einen in Berlin-West lebenden Historiker namens Joseph Wulf zu einem Gespräch empfangen. Die Nachricht hätte zu Zeiten seines Vorgängers weniger überrascht als nun, hatte sich Walter Ulbricht doch gelegentlich in seinem "dritten Beruf" als Historiker bezeichnet. Mit der Meldung wie mit dem Namen des Gastes wussten DDR-Bürger kaum etwas anzufangen. Denn es existierte auch eine geistige Mauer der Unwissenheit selbst hin zu den vielen, die dem ostdeutschen Staat jenseits von dessen Grenzen nicht feindlich gegenüberstanden und deren Bestrebungen den seinen sogar in dieser oder jener Weise verwandt waren. Auch im Hinblick auf Wulfs beeindruckende forscherische und publizistische Leistung – er hatte in 18 Büchern gegen das Vergessen der Untaten des Faschismus angeschrieben und mehrmals die Kontinuitäten in den Führungsschichten vom Nazi- zum Bundesstaat in Rede gebracht – traf das vollständig zu.

Wie und warum war es zu diesem außergewöhnlichen Treffen gekommen, fragten sich kürzlich Zeitzeugen, die anlässlich des 25. Todestages des Historikers während einer Veranstaltung im "Haus der Wannsee-Konferenz" seines Lebens und seiner Verdienste gedachten. Gerhard Schoenberner und Manfred Rexin konnten auf Berichte zurückgreifen, die ihnen Wulf noch unter dem frischen Eindruck seiner Fahrt in der Staatslimousine über die Grenze und des Zusammentreffens gegeben hatte. Damals hätten sich "zwei Jahre Auschwitz und 10 Jahre Zuchthaus" gegenübergesessen. Das ergab offenbar eine Atmosphäre. Wulf habe den DDR-Politiker auf seine Produktion aufmerksam gemacht und sei daraufhin eingeladen worden. Der Gastgeber wäre bestrebt gewesen, zu erklären, dass die Vorbehalte, die es gegen die Politik Israels gebe, keine antijüdische Position ausdrückten oder begründeten. Ein Motiv dafür, dass es zu der Begegnung kam, könnte gewesen sein, dass Wulfs Verbindungen zum Präsidenten des Jüdischen Weltkongresses bekannt waren und auf diese Weise auch ein Signal dahin ausgesendet werden sollte.

Historiker mögen die Episode weiter aufklären können, im Archiv des Vorsitzenden des Staatsrates, vielleicht in dem Nahum Goldmanns oder in dem des Kulturministeriums, denn ein Jahr nach dieser Begebenheit wurde im Verlag Volk und Welt eine der kommentierten Dokumentationen Wulfs herausgegeben. Für "Das Dritte Reich und die Juden" hatte der "sozialdemokratischen" arani Verlag, der das Original 19 Jahre zuvor auf den Buchmarkt gebracht hatte, die Lizenz erteilt. Die Publikation war damals in der Bundesrepublik so unwillkommen gewesen wie die folgenden Bü-

cher Wulfs, die sich mit den "Dienern" und den "Vollstreckern", mit Zivilisten und Militärs, Juristen und Journalisten, Bankiers und Industriellen und deren Rolle im faschistischen Reich anhand von deren eigener schriftlicher Äußerung und Hinterlassenschaft befassten. Prompt fanden sich Leute aus der Zunft, die an den "editorischen Prinzipien" und der Kommentierung des Mannes herumzunörgeln hatten und doch nicht verhindern konnten, dass von seinen Büchern ein Anstoß ausging. Die Barrikaden gegen das Vergessen wurden, wenn auch nicht gestürmt, so doch allmählich geräumt. Einige ihrer Verteidiger hatten sich nach Skandalen von ihren Plätzen zurückzuziehen. Andere ereilte die "biologische Lösung" oder deren Vorboten.

Der am Wandel einen schwer zu bemessenden Anteil besaß, hat den eigenen geringgeschätzt. In einem Zustand tiefer Depression, der ihn nach dem Tode seiner Frau wieder und wieder packte und der auch durch seinen am Krieg der USA in Vietnam gebildeten Eindruck hervorgerufen war, dass Menschen die Lektionen der Geschichte nicht lernen wollten oder konnten, stürzte sich Wulf aus dem Fenster seiner Wohnung in den Tod. Wolfgang Scheffler erinnerte das an die Weise, in der sich Juden in den brennenden Häusern im Warschauer Ghetto umbrachten, um dem ihnen bestimmten Gastod zu entgehen. Tragisch endete das Leben des Mannes, das in Chemnitz begonnen hatte, der in Krakau in religiöser Erziehung aufgewachsen war, dessen Frau und Kind bei polnischen Bauern versteckt überlebten, der als Partisan in die Hände der Okkupanten fiel, in Auschwitz-Monowitz ausgebeutet wurde, in Nachkriegspolen begann, an Opfer und Täter zu erinnern, über Paris, wo er mit Léon Poliakov zusammenarbeitete, nach Deutschland kam, der wie zuvor seine Frau in Tel Aviv begraben wurde und an den bis heute einzig eine Tafel an seinem Wohnhaus und die nach ihm benannte Mediothek im Haus am Wannsee erinnern.

Dass in der Villa, in der sich damals ein Schülerlandheim des Bezirks Neukölln befand, eine Forschungs- und Gedenkstätte errichtet werde, die sich nicht nur mit dem "Nationalsozialismus", sondern auch mit dessen Folgen zu befassen hätte, suchte Wulf vergebens zu erreichen. Der Verein, der das Vorhaben auf den Weg bringen sollte, löste sich 1973 auf. Sozialdemokratische Senatspolitiker schoben die Kinder vor und deren wahlberechtigte Eltern. Sie fürchteten Verluste, die eine Umwandlung der Bestimmung des Hauses der eigenen Partei eintragen, und Gewinne, die sie den Rechten verschaffen könnte. Diese Denk- und Verhaltensweise dürfte auch ein Stein für den Weg gewesen sein, auf dem der Wähleranhang dieser Partei auf das eben bestätigte Niveau gebracht worden ist.

Ob Joseph Wulf die weitere Entwicklung der Erforschung des Genozids an den Juden, die Verbreitung von Wissen und die Inszenierung von Gedenken hätte optimis-

tisch stimmen können, darüber waren seine Freunde und Mitstreiter im Zweifel, zumal Andreas Nachama eingangs von den eben fortgesetzten Untaten auf dem Friedhof in Berlin-Weißensee berichtet hatte. Der Mann, der "ein Aufklärer im besten Sinne des Wortes" genannt wurde, sollte in das Gedächtnis der Nachgeborenen gerückt werden, in der Stadt seines Wirkens, dann an der Freien Universität, deren Ehrendoktor er wurde, und in seiner sächsischen Geburtsstadt. Dafür wären Bedingungen zu schaffen. Es müsste mit der öffentlichen und kritischen Durcharbeitung der Frühgeschichte auch der Bundesrepublik begonnen und die höfliche Tour aufgegeben werden, die mit "Bitte nach ihnen" den Ostdeutschen in diesem Sonderfall den Vortritt lässt.

PS. Gerhard Schoenberners Text auf Joseph Wulf kann nachgelesen werden als Beitrag in: Claudia Fröhlich/Michael Kohlstruck (Hg.), Engagierte Demokraten. Vergangenheitspolitik in kritischer Sicht, Westfälisches Dampfboot, 48.– DM.

Der Massenmord an den europäischen Juden und die Geschichtswissenschaft. Eine vorläufige Bilanz aus dem Jahr 1996

Die Ereignisse, von denen im Folgenden die Rede ist und die auch unter dem Begriff des "Jahrhundertverbrechens" zusammengefasst werden, lassen sich zeitlich klar eingrenzen. Der Massenmord an den europäischen Juden beginnt wenige Stunden nach dem Einfall der deutschen Wehrmacht in die Sowjetunion. Als die erste der "Endlösung der Judenfrage" zuzurechnende Untat muss das Massaker bei der Ortschaft Garsden/lit. Gargždai auf dem Territorium der Litauischen SSR nahe der deutschen Grenze gelten.² Es wurde am 24. Juni 1941 von einer eigens für diesen Zweck zusammengestellten Einsatzgruppe von Gestapo- und SD-Leuten sowie von Schutzpolizisten aus Memel und Tilsit verübt. Die Zahl der erschossenen Opfer betrug 201 Juden und "kommunistenverdächtige" Litauer. Siebzehn Jahre danach wurden Beteiligte im sog. Ulmer Einsatzgruppenprozess angeklagt und am 29. August 1958 vom Landgericht "wegen gemeinschaftlicher Beihilfe zum gemeinschaftlichen Mord" zu Haftstrafen verurteilt.³ Von dem Gerichtsverfahren ging in der Bundesrepublik ein Impuls für weitere Ermittlungen und Verfolgungen aus.⁴ Intensität gewannen sie jedoch erst als Folge des Jerusalemer Eichmann-Prozesses.⁵

Die Kette der "Holocaust"-Verbrechen, die Kennzeichnung setzt sich ungeachtet aller berechtigten und unbezweifelten Einwände durch, endete noch nicht mit der

Diese Tarnbezeichnung erhielt ihre definitive Bedeutung mit dem Übergang von der Judenvertreibung und -verfolgung zum Judenmord Mitte 1941. Sie wird nicht nur in der deutschen Sprache benutzt, sondern erscheint auch in Übersetzungen u. a. in Buchtiteln (the final solution, la solution finale). In der Wissenschaft lassen sich die Begriffe Holocaust, Shoah und Genozid antreffen. Ihnen gegenüber erscheint die Kennzeichnung des Verbrechens als "Massenmord an den europäischen Juden" am angemessensten. Von den 1939 in Europa lebenden Juden waren 1945 zwei Drittel umgebracht worden.

Zu den Einzelheiten: Helmut Krausnick/Hans Heinrich Wilhelm, Die Truppe des Weltanschauungskrieges. Die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD 1938-1942, Stuttgart 1981, S. 163.

Der Kommandeur der aus Memel herankommandierten Mordschützen, der Polizeidirektor der Stadt, SS-Oberführer Fischer-Schweder, erhielt eine zehnjährige Zuchthausstrafe zugesprochen. KZ-Verbrechen vor deutschen Gerichten, Hg. H. G. van Dam und Ralph Giordano, Bd. II: Der Prozess zu Ulm, Frankfurt/Main 1966, S. 87 f. Der Text des Urteils: Rüter, Justiz und NS-Verbrechen, Sammlung deutscher Strafurteile wegen nationalsozialistischer Tötungsverbrechen 1945-1966, Bd. XV, Amsterdam 1976, S. 11 ff. Ferner: Jörg Friedrich, Die kalte Amnestie. NS-Täter in der Bundesrepublik, München 1994 (= Serie Piper, 1553); Heiner Lichtenstein, Im Namen des Volkes? Eine persönliche Bilanz der NS-Prozesse, Köln 1984, S. 20 ff.

Der Prozess wird geradezu als ein Wendepunkt in der Ermittlung und Verfolgung der Straftäter bezeichnet. Einen abrupten Wandel hat man sich darunter indessen nicht vorzustellen. Gerhard Werle/Thomas Wandres, Auschwitz vor Gericht. Völkermord und bundesdeutsche Strafjustiz. Mit einer Dokumentation des Auschwitz-Urteils, München 1995.

Seine Wirkungen auf die Justiz in der Bundesrepublik bleiben noch zu untersuchen. Vor dem Prozessbeginn veranlasste die Regierung in Bonn die Bildung einer Arbeitsgruppe zur "Abwehr gewisser Auswirkungen des Eichmann-Prozesses". Sie wiederum wünschte, dass im Bundesjustizministerium ein Weißbuch hergestellt würde, das die Aktivitäten der Gerichte der BRD bei der Verfolgung der sog. NS-Täter ausweisen sollte. Das Unternehmen scheiterte, da überhaupt nur vier Landesregierungen (Bremen, Berlin, Bayern und Niedersachsen) einen Überblick über die einschlägigen Vorgänge in ihren Ländern besaßen. So wurde es bei der Anfertigung eines Materials belassen, das für Journalisten bestimmt war. Christina Große, Der Eichmann-Prozeß zwischen Recht und Politik, Frankfurt/Main 1995 (= Europäische Hochschulschriften, Reihe 2, Rechtswissenschaft, Bd. 1753).

von Heinrich Himmler angeordneten Sprengung der Tötungsanlagen im Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau, die im Oktober 1944 erfolgte. Erst als auch dem letzten Judenmörder die Macht genommen war, Menschen auf den Deportationsmärschen niederzumachen, sie in Eisenbahnwaggons auf Verschleppungstransporten verhungern, verdursten oder unversorgt an Krankheiten zugrunde gehen zu lassen, also erst in den frühen Maitagen des Jahres 1945, war an den Endpunkt gelangt, was in einer am 31. Juli 1941 dem Chef des Reichssicherheitshauptamtes, Reinhard Heydrich, mit der Unterschrift Görings erteilten Ermächtigung tarnend auch die "Gesamtlösung der Judenfrage" genannt worden ist.⁶

Die Gesamtzahl der Getöteten wurde alsbald nach Kriegsende auf etwa 6 Millionen geschätzt. Diese Zahl findet sich annähernd auch im am 1. Oktober 1946 unterzeichneten Urteilstext des Internationalen Gerichtshofes, der die Hauptkriegsverbrecher anklagte und aburteilte.⁷ Ausgedehnte Forschungen, deren Resultate 1993 veröffentlicht worden sind, haben sie bestätigt. Als Minimum wurde die Zahl von 5.290.000 Opfern ermittelt, als Maximum – und mit hoher Wahrscheinlichkeit – die von etwas mehr als 6 Millionen.⁸ Eine weitere Annäherung scheint aufgrund des Versagens oder Fehlens von Quellen kaum möglich.

I.

Die Geschichte des Massenmords an den europäischen Juden gehört zu den "Seiten" der Geschichte des faschistischen Regimes in Deutschland, die seit Jahrzehnten mit außerordentlichem Aufwand erforscht werden. Gleiche Anstrengungen richteten sich einzig auf die militärischen Ereignisse von Vorkrieg und Krieg. Während das forscherische Interesse an diesen aber merklich im Abnehmen begriffen ist, wie sich u. a. an dem ins Stocken geratenen Unternehmen des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes "Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg" erkennen lässt⁹, hal-

Das Zustandekommen dieser (vielfach in der einschlägigen Literatur gedruckten) Ermächtigung, die zu den Schlüsseldokumenten der Genesis der "Endlösung der Judenfrage" gehört, ist aufgeklärt. Heydrich hat den Text am 31. Juli 1941 zu einer Besprechung bei Göring mitgenommen und unterzeichnen lassen. Die Funktion des Schriftstücks lässt sich leichter entschlüsseln als seine Vorgeschichte. Heydrich hat es u. a. den Teilnehmern der "Wannsee-Konferenz" mit seiner Einladung vorgewiesen, um damit jeglichen Zweifel an der Reichweite seiner Kompetenz auszuschließen. Was jedoch die Vorgeschichte des Textes anlangt, so sind mehrere Möglichkeiten denkbar. In allen Fällen aber dürfte sich Göring – auf welchem Wege immer – der Deckung seiner Unterschrift durch den "Wunsch" oder Willen des "Führers" sicher gewesen sein. Er kann sich davon selbst unterrichtet haben oder von Heydrich informiert worden sein, der seinerseits direkt oder über Himmler den Auftrag mündlich schon erhalten hatte, den er sich nun "schwarz auf weiß" bestätigen ließ.

Die Angabe lautete hier 5,7 Millionen. Dieter Wisliceny erklärte im Zeugenstand in Nürnberg, Eichmann habe ihm wiederholt von 4 Millionen, manchmal von 5 Millionen getöteten Juden gesprochen. IMT, Bd. IV, S. 411.

Wolfgang Benz (Hrsg.), Dimension des Völkermords. Die Zahl der j\u00fcdischen Opfer des Nationalsozialismus. M\u00fcnchen 1991, S. 17.

Es ist auch unter dem Eindruck des in der DDR entstandenen sechsbändigen Werkes "Deutschland im Zweiten Weltkrieg" auf den Weg gebracht worden, wurde auf 10 Bände berechnet und steht seit 1988 bei Bd. 5/1. Das Erscheinen des zweiten Teils dieses Bandes ist für Jahresende 1998 angekündigt.

ten die wissenschaftlichen Arbeiten zur Geschichte der "Endlösung" an. Sie werden in einem mehr oder weniger engen Verbund von Forschern geleistet, die ihre wichtigsten Stützpunkte in den USA, in Israel, Großbritannien, Frankreich, Kanada¹⁰ und auch in der Bundesrepublik besitzen. Die Leo-Baeck-Institute in New York, London und Tel Aviv mit ihren Periodika und die neugeschaffene Forschungsstätte in Washington im Rahmen des Holocaust-Memorial ragen unter diesen Einrichtungen noch heraus. Als Folge der sozialen und politischen Umwälzungen in Mittel- und Osteuropa entstanden weitere Konzentrationspunkte für wissenschaftliche Arbeit, so das Museum in Terezin, das unter anderem – computergestützt – alle einstigen Insassen des Ghetto-KZ Theresienstadt zu erfassen sucht.

In Deutschland befindet sich die bei weitem produktivste Forschungsstätte in Berlin, das Zentrum für Antisemitismusforschung ist der Technischen Universität eingegliedert. Bis heute vergeht kein Jahr, in dem nicht Spezialisten sich zu Symposien zusammenfinden. Das nächste wird im Frühjahr in Wien veranstaltet und sich mit der Frage befassen, wie und mit welchen Erfolgschancen sich die Geschichtswissenschaft für ihre Zwecke der Unmasse der in den Nachkriegsjahren entstandenen, teils von Zerfall und Vernichtung bedrohten Justizakten bedienen kann.¹¹

An der Forscherarbeit waren und – mit Einschränkungen kann gesagt werden – sind drei Generationen von Historikern beteiligt. Die erste, an Zahl außerordentlich geringe, rekrutierte sich vor allem aus wenigen Personen, die den Mördern entkommen waren. Die zweite, ungleich zahlreichere, wurde von Forschern gebildet, die Kinder und Jugendliche waren, als das Verbrechen geschah, die, ob sie in den Staaten der Antihitler-Koalition oder in Deutschland heranwuchsen, selbst noch Erfahrungen aus Faschismus und Krieg besaßen, die manche der Deutschen als Flakhelfer, in der Wehrmacht und auch beim Volkssturm gewonnen hatten. Zur dritten dieser Wissenschaftler-Generationen gehören die Nachgeborenen. Was an wirklich Neuem geboten wird, kommt nahezu ausschließlich aus ihren Reihen. Sie leisten die Kärrnerarbeit, die notwendig ist, weiter voranzukommen. Denn die Zeit überraschender Quellenfunde ist lange vorbei. Tiefere Einsichten und weitwinkligere Ausblicke werden auf den langen Wegen der Auseinandersetzung mit Massenakten gewonnen. Um davon eine Vorstellung zu geben, sei wenigstens auf einige in Deutschland jüngst als

Hier sind vor allem die weitläufigen Forschungsarbeiten zu erwähnen, die von der War Crimes Sect., Ottawa, durchgeführt wurden und sich auf die Aufklärung von Verbrechen richteten, die auf dem Territorium Osteuropas, insbesondere im besetzten Gebiet der UdSSR, begangen wurden und die auch die Ermittlung der Tatbeteiligten zum Ziele haben.

Im Vorfeld erschien soeben: Winfried R. Garscha/Claudia Kuretsidis-Haider, Die Nachkriegsjustiz als nichtbürokratische Form der Entnazifizierung: Österreichische Justizakten im europäischen Vergleich. Überlegungen zum strafprozessualen Entstehungszusammenhang und zu den Verwertungsmöglichkeiten für die historische Forschung. Hrsg. Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Wien 1995.

Graduierungsarbeiten an Universitäten vorgelegte Publikationen oder noch betriebene Untersuchungen verwiesen. Eine Dissertation befasste sich mit der Ausbeutung der in Deutschland lebenden Juden im Rahmen ihres Zwangsarbeitseinsatzes innerhalb der Reichsgrenzen, wozu lokale Akten aufgefunden und recherchiert werden müssten, die sich in deutschen Archiven befanden und ebenso das Zeugenschrifttum durchzusehen war, das zumeist in den USA und in Israel lagert.¹² Mehrere Dissertationen verfolgen minutiös die blutigen Wege der Einsatzgruppen und Einsatzkommandos der Sicherheitspolizei und des SD und der anderen daran beteiligten mordenden Formationen von SS, Polizei und Wehrmacht. Der erste, der das tat, war Christopher Browning, der seine Studie über die Verbrechen des Hamburger Polizeibataillons 101 vorlegte. 13 Sie regte mehrere junge Forscher dazu an, das Geschehen nicht länger aus der Perspektive der zentralen Befehlsstellen zu analysieren, sondern sich gleichsam an die Tatorte und unter die Täter zu begeben, die am Ende der Befehlskette standen, schossen und schießen ließen. Geographisch konzentrieren sich diese Arbeiten auf das besetzte Territorium der UdSSR. Die Rekonstruktion des Geschehens ist vielfach erst möglich geworden, seit der Zugang zu zentralen, regionalen und lokalen Archiven Polens, Russlands und weiterer Nachfolgestaaten der Sowjetunion möglich geworden ist, hat aber in relativ kurzer Zeit bereits zu hochachtbaren Resultaten geführt. Zwei Dissertationen aus dem Jahre 1994, die eine in Bielefeld, die andere in München entstanden, beschäftigen sich mit dem Judenmord in Galizien.¹⁴ Eine andere Spezialuntersuchung hat die Ermordung der litauischen Juden zum Gegenstand. 15 Manche dieser Arbeiten wollen erklärtermaßen Rückschlüsse auf die zentrale Befehlsgebung ermöglichen, für deren Erhellung der Dokumentenbestand begrenzt ist und lückenhaft bleiben wird. 16 Dazu war der keineswegs befestigte Boden der nach 1945 entstandenen Ermittlungs- und Prozessakten zu betreten. Eine weitere, noch unfertige Dissertation befasst sich mit der Verfolgung der

Die von Wolf Gruner vor 1990 an der Humboldt-Universität begonnene Arbeit wurde an der Technischen Universität Berlin, Zentrum für Antisemitismusforschung, zu Ende geführt: Der Geschlossene Arbeitseinsatz deutscher Juden zur Zwangsarbeit als Element der Verfolgung 1938-1943, Berlin 1997. (= Dokumente, Texte, Materialien, hrsg. vom Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin, Bd. 20)

Die Originalausgabe erschien 1992 in den USA und lag 1993 in einer deutschen Übersetzung vor: Christopher Browning, Ganz normale Männer. Das Reserve-Polizeibataillon 101 und die "Endlösung" in Polen, Hamburg 1993. Weiteren Kreisen wurde die Pionierarbeit erst dadurch bekannt, dass sich Daniel Jonah Goldhagen für seine Arbeit (Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust, Berlin 1996) zu einem erheblichen Teil auf den gleichen Quellenbestand stützte, den Browning vor ihm benutzt hatte, mit dem dieser jedoch zu erheblich anderen Bewertungen gekommen war als sein Nachfolger.

Dieter Pohl, Nationalsozialistische Judenverfolgung in Ostgalizien 1941-1944. Organisation und Durchführung eines staatlichen Massenverbrechens, München 1996 (= Studien zur Zeitgeschichte. Hg. vom Institut für Zeitgeschichte, Bd. 50); Thomas Sandkühler, "Endlösung" in Galizien. Der Judenmord in Ostpolen und die Rettungsinitiativen von Berthold Beitz 1941-1944, Bonn 1996.

Knut Stang, Kollaboration und Massenmord. Die litauische Hilfspolizei, das Rollkommando Hamann und die Ermordung der litauischen Juden, Frankfurt/Main 1996.

Ralf Ogorreck, Die Einsatzgruppen und die "Genesis der Endlösung", Berlin 1996 (= Dokumente, Texte, Materialien, hrsg. vom Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin, Bd. 12)

Deutschen, die gesprächsweise den Judenmord als eine Tatsache erwähnten und die Untat kritisierten. Die deutschen Gerichte bedienten sich dazu des sog. Heimtücke-Gesetzes und seiner Paragraphen.

Die ganz unvollständige Aufzählung¹⁷ mag eine Vorstellung vom Grad der Spezialisierung und Verästelung der Forschungen vermitteln und zugleich auch eine Ahnung von deren wachsenden Kosten. Trotz aller Fortschritte sind – was überraschen mag - Gegenstände und Themen von Gewicht unbehandelt. Es gibt keine wissenschaftlichen Ansprüchen genügende Geschichte des Auschwitzer Komplexes der Konzentrations- und Vernichtungslager¹⁸, wenngleich eine Vielzahl von Detailuntersuchungen vorliegt und allein die Erinnerungsliteratur kaum überblickbar und – auch wegen ihrer Vielsprachigkeit – von einem einzelnen Forscher nicht zur Kenntnis zu nehmen ist. Es fehlt eine Biographie des Mannes, der auf der Stufenleiter der Schreibtischmörder zwischen Heydrich und Eichmann stand, des Chefs des Amtes IV der Gestapo, Heinrich Müller (genannt "Gestapo-Müller"), der eine der wichtigsten Personen bei der Ingangsetzung und Inganghaltung des Mordens war. 19 Nicht einmal in Sicht scheint die Auswertung der Massenakten der Oberfinanzdirektionen, die einen Überblick über den Raub des Eigentums der deportierten deutschen Juden und dessen Verwendung geben könnten. Ähnliches gilt für die Beteiligung von privaten Geldinstituten am Vollzug der besonderen Art von Leichenfledderei. Noch immer ist mehr über die armseligen Gestalten von Juden bekannt, die in Auschwitz im sog. Kommando "Canada" und in den Lagern der "Aktion Reinhard"²⁰ die Habe der Getöteten für zur weiteren Verwendung sortieren mussten, als über die Schreibtischtäter in deutschen Banken und Sparkassen. Damit sind Themen erwähnt, mit denen sich in Deutschland schwerlich die Karriere eines Historikers begründen lässt und noch vordem – für deren Erforschung sich auch nur schwer Geldgeber interessieren lassen dürften.

Trotz des Gesamtbildes, das über Jahrzehnte vom Massenmord an den europäischen Juden entstand, ist dessen Geschichte im öffentlichen Bewusstsein nach wie vor von einer Vielzahl von Legenden und legendenähnlichen Fälschungen überlagert. Einige

Über die auf dem Wege befindlichen Arbeiten s. Arbeitsinformationen über Studienprojekte auf dem Gebiet der Geschichte des deutschen Judentums und des Antisemitismus, Hrsg. Germania Judaica. Kölner Bibliothek zur Geschichte des deutschen Judentums e. V.

¹⁸ Zur Orientierung in seiner Geschichte ist noch immer am wichtigsten: Danuta Czech, Kalendarium der Ereignisse in Auschwitz (zuerst 1959 und in späteren Ausgaben wieder und wieder vervollständigt). Eine Vorstellung von der Dimension der Anfänge gibt: Gudrun Schwarr, Die nationalsozialistischen Lager, Frankfurt/Main 1996, S. 177 ff, handelt es sich doch nicht nur um die Geschichte der Lager Auschwitz I-III, sondern um die von 50 als Außenkommandos bezeichnete Nebenlagern.

Als einen Schritt dahin ist die an der Universität Hamburg verteidigte Dissertation anzusehen, die inzwischen auch im Druck vorliegt: Andreas Seeger, "Gestapo-Müller". Die Karriere eines Schreibtischtäters, Berlin 1996.

Adalbert Rückerl (Hg.), Nationalsozialistische Vernichtungslager im Spiegel deutscher Strafprozesse. Belzec, Sobibor, Treblinka, Chelmno, München 1977.

erwiesen sich als kurzlebig, andere von besonderer Zählebigkeit, ja erscheinen geradezu als unausrottbar. Eine und wohl die größte Gruppe dieser unerfreulichen Gedankengebilde rankt sich um Person und Rolle Hitlers. Kurzlebig war da nur die Legende, der zufolge der Mann an der Spitze des Staates von den Judenmördern hintergangen worden sei. Vorherrschend blieb hingegen das Bild von Hitler, der seit seinem Eintritt in die Politik in den frühen zwanziger Jahren hauptsächlich darauf orientiert gewesen sei, die Juden umzubringen und der auch schon zur Zeit, da er das Buch "Mein Kampf" verfasste, sich über das Mittel im Klaren gewesen wäre, dessen er sich dazu bedienen wollte: Giftgas.²²

Ein anderes, mit dem eben erwähnten gänzlich unvereinbaren Bild lässt Hitlers Entschluss zum systematischen Judenmord erst in dem Moment entstehen, da ihm die Kriegsniederlage bewusst geworden sei. Ende 1941/Anfang 1942 habe er als Alternative zum nicht mehr erreichbaren Sieg über die alliierten Gegner den "Krieg gegen die Juden"²³ eröffnet, um wenigstens aus ihm als Sieger hervorzugehen.²⁴ In diesem Zusammenhang behauptet sich zäh die Legende, wonach der Judenmord von den Teilnehmern der "Wannsee-Konferenz" am 20. Januar 1942 – also nach der Niederlage der Wehrmachtstruppen vor Moskau, mit der die Kriegswende eingeleitet wurde – beschlossen wurde.²⁵ Alle diese Versionen besitzen ihre Entsprechungen in voneinander beträchtlich abweichenden Darstellungen der Rolle Hitlers in der Forschungsliteratur.²⁶

Verbreitet wurde sie zuerst von David Irving, Hitler's War, London 1977, wogegen sich mit einer schlagenden Argumentation sogleich Martin Broszat wandte. (Hitler und die Genesis der "Endlösung". Aus Anlass der Thesen von David Irving, Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 25, (1977), S. 737-775, hier: S. 759 ff.

Darüber, dass Hitler über die Juden mörderisch dachte, kann es keinen Zweifel geben. Während aber eine Gruppe von Forschern diese Denkweise mit dem mutmaßlich in den frühen zwanziger Jahren gefassten Entschluss Hitlers gleichsetzt, alle Juden umzubringen, zudem dann nur noch die Bedingungen treten mussten, die seine Verwirklichung erlaubten, erkennt die Mehrheit der Forscher, dass zwischen der Idee und dem praktischen Schritt zum Massenmord eine Entwicklung liegt, in deren Verlauf Hitler und seine Mitführer andere sich von Gedankenschritt zu Gedankenschritt radikalisierende Projekte der Judenverfolgung erwogen und zur Grundlage ihrer praktischen Politik machten.

Dieser Ausdruck übersteigert eine Kennzeichnung der Anklage, die in Nürnberg den Ausdruck "Feldzug gegen die Juden" benutzt hatte. Im einleitenden Vortrag von Jackson, s. IMT, Bd. II, S. 145. Die Wendung wurde dann vor allem durch das in den USA weitverbreitete Buch von Lucy S. Dawidowicz, The War Against the Jews, New York 1975 verbreitet, das auch ins Deutsche übersetzt wurde.

Weithin bekannt wurde diese Verzeichnung durch Sebastian Haffners vielgelesene, auch in Sonderdrucken für die Landeszentralen für politische Bildung verbreiteten "Anmerkungen zu Hitler" (München 1978), worin der Autor die unbewiesene These aufstellt, Hitler habe im Dezember 1941 binnen weniger Tage das Ziel, in der militärischen Auseinandersetzung mit der Anti-Hitler-Koalition zu siegen, ganz aufgegeben und sich nun vollständig auf "das zweite" Ziel konzentriert, den Judenmord, S. 179 f.

Zur Widerlegung: Kurt Pätzold/Erika Schwarz, Tagesordnung Judenmord. Eine Dokumentation zur Organisation der "Endlösung", Berlin 1992 (= Dokumente, Texte, Materialien, hrsg. vom Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin, Bd. 3).

Dazu die eben so knappe wie vorzügliche Analyse in: Ian Kershaw, Der NS-Staat. Geschichtsinterpretationen und Kontroversen im Überblick, Reinbek 1988, S. 125 ff. Zur Rolle Hitlers in den Perioden der Judenverfolgung und der Judenvernichtung s. das Kapitel "Vorkämpfer des Judenmords" in: Kurt Pätzold/Manfred Weißbecker, Adolf Hitler. Eine politische Biographie, Leipzig 1995, S. 477 ff.

Auch eine andere Gruppe von Legenden ist mehr oder weniger eng mit Schutzbehauptungen von Tätern und Tätergruppen verwoben. Das trifft vor allem auf die Behauptung vom Putativnotstand* der Mörder zu, die in den Einsatzgruppen und anderen Mörderschwadronen angeblich nur die Wahl besessen hätten, zu erschießen oder erschossen zu werden. Dieser Sachverhalt konnte nicht für einen einzigen Fall nachgewiesen werden.²⁷ Hingegen wurden mehrfach Beweise dafür erbracht, dass es möglich war, sich als Offiziers- oder Mannschaftsdienstgrad aus derart verbrecherischen Kommandos ungestraft und sogar ganz folgenlos versetzen zu lassen.

Eine nicht auf den ersten Blick auffallende Verflechtung mit apologetischen Interessen besitzt die Legende von der das Kriegsinteresse schwer schädigenden Wirkung des Massenverbrechens. Es habe angeblich in erheblichem Ausmaß Personal und Material blockiert und dem Kampf für den Sieg an den Fronten entzogen. Eine logische Ableitung aus dieser Version war den überlebenden deutschen Militärführern des Zweiten Weltkriegs jedoch hochwillkommen. Sie erschienen gleichsam von Auftrags wegen als Gegner des Judenmords. Jüngst hat die Ausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944" das in der Bundesrepublik über Jahrzehnte verbreitete Bild von der "sauberen Wehrmacht" vermutlich zum ersten Mal nachhaltig beschädigt, zumal mit der Repräsentation von Text- und vor allem von Fotodokumenten öffentliche wissenschaftliche und geschichtspolitische Debatten und eine erhebliche Produktion und Verbreitung von Literatur einhergingen. ²⁹

Eine eigene Gruppe von Legenden bildet die in vielen Variationen vorgetragene Darstellung, wonach die übergroße Mehrheit der Deutschen unwissend, ja ahnungslos gewesen sei, als das Morden planmäßig verübt wurde. Angeblich konnten sie nicht

^{*} Beim Putativnotstand liegen die tatsächlichen Voraussetzungen des rechtfertigenden Notstandes nur in der irrtümlichen Vorstellung des Handelnden vor, in Wirklichkeit sind sie nicht gegeben. (https://www.juraforum.de/lexikon/putativnotstand)

Um die Klarstellung dieses Sachverhalts hat sich als Gutachter in vielen Prozessen in der Bundesrepublik, und in weiteren Staaten vor allem der Historiker Wolfgang Scheffler verdient gemacht. Durch die Rekonstruktion des Weges des Polizeibataillons 101 konnte Christopher Browning (s. unsere Anm. 13) überzeugend dartun, dass es folgenlos möglich war, sich der Mitwirkung in den Mördergruppen zu entziehen und eine Versetzung zu anderen militärischen Einheiten zu erlangen.

Zur Widerlegung: Kurt Pätzold/Erika Schwarz, Auschwitz war für mich nur ein Bahnhof. Franz Novak – der Transportoffizier Adolf Eichmanns, Berlin 1994 (= Dokumente, Texte, Materialien, hrsg. vom Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin, Bd. 13), S. 89 ff.

Eine Auswahl: Walter Manoschek (Hg.), Die Wehrmacht im Rassenkrieg. Der Vernichtungskrieg hinter der Front, Wien 1996 (Dokumentiert wird darin das Symposium, das in der österreichischen Hauptstadt aus Anlass der Eröffnung der Ausstellung am 20./21. Oktober 1995 stattgefunden hatte.) Hannes Heer (Hg.) "Stets zu erschießen sind Frauen, die in der Roten Armee dienen". Geständnisse deutscher Kriegsgefangener über ihren Einsatz an der Ostfront, Hamburg 1995; Carl Schüddekopf, Krieg. Erzählungen aus dem Schweigen. Deutsche Soldaten über den zweiten Weltkrieg, Reinbek 1997; Helmut Donath/Arn Strohmeyer (Hg.) Befreiung von der Wehrmacht? Dokumentation der Auseinandersetzung über die Ausstellung "Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944" in Bremen 1996/97, Bremen 1997; Hans-Günther Thiele (Hg.), Die Wehrmachtsausstellung. Dokumentation der Fachtagung in Bremen am 26. Februar 1997 und der Bundestagsdebatten am 13. März und 24. April 1997, Bremen 1997.

wahrnehmen, was Juden geschah, so tief sei das Geschehen vor ihnen verborgen worden. Diese Deutung erhält eine Stütze durch die – mitunter einfach gedankenlos niedergeschriebene – Behauptung, der Judenmord habe sich "weit außerhalb Deutschlands [...], im tiefsten Osten Europas" ereignet.³⁰ Auschwitz lag innerhalb der 1939 bestimmten Ostgrenzen des Reiches im sog. Gau Oberschlesien; Kulmhof, das polnische Chelmno, am östlichen Rande des Reichsgaus Wartheland. Doch handelt es sich nicht nur um eine Frage der geographischen Dimension. Aus den Gebieten der besetzten UdSSR und des okkupierten Polen reisten Tag für Tag vor allem Wehrmachtsangehörige, aber auch Zivilisten als Dienstreisende oder als Urlauber und tagtäglich fanden zwischen ihnen und den "in der Heimat" lebenden Gespräche über Gesehenes und Gehörtes statt. Inzwischen ist auch längst dokumentiert, wie viel in den Briefen der Feldpost an Informationen über das Judenmorden mitgeteilt wurde.

Die Verfechter der Unwissenheit der Deutschen vermengen absichtsvoll zwei Fragen, die verschiedene Antworten verlangen. Die eine betrifft das konkrete Wissen über den Hergang des Tötens in den für diesen Zweck eingerichteten Vernichtungslagern, in denen nach Schätzungen etwa die Hälfte der insgesamt getöteten Juden umgebracht wurden. Die andere bezieht sich auf das Wissen, dass Menschen Unrecht geschah, rohe Gewalt angetan und ein Schicksal bereitet wurde, das kein "Arier" teilen wollte. Die Deportation der deutschen Juden "in den Osten" geschah am helllichten Tage und die Akteure, so viele Instruktionen ihnen aus dem Reichssicherheitshauptamt und dessen von Adolf Eichmann geleitetem Referat dafür auch zukamen, keine richtete sich auf die möglichste Geheimhaltung der Aktion. Die war nicht beabsichtigt und wäre ohnehin nicht zu bewerkstelligen gewesen.

Kurzum: Nach wie vor und mehr noch als in früheren Jahren sieht sich die Geschichtswissenschaft vor der Aufgabe, Tatsachen ins Bewusstsein zu rufen oder sie dort zu halten. Robert H. Jackson, Ankläger der Vereinigten Staaten im Nürnberger Hauptkriegsverbrecher-Prozess 1945/1946, bezeichnete es als eines der Ziele des Verfahrens, "unglaubliche Tatsachen durch glaubhafte Beweise (zu) fundieren".³¹ Wenngleich solche Beweise ein halbes Jahrhundert später massenhaft vorliegen, kann die Aufgabe dennoch nicht als gelöst angesehen werden, selbst dann nicht, wenn man, was schwer genug fällt, die Gruppe der unbelehrbaren "Auschwitzleugner" einen Moment ganz außer Betracht lässt.³² Zurecht, aber wohl kaum mit befrie-

³⁰ So Haffner, a. a. O, S. 176.

Peter Alfons Steiniger, Bd. I. S. 9 korrigieren

Wahrheit und Auschwitzlüge. Zur Bekämpfung "revisionistischer" Geschichtspropaganda. Hg. Brigitte Bailer-Gallanda, Wolfgang Benz und Wolfgang Neugebauer, Wien 1995 (auch unter dem Titel Auschwitzleugner, Berlin 1996); Till Bastian, Auschwitz und die "Auschwitz-Lüge". Massenmord und Geschichtsfälschung, München 1994.

digenden Ergebnissen befassen sich interdisziplinäre Forschergruppen (Historiker, Pädagogen, Psychologen u. a.) mit Themen des "Holocaust-Teaching". Jüngst stritt sich einer ihrer verdienstvollen israelischen Pioniere mit Mitarbeitern der Berliner Gedenkstätte "Haus der Wannsee-Konferenz" darüber, welchen Platz die Appelle an den Verstand, welchen die an das Gefühl besetzen dürften.³³

III.

Die Geschichte der "Holocaust"-Erforschung begann nicht mit der Arbeit der Historiker. Anfänglich war sie Bestandteil der Auseinandersetzung mit den Mördern in Aktion. Auf gefährdeten und gefahrvollen Wegen gelangten bereits kurze Zeit, nachdem das Verbrechen eingeleitet worden war, Nachrichten zu den Mächten der Antihitler-Koalition und in neutrale Staaten.³⁴ Einige Informanten und Überbringer erlangten nach der Zerschlagung des Faschismus einen hohen Bekanntheitsgrad und manche wurden gar berühmt. Das gilt für den SS-Offizier Kurt Gerstein, der sein Wissen über das im März 1942 mit der Tötung der Juden aus dem Ghetto von Lublin in Funktion gesetzte Vernichtungslager Belzec, das er aus eigener Anschauung kannte, im August 1942 an einen schwedischen Diplomaten weitergab. 35 Und es trifft mehr noch für die beiden Auschwitzhäftlinge Rudolf Vrba³⁶ und Alfred Wetzler³⁷ zu, die 1944 entfliehen konnten und deren Nachrichten, in der Slowakei aufgezeichnet, via Budapest und die Schweiz nach Großbritannien und in die USA gelangten.³⁸ Doch gelangten keineswegs nur vereinzelte Informationen, über den Judenmord ins neutrale und alliierte Gebiet.

Chaim Schatzker sprach 1996 auf der alljährlich aus Anlass des Jahrestages der "Wannsee-Konferenz" stattfindenden Veranstaltung der Gedenkstätte über das Thema "Denken und Gedenken". Inzwischen mehren sich extrem kritische Stimmen über den schul- und "volks"pädagogischen Umgang mit der Erinnerung an die Ereignisse und dem Gedenken an die Opfer: Richard Chaim Schneider, Fetisch Holocaust. Die Judenvernichtung - verdrängt und vermarktet, München 1997; Rolf Gutte und Freerk Huisken, Alles bewältigt, nichts begriffen! Nationalsozialismus im Unterricht. Eine Kritik der antifaschistischen Erziehung, Berlin 1997, S. 139. Das Thema besitzt eine internationale Dimension und in jedem Land seine Spezifika. Eine umfassende Studie dazu liegt aus Israel vor: Tom Segev, Die siebte Million. Der Holocaust und Israels Politik der Erinnerung, Reinbek 1995 (zuerst: Jerusalem 1991).

³⁴ Walter Laqueur, The Terrible Secret. An Investigation into the Suppression of Information about Hitler's "Final Solution", London 1980. Die deutsche Ausgabe erschien Berlin 1981 unter dem veränderten mindestens unangemessenen Haupttitel: Was niemand wissen wollte. (Diese Ausgabe künftig: Laqueur, Nachrichten) 35 Laqueur, Nachrichten, S. 65.

³⁶ Er wurde im Juni 1942 nach Auschwitz deportiert, befand sich erst im Lager I, dann in Auschwitz II (Birkenau). Mit Wetzler gelang ihm der Ausbruch am 7./10. April 1944. Vrba hielt sich bis Kriegsende unerkannt in der Slowakei auf und nahm am slowakischen Aufstand teil.

³⁷ Er befand sich seit April 1942 in Auschwitz II (Birkenau). S. Anm. 16.

Laqueur, Nachrichten, S. 125. Die aus Auschwitz entflohenen Vrba und Wetzler wurden in der Slowakei getrennt von Mitgliedern des Judenrats nach ihrem Wissen befragt. Ihre Aussagen enthielt ein Bericht, der am 22. Mai 1944 datiert und an jüdischen Repräsentanten in der Schweiz gerichtet war. Vrba hat sich jüngst noch einmal zum Hergang der Flucht, dem Inhalt seiner Informationen und den Wegen von deren Übermittlung geäußert: Rudolf Vrba, Die missglückte Warnung. Betrachtungen über den Auschwitz-Bericht von 1944, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, München (44) 1996, Heft 1. S. auch ders., I Canon förmige (1963, dt.: Ich kann nicht vergeben, München 1964).

Auch blieben die aus vielen Quellen stammenden Meldungen über das einsetzende Massenmorden seit den Tagen seines Beginns nichts weniger denn geheim. Am 15. Oktober 1941 setzten die systematischen Eisenbahntransporte mit den jüdischen Opfern aus dem Großdeutschen Reich in die Ghettos des Ostens ein. Bereits am 22. Oktober berichtete die schwedische Zeitung "Social Democraten": "Es gibt keinen Zweifel, daß hier ein Fall von bewußtem Massenmord vorliegt." Noch im Oktober übernahm die Londoner deutschsprachige "Zeitung" diese Meldung. Sie schloss sich dem Urteil an, dass die Deportierten auf die eine oder andere Weise umgebracht werden würden.³⁹ Das entsprach der Wahrheit. Ende November wurden die mit diesen Transporten aus dem Reichsgebiet Verschleppten kurz nach ihrer Ankunft in Riga in der Nähe der Stadt und in Kowno auf dem Gelände eines Forts von Einsatzkommandos der Sicherheitspolizei und des SD niedergeschossen.

Über die Art und Weise, wie mit den vielen Nachrichten von den Judenmassakern und der jedenfalls seit Mitte 1942 gewonnen Erkenntnis, dass deren Ziel die Ausrottung ausnahmslos aller Juden sei, verfahren wurde und welche Schlussfolgerungen aus ihnen gezogen wurden, entstand eine sich immer wieder belebende Kontroverse. Sie kulminierte in der Frage, warum "Auschwitz" nicht bombardiert worden sei. Sie knüpfte sich an die aus den Akten der US-Streitkräfte nach dem Kriege bekanntgewordenen Tatsache, dass Flugzeuge – das erste von ihnen am 4. April 1944 – den Lagerkomplex überflogen und Luftbildaufnahmen gemacht hatten. Die Unternehmen ordneten sich in das Vorhaben der Alliierten ein, möglichst noch vor der Landung in Frankreich – sie erfolgte am 6. Juni 1944 – die Produktionsstätten von synthetischem Benzin zu orten und zu zerstören, damit die deutsche Luftwaffe entscheidend geschwächt würde.

Im Kern begann die Aufdeckung der Geschichte des Judenmords mit der sich anbahnenden, im Laufe des Jahres 1942 zur Gewissheit gewordenen Erkenntnis des systematischen Vorgehens der deutschen Faschisten, das nun an die Stelle der Inszenierung einzelner, begrenzter, nichtsdestoweniger furchtbarer Massaker, wie sie 1939 in Polen geschahen, getreten war. Sie wurde öffentlich bekanntgemacht, aber keineswegs sogleich geglaubt. Zuerst war der Eintritt in diese abschließende Etappe der Judenverfolgungen in zwei Artikeln des "Daily Telegraph" von Ende Juni 1942 ausgesprochen und festgestellt worden, dass die Täter nun auf die Tötung aller im faschistischen Machtbereich befindlichen Juden zielten.⁴⁰ Noch waren nicht alle Informationen über das Ausmaß des Geschehens, über die Instrumente und die Methodik

³⁹ Claqueur, Nachrichten, S. 87 f.

Claqueur, Nachrichten, S. 95 f. In den Artikeln vom 25. und 30. Juni 1942 war von der Tötung durch Giftgas, von der Verwendung von Vergasungswagen und von der Vernichtungsstätte Kulmhof die Rede.

der Täter genau, manche mitunter auch falsch. Doch kamen sie der Wahrheit immer näher, wurden verlässlicher und schließlich immer weniger unbezweifelbar.⁴¹

Viele Informationen stammten von der Widerstandsbewegung im besetzten Polen. In einer hieß es, die deutschen Faschisten hätten das Land zum "Schlachthaus der Juden" Europas gemacht. Viele Nachrichten gelangten zuerst in die Schweiz und wurden von da weiterverbreitet. Das in dem kleinen Nachbarland Deutschlands erscheinende "Israelitische Wochenblatt", zu dessen Beziehern in Nürnberg die "Stürmer"-Redaktion gehörte⁴², veröffentlichte regelmäßig Meldungen über die verübten Untaten, nannte Orte des Schreckens und Zahlen der Hingemordeten. Inzwischen hat die Forschung die Ursprünge der Nachrichten, die Wege ihrer Weiterleitung, die Empfänger und die vertraulich Informierten ebenso ermittelt, wie sie die schwierige Frage der Glaubwürdigkeit und der Möglichkeiten der Reaktionen der Regierungen erörterte. Eine graphische Darstellung aller Informationsstränge würde das Bild eines eng geknüpften Netzes ergeben, das parallele und sich kreuzende Verbindungen aufwiese und zu dessen wichtigsten Punkten Bern, Stockholm, die Vatikanstadt und auch Istanbul gehören. Dieses Netz wird jedoch solange nicht vollständig rekonstruiert werden können, wie die Archive der Geheimdienste, aber auch das des Vatikans ganz oder teilweise verschlossen sind.

IV.

Den wichtigsten, weil grundlegenden Beitrag zur Enthüllung des Massenmords an den europäischen Juden konnte aber erst 1945/1946 das Nürnberger Tribunal leisten. Dank der Umsicht und der angestrengten Arbeit seiner Stäbe verfügten die Anklagevertretung und somit das Gericht bereits wenige Monate nach Kriegsende über eine Vielzahl von Dokumenten, die aus dem archivalischen Beutegut gehoben worden waren. Darunter befanden sich Schriftstücke (Briefe, Befehle, Niederschriften von Reden u. a.), die bis heute zu den Schlüsseldokumenten der Forschung gehören. Zudem konnten die Ankläger aus der Gruppe der gefangengesetzten Täter, deren spezieller Tatbeitrag zumeist noch aufzuklären war, diejenigen auswählen, die dem Gericht als Zeugen vorgeführt wurden. Einige der wichtigsten fehlten jedoch: Heinrich Himmler hatte nach seiner Gefangennahme Selbstmord begangen, der Chef des

Vom Grad der Verbreitung der Kenntnisse und den Versuchen, sie den Deutschen bekanntzumachen, zeugen auch die Rundfunk-Ansprachen Thomas Manns "Deutsche Hörer", in denen – zunächst in den Einzelheiten nicht mit vollkommen verlässlichen Informationen – im November 1941 von dem "Unaussprechlichen" die Rede war, dass "in Russland, das mit den Polen und Juden geschehen ist und geschieht". In: Zeit und Werk. Tagebücher, Reden und Schriften zum Zeitgeschehen, Berlin 1965, S. 641 und weiter und ähnlich mit vielfachen Erwähnungen der Verwendung von Giftgas zur Menschentötung auf den S. 645 f., 662, 671 ff. (fortan, Mann, Hörer).

Eine Tatsache, die bei der Anklage und Verurteilung Julius Streichers eine besondere Rolle spielte, denn mit ihrem Nachweis wurde widerlegt, dass der Herausgeber der Zeitschrift von den Morden keine Kenntnis besessen hätte.

Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) und stellvertretende "Reichsprotektor von Böhmen und Mähren" Reinhard Heydrich war 1942 in Prag bei einem Anschlag getötet worden, Heinrich (Gestapo-)Müller war spurlos verschwunden und sein Verbleib konnte auch später nie aufgeklärt werden. Auch Adolf Eichmann war unauffindbar. Es galt als ungewiss, ob er überlebt hatte. Erst viel später wurde bekannt, dass er sich in den Monaten des Prozesses versteckt in Norddeutschland befand. Novak, der Transportoffizier Eichmanns, war ebenfalls nicht ergriffen worden. Er lebte unter falschem Namen in Österreich.

Doch auf der Anklagebank saß der Heydrich-Nachfolger im RSHA, Ernst Kaltenbrunner. 43 In alliierter Gefangenschaft befanden sich mehrere SS-Offiziere, die zum leitenden und kommandierenden Personal der "Endlösung" gehörten hatten, auf sie konnte die Anklage zurückgreifen. Ausgewählt wurden u. a. der zeitweilige Kommandeur der Einsatzgruppe D der Sicherheitspolizei und des SD, SS-Gruppenführer Otto Ohlendorf⁴⁴, der 1948 in Nürnberg zum Tode verurteilt und am 8. Juni 1951 in Landsberg hingerichtet wurde, der Höhere SS- und Polizeiführer im eroberten sowjetischen Gebiet – Russland-Mitte – und spätere Kommandeur der zur Bekämpfung der Partisanen eingesetzten ("Bandenkampf"-)Verbände, SS-Obergruppenführer Erich von dem Bach-Zelewski⁴⁵, der 1951 in München zu 10 Jahren Arbeitslager verurteilt wurde, seine Strafe alsbald auf 5 Jahre herabgesetzt sah, die er nicht vollständig verbüßen mußte, der mehrjährige Kommandant des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz, SS-Obersturmbannführer Rudolf Höß⁴⁶, den am 2. April 1947 in Warschau ein polnischer Gerichtshof zum Tode verurteilte und der am 16. April 1947 auf dem Gelände des Lagers Auschwitz I hingerichtet wurde, und der enge Mitarbeiter im von Eichmann geleiteten Referat, SS-Hauptsturmführer Dieter Weislichen⁴⁷, dessen Prozess 1948 vor einem tschechoslowakischen Gericht in Bratislava stattfand, weil er zuletzt als "Judenreferent" in der deutschen Botschaft in der Hauptstadt der slowakischen Verbündeten tätig gewesen war, und gegen den ebenfalls das Todesurteil ausgesprochen wurde, dem die Vollstreckung folgte. Damit waren Täter verfügbar, die an verschiedensten Tatorten des Verbrechens gewirkt hatten und denen aufgrund vorliegender Dokumente wenig Gelegenheit blieb, sich um das Eingeständnis des Geschehenen herumzureden, wenn auch jeder sich einzig als aus-

Seine Rolle ist jüngst in einer Biographie dargestellt worden: Peter Black, Ernst Kaltenbrunner, Vasall Himmlers. Eine SS-Karriere, Paderborn 1991. Eine Zusammenfassung seiner Forschungsergebnisse gab derselbe Autor in: Kurt Pätzold/Manfred Weißbecker (Hg.), Stufen zum Galgen. Lebenswege vor den Nürnberger Urteilen, Leipzig 1996, S. 119 ff.

⁴⁴ IMT, Bd. IV, S. 344 f.

⁴⁵ IMT, Bd. IV, S. 528 f.

⁴⁶ IMT, Bd. XI, S. 438 f.

⁴⁷ IMT, Bd. IV, S. 393 f.

führenden Organ von Entschlüssen Hitlers und von Befehlen seiner Vorgesetzten ausgeben wollte. Zudem traten Überlebende in den Zeugenstand; zu ihnen gehörte Claude Vaillant-Couturier, die in Auschwitz gefangengehaltene französische Deputierte und Widerstandskämpferin.⁴⁸

Die Richter von Nürnberg sahen sich später und sind bis heute der Kritik ausgesetzt, sie hätten dem Verbrechen an den Juden nicht den gebührenden Platz eingeräumt. 49 Im Urteilstext war der Massenmord an den europäischen Juden nach den Abschnitten über die "Ermordung und Misshandlung von Kriegsgefangenen" und der "Zivilbevölkerung" in den okkupierten Gebieten und Ländern, über die "Plünderung des öffentlichen und privaten Eigentums" und über die "Politik der Zwangsarbeit" eingeordnet und trug die Überschrift "Die Judenverfolgung".⁵⁰ Diese Platzierung und Kennzeichnung bedeutete einen analytischen Rückschritt gegenüber der in der Publizistik der Kriegszeit, u. a. in Zeitungen, die in den Staaten der Alliierten und in neutralen Staaten, getroffenen Bewertung des Massenmords an den Juden als einer geschichtlich beispiellosen barbarischen Tat. Die Richter übernahmen in ihren Text auch die präzise Kennzeichnung nicht, die Jackson im einleitenden Anklagevortrag gegeben hatte: "Die Geschichte berichtet von keinem Verbrechen, das sich jemals gegen so viele Opfer gerichtet hat oder mit solch einer berechnenden Grausamkeit begangen worden ist." Zwar waren hier die Zahl der Opfer und die Art und Weise, in der das Verbrechen verübt wurde, zum Kriterium von dessen Einzigartigkeit gemacht, - was eine Verkürzung bedeutet -, doch wurde die Heraushebung deutlich vorgenommen. An anderer Stelle hieß es: "Die Ostjuden haben gelitten wie nie ein Volk zuvor."⁵¹ Dass die Bewertung des Verbrechens einzig unter den Gesichtswinkeln der Grausamkeit der Täter und der Unzahl von Opfern zu eng sei, drückte am klarsten der französische Ankläger François de Menthon aus, als er von einem Verbrechen "gegen Rang und Stand des Menschen" sprach.⁵²

Indessen: Der Maßstab, mit dem die Richterschelte operiert, berücksichtigt weder die politische Situation ausreichend, noch zeichnet er sich durch eine historische Perspektive aus. Das Gericht erblickte seine wichtigste in die Zukunft gerichtete Aufgabe darin, mit seinen Mitteln Barrieren gegen einen Dritten Weltkrieg und gegen

⁴⁸ IMT, Bd. VI, S. 227 u 230 f.

S. dazu neuerdings Friedhelm Kröll, 1945 – Nuremberg Trials, 1995 bei Licht besehen. In: Weg und Ziel, Marxistische Zeitschrift. 1995, Nr. 5. 15 ff. Der Text stützt sich auf: Ders., Friedhelm Kröll, das Verhör – Carl Schmitt in Nürnberg 1947, Nürnberg 1995. Kröll referiert ausführlich insbesondere die Einwände Hannah Arendts und Raul Hilbergs, sowie die kritischen Analysen beteiligter Juristen des Gerichts und der Anklage.

Urteilstext in: Bd. I.

⁵¹ IMT, Bd. II, S. 140 u. 145.

⁵² Zitiert nach Arendt, Eichmann, S. 306.

jegliche Angriffskriege zu errichten. Dieser Pflicht suchte es – wieder nach den treffenden Worten des französischen Hauptanklägers – in einer geschichtlichen Stunde zu genügen, "in der die Menschheit nur mit Bangen und Zögern den Weg zur Organisation des Friedens zu beschreiten scheint".⁵³

Zudem konnte von den Nürnberger Richtern niemand erwarten, dass sie, nur Monate nachdem ihm ein Ende gesetzt worden war, das an den Juden begangene Verbrechen in seinem ganzen Umfang zu rekonstruieren vermochten. Dennoch gehört zu ihren Leistungen, dass sie es nicht bei der bloßen Feststellung von Tatsachen beließen, sondern auch ihre Bewertungen trafen, von denen viele durch spätere weitläufige Forschungen bekräftigt und als vollkommen richtig bestätigt worden sind. Die Ankläger verwiesen auf den instrumentalen Charakter von Antisemitismus und Judenverfolgung, darauf, dass er eine Art Vorschule für die Deutschen darstellte, durch die sie auf die Praktiken der Unterdrückung anderer Völker und ganz allgemein von Menschengruppen abgerichtet wurden, welche ihnen die Machthaber bezeichneten. Die Ankläger erwähnten den Antisemitismus als ein Mittel der Außenpolitik vor und im Kriege, mit dem Gegner gespalten und Verbündete und Kollaborateure gewonnen worden waren. Sie stellten fest, dass im Kriegsverlauf die Verfolgung und Tötung der Juden als ein Mittel der Drohung und Disziplinierung diente, mit dem in den okkupierten Gebieten auf die nichtjüdische Bevölkerung eingewirkt und Friedhofsruhe erzwungen werden sollte.⁵⁴ Doch fanden sich in Jacksons zusammenfassender Charakteristik auch Feststellungen, die auf Jahrzehnte und bis heute Strömungen in der Geschichtswissenschaft gegeneinanderstellen: So hätten die Täter offen zugegeben, die Vernichtung des jüdischen Volkes zu erstreben "als Selbstzweck, als Vorbereitungsmaßnahme zum Kriege und als Warnung für besiegte Völker".55 Hier stimmte wenig. Nie hatten die deutschen Faschistenführer den Judenmord als Selbstzweck gekennzeichnet, sondern ihn stets mit realen und auch mit vorgetäuschten Gründen vor sich und anderen zu rechtfertigen gesucht. Und selbstredend war der im Kriege verübte Judenmord keine vorbereitende Kriegsmaßnahme.

Das Urteil konstatierte, dass der Schritt von der Judenverfolgung und Judenvertreibung zum systematischen Massenmord im Sommer 1941 erfolgte und die Pläne für die Ausrottung bald nach dem Angriff auf die Sowjetunion ausgearbeitet wurden. Die Richter verwiesen auf die Rolle der Einsatzgruppen, auf deren Zusammenarbeit mit der Wehrmacht und auf die Bestimmung der Konzentrationslager, deren "Hauptzweck" sie in der Vernichtung der Juden erblickten. Sie fanden – und auch

⁵³ IMT, Bd. V, S. 415 ff.

⁵⁴ IMT, Bd. II, S. 129 u. 139.

⁵⁵ IMT, Bd. II, S. 140.

hier liegt ein Streitpunkt bis zum heutigen Tage – keine Gründe, diese Untat von anderen zu separieren, sie zu isolieren oder als eigenständiges deutsches Kriegsziel zu erklären. Vielmehr schlug sich im Urteilstext der – gewiss nicht gelungene – Versuch nieder, den Zusammenhang von Judenmord und Kriegsplan aufzudecken. Doch kann bei allen Mängeln dieses Versuchs nicht übersehen werden, dass die Juristen das Verbrechen nicht als bloßes Resultat unausrottbarer Vorurteile und blindwütigen Rassenhasses begriffen, sondern es als Bestandteil einer kalkulierten Politik auffassten, die sowohl ökonomische wie politisch-ideologische und psychologische Ziele verfolgte.⁵⁶ Es scheint, dass die Historiker diesen Beitrag zur Aufdeckung und Einordnung der Genesis des "Holocaust" zusammenfassend, vorurteilslos und ohne Hochmut erst noch zu würdigen haben, wozu ihnen kürzlich insbesondere der 50. Jahrestag des Prozess-Beginns Anstoß und Gelegenheit bot, die jedoch "verpasst" worden sind. Das kann nicht als ein Zufall angesehen werden, wird doch die Bewertung dieses frühen Verdienstes schwerlich durch Historiker geschehen können, die in ihren Deutungen hinter das intellektuelle Niveau des Gerichts zurückgefallen sind oder sich nie auf dessen Höhe zu begeben vermochten.

V.

Trotz einer zutage liegenden Verwandtschaft mancher Aufgaben der Staatsanwälte und der Historiker trifft doch zu: Die Fragestellung der Juristen, Ankläger wie Richter, ist anderer Absicht unterworfen als die der Historiker und folgt mithin einer anderen "Forschungsrichtung". Die Juristen fragten in Nürnberg, was geschah und wer, wann, was getan oder auch unterlassen hatte. Ihre Aufmerksamkeit galt, wegen des Interesses an den Umständen, unter denen Taten begangen wurden und Täter handelten, auch und in Extensor der Vorgeschichte von deren Handlungen. Ja, es scheint kaum ein Prozess denkbar, in dem, immer unter Berücksichtigung des Wägbaren, das zeitliche Vor- und das Umfeld der Handelnden so geduldig und breit ausgeleuchtet wurde, wie dies durch das Internationale Militärtribunal geschah. Allein Göring, auf Platz eins der Anklagebank platziert, erhielt Gelegenheit, insgesamt mehr als fünfzig Stunden im Zeugenstand zu reden, wovon er einen erheblichen Teil auf Ereignisse und Entwicklungen verwenden konnte, die zeitlich außerhalb des Rahmens lagen, in dem das Gericht Taten be- und gegebenenfalls verurteilte.⁵⁷

Raul Hilberg entgingen diese Passagen, sonst wäre er schwerlich zu dem Pauschalurteil gelangt: "Während des Prozesses waren die Anklagevertreter nicht imstande, einen Zusammenhang zwischen diesen Beschlüssen (den vor dem Kriege beschlossenen antijüdischen Gesetze und Verordnungen – K. P.) und der "Verschwörung" zur Anzettelung eines Krieges herzustellen." Raul Hilberg, Die Vernichtung der europäischen Juden, Fischer Taschenbuch Verlag Frankfurt 1990 (fortan: Hilberg, Vernichtung), S. 1137.

Dietrich Eichholtz, Hermann Göring. "[...] dann kommt die Stunde, wo Deutschland reich ist". In: Pätzold/Weißbecker, Stufen zum Galgen, S. 18 ff.

Doch die Fragen des Historikers sind über die vielzitierte Rankesche Maxime hinausgeführt. Sie zielen auf die Beantwortung des "Warum und Wozu", also auf die Bloßlegung von Ursachen und Interessen, auf Zwecke und Ziele, die erreichten ebenso wie die verfehlten. Für die historiographisch geleitete Erforschung des Judenmors bedeutet dies, dass auch hier die Frage nach den mit der Untat von ihren Urhebern verfolgten direkten und ferneren Zielen nicht ausgeklammert werden kann und versucht werden muss, den Platz des Judenmords im Zielkomplex der faschistischen deutschen Welteroberer zu bestimmen. Der letzte Gesichtspunkt ist der am meisten umstrittene geblieben, wobei in jüngster Zeit beobachtet werden kann, dass er nicht durch Klärung, sondern durch Vernachlässigung und Nichtachtung aus der Kontroverse gerät. Diese Tendenz wurde dadurch begünstigt, dass sich die Herausforderung durch die materialistische Geschichtsschreibung zwar nicht gedanklich, aber in ihren öffentlichen Wirkungsmöglichkeiten erheblich abgeschwächt hat. Es ist weithin Mode geworden, die Verfechter dieser Richtung auch im Hinblick auf diesen Gegenstand des Dogmatismus und des Vulgärmaterialismus, jedenfalls des Unvermögens zu zeihen. So scheint die Bahn für eine Betrachtungsweise frei, die alles Fragen auf Hitler, seine Weltanschauung, sein Denken, seine Entscheidungen und seine Endziele und auf die ihn unmittelbar umgebenden Tätergruppe richtet und die Antworten in diesem Bezirk ausmünden und enden und Interessen außerhalb dieses Kreises nicht gelten lässt.

Diese Betrachtungsweise mochte unter dem nachwirkenden Eindruck des Regimes und angesichts des ganz unentwickelten Standes der Forschung erklärlich sein. So sprach während des Nürnberger Prozesses auch De Ribes vom "Genocidium" als dem "ungeheuerlichen Resultat der Hitlerschen Ideologie". Damit waren mehre Fragen aufgeworfen denn aufgeklärt. Nichtsdestoweniger erhielt sich diese genügsame Weise, Geschichte zu betrachten, gerade in Publikationen, die ungleich mehr Leser erreichten als wissenschaftliche Monographien. Das gilt beispielsweise für den vielgelesenen Bericht des niederländischen Schriftstellers Harry Mulisch, einen Augenzeugen des Eichmann-Prozesses, der schrieb: "Der Judenmord […] entsprang unmittelbar dem Innern eines einzigen Menschen." Und: "Ein einziger Mensch wurde vom Judenmord befriedigt und zwar Hitler." Und: "Ein einziger Mensch

Noch unterhalb dieser niedrigen Erkenntnisschwelle befinden sich jene agnostischen Bekenntnisse, die den Judenmord als "metahistorischen" Vorgang ansehen, an dem jeder Erklärungsversuch scheitern müsse. Häufiger als derart offene Totalkapitulation lassen sich jedoch deren mehr oder weniger verschämte Äußerungen anzutreffen. Sie finden sich in Formulierungen wie der vom Judenmord als einem "über-

⁵⁸ IMT, Bd. XXII, S. 343.

⁵⁹ Harry Mulisch, Strafsache 40/61. Eine Reportage über den Eichmann-Prozess, Berlin 1995, S. 147 u. 138.

mächtigen historischen Grenzereignis", das sich einer "angemessenen Darstellung und Deutung" verweigern würde. Mulisch formuliert offener und ohne Verwendung jeder akademisch anmutenden Begrifflichkeit, wenn er von einem Verbrechen schreibt, das in "keinerlei Hinsicht etwas mit "Zeit" oder Geschichte zu tun" hatte. 1

Die Praxis, den Massenmord an den Juden gedanklich an oder hinter eine Grenze von Geschichte zu stellen, von der nicht gesagt wird, wo sie verläuft, wodurch sie verursacht und charakterisiert wird, findet Nachahmung. Das bezeugen Kennzeichnungen – sie sind einem einzigen Aufsatz entnommen – wie "die extreme Ausnahmeerscheinung der Massenvernichtung", "das existentielle Grenzereignis", das "extreme Grenzereignis säkularer Zivilisation". Darin äußert sich gewiss immer und überall auch methodologisches Unvermögen der Einzelnen. Nirgendwo war jedoch das politischgesellschaftliche Interesse an derart einnebelnden Verfahren größer als in der Bundesrepublik. Es erhielt sich über die Restaurationsphase hinweg bis in die Gegenwart.

Bevor von Kontroversen, ausgetragenen, marginalisierten und verdrängten, berichtet werden soll, sei festgestellt: Die internationale Geschichtswissenschaft hat sich mit der Geschichte des "Holocaust" viel später forschend zu beschäftigen begonnen, als gemeinhin angenommen wird. Die verbreitete Unkenntnis über diesen späten Beginn – dies nebenbei – hat jüngst denjenigen genützt, die Historikern und Publizisten in der DDR eine spezielle Verweigerung gegenüber diesem Gegenstand nachsagten und an diese unbewiesene Behauptung die weitere knüpften, dies sei Ausdruck des im untergegangenen Staat anzutreffenden Antisemitismus. In derartigen Aussagen regierte die Absicht, das realsozialistische System möglichst nahe an das deutsch-faschistische zu rücken, beide womöglich zur Deckung zu bringen. Das konnte nur gelingen, wenn die Machthaber der DDR zu Antisemiten erklärt wurden. Auch diese Erfahrung, die von dem Bestreben zeigt, jeden sachlichen internationalen Vergleich zu vermeiden, lässt es notwendig erscheinen, einen – wenn auch sehr flüchtigen – Blick auf die Anfänge der "Holocaust"-Forschung und die Leistungen ihrer Pioniere zu werfen.

Das 42 Bände umfassende Protokoll der Verhandlungen des Nürnberger Prozesses samt der vom Gericht akzeptierten Dokumente lag 1947 in mehrsprachigem Druck vor. Dann wurden die teils publizierten, meist aber archivierten Materialien der vor amerikanischen Militärgerichten geführten zwölf sog. Nürnberger Nachfolge-Prozesse zugänglich. Hinzukamen und erreichbar waren die Dokumentenmassen aus

Saul Friedländer, Die "Endlösung". Über das Unbehagen in der Geschichtsdeutung. In: Pehle, Der historische Ort, S. 93.

⁶¹ Mulisch, a. a. O., S. 147.

Dan Diner, Perspektivenwahl und Geschichtserfahrung. Bedarf es einer besonderen Historik des Nationalsozialismus? In: Pehle, Der historische Ort, S. 102 u. 108. Der Autor verdächtigt übrigens diejenigen, die in ihre Deutungen rational erfassbare ökonomische Ursachen einzubeziehen suchen, der Verfolgung von Interessen, die außerhalb des zu erforschenden Gegenstandes liegen würden.

Gerichtsverfahren gegen sogenannte NS-Täter, die in vielen europäischen Staaten stattfanden, wie beispielsweise aus den in Polen durchgeführten Verfahren gegen Rudolf Höß und gegen Hans Franks Staatssekretär Josef Bühler. Die Quellen für die Historiker häuften sich alsbald zu nahezu bedrohlichen Bergen. Dennoch vergingen nach Kriegsende acht Jahre, bis Gerald Reitlingers Überblick über die Geschichte des Massenmords an den europäischen Juden erschien.⁶³

Der Autor stellte das Verbrechen in den Verlauf und die Daten des Krieges und ließ dessen Vorgeschichte mit den Nürnberger Gesetzen des Jahres 1935 beginnen. Das Werk, das die Geschichte der Vernichtung der europäischen Juden mehr schilderte als es sie beim damaligen Stand der Forschungen über die deutsche Geschichte zwischen 1933 und 1945 analysieren konnte, hätte nicht geschrieben werden können, wären bis dahin nicht Forschungs- und Dokumentationszentren entstanden, die das Quellenmaterial sammelten und ordneten. Zuerst geschah das in den USA, wo sich das 1939 von Wilna übergesiedelte Yiddish Scientific Institute befand und im Februar 1940 das Institute of Jewish Affairs gegründet worden war. Das Letztere hatte die ersten Darstellungen der Judenverfolgung und des Judenmords herausgegeben. 1943 war "Hitlers Ten Year's War on the Jews" und im folgenden Jahr von Jacob Lestschinsky "The Jewish Catastrophe" erschienen. Dann entstanden in London die von Alfred Wiener gegründete und nach ihm benannte "Wiener Library" und schon 1945 wurde in Paris das "Centre de Documentation Juive Contemporaine" gegründet, das die Zeitschrift "Le Monde Juif" herausgab. Dessen später durch viele Forschungen berühmt gewordener Archivar und Historiker Léon Poliakov legte 1951 sein Buch "Breviaire de la Haine. Le IIIe Reich et les Juifs" vor. Bedeutungsvoll für die Forschung wurde auch das sofort nach Kriegsende entstandene Amsterdamer "Rijksinstituut voor Oorlogsdocumentatie".

Reitlingers Arbeit fand im angelsächsischen Raum viel Aufmerksamkeit, bewirkte aber in der Geschichtswissenschaft keinen Anstoß. Eine deutsche Übersetzung und dann mehrere Auflagen davon erschienen in der Bundesrepublik in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre, während das Werk in der DDR über den Kreis von Spezialisten hinaus unerreichbar blieb. Der Untertitel, den der Autor seinem Buch gegeben hatte, erhielt in der BRD einen charakteristischen Zusatz, er hieß nun "Hitlers Versuch der Ausrottung der Juden Europas 1939-1945"⁶⁴ und bediente die inzwi-

Gerald Reitlinger, The Final Solution – the Attempt to Exterminate the Jews of Europe 1939-1945, London 1953. Der ganz persönliche Antrieb des Forschers drückte die dem Werk vorangestellte Widmung aus: "Für Venetia, damit sie es eines Tages liest und so von der Tragödie ihres Volkes erfährt".

Reitlingers Buch hier zitiert nach der Taschenbuch-Ausgabe (5. Aufl.) Berlin 1979, S. XIX. Der Untertitel bedeutete jedoch keine Verfälschung der Sicht des Verfassers, die selbst auf Hitlers Antisemitismus und dessen "Ableitungen" zentriert war.

schen weit verbreitete Version, die im Titel eines später geschriebenen (schlechten) Schauspiels treffend formuliert wurde: "Ich bin's nicht, Adolf Hitler ist es gewesen." Außerdem hielten es Herausgeber und Übersetzer für angemessen, darauf zu verweisen, dass die "Schlussfolgerungen des Verfassers […] hinsichtlich der deutschen Ostgrenzen von der deutschen Öffentlichkeit nicht geteilt werden können". Der Autor hatte vermerkt, dass in den Köpfen deutscher Machthaber auch eine Vorstellung von der "Endlösung der Slawenfrage" existierte. Und das war nicht nur eine vage Idee geblieben. Diese "Endlösung" wurde nicht bis zu jenem Punkte getrieben, den die Vernichtung der Juden erreichte. Aber sie hatte mit der Liquidierung von Millionen sowjetischer Kriegsgefangener, mit Massakern unter der Bevölkerung in Polen und deren Aushungern sowie mit den Planungen zur Deportation der Tschechen nach dem "Endsieg" bereits begonnen und deutliche Konturen gewonnen.

Die Forschungen zur Geschichte des "Holocaust" und mehr noch die Bekanntmachung ihrer Ergebnisse stießen seit ihren Anfängen überall in der Welt auf Hindernisse. Am meisten war das in den Staaten der Fall, auf deren Gebiet die meisten Juden umgebracht worden waren, also in der UdSSR und in Polen. Die Geschichte des "Schwarzbuches" spricht davon beredt. Doch auch in Staaten, in denen große Gruppen von Juden lebten – in den USA und in Israel – taten sich Barrieren auf. Sie schienen zwar aus wissenschaftlichen Einwänden gebaut, wurden aber durch sie häufig nur getarnt.

Das erfuhr niemand früher und nachdrücklicher als der Soziologe und Historiker, dessen Name und Verdienst unter den Holocaust-Forschern unbestritten auf Platz eins erscheint. Raul Hilberg⁶⁷ hatte als Dreizehnjähriger mit seinen Eltern Wien verlassen müssen, als die deutschen Machthaber Österreich liquidierten. Er war via Frankreich und Kuba nach den USA gelangt. Bei Kriegsende kehrte er, ohne noch an Kampfhandlungen teilnehmen zu müssen, als amerikanischer Soldat für kurze Zeit nach Europa zurück. Dann studierte er Soziologie, vor allem bei dem Historiker Hans Rosenberg und dem Sozial- und Politikwissenschaftler Franz Neumann, dem Autor der 1942 in New York und London erschienenen Faschismusanalyse, dessen Haupttitel "Behemoth" (Untertitel: Structure and Practice of National Socialism) sich des Namens jenes die Wüste beherrschenden Ungeheuers bediente, mit dessen Vernichtung der Tag der Gerechtigkeit anbricht.⁶⁸ Beide Wissenschaftler waren 1933

⁶⁵ Ebenda, S. 555.

Wassili Grossmann/Ilja Ehrenburg. Das Schwarzbuch. Der Genozid an den sowjetischen Juden, deutsche Ausgabe von Arno Lustiger, Reinbek b. Hamburg 1994, dort das Vorwort S. 19 ff.

Zum folgenden seine Autobiographie: Unerbetene Erinnerung. Der Weg eines Holocaust-Forschers, Frankfurt 1994 (fortan: Hilberg, Erinnerung).

Eine deutsche Übersetzung wurde erst 35 Jahre nach dem ersten Erscheinen des Werkes herausgegeben: Franz Neumann, Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933-1944, Köln 1977.

aus dem Deutschen Reich vertrieben worden und über Großbritannien in die USA gelangt. Und beide besaßen eine Beziehung zu Berlin; Rosenberg hatte an der hiesigen Universität promoviert, Neumann war hier als Rechtsanwalt tätig gewesen.

Schon als Student fand Hilberg den Gegenstand, der ihn ein Leben lang nicht loslassen sollte. Und bereits in seiner Magisterarbeit ließ er kein "heißes" Thema aus. Er hatte sich in ihr auch kritisch zum Verhalten der Juden unter den Bedingungen ihrer Verfolgungen durch die deutschen Machthaber geäußert. Neumann sagte ihm darauf: "Das ist zu stark, streichen Sie es." Und als der Absolvent seinem Lehrer vorschlug, die Magisterarbeit zur Dissertation auszubauen, stimmte dieser dem Vorhaben zwar zu, versah den Entschluss Hilbergs aber mit dem Kommentar: "Das ist Ihr Untergang."

Diese Prophezeiung sollte sich nicht erfüllen. Doch bis Hilbergs Forschungsresultat, entstanden nach der Bewältigung einer Riesenmasse von deutschen Beuteakten, die damals noch in den USA lagerten und benutzbar waren, den Weg zum Druck gefunden hatte⁶⁹, verging extrem viel Zeit, obwohl die Doktorarbeit einen Preis der Columbia-Universität erhalten hatte, der gewöhnlich mit der Drucklegung durch den Universitätsverlag verbunden ist. Auch das Jerusalemer Yad Vashem Institut wollte sich nicht beteiligen. Die Verlage von Princeton und der Universität von Oklahoma lehnten ebenfalls ab. Eines der negativen Gutachten, die herbeigezogen worden waren, stammte – wie sich erst nach ihrem Tode herausstellte – von Hannah Arendt. Später revidierte sie ihr Urteil stillschweigend, verwies auf Hilbergs Buch und nannte es die "ausführlichste und quellenmäßig fundierteste Darstellung der Judenpolitik des Dritten Reiches".⁷⁰ Erst 1961 wurde das Manuskript schließlich in einem kleinen Verlag in Chicago gedruckt; gleichzeitig erschien eine englische Ausgabe in London.

Dass es dann zwei Jahrzehnte dauerte, bis ein – wiederum – kleiner Verlag in Berlin-West eine deutsche Übersetzung⁷¹ herausbrachte, dürfte darauf zurückzuführen gewesen sein, dass Hilbergs Ansichten über die Rolle der Judenräte und der jüdischen Organisationen angefeindet und – nicht mit völligem Recht – mit jenen gleichgesetzt wurden, die Hannah Arendt in ihrem Bericht über den Jerusalemer Eichmann-Prozess veröffentlicht hatte und die ihr schärfste Zurückweisung und Angriffen gegen

⁶⁹ Hilberg, Erinnerung, Abschnitt "Der Weg zur Publikation", S. 92 ff.

Hannah Arendt, Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht von der Banalität des Bösen. Mit einem Essay von Hans Mommsen, München 1986,5. Aufl., S. 11. (fortan: Arendt, Eichmann)

Olle & Wolter, Berlin (West) 1982. Das geschah in einer überaus repräsentativen Form, die das Buch verteuerte und seinen Absatz begrenzte. Das änderte sich erst mit der erwähnten Taschenbuchausgabe, die bei Fischer Frankfurt a. M. 1990 erschien. In beiden Fällen hatte der Autor Passagen seines Buches aktualisiert und ergänzt. Wie sehr sich die Verhältnisse gegenüber den ersten Bewertungen verändert hatten, zeigte auch die Tatsache an, dass die Übersetzung der neuen Textteile vom Zentralrat der Juden in Deutschland mit einem Zuschuss gefördert worden war.

ihre Person eintrugen.⁷² Doch diese vermeintliche Identität war es mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht allein, die Großverlage die Herausgabe einer deutschen Übersetzung ablehnen ließ.

Das Buch des amerikanischen Historikers lag quer zu allen insbesondere in der Bundesrepublik fortdauernden Versuchen, den Ursachen- und Beziehungskomplex des Themas zu verkürzen. Die in seiner Untersuchung erwähnten deutschen Industrieund Bankkonzerne und Großfirmen lesen sich in einer Zusammenstellung wie deren Adressbuch. Reitlinger hatte knapp, aber eindeutig einzig die Rolle der Kruppwerke und ihres Alleineigentümers Alfried Krupp von Bohlen und Halbach erwähnt, der sich nach seiner Verurteilung alsbald wieder auf freiem Fuß befand und dem der Konzern, wenn auch noch nicht zu uneingeschränkt freier Verfügung zurückgegeben worden war. Hilberg nannte die Großbanken, AEG, Agfa, die Allianz-Versicherung, BMW, Daimler Benz, die Deutschen Ausrüstungswerke (DAW), die Deutsche Asbest Zement AG, DKW, die Flick AG, die Flugzeugwerke Focker und Heinkel, Hoechst, die IG Farben, Siemens, das Stickstoff Syndikat, Telefunken, die Vereinigten Stahlwerke usw. Und dies exakt zu einem Zeitpunkt, da sich nicht nur konservative Historiker, sondern der inzwischen in den Ruhestand getretene erste Bundespräsident Theodor Heuß anlässlich des 1961 begangenen 150-jährigen Bestehens der Kruppwerke in Essen wider anderes eigenes Wissen als Festredner und Weißwäscher für den Konzern und dessen Alleineigentümer betätigte.

Dabei war Hilberg keineswegs auf diesen Aspekt seines Gegenstands spezialisiert oder auch nur kapriziert. Er versuchte – deutlich in den Bahnen seiner soziologischen Ausbildung – die selbstgestellte Aufgabe zu lösen, durch die Untersuchung der Tätigkeit der deutschen Behörden und der Rolle von deren verantwortlichem Personal herauszufinden, "wie die Vernichtung der Juden ihren Weg nahm".⁷³ Hilbergs Recherchen

Verallgemeinernd schrieb Arendt: "Die Rolle der jüdischen Führer bei der Zerstörung ihres eigenen Volkes ist für Juden zweifellos das dunkelste Kapitel in der ganzen dunklen Geschichte." (Eichmann, S. 153) und die Folgen der hierarchischen Organisiertheit der Juden fasste sie in ihr Urteil: "Wäre das jüdische Volk wirklich unorganisiert und führerlos gewesen, so hätte die "Endlösung" ein furchtbares Chaos und ein unerhörtes Elend bedeutet, (jedoch hätte) die Gesamtzahl der Opfer [...] schwerlich die Zahl von viereinhalb bis sechs Millionen erreicht." (Ebenda, S. 162) Dabei handelte es sich um Urteile, die der Kritikerin nicht zu einer Anklage gegen Judenräte und Judenälteste gerieten. Sie stellte vielmehr fest, dass diese kooperiert hatten, "weil sie dachten, sie könnten damit schlimmere Folgen verhüten". (Ebenda, S. 126) Hilberg hatte das Verhalten der Juden gegenüber ihren faschistischen Verfolgern nüchtern und ohne Schuldzuweisungen konstatiert (so beispielsweise mit der generalisierenden Feststellung: "Ein beachtlicher Teil des Gesamtprozesses beruht auf jüdischer Mithilfe – seien es die einfachsten Handlungen einzelner oder die organisierte Tätigkeit der Räte." Hilberg, Vernichtung, Bd. 3, S. 1107 und: "Kurz, die Judenräte assistierten den Deutschen mit ihren guten wie mit ihren schlechten Eigenschaften, und noch die besten Leistungen einer jüdischen Bürokratie wurden letzten Endes für den allesfressenden Vernichtungsprozeß der Deutschen vereinnahmt." Ebenda, S. 1109), und es darüber hinaus unter Hinweis auf die aus der Vergangenheit der Juden und den daraus herrührenden Erfahrungen mit den verschiedensten Verfolgern gleichsam als spezifisch jüdisch erklärt. Arendt ließ das nicht gelten und verwies hingegen darauf, dass sich verfolgte Gruppen in der Geschichte wieder und wieder verhalten hätten, wie das die Juden im Machtbereich der Nazis taten. (Eichmann, S. 13) 73 Hilberg, Vernichtung, Bd. 1, S. 9.

zielten auf die Rolle von Institutionen und Tätergruppen. Deren Fährte ist er von den Büros und Schreibtischen bis an die Erschießungsgruben und vor die Gaskammern der Vernichtungsstätten gefolgt. Er enthüllte, was er die "Struktur des Vernichtungsprozesses" nannte. Doch war und blieb er außerstande, das Verbrechen in die Geschichte der deutsch-faschistischen Herrschaft und des Krieges einzuordnen. Der abschließende Satz seiner großen Untersuchung verrät demgegenüber hochgradige Hilflosigkeit: "Als zu Beginn des Jahres 1933 erstmals ein Ministerialbeamter eine Definition der Bezeichnung "nichtarisch" in einen Richtlinienerlaß hineinschrieb, war das Schicksal des europäischen Judentums besiegelt."⁷⁴ Mit ersichtlich mehr Wahrheitsanspruch könnte formuliert werden: "Als Hitler am 3. Februar 1933 einem kleinen Kreis führender Militärs eröffnete, dass das Ziel kommender imperialistischer Eroberungen Osteuropas sein werde, war das Leben der Mehrheit der Juden Europas aufs höchste – auf den Tod – gefährdet." Nur ließe sich auch dagegen sofort einwenden, dass von 1933 zu 1939 keine geschichtliche Einbahnstraße verlief, sondern zwischen den beiden Jahreszahlen denkbare Alternativen europäischer Entwicklungen lagen.

Hilberg gab sich über die Grenzen seines Fragens und Forschens und mithin seiner Antworten, was nicht so häufig vorkommt, nüchtern Rechenschaft. Als er Anfang 1989 in Frankfurt/M. einen Vortrag über das Thema "Tendenzen der Holocaust-Forschung" hielt, wurde er gefragt, warum es zum Massenmord an den Juden gekommen sei. Er antwortete: "Wenn ich könnte, würde ich gern im Alter ein Buch schreiben mit dem Titel "Jenseits des Rationalen und Irrationalen", denn darum handelt es sich wohl. Das "Warum" ist die schwierigste Frage. Ich habe sie zu stellen unterlassen."⁷⁵

Die Geschichtswissenschaft, soviel sie Reitlinger und Hilberg und den Arbeiten dieser beiden Beginner verdankt – bis heute gibt es keinen Forscher, der sich nicht auf sie beziehen würde –, musste also ihre Fragestellung erweitern. Jedoch: Während die Faschismusforschung im Hinblick auf andere Teilgegenstände und -themen klar nach Ursachen und Zwecken fragt, blieb sie bei der Erforschung des Judenmords bis in die jüngste Zeit auf das Wer und das Wie fixiert. Das Interesse konzentrierte sich neuerdings auf die Frage, warum sich so viele deutsche Täter fanden, die sich zu Mördergruppen formieren und in Aktion setzen ließen, wie viele es insgesamt waren und wie viele als Mörder bereitstanden, ohne eingesetzt zu werden. Vor allem das Erscheinen der wissenschaftlich und politisch gleichermaßen umstrittenen Arbeit von Daniel Jonah Goldhagen hat die Aufmerksamkeit auf diesen Aspekt gelenkt.

Hilberg, Vernichtung, Bd. 3, S. 1115.

Der Vortrag fand im Rahmen der "Frankfurter Historik-Vorlesungen" statt und ist gedruckt bei: Walter H. Pehle (Hg.), Der historische Ort des Nationalsozialismus. Annäherungen, Frankfurt/M. 1990 S. 80. (fortan: Pehle, Der historische Ort)

Die Mehrzahl der Holocaust-Forscher sieht es bis zum heutigen Tage als die größte Herausforderung an, den Schritt von der Verfolgung und Vertreibung der Juden aus dem deutschen Machtbereich zum Judenmord zu untersuchen. Wie ist dieser qualitative Sprung erfolgt? Wer hat das Massenmorden erdacht, wer, wann, wem befohlen? Wann, wo und wie begann es? Über welche Stufen nahm es seinen planmäßigen, systematischen Fortgang? Präzisere Aussagen werden neuerdings auch und namentlich durch regionale Untersuchungen angestrebt. Unter den Forschern bildeten sich angesichts langer Fragenreihen zwei internationale Lager, die bis heute existieren, wenn sie auch ihr Meinungsverschiedenheiten nicht mehr mit jener Verve austragen, mit der das die maßgeblichen Vertreter 1984 in Stuttgart auf einer internationalen Tagung taten. 77

Doch darf über allen Meinungsverschiedenheiten nicht übersehen werden, dass eine Reihe von Grundtatsachen und Kernbewertungen in der Zunft unumstritten ist. Erstens gilt als erwiesen, dass der Schritt zur "Endlösung" 1941 (nicht schon 1939⁷⁸) geplant und getan wurde. Zweitens wird allgemein angenommen, dass ein schriftlicher Generalbefehl für den Übergang zum Massenmord niemals erteilt wurde. Drittens wird nicht davon ausgegangen, dass am Beginn des Verbrechens ein fertiger Plan, womöglich ein Stufenplan, vorhanden gewesen sei. Was der Forschung rückblickend als Plan erscheint, ist vielmehr in einem verwickelten Prozess nach der Methode "Versuch – unzulängliches Resultat – neuer oder modifizierter Versuch usw." entstanden, wobei schon die "Versuche" (wie die erste "Probe-Vergasung" sowjetischer Kriegsgefangener im KZ Auschwitz im September 1941) Hunderte Menschenleben auslöschten. Viertens wird anerkannt, dass der "Faktor Hitler", so wenig wie er gedanklich folgenlos aus der Gesamtgeschichte des deutschen Faschismus herausgenommen werden kann, auch nicht aus diesem Prozess des Übergangs hinwegzudenken ist. Er wird – so das Minimum der Übereinstimmung – in ihm als "unentbehrlich" angesehen.

Natürlich drängte sich während der Kontroverse über die Geschehnisse des Jahres 1941, die zeitlich etwa auf die Monate März bis Oktober/November eingegrenzt wurden, mit den genannten Fragen auch immer wieder die nach dem *Warum* auf. Doch lässt sich nicht übersehen, dass ihr gegenüber viele Forscher eine deutliche

So erklärt Dieter Pohl im Vorwort seiner erwähnten Arbeit (s. unsere Anm. 14), er habe sich der zentralen Frage zugewandt, "wie die "Judenpolitik" und der Judenmord letztendlich durchsetzbar wurden." (S. 7).

Siehe das bedauerlicherweise sehr stark gekürzte Protokoll der Tagung: Eberhard Jaeckel/Jürgen Rohwer (Hrsg.), Der Mord an den Juden im Zweiten Weltkrieg. Stuttgart 1985.

Auch Arendt unterschied nicht zwischen den Massakern auf dem Territorium Polens unmittelbar nach dem deutschen Überfall und dem systematischen Vorgehen der Judenmörder seit dem Sommer 1941. Sie schrieb, das Schicksal der Ostjuden sei lange vor dem Entschluss über die "Endlösung", schon im September 1939, entschieden worden. Eichmann, S. 260.

Zurückhaltung üben. Denjenigen, die dem Massenmorden jeden Zweck und jedes Ziel rundweg absprechen, erscheint die Frage an sich abwegig. Nun drängen sich aber Zusammenhänge allein aufgrund der Chronologie des Geschehens auf. Das gilt namentlich für die Beziehung von Krieg und Judenmord, geschah der Übergang zur "Endlösung" doch 1941 in dem Augenblick, da die Machthaber auf ihr Hauptziel zusteuerten, die Eroberung von "Lebensraum" im Osten Europas, und er erfolgte in einer allgemeinen, also keineswegs nur bei Hitler anzutreffenden Stimmung, die dieses Ziel so gut wie sicher erreicht glaubte.

Zumeist blieb die Historiographie jedoch bei der Feststellung einer bloß äußeren Beziehung zwischen Krieg und Judenmord stehen. Der Krieg in Osteuropa erscheint den einen als die von den Judenmördern endlich gefundene Gelegenheit, ihren lang gefassten Vorsatz zu verwirklichen. Anderen lassen, ohne die Bedeutung der Ideologie und der Person Hitlers und seiner Gesinnungsgenossen zu ignorieren, den Mord hingegen aus erst im Verlauf der judenfeindlichen Politik von den Tätern selbst geschaffenen "Sachzwängen" hervorgehen, die, einmal entstanden, in den Strukturen des Regimes, diese eine "Lösungsmöglichkeit" hervorbrachten.

In beiden Deutungsmustern bleibt die tieferreichende Frage nach der Beziehung von Judenmord und Krieg meist unerörtert, zumal der Krieg einzig unter den militärischen Gesichtspunkten und seinen direkten Folgen in Anschlag gebracht, nicht aber in seiner dialektischen Einheit mit den Kriegszielen gesehen wird. Aus der verengten Sichtweise wird dann konstatiert: "Der Befehl (zum Judenmord – K. P.) hatte nichts mit dem Krieg zu tun und wurde auch nie mit militärischen Notwendigkeiten entschuldigt."⁷⁹ Kommt das Thema Kriegsziele überhaupt in Sicht, so wird der Judenmord als ein selbständiges "Hauptziel"⁸⁰ benannt, das unverbunden neben den anderen figurierte. Daran schließt sich der – noch zu erörternde – Gedankengang an, dass – weil und als die anderen Kriegsziele infolge der Kriegsereignisse entschwanden – nur ein einziges unverrückbares Ziel der Machthaber und namentlich Hitlers übriggeblieben sei: die Vernichtung der Juden. Zum Beweis dafür, gleichsam als Schlussglied einer Beweiskette, wird das politische Testament Hitlers präsentiert.⁸¹

Arendt, Eichmann, S. 142. Diese Feststellung hält übrigens auch in sich der Überprüfung nicht stand. Bei einer Vielzahl von einzelnen Aktionen des Judenmords wurden durchaus Notwendigkeiten des Krieges (Schutz vor jüdischen Partisanen, Spionen usw.) zwar nicht zur Entschuldigung, aber zur Begründung des Mordens und zur Rechtfertigung für die Mörder angegeben.

So bei Arendt, Eichmann S. 193, die in diesem Zusammenhang Hitler zum alleinigen Anstifter des Judenmords erklärt. Für die Autorin handelt es sich demzufolge beim Judenmord im eigentlichen Sinne um eines der Hauptziele Hitlers.

In ihm schrieb er sich das ewige Verdienst zu, die "Juden aus Deutschland und Mitteleuropa ausgerottet" zu haben". Hitlers Politisches Testament. Die Bormann-Diktate vom Februar und April 1945. Hamburg 1981, S. 122.

Nebenbei bemerkt macht sich in derartigen Argumentationen auch der Nachteil der hochgradigen Arbeitsteilung zwischen den Holocaust-Forschern und den Militärhistorikern des Zweiten Weltkriegs bemerkbar. Dass Hitler weder Ende 1941 noch Ende 1942 alles verloren gab, sondern sich in seinem Kopfe und in seinen Entscheidungen Kriegsziele modifiziert erhielten, wird nicht zur Kenntnis genommen. Indessen führt auch eine so intime Kenntnis der politischen und militärische Entwicklungen zwischen 1941 und 1945, wie sie Andreas Hillgruber besaß, keineswegs notwendig auf die Spur des Zusammenhangs von Massenmord und Kriegsziel. Vor der Frage nach dem geschichtlichen Ort des Judenmords hat Hillgruber kapituliert. Er verwies fakten- und gedankenreich auf die historisch entstandenen, unentbehrlichen sozialen Voraussetzungen dafür, dass das Verbrechen in Gang gesetzt und in Gang gehalten werden konnte. Doch die Antwort auf die "grundsätzliche Frage" nach dem Verhältnis von Krieg und "Endlösung" suchte und fand auch er einzig in Hitlers Kopfe. Dort habe die Vorstellung einer "rassischen Revolution" als Bedingung für die Errichtung und Dauerhaftigkeit einer Weltmachtstellung gehaust, einer "biologischen Revolution", die zum "Triumph" des "besseren Blutes" hätte führen sollen. Irgendeine Art von breiterer geschichtlicher Bodenberührung erhält dieser Griff in die Gehirnwindungen des "Führers" nicht.⁸²

VI.

Die erwähnte Sichtverengung ist seit längerem zur Definition des Krieges gegen die UdSSR als "rassenideologischer Vernichtungskrieg" geronnen, die in der Geschichtsschreibung (auch in Variationen wie Hitlers "Rassen- und Weltanschauungskrieg"⁸³ und ähnliche) eine dominierende Stellung erlangt hat. Zum einen drückt sich darin, was nicht übersehen werden soll, der Versuch aus, den Unterschied dieses Krieges gegenüber den voraufgegangenen Feldzügen in West- und Nordeuropa zu erfassen und das diskontinuierliche Moment in den Blick zu rücken, das den Zweiten vom Ersten Weltkrieg unterscheidet. In der Tat: die deutschen Machthaber und Militärs wollten den sowjetischen Gegner nicht nur militärisch vernichten, ihn nicht allein im herkömmlichen Sinne besiegen, um ihm – wie dem französischen im Walde von Compiègne geschehen – ihre Bedingungen zu diktieren. Sie waren darauf aus, sein gesellschaftliches System zu zerschlagen und dessen Träger – wie im Kommissar Befehl formuliert – physisch zu liquidieren. Zugleich sind die Mängel dieser Kennzeichnung unverkennbar. Die Ideologie bildete nicht den einzigen und nicht den wesentlichen Antrieb, aus dem dieser Krieg hervorging, und in Zerstörung und Versentlichen Antrieb, aus dem dieser Krieg hervorging, und in Zerstörung und Versentlichen Antrieb, aus dem dieser Krieg hervorging, und in Zerstörung und Versentlichen Antrieb, aus dem dieser Krieg hervorging, und in Zerstörung und Versentlichen Antrieb.

Andreas Hillgruber, Der geschichtliche Ort der Judenvernichtung, in: Jäckel/Rohwer, Judenmord, S. 219 f.

Peter Steinbach, Der Historikerstreit, In: Tribüne, Zeitschrift zum Verständnis der Judentums, 34. Ja., Hel-

Peter Steinbach, Der Historikerstreit. In: Tribüne. Zeitschrift zum Verständnis des Judentums, 34. Jg., Heft 135, 3. Quartal 1995, S. 126.

nichtung erschöpfte sich sein Ziel nicht. Wenn trotz dieser erkennbaren Mängel an derartigen Bestimmungen von Gewicht festgehalten wird, führt Nachfrage in aller Regel auf die Spur von Interessen. Im vorliegenden Falle auf die Absicht der Abgrenzung und Entgegensetzung zum Begriff des "imperialistischen Eroberungskrieges". Er ordnet den Krieg in die Geschichte des deutschen Kapitalismus und seiner Eroberungsgelüste und -züge ein und verdeutlicht eine Kontinuitätslinie. Sein Mangel besteht darin, dass er das spezifisch Neue nicht trifft, dass die faschistische Macht in die Geschichte der deutschen bürgerlichen Gesellschaft brachte, aus der sie hervorging und die sich nicht aufsprengte. Dennoch bleibt, das Eroberung, nicht schlechthin Vernichtung das Ziel war, das sich mit der Endsieg-Vorstellung verband. Die Charakterisierung des Zweiten Weltkriegs als "Eroberungskrieg" mit dem Zusatz, dass dieser sich durch eine besondere Barbarei, ja Bestialität des Vorgehens kennzeichne, war schon inmitten der Ereignisse keineswegs nur Marxisten, sondern vielen der Zeitgenossen geläufig.⁸⁴ Mehr noch: im Vorgefühl ihres Sieges waren die deutschen Führer, nachdem sie sich in diesem Punkte lange Zeit ausgeschwiegen hatten, über ihre räuberischen Ziele selbst gesprächig geworden. Die Rede war da vom "Einkassieren" und vom "Gesundstoßen" gewesen. Hitler und Goebbels markierten selbst die Traditionslinie, in der sie standen. Sie kämpften nicht um eine Grenzverlegung, um einen Landstrich oder eine Provinz. Wie alle kolonialen Eroberer vor ihnen wollten sie bleiben, wohin sie mit "Feuer und Schwert" gelangt waren.

Ähnlich wie diese und doch wieder anders, weil unter veränderten historischen Bedingungen operierend, sahen sie sich daher vor die Frage gestellt, wie sie ihren Raub dauerhaft in ihren Besitz bringen, beherrschen und ausbeuten könnten. In den Entscheidungen, die sie zu diesem Zweck und mit diesem Ziel trafen, und in den Plänen, die sie nicht nur entwarfen, sondern zu verwirklichen begannen, mischten sich Rationalismus und Irrationalismus. Wieder und wieder beschäftigte Hitler sich mit der Frage, wie die Engländer Indien beherrschten, während Rosenberg, der Reichsminister für die besetzten Ostgebiete, seine in Kindheit und Jugend erworbenen Erfahrungen in Osteuropa zur Geltung bringen wollte. Daraus entstanden Visionen, Projekte und die Generalpläne Ost, die heute in ihren Stufen und Varianten weitgehend untersucht sind.⁸⁵

Der Zusammenhang zwischen ihnen und dem Massenmord an den Juden wird dennoch zumeist ignoriert oder bestritten. Dass die Untat ohne Beispiel sich in ein ana-

Thomas Mann sprach in einer seiner Rundfunkreden im Dezember 1941 vom "deutschen Welteroberungskrieg". In: Mann, Hörer, S. 643.

Dietrich Eichholtz, Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939-1945, Bd. II: 1941-1943, Berlin 1985, S. 430 ff.

chronistisches, nichtsdestoweniger real existierendes, Handlungen leitendes Kriegszielbild einordnete, erscheint als eine Missinterpretation. Auch darin äußert sich indessen die Zurücknahme von Erkenntnissen, die sich schon den viel weniger informierten Zeitgenossen der Ereignisse aufdrängten, die keine Seite eines der Dokumente kannten, in denen die Vertreibungs-, Dezimierungs-, Vernichtungs- und Siedlungspläne für den Osten Europas ihren Niederschlag fanden. Thomas Mann wies in seinen Reden an die "Deutschen Hörer" – so in der Ansprache im Februar 1942, da wusste er nichts von der "Wannsee-Konferenz" der SS-Führer und Staatssekretäre, die Tage zuvor stattgefunden hatte – darauf hin, dass es den deutschen Machthabern darum ginge, die Besiegten auch biologisch zu reduzieren, damit "sie nie wieder eine Gefahr für die Alleinherrschaft der deutschen Edel-Barbaren bilden können."86 Der Begriff der "Gefahr" existierte in den Köpfen der faschistischen Machthaber aber keineswegs nur in Gestalt eines militanten Widerstands der Unterworfenen. Gefahr waren ihnen Millionen als Menschen, die essen und sich vermehren wollten und würden, solange man sie nicht daran hindere. Gefahr waren ihnen die Juden im eroberten und noch zu erobernden Westen der UdSSR als "Träger des Bolschewismus".

In den Rechnungen der Eroberer mischten sich rationale Überlegungen und irrationale Vorurteile. So kreist auch die wissenschaftliche Kontroverse weiter um die Frage nach den – quantitativ nicht zu bemessenden – Anteilen von rationalen und irrationalen Faktoren, die den Judenmord hervorbrachten, seine Antriebe verstärkten und - um es in einem Wort zu sagen - nach "Auschwitz" führten. Dabei werden zwei sich deutlich voneinander abhebenden Phasen des Geschehens unterschieden, die durch den Sommer 1941 voneinander getrennt sind. Für die erste wird inzwischen anerkannt, dass das Regime, seit es sich 1933 etablierte, mit der antisemitischen Politik rationale Kalküle verband. Unbestritten ist, dass vor der Machtübergabe die Judenhetze vor allem eine von der NSDAP aufgerichtete Fahne darstellte, die dem Zweck der Sammlung und Ausrichtung von Anhängern, Mitgliedern und Wählern diente. In welchem Grad die rassistische, vor allem antijüdische Demagogie allerdings am Erfolg beteiligt war, in welchem die soziale und nationalistische, kann allein deshalb nicht exakt bestimmt werden, weil diese Elemente nicht gesondert existierten und sich in jeder Reklamerede bis zur Unauflöslichkeit verwoben. Daher ist vor einer Überschätzung der Anziehungskraft der judenfeindlichen Parolen und Tiraden und ihrer Einordnung als Hauptfaktor des Massengewinns wohl zu Recht gewarnt worden.

⁸⁶

Schon im ersten Jahr der Diktatur kamen zu dieser Funktion aber weitere und wichtigere hinzu. Zeitweilig, besonders in den ersten Wochen und Monaten, wirkte der Antisemitismus ablenkend und erweckte den Eindruck, die neuen Machthaber würden tatsächlich einen antikapitalistischen Kurs steuern. Gleichwichtig trugen die Judenverfolgungen "Ariern" praktische Vorteile der "nationalsozialistischen Revolution" ein und eröffneten für die Machthaber billige und rasche Möglichkeiten der Erfolgsbestechung. Arbeitsplätze wurden frei, Beförderungs-, Aufstiegs- und Verdienstmöglichkeiten ergaben sich auf Kosten der Verfolgten sowohl im staatlichen und kommunalen Bereich, als auch in der privaten Industrie. Und – drittens – augenblicklich wirkte die antijüdische Praxis als ein Faktor der Disziplinierung der Staatsbürger und zwar nicht nur durch deren widerstandslose Hinnahme. Zur Duldung trat alsbald und massenhaft die Mitwirkung. Ist von tatenloser oder auch tätiger Unterwerfung die Rede, wird in erster Linie an die Käufer gedacht, die am 1. April 1933 sich von den SA-Boykottwachen abschrecken ließen, ihre Einkäufe bei Juden zu verrichten. Man denke aber auch an die Dekane aller deutschen Universitätsfakultäten, die 1933 jene Fragebogen weitergaben, dann einsammelten und gehorsam "nach oben" weiterreichten, deren einziger und erkennbarer, ja erklärter Zweck darin bestand, die Juden zu ermitteln.

Zeitgründe verbieten es, die Funktionen von Antisemitismus und Judenvertreibung im Vorkrieg hier in ihrer Entwicklung weiter zu untersuchen. Allgemeine Herrschaftsinteressen mischten sich mit der Verfolgung von Gruppen- und Privatvorteilen. Dies erweist sich auch daran, dass die Machthaber und ihre die Judenverfolgung vorantreibenden Apparate ständig mit einem Überfluss von Vorschlägen und "Anregungen" versehen wurden, wie sich die Juden weiter schikanieren und außer Landes treiben ließen. Das traf auch auf Hitler selbst in solchem Grade zu, dass er sich 1937 in einer nichtöffentlichen Rede vor Nazifunktionären energisch ausbat, ihn mit unerbetenen Ratschlägen zu verschonen.

Das reale politische und wirtschaftliche Interesse liegt für die Vorkriegsphase so klar zutage, dass die Reduktion der Antriebe auf einen Faktor, irrationalen Judenhass, sich einfach durch die dem entgegenstehende Faktenmasse erledigt. Und der Versuch, die Gewinner von Kapital, Profit oder anderem materiellen Vorteil, als bloße Profiteure aus Gelegenheit zu charakterisieren, trifft Einzelfälle, nicht jedoch den gesellschaftlichen Prozess der "Arisierung". Massenhaft war vielmehr die von Eignern großer und kleiner Kapitale in mehr oder weniger offener Kooperation mit den neuen Machthabern auf allen Ebenen betriebene Vernichtung des "jüdischen" Kapitals zugunsten des "arischen".

VII.

Wie aber entwickeln sich die kaltherzigen Vorteils- und Nachteilsrechnungen im Moment des Übergangs zur Massenvernichtung und dann während deren Verwirklichung? Tendieren sie da nicht gegen Null, gingen sie da nicht verloren? Triumphierte von nun an nicht der irrationale mordende Judenhass total, so dass er keinerlei nüchterne Überlegung mehr zuließ und selbst den Gedanken an die Erfordernisse von Krieg und Endsieg verdrängte? Die darauf mit Ja antworten und meinen, den Massenmord an den Juden zugleich als unwiderlegbaren Beweis dafür vorführen zu können, dass das Regime antikapitalistisch war, argumentieren auf zwei – wie sie meinen – gerade Marxisten besonders einleuchtenden Linien.

Die eine bestreitet die These vom "imperialistischen Eroberungskrieg" nicht gänzlich, sieht jedoch an der Jahreswende 1941 zu 1942 einen schwerwiegenden Wandel der Kriegsinteressen und Kriegsziele. Von dem Gedanken an das Kolonialreich im Osten und weitere Eroberungen hätten sich Hitler und seine Paladine da verabschiedet. Das wäre dadurch bewiesen, dass ihre Anstrengungen nun in erster Linie der Judenvernichtung, nicht mehr den militärischen Feldzügen und Schlachten gegolten hätten. Der Judenmord hätte fortan das Ersatzziel für den entschwindenden "Endsieg" gebildet, dessen Kompensation. Merkwürdigerweise hat sich auch ein so vehement gegen die hitlerzentristische Betrachtungsweise argumentierender Historiker wie Hans Mommsen dieser Deutung partiell angenähert, wenn er schreibt: "Die "Endlösungs'-Politik stellte zugleich (! – K. P.) eine Kompensation des militärischen Scheiterns dar."⁸⁷

Als Beweis für diese Neugewichtung und -festsetzung der Ziele des Regimes schlechthin gilt die Aussage, dass die Verwendung des rollenden Materials der Eisenbahnen für die Judendeportation zu den Vernichtungsstätten Priorität vor dem Einsatz für die Wehrmacht besessen hätte. Behauptung ist tatsachenwidrig. Die Judentransporte wurden gestoppt oder verlangsamt, sofern militärische Erfordernisse es verlangten. Himmler trat gegenüber dem Verkehrsministerium nicht als Befehlender, sondern als Bittsteller auf, wie im Zusammenhang mit den stockenden Transporten von Warschau, dessen Ghetto "geräumt" wurde, nach Treblinka erwie-

Hans Mommsen, Nationalsozialismus als vorgetäuschte Modernisierung. In: Pehle, Der historische Ort, S. 46.

Diese These findet sich in der Literatur massenhaft und wird geradezu nebenbei und wie selbstverständlich

Diese These findet sich in der Literatur massenhaft und wird geradezu nebenbei und wie selbstverständlich erwähnt. Dass die "Verschickungen höchste Priorität besaßen", erwähnt in dieser keines Beweises bedürfenden Weise z. B. Laqueur (Nachrichten, S. 31). Der "Endlösung" habe "ohne Rücksicht auf wirtschaftliche und militärische Erwägungen Priorität" zugestanden, schrieb auch die gegenüber ausgefahrenen Denkgeleisen so misstrauische Hannah Arendt. Und an anderer Stelle: der Judenmord habe zur Kriegführung in Widerspruch gestanden. (Eichmann, S. 193 u. 307). Der Autor hat sich mit dem Argument dezidiert auseinandergesetzt in: Kurt Pätzold/Erika Schwarz, "Auschwitz war für mich nur ein Bahnhof". Franz Nowak – der Transportoffizier Adolf Eichmanns, Berlin 1994, S. 86 ff.

sen ist. Kein Militärbefehlshaber hat sich zudem je darüber beschweren müssen, dass ihm Schienentransportmittel entzogen worden wären, um dem Eichmann-Referat im Reichssicherheitshauptamt zu dienen. Die Behauptung vom Vorrang der "Judenzüge" wurde unüberprüft von Autor zu Autor abgeschrieben. Ihren Ursprung bildeten nicht Forschungen, sondern die Aussage des SS-Offiziers Dieter Wisliceny. Dem konnte die Rolle eines Kronzeugen nur zufallen, weil seine Aussage in ein vorgefasstes Bild passte. Vor allem aber machte sich kaum jemand die vergleichsweise geringe Mühe, denn die Eisenbahngeschichte ist für die Zeit des Weltkriegs gut erforscht, nachzurechnen, welcher prozentuale Anteil der Transportkapazität für das Programm der "Endlösung" eingesetzt wurde. Es ergibt sich eine – gemessen an der verfügbaren Gesamtzahl von Lokomotiven und Waggons – zu vernachlässigende Größe.

Die zweite Argumentationslinie ist von prinzipieller Natur und beruft sich darauf, dass der Kapitalismus doch auf die Ausbeutung der Arbeitskraft von Menschen aus sei (formuliert wird selbstredend: deren "Verwertung"). Ein Herrschaftssystem, das hingegen Arbeitskräfte millionenweise vernichte, sei per se nicht-, ja antikapitalistisch. Die Prämisse ist indessen falsch. Ein absolutes Interesse an der Erhaltung von arbeitsfähigen Menschen lässt sich in der Geschichte des Kapitalismus nicht nachweisen, man denke etwa an die Praktiken der Kolonialpolitik. Dieses Interesse war vielmehr eingeschränkt auf eine kurz- und mittelfristige Verfügbarkeit von (billigen) Arbeitskräften. Der Überschuss, wie immer bestimmt, verdiente im besten Falle keine Beachtung Die ihm Zugerechneten mochten zugrunde gehen oder dahinvegetieren. Im schlechtesten "Fall" aber wurde dieser Überschuss von den Machthabern als schädigend (unnütze Esser) und gefährlich (Herde von Seuchen, Unruhe oder gar Widerstand) angesehen. Das aber war der "Fall" des Naziregimes und des Denkens und Planens und Befehlens an der Regimespitze im Sommer 1941. Dieses expandierende System hatte sich und seine Kräfte bereits überdehnt, bevor es in die Weiten der Sowjetunion einfiel. Der siegverheißende rasche Vormarsch in Richtung Moskau und Leningrad verdeckte diese Tatsache nahezu ganz.

Im Kalkül der Machthaber und ihrer Planer existierten im eigenen Herrschaftsbereich, namentlich in den eroberten polnischen Gebieten zu viele unbrauchbare Menschen, zu denen mit jedem Kilometer Vordringens nach Osten weitere hinzukommen würden. Daraus erwuchs den Architekten künftiger europaweiter Dominanz eine doppelte Antwort: die unbrauchbaren Überschüssigen sollten entweder in die fernen Gebiete des Ostens verdrängt und dort ihrem Schicksal, das als Siechtum und Hungertod erkannt und gewollt wurde, überlassen bleiben (so beispielweise auch die Bevölkerung der Großstädte Leningrad und Moskau), oder sie sollten, weil sie – zu-

recht oder nicht – als besonders widerstandsfähig und gefährlich angesehen wurden, direkt der Vernichtung anheimfallen. In diesen Zielkontext gehörte der Judenmord und in diesen Koordinaten bedeutete er keine über den Kapitalismus hinausweisende Untat, sondern ein Verbrechen, dessen Verwirklichung die deutsche Herrschaft über Europa stabilisieren, den deutschen Nach-Endsieg-Kapitalismus erst eigentlich funktionstüchtig machen sollte.

Aus dem Zusammenhang, der den Platz der Judenvernichtung in der Politik des Regimes erkennbar macht, ergibt sich auch die vollständige Berechtigung der Frage: Auf wen hätte sich der kalkulierte totale (oder auch partielle) Vernichtungswille der Herrschenden konzentriert, wenn Auschwitz seine Rolle in der "Endlösung der Judenfrage" gespielt haben würde? Sie stellt sich nicht als faule Frucht von Spekulationen über – zum Glück für Millionen – nichtgeschehene Geschichte dar. Sie drängt sich aus den überlieferten Nazi-Dokumenten auf, beispielsweise jenen über die geplante Aussiedlung der Tschechen aus dem Protektorat Böhmen und Mähren. Nach dem Kriege würden sie in den Rüstungswerken von Ústí (Aussig) und Plzeň (Pilsen), in den Berg- und Hüttenwerken bei Ostrava und Kladno nicht mehr gebraucht werden. Und ist es denkbar, dass in einem faschistisch beherrschten Kontinent die Millionen von Zigeunern (Sinti und Roma), die namentlich in Ost- und Südosteuropa lebten, eine Chance des Überlebens besessen haben würden?

Die Idee, große Teile der Bevölkerung seien infolge historischer Entwicklungen und technischer Erfindungen als Arbeitskräfte "überflüssig" und könnten also vernichtet werden, erörterte auch Hannah Arendt, als sie sich die Frage stellte, ob konkrete Gründe "für die Möglichkeit einer Wiederholung der von den Nazis begangenen Verbrechen sprechen". Bafür, dass es exakt derartige Nützlichkeitserwägungen waren, von denen sich die faschistischen Eroberer leiten ließen, entwickelte sie hingegen keinen Spürsinn. Deren Verbrechen ordnete sie außerhalb aller Zweckmäßigkeitsgründe ein, die Judenausrottung habe nicht einmal der Gewinnung von "volklosem Raum" für Kolonisierungszwecke gegolten. Deren Verbrechen ordnete sie außerhalb aller Zweckmäßigkeitsgründe ein, die Judenausrottung habe nicht einmal der Gewinnung von "volklosem Raum" für Kolonisierungszwecke gegolten. Deren Verbrechen ordnete sie außerhalb aller Zweckmäßigkeitsgründe ein, die Judenausrottung habe nicht einmal der Gewinnung von "volklosem Raum" für Kolonisierungszwecke gegolten.

Zum begründenden Argument für diese These wurde ihr auch der Hinweis, dass die deutschen Faschisten ja nicht nur die Juden in dem als Kolonialraum gedachtem Osten Europas ermordeten, sondern alle in ihrem Machtbereich töteten, auch die in Westeuropa lebenden. Merkwürdigerweise erörterte sie aber einzig die objektiven Unterschiede im Dasein der jüdischen Bevölkerung in Ost- und Westeuropa und unterließ es, nach der Sicht der Handelnden, der Machthaber, zu fragen. Zur Auflösung des

⁸⁹ Arendt, Eichmann, S. 322.

⁹⁰ Ebenda, S. 325.

"Widerspruchs" kann ein Gedankenbild führen, dass Seev Goshen in einer Debatte vorstellte: "Wird oder kann ein Mörder, der eine Familie, acht Söhne und Töchter, in Warschau, Kiew und Auschwitz ermordet hat, den neunten Sohn oder die neunte Tochter in Brüssel oder Saloniki am Leben lassen, wenn diese Orte zu seinem Machtbereich gehören?" Dabei ging es den Untätern an der Regimespitze gar nicht allein und in erster Linie um die Liquidierung potentieller Rächer, wiewohl sie sich bewusst waren, dass nach allem, was sie schon vor dem Kriege den deutschen Juden angetan hatten, die Juden in anderen Staaten – im Sprachgebrauch der Antisemiten hießen sie "das internationale Judentum" – Gegner ihres Regime sein und bleiben mussten. Zeitlich vor allen diesen Überlegungen über die Folgen ihrer judenfeindlichen Politik aber stand die fixe Idee vom Judentum als dem vermeintlichen Hauptkonkurrenten um die Weltherrschaft, der niemals und nirgendwo zulassen könnte, dass die herrschaftsberufenen "Arier" den ihnen in der Welt zustehenden Platz erhielten und behielten.

Wer diese weltanschaulichen Antriebe der entscheidenden Judenmörder (nicht unbedingt auch ihrer Büttel) außer Betracht ließe, würde demnach ebenso in die Irre gehen, wie jener, der ihr Handeln monokausal auf eine Weltanschauung zurückführt, die obendrein auf den Antisemitismus reduziert wird. Die These von der "Eigenständigkeit" des Antisemitismus, aus der sich die "Eigenständigkeit" des Judenmords herleite, der "kein Mittel zur Durchsetzung anderer Zwecke" gewesen sei⁹², erweist sich als Gedankenkonstruktion fernab von der kapitalistischen Wirklichkeit. Das Verbrechen an den Juden erscheint auf eine geheimnisvolle Weise von den realen Interessen der deutschen Gesellschaft abgehoben und steht unverbunden gleichsam neben ihnen. Auch Martin Broszat meinte, der Judenmord entziehe sich einer "auf gesellschaftliche Interessen abhebenden Faschismus-Deutung". 93 Es habe sich in der – wie der Kapitalismus vorzugsweise genannt wird – "modernen Industriegesellschaft" ereignet, vermöge aber über diese nichts auszusagen oder gar zu lehren.94 Mitunter werden einfach nebulose bildhafte Bestimmungen angeboten, die keinerlei geschichtlichen Zusammenhang erkennbar machen, so beispielsweise die Bestimmung des Judenmords als "das schlechthin alles überwölbende Ereignis dieser Ära", aus dem die "gesamte NS-Zeit" "eindeutig [...] gedeutet werden" kann. 95

Eberhard Jaeckel und Jürgen Rohwer (Hrsg.), Der Mord an den Juden im Zweiten Weltkrieg. Stuttgart 1985, S. 239. (fortan: Jäckel/Rohwer, Judenmord)

⁹² Saul Friedländer, in: Ebenda, S. 27.

Martin Broszat, "Holocaust" (gemeint war hier der gleichnamige Fernsehfilm, der in den USA entstand und soeben in Deutschland gesendet worden war) und die Geschichtswissenschaft. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 27 (1979), Heft 2, S. 296.

Saul Friedländer, in: Pehle, Der historische Ort, S. 92.

Peter Steinbach, Der Historikerstreit. A. a. O., S. 122.

Wer solchen Sichten widerspricht, wird indessen rasch der Unterschätzung der Ideologie geziehen. Die Materialisten erscheinen in diesem Punkte des "Verdachts verdächtig", ungeachtet der Tatsache, dass sich keiner ihrer ernstzunehmenden Vertreter antreffen lässt, der nicht wusste, dass auch die reaktionäre und verbrecherische Idee materielle Gewalt werden kann. Nicht so selten wird den Forschern, die von der Marxschen Geschichtsauffassung ausgehen, auch beweislos nachgesagt, dass sie vor den Fragen, die der Judenmord aufgibt, ratlos stünden. Wie weit derartige Erörterungen getrieben werden können, macht eine Bezugnahme Saul Friedländers auf Walter Benjamin deutlich. Auf die Feststellung, dass für diesen der "Historische Materialismus der erlösende Zugang des Historikers zur Vergangenheit" gewesen sei, folgt die in ihrer Tendenz eindeutige Frage: "Vielleicht wäre er auch zu dem Schluss gelangt, dass der Historische Materialismus nur wenig zu einer schlüssigen Deutung dieser Ereignisse beizutragen hat". Der Tote ist vor der Erwägung jenes Sinneswandels nicht sicher, der den Lebenden angeraten wird [...]

Deshalb und um mitunter wohl auch gewollte Missverständnisse zu erschweren, sei noch einmal betont: Es bildet keinen Streitpunkt, dass die 1941 einsetzende Mordpraxis und die mit ihr einhergehenden Visionen vom "Großgermanischen Weltreich" nur in Hirnen von Rassenantisemiten vorgedacht werden konnte, in denen der Begriff "Menschheit" nicht existierte. Sie hatten ihn sich durch die Vorstellung von der Existenz prinzipiell unterschiedener Rassen ersetzt, von denen die zur Herrschaft bestimmte das Recht besitzen würde, den nichts- oder minderwertigen und daher unterlegenen "Rassen" nicht nur Lebensräume, sondern auch Lebensrechte zuzuteilen oder auch völlig zu entziehen. Keine Frage auch, dass diese Weltanschauung der Rassisten um Hitler schon vor 1933 ausgebildet war und dass sie von ihr bis in die Stunde ihres Untergangs beherrscht blieben. Doch diese Idee verband sich ihnen – und auch dieses von ihrem Eintritt in die Politik an – gedanklich wie praktisch mit ungestillten imperialistischen Gelüsten und antikommunistischen Kreuzzugsplänen, die durch die Niederlage des Jahres 1918 und den Sieg der deutschen Gegenrevolution nicht gedämpft, sondern noch aufgeputscht worden waren. Der Versuch, den Judenmord von der allgemeinen Bewegung des deutschen Faschismus zu separieren, reißt folglich nicht nur auseinander, was im System und Prozess zusammengehörte. Er amputiert gleichsam auch die Personen an deren Spitze. Und das geschieht nicht nur mit den "Größen" des Regimes. In weitläufiger Forschungsarbeit ist jüngst nachgewiesen worden, in wievielten Organisationen, Institutionen und Instituten von vorwiegend jungen Wissenschaftlern mehrerer sozialwissenschaftlicher

Saul Friedländer, in: Pehle, Der historische Ort, S. 81.

Disziplinen Arbeiten verrichtet wurden, die einer Praxis dienten, die man Bevölkerungspolitik deshalb nicht nennen mag, weil es sich in ihrem Kern um eine Entvölkerungspolitik handelte.⁹⁷

VIII.

Gegen die hier skizzierte Einordnung des Judenmords in die Geschichte des deutschen Faschismus werden jedoch nicht nur auf der Ebene der speziellen historischen Argumentation Einwände geltend gemacht. Häufiger sind ganz unspezifizierte "Hinweise" auf Defizite der materialistischen Faschismus-Theorien und das sich auf sie stützende Geschichtsbild. Diese lassen sich umso leichter artikulieren, da nur wenige Forscher, deren Geschichtsverständnis von Marx ausgeht, die Herausforderung wirklich angenommen haben, die das Thema des "Holocaust" darstellt. Das hat darüber hinaus auch ganz unseriöse Verfahren begünstigt, mit denen anti-idealistische Positionen leichthin abgetan oder ganz übergangen werden. Häufig wurde um der Einfachheit der Widerlegung halber behauptet, sie fußten auf einer engen nur-ökonomischen, vulgärmaterialistischen Interpretation des Judenmords. Selbst ein scharfsinniger Analytiker wie Saul Friedländer macht keine Ausnahme. Die marxistische Auffassung versuche den Judenmord in den "Rahmen eines orthodoxen ideologischen Systems einzubauen", wird behauptet, um dann beweislos fortzufahren, dass innerhalb dieses Systems "die "Endlösung" nur das Ergebnis einer planmäßigen Politik der Schwerindustrie (gewesen) sein könne, die dabei enorme Gewinne machte".98 Erstens ist es keineswegs eine "marxistische Auffassung", sondern eine einfache Tatsachenfeststellung, dass auf dem Wege der "Vernichtung durch Arbeit" - einer Methode des Judenmords - Profite erzielt wurden, nicht nur in Auschwitz, sondern auch in Essen und vielen anderen Städten innerhalb und außerhalb des Reichsgebiets, Profite, die sich auch, aber nicht nur auf Konten von Krupp und anderen Konzernen der Schwerindustrie niederschlugen.

Zweitens wurde von marxistischen Historikern nie behauptet, dass der Judenmord um dieser Profite willen in Gang gesetzt und betrieben wurde. Wie gezeigt, hebt die materialistische Bestimmung seiner Antriebe und Ziele gerade nicht kurzschlüssig⁹⁹ auf

Götz Aly/Susanne Heim, Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung. Hamburg 1991. Zu Würdigung und Kritik s. Karl Heinz Roth, Europäische Neuordnung durch Völkermord. Bemerkungen zu Götz Alys und Susanne Heims Studie über die "Vordenker der Vernichtung". In: Vernichtungspolitik. Hg. von Wolfgang Schneider, Hamburg 1991, sowie die Rezension von Werner Röhr. In: Berliner Debatte, 6/1992, S. 108 ff.

So im einleitenden Referat der erwähnten Konferenz in Stuttgart 1984: "Vom Antisemitismus zur Judenvernichtung", in: Jaeckel/Rohwer, Judenmord, S. 24.

Die marxistische Strömung der Geschichtswissenschaft ist so wenig wie jede andere dagegen geschützt, dass ihre Forschungsresultate nicht nur vereinfacht, sondern verballhornt werden. Die Profite, die im Vernichtungsprozess entstanden, sind in der Geschichtsliteratur häufig angeführt worden, um den "Imperialismus" oder auch einzelne Konzerne anzuklagen. In eine seriöse Auseinandersetzung sollte freilich ein Minimum an

diesen oder jeden konkreten Vorteil des Augenblicks, nicht auf den Profit ab, der sich in der nächsten Jahresbilanz ausweist, sondern auf die Herstellung jener allgemeinen Herrschafts- und Verwertungsbedingungen, die dem Großgermanischen Reich, in dem nach einem Wort Hitlers nach dem Endsieg die "große Zeit der Privatindustrie" beginnen werde, Stabilität und Ewigkeitsdauer schaffen sollten. Die kritische Erörterung dieser Position durch Ian Kershaw erscheint als Ausnahmefall; er schrieb, dieser Sichtweise komme das Verdienst zu, "die Vernichtung der Juden als ein Element im Gesamtkontext des rücksichtslosen und entmenschlichenden Expansionsdrangs des NS-Staats festzumachen". Das charakterisiert den Kern der materialistischen Interpretation ebenso kurz wie treffend.

Es kann gefragt werden, ob der Massenmord an Juden, Zigeunern und Slawen eine notwendige Bedingung für jenes Europa unterm Hakenkreuz gewesen sei, das als Basis für eine weit über den Kontinent hinausgreifende Weltmacht gedacht war. Doch ist das eine außergeschichtliche Frage. Die Führer des deutschen Faschismus haben ihre Eroberung und deren Ziele auf ihre Weise projektiert. Sie entsprach und entsprang ihrer ideologischen Prädisposition und ihrer an Vorbildern orientierten imperialistischen Vorstellungswelt von einem Machtgebilde, das die untergegangenen Reiche aller Eroberer der Weltgeschichte an Ausdehnung, Glanz und Dauerhaftigkeit übertreffen würde.

Dass Kriegsziel und Kriegsverlauf nicht identisch waren, ist den Politikern an der Spitze des Regimes mehr oder weniger deutlich bewusst geworden. Die Tatsachen stießen sie selbst frühzeitig darauf. Das forderte Interessenabwägung im Kreis der Machthaber auf den höchsten wie häufig auch auf den niedersten Stufen. Sie erfolgte permanent und ging mit Konflikten einher, die zwischen den für unterschiedliche Aufgaben zuständigen Institutionen und Personen ausgetragen wurden, von denen alle für sich in Anspruch nahmen, den "Führerwillen" zu erfüllen und das Beste für den Endsieg zu tun oder auch zu lassen. An vielen Orten und auf vielen Plätzen war der sich entfaltenden Widerspruch zwischen der fortschreitenden Verwirklichung

Unterscheidungsvermögen zwischen derartigen Darstellungen und dem theoretischen Erklärungsmodell der Forscher eingebracht werden.

Noch oberflächlicher fällt Friedländers Auseinandersetzung, die jeden Bezug auf die materialistische Imperialismustheorie vermeidet, aus, wenn er den Marxisten nachsagt, sie würden den Judenmord als Instrument der Ablenkung von den "inneren Spannungen" im Regime interpretieren. Unter den Funktionen der judenfeindlichen Politik der Machthaber gibt es Konstanten und Variablen, und die Tatsache, dass die Judenverfolgung zeitweilig auch die Funktion des "Revolutionsersatzes" besaß – wie stark oder wie wenig dieser Ersatz von denen, auf die er berechnet war, angenommen wurde – hat keinen Marxisten dahin gebracht, "Auschwitz" als eine Methode des "deutschen Kapital(s)" anzusehen, die Massen von der "Tatsache abzulenken, [...] dass ein bedeutsamer sozialer Wandel nicht stattgefunden hatte". (Friedländer, a. a. O., S. 24/25).

Ian Kershaw, Der NS-Staat. Geschichtsinterpretationen und Kontroversen im Überblick. Reinbek bei Hamburg 1988, S. 177 (Originalausgabe "The Nazi Dictatorship. Problems and Perspectives of Interpretation, London 1985)

des Vernichtungsprogramms und militärischen Erfordernissen zu spüren, nirgendwo mehr als seit dem Ende 1941 in der Kriegswirtschaft. Doch er galt allen die längste Zeit hindurch als lösbar, ohne dass die Mordmannschaften und deren Maschinerie gestoppt werden mussten. Vielmehr wurde die Fähigkeit entwickelt, die praktischen Probleme wirklich zu bewältigen. 102 Schuftende Juden sind durch schuftende nichtjüdische zivile oder kriegsgefangene Arbeiter ersetzt worden. 103 Diese Möglichkeit galt zunächst als unerschöpflich. Und als sich dies als ein Irrtum erwies, das Reservoir nicht mehr ausreichte und schließlich versiegte, schafften die Machthaber – ihre ursprünglichen Pläne modifizierend – Juden sogar zurück ins schon für "judenfrei" erklärte Reichsgebiet, um sie für Kriegszwecke auszubeuten. Das geschah mit Hitlers Wissen und spricht auch gegen die konstruierte Prioritätenliste "Judenmord vor Kriegsaufwand". 1944, durch den Zugriff auf die Juden Ungarns, erschlossen sich die Machthaber ein Reservoir von Arbeitskräften. Sie selektierten unter den nach Auschwitz verschleppten Opfern diejenigen, die sie in Rüstungsbetriebe des Reiches transportieren ließen. So erhielt beispielsweise allein die Fa. Lorenz in Guben im Sommer 1944 300 jüdische Frauen "geliefert". 104

IX.

Mehrfach wurde gegen die Einordnung der Judenmords in den faschistischen Eroberungs- und Herrschaftsplan auch ein außerwissenschaftlicher Einwand vorgetragen. Es wird behauptet, diese Sicht nivelliere das Geschehene und schmälere das Andenken an die Opfer eines außergewöhnlichen Verbrechens. Doch ist schwer einzusehen, wie der Nachweis, dass der Judenmord seinen Platz im imperialistischen Herrschaftskalkül besaß, die Anklage der Verbrecher vermindern und die Kennzeichnung der Untat verkleinern könnte. Inwiefern wird die Trauer um einen einzigen Menschen auch nur gestört, der als Jude ermordet wurde, wenn nachgewiesen wird, dass seine Mörder ihn aus dem nämlichen Grundmotiv umbrachten, aus dem sie angeblich oder wirklich unheilbar kranke "Arier" und die Zigeuner, die Sinti und Roma, töteten und Millionen Slawen das Leben nahmen? Man mag Denkmäler, mit denen die Überlebenden und die Nachkommen der Toten gedenken, einzelnen

Es stellt jedenfalls eine Übertreibung dar, wenn Friedländer als "klare Tatsache" konstatiert, "dass die Vernichtung der europäischen Juden die deutsche Kriegsindustrie und die deutsche Kriegswirtschaft überhaupt einer bedeutenden Zahl von Arbeitskräften und besonders in den östlichen Gebieten der entscheidend wichtigen Facharbeiter beraubte". (Friedländer, a. a. O., S. 24)

Wo das nicht sogleich möglich war, entschlossen sich auch die skrupellosesten Judenmörder, jüdische Arbeitskräfte von der Deportation zeitweilig auszunehmen. So besprach Globocnik vor Beginn der Verschleppung der Lubliner Juden zur Ermordung in Belzec mit den Vertretern des Arbeitsamtes die Maßnahmen, die für notwendig gehalten wurden, um "die laufenden Arbeiten" nicht zu stören. S. Dieter Pohl, a. a. O., S. 110 f.

Martina Dietrich/Dietrich Eichholtz, Soziale Umbrüche in Brandenburg 1943-1945. In: Brigitte Berlekamp/ Werner Röhr (Hg.) Terror, Herrschaft und Alltag im Nationalsozialismus. Probleme einer Sozialgeschichte des deutschen Faschismus. Münster 1995, S. 146.

Gruppen der Opfer widmen. Darüber zu befinden ist übrigens in jeder Instanz die Sache dieser Überlebenden und der Nachfahren.

Am wenigsten die Geschichtswissenschaft hat da Vorschriften zu geben. Sie würde, wie gezeigt, zudem mehrstimmig reden. Doch umgekehrt gilt auch, dass die politischen Entscheidungen über die Gestaltung von Denkmälern und Gedenkstätten für den Befund der Geschichtswissenschaft folgenlos bleiben. Deren Arbeit ist im Hinblick auf die Erforschung von Faschismus und Judenmord wiederholt von Äußerungen äußerster Skepsis über das Erreichbare begleitet worden. Isaac Deutscher schrieb: "Ich bezweifle, daß man in tausend Jahren Hitler, Auschwitz, Majdanek und Treblinka besser verstehen wird, als wir es heute tun. Wird man dann eine bessere historische Perspektive besitzen? Es könnte sogar das Gegenteil der Fall sein, daß die Nachwelt all das noch viel weniger versteht als wir."¹⁰⁵ Selbstredend wusste Deutscher, dass die Behebung seiner Zweifel und die Antwort auf seine Frage nicht nur im "Reich des Geistes" gegeben werden müsste.

Isaac Deutscher, The Non-Jewish Jew and Other Essays, London 1968, S. 163. Hier zitiert in der Übersetzung bei Saul Friedländer, a. a. O., S. 18.

Der Holocaust und die westdeutschen Historiker. Vortrag in der Leibniz-Sozietät am 14. März 1996

Selten genug, dass ein Buch überwiegend mehr bietet, als sein Titel verspricht. Denn die Historiographie über den Massenmord an den europäischen Juden wird hier in ihren Zusammenhang mit der Geschichte des "Nationalsozialismus" gebracht. So lässt sich nachlesen, wie diese Jahre wiederum in den Gang der deutschen Geschichte eingeordnet oder auch aus ihr versuchsweise exportiert wurden. Die Beschränkung auf Arbeiten westdeutscher Historiker, deren Tätigkeit Berg in einem beständigen, über die Fachschaft hinausreichenden Konflikt zwischen der Angst vor einem "Zu wenig" und der Sorge vor dem "Zu viel" erblickt, war gewiss klug. Denn über die ostdeutsche Situation vermag der Autor lediglich abzuschreiben, dass "Forschen über jüdische Themen in der DDR nahezu unmöglich" gewesen wäre. Sonst befleißigt er sich eigener Urteile und es unterlaufen ihm an anderer Stelle auch Peinlichkeiten, nicht wie die, dass der Holocaust "ein jüdisches Thema" sei.

Durchmustert wird, basierend auf einer immensen Leseleistung und der Arbeit in Historikernachlässen, ein halbes Jahrhundert Forschung und Publizistik über Verfolgung und Ermordung der Juden, wobei der Schwerpunkt auf den beiden ersten Nachkriegsjahrzehnten liegt. Begriffe wie "Drama", "Katastrophe", "Tragödie", "Schicksal", "Abgrund", "Zufall", "Krankheit" und "Wahn", die damals Konjunktur hatten, charakterisierten die Weigerung, sich auf Kontinuitäten und Diskontinuitäten deutscher Entwicklung einzulassen und die Praxis, Fragen in die Bereiche von Morallehre, Anthropologie, Medizin und Psychopathologie abzuschieben. Hitler, der gar nicht "zu unserer Rasse" gehöre, und wenige andere hätten eine politische Mafia gebildet und die Deutschen "überwältigt", "überrumpelt", "unterworfen", gar in "Geiselhaft" genommen. Das Bild war den Nachkriegsdeutschen, wie Berg schreibt, angenehm. Es machte ihnen kein schlechtes Gewissen. Um die Großverbrechen des Regimes wurde ein mehr oder weniger weiter Bogen gemacht. Wer kritisch fragte, geriet diffamierend in die Kategorie der "Radikalinsky-Historie" (Friedrich Meinecke), gegen deren angebliche Verunglimpfungen sich die Zunft zur Wehr setzen müsse. Wenn in anderen Betrachtungen die Deutschen überhaupt ins Gesichtsfeld gerieten, trugen sie, aber als ahnungslos Gewesene, die Verantwortung für das "Unglück".

Erst gegen Ende der fünfziger Jahre und danach mit den aus Anlass des Frankfurter Auschwitzprozesses entstandenen juristischen Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte bahnte sich ein Wandel ein. An der Tätigkeit der Münchner Forschungseinrichtung wird aber kritisiert, dass in ihren Arbeiten Irrtum, Verführung und Gewalt eine überbetonte Rolle gespielt hätten, während die verinnerlichte Ideologie von Mil-

lionen gering bewertet oder vernachlässigt worden sei, so dass die Masse der Mitläufer auch mit dieser Interpretation gut hätte leben können. Indessen erscheint das Verdienst der Frontstellung gegen den "Hitlerismus" nicht ausgewogen gewürdigt.

Zu den hervorstechenden Passagen des Buches gehört die Darstellung der Arbeiten von Joseph Wulf und von Hannah Arendt, über deren öffentliche und interne Aufnahme durch die westdeutsche Zunft viel erhellend ausgeführt wird. Mit in den siebziger Jahren vorgelegten Publikationen wurden Fenster zur Wahrnehmung der Verbrechen an den Juden (Uwe Dietrich Adam, Hans Heinrich Wilhelm) und auch an den sowjetischen Kriegsgefangenen (Christian Streit) weit geöffnet. Dass deren Autoren trotz ihrer "großen Arbeiten" weder an Universitäten berufen wurden, noch ihr Geschichtsbild weit über die Zunft hinausdrang, erscheint Berg "erklärungsbedürftig". Doch unternimmt er in diese Richtung keinen Versuch. Freilich wäre er dann auf die Frage gekommen, welche Arbeiten heutzutage Karriere fördernd, welche hemmend wirken.

Berg spannt den Bogen bis zur Stuttgarter-Konferenz von 1984, deren Thema die Entscheidungsschritte zum Holocaust an der Staatsspitze bildeten und greift mit Ausblicken auch in die neunziger Jahre ("Goldhagen-Debatte"). Dort verliert sein Text an Dichte. Das Buch besitzt keinen Schluss. Dahin hätte eine Zwischenbilanz gehört, welche an den Holocaust zu richtende Fragen weitgehend beantwortet wurden, welche noch eingehender Untersuchung harren, welche bevorzugt, welche vernachlässigt wurden. Dies hat sich Berg wohl nicht mehr zugetraut.

Nicolas Berg, Der Holocaust und die westdeutschen Historiker. Erforschung und Erinnerung, Wallstein Verlag Göttingen 2003, 768 S., 46 Euro.

PS.

Bergs Buch, in dem der Eintritt Martin Broszats in die NSDAP nebenbei mitgeteilt wird, hat in der Presse eine Debatte darüber ausgelöst, ob der damals 17jährige, später langjähriger Direktor des Münchener Instituts für Zeitgeschichte, 1944 als ein vom Regime immer noch faszinierter Hitlerjunge nur einen Antrag auf Aufnahme in die NSDAP gestellt hatte oder ob er wirklich in deren Reihen aufgenommen worden sei. Darüber hat er 1946, als er sich in der sowjetischen Besatzungszone für ein Universitätsstudium in Leipzig bewarb, selbst keinerlei Auskunft gegeben. Norbert Frei wurde dadurch zu einem Aufsatz angeregt, der über die Bräuche bei Parteiaufnahmen bis in die Endphase des Regimes Auskunft gibt. Viel spricht dafür, dass der Versuch, die moralische Haltung Broszats herabzusetzen, nicht der Person, sondern seinen Büchern gilt, und das, in einer Zeit, wo von Fernsehsendung zu Fernsehsendung der "Hitlerismus" wieder auf dem Vormarsch ist und nachsichtig über Vergehen und Verbrechen ganz anderer Natur hinweggegangen oder geurteilt wird.

"Täter und Opfer lassen sich nicht verscheuchen" (György Konrád). In Berlin wurde eine Holocaust-Ausstellung eröffnet

Ein merkwürdiger Widerspruch: Während die Berliner Landespolitiker ankündigen, dass sie auch Ausgaben für wissenschaftliche und kulturelle Zwecke kürzen werden und damit bereits begonnen haben, folgt in der Stadt eine bedeutende und aufwändige Exposition der anderen. Kaum hat die "Wehrmachtausstellung" in ihrer zweiten Fassung ihre Tür geschlossen, präsentiert das Deutsche Historische Museum in Gemeinschaft mit weiteren Berlin-Brandenburgischen Museen und Gedenkstätten "Holocaust. Der Nationalsozialistische Völkermord und die Motive seiner Erinnerung".

Zuviel? Und Zuviel vom Gleichen oder Verwandten? So eine Frage auf der Pressekonferenz vor der Eröffnung. Die naheliegende Antwort: Es haben durch den Weg in die Auguststraße soeben Zehntausende Berliner und Berlinbesucher gleichsam mit den Beinen abgestimmt, ihr bleibendes Interesse an jener Geschichte bekundet, die mit Vorliebe und unbestimmt noch immer "die dunklen Jahre" genannt wird. Ob die Situation mit "insgesamt gute Zeichen für die kulturelle Verfassung der Gesellschaft" charakterisiert werden kann, so der Staatsminister Julian Nida-Rümelin bei der Eröffnung, das mag soziologische Recherche kritisch nachprüfen. Die Idee für das neue Unternehmen entsprang einem anderen Befund, den verbrecherischen Umtrieben rechtsextremer und nazifaschistischer Kräfte des Sommers und Herbstes 2000, worauf der (auch in Berlin) weithin vergessene Aufruf zum "Aufstand der Anständigen" und die denkwürdige Kundgebung des 9. November am Brandenburger Tor folgten. Von diesem Impuls sprach Hans Ottomeyer, Generaldirektor des DHM. Damit war gesagt, dass die Ausstellung nicht aus dem Gedanken an einen Jahrestag herrührte, sondern von ihrem Ursprung her politische Koordinaten besitzt.

Nichtsdestoweniger: Der Bezug zur nahezu auf den Tag genau 60 Jahre zurückliegenden Konferenz wird hergestellt, zu der sich am 20. Januar 1942 am Berliner Wannsee 15 Männer versammelten, höchstgestellte SS-Führer und Staatssekretäre mehrerer Ministerien. Sie berieten unter dem Vorsitz des Chefs des Reichssicherheitshauptamtes Reinhard Heydrich das weitere Vorgehen bei der Vernichtung der europäischen Juden. Das Verbrechen war bereits ins Werk gesetzt. Die zählebige, weil vereinfachende Version, sie hätten die Vernichtung beschlossen, scheint korrigiert. In einem Raum der Ausstellung begegnet der Besucher den Fotos der Teilnehmer des schwer vorstellbaren und sich jedem Vergleich verweigernden Ereignisses. Eine aussagearme Skizze hilft, sie dem Machtapparat zuzuordnen. Doch wer mehr wissen will, dem hilft der Gang zur Gedenkstätte der Wannseekonferenz weiter, die

wie die Stiftung Topographie des Terrors, das Deutsch-Russische Museum in Karlshorst und die Gedenkstätte Sachsenhausen mitgearbeitet haben.

Ihrer Anlage nach ist diese Ausstellung die größte geworden, die dem Thema "Holocaust" in Deutschland bisher gewidmet wurde. Sie will und wird ein eigenes Museum nicht ersetzen. Ihre Dauer ist auf knapp drei Monate bemessen. Das brachte den Vorzug, dass sich weit mehr als 100 Leihgeber fanden und 90 Prozent alles Ausgestellten, vom Kleidungsstück bis zum Buch, vom Dokument bis zum Filmplakat, Originale sind. Vor allem aber: Wiewohl es an Lesestoff nicht fehlt, wird der Besucher nicht mit Worten überhäuft. Wie viel er auf diese Weise aufnehmen will, entscheidet er auch durch die Benutzung von Hörgeräten, die mit unterschiedlich langen Texten (einer davon nimmt fünf Stunden in Anspruch) bestückt sind. Dass hierfür auch eine Sonderanfertigung für Kinder und Jugendliche ausgeliehen werden kann, dürfte – wie die strikt chronologische Anordnung, die mit der Reichsgründung 1871 einsetzt – zu den didaktischen Verdiensten der Museologen gezählt werden, den zu erhoffenden Dialogen mit den jüngsten Besuchern zugutekommen und Vorhaben von Schulen fördern.

Die Ausstellung verlangt drei Gedankenschritte. Der erste hat den Prozess der Assimilation der Juden in Kaiserreich und Weimarer Republik zum Gegenstand. Von ihm eine Vorstellung zu geben, erscheint am schwersten. Verfolgung, Vertreibung und Vernichtung der Juden bildet den zweiten und zentralen Schritt. Hier greift das Gezeigte und Beschriebene über das Geschehen im Reichsgebiet so weit hinaus, wie die Mörder das vermochten. Mit dem dritten erfolgt die Rückkehr in die Geschichte der beiden deutschen Staaten und in das letzte Jahrzehnt. Ob der Vorsatz, auch die nichtstaatlichen Motive der Erinnerung aufgerufen zu haben, eingelöst wird, dazu werden sich die Generationen wohl noch äußern, die an dieser Erinnerung beteiligt waren. Motivforschung besitzt, namentlich wenn sie sich auf Großgruppen und deren politisches und kulturelles Verhalten richtet, ihre besonderen Tücken. Das hat es, wie erinnerlich, auch so leicht gemacht, die Ostdeutschen als verordnete Antifaschisten zu etikettieren. Zudem: Selbst wenn Zeitzeugen noch befragt werden können, ist sicherer Boden nicht erreicht, denn nicht alle wollen ihre Antriebe preisgeben, andere vermögen sich der ihren nicht mehr zu entsinnen.

Hochinformativ dank der Mitwirkung der entsprechenden Einrichtungen sind die Darstellungen, die einen vergleichenden Blick auf den Umgang mit der Geschichte erlauben, wie ihn die Gedenkstätten in Auschwitz, von Yad Vashem und im Washingtoner Holocaust Memorial ermöglichen. Während sie nur eine sehr schwache Vorstellung von den jeweiligen und wechselnden politischen Landschaften vermitteln können,

haben die Gestalter der Ausstellung in dem Teil, der sich deutscher Nachkriegsgeschichte zuwendet, es an Deutlichkeit nicht fehlen lassen und sind ihrer Ursprungsidee treu geblieben, zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Nazismus beizusteuern. Sie verdeutlichen, in dem sie Äußerungen zu Filmen, in Bundestagsdebatten, in Besucherbüchern der Ausstellung "Wehrmachtsverbrechen" und auf Plakaten zu Ohr oder vor Auge bringen, dass es keine Gründe für Selbst- und Fremdberuhigung gibt. Während die politische Provokation der zweiten "Wehrmachtsausstellung", was vielerlei ungerechtfertigtes Lob fand, zurück genommen wurde, entlässt die Ausstellung im Kronprinzenpalais den Gast mit der Forderung, die György Konrád, einer der Eröffnungsredner, in sieben Worte fasste: "Wir alle haben eine Wahl zu treffen".

Für Kritik und vielleicht auch für Streit bleibt Raum genug. Steht das unsäglichschändliche Schreiben Walter Ulbrichts an Paul Merker nach dessen Entlassung aus unverdienter Haft für die Politik der SED auf dem in Rede stehenden Feld? Und lässt sich dies von den Ausschnitten aus einer späten Rede Konrad Adenauers im Hinblick auf die CDU und die von ihm geführte Regierungskoalition sagen? Warum fiel die Entscheidung, von der Rolle der deutschen Industrie zu berichten, auf die ziemlich, wenn auch nicht ganz tote IG Farben? Und: Wurden die Barrieren auf dem Wege zu den übertreibend "Entschädigung" genannten Zahlungen an die Minderheit der noch lebenden Zwangsarbeiter plastisch dargestellt? Eine Ausstellung ist keine Bibliothek, aber damit sind Fragen nicht erledigt. Zu den Vorzügen dieser gehört nicht an letzter Stelle, dass sie den Besucher nicht einem Informationsbombardement aussetzt.

Manch älterer Bürger, der im Osten Deutschlands groß wurde, mag jeden Hinweis auf früh gedruckte Texte vermissen, die ihm einst halfen, sich mit Rassismus und Antisemitismus auseinander zu setzen. Die Schriften von Stefan Heymann und Siebert Kahn mögen ihm ebenso der Erwähnung wert erscheinen wie die erste Ausgabe von Klemperers LTI. Doch wird er sich darob nicht wundern. Das DDR-Bild, das Enkeln in Schulen vermittelt wird, soll ins Wanken nicht gebracht werden. Folglich wird auch beim begleitenden auserlesenen Kino-Programm so getan, als sei kein im ostdeutschen Staat gedrehter Spielfilm in diesem Zusammenhang aufführungswürdig, und das ebenso ausgesuchte, von Reinhard Rürup konzipierte, interessante Vorträge und Diskussionen versprechende Beiprogramm lässt ebenfalls keinen Zweifel aufkommen, dass auf jede Stimme der Bürger aus Neubundesland verzichtet werden kann, weil dort einst unternommene Forschung zu Geschichte, Literatur und Kunst zum Thema Holocaust sich erledigt hat. Das wird in diesem Punkte inzwischen trainierten Neubürger hoffentlich nicht abschrecken, die Chance des Hinzulernens zu nutzen. Die Berliner haben sie wiederum bis zum 9. April 2002.

"... wie wir ihn uns nur wünschen können." Der Nazi-Film "Jud Süß" – eine Ausstellung in Stuttgart

In Europa war seit einem Jahr Krieg. Die deutsche Wehrmacht hatte sieben Nachbarstaaten Deutschland besetzt oder erobert. Doch schien das ein ganz anderer Krieg zu sein als jener, der ein Vierteljahrhundert zuvor begonnen hatte. Die Machthaber im Reich suchten den Eindruck zu erwecken, als liefe das Leben in vielem weiter wie in den trügerischen Friedensjahren zuvor. Das tat auch das verbündete Italien, das sich dem Eroberungszug angeschlossen hatte. Es veranstaltete in Venedig die seit 1932 stattfindenden Internationalen Filmfestspiele, die freilich kläglich ausfielen. In ihrem Rahmen wurde als ein deutscher Beitrag am 5. September 1940 der Film "Jud Süß" gezeigt. Die Meldung interessierte im Moment die Deutschen wenig. Ihre Blicke waren an die französische Kanalküste und nach Großbritannien gerichtet. Begonnen hatte die "Luftschlacht um England" und gefragt wurde ungeduldig: "Wann kommt denn die Invasion?" Mit der verband sich die Vorstellung vom Sieg über den letzten Gegner und das Ende des Krieges.

Die Hoffnung war bereits gedämpft, als am 24. September in Berlin im UFA-Palast am Zoo die Uraufführung des Films stattfand, zu der auch der Propagandaminister erschien. Im Tagebuch des Joseph Goebbels finden sich mehrfach Notizen zu seiner Entstehungsgeschichte. Selbst wenn man das ungestillte Bedürfnis des eitlen Naziführers in Rechnung stellt, sich auch auf dem Gebiet der Filmproduktion als der Allesbeweger darzustellen, so lässt sich daraus doch entnehmen, dass er an der Entstehung des Streifens vom Drehbuch bis zur Besetzung der Rollen einen besonderen Anteil genommen hatte. Schließlich nannte er, das zitiert unsere Überschrift, das Entstandene einen Film, "wie wir ihn uns nur wünschen können". Wir – das meinte die staatlichen Anführer und Antreiber immer neuer und infamerer antijüdischer Maßnahmen, denen deren Rechtfertigung im Gewande eines historischen Spielfilms gerade recht kam.

Wer in einer deutschen Stadt und namentlich wer in Berlin lebte, dem konnte nicht entgehen, dass die zusammengeschmolzene jüdische Minderheit, gebildet von jenen, die keinen Fluchtweg ins Ausland gefunden hatten und die nun gleichsam in der Kriegsfalle saßen, in den Zustand von Paupers gedrängt war und ihre Angehörigen in äußerster Ungewissheit über ihre nahe Zukunft lebten. Der Mieterschutz war ichnen entzogen und sie wurden in so genannte Judenhäuser zusammengedrängt, was ihre Isolierung von der nichtjüdischen Bevölkerung weiter verstärkte. Die Juden waren auf niedrigste Lebensmittelrationen gesetzt und ihre Einkaufsmöglichkeiten eingeengt. Aus Berufen und Tätigkeiten gewiesen, hatte sich aller Verdienstmöglichkeit

aufs äußerte verringert. Ihr Zugriff auf ihre Geldkonten wurde limitiert und kontrolliert. Immer mehr Juden lebten von Hilfsmaßnahmen der jüdischen Gemeinden, deren Möglichkeiten auch dahinschwanden. Was würde, was konnte ihnen noch angetan werden?

Sich in dieser Situation für die Herstellung eines Films zur Verfügung stellen, der Juden als das darstellte, was sie der nazistischen Rassenideologie zufolge sein sollten, bedeutete die Aktivisten der Judenverfolgung anzuspornen und zu helfen, unter der Masse der Zeitzeugen, die an ihr direkt nicht beteiligt waren, Zustimmung oder Gleichgültigkeit zu verbreiten und ihnen dafür das beruhigende Argument zu liefern: Das geschieht den Juden ganz recht. Eben das tat "Jud Süß", dessen Filmhandlung ein Ereignis und dessen Vorgeschichte aus dem 18. Jahrhundert zur entfernten Vorlage hatte. In Stuttgart war am 4. Februar 1738 der Joseph Süß Oppenheimer öffentlich hingerichtet worden, Finanzberater des ein Jahr zuvor plötzlich verstorbenen württembergischen Herzogs, eines Verschwenders von Graden, der seine Landeskinder für seine Art der Haushaltsführung hatte schinden und bluten lassen. Nicht gegen den Auftraggeber, sondern gegen sein Instrument richtete sich der Hass der Ausgeplünderten. Der Jude musste mit seinem Leben einstehen und büßen. Die Geschichte hatte Wilhelm Hauff in einer Novelle erzählt, die er 1827 schrieb und auf die Autoren des Drehbuches zurückgriffen.

"Jud Süß" gibt gegenwärtig das Sujet einer vom Haus der Geschichte Baden-Württemberg gezeigten Ausstellung, deren Bilder, Dokumente und Filmausschnitte eindrucksvoll bezeugen, wie mit den Mitteln der Schauspielkunst Judenfeindschaft erzeugt und die Ekel erregende Propaganda Julius Streichers, des Antisemiten Nr. 1 und Herausgebers der politisch-pornographischen Wochenzeitschrift "Der Stürmer", auf die Filmleinwand gleichsam "übersetzt" worden ist. ist. Die Filmhandlung des Jahres 1940 häufte auf die jüdischen Akteure alles an negativen Fähigkeiten und Eigenschaften auch nur irgend denkbare: Geldgier, Hinterlist, Betrügerei, Skrupellosigkeit, Machtgelüst. Juden waten durch Blut und gehen über Leichen. Das war die Kernaussage des Films, dargestellt in den kitschigen Szenen der Vergewaltigung eines christlich-arischen Mädchen aus dem Volke, die sich dem jüdischen Lüstling hingibt, um ihren schon erwählten Bräutigam von der Folter zu erlösen, und danach im Wasser den Tod sucht und findet.

Diese Geschichte setzten Fachleuten in bewegte Bilder, die ihr Metier und die freilich nicht sehr hohe Kunst beherrschten, die entsprechend vorverbildete Gefühlswelt des gemeinen Mannes und der gemeinen Frau aufzuwühlen und zu einer Entladung hinzulenken. Die geschah mehrfach schon in Kinosälen, in denen es während oder nach

der Vorführung zu Äußerungen und Kundgebungen gegen Juden kam. Während der ersten vier Wochen seiner Aufführung sahen mehr als 111.000 Berliner den Film, der mit der Vertreibung der Juden aus Stuttgart und dem Appell an die Nachkommenden endet, sie nie wieder ins Land zu lassen. Die Gesamtzahl der Besucher wurde auf 19 bis 20 Millionen geschätzt. Von dem Streifen wurden synchronisierte Fassungen hergestellt, die in besetzten Ländern in die Filmhäuser gelangten. Dem Reichsführer SS Heinrich Himmler erschien "Jud Süß" besonders geeignet als Schulungsmaterial und das hieß: als Aufputschmittel für die Angehörigen des Schwarzen Korps zu dienen, die den Vortrupp der Judenverfolgung bildeten.

Dieser Film verdankt ein Gutteil seiner Wirkung den Schauspielern, die vor der Kamera agierten. Und gewonnen worden waren dafür Darsteller von Namen und Rang, Männer vor allem, die auf Bühnen berühmter deutscher und österreichischer Schauspielhäuser gestanden hatten, allen voran Ferdinand Marian, mit dem die Rolle des Jud Süß besetzt wurde, und Werner Krauß, der auf eigenen Wunsch mehrere Juden, u. a. einen Rabbi, einen Sekretär und einen Schächter verkörperte. Aus dem Ensemble ragten Heinrich George als Herzog Karl Alexander von Württemberg, die Schwedin Kristina Söderbaum, Ehefrau des Regisseurs, als die geschändete Arierin, und deren Vater Eugen Klöpfer heraus. Regie führte Veit Harlan. Der Propagandazweck, zu dem sie sich hergaben, lässt fragen: Waren diese Akteure antisemitisch aufgeladene Nazis? Was eigentlich hielten sie von der Verantwortung eines Mimen? George jedenfalls hatte sich schon 1933 für den ersten Nazi-Film zur Verfügung gestellt, der heranwachsende Burschen für das Regime warb – "Hitlerjunge Quex" und der zu diesem Zweck vielen Jahrgängen vorgeführt wurde, die in die Nazi-Jugendorganisation eintraten. Schwer denkbar, dass er, der in dem Streifen den abstoßend-brutalen kommunistischen Vater seines zu Hitler strebenden Sohnes spielte, an den in den Konzentrationslagern gefangen gehaltenen Kommunisten vorbeigedacht haben soll. Nicht jeder, der in "Jud Süß" mitwirkte, war so früh schon gefallen. Doch ihren Anteil an der Fertigung von Propagandafilmen hatten auch andere vordem schon geleistet.

Die Kunde dessen, was in Deutschland Schauspieler zur Propagierung einer infamen, Menschen zerstörenden Politik leisteten, drang weit. Auch in das ferne Kalifornien, wohin Lion Feuchtwanger auf seinem Fluchtweg gelangt war. Der glaubte, dass dem Filmdrehbuch sein 1925 erschienener Roman "Jud Süß" zugrunde gelegt worden war und sah sich zum Protest herausgefordert. Er kündigte den Schauspielern in einem Brief an, sie würden für ihre Mitwirkung an diesem "wüst antisemitischen Film" eines Tages zur Verantwortung gezogen werden und dann "nicht die bescheidenste Ausrede haben". Wo der Wunsch der Vater des Gedankens ist, lauert

der Irrtum. Die Ausreden waren nämlich, als die Rechnung präsentiert wurde, zur Hand und die, wenn auch nicht sie allein, halfen zum glimpflichen Davonkommen. Das galt nur nicht für Heinrich George, der in einem sowjetischen Internierungslager 1946 nach einer Blinddarmoperation starb.

Regisseur Harlan, übrigens in erster Ehe mit einer jüdischen Sängerin verheiratet, die 1936 in die Niederlande geflohen war und 1943 in Auschwitz umgebracht wurde, sah sich in Hamburg zweimal vor Gericht gestellt. Ein Schwurgericht, dessen Vorsitzender in Nazizeiten Staatsanwalt an einem Sondergericht gewesen war, klagte ihn wegen "Verbrechen gegen die Menschlichkeit" an. Es stellte jedoch seine Unschuld ebenso fest wie das darauf in Aktion tretende Landgericht der Hansestadt, vor dem er sich wegen der "Beihilfe" zur Judenverfolgung zu verantworten hatte. Namhafte Kollegen waren als Entlastungszeugen aufgetreten. 1950 galt Harlan zwar juristisch als ein unbescholtener Mann, doch folgten in der Öffentlichkeit kurze Zeit noch Proteste und auch ein Boykottaufruf gegen sein erneutes Hervortreten als Regisseur. Ferdinand Marian wurde eine ähnliche Behandlung nicht zuteil. Nach einem ihm zunächst auferlegten Berufsverbot kam er 1946 bei einem Autounfall ums Leben.

Werner Krauß geriet nach drei Spruchkammerverfahren in die Kategorie der Minderbelasteten und stand 1948 wieder auf der Bühne des Burg-Theaters. Sein erster Auftritt in Deutschland während der Ruhrfestspiele in Recklinghausen war indessen von Protesten begleitet, die zum Abbruch zwangen. Aus Österreich in die Bundesrepublik gekommen, wurde er 1954 mit dem Bundesverdienstkreuz dekoriert. Im Jahr darauf erhielt er das Große Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich, usw. Der Kameramann und der Cutter des Filmes, zunächst in der sowjetisch besetzten Zone bei der DEFA beschäftigt, wandten sich in den fünfziger Jahren in die Bundesrepublik, wo sie in ihrem Fach weiterarbeiteten.

Die Autoren der Ausstellung entlassen die Besucher mit einem Eindruck von einer Diskussionsrunde aus den siebziger Jahren, in der von ihren einstigen Kollegen Entschuldigungs- und Erklärungsgründe für die Teilnahme ihrer Kollegen an der intellektuellen Untat hergesagt wurden. In der Tat konnte nicht ein selbstkritisches Zeugnis auch nur eines Mitwirkenden des "Jud Süß"-Film vorgewiesen werden. Unter Druck hätten sie sich an der Produktion des Filmes beteiligt, denn sie wären im Falle der Ablehnung des an sie gerichteten Ansinnens von Nachteilen bedroht gewesen, hätten ihren Status als in der Heimat Unabkömmliche verloren, was die Einziehung zur Wehrmacht zur Folge gehabt hätte. Wir sind es nicht – Hitler ist es gewesen, lauten die faulen Ausreden. In diesem Falle ersatzweise Goebbels. Über die Nachkriegskarrieren der Angehörigen dieses Ensembles und die manchem ihrer

Angehörigen in der westdeutschen Gesellschaft gewordenen Ehren und Auszeichnungen schweigt die Ausstellung ganz.

Die Sonderausstellung ist im Haus der Geschichte Baden-Württemberg, Stuttgart, Konrad-Adenauer-Str. 16, noch bis zum 3. August 2008 zu besichtigen.

"... ein Denkmal über den Massengräbern". Das "Schwarzbuch" über den Genozid an den sowjetischen Juden

Mit diesen Worten erklärten die Herausgeber in einem Geleitwort eines der Anliegen, die sie mit ihrem Buch verfolgten. Da hofften sie noch, die Dokumentation über den Massenmord an den Juden in den eroberten Gebieten der Sowjetunion den Zeitgenossen des Verbrechens vorlegen zu können. Die Hoffnung zerrann, als die zuständige Hauptabteilung des Zentralkomitees der KPdSU Ende des Jahres 1947 den Abbruch des Vorhabens durchsetzte. Nun liegt der rekonstruierte Urtext des "Schwarzbuches" erstmalig gedruckt vor – in der Sprache der Mörder. Markiert sind in dem Band auch die Forderungen der Zensoren, Textstellen zu streichen. Derart bildet das Buch zugleich ein aufschlussreiches Dokument zur Ideologiegeschichte der UdSSR, in der sich wiederum politische Interessen und deren Wandel niederschlugen.

Die Bereitschaft der Herausgeber um die beiden sowjetischen Schriftsteller, sich Eingriffen zu unterwerfen, wurde auf die letzte Probe nicht gestellt. Das Jüdische Antifaschistische Komitee (JAK) bekam aus der Druckerei die fertigen Teile zurück. Wie und wo sich Manuskriptteile, Druckfahnen, verschiedene Fassungen befinden, berichtet Ilja Altman. Der Dozent für Geschichte des "Holocaust" an der Jüdischen Hochschule in Moskau hat das Schicksal des "Schwarzbuches" anhand Moskauer Aktenbestände rekonstruiert. Seine Erkenntnisse wurden bereits in dem russischsprachigen, 1993 in Moskau und Jerusalem publizierte Werk "Das Unbekannte Schwarzbuch. Zeugnisse von Augenzeugen der Katastrophe der sowjetischen Juden 1941-1944" bekanntgemacht. Es enthielt – wiederum in Auswahl – im Archiv des JAK gefundene Quellen, die keine Aufnahme oder Berücksichtigung in das von Ehrenburg und Grossman geleitete Unternehmen gefunden hatten.

Demnach beginnt die Vorgeschichte des "Schwarzbuches" Ende 1942 mit einer in den USA geborenen Idee. Sie wurde den Vertretern des Moskauer Komitees bei deren Besuch im Sommer 1943 nahegebracht. 1944 bildete sich unter dem Vorsitz von Ehrenburg und Grossman beim JAK eine Literarische Kommission. Sie begann die Sammlung der Dokumente und wäre mit ihrem Vorhaben gegen Kriegsende weiter vorangekommen gewesen, hätte sich zwischen der Kommission und dem Komitee über die Gestaltung des Werkes nicht Streit entwickelt. Angesichts von Gegenstand und Vorsatz, dem die Publikation galt, erscheint er unverständlich und kann heute noch traurig stimmen. Ein stellvertretender Minister, zugleich Mitglied des JAK, hatte zu schlichten. Ehrenburg zog sich aus der Kommission zurück, deren Konzept er nicht mittragen konnte. Die Sache verlor er nicht aus dem Sinn.

Noch existierte auch das Interesse der maßgebenden politischen Kräfte an dem Vorhaben. Während der Nürnberger Prozess tagte und die sowjetische Anklagevertretung ein Exemplar des Manuskripts erhielt, konnte das JAK mit Genehmigung sowjetischer Behörden Anfang 1946 eine fortgeschrittene Fassung der Dokumentation in zwölf Länder versenden: nach Österreich, England, Bulgarien, Ungarn, Italien, Mexiko, Frankreich, Polen, Rumänien, den USA, in die Tschechoslowakei und nach Palästina. In den USA, wohin bereits während des Krieges an den Jüdischen Prozess Beweismaterial für den Massenmord übersandt worden war, diente sie mit aus anderen Quellen stammenden Zeugnissen zu einer eigenen Buchausgabe. Auch in Rumänien, dessen Antonescu-Regime und Armee im Krieg gegen die Sowjetunion Judenmassaker verübt hatten, wurden die Materialien für eine Publikation verwandt. (Deren nicht erhellte Geschichte könnte Gegenstand besonderer Forschungen noch sein.) An dritter Stelle fanden die Dokumente erst 1980 wieder publizistische Verwendung. Sie wurden in Israel zunächst für eine russisch-sprachige Ausgabe benutzt. Darin waren die Abschnitte über Litauen ausgespart. Im Jahr darauf folgte eine sich darauf gründende Ausgabe in New York. 1984 bzw. 1991 erschien das Buch in Israel auch in jiddischer und hebräischer Sprache.

Vom Inhalt dieses "Schwarzbuches" kann hier nicht allein aus Platzgründen nicht berichtet werden. Von welchem Menschenschicksal sollte auf diesen Zeilen die Rede sein, die Name welcher Ermordeten genannt, der Untergang welcher jüdischen Gemeinde hervorgehoben werden? Wer wissen will, was die Deutschen in den Reihen der Wehrmacht, der Sicherheits- und anderer Polizeieinheiten taten, um die jüdische Bevölkerung im eroberten Gebiet ohne Rest auszurotten, findet auf den nahezu 1000 Druckseiten des Bandes Antworten. Sie entstammen den Zeugnissen von Überlebenden, den letzten niedergeschriebenen Worten von Umgebrachten, den Aussagen von Tätern. Was die 40 Mitarbeiter des Bandes, von denen zwei 1952 während des Prozesses gegen das JAK und seine führenden Mitglieder zum Tode verurteilt und erschossen wurden, vorlegten, sei eine "Enzyklopädie des Grauens". Schade nur, dass die seinerzeitigen Kenntnisse über die Untaten nicht direkter, als es der von Yitzhak Arad gegebene Überblick tun kann, mit dem heutigen Erkenntnisstand konfrontiert und zugleich dessen Lücken benannt worden sind.

Wassili Grossman, Ilja Ehrenburg (Hrsg.): Das Schwarzbuch. Der Genozid an den sowjetischen Juden. Hrsg. der deutschen Ausgabe Arno Lustiger. Deutsch von Ruth und Heinz Deutschland. Rowohlt Verlag, Reinbek 1991. 1150 S., 88 DM.

Völkermord statt Holocaust. Jude und Judenbild im Literaturunterricht der DDR

Dass das Erscheinen des hier zu empfehlenden Buches mit der Eröffnung der Ausstellung zeitlich zusammenfiel, die den DDR-Staat als antisemitisch diffamiert, war ein Zufall. Verursacht war der auch dadurch, dass sein in Brandenburg lebender Autor für sein Manuskript nicht auf Anhieb einen Verlag finden konnte. Kein Zufall hingegen war, dass sein den Urhebern der Ausstellung gemachtes Angebot, sich mit ihnen gemeinsam öffentlicher Diskussion zu stellen, unangenommen blieb. Denn die Ausstellung, die inzwischen in den neuen Bundesländern auf Wanderschaft geschickt wurde, profitiert wie die gesamte Antisemitismus-Anklage gegen den ostdeutschen Staat von einem Interesse, das keineswegs Wahrheitssuche antreibt, und von massenhafter Unkenntnis. Das Interesse, das den Initiatoren der Schau Geld und andere Unterstützung verschaffte, bleibt wohl noch auf Dauer ungestillt, denn der "Nachweis" des Antisemitismus, der ärgste Vorwurf, der sich in Deutschland gegen Personen, Organisationen oder Institutionen erheben lässt, bildet gleichsam den Schlussstein im kunstvoll-demagogischen Nachbau einer DDR, die es nicht gegeben hat. Und Unkenntnis darf vorausgesetzt werden. In den alten Bundesländern ohnehin. In den neuen wächst die Zahl derer unausgesetzt, die auf fremde Urteile über den untergegangenen Staat angewiesen sind.

Die es anders und besser wissen, winken ab und schweigen weithin. Sie sind es zumeist überdrüssig geworden, alledem, was ihnen doch nur als üble Nachrede auch über sich selbst vorkommen kann, noch zu widersprechen. Zudem haben sie die Erfahrung gemacht, dass das Bestehen auf für jedermann nachprüfbaren Tatsachen Beschimpfungen wie Nostalgiker, Betonkopf oder Stalinist nach sich zieht. Auch mögen sie hoffen, die Korrektur des üblen Propagandabildes werde schließlich ähnlich leise erfolgen, wie im Falle des einstigen über die Kindergärten in Ostdeutschland, wonach die Kleinen, wenn sie nicht gemeinsam auf Töpfe befohlen wurden und sich langweilten, NVA-Soldaten und allerlei Fahnen malen mussten. Die Hoffnung könnte sich als verfehlt erweisen. Der gebastelte DDR-Antisemitismus ist zu kostbar, als dass sich die Sache so erledigen würde.

Matthias Krauß nun hat, ohne die Absicht eine Gegenschrift zu verfassen, die Autoren der Ausstellung der totalen Ignoranz gegenüber der Tatsache überführt, dass über Jahrzehnte in den Schulen von Rügen bis in das Erzgebirge in den allgemeinbildenden Schulen Literatur über Juden, Judenfeindschaft und Judenmord obligatorischer Gegenstand des Deutschunterrichts war. Dass darüber viel falsch Zeugnis abgelegt worden ist, erwähnt er einleitend, fußend auch auf eher beiläufigen Befra-

gungen, die er bei ihm bekannten Absolventen dieser Schulen gemacht hat. Ob die einen sich nicht erinnern können, weil sie – was bei der Dichte der Behandlung des Gegenstandes schwer denkbar ist – in Schulzimmern vor sich hingedöst haben, andere sich auf die Texte der Lessing, Lion Feuchtwanger, Heinrich Heine, Anna Seghers, Bruno Apitz, Otto Gotsche, Friedrich Wolf, Johannes R. Becher, Arnold Zweig, Willy Bredel, Rolf Hochhuth, Egon Erwin Kisch, Jurek Becker, Sarah Kirsch, Johannes Bobrowski, Louis Fürnberg, F. C. Weiskopf, Stephan Hermlin aus anderem Grunde so wenig besinnen können wie auch an den Satz des Thales oder des Pythagoras sei dahingestellt. Krauß inspiziert diese Texte, ordnet sie Klassenstufen zu, prüft, welche Anregungen die Literatur für die Lehrer zu deren Behandlung gab und greift auf Forderungen der verbindlichen Lehrpläne zurück. Diese Vorgehensweise verbindet sich mit dem Vorzug, dass er nicht nur Erlebnisse und Eindrücke seiner eigenen Schulzeit besitzt, sondern dass er auch ein aufmerksamer Schüler war, der sich im Literaturunterricht umfängliche Aufzeichnungen machte, die er bewahrt hat und nun illustrierend und bestätigend ebenso heranziehen konnte, wie er auf Interpretationen seiner Lehrer verweisen kann, darunter solche, die von Texten vordergründige, politisch gewollte Anwendungen herleiteten (vulgo: sie instrumentalisierten).

Krauß verdienstvolles Buch wurde bei seiner ersten Vorstellung, die fand im Potsdamer Studentenclub statt, von Erardo Rautenberg, dem Generalstaatsanwalt in Brandenburg, empfohlen, der dabei ausdrücklich der Titelwahl zustimmte. Mit der Bevorzugung des Begriffs Völkermord und der Ablehnung des unangemessenen Begriffs Holocaust stehe es, wurde gesagt, auf diesem Feld 1:0 für die DDR. Nun wäre, im Sinne jener vielzitierten Forderung, wonach die Deutschen sich ihre Geschichten erzählen sollen, zu wünschen, dass ein Autor anderer Herkunft, Absolvent einer bundesrepublikanischen Schule, seine Erfahrungen und Recherchen zusteuerte. Ganz so könnte die Forderung aber auch wieder nicht gemeint gewesen sein.

Matthias Krauß, Völkermord statt Holocaust. Jude und Judenbild im Literaturunterricht der DDR, Anderbeck Verlag 2007, 203 S. 14,80 Euro.

Legenden und Fakten. Über die Anfänge der Darstellung und Erforschung des "Holocaust" in der DDR

Unter den Themen, mit denen sich nach 1990 Politiker, Publizisten und – seltener – Historiker befasst haben, wenn von der DDR-Geschichtswissenschaft die Rede war, besetzten Antisemitismus, Judenverfolgung und Judenmord in der deutschen Geschichte, namentlich in den Jahren zwischen 1933 und 1945, einen besonderen Platz. Vielfach äußerte sich darin ein doppeltes Gleichstellungsbemühen. Es richtete sich erstens darauf, in diesem Punkte die Wege der beiden deutschen Staaten nach 1945 zu parallelisieren. Das bedeutete, der Vergangenheit des ostdeutschen Staates einige Besonderheiten zu nehmen und ihr gleichzeitig Eigenheiten anzudichten, die sie nicht besessen hatte. *Zweitens* – und ganz anders gerichtet – war es dazu bestimmt, die These von der "zweiten deutschen Diktatur", die der ersten faschistischen direkt gefolgt sei, zu stützen. Mit dem für die DDR behaupteten Antisemitismus von Staats wegen sollte diesem wenig kunstvollen Gedankengebäude gleichsam den Schlussstein eingefügt werden – von der braunen zur roten Judenfeindschaft. Das – auch doppelte – politische Interesse, das diesen Zerrblick in die DDR-Geschichte erzeugte und das zutage liegt, ist hier kein Wort zu verlieren.

Die Frage lautet, wie es in dieser Hinsicht um uns wirklich stand. Früh entbrannte darüber in den Spalten der Zeitschrift *Konkret* eine Debatte, die durch einen Artikel Olaf Groehlers ausgelöst wurde und an der sich mit Repliken Jürgen Kuczynski, Kurt Gossweiler und auch ich beteiligten.¹ Groehler wird in diesem Punkte von mehreren Autoren als eine Art Kronzeuge zitiert. Der Frühverstorbene kann sich gegen diese Inanspruchnahme nicht wehren. Später und eingehender haben sich Angelika Timm² und Mario Keßler³ aus verschiedenen Gesichtswinkeln geäußert. Ich tat das in einer britischen Fachzeitschrift⁴ und – das erlaubt mir hier eine starke Verkürzung – umfangreicher in einem Abschnitt eines eben erschienenen Buches.⁵

T

Vorweg und um die allgemeinste politische Bedingung für das Wirken von Geschichtswissenschaftlern im Hinblick auf die hier interessierende Frage zu benennen:

¹ Konkret, 5, 8, 11/1992 und 3/1993 (Hamburg).

Angelika Timm, Hammer, Zirkel, Davidstern. Das gestörte Verhältnis der DDR zu Zionismus und Staat Israel, Bonn 1997.

Mario Keßler, Die SED und die Juden – zwischen Repression und Toleranz. Politische Entwicklungen bis 1967, Berlin 1995 (= Zeithistorische Studien Bd. 6. Hg. vom Forschungsschwerpunkt Zeithistorische Studien Potsdam)

Kurt Pätzold, Persecution and the Holocaust. A Provisional Review of GDR Historiographie. In: Leo-Baeck-Institute Year Book XL, 1995, S. 291-312.

Kurt Pätzold, Ihr waret die besten Soldaten. Ursprung und Geschichte einer Legende, Leipzig 2000. Darin das 16. Kapitel: Antisemitismus und Judenmord im ostdeutschen Faschismusbild, S. 159-168.

In puncto Kampf gegen den Antisemitismus haben die sozialistischen Staaten nichts weniger als eine weiße Weste. Die Positionen, die sich in Lenins berühmter Rede gegen die Schande der Judenpogrome ausdrückte und sich auch in der Presse der KPD aus den zwanziger Jahren, beispielsweise in einem Bildbericht der Arbeiter-Illustrierten finden lässt, der vom neuen Leben von Juden in einer von ihnen betriebenen ukrainischen Kolchose Kunde gab, wurden nicht gefestigt. Stalin und eine seiner letzten Verfolgungskampagnen gegen jüdische Ärzte, zu Beginn der fünfziger Jahre der Slánský-Prozeß in der Tschechoslowakei, die erneute Verfolgung im volksdemokratischen Polen, die Ende der sechziger Jahre den Rest der dort lebenden, den Faschisten entkommenen Juden durch eine Vertreibungswelle noch einmal dezimierte, bezeichnen fortdauernde Erscheinungen von Judenfeindschaft, das Vorhandensein und die Propagierung von antijüdischen Wahn und seine Verwendung für Herrschaftszwecke. Die Stellungnahme der SED-Führung zum Prozess gegen den Generalsekretär der tschechoslowakischen Partei ist vielfach in Erinnerung gerufen worden.6 Der Vorwurf antijüdischer Haltung ließ sich auch im Zusammenhang mit den Verfolgungen erheben, denen Paul Merker und weitere Funktionäre der SED ausgesetzt waren.⁷

Für uns, die Historiker, verbindet sich damit die belastende Erinnerung, dass wir in keiner späteren Phase diese geschichtlichen Tatsachen kritisch thematisiert und gefragt haben, warum diese den Idealen und Programmen von Sozialisten krass entgegenstehenden Erscheinungen möglich wurden, wovon die zeugten und ob wir uns gegen deren Wiederkehr versichert, sie endgültig hinter uns gelassen hatten. Zudem: Das Fort- bzw. Wiederaufleben von Antisemitismus und Judenfeindschaft in Staaten, in denen das Privateigentum an der Masse der Produktionsmittel nicht mehr existierte und die Ausbeutung der Menschen durch ihresgleichen aufgehoben war, stellte eine harte Herausforderung an unser Verständnis der Dialektik von Basis und Überbau dar und war mit dem partiell berechtigten Hinweis auf Muttermale der alten Gesellschaft nicht zu erledigen. Aufgeworfen waren Fragen nach den Möglichkeiten und den Grenzen der Aufklärung. Nun stellen sie sich nach dem Zusammenbruch des Systems sozialistischer Staaten verschärft. Denn mit dem Kapitalismus sind Antisemitismus und Judenfeindschaft in ungeglaubter Quantität und Qualität in Regionen zurückgekehrt, in denen sie marginalisiert worden waren.

Die seit rund einem Jahrzehnt vorgebrachte Kritik behauptet, es habe in der DDR an der Staatsspitze einen versteckten und in der Bevölkerung einen latenten Antisemitismus gegeben. Im ostdeutschen Staat hätten sich die Ideologen den politischen

Wortlaut neuerdings bei Mario Keßler, a. a. O., S. 153 ff.

⁷ S. die Dokumente 3-6. Ebd. S. 156 f.

Vorgaben auch in diesem Punkte angepasst oder einfach Winken der Obrigkeit gehorcht. Zumindest habe auch in ihren Reihen ein antijüdischer Vorbehalt existiert, und der eben hätte sich in der Art und Weise ausgedrückt, wie Historiker und Lehrer an den Schulen, letztere entlang der Schulbücher, den Gegenstand behandelt oder eben nicht behandelt oder ihn bis zur Nichtwahrnehmbarkeit an den Rand ihres politisch-pädagogischen Interesses gerückt hätten. Jüngst konnte ein Mitarbeiter des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit dergleichen via sozialistische Tageszeitung erneut verbreiten, freilich auf den Widerspruch ihrer Leser stoßend.

Dass ich über das Thema Geschichtswissenschaft in der DDR und die Auseinandersetzung mit Antisemitismus und Judenfeindschaft hier einige durch die vorgeschrittene Zeit verkürzte Bemerkungen mache, hat mit eigenen Forschungen und Publikationen zu tun, geschieht aber nicht um deren Verteidigung willen. Walter Schmidt gab 1998 in einem inzwischen gedruckten Vortrag, den er vor dem Verein "Porta Pacis" in Berlin hielt, einen Überblick über einschlägige DDR-Forschungen und stellte sie einem öffentlichen Publikum zur Diskussion, das sich als gesamtdeutsch bezeichnen lässt. Auch dort ging es nicht um Rechtfertigungsgründe. Die DDR hat, wie Schmidts Rede überzeugend verdeutlichte und der Direktor des Centrum Judaicum Hermann Simon in einem Beitrag hervorhob, in diesem Punkte eine Erbschaft hinterlassen, die besichtigt und auf ihre Verwendbarkeit hindurchgesehen werden sollte. Das scheint in einem Augenblick besonders geboten, da der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinden in Deutschland Paul Spiegel die Frage "wahrscheinlich berechtigt" nannte, "ob es richtig war und ist, jüdische Gemeinden in Deutschland wieder aufzubauen."

Ich werde nicht so weit greifen wie dieser Vortrag, sondern mich ganz auf die Anfänge konzentrieren. Das geschieht auch deshalb, weil sich für die frühen (namentlich für das Ende der vierziger und die fünfziger) Jahre eine Vorstellung festzusetzen scheint, die in das Reich der Legenden gehört. Zuvor aber sei festgestellt: Das Hauptverdienst an der Auseinandersetzung mit Antisemitismus und Judenfeindschaft gebührt in früher DDR-Zeit und, wie es mir vorkommt, für die gesamte Dauer der Existenz des ostdeutschen Staates Theater- und Filmregisseuren, Schauspielern, Schriftstellern, darunter Lyrikern, Novellisten, Romanciers und auch bildenden Künstlern. Es entstanden Werke von internationalem Rang und aktuellem Wert. Aber: wie stand es mit der Geschichtspublizistik? Gab es so bald nach Kriegsende wirklich so etwas wie die "antisemitische Jahre" der DDR? Verbreitete sich Judenfeindschaft als wellenschlagartige Folge des Slánský-Prozesses? Verstärkte sie sich als Folge der Parteinahme für

Hier zitiert nach: Neues Deutschland, 4. Oktober 2000.

die Befreiungsbewegungen der Araber, die sich wiederum mit dem Streben nach der Durchbrechung der Hallstein-Doktrin und internationaler Anerkennung der DDR verband? Konservierte oder erzeugte die vielfach undifferenzierte Kritik an der antiarabischen Politik israelischer Führer nicht wiederum Antisemitismus?

Wer ein redliches Urteil gewinnen will, hat zweierlei zu tun. Er muss sich – dies erstens – darum bemühen, die Aufmerksamkeit, die Judenverfolgung und Judenmord in der DDR in Politik und Wissenschaft fanden, in den internationalen Vergleich zu setzen. Heute werden auch die Richter von Nürnberg, die so viel zur Bloßlegung des Verbrechens und der Ermittlung jener getan haben, die es in Szene setzten, kritisiert, weil sie während ihrer Verhandlungen 1945/1946 und dann in ihren Schlussreden und Urteilsbegründungen das inzwischen Holocaust genannte Verbrechen angeblich nicht richtig platziert hätten. Von ihnen wird in einer ahistorischen Weise gleichsam verlangt, sie hätten damals schon Thesen wie die vom Zivilisationsbruch oder von der Einzigartigkeit und Unvergleichbarkeit des Massenmordes an den europäischen Juden verfechten sollen, die – dies nebenbei – unter den "Holocaust"-Forschern keineswegs unumstritten sind. Noch anderthalb Jahrzehnte nach dem Auftakt-Prozess in Nürnberg, so erfahren wir aus seinen Erinnerungen, mußte Raul Hilberg einen langen und lange vergeblichen Kampf darum führen, seine Dissertation, die später weltberühmt wurde, gedruckt zu erhalten. In Israel gelang das nicht, und anfänglich auch nicht an Universitäten der USA.

Vor allem – dies zweitens – sprechen Tatsachen gegen die These, dass in Ostdeutschland und nach 1949 in der Frühphase der DDR die Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus – wie sie durch den Film "Ehe im Schatten" erinnerlich sind und sich in den Schriften Siegbert Kahns und Stefan Heymanns äußerten – erlahmt oder zeitweilig eingestellt worden wäre. Diese Interpretation findet sich auch in Mario Keßlers lesenswerter Monographie. Er beschrieb als Folge der "Angelegenheit Merker-Field" (die Wortwendung setzt er in Anführungszeichen) das Entstehen einer Atmosphäre, von der er sagt, sie habe "auch unter der Historikerzunft für eine Tabuisierung der heiklen "jüdischen" Problematik gesorgt." Und weiter: "Die prominenten Fachvertreter jüdischer Herkunft vermieden öffentliche Äußerungen dieser Art". In dem Zusammenhang nennt er Jürgen Kuczynski, Leo Stern, Hans Mottek, Stefan Doernberg und Arnold Reisberg. Gehen wir von der "Atmosphäre" zu den Quellen.

II.

In den fünfziger Jahren fand unter Historikern der DDR eine Diskussion über ein Konzept statt, das einer Gesamtdarstellung der deutschen Geschichte zugrunde ge-

⁹ Mario Keßler, a. a. O., S. 107.

legt werden sollte. Sie lässt sich, wenn auch nicht vollständig, in den frühen Jahrgängen der Zeitschrift für Geschichtswissenschaft verfolgen. Eines ihrer Themen war die Frage, welchen Platz die Geschichte der Judenverfolgung darin zu beanspruchen habe. Besonders lebhaft war das Echo auf den von Albert Schreiner verfassten Aufriss für den Band, der die Jahre von 1918 bis 1945 umfassen sollte. ¹⁰ Zuschriften forderten Klartext über den geistigen und mentalen Zustand der Deutschen und die von ihnen begangenen Verbrechen. Es müsse gesagt werden, dass es den Machthabern gelungen sei, "sehr große Teile des deutschen Volkes mit der faschistischen Ideologie zu verseuchen."¹¹ Eine andere Äußerung verwies darauf, "dass sich mit den ersten Siegen, besonders gegenüber Frankreich, eine den Krieg bejahende Räuberideologie breit machte."¹² Erwähnenswert sei, regte eine Ausarbeitung an, dass die in KZ verschleppten Kommunisten "Juden vor den faschistischen Banditen schützten und ihnen halfen, soweit das in ihren Kräften stand".¹³

Schreiner hatte in seiner Disposition die Verfolgung und Ermordung der Juden in mehreren Zusammenhängen erwähnt.¹⁴ Nun mußte er in seiner Antwort auf den Einwand¹⁵ eingehen, dass, würden seine Vorschläge befolgt, sich ein Missverhältnis zwischen der Darstellung der Judenverfolgung und des Kampfes der Widerständler ergeben werde. So viel Raum er den Verdiensten der Nazigegner zu geben wünschte, wies Schreiner dies doch bestimmt zurück: "Aber wir dürfen auch nicht vergessen, dass das deutsche Volk zu seinem eigenen Schaden der antisemitischen Vergiftung in einer Weise verfallen war, die ihm die Hemmungen nahm, der Nazibarbarei anderen Völkern gegenüber Widerstand entgegen zu setzen. Aus sachlichen und moralischen Gründen halte ich es für gerechtfertigt, der Judenverfolgung in Deutschland

Albert Schreiner, Disposition des Hochschullehrbuches der Geschichte des deutschen Volkes (1918-1945). In: ZfG, II, 1954, H. 5, S. 702 ff.

So die Formulierung von Walter Schmidt/Wilhelm Wehling, ZfG, 1955, H. 2, S. 264.

In der von Schreiner in seiner Antwort zitierten Stellungnahme aus dem Marx-Engels-Lenin-Stalin-Institut beim Zentralkomitee der SED. ZfG, 1955, H. 3, S. 428. Vom Platz der Debatte in der Historiographie der DDR zeugte auch, dass sich am 23. und 24. Juni 1955 etwa 60 Historiker die Disposition, die eingesandten Zuschriften und die Antwort Schreiners erörterten. Sie diskutierten vor allem Fragen der Novemberrevolution, der Frühgeschichte der KPD und deren Verdienste und Fehler in den Jahren der Weimarer Republik und im Kampf gegen den Faschismus. S. den Bericht Fritz Kleins, in dem wiederum auf die Bedeutung der Erforschung der Tatsachen verwiesen wurde, in: ZfG, 1955, H. 5., S. 750. Zu den Teilnehmern gehörte auch der an der Berliner Humboldt-Universität lehrende sowjetische Gastprofessor W. G. Brjunin, dessen schriftliche Äußerung in: ZfG, 1955, H. 2, S. 251.

Karl Fugger (Direktor der Gewerkschaftshochschule Bernau bei Berlin), Ebd., S. 274.

In der Disposition waren für die Behandlung von Themen und Ereignissen nur stichwortartig Angaben gemacht. Sie lauteten für die Jahre vor 1941 "Barbarische Unterdrückungs- und Ausrottungsmethoden gegen die jüdische Bevölkerung", für die 1941 einsetzende Phase "Die Ausrottung und Vernichtung der jüdischen Bevölkerung wurde in größtem Maßstab durchgeführt" und schließlich "Die Verbrechen der SS-Sonderkommandos. Der grausame Massenmord an den Juden." ZfG, II, 1954, H. 5. S. 749, 751, 755.

Die vielen Zuschriften zu Schreiners Vorschlag wurden umfänglich, aber nur zu einem Teil gedruckt, so dass sich die Argumentation nicht im Detail verfolgen ließ. Es äußerten sich sowohl einzelne Personen wie ganze Gruppen kritischer Leser. ZfG, 1955, H. 2.

den ihr gebührenden Platz einzuräumen."¹⁶ Hier war zwar nur vom ausgebliebenen Widerstand, nicht von Teilnahme die Rede. Doch fand sich bereits der wichtige Gedanke, dass es zwischen der Ideologie und Praxis des Antisemitismus im Vorkrieg und den Verbrechen während des Krieges einen Zusammenhang gab und die Masse der Deutschen geistig und mental schon so etwas wie eine Vorschule der Barbarei durchlaufen hatte, als der 1. September 1939 erreicht war.

Schreiners Forderungen drückten sich im kurz darauf erschienenen Überblick zur Geschichte der Jahre von 1933 bis 1945, einer Pionierarbeit von Walter Bartel, nur zu einem Teil aus. In dem schmalen Band wurden Judenboykott und Judenverfolgungen im Vorkrieg erwähnt und auf deren Funktionen eingegangen. Sie hätten eine Mobilisierung der Asozialen dargestellt, der Ablenkung der Volksmassen gedient, auf den Raub des Eigentums anderer vorbereitet und die Bereicherung durch "Arisierung" ermöglicht. Als deren Nutznießer wurden Konzerne (Dresdner Bank, Siemens, AEG, Mannesmann, Friedrich Flick¹⁷) aufgezählt, weitere Profiteure aus den unteren Schichten der Bevölkerung blieben ungenannt. Der Pogrom des November 1938 war erwähnt, nicht aber die Verschleppung jüdischer Männer in Konzentrationslager, eine Auslassung, die deshalb verwundert, weil Bartel, der als Emigrant in der Tschechoslowakei beim Einmarsch der deutschen Wehrmacht nicht mehr hatte entkommen können, zu den Häftlingen des KZ Buchenwald gehörte, in das Tausende Juden nach der "Reichskristallnacht" verschleppt worden waren. 18 Unter den Widerstandsgruppen führte der Autor die "rein jüdische Gruppe Baum" auf, von der es in einer Übertreibung der Tat hieß, sie habe die im Berliner Lustgarten gezeigte Ausstellung "Sowjetparadies" niedergebrannt.¹⁹ Wo von Verbrechen während der Kriegshandlungen und der Okkupation gehandelt wurde, war die Erschießung der Juden unter den sowjetischen Kriegsgefangenen erwähnt. Doch die Systematik der Ausrottung der Juden aus den besetzten Gebieten Europas, den Staaten der Verbündeten und dem "Großdeutschen Reich" und ihr totales Ziel machte das Buch nicht erkennbar.

Wer die Pionierarbeit Walter Bartels in ihrer Zeit beurteilen wollte, der könnte sie mit einer Darstellung aus der Feder von Hermann Mau konfrontieren, die in der Bundesrepublik erschien. Sie bot mehr Einzelheiten als die Bartels, ließ aber im Zeichen der Wiederverwendung deutscher Generale und Offiziere beim Aufbau der Bundeswehr die mörderischen Ereignisse als das Diktat eines Einzelnen erscheinen,

¹⁶ ZfG, 1955, H. 3, S. 423.

Walter Bartel, Deutschland 1933-1945, S. 185.

¹⁸ Ebd., S. 112 u. 158 f.

¹⁹ Ebd., S. 239.

der den "Mordauftrag" vor der Wehrmacht verheimlicht habe. Als deren Befehlshaber dessen Inszenierung erkennen konnten, seien sie durch "andere Sorgen belastet" und "von der Ungnade des Diktators bedroht" gewesen. So hätten sie sich von den Geschehnissen abgewandt, die eine immer größere "Entfremdung gegenüber der Staatsführung" bewirkt haben sollen.²⁰

Die Passage weist eine bemerkenswerte Übereinstimmung mit den Ausflüchten auf, die vordem bereits von Marschällen und Generalen der Wehrmacht formuliert und publiziert worden waren. Sie trifft sich gedanklich ganz mit der früh erschienenen Darstellung des letzten Chefs des Generalstabs der Luftwaffe Karl Koller, der behauptet hatte: "Gleicher Art (das sollte besagen: wie das ganze deutsche Volk – K. P.) wusste auch die Wehrmacht nichts von den bestialischen Vorgängen. Man hatte ihr zudem wohlweislich keinen Einblick gegeben. Kein Soldat hätte solche Maßnahmen gebilligt." Und weiter: "Im Kriege waren wir von unseren Aufgaben voll ausgelastet und fernab der Heimat und haben von solchen Grausamkeiten nichts erfahren können."²¹

Eine dichte Information über Judenverfolgung und Judenmord bot Lesern in der DDR das Buch SS im Einsatz. Er enthielt in einem eigenen Kapitel²² die wichtigsten einschlägigen Dokumente, die während des Nürnberger Prozesses gegen die Hauptkriegsverbrecher und danach während des Verfahrens gegen Alfried Krupp von Bohlen und Halbach und mehrere Direktoren des Konzerns herangezogen wurden, aber in ihrem Wortlaut kaum weiter bekannt geworden waren. Zudem griffen die Herausgeber auf spätere Funde aus den Akten des Reichssicherheitshauptamtes zurück. Gegliedert in "Judenverfolgung", "Kristallnacht" und ""Endlösung der Judenfrage" – sechs Millionen Tote" unterbreiteten die Autoren die bis dahin wohl vollständigste, einem breiteren deutschsprachigen Benutzerkreis zugänglich gemachte Sammlung aus der schriftlichen Hinterlassenschaft der Judenmörder. Sie vermittelte ein vollständiges Bild vom Ausmaß des "Holocaust" und der Methoden der Menschenvernichtung (Massenerschießungen, Aushungern, "Vernichtung durch Arbeit", Erstickung durch Motorabgase in stationären Anlagen und in Lastkraftwagen und

Mau/Krausnick, S. 169. Der Text war zuerst 1955 als Teil des von Peter Rassow herausgegebenen Handbuchs Deutsche Geschichte im Überblick und im Jahr darauf als Separatum erschienen. Mau hatte ihn nahezu vollendet, als er verstarb und Krausnick vervollständigte das Manuskript. Was im Osten Deutschlands 1944/45 an "Mord, Brand und Frauenschändungen" durch die Sowjetarmee verübt worden sei, bezeichnete er als weit erschreckender als die deutschen Untaten. S. 197 f.

Karl Koller, Der letzte Monat, S. 181 f. Der Autor berichtete, KZ-Häftlingen nur einmal begegnet zu sein und zwar 1944 bei seiner Inspektion eines Werkes von BMW. Dort hätten sie einen "gut ernährten Eindruck" gemacht. Leider habe ihn die SS gehindert, mit ihnen zu sprechen. (S. 182 f.)

SS im Einsatz, Kapitel III: Dokumente und Berichte über die Verfolgung und Vernichtung jüdischer Menschen, S. 87-144. Zu den Texten enthielt der Band eine große Zahl von Fotos und Faksimiles von Dokumenten, so dass er in gewisser Weise einen Vorgänger des bedeutenden Werkes von Helmut Eschwege darstellte.

durch die Verwendung von Zyklon B in "Gaskammern"). Vollständig wiedergegeben wurde die von Adolf Eichmann angefertigte Niederschrift über den Verlauf der sog. Wannsee-Konferenz vom 20. Januar 1942.

Dass Judenverfolgung und Judenmord in das Forschungsprogramm der DDR-Historiographie gehörten, betonte auch der aus einer österreichischen jüdischen Familie stammende, an der Universität Halle lehrende Historiker Leo Stern auf einer Zusammenkunft von 60 Geschichtswissenschaftlern, zu der die Abteilung Wissenschaften des ZK der SED am 17. Dezember 1958 nach Berlin lud.²³ Sie diente auch der Vorbereitung auf jene (zweite) Tagung, die im folgenden Jahr Historiker der DDR und der Sowjetunion erneut zusammenführen sollte. Zu den Teilnehmern der Beratung gehörten Walter Ulbricht und Kurt Hager. Stern sagte, nachdem er auf die Rolle der rassistischen und der sozialdarwinistischen Dogmen während der ideologischen Vorbereitung der Deutschen auf den Krieg eingegangen war: "Die übelste Rolle [...] spielte jedoch der brutale Antisemitismus." Nach dem Hinweis auf die Saat des Hofpredigers Adolf Stöcker und die Verbreitung der erfundenen "Protokolle der Weisen von Zion" konstatierte er: "Von dieser massiven Judenhetze bis zur Ermordung und Vergasung von Millionen Juden und anderer sog. minderrassigen Völkern, zu denen die Slawen und die Zigeuner zählten, in den KZ und Nazi-Folterkammern ging ein gerader Weg."24

Unter den frühen Arbeiten der DDR-Historiographie war es sodann ein Beitrag Eva Seebers im Band *September 1939*, der die Vernichtung der polnischen Juden skizzierte, das Verbrechen den Okkupationszielen zuordnete und es als den geplanten und dann weitgehend verwirklichten Vorläufer auch der massenweisen Liquidierung der Sla-

S. auch den Bericht: Die ideologische Offensive der Partei und die Historiker. Zu einer Beratung mit Genossen Historikern. In: Neues Deutschland, 28. Dezember 1958, der die wenig konkreten Vorgaben Ulbrichts für die Teilnahme der Historiker an den politischen Kämpfen referiert.

Leo Stern, Die westdeutsche Geschichtsschreibung im Dienste der psychologischen Kriegsführung. In: Einheit (14) 1959, H. 2, S. 250 ff. Hier: S. 254. Diese Hervorhebung ergänzte jedenfalls die von Stern in seinem Referat auf der 1957er Konferenz gegebene Aufzählung der Forschungsaufgaben, in der die Erwähnung der Okkupation und der während der Besatzungszeit begangenen Verbrechen fehlte und Konzentrationslager nur im Zusammenhang mit der Erforschung des Widerstands erwähnt worden waren. Leo Stern, Die Haupttendenzen der reaktionären Geschichtsschreibung über den zweiten Weltkrieg. In: ZfG, 1958, H. 1, S. 89. Sterns Bilanz über den Stand der Weltkrieg-II-Forschung in der DDR fiel 1958 insgesamt kritisch aus. Mit der Thematik hätten sich bislang "vor allem Partei- und Staatsfunktionäre beschäftigt", von denen er Walter Ulbricht, Otto Winzer, Paul Wandel und Albert Norden nannte. (S. 260) Von den Historikern wurde festgestellt, sie würden "zu sehr aus der Defensive" arbeiten (S. 259 f.), womit erneut auf fehlende eigene quellengestützte Forschungen hingewiesen war. Dies berechtigte Stern zu der Vorhersage, eine "umfassende Gesamtdarstellung" des Weltkriegs sei "noch nicht zu erwarten." (S. 261) Sie erwies sich als richtig. Es verging noch ein Jahrzehnt bis das ins Auge gefasste und von Schreiner zuerst konzipierte Vorhaben in Form des Hochschullehrbuchs verwirklicht worden war. Dass Schreiners Pionierarbeit keine Erwähnung fand (S. Wolfgang Bleyer u. a., Deutschland von 1939 bis 1945, Lehrbuch der deutschen Geschichte – Beiträge –, Bd. 12, Berlin 1969, Vorwort) erscheint als Nachlässigkeit gegenüber einem denkwürdigen Verdienst. In dieser und in der zweiten Aufl. (1975) wurden die Verbrechen klar benannt, aber nicht auf angemessenem Raum dargestellt. (S. für 1975 den Abschnitt "Die faschistische Barbarei in Deutschland und in den okkupierten Ländern: S. 201 ff.) Sterns Bild vom geraden Weg soll hier nicht kritisch diskutiert werden.

wen darstellte. Die totale Vernichtung der jüdischen und die Dezimierung der nichtjüdischen Bevölkerung Polens wurde zu den kurz- und langfristig bemessenen Herrschafts- und Brauchbarkeitskalkülen der faschistischen Kolonisatoren in Beziehung gesetzt.²⁵

III.

Fazit: Dass das Thema Judenverfolgung und Judenmord die Historikerzunft in der DDR, seit sie sich formierte, zeitweilig nicht beschäftigt hätte, gehört in den Bereich der Legende. Wahr ist, dass aus jener frühen Zeit keinerlei Arbeiten vorliegen, die es in einem Überblick dargestellt hätten. Darüber lässt sich heute umso leichter von allen reden und schreiben, die aus eigener Erfahrung keine Vorstellung vom Schwierigkeitsgrad des Gegenstandes besitzen. Hilberg hat später freimütig eingestanden, er habe sich die Frage nach dem Warum des Judenmordes nicht gestellt, sondern sich auf die Bloßlegung des gesamten Instrumentariums und die Personage konzentriert, die das Morden ermöglichten und ausführten.

Für die marxistische Geschichtsschreibung galt – fälschlich, d. h. in überzogener Abwertung – die bloße Beschreibung eines geschichtlichen Ablaufs als ungenügend. Sie wurde mitunter als Objektivismus abgetan oder auch gebrandmarkt. Damit war eine Messlatte gelegt, die zu bewältigen sich niemand zutraute. Die Betonung des Zusammenhangs zwischen Kapitalinteresse, Krieg und Judenmord beschränkte sich daher auf seine Behauptung und geriet zur Phrase. Jedoch kann beim Rückblick nicht unbedacht bleiben, dass die Rekonstruktion des gesamten – wie heute geschrieben wird – Kontextes des Verbrechens und dessen Einordnung in der Geschichte der faschistischen Diktatur bis heute ungelöste Probleme bietet. Spezialisten, deren Verdienste unbestritten sind, platzieren die Frage nach dem Warum in einen Bezirk jenseits unseres Erkenntnisvermögens.

Mehr noch: Vier Jahrzehnte später muss, man mag zu Norman Finkelsteins Kritik an der Ausbeutung des Massenmordes an den europäischen Juden für sehr irdische politische und materielle Zwecke stehen wie auch immer – wendet er sich mit Gründen gegen die Verbreitung des irrationalen Dunkels über der Untat und verlangt, sie wieder in ihre geschichtlichen Zusammenhänge zu stellen. Nahezu am Ende seiner Streitschrift stehen die beiden Sätze: "Heute besteht die Herausforderung darin, die Massenvernichtung der Juden durch die Nazis wieder zu einem rationalen Forschungsgegenstand zu machen. Nur dann können wir wirklich etwas daraus lernen."²⁶ Tatsäch-

Eva Seeber, a. a. O., S. 131 f. Die Verfasserin vertrat die These, dass auch den nichtjüdischen Polen zu dem Zeitpunkt, da sie nicht mehr gebraucht werden würden, die totale Ausrottung bestimmt gewesen sei.

Norman Finkelstein, Die Holocaust-Industrie. Wie das Leiden der Juden ausgebeutet wird, München 2001, S. 153.

lich klaffen die Flut von Fakten, die über den Hergang des Verbrechens und die an ihm Beteiligten zu Tage gefördert werden, und die Aufmerksamkeit für die Kernfrage, wie sie in die Geschichte des Systems und seiner Endziele einzuordnen sind, weit auseinander. In diesem Punkte ist auch die DDR-Historiographie über Anfänge nicht hinausgekommen, aber dass sie sich in späteren Jahren in dieser wie in anderer Richtung der Frage nach dem Warum stellte und sich mit dem bloßen Verweis auf die schwer zu gewichtende Rolle einer wahnhaften Ideologie nicht zufriedengab, ist nachlesbar.

Wider den Antisemitismus. Das Erbe der DDR - durchmustert

Nach dem Untergang der Deutschen Demokratischen Republik ist ihre Hinterlassenschaft durchmustert und von denen, die das unternahmen, bald entschieden worden, dass dieses Erbe abzulehnen sei. Eine der Feststellungen, das geistige Erbe betreffend, lautete, es bestehe ohnehin aus Dogmen und Defiziten. Der Nachweis erwies sich als schwierig. Das galt insbesondere für das Verhältnis des ostdeutschen Staates und der Gesellschaft zur ihnen voraufgegangenen faschistischen Diktatur. Zu dessen Bestimmung gehörte auch die Frage, wie es Staatsführung und Staatsvolk mit der Durcharbeitung und Erinnerung an Antisemitismus und die Geschichte der Judenverfolgung und des Judenmordens gehalten hatten. Kurzerhand war entschieden worden, die seien im ideologischen Leben der DDR kein Thema gewesen. Was bis 1997 erreicht war, fasste der an der University of Wales in Cardiff lehrende Germanist Helmut Pietsch so zusammen: "Es gibt eine von Psychologen über die Historiker zu Literaturwissenschaftlern reichende Übereinstimmung, dass die Verfolgung und Vernichtung der europäischen Juden in der SBZ/DDR ,tabuisiert', ,vollständig vergessen', abgewehrt' und vermieden' wurde [...]" Ungerührt von den Einwänden, die Pietsch im Folgenden gegen die Darstellung vortrug, befand ein neu berufener Professor der Germanistik an der Berliner Humboldt-Universität wenig später wiederum: "Das jüdische Schicksal konnte [...] keinen besonderen Raum des Gedenkens beanspruchen, sondern fungierte [...] nur als abschreckendes Beispiel unter anderen dafür, wozu nationalsozialistische (Rassen-)Ideologie und die von ihr inspirierte Vernichtungspraxis fähig waren."2

Die Verifizierung der Aussage hätte freilich auch wegen der Befragungen, die auf die Feststellung von antisemitischen Haltungen zielten, einige Probleme bereiten können. Sie waren bald nach 1990 unter einstigen DDR-Bürgern angestellt und mit gleichzeitigen verglichen worden, die in den alten Bundesländern erfolgten. Da diese Ergebnisse in das gewünschte Bild von der ostdeutschen Gesellschaft nicht passten, wurde und blieb gesorgt, dass sie nicht weit unter die Leute gelangten. Dann ereigneten sich in den neuen Bundesländern gewalttätige Feindseligkeiten gegen Ausländer, von denen die Brandstiftung in einem Wohnheim für Ausländer in Rostock-

Vortragsmanuskript von Helmut Pietsch, Zur Kritik des faschistischen Rassismus auf dem Ersten Deutschen Schriftstellerkongress. Vorgetragen auf der Internationalen Konferenz anlässlich des 50. Jubiläums des I. Deutschen Schriftstellerkongresses vom Oktober 1947 (2.-4. Oktober 1997), dessen Generalthema lautete: Literatur im politischen Spannungsfeld der Nachkriegszeit. (Humboldt-Universität zu Berlin Institut für deutsche Literatur. Hg. Prof. Dr. Ursula Heukenkamp und Dr. Ursula Reinhold, Berlin 1998). Dort siehe auch die Belege für die zitierten Aussagen und für weitere gleiche oder ähnliche.

Vortragsmanuskript von Rüdiger Steinlein, Judenverfolgung und Holocaust in der Kinder- und Jugendliteratur der SBZ und der frühen DDR (1945 bis Anfang der 60er Jahre). Vorgetragen ebenda (S. Anm. 1).

Lichtenhagen und deren Begleiterscheinungen besonders abscheulich und alarmierend. Sie galten als schlüssige Beweise dafür, was die DDR an politischem Denk- und Gefühlshaushalten hinterlassen hatte.

Jede unvoreingenommene Beschäftigung mit der Frage, welche Schritte und Anstrengungen in Ostdeutschland unternommen wurden, um den Antisemitismus in allen seinen Erscheinungsformen zu bekämpfen und in der Bevölkerungsmehrheit eine selbstkritische Haltung zur Geschichte der Judenverfolgungen und des Judenmordens zwischen 1945 und 1990 zu erzeugen, hat sich auf einen weiten Weg zu machen. Die aufzunehmenden Spuren führen auf die Felder der Politik, der Literatur und Kunst, der Bildung und des Schulwesens. Natürlich auch in die Geschichte der Gesellschaftswissenschaften und insbesondere der Geschichtsschreibung. Doch steht der wie immer zu bemessende Anteil von Historikern, soweit es die Verbreitung von Informationen, Wissen und Erkenntnissen und den auslösenden Anstoß für Diskussionen anlangt, hinter dem anderer Professionen erkennbar zurück, hinter dem von Schriftstellern und Journalisten, von Drehbuchautoren, Intendanten und Regisseuren, nicht zu vergessen von Schauspielern. Mit deren Arbeit und Verdienst muss begonnen werden, nicht so sehr aus chronologischen Gründen, die sich zugunsten dieser Vorgehensweise heranziehen ließen, sondern vor allem in Betracht des Wirkungsgrades. Einige der in vierzig und mehr Jahren erbrachten Leistungen blieben denkwürdig. Davon zeugt, dass auf dieses Erbteil, soweit es sich um Filme handelt, von Direktionen von Fernsehanstalten (nicht nur denen in den Neuen Bundesländern) immer wieder zugegriffen wird. Ein vor mehr als zehn Jahren getroffenes Urteil - "Der Untergang der DDR hat deren Filme in eine bodenlose Ferne gerückt"³ – scheint in dieser Absolutheit schon nicht mehr zuzutreffen.

Am Anfang steht der bekannte zweite Film, der in den DEFA-Studios von Potsdam-Babelsberg, auf dem einstigen Geländer der UFA, nach Kriegsende hergestellt wurde: *Ehe im Schatten*. Zugrunde lag ihm die wahre Geschichte des Schauspielers Joachim Gottschalk und seiner Ehefrau, die gemeinsam in den Tod gingen, als er – der Künstler – als Preis für die Fortsetzung seiner Arbeit sich von seiner Frau, einer Jüdin, trennen sollte. Hans Schweikart, ein Berufskollege Gottschalks, hatte die tragische Episode⁴, eine von Zehntausenden aus der Geschichte der Judenverfolgungen, in einer Novelle erzählt, der er den Titel gegeben hatte *Es wird schon nicht so*

Wolfgang Gersch, Film in der DDR. Die verlorene Alternative. In: Wolfgang Jacobsen u. a. (Hg.) Geschichte des deutschen Films, Stuttgart 1993, S. 323.

Der durch viele in der UFA hergestellte Filme, in denen er herausragende Rollen gespielt hatte, bekannte Schauspieler Joachim Gottschalk hatte sich unter dem Druck wachsender Judenverfolgungen und dem Druck, sich scheiden zu lassen, mit seiner Frau, einer Jüdin, und deren noch nicht achtjährigen Sohn in der Nacht vom 6. zum 7. November 1941 das Leben genommen.

schlimm. Kurt Maetzig war der Regisseur des Films, der 1947 gleichzeitig in Filmtheatern aller Besatzungsgebiete Berlins uraufgeführt wurde. 1949 mit dem Bambi ausgezeichnet, sahen den Film in Nachkriegsdeutschland 10 Millionen Zuschauer. 1953 zeigte ihn auch das DDR-Fernsehen. Staudte hatte den Zuschauern übrigens die ganze Tragödie der Gottschalks erspart. Das Ehepaar hatte auch seinen achtjährigen Sohn, den "Halbjuden", nicht als Waisen zurück- und den Nazis für deren Schikanen gelassen, sondern ihn mit in den Tod genommen.

Auf Ehe im Schatten folgte noch vor Gründung der DDR, ebenfalls aus Babelsberg und gedreht unter der Regie von Erich Engel, Affäre Blum. Erzählt wird, wiederum nach authentischem Stoff (dem Haas-Kölling-Prozess von 1926/1927), die Geschichte einer antijüdischen Verfolgung, die fast bis zum Justizmord an einem jüdischen Bankier geführt hätte, der haltlos verdächtigt worden war, seinen Buchhalter umgebracht zu haben. Der Film endet mit einem Gespräch des Ehepaars Blum am Tisch ihrer Wohnung und den Worten der Frau: "Aber es kann uns nichts mehr passieren. Wir leben doch in Deutschland." Die Antwort gibt die Schlussmusik des Films, sie mündet in die Melodie des Horst-Wessel-Liedes aus.

Zu den herausragenden Spielfilmen, die ihre Zuschauer herausfordernd in die deutsche Vergangenheit der Jahre 1933 bis 1945 versetzten, gehören die Werke Konrad Wolfs⁵, Sohn des Schriftsteller Friedrich Wolf. Dieser hatte, eben aus Deutschland als Kommunist und Jude emigriert, das Schauspiel Professor Mamlock⁶ geschrieben. Es erlebte 1934 seine Uraufführung am Jiddischen Theater in Warschau unter dem Titel Der gelbe Fleck und wurde noch im gleichen Jahr von Theatern in Moskau, Tel Aviv und Zürich in ihr Programm aufgenommen. 1938 erfolgte die erste Verfilmung des Stückes in der Sowjetunion. 1945 war es in 14 Sprachen übersetzt. Die erste deutsche Aufführung brachte das Hebbel-Theater in Berlin am 9. Januar 1946. 1961 war die Verfilmung Konrad Wolfs, sein Vater war bereits verstorben, fertig. Erzählt wird die Geschichte eines jüdischen Arztes, eines deutschnational gesinnten Mannes, der aufgrund des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums von seinem Arbeitsplatz, einem Krankenhaus, vertrieben wird, dann aber unter jene "Privilegierten" fällt, die, weil sie als "Frontsoldaten" des Weltkriegs gelten, an minderem Arbeitsplatz noch geduldet werden. Sich mit seinen uneingeschränkt verfolgten Kollegen solidarisierend, verzichtet Mamlock auf das zweifelhafte Vorrecht. Er nimmt sich das Leben.

Wolfgang Jacobsen u. Rolf Aurich haben jüngst über den herausragenden Filmregisseur der DDR das Buch Der Sonnensucher. Konrad Wolf. Biographie (Berlin 2005) vorgelegt, in dem die Charakteristik Wolfs als "filmenden Politiker" freilich dem Künstler nicht gerecht wird.

Friedrich Wolfs Stück wurde 1935 gedruckt bei Oprecht & Hebling Zürich unter dem Titel Doktor Mamlocks Ausweg. Tragödie der westlichen Demokratie. In Deutschland zuerst verlegt bei Aufbau Verlag Berlin 1946 unter dem veränderten Titel und auch seit 1958 mehrfach bei Reclam Leipzig mit dem Zusatz Ein Schauspiel.

Schon zwei Jahre zuvor hatte Konrad Wolf gemeinsam mit seinem Mitstudenten aus Moskauer Zeit, dem Bulgaren Angel Wagenstein, den Film Sterne gedreht. Er führt in das Kriegsjahr 1943 und erzählt von sich anbahnender Liebe zwischen einem deutschen Wehrmachtssoldaten und einer griechischen Jüdin, die sich, in ein Lager nach Bulgarien transportiert, bereits auf dem Wege nach Auschwitz befindet. Der Soldat vermag die Absicht, die junge Frau zu retten, auch als Folge eigener Unentschlossenheit und zeitweiligen Zögerns nicht zu verwirklichen. Doch das Erlebte führt seinen Bruch mit dem verbrecherischen System herbei, dem er bis dahin gedankenlos gedient hat. Der 1959 fertige Film wurde im gleichen Jahr beim Festival in Cannes, wo er als bulgarische Produktion gegen den Willen intervenierender Stellen der Bundesrepublik lief⁷, mit dem Sonderpreis ausgezeichnet. In dem Buch eines (westdeutschen) Filmkritikers heißt es über die Geschichte von Sterne: "Der Film lief bei uns (in der BRD, K. P.) fast unter Ausschluss der Öffentlichkeit." So hätte auch die Tatsache kaum auffallen können, dass der Schluss des Originals weggeschnitten worden war. Das geschah aufgrund einer Forderung der Filmbewertungsstelle, die darüber entschied, ob ein Film als "wertvoll" in die Kinos gelangte, was eine Steuerermäßigung bedeutete. Die Gewährung dieses Prädikats wurde im Fall von Sterne daran geknüpft, die am Filmschluss gezeigte Wandlung des deutschen Unteroffiziers zu tilgen, denn sie sei "unglaubwürdig und antinational". Der Verleger ist dem nachgekommen.⁸ Und der Rezensent einer in Westberlin erscheinenden Zeitung schrieb: "Daß ein so gerechter und reiner Film ausgerechnet von der sowjetischen DEFA stammt, mag, wie manche sagen, eine Schande sein. Ich weiß eine größere Schande, daß unsere freie Filmproduktion noch immer keine gleichwertige Auseinandersetzung mit dem so schmerzenden Thema zustande gebracht hat, um das es hier geht."9

Mit anderen Argumenten wird bis heute der 1963 von Frank Beyer vorgenommenen Verfilmung des Romans *Nackt unter Wölfen*¹⁰ Unglaubwürdigkeit attestiert. Das fünf Jahre zuvor erschienene Buch von Bruno Apitz, selbst Häftling in Buchenwald 8 Jahre lang, wurde in insgesamt 30 Sprachen übersetzt und in mehr als 1 Million Exemplaren verkauft. Die Befeindung der Filmhandlung mit der erzählten Rettung eines jüdischen Jungen dürfte nicht zuletzt daher rühren, dass sie der Version entgegensteht, die organisierten politischen Gefangenen, vor allem die Kommunisten, wären in den Lagern, und namentlich in Buchenwald, wo es eine gefestigte illegale inter-

Das Detail gehört zu den Quellenfunden der beiden Autoren der erwähnten Wolf-Biographie (s. Anm. 2).

Manfred Barthel, So war es wirklich. Der deutsche Nachkriegsfilm, München 1986, S. 260.

Günther Geisler, Berliner Morgenpost. Ausgabe vom 19. Juni 1960.

Bruno Apitz, Nackt unter Wölfen, Mitteldeutscher Verlag Halle/Saale 1959. Das Buch hatte dort 1986 die 52. Auflage erreicht.

nationale Organisation gab, nichts anderes gewesen als eine Gemeinschaft zum Zwecke der Rettung ihrer selbst.

Zeitlich am nächsten und wegen ihrer herausragenden künstlerischen Qualität wohl am bekanntesten ist die Verfilmung des 1969 erschienenen Romans von Jurek Becker *Jakob der Lügner*¹¹, die Geschichte jenes Mannes, der auf seine, die ihm einzig verbliebene Weise seine Leidensgenossen davor bewahren will, dass ihnen die Menschenschinder den letzten Rest an Lebenshoffnung zu nehmen vermögen. Er gibt vor, einen Radioapparat zu besitzen und damit Nachrichten vom Nahen der Befreier, der sowjetischen Armee, zu empfangen. Der Film kam 1974 in die Kinos, erhielt einen Silbernen Bären und wurde für einen Oskar nominiert.

Jeder dieser Filme vermag einen herausragenden Platz in der Geschichte der deutschen Filmproduktion zu beanspruchen und manche zählen Fachleute zu den besten 100 Filmen, die seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs in Deutschland gedreht worden sind. Deren Inhalte, die hier nur knapp skizziert werden konnten, bezeugen, dass die Geschichte der faschistischen Judenverfolgungen und des Judenmordens in thematisch großer Spannweite künstlerisch verarbeitet wurde, beginnend mit einem Blick in die Praxis des Antisemitismus in den Jahren der Weimarer Republik, fortgesetzt mit der Darstellung der Verfolgungen in der Phase der Drangsalierung zum Zwecke der Vertreibung der Juden in den Vorkriegsjahren und weitergeführt in die Zeit der Deportation und Vernichtung. Vor die Augen der Zuschauer gestellt wurden vor allem die Opfer. Zugleich entsteht ein Bild vom Verhalten der Deutschen, von braunen Aktivisten, die auf ihre Vorteile bedacht sind, von Opportunisten, die keine Nachteile erfahren wollen, von jenen – wenigen – die menschliche Gesittung und Anstand bewahrt haben, die sich nicht nur im Unterlassen, sondern auch im Tun äußern. In den Nachkrieg führte die 1958 erfolgte Verfilmung einer Novelle von Leonhard Frank Der Prozess wird vertagt (Regie Herbert Ballmann), in dem die Geschichte eines Versuchs erzählt wird, einen Denunzianten einem Gericht in der Bundesrepublik und einer gerechten Strafe zuzuführen.

Herausragend auch der Anteil von Antifaschisten und Opfern des Faschismus an der Entstehung dieser Filme: der Kommunist Bruno Apitz (1900-1979), 1933 zeitweilig, 1934 definitiv verhaftet, durchlitt das KZ Buchenwald bis zu dessen Befreiung, Kurt Maetzig (geb. 1911-[2012]), dessen Mutter Jüdin und ein Opfer der Verfolgungen geworden war, trat 1944 in Deutschland der illegalen Kommunistische Partei bei, Jurek Becker (1937-1997) wurde mit seinen Eltern aus dem Ghetto Litzmannstadt nach Ravensbrück und Sachsenhausen verschleppt, seine Mutter überstand die Qua-

Jurek Becker, Jakob der Lügner, Aufbau Verlag Berlin 1969.

len nicht, Konrad Wolf (1925-1982) kam als Soldat der sowjetischen Streitkräfte mit deren 47. Armee, in der er der Politischen Abteilung angehörte, nach Deutschland, der aus einer jüdischen Familie in Plovdiv stammende Angel Wagenstein (geb. 1922-[2023]), hatte die Verfolgungen in Bulgarien erlebt, der Schauspieler Gerry Wolf kehrte aus englischer Emigration zurück, wohin er sich als Jude gerettet hatte, der Schauspieler Erwin Geschonneck (geb. 1906-[2008]), einer der Hauptdarsteller in der Verfilmung von Beckers Jakob-Roman, als Kommunist 1933 mit einer jüdischen Theatergruppe nach Warschau emigriert, war nach einem abenteuerlichen Weg, der ihn nach Lettland, in die Tschechoslowakei, die UdSSR und wieder nach Prag geführt hatte, 1938 den Faschisten in die Hände gefallen, überlebte die KZ Sachsenhausen, Dachau und Neuengamme und schließlich die Tragödie des Untergangs der "Kap Arkona" in der Lübecker Bucht, der Österreicher Wolfgang Heinz (1900-1984), Darsteller des Professor Mamlock, musste als Kommunist 1933 in die Schweiz emigrieren. Diese Auswahl von Biografien Beteiligter spiegelt den personellen Kern der Gründergeneration der ostdeutschen Republik.

Nicht weniger lang würde eine Aufzählung der Dokumentarfilme¹² werden, die sich mit Judenverfolgung und Judenmord auseinandersetzten. Für viele mögen hier drei genannt sein, die Konrad Weiß hergestellt hat. 1967/1970 entstand, noch als studentische Arbeit an der Filmhochschule Flammen, ein Film über die jüdisch-kommunistischen Widerstandsgruppe Herbert Baum. 1978 folgte Davids Tagebuch, ein Streifen, der an das Leben und Leiden des David Rubinowicz erinnerte, jenes jüdisch-polnischen Jungen, der 1942 ermordet wurde. Sein Tagebuch war 1957 in Polen gefunden, 1960 dort gedruckt und 1961 in der DDR in deutscher Übersetzung publiziert worden.¹³ Der Film kam 1981 in die Kinos. Vordem schon, 1957, hatte ein Verlag in Berlin Das Tagebuch der Anne Frank¹⁴ herausgebracht, das bald zur verpflichtenden Lektüre an den Schulen gehörte. Am 15. Dezember 1958 hatte der Dokumentarfilm Ein Tagebuch für Anne Frank Premiere, der auch in einer niederländischen, französischen, schwedischen, finnischen und englischen Fassung hergestellt worden war und um dessen Aufführung es wegen seiner aktuellen Bezüge (namentlich der den Staatssekretärs Konrad Adenauers, Hans Maria Globke, betreffenden) in Frankreich wie in Großbritannien zu öffentlichen Auseinandersetzungen kam.

1988 wurde von Konrad Weiß der Filmessay *Ich bin klein, aber wichtig* gedreht, ein Denkmal für den polnischen Arzt, Pädagogen und Schriftsteller Janusz Korczak. Der

Siehe zu: Günter Jordan/Ralf Schenk (Red.), Schwarzweiß und Farbe. DEFA-Dokumentarfilme 1946-1992. Hg. Filmmuseum Potsdam, Berlin 1996

Das Tagebuch des David Rubinowicz, Volk und Welt Berlin 1961.

Das Tagebuch der Anne Frank, Union Verlag Berlin 1957.

Film wurde am 31. August 1989 im Fernsehen der DDR gezeigt – gleichsam ein Schlusspunkt in einer langen Reihe. Vordem schon war an den Mann, der mit seinen Schutzbefohlenen, die er vor den Mördern nicht zu schützen vermochte, in den Tod gegangen war, durch Aufführungen des Stückes Korczak und die Kinder von Erwin Sylvanus erinnert worden, u.a. durch ein Gastspiel des Jungen Theaters Hamburg im Jahre 1959 in Rostock und Putbus, worüber der Augenzeuge, die DEFA-Filmwochenschau, ausführlich berichtete, und 1964 durch die Städtischen Bühnen Magdeburg.

Hier müsste, was aus Zeitgründen unterbleiben wird, nun weiter durchmustert werden, was auf den Bühnen von Theatern und mit ihren Büchern von Schriftstellern und Publizisten geleistet worden ist, um Menschen zu jenen Sichten zurück- oder sie erstmalig hinzuführen, die sich in Sätzen der Aufklärung wie denen von der Gleichheit alles Menschenantlitzes oder von der Erde, die Raum für alle hat, ausdrückten. Sie waren von den deutschen Faschisten und deren menschenfeindlichen Losungen aus vielen Gedächtnissen gedrängt worden, wenn sie dort überhaupt je beheimatet gewesen waren. Statt einer Bilanz folgen hier wenige aber doch nicht zufällig herausgegriffene Angaben.

In der sowjetischen Besatzungszone nicht anders als in den westlichen eröffneten viele Theater ihre erste Nachkriegssaison mit Lessings Nathan der Weise, Aufführungen, die damals ebenso einen – freilich nachträglichen – Protest gegen das militärisch geschlagene verbrecherische Regime bezeugten wie sie einem Fluch glichen, der ihm nachgerufen wurde. Das Deutsche Theater in der Berlin Schumannstraße, das den Nathan seit der eröffnenden Vorstellung im September 1945 über Jahrzehnte ohne Unterbrechung auf den Spielplan nahm, hat mit den Inszenierungen mit Paul Wegener (unter der Regie von Fritz Wüsten), Eduard von Winterstein und Wolfgang Heinz in der Titelrolle deutsche Theatergeschichte geschrieben. Am gleichen Hause wie in vielen anderen Theatern der DDR war Heinar Kipphardts Bruder Eichmann zu sehen und zu hören. Rolf Hochhuths Der Stellvertreter, 1961 geschrieben, 1963 in Westberlin an der Freien Volksbühne in einer Inszenierung Erwin Piscators uraufgeführt, 1965 in der DDR als Buch erhältlich¹⁵, gehört mit seinen Aufführungen an ostdeutschen Theatern ebenso in diese Reihe wie Peter Weiss Die Ermittlung, Oratorium in 11 Gesängen, die 1965¹⁶ am gleichen Tage in 15 deutschen Theatern uraufgeführt worden ist.

Größeren Einfluss aber dürfte von den Druckwerken ausgegangen sein, die schriftstellerischer und publizistischer Initiative zu danken sind. Das gilt schon für die frü-

Rolf Hochhuth, Der Stellvertreter, Volk und Welt Berlin 1975.

Im gleichen Jahr erschien der Text als Buch bei Rütten & Loening Berlin.

hesten, in der papierarmen Zeit erschienenen Romane, die zwar von späteren Werken an literarischer Qualität und Schärfe des Urteils übertroffen wurden, heute aber zu Unrecht weithin vergessen sind. Dazu gehört Cläre M. Jungs *Aus der Tiefe ruse ich*¹⁷, die ihre Erlebnisse und Beobachtung in Berlin verarbeitete, das Leben der verfolgten Juden ebenso wie das Verhalten der angepassten Volksgenossen. Das Buch ist 2004 von einem kleinen Verlag in den Neuen Bundesländern wieder gedruckt worden. Die Frage nach der Schuld der Deutschen, die er am Ende versöhnlich beantwortet wird, stellte auch Werner Wilk im 1949 erschienenen Roman *Wesenholz*¹⁸, in dem es um die unvermuteten Konflikte eines vermeintlich Unpolitischen geht, der eine Jüdin, Schwester eines ins Exil geflohenen Freundes, zu retten vermag. Die Frage nach der Schuld warf auch Lieselotte Welskopf-Henrichs 1954 in ihrem Roman *Jan und Jutta*¹⁹ auf, in dessen Handlungsverlauf der Versuch scheitert, ein jüdisches Ehepaar vor dem Zugriff der Mörder zu schützen.

Kaum zu überschätzen ist die Wirkung von Victor Klemperers LTI. Aus dem Notizbuch eines Philologen, dessen frühes Erscheinen (1947)²⁰ erst vollständig gewürdigt werden konnte, seit wir die Tagebücher des Dresdener Romanisten zur Gänze kennen und zu ermessen vermögen, welche Verdichtung hier vorgenommen worden war.²¹ Wie an LTI zu erkennen, widmeten sich viele gegen die Naziideologie geschriebene Bücher nicht ausschließlich dem Thema von Antisemitismus und Judenverfolgung, doch kaum eines ließ es aus. Wiederum beispielhaft nur soll im Jahr, da sich das Ereignis zum 60. Male jährt, an Peter Alfons Steinigers, des Berliner Völkerrechtslehrers, zweibändige Dokumentenauswahl zum Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher erinnert werden, der ersten Veröffentlichung in Deutschland, die ein Jahrzehnt nach dem Ende des Gerichtsverfahren die 42 Bände zu einer auch für Nichtfachleute lesbaren Quelle reduzierte.²² Erinnert wird hier an die früh erworbenen Verdienste eines Romanisten und eines Juristen, beides Juden, und dies ist zugleich ein Verweis darauf, dass, wer die Geschichte der Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus schreibt, sich auf die Historiker und deren Zunft nicht eingrenzen darf. Einbezogen werden müssen auch Arbeiten von Philosophen und Philoso-

¹⁷ Cläre M. Jung, Aus der Tiefe rufe ich, Aufbau Verlag Berlin 1946.

Werner Wilk, Wesenholz, Rütten & Loening Potsdam 1949.

Elisabeth Charlotte Welskopf, Jan und Jutta, Mitteldeutscher Verlag Halle 1955, später erreichte das Buch im Verlag die 18. Auflage.

Victor Klemperer, Die Sprache des Dritten Reiches (Lingua Tertii Imperii), Aufbau Verlag 1947, später auch in vielen Auflagen des Reclam Verlag Leipzig.

Dazu Helmut Eckert, Intentionen, Entstehungsprozess und Wirkungen von Victor Klemperers "L. T. I.", Duisburg 1999.

Der Nürnberger Prozess. Aus den Protokollen, Dokumenten und Materialien des Prozesses gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof. Ausgewählt und eingeleitet von Prof. Dr. P. A. Steiniger, 2 Bde., Berlin 1957.

phiehistorikern, wie Wolfgang Heises *Aufbruch in die Illusion* (1964)²³, der ebenso knappe wie gründliche Analyse der Naziideologie und ihrer Vorläufer gab.

Die Wirkung dieser Veröffentlichungen wurde freilich weit übertroffen von jener, die von Romanen, Novellen, Erzählungen und auch der Lyrik ausging, die Dichter und Schriftsteller hervorbrachten. Wiederum beispielhaft seien aufgezählt: die stark autobiographische Erzählung Franz Fühmanns Das Judenauto (1962)²⁴, in der von den psychologischen Folgen die Rede ist, die Kindern in einer von Judenfeindschaft und -hass geprägten Umwelt erwachsen, die Erinnerungen der Grafikerin und Malerin Lea Grundig, die in Palästina überlebt hatte, Gesichte und Geschichte (1958)²⁵ und die ihres Ehemanns des Malers Hans Grundig, Zwischen Karneval und Aschermittwoch, Erinnerungen eines Malers (1957)²⁶, das Buch des Grafikers und Schriftstellers Peter Edel Die Bilder des Zeugen Schattmann (1969)²⁷, das 1972 verfilmt und vierteilig im Fernsehen ausgestrahlt wurde, sodann Edels Memoiren Wenn es ans Leben geht. Meine Geschichte (1979)²⁸, der Roman des aus Wien stammenden Juden, Überlebenden von Auschwitz, Groß Rosen und Buchenwald Fred Wander Der siebente Brunnen (1971)²⁹, Jurek Beckers schon erwähnter Jakob der Lügner und sein eine völlig andere und neue Seite aufschlagender Roman Der Boxer (1976)³⁰, in dem eine Geschichte aus dem Dasein überlebender Juden in Nachkriegsdeutschland erzählt wird.

Erwähnung verdient in der hier nur unvollständig angezeigten Reihe von Büchern noch eines, in dem sich das Lebenswerk der religiösen Sozialistin und Schriftstellerin Rosemarie Schuder ebenso niederschlug wie der Lebensweg und die politische Erfahrung ihres Ehemannes, der jüdischen Kommunisten Rudolf Hirsch, der in Palästina überlebte. *Der gelbe Fleck*, so der Titel ihrer Publikation, erschienen 1987, verfolgt die *Wurzeln und Wirkungen des Judenhasses in der deutschen Geschichte*.³¹

Wiederum eine eigene Abhandlung würde die Kinder- und Jugendliteratur verlangen, die in Haupt- oder Nebenhandlungen die Geschichte von Juden und namentlich jüdischen Kindern und deren durch Diskriminierung, Verfolgung und Vernichtung, aber auch von Freundschaft und Zusammenhalt charakterisierten Lebenswege er-

Wolfgang Heise: Aufbruch in die Illusion. Zur Kritik der bürgerlichen Philosophie in Deutschland, VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften Berlin 1964.

Franz Fühmann, das Judenauto, Aufbau Verlag Berlin 1962.

Lea Grundig, Gesichte und Geschichte, Dietz Verlag Berlin 1958. die 10. Auflage erschien 1984.

Hans Grundig, Zwischen Karneval und Aschermittwoch. Erinnerungen eines Malers, Dietz Verlag Berlin 1957. Dann in vielen weiteren Auflagen, 10. Aufl. 1973.

²⁷ Peter Edel, Die Bilder des Zeugen Schattmann, Berlin Verlag der Nation 1969.

²⁸ Peter Edel, Wenn es ans Leben geht. Meine Geschichte, Verlag der Nation Berlin 1979, 2 Bde.

²⁹ Fred Wander, Der siebente Brunnen, Aufbau Verlag Berlin 1971.

Jurek Becker, Der Boxer, Hinstorff Rostock 1976.

Rudolf Hirsch u. Rosemarie Schuder, Der gelbe Fleck. Wurzeln und Wirkungen des Judenhasses in der deutschen Geschichte, Rütten & Loening Berlin 1987.

zählt. 1959 gab Karl Heinz Berger eine Anthologie unter dem Titel Heuschlacht im Heidedorf heraus, in der u. a. Leonhard Franks Das jüdische Kind und Johannes R. Bechers Kinderschuhe von Lublin, entstanden in Moskau nach dem Bekanntwerden der grausigen Hinterlassenschaft des Konzentrations- und Vernichtungslagers Majdanek, zu lesen waren. Schon 1953 war Die Jagd nach dem Stiefel von Max Zimmering, dessen Emigrationsweg, der eines jüdischen Kommunisten, der von Frankreich nach Palästina, von dort in die Tschechoslowakei und dann nach Großbritannien (von wo er als Internierter nach Australien gebracht worden war) geführt hatte, in deutscher Erstausgabe erschienen. Die Handlung führt in das Deutschland des Jahres 1932, die Auseinandersetzung mit den aufkommenden Faschisten und in Begegnungen und Abenteuer von jüdischen und nichtjüdischen Kindern. 1962 wurde die Verfilmung (Regie Konrad Petzold) uraufgeführt. Zunächst unter Pseudonym (Jo von Tiedemann) hatte Leonie Ossowski 1959 den Roman Stern ohne Himmel veröffentlicht, der von der Rettung eines jüdischen Jungen erzählt. Ganz anders Jurij Brežans in "Christa", in der eines Mädchen der aus Karrieregründen erfolgten Scheidung ihres Vaters von ihrer jüdischen Mutter und deren tödlicher Folge auf die Spur kommt. Des gleichen Autors Semester der verlorenen Zeit, publiziert 1960, zeigte die Täter eines Pogroms, dessen Opfer ein jüdisches Mädchen inmitten einer deutschen Stadt wird, in grellem Licht. Das Buch hatte 1974 übrigens die 10. Auflage erreicht. In diese Literaturgruppe gehört schließlich auch die 1965 auf den Buchmarkt gekommene Geschichte Auguste Lazars Die Brücke von Weißensand.

Aus der Feder von Schriftstellern stammen nicht nur Geschichten, die zum Denken herausforderten und manchen zu tätiger Parteinahme, sondern auch – häufig in der Form von Essays – analytische Abhandlungen, die den später erhobenen Anspruch von Historikern, Neues gefunden zu haben, jedenfalls relativieren. Dafür wiederum ein Beispiel. 1946 wurde in Berlin ein Band mit Aufsätzen Johannes R. Bechers unter dem Titel Erziehung zur Freiheit³² gedruckt, in dem sich diese Sätze finden: "Die eigentliche Wirksamkeit erreichte die Naziideologie aber dadurch, dass sie materielle Vorteile versprach und breiten Schichten solche materiellen Vorteile auch zeitweise gewährte. Am Antisemitismus verdienten nicht nur die Banken, nicht nur die Reisebüros, sondern auch der arische Arzt, der die gutgehende jüdische Kassenpraxis incl. Instrumentarium zu einem Spottgeld, wenn nicht gratis übernahm. [...] selbst die Vernichtungslager hatten ihre Nutznießer. Den eigentlichen Erfolg hatte die Naziideologie als Korruptionsideologie, als Ideologie der nationalen Verklärung aller egoistischen Raffke- und Raubtierinstinkte." (S. 97)

Johannes R. Becher, Erziehung zur Freiheit. Gedanken und Betrachtungen, Volk und Wissen Berlin 1946.

Von Kreisen der Schriftsteller gingen mehrfach Anstöße aus, sich darüber kritisch zu verständigen, wie die Auseinandersetzung mit Antisemitismus und Judenfeindschaft zu erfolgen habe. Eine darauf zielende Debatte entzündete sich im Schriftstellerverband, als der Film des polnischen Regisseurs Andrzej Wajdas *Das gelobte Land* (1974)³³ synchronisiert in die Kinos in der DDR kam. Stephan Hermlin, nicht ohne Unterstützung, erhob gegen die Darstellung des jüdischen Kapitalisten den Vorwurf des Antisemitismus. In einer anderen Debatte war er es wiederum und da mit Recht, der darauf verwies, dass der Geschichte von Juden und Judentum in den Schulbüchern und überhaupt in der Jugendbildung Platz gebühre. Für diese und andere Kontroversen gilt indessen, dass sie breitere Kreise der ostdeutschen Gesellschaft nicht erreichten und so an Nachdenklichkeit nicht zu bewirken vermochten, was aus ihnen hätte erwachsen können.

Wie aber stand es um den Beitrag der Historikerzunft? Deren Zugehörige, Hochschullehrer und andere Leute dieser Profession, haben sich auch in Ostdeutschland in den ersten Nachkriegsjahren dem Thema wie jedem Versuch der geschichtswissenschaftlichen Analyse des Nazireiches ferngehalten. Die frühesten Schriften, die der gesellschaftswissenschaftlichen Literatur zugeordnet werden können und für die der Name Pamphlet nicht unzutreffend ist, stammen von politisch hoch engagierten Politikern und Publizisten. Stefan Heymann, ein jüdischer Kommunist aus Mannheim, Journalist, Überlebender von Auschwitz und Buchenwald, später Kulturfunktionär und Botschafter der DDR in Polen, schrieb Marxismus und Rassenfrage. Siegbert Kahn, Mitglied der KPD seit der Endphase der Weimarer Republik, der in der britischen Emigration überlebte, in der sowjetischen Besatzungszone eine Zentralverwaltung und in der DDR später ein wirtschaftswissenschaftliches Institut leitete, veröffentlichte die Abhandlung Antisemitismus und Rassenhetze.34 Beide Schriften erschienen 1948 im SED-eigenen Dietz-Verlag. Sie und vordem schon die Sozialistischen Bildungshefte, Studienmaterial für die beiden Arbeiterparteien auf dem Wege zu deren Vereinigung, die sich u. a. eigens mit den Themen Der Kampf gegen die Naziideologie und Die Rassenlüge der Nazis befassten, standen am Beginn einer die Geschichte der DDR durchziehenden propagandistischen Auseinandersetzung mit Rassismus, Antisemitismus und anderen Erscheinungen der Naziideologie und -politik.

Im Folgenden wird von der Geschichtsschreibung in der DDR zum Thema faschistischer Antisemitismus und Judenverfolgung gehandelt werden, jedoch – anders als

Die Handlung war frei nach dem 1899 erschienenen Roman *Das gelobte Land* (neu herausgegeben bei Dieterich Leipzig 1984) des polnischen Schriftstellers und Nobelpreisträgers Władysław Stanisław Reymont gestaltet.

Siegbert Kahn, Marxismus und Rassenfrage. Eine Übersicht über ihre Entwicklung in Deutschland, Dietz Verlag Berlin 1948.

im Falle von Filmen und Büchern – nicht von Autor zu Autor und von Werk zu Werk³⁵, sondern unter dem Blickpunkt der charakteristischen Fragestellungen, die an den Gegenstand gerichtet wurden. Vorab aber muss das Verdienst eines Außenseiters der Zunft, der zugleich ein Pionier war, genannt werden. Der in Dresden lebende Helmut Eschwege gab 1966 *Kennzeichen J* heraus, einen Band, der Bild- und Textdokumente sowie Berichte umschloss, für den Arnold Zweig ein Geleitwort und Rudi Goguel, jahrelang politischer Häftling in Zuchthäusern und Konzentrationslagern, eine Einleitung schrieben.³⁶ Das Werk, das fraglos zu den Klassikern der deutschsprachigen Literatur zum Holocaust gehört, ist auf die Verbrechen an den deutschen Juden fokussiert, zeigt aber zugleich das ganze ungeheure Ausmaß des Verbrechens, lässt Aktionen der Hilfe, der Solidarität und des Widerstands nicht aus und mündet in Zitaten aus den Anklagereden in Nürnberg.

Eschwege ist bei diesem Thema geblieben und hat es auf seinem Wege nicht leicht gehabt. Dass 1973 das Überblickswerk *Juden unterm Hakenkreuz* erscheinen konnte, war wesentlich seinen darauf gerichteten Vorarbeiten geschuldet. Von der Autorengruppe, die den Band schließlich publizierte, wurde das in einer Weise erwähnt, die dem – um das mindeste zu sagen – nicht gerecht wird.³⁷ Eschwege hat in einem Band mit seinen Erinnerungen von den Schwierigkeiten berichtet, die seiner Arbeit entgegenstanden und sein Befinden im Buchtitel *Fremd unter meinesgleichen*³⁸ knapp markiert. Er, der nie das Glück hatte, in einer Forschergruppe tätig zu sein, ist ein Einzelgänger geblieben.

Die Würdigung des Verstorbenen führt zu einer generelleren Bemerkung. Nach 1990 entstandene Arbeiten nicht nur zur Historiographie in der DDR, sondern auch Literatur-, Film- oder Theatergeschichte haben sich entlang von Dokumenten aus Verlagen, dem Ministerium für Kultur, aus den Archiven des Zentralkomitees der SED und des Ministeriums für Staatssicherheit darauf kapriziert, die Barrieren aus Dogmatismus und anderer Engstirnigkeit auszuleuchten, die vielfach genommen werden

Im Anhang findet sich eine Chronik, die in einer Auswahl künstlerische, literarische und geschichtswissenschaftliche Publikationen, die in der DDR erschienen sind, darunter auch einige Übersetzungen, aus den Jahren 1946 bis 1989 auflistet.

Kennzeichen J. Bilder, Dokumente, Berichte zur Geschichte der Verbrechen des Hitlerfaschismus an den deutschen Juden 1933-1945. Hg. von Helmut Eschwege. Mit einem Geleitwort von Arnold Zweig, einer Einleitung von Rudi Goguel und einer Chronik der faschistischen Judenverfolgungen von Klaus Drobisch; VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften Berlin 1966. Eine zweite Auflage erschien erst 1981. Von Eschwege erschien ein Jahr zuvor Die Synagoge in der deutschen Geschichte, Verlag der Kunst Dresden 1980, ein hervorragend gestalteter Bild-Text-Band und eins der wenigen Bücher, die in die Geschichte der jüdischen Religion führte.

Klaus Drobisch/Rudi Goguel/Werner Müller unter Mitwirkung von Horst Dohle, Juden unterm Hakenkreuz. Verfolgung und Ausrottung der deutschen Juden 1933-1945, VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1973.

Helmut Eschwege, Fremd unter meinesgleichen. Erinnerungen eines Dresdner Juden, Links Verlag Berlin 1991.

mussten, bis ein Buch erschien, ein Film seine Urtaufführung erlebte, eine Inszenierung ihr Plazet erhielt, oder vor denen ein Unternehmen auch scheiterte. Davon zu handeln, gehört zur Geschichtsschreibung seit jeher. Sich damit aber in einer Weise zu befassen, die schließlich die Inhalte des Hervorgebrachten und seine Wirkungen in die Gesellschaft marginalisiert oder nicht mehr für erwähnenswert erachtet, liegt außerhalb dieser Tradition und ist wohl eher der Absicht zuzuordnen, eine weitere Kammer im Gruselkabinett DDR herzurichten.

Die Historiographie in der DDR ging, von Ausnahmen abgesehen, von einem historisch-materialistischen Verständnis der Geschichte aus. Das drückte sich auch in den Forschungen zum Antisemitismus und den Judenverfolgungen der Jahre 1933 bis 1945 aus und bedeutete vor allem, dass nach den Interessen gefragt wurde, die das Verbrechen und seine Eskalation bis zum Massenmord hervorbrachte, und ebenso nach den Zielen, die mit ihm kurz- wie langfristig verfolgt wurden. Auf diesem Wege wurden in Publikationen auch nur-ökonomische und mitunter vulgärmaterialistische Deutungen angeboten, die vor allem auf den Prozess der sog. Arisierungen und später auf die aus den geschundenen Juden herausgepressten Profite der deutschen Groß- und mittleren Unternehmen Bezug nahmen. Hergestellt wurde mitunter auch eine so nicht-existierende enge Beziehung zwischen den Kalkülen der wirtschaftlichen und den Entscheidungen der politischen Elite. Die Absicht, "dem Kapital" derart die geschichtliche Rechnung zu präsentieren, war erkennbar und wurde nicht verheimlicht, aber sie stimmte so nicht. Hinzu kam die Frontstellung gegen die einzig auf die Ideologie zurückgreifenden Interpretationen, die zudem ausschließlich einzelne Personen und deren Wahn und Macht für das Verbrechen verantwortlich machten.

Im Fortgang von Diskussionen und angesichts von Einsprüchen von Vertretern anderer Auffassungen, wovon immer die auch bestimmt sein mochten, wurde der Begriff der Interessen weiter gefasst, kam das politische Herrschaftsinteresse der faschistischen Führungsclique in den Blick, die – in einer langen Traditionslinie der Beherrschung von Massen stehend und diese fortsetzend – Antisemitismus und Judenverfolgung von den ersten Wochen nach der "Machtergreifung" an auf ihrem Weg der Etablierung einsetzten. Das politische Kalkül war und blieb im Blick, die Demagogie erzeugte und band Gefolgsleute ebenso wie die Praxis der Judenverfolgungen, beginnend mit den Berufs- und Tätigkeitsverboten, die ihre zunehmende Zahl von Nutznießern hatte. Die Forschungen konzentrierten sich mithin auf jene quantitativ nicht in ihre Bestandteile zu sondernde Mischung von Wahn und nüchterner Berechnung, aus der sich die geschichtliche Linie der Judenverfolgung ergab.

Deutschland ohne Juden, darauf richtete sich von 1933 die Staatspolitik, die nicht ohne taktische Rücksichten auf ungewollte und abträgliche Konsequenzen der Verfolgungsschritte befolgt wurde.

Differenzierter wurde auch der Umgang mit dem Begriff Ziel, vor allem, wenn es um die Antriebe ging, aus denen heraus die Politik der Vertreibung zur Politik der Vernichtung gesteigert wurde. Auf diesem Wege sei, so wird nach wie vor von der Mehrheit der Forscher behauptet, die Ideologie der Naziführer zum allein bestimmenden Beweggrund geworden. Hinter ihr hätten alle realen Interessen zurücktreten müssen. Ja, der Fanatismus der Hitler und Himmler wäre so weit gegangen, dass der Erreichung des mörderischen Ziels selbst militärische Notwendigkeiten geopfert worden wären. Das ist eine Legende, die nichtsdestoweniger den Rang einer Aussage gewonnen hat, die nicht mehr bewiesen werden muss.

Der Historiographie in der DDR ist demgegenüber zugutegekommen, dass in ihren Forschungen die definitiven Kriegsziele und die sich in den Köpfen der Machthaber abzeichnenden Nachkriegsvorstellungen stets eine besondere Rolle spielten, wobei das Kontinuierliche wie das Diskontinuierliche, also die faschistische Umprägung und Ausweitung der traditionellen Eroberungsprojekte abgewogen wurde. In den Koordinaten des deutsch-beherrschten Kontinents war für Juden kein Platz vorgesehen. Aus Deutschland ohne Juden wurde Europa ohne Juden, ein verbrecherisches Projekt, indem sich Wahn und Kalkül wiederfinden, unabhängig davon, ob letzteres die Wirklichkeit richtig oder verzerrt widerspiegelte. Kurzum: diese Forschungen wollten auf die Frage *Judenmord – warum* eine Antwort geben und die Untat ohne Beispiel weder methodologisch aus aller Geschichtswissenschaft herausfallen lassen, noch den Krieg als eine bloße Bedingung des Verbrechens verstehen oder gar ganz von ihm zu abstrahieren.

Die Außensicht auf die Geschichtswissenschaft in der DDR mag auch im Hinblick auf unser Thema ergeben, dass es sich um eine Forschung und Publizistik ohne Debatten handelte. Das trifft nicht zu. Von der Terminologie, mit der dem Stoff angemessen beizukommen ist ("Juden", "deutsche Juden", "jüdische Deutsche", "deutsche Staatsbürger jüdischen Glaubens" u. a.) bis zu der – eben nur knapp skizzierten – Frage nach den Antrieben von Judenverfolgung und Massenmord (hier vertraten Rudi Goguel und der Autor durchaus verschiedene Standpunkte) wurde in der Zunft und in deren Umfeld (etwa mit Mitgliedern der Jüdischen Gemeinde in Berlin-Ost) auch gestritten. Im Grunde blieben das jedoch interne Erörterungen. Hier wie auf keinem anderen Feld kam es zu Auseinandersetzungen, die der Fischer-Debatte, dem durch Ernst Nolte hervorgerufenen "Historikerstreit" oder – nach 1990 – dem Streit

um die so genannte Wehrmachtsausstellung und das Buch Daniel J. Goldhagens gleichzusetzen wären. Mittlere Beben gab es mehrfach, aber ausgelöst durch außerwissenschaftliche politische Interessen und Eingriffe von Ideologen. Die hatten vor allem Fragen aus der Geschichte der Arbeiterbewegung zum Gegenstand wie deren Zustand am Vorabend des Ersten Weltkriegs, den Charakter der Novemberrevolution, die Politik der KPD am Ende der Weimarer Republik und in den ersten Jahren der Nazidiktatur.

Das führt zu den Defiziten. Erstens: In der DDR ist im System geschichtswissenschaftlicher Einrichtungen nie eine Arbeitsstelle zur Erforschung von Antisemitismus und Judenverfolgung geschaffen worden. Die Zahl derer, die sich an verschiedenen Plätzen eigens mit dieser Forschungsrichtung befassten, blieb gering, folglich das buchhändlerische Angebot an wissenschaftlichen und allgemeinverständlichen Publikationen. Zweitens: Wie die Frage nach dem Verhältnis der deutschen Bevölkerungsmehrheit zum Regime, die unmittelbar nach Kriegsende durchaus, wenn auch mit vielen Rücksichten (die der alliierten Besatzungsmächte eingeschlossen), zur Sprache kam, bald immer mehr in den Hintergrund trat, so auch die nach ihrer Haltung zur Judenverfolgung. Die Forschung und Publizistik war fixiert auf die großen "Arisierer" und Ausbeuter. Eingedenk von Brechts Wort. Was ist der Einbruch in eine Bank gegen die Gründung (in diesem Falle die "Ubernahme" einer jüdischen) Bank. Und fraglos wog ein Aktienpaket schwerer als ein Feldpostpäckchen. Doch kannte ein erheblicher Teil der DDR-Bürger schon das von Gisela May meisterhaft interpretierte Lied von Brecht/Eisler vom Soldatenweib und dessen Geschenken. Drittens: Auch für die Geschichtswissenschaft in der DDR gilt, dass sie sich dem Vorwurf ausgesetzt sah, sich stärker den Tätern als den Opfern zugewendet zu haben. Zum einen lässt sich sagen, dass niemand mehr Ursache hat, die vielschichtige Gruppe der Täter, Mittäter, Tatbeteiligten etc. zu analysieren, als eben deutsche Historiker. Jedoch: in der Tat – und auch als Folge einer ungerechtfertigten Einengung des Begriffs Widerstand – sind die denkwürdigen Anstrengungen, die ja nicht erst in der Phase der Vernichtungsdrohung und der Vernichtung unternommen wurden, sich gegen die faschistischen Verfolger zu behaupten, von den Initiativen für die Schuldbildung der Juden bis zur Fürsorge für Hilfsbedürftigen wohl noch immer nicht hinreichend gewürdigt worden. Indessen bleibt hier noch eine andere Herausforderung. So berechtigt es ist, das Bild von den Menschen, die wie die Schafe zur Schlachtbank getrieben wurden, als ein Klischee zu markieren, so wenig kann an der nicht nur in die deutsche Geschichte führenden Frage vorbei gedacht werden, wie Zehn- und Hunderttausende, ja Millionen Menschen in die Lage gekommen waren, dass sie ihr Leben nicht mehr verteidigen konnten. Ignoranz demgegenüber würde

bedeuten, sich einer Mahnung von bleibendem Wert nicht zu verschließen. Viertens hochgradig zurück gegenüber den Forschungen in der Bundesrepublik waren die ostdeutschen Initiativen auf dem Gebiet der Regional- und Lokalgeschichte. Das galt aufs Ganze gesehen und eben auch auf die Geschichte der Juden in Städten, Gemeinden und Landschaften. Arbeiten, die für Görlitz, Leipzig. Rostock, Plauen oder Suhl (deren Veröffentlichung erfolgte erst nach 1990) und wenige andere Orte geleistet wurden, bilden Ausnahmen. Das hatte selbstredend negative Folgen für die Art und Weise, in der das Thema in den Schulen behandelt werden konnte.

Bald nach dem Ende der DDR ist von den einen die These vertreten worden, sie hätte eine Wissenschaftswüste hinterlassen, andere – und nicht nur einstige Bürger des ostdeutschen Staates – haben auch im Hinblick auf die Geschichtswissenschaft gefragt: "Was bleibt". Die 1990 gestellte Frage hat eine gewisse Lebensdauer bewiesen, wie sich beispielsweise in einem literaturgeschichtlichen Seminar der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster im Wintersemester 2004/2005 zeigte, dass sich mit Analysen zur DDR-Literatur befasste. Teilantworten haben auch Verleger gegeben. Die in DDR-Zeit gerade begonnene Reihe Europa unterm Hakenkreuz ist bis zum abschließenden achten Band fortgesetzt worden.³⁹ Bei Saur in München ist das grundlegende Werk zur deutschen Kriegswirtschaft von Dietrich Eichholtz wieder gedruckt worden.⁴⁰ Der Leipziger Universitätsverlag hat die unter der Leitung von Fritz Klein entstandene Geschichte Deutschlands im ersten Weltkrieg wieder aufgelegt. 41 Dennoch: Mir ist es auch 15 Jahre später zu früh, darauf eine weitergreifende Antwort zu geben. Wie sie aber eines Tages ausfallen wird, dessen bin ich sicher, hängt in hohem Grad davon ab, wie sich die Intelligenz der Bundesrepublik zu diesem Erbe verhält und in den kommenden Jahren noch verhalten wird.

Vortrag auf der Tagung der Fachhochschule Düsseldorf, Arbeitsstelle "Neonazismus, Arisierung und deutsche Volksgemeinschaft", Köln. 10. Februar 2006

Europa unterm Hakenkreuz. Analysen, Quellen, Register. Zusammengestellt und eingeleitet von Werner Röhr. Hg. Bundesarchiv Koblenz Hüthig Verlag Heidelberg. Die Dokumentenedition enthält eine Vielzahl von Quellen zur Geschichte der Judenverfolgung-, -deportation und -vernichtung in den von der Wehrmacht besetzten oder eroberten Gebieten.

Es erschien zunächst in dreibändig (1969-1996) im Akademie Verlag Berlin und sodann: Dietrich Eichholtz, Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939-1945, 3 Bde. in 5 Teilen Saur Verlag München 1999 und 2003

Die dritte und vorerst letzte Auflage war 1971 im Akademie-Verlag Berlin herausgegeben worden. Deutschland im ersten Weltkrieg. Von einem Autorenkollektiv unter der Leitung von Fritz Klein, 3 Bde., Leipziger Universitätsverlag 2004.

Die DDR-Öffentlichkeit und der Völkermord an den Juden. Versachlichung eines Streits?

Sie wissen wohl, meine Damen und Herren, dass in der DDR die Begriffe "Aufarbeitung" und "Bewältigung" der Vergangenheit eher ungebräuchlich waren. Gesprochen wurde zumeist davon, dass aus der Geschichte Lehren gewonnen werden müssten und dass viele bereits gezogen worden seien. Dazu, die Aufgabe so zu bezeichnen und nach solchem Nutzen zu streben, bekenne ich mich nach wie vor. Bei dem Wort "Aufarbeitung" stellt sich mir die Erinnerung an eine heute kaum noch anzutreffende Tätigkeit ein, die darin bestand, aus der Mode gekommene Kleidungsstücke wieder tragfähig zu machen. Gerade darum geht es nicht. Alexander und Margarete Mitscherlich bezeichneten die Aufgabe, die noch immer ungelöst gewesen sei, im Jahre 1967, einen Begriff Siegmund Freuds aufnehmend, als die "politische Durcharbeitung der Vergangenheit" und erblickten in ihr den "geringsten Versuch der Wiedergutmachung".¹ Durcharbeiten, damit verbindet sich die Vorstellung von einer Anstrengung, die notwendig ist, einen Widerstand zu überwinden. Und was unser Thema im engeren Sinne anbetrifft, so schien es ihnen klar, "dass man millionenfachen Mord nicht 'bewältigen' kann."² Arge Wege der Erkenntnis waren und sind zurückzulegen, denn nur Eitelkeit kann behaupten, am Ziel angekommen zu sein. Das haben Menschen aus den ältesten und vorwiegend solche aus den nachgeborenen Generationen seit ein paar Jahren fester in den Blick genommen. Es gehört zu den erfreulichen Erscheinungen unserer Zeit, dass sich in mehreren Staaten Initiativen herausbildeten, die sich sowohl auf vorbehaltlose Forschungen, angemessene Formen der Aufklärung ("holocaust teaching") und auch auf die Tilgung von nach dem Ende des Naziregimes entstandenem Unrecht richten. Zuletzt gelangten Nachrichten dieses Inhalts aus Schweden in die Medien.³ Diese Unternehmungen richten sich vielfach nicht nur auf die Vergangenheit, sondern sollen zugleich (Neo-)Nazis das Wasser abgraben.

* * *

Das Verhältnis der DDR zu Judenverfolgung und Judenmord ist in Politik, Forschung und Publizistik umstritten. Das hat mehrere Gründe. Zum einen ist das Thema einfach trotz aller wissenschaftlichen Unternehmen und der aus ihnen hervorgegangenen beachtlichen Resultate nicht hinreichend erforscht. Das Missverhältnis zwischen Bekanntem und Unbekanntem aber ergibt erfahrungsgemäß immer

Alexander und Margarete Mitscherlich, Die Unfähigkeit zu trauern. Grundlagen kollektiven Verhaltens, Stuttgart 1967, S. 21.

Ebenda, S. 24.

Vgl. Jochen Reinert, Holocaust-Aufklärung als Chefsache. In: Neues Deutschland, 22. Oktober 1998.

einen Boden für verschiedene und kontroverse Sichten. Er verkleinert sich in dem Maße, wie Grauzonen und Blindflecke beseitigt werden. Zum anderen spielten in die Forschungen der letzten Jahre viele Interessen hinein, die keineswegs durchweg von negativer, aber eben auch nicht zur Gänze von förderlicher Wirkung sind. Mancher erinnert sich an die Versuche, die Gleich- oder Parallelsetzung von DDR und faschistischer Diktatur dadurch glaubwürdig zu machen, dass die DDR zu einem antisemitischen Staat erklärt wurde, auf dessen geschichtliches Schuldkonto ein "Auschwitz der Seelen" zu schreiben wäre. Als eine beziehungsreiche Gegenrede zu dieser Sicht kann die Frage gelesen werden, die Gerhard Zwerenz kürzlich stellte: "Gab es für Kommunisten und Juden, für kommunistische Juden und jüdische Kommunisten nicht allerhand gute Gründe für ihr DDR-Engagement?"⁴ Andere haben "auch in der DDR" und zwar in deren Frühzeit eine "antisemitische Welle" festgestellt⁵, ein Begriff, der jedenfalls gegen die Interpretation nicht geschützt ist, es sei das ganze Land von einer solchen Bewegung erfaßt worden. Doch zeigte die Erforschung der beschämenden, die Rechte und die Würde von Menschen und Menschengruppen schwer verletzenden Vorgänge der Jahre 1952/1953, dass sie nicht in erster Linie der Geschichte von Antisemitismus und Judenfeindschaft zuzurechnen sind, wenn auch Antisemiten in ihrem Verlauf zum Zuge kamen und Juden einen erheblichen Teil der unter den Verdacht des Verrats gestellten Personen ausmachten, gemaßregelt, inhaftiert und manche von ihnen in schmählichen politischen Justizprozessen verurteilt wurden. Doch ging diese Kampagne vielmehr aus der von Stalin geprägten Praxis der Verfolgung von kommunistischen Kadern in der UdSSR, der Komintern und später in den zum sowjetischen Machtbereich gehörenden Staaten Ost- und Mitteleuropas hervor. Sie setzte deren unheilvolle und mörderische Tradition fort und bildete zugleich deren Schlussphase.

Nun gibt es verschiedentlich Anzeichen einer Versachlichung des Streits. In einem plastischen Bild ist geschrieben worden, es zöge "der Pulverdampf über dem Schlachtfeld der DDR-Forschung langsam ab".⁶ Dazu trägt die Besinnung (oder vielleicht auch Rückbesinnung) auf in der Wissenschaft erprobte methodologische Verfahren bei. Urteile sind mehr gefragt als Verurteilungen. Entwicklungen und Veränderungen kommen in den Blick.⁷ Es wird danach gefragt, von welchem Jahr oder

⁴ Gerhard Zwerenz, In Erwartung diverser Entschuldigungsbriefe. In: Disput, 9/1998, S. 27.

⁵ Anette Leo, Den Fall Eichmann maximal gegen Bonn zuspitzen [...]. In: Freitag, 17. April 1998.

Dietmar Keller/Reinhard Mocek in Ansichten zur Geschichte der der DDR. Im Auftrag der Bundestagsgruppe der PDS Hg. von Ludwig Elm, Dietmar Keller und Reinhard Mocek, Bd. 9/10, Berlin 1998, S. 13.

Am schwersten tun sich aber die (west-)deutschen Historiker damit, ihre einstigen ostdeutschen Kollegen und deren Rolle in DDR-Zeit nach eben jenen Prinzipien zu analysieren und zu bewerten, die ihnen sonst in ihrer Wissenschaft gelten. Auch da machen sich neue Töne hörbar, wie beispielsweise auf einer kürzlichen Tagung in Potsdam, die von der brandenburgischen Zentrale für politische Bildung veranstaltet worden war. S. Karlen Vesper, Versöhnungsgesten und verräterische Worte. In: Neues Deutschland, 4. November 1998.

welchen Jahren in der 40jährigen Existenz des Staates DDR gehandelt wird, ob ihre Voraussetzungen und Anfänge gemeint sind oder ihre Abstiegsphase und Agonie. Solche Unterscheidungen müssen nicht erst gefunden werden, wenn sie auch noch exakter zu bestimmen sind. Stephan Hermlin bezeichnete im Spätsommer 1988 die Veränderung, als sie sich erst noch vollzog, mit unbestechlicher Beobachtungsgabe: "Über die Judenverfolgung, über die Vernichtung wird in unseren Schulen viel gesprochen. Ich möchte da auch keine Ungerechtigkeit zulassen; die DDR hat sich in dieser Frage stets [...] ehrenhaft verhalten. Aber ich möchte eben auch, daß das weiter so bleibt." Damit war – wenn auch mit Zurückhaltung – ausgesprochen, dass Besorgnisse und Taten sich auf einen Wandel zu richten hatten, der mindestens eine Traditionsverletzung darstellte und sich nicht zum Traditionsbruch ausweiten sollte.

Wer heute eine differenzierende Analyse fordert, das ist nicht mehr als das übliche Vorgehen in der Wissenschaft, wird jedoch noch vielfach der Absicht verdächtigt, es sollten die besseren Jahre der DDR gegen ihre schlechteren aufgerechnet werden, damit unter dem Strich ein historisches Plus vorzuweisen sei. Mit solchen Unterstellungen wird die Forschung wohl noch eine ganze Zeit lang weiterleben müssen, doch muss sie sich darum nicht weiter kümmern. Sie hat vor allem die Fragen, die sie an ihren Gegenstand richtet, möglichst präzise zu fassen. Geschieht das nicht oder nicht ausreichend, werden auch die Antworten verschwommen und im Grunde indiskutabel ausfallen. Das alles mag zu selbstverständlich erscheinen, als dass es hier gesagt werden müsste. Jedoch das Selbstverständliche muss erinnert werden, wenn es so häufig missachtet wird.

Unser Thema kann zweckmäßig in vier Fragen oder Fragengruppen aufgeschlüsselt werden. Die erste: Wurde in der DDR das Verbrechen des Massenmords an den Juden deutlich, also ohne jedes Wenn und Aber benannt, und wurde denjenigen, die es dreist ableugneten oder gar rechtfertigten, entschieden entgegengetreten? Die zweite: Wurden in der DDR die für dieses Verbrechen Verantwortlichen, die Täter auf allen Stufen und die Mittäter benannt und – soweit sie ermittelt und greifbar waren – ihrer Verbrechen wegen angeklagt, verurteilt und bestraft? Die dritte: Wurden in der DDR die historischen und strukturellen Voraussetzungen und Bedingungen des Verbrechens bewusst gemacht und versucht, der einzig möglichen Wieder-

Lothar Steinbachs Urteil hingegen: "Doch der Beginn einer ruhigeren Debatte ist nicht in Sicht, und die Tendenz, aus den Akten zu enthüllen, was bislang unter Verschluss lag, hält unvermindert an." DDR-Historie zwischen Wissenschaft und Politik. Anmerkungen zu unterschiedlichen Forschungsansätzen und kontroversen Bewertungen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 45/1998, S. 32 f.

Das ist das Schicksal der Antifaschisten; Sisyphus sein. Interview der "Jungen Welt" mit Stephan Hermlin, in der Ausgabe vom 16. September 1988. Seine Wortmeldung blieb folgenlos und der 50. Jahrestag des Pogroms wurde knapp zwei Monate später begangen, ohne dass ein Schritt zur notwendigen Mobilisierung gegen zunehmende Erscheinungen von Antisemitismus und Feindseligkeit gegenüber Fremden erfolgte.

gutmachung gerecht zu werden, die diese Bezeichnung wirklich und uneingeschränkt verdient: zu sorgen, dass es nicht wieder geschieht? Die vierte: Wurde der übergroßen Mehrheit der DDR-Bevölkerung bewusst gemacht, dass sie selbst wie der Staat gegenüber dem verschwindend kleinen Rest der mit ihr lebenden Juden eine besondere Fürsorgepflicht besitzt und dass sie mit einzustehen hat für das Wohl und das Wehe von vertriebenen Juden und Holocaust-Überlebenden außerhalb ihrer Grenzen? Schon die Aufzählung dieser Fragen und deren flüchtige Inspektion machen deutlich, dass die Antworten sehr verschieden ausfallen und ihre Summe schwer zu ziehen ist. Nur manche von ihnen lassen sie mit einem klaren Ja oder Nein beantworten. Entsprechend sperrig erweist sich das Thema gegen eine einfache Summierung der Antworten.

Bevor auf die genannten Fragegruppen eingegangen wird, soll daran erinnert werden, dass die ideologische und psychologische Ausgangssituation nach Kriegsende in allen vier Besatzungszonen die gleiche war. Überall wurde versucht, wie Alexander und Margarete Mitscherlich feststellten, das "allgemeinmenschliche Bedürfnis" zu befriedigen, "sich von der quälenden Erinnerung an Schuld und Scham abzusetzen". Oder sollte man sagen: diese quälende Erinnerung erst gar nicht aufkommen zu lassen? Die Situation begann sich in Ost und West alsbald aber dadurch zu unterscheiden, dass die Kräfte, die diesen Fluchtversuchen entgegenwirkten, in den einzelnen Besatzungszonen sehr unterschiedliche Stärke gewannen.

Versuchen wir also im Folgenden auf die genannten vier Fragen eine Antwort zu finden, für deren Text gilt, was Wolfgang Küttler angemahnt hat: "Wer als Betroffener in die Debatte (um die DDR-Geschichtsschreibung und die Rolle der Historiker – K. P.) eingreift, muss sich immer auch der Tatsache bewusst sein, dass die Zusammenhänge von Last und Leistung, von Wissenschaft und Staatsaktion, über die er in der dritten Person berichtet, auch in der Ichform gedacht und erzählt werden müssten."¹⁰ In der Formulierung dieses insgesamt trefflichen Ratschlags scheint mir nur das Wort "Mitbetroffener" jedenfalls für diejenigen Historiker zu schwach gewählt, die an herausragenden Plätzen tätig waren.

I.

Das Verbrechen des Massenmords an den europäischen Juden ist in der DDR während ihrer gesamten Existenz auf vielerlei Weise ins allgemeine Geschichtsbewusstsein gerückt worden. Daran besaßen Ideologen, Politiker, Künstler, Schriftsteller, Historiker, Philosophen und andere Gesellschaftswissenschaftler, vor allem aber Pä-

Ebenda, S. 32/33

Wolfgang Küttler, Zwischen Wissenschaft und Staatsaktion. Zum Platz der DDR-Historiographie in der "Ökumene der Historiker". In Berliner Debatte/Initial, 2/1991, S. 142.

dagogen und noch vor diesen einige der Überlebenden einen denkwürdigen Anteil. Der wachste Teil der Ostdeutschen und insbesondere die Beginner in den ersten Nachkriegs- und Gründerjahren der DDR erinnern sich einiger schmalbrüstiger Schriften gegen Rassismus und Antisemitismus. Viele Studenten jener Jahre lasen, nein: verschlangen Victor Klemperers LTI, das Buch, das sie wie kein zweites befähigte, sich mit ihrem eigenen Gedanken- und Gefühlshaushalt auseinanderzusetzen. Weiter noch wirkte der in Potsdam-Babelsberg hergestellte DEFA-Film "Ehe im Schatten". Und weil kürzlich die Feststellung des Anteils der Wehrmacht an den Verbrechen so viel Aufsehen und Streit hervorrief, sei erwähnt, dass der Täter im ersten Film dieser Nachkriegsproduktion "Die Mörder sind unter uns" kein SS-Offizier war, sondern ein Hauptmann der Wehrmacht. Niemand hielt das 1946 für eine Erfindung oder Verunglimpfung.

Was das Verbrechertum dieses Regimes angeht, das seine praktische Vorgeschichte in den Untaten der SA in der Weimarer Republik besitzt, so wurde an ihm in der DDR-Gesellschaft nie ein Zweifel gelassen. In diesem Punkte besitzt der ostdeutsche Staat – da drücke ich mich klar aus – für die längste Zeit seiner Existenz eine blütenweiße Weste. Daran besaß auch die Geschichtswissenschaft ihren und nicht den geringsten Anteil. Nur ein einziges ihrer wissenschaftlichen Großprojekte überstand die Wende des Jahres 1989 und das war bezeichnenderweise die Edition "Europa unterm Hakenkreuz", in deren Bänden Staat für Staat und Gebiet für Gebiet dokumentiert wird, was deren Eroberung durch die Wehrmacht für die Bewohner für Folgen besaß. 13 Die Weste, um im Bilde zu bleiben, bekam – außerhalb der Wissenschaft – in der Endphase der DDR-Existenz böse und ekelhafte Flecke. Das geschah in der Zeit des Verfalls von Staat und Gesellschaft. Es obsiegte die Tendenz, die nicht ins Selbstbild passenden Tatsachen und Prozesse zu ignorieren, anstatt vorhandene Abwehrkräfte zu mobilisieren. Noch wurden Bücher geschrieben und gelesen, noch auf den Theatern Stücke inszeniert und gezeigt, noch Filme gedreht und aufgeführt, die aus der beschriebenen Tradition herkamen und sie fortsetzten, aber die können nicht gegen die Passivität aufgerechnet werden, die sich gegenüber den eindeutigen Vorkommnissen auf Schulhöfen und Fußballplätzen breitmachte.

Der Film (Regie Kurt Maetzig) wurde am 3. Oktober 1947 uraufgeführt.

Die Uraufführung des unter der Regie von Wolfgang Staudte hergestellten Films fand am 15. Oktober 1946 statt.

Die Reihe Europa unterm Hakenkreuz. Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus 1938-1945, Hg. von einem Kollegium unter Leitung von Wolfgang Schumann und Ludwig Nestler wurde eröffnet mit dem Band: Die faschistische Okkupationspolitik in Österreich und der Tschechoslowakei (1938-1945). Dokumentenauswahl und Einleitung von Helma Kaden, Berlin 1988. Sie schloss mit Europa unterm Hakenkreuz. Analysen, Quellen, Register. Zusammengestellt und eingeleitet von Werner Röhr, Heidelberg 1996 (= Bd. 8. Hg. vom Bundesarchiv).

Die Befragungen, die nach 1990 in der Bundesrepublik zu ergründen suchten, wie es ihre Bürger im Hinblick auf Anti- und Philosemitismus halten, bezeugten die Nachwirkungen aufklärerischer Einflüsse aus DDR-Zeit, wenn sie – auch zu meiner Enttäuschung – nicht so vollkommen und vor allem nicht so nachhaltig waren, wie viele glaubten, die sich daran einen mehr oder weniger großen Anteil anrechnen konnten. Diese Ernüchterung bleibt, wenn auch die beiden ersten, bereits im Oktober 1990 vorliegenden Studien, die auf der Grundlage von Umfragen entstanden, übereinstimmend besagten, dass - verglichen mit Westdeutschland - in den neuen Bundesländern der Antisemitismus "eine wesentlich geringere Verbreitung" besaß. Diesen Befund bestätigten spätere Ermittlungen.¹⁴ Auf der Basis einer vom Dezember 1991 herrührenden Umfrage des Emnid-Instituts wurde ermittelt, dass es im Hinblick auf antisemitische Einstellungen eine deutliche Differenz zwischen Ost- und Westdeutschen (4,1% zu 16,4%) existierte. Und auch 1994 ergaben Messungen "ebenfalls ein deutliches West-Ost-Gefälle", wenn nach rechtsextremen Einstellungen gefragt wurde. 15 Am stärksten aber zeugt auch gegen das Bild von der DDR als einem antisemitischen Staat, dass sich deren einstige Bürger das Klischee vom "verordneten Antifaschismus" nicht verpassen ließen. Die Mehrheit dieser Bürgerschaft unterstützte oder billigte auch die Unterdrückung aller Regungen der Juden- und ganz allgemein von Fremden- und Völkerfeindschaft – eine generalisierende Feststellung, die zu erläutern wäre.

Da insbesondere über den Geschichtsunterricht zu DDR-Zeit und da wieder vor allem über die Darstellung der Geschichte der Jahre von 1933 bis 1945 Legenden in Umlauf gesetzt worden sind, sei hier eine Bemerkung angefügt, die sich auf die Darstellung von Judenverfolgung und Judenmord in den vom Ministerium für Volksbildung in Auftrag gegebenen, begutachteten und zugelassenen Lehrbüchern im Fach Geschichte bezieht. Im 1956 eingeführten Lehrbuch für die 8. Klasse wurde von der Rassenlehre und deren hauptsächlicher Funktion ausgegangen und dann festgestellt, dass sie sich insbesondere gegen Juden und slawische Völker richtete. Dann werden genannt: die Nürnberger Gesetze sowie Schritte, die den Juden Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten nahmen, die Schändung von Friedhöfen und Gotteshäu-

Zu den Quellen und deren Beurteilung s. Werner Bergmann/Rainer Erb, Antisemitismus in Deutschland 1945 – 1996. In: Wolfgang Benz/Werner Bergmann, Vorurteil und Völkermord. Entwicklungslinien des Antisemitismus, Freiburg 1997, S. 406 ff.

Werner Bergmann/Rainer Erb, Rechtsextremismus und Antisemitismus. In: Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung. Hg. Jürgen Falter u.a., Opladen 1996, S. 332. Bergmann/Erb konstatieren an anderer Stelle: "Mit unserem Index ließen sich in Ostdeutschland unter den Wählern von Bündnis 90 und PDS keine Antisemiten feststellen." S. 334.

Im Folgenden stützt sich der Beitrag auf Angaben und Zitate aus einer kürzlich erschienenen Arbeit des Potsdamer Historikers Kurt Finker, Faschismus, Antifaschismus und "verordneter Antifaschismus". In: Ansichten zur Geschichte der DDR Hg. im Auftrag der Bundestagsgruppe der PDS von Ludwig Elm, Dietmar Keller und Reinhard Mocek, Berlin 1998, S. 178 ff.

sern, die Ghettoisierung am Beispiel Warschaus, der Massenmord an den europäischen Juden, deren Opferzahl mit "etwa 5 Millionen" angegeben wurde. Erwähnt wird die verbrecherische Rolle der Einsatzkommandos und weiterer "Sondereinheiten" und deren Gräueltaten, wobei die in Kiew, auf der Krim und in Riga besonders bezeichnet wurden. Geschildert werden die barbarischen Tötungsmethoden, die Erschießungen und die Vergasungen in fahrbaren und stationären Anlagen. Genannt werden der Warschauer Ghettoaufstand und seine barbarische Niederschlagung.

Zweiunddreißig Jahre später, 1988, wurde – für die 9. Klasse – das letzte der zu DDR-Zeit entstandenen Schulgeschichtsbücher eingeführt. Darin sind die Tatsachenangaben zahlreicher und konkreter im Hinblick auf die Nürnberger Gesetze, den Pogrom vom November 1938, die Schikanen gegen die jüdischen Deutschen, ihre Ausraubung durch den Staat und die Gewinne, welche die "Arisierer" erzielten. Vermehrt sind die Fakten über den Ghettoaufstand in Warschau. Die Zahl der ermordeten Juden wird mit über 6 Millionen angegeben. Unbefriedigend, weil lückenhaft ist in beiden Lehrbüchern die Darstellung von Gesinnung und Haltung der nichtjüdischen Deutschen. Das gilt im weitesten Sinne. Zwar wird kein Zweifel daran gelassen, dass Rassenlehre und Judenhass sich im Volke und insbesondere unter den jüngeren Generationen verbreiteten, und ausdrücklich wird 1956 festgestellt, es müsse "zur Schande unseres Volkes gesagt" werden, dass sich auch viele Wehrmachtssoldaten auf den Raubzügen persönlich bereicherten. Dennoch blieb das Bild in jeder Hinsicht unvollständig. Von den Konzernen, die an der Ausraubung und Tötung der Juden beteiligt waren, fallen die Namen von IG Farben und von Flick. Es kann keine Rede davon sein, dass der Antisemitismus in Ideologie und Praxis einzig der Bourgeoisie, dem Kapital oder dem Monopolkapital angelastet worden wäre. Jedoch werden als Nutznießer der Judenausraubung in der Bevölkerung lediglich nicht näher bezeichnete Nazifunktionäre genannt. Unterbelichtet blieb auch die Rolle der Wehrmachtführung.¹⁷

Diese Bemerkungen stellen nicht mehr als ein Plädoyer für eine eingehende Auseinandersetzung mit den Texten dar, die für die Hand des Schülers bestimmt waren. Für ein vollständigeres Bild wären die Lehrpläne (der letzte: Lehrplan Geschichte Klassen 5-10, Berlin 1988) und die Unterrichtshilfen heranzuziehen, deren erste Durchsicht ergibt, dass sie in ihren Festlegungen und Erläuterungen hinter dem Schulbuchtext für die 9. Klasse, deren Autoren Mitarbeiter des Zentralinstitut für deutsche Geschichte an der Akademie der Wissenschaften der DDR waren, erheblich zurückbleiben. Dabei zeigen auch Passagen der Schulbuchtexte, dass deren Autoren letzte Sicherheit in den Fakten und deren Einordnung nicht durchweg besitzen. Vervollständigen ließe sich das Bild von dem Platz, den Judenverfolgung und Massenmord an den europäischen Juden im Unterricht der allgemeinbildenden Schule einnahmen, jedoch erst durch Befragungen von Lehrern und Schülern. (Aus seiner Teilnahme an den Veranstaltungen der Lehrerweiterbildung weiß der Autor dieses Beitrags, dass es unter den Lehrern ein verbreitetes Bedürfnis gab, Ursachen, Antriebe, Motive, Zwecke und Ziele des Rassenantisemitismus der deutschen Faschisten zu diskutieren und über den Forschungsstand informiert zu werden.) Wie unterschiedlich auch die einschlägigen Schulbücher zwischen 1949 und 1989 geschrieben sein mochten, es ist schwer zu glauben, dass in der DDR ein Abiturient im Jahre 1966 mit einem "Bild von der Vergangenheit" aufwachsen konnte, dass durch das "Schweigen über den Holocaust" geprägt gewesen sei. So aber als Zeitzeugin: Anette Leo, Den Fall Eichmann maximal gegen Bonn zuspitzen [...]. In: Freitag, 17. April 1998.

In einem Punkte hielt sich die Geschichtsschreibung der DDR durchgängig zurück und das schlug sich auch in den in den Schulen gebräuchlichen Lehrmitteln nieder. Er betraf die Wirkungen, welche Antisemitismus und Judenhass im Reich jenseits von dessen Grenzen erzeugte. Der sich verstärkende, die Judenfeinde in den jeweiligen Ländern ermutigende Sog, der von der deutschen Politik – etwa die antijüdischen Initiativen der Regierungen in Bukarest, Budapest, Polen und Italien¹⁸ – bereits vor dem Pogrom ausging, blieb unerwähnt. Und gleiches galt – beispielsweise – für das Echo des 9. November 1938 in Frankreich, wo die Regierung ihre auf Deutschland gerichtete "Friedenspolitik" nicht durch die Einnahme eines kritischen Standpunktes gefährden wollte, wo rechtsextreme und faschistische Kräfte antijüdische und fremdenfeindliche Initiativen ergriffen, deren Ziel ebenso die 90.000 französischen und nichtfranzösischen Juden im Lande waren wie Einwanderer aus den afrikanischen Kolonien, und wo das Parlament schwieg, ausgenommen die Fraktion der Kommunisten, für die Gabriel Péri davon sprach, die Regierung wolle sich durch ihre Haltung von der deutschen ein "Patent für gute Führung" ausstellen lassen. Die Ursache dieser "Unterlassung" lag in der strikten Abgrenzung von jenen Kräften, welche die Verantwortung und Schuld der Deutschen dadurch vermindern wollten, dass sie mit dem Argument "Die anderen auch" operierten. Diese Haltung, die sich auch auf das Beschweigen des Ausmaßes der Kollaboration während der Kriegsjahre erstreckte, besaß freilich ihren Preis. Das Ausmaß, in dem in Europa faschistische Kräfte existierten und sich insbesondere an den Verbrechen gegen Juden beteiligten, sobald ihnen dazu Gelegenheit gegeben wurde, blieb außerhalb der gebotenen Sichtweite. Das zeitigte – dies nebenbei – auch eine Spätfolge. Rasch wurde nach 1990 von vielen Ostdeutschen die in der Altbundesrepublik eingeübte Kennzeichnung des deutschen Faschismus als "Nationalsozialismus" übernommen, also eine – theoretisch meist nicht hinterfragte – Sprachneuregelung übernommen, der die Überbewertung der Besonderheiten der faschistischen Bewegungen und Regime (und damit einhergehend eine Minderbewertung ihrer Gemeinsamkeiten) zugrunde liegt.

In einem der letzten Geschichtsbücher, das zu DDR-Zeit geschrieben und autorisiert wurde, 1990 nur noch in einer provisorischen Ausgabe erschien, aber nicht mehr in den Unterricht einbezogen wurde – es war für die Abiturstufe bestimmt und entstand im Zusammenhang mit der beschlossenen Wiedereinführung eines systematischen obligatorischen Unterrichts im Fach Geschichte bis in das 12. Schuljahr – wurden

In Italien wurde mit der antijüdischen Gesetzgebung erst 1938 kurz vor dem Pogrom begonnen. Dabei bedarf es noch weiterer Untersuchungen, wie sich dortzulande Gesetzgebung und Wirklichkeit des Antisemitismus entwickelten. Es charakterisiert die Situation ein wenig, dass antijüdische Maßnahmen einzig in einem kleinen Dorf in Südtirol gleichsam "vorgezogen" worden waren. Führende italienische Faschisten hielten sich etwas darauf zugute, dass sie strikt mit den Mitteln der Gesetzgebung gegen die Juden vorgingen.

der Antisemitismus und dessen Funktionen (ausgewiesen in den Formeln des "jüdischen Bolschewismus" und des "jüdischen Plutokratismus") im Zusammenhang mit der Entstehung und der Rolle der NSDAP erwähnt. Später werden der Massenmord an den europäischen Juden in einem eigenen Abschnitt behandelt und Passagen aus der Niederschrift über die "Wannsee-Konferenz" zitiert sowie dieser Mord in Beziehung zu dem an den Sinti und Roma gesetzt.¹⁹

Dem muss hinzugefügt werden, dass im allgemeinen Bewusstsein der DDR-Bürger dasjenige, was die Verfolgung und Ermordung der Juden mit dem Schicksal anderer Gruppen, denen das gleiche Schicksal bereitet wurde oder bereitet werden sollte, verband, stärker ausgebildet war, als das Wissen um die Besonderheit des "Holocaust", die manche Forscher und viele Zeitgenossen auch als Einzigartigkeit begreifen. Die Geschichte der Juden erhielt in Aufzählungen eine Zuordnung, in welche die Ereignisse nicht hineingehörten und in denen sie nivelliert wurden. Zwischen dem Niveau wissenschaftlicher Erkenntnisse und der Geschichtspublizistik klaffte in diesem Punkte eine erheblich größere Lücke, als sie auf anderen Feldern vorhanden war und hingenommen werden konnte. Auch die falsche Hierarchisierung der Opfergruppen, die sich vielfältig ausdrückte, wurde nicht beseitigt. Erst Korrekturen, die in Gedenkstätten, an Gedenkorten und in Museen nach 1990 in Angriff genommen wurden, schufen einen Wandel auch im öffentlichen Bild.

II.

In der DDR wurde von ihrem Anfang bis zu ihrem Ende jener Verengung des Täterbildes entgegengetreten, von dem Alexander und Margarete Mitscherlich schrieben: "[...] plötzlich waren nur noch die unauffindbaren oder abgeurteilten Führer für den in die Tat umgesetzten Völkermord zuständig."²⁰ Die beiden Psychologen bestanden demgegenüber darauf, "dass sich der Mord an Millionen schutzlos Verfolgter aus sehr vielen schuldhaften Entscheidungen und Handlungen einzelner zusammensetzt".²¹ Doch wurde die hitlerzentristische Ansicht nicht nur aus apologetischen Interessen verfochten. Rudolf Hagelstange meinte, das Verbrechen habe sich ereignet, "weil ein Tyrann es befahl." Und Gerald Reitlinger, der sich das Verdienst der ersten Gesamtdarstellung der Geschichte der "Endlösung" erwarb, führte die Untat auf den "pathologischen Hass von Hitler und einigen wenigen seiner Spießgesellen" zurück, welche die "große Maschinerie" der Judenausrottung in Gang gehalten hätten.²²

Geschichte, Lehrbuch für die Abiturstufe, Teil 2, Vorläufige Ausgabe, Berlin 1990, S. 67 u. 102.

Mitscherlich, S. 25.

²¹ Ebd., S. 31

Das Zitat von Rudolf Hagelstange findet sich bei Gerald Reitlinger, Die Endlösung. Hitlers Versuch der Ausrottung der Juden Europas 1939-1945, Berlin 1957, 2. Aufl., S. XIII, das folgende Zitat ebd. S. 549.

Im Unterschied dazu lautete die Grundthese der Geschichtspropaganda schon in der Zeit der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) bestimmt: Hitler und wenige seiner Komplizen waren es nicht allein. ²³ Dabei wurde in erster Linie die Rolle der Beamtenschaft, der Wirtschaftsführer, der maßgeblichen Wissenschaftler und weiterer Angehöriger der sog. Eliten erwähnt, charakterisiert und erforscht, aber auch diejenige der Millionen von Mitgliedern der NSDAP und ihrer wichtigsten Verbände betont. Diese Herangehensweise wurde auch durch die – heute vielgeschmähte – Geschichtsauffassung begünstigt, die historische Entwicklungen prinzipiell gerade nicht als das alleinige Resultat des Wirkens von großen Männern mit ihren einsamen Ideen und ihrem übermenschlichen Willen betrachtet. Karl Marx war und blieb in diesem Punkte ein verlässlicher Ratgeber.

Einer der ersten Nachkriegsprozesse, die in Berlin stattfanden, war der gegen die Täter der Köpenicker Blutwoche, das waren die kleinen, aber blutbesudelten SA-Leute aus dem Mordsturm 33. Die Verfolgung der Judenpeiniger und Judenmörder durch die Justiz der DDR, was sonst über sie gesagt werden muss und mag, ist vergleichsweise gut dokumentiert und auch statistisch erfaßt. Ein vollständiger Vergleich des Vorgehens in den beiden deutschen Staaten wird möglich werden, wenn das dokumentarische Großunternehmen des niederländischen Strafrechtlers C. F. Rüter weiter fortgeschritten und abgeschlossen sein wird. Doch der kürzlich auf einer internationalen Tagung unternommene, wirklich ernsthafte Versuch, die NS-Prozesse in der DDR als bloße Methode zu kennzeichnen, an das Eigentum von Kapitalisten zu gelangen, gibt sich selbst der Lächerlichkeit preis.

Die Ostzone und die junge DDR standen lange unter einem besonderen Zwang, die aus ihrer Mittäterschaft herrührende Verantwortung der Massen für das Regime, seine Entstehung, seine Existenz und also auch für seine Untaten auszusprechen. Dieser Zwang ergab sich aus den Reparationsleistungen, die tief und zusätzlich verarmend in das Leben von Millionen eingriffen und keineswegs nur oder auch nur in erster Linie die – übrigens meist in die westlichen Zonen gegangenen – Eigentümer der Betriebe trafen, die ihrer Anlagen und ihres Maschinenparks entleert wurden. Es war nichts weniger denn populär, den Ostdeutschen zu sagen: Ihr müsst eine Zeche bezahlen, die ihr mitgemacht habt. Dieser äußere Druck, über die Vergangenheit und

Alexander Abusch wandte sich gegen Darstellungen, die das deutsche Volk von der Verantwortung für das Aufkommen und den Sieg der Faschisten freisprechen und es in toto als deren Opfer hinstellten und schrieb: "Das ist historisch falsch und dazu ein schlechter Dienst für das deutsche Volk, wenn es künftig als ein mündiges und demokratisch verantwortliches Volk denken und handeln lernen soll." Irrweg einer Nation, Berlin 1947, S. 254 f.

Die Sammlung "Justiz und NS-Verbrechen" weist neuerdings für die Bde. I-XXII einen Registerband und eine dazu gehörige CD-ROM mit Benutzerhandbuch auf. Für die Bände XXIII ff. lieg ein vorläufiges Verfahrensregister vor.

den eigenen Anteil daran nachzudenken und zu reden, ließ mit der Zeit nach. Die Systemkonfrontation, dann die von 1947 datierende Entstehung des Kalten Krieges und dessen rasche Eskalation wirkten in die gleiche Richtung.

Das begünstigte gedankliche und mentale Schlussstriche, die schweigend in den Familien gezogen wurden, führte zur Verdrängung eigener Biographien und zu Erinnerungsverlusten. (Das hatte in den siebziger und achtziger Jahren zur Folge, dass Studenten der Geschichte erst durch Universitätsseminare angeregt wurden, ihre Eltern und dann zumeist schon ihre Großeltern nach der Familiengeschichte in den Jahren des Faschismus zu befragen, wobei sie überraschende Entdeckungen machten.) Wer am Aufbau teilnahm, und wer tat das eigentlich nicht, der vermeinte und dem wurde auch bescheinigt, dass er durch sein Tätigsein ein anderer und neuer Mensch zu werden begann, später es dann womöglich schon geworden sei. Bloße Phrasendrescherei war das nicht. Viele Menschen hatten sich wirklich verändert. Nur in welche Richtung und bis zu welchem Grad? Die Antwort lautete: Vom Faschisten oder deren Gefolgsmann zum Antifaschisten. Doch was war das für ein Antifaschismus? Welchen Inhalt besaß er oder welcher wurde ihm in den sich bewegenden Verhältnissen beigegeben?

Mit den Wandlungen der Gesellschaft im Osten Deutschland verschwand zwar das Verständnis des Antifaschismus der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre und der Kriegszeit nicht, aber er wurde eines wesentlichen Teils seines Inhalts, der Idee des Demokratismus, beraubt, reduziert also und mehr und mehr verunstaltet. Dies erscheint als ein wesentlicherer Vorgang denn die nachweisbare Formalisierung und Ritualisierung seiner Erscheinungsformen. Mit der Idee des demokratischen Antifaschismus, die sich im Zeichen von Volksfrontbestrebungen herausgebildet hatte und die sprachlich-programmatisch aufbewahrt wurde im Begriff der "antifaschistisch-demokratischen Ordnung", verband sich ein selbstbewusstes Bürger- und humanistisches Menschenbild. Es verblasste mit den Jahren zunehmend und ging weitgehend verloren. Für kurze Zeit und auf eine wohl noch zu erforschende und zu interpretierende Weise schien es 1989 wieder auf in den Demonstrationen unter der Losung "Wir sind das Volk!"

III.

Das Eingehen auf die Frage, ob in der DDR der Massenmord an den europäischen Juden in seine geschichtlichen Zusammenhänge gestellt wurde, woraus sich dann ja erst tiefere Einsichten und aktuelle Schlussfolgerungen ergeben könnten und herleiten ließen, verlangt eine Vorbemerkung: Immer wieder haben sich Forscher zu Worte gemeldet, welche das ganze System des Faschismus und den von ihm angezet-

telten Krieg schlechtweg für sinnlos halten²⁵, was auch bedeutete, dass es sich jeder rationalen Erklärung entzöge. Unter Wissenschaftlern ist bis heute umstritten geblieben, ob die Frage nach dem Warum des Judenmords überhaupt beantwortbar ist. Forscher, die um die Aufdeckung der Vorgeschichte des Holocaust sich erhebliches Verdienst erwarben, antworteten mit einem bestimmten Nein. Diese Auffassung wurde von Historikern in der DDR nicht geteilt, wenn auch die Antworten derer, die keine agnostizistische Position bezogen, keineswegs einhellig ausfielen.²⁶

Zudem: Jede Antwort, die nicht vereinfacht, nicht nur auf Hitler, Himmler, Bormann, Heydrich und einige wenige andere verweist, die sich nicht mit Zauberformeln wie der Wirkung des "eliminatorischen" Antisemitismus bescheidet, verlangt eine erhebliche geistige Anstrengung. Nur wer sich zu einem Gesamtverständnis des Ganzen, das der Faschismus darstellte, emporgearbeitet hat, wer – ohne dies ist das nicht zu erreichen – eine erhebliche Zahl von geschichtlichen Tatsachen und Prozessen sich geistig verfügbar macht und sie kombinieren kann, wird eine ihm vorgetragene Antwort nicht einfach übernehmen müssen, sondern ihrem Zustandekommen nachdenken können. Es gibt auch im Geschichtsverständnis ein Scheitern und nicht nur vor der höheren Mathematik.

Diese Schwierigkeit ist sozusagen "staaten-unspezifisch". Von der Wissenschaft abgelehnte oder hinter sich gelassene vereinfachende Deutungen des Faschismus waren in der DDR weit verbreitet und betrafen auch das Verständnis von faschistischem Antisemitismus und Judenmord. Die Verkürzung auf Interessen des großen Kapitals und den "Imperialismus" besaß eine hohe Popularität. Nichtsdestoweniger ist die Behauptung, die Antriebe der Judenverfolgung und des Judenmords seien auf sie reduziert worden, unhaltbar. Das zeigt auch ein Blick in die erwähnten Schulbücher, deren letzte Ausgabe (1988, Klasse 9) die Erörterung des Themas mit dem Blick auf Ideologie und Demagogie öffnet. Selbst verkürzende Vorstellungen lagen indessen gewiss näher bei der Wahrheit als die Antwort "Hitler", aber vom Erkenntnisziel trennte sie der bei weitem größere Teil der Gedankenstrecke. Ausgespart waren in diesem Bild, und das machte und macht es bequem, die Massen der an dem Verbrechen mitwirkenden Deutschen und der nichtdeutschen Kollaborateure. Die intellektuelle, politische und moralische Herausforderung, welche der Holocaust darstellt, blieb damit unerreicht. Denn: Hier konfrontiert sich erst, wer sich vergegenwärtigt,

So meinte auch der bereits zitierte Reitlinger, das System des Faschismus sei "auf Grausamkeit und Sinnlosigkeit" aufgebaut gewesen. A. a. O., S. 552.

Die Auseinandersetzungen mit einem historisch-materialistischen Forschungsansatz zur Verursachung des Judenmords, seinen Zwecken und Zielen haben sich nicht wenige Historiker durch die Behauptung erspart, ein solcher Ansatz existiere nicht, ja er könne gar nicht existieren, weil vor ihm als Barriere gerade der "Histomat" und die Faschismustheorie der Komintern stünde. So z. B. bei Michael Kohlstruck, Zwischen Erinnerung und Geschichte. Der Nationalsozialismus und die jungen Deutschen, Berlin 1997, S. 51.

dass in einer Gesellschaft, deren übergroße Mehrheit es für vollständig unmöglich ansah, dass Zehn- und Hunderttausende von Menschen ihres Lebens- und Kulturkreises in einer geplanten Aktion umgebracht werden könnten, eben dieses Verbrechen ein Jahrzehnt später geschah, weil sich Täter, Mittäter, Zustimmende, Gleichgültige, auch Hilflose millionenweise fanden. Erst an diesem Punkte entsteht wirkliche Verunsicherung, aus der Nachdenklichkeit hervorwachsen kann und die Bereitschaft, um es mit Eric Hobsbawm zu sagen, "das Denkbare auch zu Ende" zu denken. Diese Verunsicherung passte nicht in das "Programm DDR" und das war nicht
der kleinste Nagel zu ihrem Sarge.

IV.

Die übergroße Mehrheit der in der DDR lebenden Bürger besaß keinerlei persönliche Beziehungen zu der auf einige hundert Personen zusammengeschmolzenen Judenheit, zu Überlebenden des Holocaust und zu deren Nachfahren. Wie sie in diesen Staat gekommen, warum sie in ihm geblieben waren, welche Rolle sie in ihm spielten, war weitgehend unbekannt und interessierte nur wenige. Die Frage, wer unter den maßgeblichen Politikern oder unter herausragenden Wissenschaftlern und Künstlern Jude war, hätte viele in Verlegenheit gebracht, die sich für politisch informiert oder – in welchem Sinne auch immer – für gebildet hielten. Das besaß wiederum sehr verschiedene Gründe. Doch machte, auch schon in den späten achtziger Jahren Hermlin in seinem schon erwähnten Interview der damals meist gelesenen Tageszeitung der DDR klar, was es in diesem Lande eigentlich bedeute, wenn jemand von sich sagte, er kenne gar keinen Juden und dies obendrein für einen Vorzug hielt.²⁷

So wenig wie unter den Nichtjuden die jüdischen Bürger zur Kenntnis genommen wurden, so wenig und folglich auch deren materielle Existenzbedingungen. Dass Verfolgte des Faschismus besondere Renten erhielten, war bekannt und wurde akzeptiert, während Bevorzugungen ihrer Nachkommen mitunter unverstanden blieben und kritisiert wurden. Die Unterscheidung zwischen den Kämpfern gegen den Faschismus und den in eine mindere Stufe gerückten Opfern spielte, wenn sie überhaupt bekannt war, im öffentlichen Bewusstsein keine Rolle. Nur die wenigsten haben sich je darüber Gedanken gemacht, welchen Unterschied es bedeutet, zu wissen, dass Mutter oder Vater oder die Großeltern oder sie alle in einem Bett starben oder in einer Gaskammer ermordet worden sind. Die menschliche Situation dieser Min-

Hermlin sagte: "[...] man kann nicht ein Gegner des Antisemitismus sein, wenn man nicht weiß, was ein Jude ist. Man hat keinerlei Recht, darauf stolz zu sein, daß Kinder nicht mehr wissen, was ein Jude ist. Solche Kinder sind schwerstens gefährdet." In: Junge Welt, 16. September 1988. Anlass zu dieser Äußerung gab Hermlin ein Vorfall, der von eindeutig antisemitischen Haltungen von Jugendlichen zeugte, aber als bloßes Rowdytum eingestuft worden war.

derheit von Überlebenden machte sich nur klar, wer mit ihnen sprach und anhand von Erinnerungen las.

Von den Fragen und Problemen, die sich für die Juden 1945 auftaten, von ihrem Auftauchen aus dem Untergrund, ihrer Rückkehr aus den Fluchtländern nach Deutschland, von den Entscheidungen der Verschleppten über ihre weiteren Wege besaßen nur wenige und dann auch diese zumeist nur ein ungefähres Wissen. Eigentlich gab erst Jurek Beckers Roman "Der Boxer" davon eine partielle Vorstellung, die auch nur sein allerdings großes Lesepublikum erreichte. Das Leben der kleinen und kleiner werdenden jüdischen Gemeinden war der Mehrheit der DDR-Bevölkerung unbekannt. Wer von den Berlinern wusste von der Synagoge in der Rykestraße und wer hatte die Gelegenheit benutzt, sie zu besuchen? Wer sich über Judentum, seine Geschichte, Kultur und Religion anhand von Literatur informieren wollte, stieß auf unüberwindliche Schwierigkeiten, die er nur in Spezialbibliotheken oder mithilfe "westlicher" Lieferanten überwinden konnte. Helmut Eschweges mehrfach aufgelegter Text-Bild-Band zur Geschichte der Synagoge²⁸ stellte eine Ausnahmeerscheinung im Literaturangebot des Volksbuchhandels dar. Spät erschien das Buch "Der gelbe Fleck" von Rosemarie Schuder und dem kürzlich verstorbenen Rudolf Hirsch²⁹, das mit der Geschichte der Judenverfolgungen im Verlauf von Jahrhunderten auch eine Vorstellung vom Leben und Glauben der Judenheit gab. Es löste bei seinem Erscheinen in Berlin einen Käuferansturm aus.

Aus verständlichen Gründen bildete die Verfolgung der Juden das Hauptthema der in der DDR erscheinenden Literatur. Mit dieser Konzentration war aber der Nachteil verbunden, dass über die Leistungen von Juden und über ihren herausragenden Beitrag zur Entwicklung von Wissenschaft, Literatur, Kunst, Wirtschaft, Verlags- und Pressewesen und auf weiteren Gebieten nur punktuelle Vorstellungen, geknüpft an einzelne Namen, Biographien oder Orte, existierten. Das verhinderte, dass der Verlust ins allgemeine Bewusstsein trat, den Vertreibung und Vernichtung der deutschen Juden bedeutet hatte. Arnold Zweigs "Bilanz der deutschen Judenheit", eine bis heute nicht übertroffene Darstellung dieses Beitrags, war erst auf dem Umweg einer Lizenznahme durch den Leipziger Reclam Verlags zum Druck zu bringen und erschien erst nach dem Ende der DDR und zu einem Zeitpunkt, da Bücherkauf und Bücherkonsum in den neuen Bundesländern einen Tiefpunkt erreicht hatten. ³⁰ Den

Helmut Eschwege, Die Synagoge in der deutschen Geschichte. Eine Dokumentation, Dresden 1980.

Rosemarie Schuder/Rudolf Hirsch, Der gelbe Fleck. Wurzeln und Wirkungen des Judenhasses in der deutschen Geschichte. Essays, Berlin 1987.

Arnold Zweig, Bilanz der deutschen Judenheit. Ein Versuch. Hg. und mit einem Nachwort von Kurt Pätzold, Leipzig 1991.

325

Neudruck nahmen dann wohl weniger diejenigen zur Kenntnis, für deren Gebrauch er eigentlich gedacht war, die Lehrer.

In einer Zuspitzung ließe sich sagen: Die Mehrheit der atheistisch orientierten Staatsbürger interessierte sich für das religiöse Leben der Juden in Vergangenheit und Gegenwart so wenig wie für das der Christen, von den Inhalten beider Religionen besaßen sie allenfalls vage Bilder. Nur hätten diese Atheisten Ursachen gehabt, dem einen wie dem anderen mit Aufmerksamkeit und Teilnahme sich zuzuwenden und sich die Fragen zu stellen und zu beantworten: Wer waren, wer sind die Juden? Eben erst ist die Geschichte der jüdischen Gemeinden in der DDR von deren Anfängen bis über das Ende des Staates hinaus von Ulrike Offenberg in einer Monographie³¹ dargestellt worden, die das Thema in alle Richtungen kritisch ausschreitet und die selbst wieder Gegenstand der Kritik sein, vor allem aber weiteren Forschungen Impulse geben dürfte. Ihre Aufnahme setzt die Öffnung aller einschlägigen Archive voraus.

Die Frage, ob die Ostdeutschen nicht über die eigenen Staatsgrenzen hinaus zur Wiedergutmachung für Überlebende des Holocaust verpflichtet seien, spielte im öffentlichen Bewusstsein der DDR-Bevölkerung über die längste Zeit keine Rolle. Gedanken daran kamen da und dort erst auf, als die Regierung Wege suchte, der Anklage zu entkommen, sie wolle diese Dimension deutscher Geschichte und ihrer Folgen dauernd ignorieren. Angelika Timm hat jüngst gezeigt, dass es zu kurz greift, die Verweigerung von Zahlungen an Israel oder in andere Fonds auf Antisemitismus und Antizionismus zu reduzieren.³²

Ohne dass darüber verlässliche Daten vorliegen, dürfte die Annahme zutreffen, dass die übergroße Mehrheit der DDR-Bevölkerung die Ansicht vertrat, sie habe ihren Teil der Reparationen gezahlt und obendrein einen größeren, als ihr aufgrund ihrer Bevölkerungszahl und ihrer wirtschaftlichen Potenz hätte aufgebürdet werden dürfen. Über die politisch-geographischen Richtungen, so weiter, in welche diese Lieferungen gelangt wären, hätten zudem nicht sie – die ostdeutsche Bevölkerung – und nicht einmal die Regierung in Ostberlin entschieden. Das taten vereinbartermaßen oder nicht die Sieger. Und der Abschluss eines Friedensvertrags, in dem die Frage der Wiedergutmachung nicht anders als 1919 hätte zur Regelung kommen müssen, blieb schließlich aus. Nun bestätigen nachprüfbare Schätzungen, dass "der Osten" zweifelsfrei und mit Folgen die Hauptlast der materiellen Wiedergutmachung tragen mußte. Dennoch ging die Art und Weise, die Dinge so zu betrachten, mehrfach an

Ulrike Offenberg, "Seid vorsichtig gegen die Machthaber". Die jüdischen Gemeinden in der SBZ und der DDR 1945 bis 1990, Berlin 1998.

Angelika Timm, Hammer, Zirkel, Davidstern. Das gestörte Verhältnis der DDR zu Zionismus und Staat Israel, Bonn 1997.

den Realitäten vorbei. Und diese Sicht, welche verschiedenartigen Motive ihr immer zugrunde gelegen haben mögen, besaß ebenso ideologische Voraussetzungen wie sie ideologische Konsequenzen zur Folge hatte. Ein neuer Ausgangspunkt wurde erst 1990 gefunden, als Ministerpräsident Modrow an die Adresse der Regierung Israels schrieb: "Die DDR anerkennt ihre humanitäre Verpflichtung gegenüber den Überlebenden des jüdischen Volkes, die unter Naziunterdrückung gelitten haben und bekräftigt ihre Bereitschaft zur solidarischen und materiellen Unterstützung ehemaliger Verfolgter des Naziregimes jüdischer Herkunft."³³

* * *

Lassen Sie mich an dieser Stelle eher abbrechen, denn enden. Was ich Ihnen, meine Damen und Herren, dargestellt habe, ist nicht nur aus einem Dabeisein, sondern durch Mittun geprägt, also hat es zur Quelle auch subjektive Erfahrung, es ist nicht frei von der Absicht, eine Arbeit gegen ungerechtfertigte Herabsetzung auch zu verteidigen, über deren Ergebnisse ich Grund zum Nachdenken, nicht aber zur Abwendung habe, es ist vor allem aber zu knapp, zu thesenhaft, daher ergänzungsbedürftig, und in seiner Verknappung Missverständnissen ausgesetzt. Doch hat uns hier die Absicht einer Diskussion zusammengeführt. Das Vorgetragene ist dazu bestimmt, dafür einen von mehreren denkbaren Ausgangspunkten abzugeben.

Vortrag auf der Veranstaltung der Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg in Potsdam am 7. November 1998.

Zitiert in: Angelika Timm, DDR-Israel. Anatomie eines gestörten Verhältnisses. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 4/1993, S. 54.

Die DDR und die Juden und eine bibliographische Bilanz

Der Krieg war erst wenige Monate zu Ende, da begann in Berlin die kulturpolitische Monatszeitschrift Aufbau zu erscheinen, die im ersten Heft einen Artikel von Georg Lukács "Der Rassenwahn als Feind des menschlichen Fortschritts" druckte. Im Januar 1946 gab das Zentralkomitee der KPD eine Monatsschrift für aktuelle Fragen der Arbeiterbewegung heraus, die Neuer Weg hieß und deren Eröffnungsheft einen Artikel "Das Wesen des Rassismus" enthielt. In diesen Zeiten, da sich von einem Buchmarkt noch nicht sprechen ließ, publizierte der Verlag der Sowjetischen Militäradministration Konstantin Simonows nur 19 Druckseiten umfassenden Bericht "Ich sah das Vernichtungslager", geschrieben, nachdem der Kriegskorrespondent mit der Roten Armee auf dem Weg nach Westen das KZ und Vernichtungslager Lublin erreicht hatte. Darauf folgte 1946 Vasilij Grossmans, Kriegsberichterstatter wie Simonow, "Die Hölle von Treblinka", ediert vom Moskauer Verlag für internationale Literatur. Im gleichen Jahr gab ein Dresdener Verlag Erinnerungen der jüdischen Sozialdemokratin Jeanette Wolffs "Sadismus oder Wahnsinn. Erlebnisse in den deutschen Konzentrationslagern des Ostens" heraus. Sie hatte mit einer ihrer Töchter überlebt, während alle ihre anderen Familienangehörigen dem Massenmorden zum Opfer gefallen waren. Der schmale Band erschien in einer weiteren Auflage ein Jahr darauf in Greiz. Er lässt sich heute selbst in Spezialbibliotheken vergeblich suchen. Mit dieser Literatur begann der Kampf gegen Rassismus, Antisemitismus und Judenfeindschaft in der sowjetischen Besatzungszone. Einem Schulungsabend der SED im Jahre 1947 zu dem Thema "Die Rassenlüge der Nazis" diente eines jener legendären roten Sozialistischen Bildungshefte zur Grundlage.

Legen diese Quellen nicht nahe, gegenüber der Behauptung von der antisemitischen DDR, die seit Jahren Konjunktur hat, sich auf den Standpunkt jenes Sprichworts zu stellen: "Die Hunde bellen, aber die Karawane zieht weiter"? Dagegen sprechen zwei Überlegungen. Die eine richtet sich auf die Tatsache, dass die Zahl der den Legenden und Lügen aus eigenem Wissen Widersprechenden unausgesetzt abnimmt. Das verschafft denen Erfolgschancen, die schlicht auf Unwissen spekulieren. Daher soll wenigstens versucht werden, der Wahrheit ein Gässchen zu schlagen. Die andere: Zur Ignoranz tritt der Versuch, den untergegangenen ostdeutschen Staat des "strukturellen" Antisemitismus unter Verweis auf unstrittige Tatsachen zu bezichtigen, die mit dieser (totgeschwiegenen) kontinuierlichen geistigen Auseinandersetzung entweder in scharfem Kontrast stehen oder von deren Grenzen bezeugen. Das trifft für eine von der SED betriebene antizionistische Kampagne der fünfziger Jahre zu, die in haltlosen, d. h. hier erfundenen politischen und rechtverletzenden juristischen Anklagen

und Verurteilungen von Juden und Nichtjuden gipfelte. So sicher diese Aktion ein Import aus dem Moskau Stalins war, so wenig erledigen sich damit Fragen, die an die Herkunft eines dogmatisierten und halluzinierenden Freund-Feind-Denkens zu stellen sind. Und dann sind da Verletzungen des Prinzips der Achtung vor den Opfern des Faschismus, die aus Unwissenheit, Gedankenlosigkeit, Kleingeisterei erwuchsen und sich im nichtachtenden Umgang mit Stätten der Erinnerung, jüdischen Friedhöfen zumal, niederschlugen. Die aber kann samt und sonders dem Antisemitismus nur zuordnen, wer bösen Willens ist.

Kurzum: der Fehdehandschuh, so dreckig er ist, muss aufgenommen werden. Detlef Joseph, Jurist, Hochschullehrer, Professor, hat das in einer Abhandlung getan, deren Achse die Beziehungen der staatlichen Organe der DDR zu den jüdischen Gemeinden und deren führenden Repräsentanten bildet. Das ergibt seit der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre ein Bild der Kooperation, dem gemeinsame Anliegen die Basis lieferten, ohne von Meinungsverschiedenheiten und Widersprüchen frei zu sein. Die rührten weniger aus inneren Vorgängen her, sondern vor allem aus einem sich unterscheidenden Blick auf Israel, die es umgebende arabische Welt und deren Beziehungen zueinander. Dass die Bonner Hallstein-Doktrin und die Politik der internationalen politischen und wirtschaftlichen Isolierung der DDR von ihr gerade im arabischen Raum durchbrochen werden konnte, machte die Situation nicht einfacher. Josephs Abhandlung braucht eine Ergänzung, eine Darstellung, die von den "Höhen" dieser offiziellen Beziehungen gleichsam hinabsteigt in den Lebensalltag der Juden im ostdeutschen Staat.

Was der Verlag auf der Rückseite des Covers unrichtig als Beigabe einstuft, ist in Wahrheit eine bibliografische Meisterleistung, zu danken der ausdauernden Forscherarbeit der vieljährigen Leiterin der Bibliothek der jüdischen Gemeinde Berlin/DDR. So ist eine 1086 (meist separate) Veröffentlichungen umfassende Titelliste entstanden, der die Autorin die Überschrift "Jüdisches in Publikationen aus DDR-Verlagen 1945-1990" gab. In ihr wird die Sach- wie die erzählende Literatur erfasst. Der ordnende Gliederungsbogen reicht von "Nationalsozialismus und Judenverfolgung" über "Palästina – Israel – Naher Osten" bis zu "Lebens- und Werkbetrachtungen berühmter und bekannter Juden". Ein Personenregister führt zu den Autoren und in Titeln erwähnten Personen, ein chronologisches zu den in einem Jahr erschienenen Veröffentlichungen, woraus sich deren Zahlenkurve ersehen lässt. 1992, als die Anti-DDR-Propaganda sich vergleichsweise noch in einem kindlichen Stadium befand, wurde in einer westdeutschen Zeitschrift erwogen, ob im Osten wider den Antisemitismus womöglich mehr Aufklärung erfolgt sei, als "wir wahrhaben möchten".

Auf diese Vermutung war der Autor durch Befragungen gebracht, die den Zustand der Alt- und der Neubürger verglichen hatten. Kirchners Bibliografie legt nun bloß, was zum Zwecke solche Aufklärung unter die Leute gebracht wurde. Denen konnten der Kauf des Buches so wenig wie das Bücherlesen verordnet werden, doch die Preise der Bücher – sagen wir – kamen ihnen sehr entgegen. Diese Bücherliste aber lässt vor allem fragen, wie mit einem Erbe umgegangen wird.

Detlef Joseph, Die DDR und die Juden. Eine kritische Untersuchung – mit einer Bibliografie von Renate Kirchner, Das Neue Berlin, Berlin 2010, 399 S., 19.95 Euro.

Walter Nowojski an einem Etappenziel. Zur digitalen Ausgabe der Klemperer Tagebücher der Jahre 1933-1945

Als 1997 die Tagebücher des Romanisten, Literaturwissenschaftlers, Hochschullehrers und DDR-Kulturpolitikers Victor Klemperer für die Jahre von 1933 bis 1945, Zeugnisse vom Alltag eines Überlebenden der mörderischen Judenverfolgungen der deutschen Faschisten, auf den Buchmarkt gelangten, wurde sein Name in der Bundesrepublik weithin bekannt. Ostdeutsche hatten die Bekanntschaft des Mannes exakt ein halbes Jahrhundert früher gemacht. Da erschien sein Buch "LTI – Notizen eines Philologen", eine Analyse der sprachlichen Hinterlassenschaft der "Nationalsozialisten" und ein herausragender Beitrag zur kritischen Durcharbeitung der Nazizeiten. Das Buch war vor allem an die junge Generation adressiert, die in Schule und Hitlerjugend, beim Arbeitsdienst und Militär die Sprache der Rassisten und Militaristen gründlicher noch aufgenommen hatte als Ältere. Walter Nowojski gehörte zu dieser Generation, zählte damals 16 Jahre und hatte sein Germanistik-Studium noch vor sich. Nun hat er der gedruckten Ausgabe des Teils der Tagebücher eine digitale folgen lassen, der weit über den Kreis von Spezialisten, Literaturwissenschaftlern, Historikern und Angehörigen der unterschiedlichsten geistigen Berufe, hinaus, Aufmerksamkeit und Leser gefunden hatte. Wären auf der Scheibe allein Klemperers Texte vollständig zu lesen und mittels der bewährten technischen Einrichtung der Digitalen Bibliothek für verschiedenste Befragungen und Recherchen leicht zugänglich gemacht, es gäbe der Lobesgründe schon genug. Denn es ist ein rascher Zugriff zur Beantwortung vieler Fragen eröffnet, die sich auf den Schreibenden, seine Lebens- und Denkweise, seine Urteile über die widerlichen Zeitumstände, in denen er lebte und litt, und über Personen, die ihn verfolgten, ignorierten oder auch unterstützten. Klemperers Gebrauch des Begriffs Faschismus (13 Fundstellen) oder sein Verhältnis zum Zionismus (67) und dessen Verfechtern, um zwei beliebige Beispiele zu nennen, lassen sich nun rasch abrufen.

Damit allein hat sich Nowojski nicht zufriedengegeben. Die Ausgabe beginnt er mit einem biografischen Abriss seines "Helden", auf den eine Chronik von dessen Lebensdaten, die Zusammenstellung der im Handel auf CDs verfügbaren Lesungen aus den Tagebüchern, die Aufzählung der von und über Klemperer greifbaren Literatur und der Verweis auf Filme folgen, in deren Zentrum der Gelehrte steht.

Dem Textteil, der mit der letzten Eintragung des Jahre 1932 einsetzt und bis zum Bericht über die Rückkehr nach Dresden im Juni 1945 reicht, folgt dessen Erschließung in einer Qualität, die Ergebnis einer inzwischen nahezu drei Jahrzehnte dauernden Kärrnerarbeit ist. Denn des Herausgebers Beschäftigung mit den Tagebüchern setzte 1978 ein, als eine Nebenarbeit, denn da war Nowojski noch Chefredakteur der

Zeitschrift "Neue Deutsche Literatur". Dieser "Anhang" beginnt mit Anmerkungen, die Auskunft über erwähnte Personen (Verwandte, Freunde, Bekannte, Kollegen, Politiker, Künstler u. a.), Vorkommnisse, Ereignisse, wissenschaftliche Werke, nahezu vergessene Strömungen oder Moden der Wissenschaft, Romane, Filme, Theateraufführungen, Zeitschriften, Organisationen geben und – last but not least – Anspielungen und Verschlüsselungen enträtseln. Das enthebt den Benutzer des Nachschlagens in anderen Wissensspeichern, hilft ihm aber vor allem dort weiter, wo diese versagen. Gleiches gilt für Übersetzungen aus dem Englischen, Französischen, Hebräischen/Jiddischen, Griechischen, Italienischen, Lateinischen und Spanischen. Dann folgen Informationen über die im Text genannten Personen, die den Kategorien "Kollegen", "Leidensgefährten" und "Dresdner Täter" zugeordnet wurden, Angaben, die wiederum weitläufige Spurensuche voraussetzten und eine schwer zu überbietende Akribie erstrebten. Werden doch nicht nur Lebenswege, mitunter wiederum chronologisch geordnet, erfasst, sondern auch Namen von Ehepartnern, Kindern, Wohnorten und Publikationen. Am Schluss findet sich eine Chronik der Judenverfolgungen in Dresden während der Jahre der faschistischen Herrschaft und eine Aufzählung der Adressen der "Judenhäuser" in der Stadt.

Dem Ganzen sind zudem 131 Bilder montiert, solche aus dem Privatbesitz und Nachlass Klemperers wie andere, die der Zeit und den Geschehnissen Kolorit geben und deren Auffindung und Auswahl wiederum von unermüdlichen Forscherfleiß zeugen. Darunter sind solche, deren Benutzung im Schulunterricht zu wünschen ist, beispielsweise, wenn vom Asylrecht gesprochen wird, denn faksimiliert ist der Bescheid, den Klemperer vom Generalkonsulat der USA auf seinen dort vorgetragenen Emigrationswunsch erhielt. Der besagte, er und seine Frau wären am 13. Januar 1939 unter den Nummern 56 429 und 56 430 auf die Warteliste gesetzt worden und würden rechtzeitig benachrichtigt, wenn sie an der Reihe wären und in Berlin vorsprechen könnten.

Vor dem Riesenwerk verstummt Detailkritik, die sich nur kleinlich, wenn nicht beckmesserisch ausnehmen könnte. Und der Mann ist mit ihm nicht an seinem vorgesetzten Ende angelangt. Folgen soll eine analoge Ausgabe der Tagebücher aus den Jahren 1918-1932 und auch der Briefwechsel Klemperers. Dafür seien W. Nowojski, Kraft, die unerlässlichen materiellen Mittel und wiederum kompetente Helfer gewünscht.

Victor Klemperer. Die Tagebücher (1933-1945). Kommentierte Gesamtausgabe. Hg. Walter Nowojski unter Mitarbeit von Christian Löser, Directmedia Berlin 2007, Digitale Bibliothek 150, 45.– Euro.

"Du sollst nicht falsch Zeugnis geben …" (Mos. 2. Buch, 20, 16) Anlässlich einer Ausstellung in Berlin

"Der Staat aber erklärte die Bevölkerung zu Antifaschisten. Auch in den Familien oder Gemeinden fand in der Regel keine Auseinandersetzung mit der Vergangenheit statt. So blieb der Bodensatz des Antisemitismus unangetastet." Die drei Sätze sind einer Einladung zu einer Ausstellung entnommen, die im Wappensaal des Roten Rathauses demnächst eröffnet wird und Beweise für die weniger kühnen als dreisten Behauptungen liefern soll.

Die Aussagen der Einladung sind eindeutig. Sie bezeugen ein seit 1990 ungestilltes Bedürfnis. Der untergegangene ostdeutsche Staat soll seines Charakters als antifaschistisches Staatswesen entkleidet werden. Dass er sich so darstellte, wird als bloße Lüge zum Zwecke seiner Legitimation dargestellt. In Wahrheit habe er die Hinterlassenschaft des Naziregimes, hier Bodensatz genannt, "unangetastet" belassen. Die Verfechter der These spekulieren womöglich auf jene Wirkung, auf die auch Joseph Goebbels vertraute, der meinte, eine Lüge müsse nur oft genug wiederholt werden, damit sie auch geglaubt würde. So verfuhren die Nazis mit der haltlosen Anschuldigung und Kampfansage "Die Juden sind unser Unglück", formuliert von dem preußisch-deutschen Historiker Heinrich von Treitschke, der noch immer Namensgeber einer Straße in einem Westberliner Bezirk ist. Und wie der Propagandaminister mögen seine gelehrigen Schüler auf die Unwissenheit der Adressaten hoffen, zu der sie durch unterschlagene Informationen und verbreitete Falschinformationen kräftig beitragen. Dieses Verfahren ein wenig zu erschweren, kommen wir im Folgenden auf einige Fakten aus der Geschichte des Staates DDR, denn um ihn geht es, nicht um Familien und irgendeine oder eine Anzahl von nicht genannten Gemeinden zwischen Ostsee und Erzgebirge.

Im letzten Jahr vor dem Ende der DDR arbeiteten die aus dem Staatshaushalt finanzierten Studios der DEFA in Potsdam-Babelsberg und die ihnen verwandten Einrichtungen des Fernsehfunks in Berlin-Adlershof an einem künstlerischen und ideologischen Programm weiter, dem sie seit langem folgten. Dazu gehörte, das 1988/1989 insgesamt sieben Dokumentarfilme fertig gestellt wurden, deren Gegenstand oder Thema die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden war. "Jeder konnte es sehen – Novembertage" hieß der Film von Karl Gass, des Altmeisters des Dokumentarfilms in der DDR, der unlängst seinen 90. Geburtstag feierte. Seine Bilder widerlegten einmal mehr die hartnäckig verbreitete Lüge, dieses und jenes der massenhaft begangenen Verbrechen sei ganz geheim geschehen, eine Ausrede, der auch ein sozialdemokratischer Bundeskanzler aufhalf, als er behauptete, in seiner Kieler Kaserne sei von dem Pogrom des November 1938 nichts zu erfahren gewesen. Über

den größten jüdischen Friedhof in Mitteleuropa drehte Roza Berger-Fiedler den Streifen "Erinnern heißt leben – Weißenseer Friedhof". Von den Schikanen, die Stuttgarter Juden erlitten, hatten sich Aufnahmen erhalten, die von der Gestapo gemacht worden waren. In der Bundesrepublik war der Fund unverwertet geblieben. Gerhard Scheumann und Walter Heynowski schufen in ihrem Studio "Die Lüge und der Tod". Konrad Weiß' Film "Ich bin klein aber wichtig – Janusz Korczak, wandte sich besonders, aber natürlich nicht nur an junge Leute und Pädagogen. "Herr Schmidt von der Gestapo. Filmische Dokumentation einer Beamtenkarriere" nannte wiederum Roza Berger-Fiedler jenen Dokumentarfilm, den sie vom Prozess gegen einen spätentdeckten, dann vor Gericht gestellten Gestapomann machen konnte. Und ein weiterer Streifen der gleichen Autorin und Regisseurin hatte "Die Nacht als die Synagogen brannten" zum Thema. "Mann an der Rampe" hieß ein Film aus der Werkstatt des Duos Scheumann/Heynowski. Keine Frage, dass die Dichte dieser Filmreihe, die man sich auf einer in Schulen verwendbaren DVD wünschen könnte, durch den 50. Jahrestag jenes Verbrechens mitbestimmt war, das am 9. November 1938 und in den folgenden Tagen verübt worden war.

Doch bedeutete diese Zuwendung keinen Wandel- Sie setzte eine schon in der Zonenzeit begonnene Arbeit fort. In der Erinnerung mehrerer Generationen von DDR-Bürgern blieb sie vor allem mit den Spielfilmen "Ehe im Schatten" (Kurt Maetzig, 1947), "Affäre Blum" (Erich Engel, 1948), "Sterne" (Konrad Wolf, Angel Wagenstein, 1959), "Professor Mamlock" (Konrad Wolf, 1961), "Nackt unter Wölfen" (Frank Beyer, 1963), "Jakob der Lügner" (Frank Beyer, 1974). Der unvollständigen Aufzählung ließen sich Zahlen über die Besucher der Vorführungen anfügen, nicht zustande gekommen, weil Junge und Alte in Klassen oder Brigaden in die Kinos heilsam genötigt worden wären. Jede dieser Filmhandlungen forderte zu Parteinahme heraus und nicht wenige berichteten davon. So auch "Sterne", dessen Geschichte in die Wandlung eines Wehrmachtssoldaten mündet, der in Bulgarien Zeuge des Abtransports griechischer Juden in den Tod von Auschwitz geworden war. Der Film gelangte zu einem Verleih in der Bundesrepublik und sollte in den Vorteil gebracht werden, den ein lobendes Prädikat ihm verschaffen konnte. Es wurde erteilt, jedoch an eine Bedingung geknüpft. Der Schluss, die einsetzende Wandlung, war als unglaubwürdig zu tilgen. Das geschah. Soviel zum Staat und seinen Filmproduktionsstätten.

Dem könnte eine Darstellung der einschlägigen Buchproduktion aus den zumeist volkseigenen Verlagen folgen, der voranzuschicken wäre, dass auch sie, wie sonst wären die Buchpreise zu halten gewesen, staatlich hochsubventioniert wurde. An ihr

waren die Schriftsteller Friedrich Wolf, Lion Feuchtwanger, Stephan Hermlin, Jurij Brežan, Bruno Apitz, Franz Fühmann, Rolf Hochhuth, Peter Weiss, Jurek Becker, Rosemarie Schuder und Rudolf Hirsch und viele andere beteiligt. Zu ihr trugen Wissenschaftler bei, in deren Reihe Georg Lukács, der Ökonom Siegbert Kahn, der Jurist Karl-Friedrich Kaul, der Kirchenhistoriker Kurt Meier, der Philosoph Wolfgang Heise, der Romanist Victor Klemperer gehören. Schon in dieser Aufzählung scheinen die Namen verfolgter Juden auf. Opfer des antijüdischen Terrors erinnerten sich und schrieben eindrucksvolle und vielgelesene Bücher. Peter Edels "Wenn es ans Leben geht" mag hier für sie alle stehen.

Welch Ignoranz und Missachtung gegenüber dem, was Menschen erlitten und leisteten, drücken sich in Texten wie dem zitierten aus, die auf den ersten Blick "nur" der Diffamierung des ostdeutschen Staates dienen. Der hat auch auf diesem Felde Unterlassungen und Versagen aufzuweisen. In der Frühphase der DDR hat es zeitweilig eine politisch sektiererische, verständnislose und dumme Politik gegenüber jüdischen Gemeinden mit verheerenden, nicht wieder zu behebenden Folgen gegeben, die zu Flucht und Weggang von Juden "in den Westen" führte. Lange mangelte es der Erinnerung in öffentlichen Räumen an Konkretheit, präzisen Angaben über Umstände und Personal, von dem Verbrechen verübt wurden, was die gedankliche und emotionale Provokation herabsetzte. Manchen Opfern wurde aus Gründen politischer Differenz das Gedenken verweigert. Auch davon soll nichts vergessen sein. Doch was die Bekämpfung der Ideologie des Rassismus und des rassistischen Antisemitismus betrifft, hat die DDR, ohne und nicht nur wegen der Nachbarschaft der Bundesrepublik einen Totalerfolg erzielen zu können, eine Hinterlassenschaft aufzuweisen, die ohne erkennbares Verfallsdatum ist und in ihren besten Hervorbringungen zum unverlierbaren Bestand nationaler und internationaler Kultur gehört. Das wird ungewollt eingestanden durch den Versuch, Antizionismus, eine nicht nur bei Sozialisten anzutreffende Haltung, und Antisemitismus gleichzusetzen. Über diese Brückenkonstruktion soll sonst fehlendes Beweismaterial für den ostdeutschen Antisemitismus herangeschafft werden – für Unbedarfte. Nein, einen Staatssekretär Hans Maria Globke hat es bei uns wirklich nicht gegeben.

Vier zu Sechszehn. Noch einmal zur Debatte "Antisemitismus in der DDR"

Wenige Wochen wurde sie in Zeitungen, zu deren Lesern vorwiegend Bürger in den neuen Bundesländern gehören, geführt, die Debatte über den gegen den ostdeutschen Staat gerichteten Vorwurf, gegen den Antisemitismus nicht nur nichts getan, sondern ihn gar gefördert zu haben. Ausgelöst worden war sie durch eine Ausstellung, die zuerst im Berliner Bezirk Lichtenberg zu sehen war und inzwischen auf Wanderschaft geschickt wurde. Das Dafür und Dawider endete in der Presse, ohne dass die Redaktionen, die ihm Raum gewährt hatten, auf eine Zwischenbilanz oder gar ein Fazit ausgegangen wären. Der mündige Teilnehmer hatte geschrieben und der mündige Leser bildete sich aus Argument und Entgegnung seine Meinung, kompetent wie beide sind, universalgebildet eben. Wer wollte jemandem auch mit Fakten zu nahetreten. Jedem sei seine Wahrheit gelassen, die er sich aufgrund eigener mehr oder weniger zufälliger Erlebnisse, mehr noch beim Lesen der immer gleichen Behauptungen sich gebildet hat. Was ihm an Informationen unterschlagen worden ist, bleibt ihm meist verborgen.

Zu letzteren gehören Ergebnisse einer Umfrage, die bald nach dem Ende der DDR unter den Bürgern der alten und der neuen Bundesländer vorgenommen worden war. Sie gehörte zu von verschiedensten Seiten angeregten und betriebenen Forschungen, die ein Gesamtbild von den Überzeugungen und Meinungen der nun in einem Staat lebenden Deutschen geben sollten. Auf deren Ergebnisse waren nicht zuletzt die Nachbarn des vergrößerten Landes gespannt. Sie besaßen ihre Erfahrungen mit "Großdeutschland" und wenn auch das nicht wiederhergestellt wurde, so waren sie doch besorgt und wollten wissen, mit wem sie es da fortan zu tun bekämen.

Eine der Ermittlungen richtete sich auf das Verhältnis der Deutschen zum Antisemitismus. Festgestellt wurde, dass seine Ideologie und Mentalität unter 16 Prozent der Bewohner der alten, und unter 4 Prozent in den neuen Bundesländern angetroffen werden konnte. In anschaulichen Zahlen bedeutete das: Unter 25 Ostdeutschen war eine Person, die als antisemitisch gestimmt ermittelt wurde, während von etwa 6 befragten Westdeutschen eine Person so zugeordnet werden musste. Soziologen haben die Korrektheit der Ermittlung nicht infrage gestellt. Werner Bergmann und Rainer Erb, der eine noch, der andere ehemals Mitarbeiter am Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin publizierten und diskutierten die Ergebnisse vor 12 Jahren (Wie antisemitisch sind die Deutschen? Meinungsumfragen 1945 – 1994. in: Wolfgang Benz (Hg.), Antisemitismus in Deutschland. Zur Aktualität eines Vorurteils, München 1995). Viel gelesene Presseorgane haben für die Verbreitung der

Zahlen nicht gesorgt. Benz der Leiter des Zentrums erwähnt sie und merkt das sich in ihnen ausdrückende Gefälle auch in seinem Buch "Was ist Antisemitismus?" (München 2004) an. Die Fakten hätten den 2007 am Thema Interessierten Anstoß für vergleichende Analyse werden können. Nichts davon. Ein Mitarbeiter der Ausstellung, darauf angesprochen, rettete sich in das Winston Churchill zugeschriebene Bonmot, er glaube nur Statistiken, die er gefälscht habe. So muss der große Brite herhalten, wenn Zahlen nicht gelegen kommen.

Lassen wir den Zuständigen die Analyse der 16 Prozent. Eine seriöse Diskussion über die ostdeutschen Zustände im Moment des Untergangs der DDR und über deren Erbschaft hätte sich zwei Fragen zu stellen: Warum, wie und wem gelang es zu erreichen, dass 96 Prozent der im Osten Lebenden antisemitische Lehren und Parolen ablehnten? Und: Warum blieb dort dennoch ein Rest von Bürgern, die Juden gegenüber ablehnend feindlich gesinnt und gestimmt waren? Und sodann und weiter: Spricht das von der vergeblichen Hoffnung auf vollständigen Erfolg oder von der Unzulänglichkeit des Getanen? Die Beantwortung der Fragen könnte für die Bewältigung des ungelösten Problems, denn das ist das Verhalten einer Minderheit von Deutschen zu den Juden, hilfreich und nutzenbringend sein. Es ließe sich daraus eine Teilantwort auch auf die Frage gewinnen, welche politische Bildung die Deutschen brauchen. Bis so gefragt und geforscht wird, dürfte es dauern. Vorerst sind mit staatlichen Mitteln die am Werk, die dagegen Barriere auf Barriere aufbauen.

Wieviel Wahrheit? Das Ende des Schweigens? Der 1. Auschwitzprozess und ein Blick in deutsche Schulgeschichtsbücher

Aus der unrühmlichen bundesrepublikanischen Geschichte der juristischen Ahndung jener Verbrechen, die von den deutschen Faschisten in den Jahren zwischen 1933 und 1945 in Deutschland und den eroberten Gebieten begangen wurden, ragen einige denkwürdige Ereignisse heraus: der Ulmer Einsatzgruppen-Prozess 1958 auf den die Gründung der Zentralstelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg folgte, die ungeachtet der ihr zugewiesenen begrenzten Möglichkeiten sich bleibende Verdienste erwarb, und sodann der (1.) Auschwitz-Prozess, der von 1963 bis 1965 in Frankfurt am Main stattfand. Die damals 18 Jahre alt, also im letzten Kriegsjahr geboren waren, haben heute das offiziell festgelegte Rentenalter fast erreicht. Was wird ihren Enkeln, Schulkindern, von jenem Prozess im Geschichtsunterricht gesagt, von dem es heißt, er habe die Bundesrepublik aufgestört und eine Wende im Denken über und im Verhältnis zur – damals jüngsten – Vergangenheit eingeleitet. Was erfahren Schüler in Ost und West heute aus Schulbüchern über dieses "Wendeereignis"?

Besucher der Oberstufe, die ein im Diesterweg Verlag herausgegebenes Werk benutzen, lesen unter der Überschrift "Die Bewältigung der Vergangenheit", dass unter dem Eindruck des Auschwitz-Prozesses "besonders Teilen der nachrückenden Generation" die "Passivität bei der personellen und juristischen Bewältigung der Vergangenheit [...] moralisch unerträglich erschienen" sei. (S. 488). Woher diese Untätigkeit rührte, mag der Lehrer wissen und sagen. Den Lesern eines Lehrbuches aus dem Westermann Verlag wird erklärt, dass mit diesem Prozess die Bundesbürger von der Vergangenheit eingeholt worden wären. Zu erhalten sind knappe Angaben über die Zahl der Angeklagten, die Verhandlungstage, die Anklage. Nichts jedoch über Zeugen, Strafmaße, Strafverbüßung. Und wieder der Hinweis auf dadurch ausgelöstes Fragen Jugendlicher. (S. 202) Das von Cornelsen herausgegebene Geschichtsbuch, ebenfalls für die Oberstufe bestimmt, nennt drei "große NS-Prozesse", neben den genannten den gegen Adolf Eichmann in Jerusalem, und bemerkt, sie hätten "die Mauer des Schweigens und Verdrängens" durchbrochen und "die Schwere der nationalsozialistischen Verbrechen erkennen" lassen. (S. 304) Für Gymnasiasten der Sekundarstufe I ist das bei C. C. Buchner erschienene Werk mit dem Titel "Das waren Zeiten" bestimmt. Dessen Autor urteilt, dass das Interesse der Öffentlichkeit an der Verfolgung von NS-Tätern" in der unmittelbaren Nachkriegszeit nicht groß gewesen sei und schreibt der Ludwigsburger Stelle dem Beginn einer "neuen Phase" zu. Dann wird auf die mühevolle Beschaffung des Anklagematerials im Frankfurter und dem Düsseldorfer Majdanek-Prozess (1975-1981) verwiesen. Der Abschnitt endet:

"Insgesamt wurden vor westdeutschen Gerichten bis 1994 rund 6.500 Personen, von ostdeutschen Richtern bis 1978 etwa 13.000 Personen wegen NS-Verbrechen verurteilt." (S. 151) Mit einem lakonischen Satz und ohne auf einzelne Fakten einzugehen macht ein anderes Diesterweg Schulbuch, gedacht für die 9. Klassen der Mittelschulen in Sachsen, die Sache im Abschnitt über die Geschichte der Bundesrepublik bis 1969 ab: "Trotz einiger spektakulärer NS-Prozesse erfolgte eine breitere Auseinandersetzung mit der NS-Zeit erst viel später." (S. 38)

Fassen wir zusammen und beginnen mit der guten Nachricht: Das Verfahren gegen eine Gruppe der Täter des Vernichtungslagers Auschwitz ist vermerkt, freilich ohne auf die zu verweisen, die es überhaupt dahin brachten, dass es stattfand. Nur angedeutet werden Wirkungen, die von den Enthüllungen des Prozesses ausgingen. Und die schlechte: In jeder Hinsicht werden die Schüler mit Antworten auf die Frage allein gelassen, zu deren Beantwortung aller Geschichtsunterricht hinführen und befähigen sollte. Sie lautet: Warum? Warum zeigten sich die Deutschen an der Aufklärung über die Zusammenhänge ihrer Vergangenheit desinteressiert? Warum kam aus der Justiz nicht früher schon ein Impuls für die Durchsetzung dessen, was nach geltendem Recht notwendig und Aufgabe der Staatsanwaltschaften war? Warum war die Zahl der NS-Prozesse und der Verurteilten in der bevölkerungsärmeren DDR so viel größer als in der Bundesrepublik und das, da eine erhebliche Zahl der mit Verbrechen Belasteten sich doch nach Westen gewandt hatten?

So zu fragen. das wird den Lesern des Buches von Cornelsen nahegelegt, wäre überflüssig, denn der beschrittene Weg sei alternativlos gewesen, eine Behauptung, die bei dem Historiker und Totalitarismus Erforscher Clemens Vollnhals entliehen wird, der doziert: "Auch wird man im historischen Rückblick nicht übersehen dürfen, dass eine großzügige Rehabilitierungspolitik, die vielfach Gnade vor Recht walten ließ, für die Bildung eines neuen konsensfähigen Gemeinwesens unumgänglich war." (S. 333) Andernfalls nämlich, über ungeschehene Geschichte lässt sich gut orakeln, hätten die alten Nazis den Weg in die Bonner Demokratie versperrt. Der Satz selbst enthält zudem eine dreiste Beschönigung: Wer nicht angeklagt und verurteilt wurde, der brauchte gar nicht rehabilitiert zu werden.

Zurück zum Ereignis. Der Prozess, der am 20. Dezember 1963 im Frankfurter Römer eröffnet wurde, das Gericht tagte sodann 1964 und bis zur Urteilsverkündung im Gallus Haus, hatte seine Bezeichnung wie üblich nach dem Hauptangeklagten erhalten und hieß so "Strafsache gegen Mulka u. a.". Mit ihm waren 22. weitere Personen angeklagt. Das Gericht hörte für das Verfahren 357 Zeugen, von denen 211 Überlebende des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz waren. Die

Verhandlungen beanspruchten insgesamt 183 Tage und endeten mit der Urteilsverkündung am 20. August 1965. In ihrem Verlauf kamen Sachverständige zu Wort, deren Vorträge aufgrund eigener wissenschaftlicher Forschungen die geschichtlichen Zusammenhänge der Verbrechen klarmachten.

Das entsprach ganz dem Anliegen des Mannes, der um das Zustandekommen des Verfahrens sich das Hauptverdienst erworben hatte, des hessischen Generalstaatsanwalts Fritz Bauer. Ihm ging es nicht um die Bestrafung der Täter allein. Er versprach sich von der juristischen Feststellung unabweisbarer Tatsachen und deren Bekanntmachung auch ein Umdenken in Teilen der bundesdeutschen Gesellschaft und hoffte, viele Deutsche würden begreifen, dass hier von ihnen und ihrer Geschichte und Rolle gehandelt wurde. Sein Vorhaben fand Unterstützung bei vielen Zeitgenossen. Unmittelbar durch Beobachter, die von ihren Redaktionen in den Gerichtssaal entsandt wurden und täglich Informationen in die Presse und an Rundfunksender gaben. Unter ihnen befanden sich Axel Eggebrecht, der, 1933 in einem Konzentrationslager inhaftiert, sich in Deutschland abseits der Propaganda in der Filmbranche durchgeschlagen hatte, die österreichische Publizistin und Schriftstellerin Professorin Elisabeth Freundlich, die 1938 ihr Land verlassen musste und in den USA überlebte, und aus der DDR Rudolf Hirsch, ein jüdischer Sozialist, der sich vor den Mördern durch die Flucht ins Exil gerettet hatte, das er nach weiten Wegen in Palästina verbrachte. Sodann wurde der Prozess Anstoß für Schriftsteller sich in ihren Werken mit diesen Zeiten, Taten, Tätern und Opfern zu befassen. Das gilt für Peter Weiß, Peter Edel, Paul Celan, Marie Luise Kaschnitz und weitere. Mit dem (1.) Auschwitz-Prozess lasse sich das "Ende des Schweigens" markieren, eine Feststellung, die doch die Goldwaage nicht verträgt, denn weder war vor dem Verfahren das Schweigen total, noch sind nach ihm die ausgestorben, die Schweigen bewahren und auch offen dafür plädieren.

Wer sich heute über den Prozess, seine Voraussetzungen und seine Folgen informieren will, gerät nicht in Verlegenheit. 2004 erschien bei Pahl-Rugenstein, Das Urteil im Frankfurter Auschwitz Prozess (1963-1965, Hrsg. von Friedrich-Martin Balzer/Werner Renz.)

Das nach Fritz Bauer benannte Frankfurter Institut schuf aus Anlass des 40. Jahresstages eine ihm geltende Ausstellung, die zuerst am Ort des Prozesses gezeigt wurde, dann auf Reisen nach Berlin und München ging und (ab dem 27. Januar 2009, also dem Auschwitz-Tag) in Hannover zu sehen sein wird. Wer sie verpasst hat, kann zu ihrem Katalog greifen (erschienen bei Snoeck Köln: 2004, 872 S., 49,80 Euro, ISBN 3-936859-08-6). Wer eine Vorstellung von der in vielen Staaten geschehenen "Strafverfolgung der Angehörigen der SS-Besatzung des KL Auschwitz", mit ihren Erfolgen, Misserfolgen und Versäumnissen gewinnen will, mag zu einem Aufsatz mit diesem Titel greifen, den der polnische Soziologe Aleksander Lasik veröffentlicht hat. (In: Auschwitz 1940–1945, Bd. V., Epilog, Verlag des Staatlichen Museums Auschwitz-Birkenau, Oswiecim 1999, S. 8-108.)

Neuere Literatur zur Geschichte von Judenverfolgung und Judenmord. Anzeige und Kommentar

Die Geschichte der Verfolgung und des Massenmordes an den europäischen Juden während der Jahre der faschistischen Diktatur in Deutschland (1933-1945) wird nach wie vor auf verschiedenste Weise in das öffentliche Bewusstsein der Bürger der Bundesrepublik gebracht. Dafür geben nicht nur spezielle Tage des Gedenkens besonderen Anlass, so der 9. November, wenn alljährlich an den Pogrom des Jahres 1938 erinnert wird, und der 27. Januar, der Tag an dem man der "Befreiung" des Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz gedenkt. An solchen Tagen werden allgemeine Rede über Betroffenheit gehalten, aber nicht nur. Es kommen Tatsachen und Zusammenhänge zur Sprache, über die bisher Schweigen gelegt war. Das geschah jüngst als von der Rolle der Berliner Kassenärztliche Vereinigung gesprochen wurde, die sich 1933 aktiv bei der Vertreibung der jüdischen Konkurrenten der "arischen" Ärzte hervortat.¹

Zugleich weitet sich der Blick auf die Geschichte der Juden im 1871 gegründeten Deutschen Reich und in dessen Vorgängerstaaten. Als 2002 der Vorsitzende des Zentralrates der Juden, Paul Spiegel, anlässlich der Vereidigung von Soldaten der Bundeswehr in Berlin eine Rede hielt, kam er auch auf die im Ersten Weltkrieg im kaiserlichen Heer und der Marine umgekommenen jüdischen Soldaten und Offiziere zu sprechen. Er erklärte, ihr Einsatz für das Vaterland sei ihnen nicht gedankt worden. Wenig später, am sog. Volkstrauertag im November, legte ein General der Bundeswehr auf dem Friedhof in Berlin-Weißensee an Gräbern jüdischer Soldaten, die im Kriege 1914-1918 umgekommen waren, einen Kranz zum ehrenden Gedenken nieder. Hier soll, auf die – um das mindeste zu sagen – historisch unkritische Wertung dieses Einsatzes von Leib und Leben nicht näher eingegangen, aber doch auf die Schwierigkeit verwiesen werden, die sich ergibt, wenn der Teilnehmer eines imperialistischen Krieges ehrend gedacht wird, der des anderen, zweiten, hingegen nicht. Es ist zu hoffen, dass im Sinne von Arnold Zweigs 1934 gedruckter "Bilanz der deutschen Judenheit" vor allem Beiträge bewusst gemacht werden, die deutsche Juden zu Fortschritten von Wissenschaft, Kultur, Bildung und Wirtschaft leisteten und denen ohne jede Einschränkung gedacht werden kann.

Im eben zu Ende gehenden Jahr 2002 sind zwei künstlerisch außergewöhnliche Filme in deutsche Kinos gelangt, die in die Jahre der mörderischen Judenverfolgung zurückführen, "Der Pianist" und "Epsteins Nacht". Der erste erhielt in Cannes die

Siehe den Bericht "Erinnern an Mord und Vertreibung" über eine Veranstaltung im Berliner Centrum Judaicum. In: Neues Deutschland, 11. November 2002, S. 16.

höchste Auszeichnung, die Goldene Palme. Roman Polanski hat die authentische Geschichte des Wladislaw Szpilman (1911-2000), eines polnischen Künstlers, verfilmt, der in Warschau den Mördern entkam. Der hatte seine Lebenserfahrungen nach Kriegsende niedergeschrieben, veröffentlicht wurden sie jedoch erst kurz vor seinem Tode.² Der zweite Film (Regisseur Urs Egger) schildert die Wiederbegegnung dreier Juden, die Auschwitz überlebten, mit einem der Massenmörder, der inzwischen unter den Talar eines Geistlichen gekrochen ist. Er gibt einen tief berührenden Einblick in das Dasein jener, die, von ihren Erinnerungen und Bildern ihrer ermordeten Leidensgefährten verfolgt, weiterleben mit der Frage: Warum ich und nicht sie?

All dessen und weiterer Verdienste ungeachtet ist in der Bundesrepublik in jüngster Vergangenheit vermehrt gefragt worden, wie es um die Ausbreitung des Antisemitismus steht. Dazu gaben Aktionen von Nazis und anderen Rechtsextremisten gegen Friedhöfe und Synagogen Anlass, doch ebenso Vorfälle wie jene um die Rückbenennung einer Straße in Berlin-Spandau, die nach ihrer Umtaufe in den Jahren der Naziherrschaft erneut ihren Namen "Jüdenstraße" erhalten sollte, was schließlich auch geschah.

Am meisten und nachhaltige Aufmerksamkeit erregte die Kritik des stellvertretenden Vorsitzenden der Freien Demokraten (FDP) und Vorsitzenden ihres nordrheinwestfälischen Landesverbandes, Jürgen W. Möllemann, zuerst an der Tätigkeit des stellvertretenden Vorsitzenden des Zentralrates der Juden, Michel Friedman, als Moderator einer Fernseh-Talkshow und sodann – und mehr noch – Möllemanns Flugblattaktion, die während der Bundestagswahl 2002 auf Wählerwerbung zielte. Der FDP-Politiker griff Friedman gemeinsam mit dem israelischen Ministerpräsidenten Ariel Scharon an. Dem Regierungschef in Tel Aviv warf er vor, gegen die Bildung eines palästinensischen Staates zu agieren und einschlägige Beschlüsse der UNO zu ignorieren. Gegen Friedman wandte er sich wegen dessen Unterstützung für diese Politik, zugleich wies er Vorwürfe zurück, anti-israelisch und antisemitisch eingestellt zu sein.

Die Beurteilung der Situation ist schwierig, weil sich die berechtigte Kritik an der Politik des Staates Israel gegenüber den Palästinensern und der verkappte Antisemitismus mitunter voneinander schwersondern lassen. Das schlägt sich auch in unsicheren und voneinander abweichenden Bewertungen der bundesrepublikanischen Situation nieder. Der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB)

Szpilman, in Sosnowiec geboren, hatte in Warschau und Berlin Musik studiert und beherrschte, von seinem Aufenthalt in Deutschland her, die deutsche Sprache perfekt. Er arbeitete seit 1935 als Pianist am Warschauer Rundfunk. An diese Arbeitsstelle kehrte er nach Kriegsende wieder zurück.

konstatierte während einer Veranstaltung zum Jahrestag des 9. November, unter den Deutschen sei der Antisemitismus gewachsen. Zur gleichen Zeit zeigte sich der Leiter des Zentrums für Antisemitismusforschung an der Technischen Universität Berlin, Wolfgang Benz, davon überzeugt, "dass Antisemitismus in Deutschland im Rücklauf ist". Und an anderer Stelle: "Antisemitismus ist in Deutschland heute weniger verbreitet als in anderen Ländern, etwa in Frankreich oder Polen, in den baltischen Ländern oder in Russland [...]" Jedoch würden 10 bis 20 Prozent der Deutschen "ihre Feindbilder, ob gegen Juden oder Ausländer, weiterhin pflegen". Der Antisemitismus sei durch "stetige unaufgeregte Aufklärung über Ursachen, Motive und Wirkung von Judenfeindschaft" zu bekämpfen. ³ Dazu trägt die Wissenschaft viel bei. Im Folgenden soll in Auswahl durchmustert werden, was auf den Buchmarkt gelangte.

An den Anfang einer derartigen Inspektion kann Raul Hilbergs neuestes Buch⁴ gestellt werden, für das er soeben in München mit dem Geschwister-Scholl-Preis ausgezeichnet worden ist. Dies allein würde diese Platzierung noch nicht begründen. Der US-amerikanische Historiker, vordem in der Bundesrepublik bereits auf andere Weise geehrt, unter anderem durch die Auszeichnung mit dem großen Bundesverdienstkreuz, hat vordem gewichtigere Publikationen vorgelegt. Doch der nun vorliegende nicht voluminöse Band ist womöglich am stärksten in die Zukunft gerichtet. Er bezeugt des Autors Vertrauen, dass der Forschungsweg, an dessen Anfang sein eigener großer Beitrag steht, von Historikergenerationen weiter beschritten werden wird. Welchen Sinn hätte ohne diese sichere Erwartung eine Art Lehrbuch, in dem vom Entschlüsseln und Interpretieren der Quellen gehandelt wird, die uns die Spuren des Holocaust aufnehmen und verfolgen lassen?

Studenten, wo immer sie Geschichte studieren, ist zu wünschen, dass sie so in Quellenkunde und -kritik ihres Faches eingeführt werden, wie es durch dieses Buch geschieht, das alle gewinnbringend benutzen können, denen die Beschäftigung mit der Geschichte mehr als nur unterhaltendes Hobby ist. Hilberg schöpft aus einem langen Gelehrtenleben als Forscher und Hochschullehrer in Buffalo. Auf die immense Masse von Dokumenten, die durch seine Hand gingen, hat er die Scheinwerfer nun in Auswahl nicht in der Absicht gerichtet, Abläufe geschlossen darzustellen, sondern gleichsam auf die Tücke der einzelnen Objekte aufmerksam zu machen und zu zeigen, wie ihr beizukommen ist. Wo lauert die Gefahr von falschen Zuordnungen,

^{3 &}quot;Haben die Deutschen ihre Lektion gelernt?" Interview mit Wolfgang Benz in: Neues Deutschland, 9./10. November 2002, S. 3.

Raul Hilberg, Die Quellen des Holocaust. Entschlüsseln und Interpretieren, S. Fischer, Frankfurt am Main 2002.

Missdeutungen, Verwechslungen, Über- oder Unterbewertung? Welche Rüstung ist notwendig, damit der Forschende nicht in die Lage eines Menschen kommt, der Wasser mit einem undichten Gefäß oder gar mit einem Sieb schöpfen will? Wie genau muss sich ein Forscher in den Möglichkeiten der deutschen Sprache auskennen, wenn er begriffliche Verschleierungen von Sachverhalten herausfinden will? Was muss er von den denkbaren Wegen wissen, die Schriftstücke hinter sich haben, bevor sie ihm vor Augen kommen? Antworten auf diese und weitere Fragen werden an einer Fülle von konkreten Beispielen gegeben.

Dass sie sich alle auf Quellen beziehen, die zwischen 1933 und 1945 sowie in den Jahren nach der Zerschlagung des Naziregimes in Ermittlungs- und Gerichtsverfahren entstanden sind, bedeutet dennoch nicht, dass hier nur die Faschismusforscher angesprochen sind. Was bei Mikroverfilmungen von Aktenstücken verloren geht, was sich auf Fotographien oder -kopien nicht mehr findet, das betrifft thematisch und zeitlich viele weitere Bezirke. Zudem verweist der Autor auf Probleme der Bewertung von Dokumenten anderer Provenienz, so etwa solcher, die auf das Wirken von Judenräten zurückgehen. Ein Kabinettstück der Quelleninterpretation und -kritik liefert Hilberg anhand der vom Autor mit äußerster Zurückhaltung formulierten Aufzeichnung eines Gesprächs, das Franklin D. Roosevelt mit Vertretern jüdischer Organisationen am 8. Dezember 1942 führte. Dennoch lässt sich aus dem Dokument entnehmen, dass der Präsident, in dem er monologisierte und Zeit schund, jeder verbindlichen Stellungnahme auswich, die das Ansinnen der Delegierten erfordert hätte.⁵

Geradezu nebenbei vermerkt Hilberg, dass der Gegenstand der Holocaust-Forschung "in immer kleiner werdenden Bestandteilen bearbeitet" wird, und er verweist auf die Notwendigkeit, die "einzelnen Teile in ein umfassenderes Gefüge" einzupassen. Auf die damit verbundenen Fragen und Schwierigkeiten lässt er sich weiter nicht ein. Davon ist in der Publikation eines anderen US-amerikanischen Forschers mehrfach die Rede, in Christopher R. Brownings 2000 zuerst in englischer Sprache veröffentlichten Vorlesungen, die im Jahr zuvor an der Cambridge University gehalten worden waren.⁶

Unter den sechs Beiträgen, deren wichtige Aussagen hier nicht einmal referiert werden können, bilden die beiden ersten deshalb die bemerkenswertesten, weil in ihnen dargestellt wird, in welchen Kernfragen der Holocaust-Forschung die internationale Forschung – von Außenseitern abgesehen – sich übereinstimmende Positionen

Ebenda, S. 140 ff.

Christopher R. Browning, Judenmord. NS-Politik, Zwangsarbeit und das Verhalten der Täter. Aus dem Englischen übersetzt von Karl Heinz Siber, S. Fischer Verlag GmbH, Frankfurt a. M. 2001.

erarbeitet hat und in welchen anderen nach wie vor Kontroversen existieren und ausgetragen werden. Gegenstand dieser beiden Vorlesungen bildeten "die Entscheidungsfindung und die politische Weichenstellungen im Nervenzentrum des NS-Regimes, die zur sog. 'Endlösung' führten".⁷ Als das "umfassendere Gefüge", dem der Genozid an den Juden zugehört, gilt Browning ein "nach Osten gewendeter rassistischer Imperialismus". Die Judenverfolgung begreift er als eine "Komponente" davon. Das führte seine Forschungen an den Punkt, da dieser Imperialismus den ersten Schritt vom Programm zu seiner Verwirklichung zurücklegte und zu den Folgen dieses Schrittes. Diesen erblickt er in der Eroberung und Zerstörung Polens. Die "Endlösung" habe sich aus jenem "Rassenimperialismus der Nazis in Polen" entwickelt, der die Vergrößerung des Reiches, die Vertreibung der Polen und Juden aus dessen Gebiet nach dem Osten in das so genannte Generalgouvernement und die Herbeiholung und Ansiedlung Deutscher aus Osteuropa umfasste.⁸ Bei dem Versuch, diese Ziele zu erreichen, hätten sich die "deutschen Imperialisten und Völkerverschieber [...] in ein Labyrinth hineinmanövriert". Die tatsächlich erreichten Ziele, festgelegt in den sog. Nahplänen eins bis drei, wurden nicht – jedenfalls nicht vollständig und nur mit Verspätungen – erreicht. Auf die Idee der Schaffung eines Judenreservats im südöstlichsten Teil des Generalgouvernements folgte die der Verbringung aller Juden Europas in ein Deportationsgebiet in Afrika (Madagaskar). Letztere blieb ganz und gar auf dem Papier und war Makulatur, als Ende 1940 der Plan des Krieges gegen die UdSSR und deren Zerschlagung in den Köpfen der Zivilisten und Militärs an der Regimespitze Gestalt annahm. Nun gerieten die Vorstellungen über die Zukunft der Juden in neue Koordinaten. Die ergaben sich aus einem Krieg, in dessen Verlauf und als dessen Ergebnis Millionen Einwohner, Juden und Slawen, vernichtet werden sollten, direkt durch die eigene Hand de Eroberer, durch Vertreibung in unwirtliche Gebiete und durch Aushungern, um das gedachte riesige Kolonialreich beherrsch- und mit größtem Nutzen ausbeutbar zu machen. Neue, die bisherigen ersetzende Entscheidungen betrafen mithin die relativ separaten Pläne im Hinblick auf die Juden, deren Ausarbeitung und Vorlage Himmler und federführend dem Reichssicherheitshauptamt und Reinhard Heydrich oblag. Wie und wann sind sie gefallen?

Browning verweist darauf, dass sie in einem Prozess erfolgten, der gegenüber den voraufgegangenen Entschlüssen kontinuierliche wie diskontinuierliche Elemente aufwies. Zum Zeitpunkt des Einfalls in die UdSSR, auch darin stimmen die Historiker weitgehend überein, war entschieden, dass unter der jüdischen Bevölkerung des Landes Massaker angerichtet werden sollten, durch die sie dezimiert würde. Aber es

⁷ Ebenda, S. 9.

⁸ Ebenda, S. 12 f.

war, worauf die Verhaltensweise der Einsatzgruppen hinweist, offenkundig noch nicht befohlen, dass ausnahmslos alle jüdischen Bewohner - Frau, Mann, Greis, Kind – ausgerottet werden sollten. Schritte, Signale, Aufträge die diese Eskalation ins Werk setzten, erfolgten jedoch schon seit Ende Juli 1941. Da schien die Rechnung eines erneuten "Blitzfeldzuges" und der Plan, den Gegner in einem Vierteljahr besiegt zu haben, ganz aufzugehen. Die am meisten umstrittene Frage schließt sich daran an: Wann wurde entschieden, alle Juden Europas, die sich in der Gewalt der deutsch-faschistischen Machthaber befanden, zu ermorden? Brownings schon früher gegebene, hier noch einmal ausgebreitete Antwort besagt, Hitler habe in jenem Juli Himmler und Heydrich den Auftrag erteilt, für dieses beispiellose Vorhaben, für das es keine Erfahrungswerte gab, so etwas wie eine "Machbarkeitsstudie" vorzulegen. Die seit Anfang Oktober fertig gestellt gewesen, gebilligt worden und von da an habe an der Staatsspitze der klare und nie aufgegebene Vorsatz existiert, die Juden Europas auszumorden und damit alsbald zu beginnen. Die ersten Schritte zur Verwirklichung des zunächst vagen Plans wurden ohne Verzug eingeleitet, wofür Browning noch einmal die Liste der im Herbst 1941 ergriffenen Maßnahmen präsentiert. An diese grundsätzliche Entscheidung, getroffenen im Moment der stärksten Siegeserwartung, wie der Autor sagt, von "Siegestrunkenheit", schlossen sich in den folgenden Monaten bis in das Jahr 1942 weitere an, die ebenfalls auf höchster Ebene fallen mussten, galt es doch, den jeweiligen Situationen angemessene Möglichkeiten und Schritte zu bestimmen, mit denen das Verbrechen vorangetrieben werden sollte. Erst nach und nach wurde entschieden, "wie, wann, wo, in welchem Tempo und mit welchen vorläufigen Ausnahmen" das Massenmorden durchgeführt werden konnte und sollte.9

Brownings Darlegungen sind überzeugend. Das betrifft insbesondere auch seine detaillierte, die Tatsachen und die Dokumente Schritt für Schritt durchmusternde Auseinandersetzung mit Argumenten Christian Gerlachs, der heraus gefunden zu haben meinte, dass Hitler die in Rede stehende "Grundsatzentscheidung" erst am 12. Dezember 1942 getroffen habe. Auf den Streitpunkt kommt Browning im Nachwort noch einmal zurück und dann mit Bezug auf eine inzwischen erschienene Arbeit Peter Longerichs.¹⁰

Erstdruck in: Bulletin 2002/2003

⁹ Ebenda, S. 260.

Peter Longerich, Politik der Vernichtung. Eine Gesamtdarstellung der nationalsozialistischen Judenverfolgung, München 1998.

Mehr als ein Lehrbuch. Zu den Quellen des Holocaust

Studenten, wo immer sie Geschichte studieren, ist ein Proseminar zu wünschen, das sie so in Quellenkunde und -kritik ihres Faches einführt, wie dieses Buch, das ebenso allen empfohlen sei, denen die Beschäftigung mit der Geschichte mehr als nur unterhaltendes Hobby ist. Raul Hilberg, mit dessen Name sich die Anfänge der Holocaustforschung in den sechziger Jahren des letzten Jahrhunderts verbinden und dessen Hauptwerk jeder kennt, der sich mit der Geschichte des Massenmords an den europäischen Juden befasst, schöpft aus einem langen Gelehrtenleben als Forscher und Hochschullehrer in Buffalo (USA). Auf die immense Masse von Dokumenten, die durch seine Hand gingen, hat er die Scheinwerfer nun in anderer Absicht gerichtet. Ging es ihm in seinen Veröffentlichungen bislang darum, die papierne Hinterlassenschaft der Reichsbürokratie, der Wehrmacht, der Einsatzgruppen des Sicherheitsdienstes und der Ordnungspolizei, der Kommandanturen von Konzentrationslagern und Ghettos in ihrer Brauchbarkeit und Aussagekraft für die Rekonstruktion von Geschichtsabläufen zu befragen, so durchmusterte und präsentierte er sie nun in Auswahl vor allem unter dem Gesichtswinkel der Tücke der Objekte. Wo lauern die Gefahren von falschen Zuordnungen, Missdeutungen, Verwechslungen, Über- oder Unterbewertung? Welche Rüstung ist notwendig, damit der Forschende nicht in die Lage eines Menschen kommt, der Wasser mit einem undichten Gefäß oder gar mit einem Sieb schöpfen will? Wie genau muss sich ein Forscher in den Möglichkeiten der deutschen Sprache auskennen, wenn er Verschleierungen von Sachverhalten herausfinden will? Was muss er von den denkbaren Wegen wissen, die Schriftstücke hinter sich haben, bevor sie ihm vor Augen kommen? Antworten auf diese und weitere Fragen werden an einer Fülle von konkreten Beispielen gegeben. Dass sie sich alle auf Quellen beziehen, die zwischen 1933 und 1945 sowie in den Jahren nach der Zerschlagung des Naziregimes in Ermittlungs- und Gerichtsverfahren entstanden sind, bedeutet doch nicht, dass hier nur die Faschismusforscher angesprochen sind. Was bei Mikroverfilmungen von Aktenstücken verloren geht, was sich auf Fotographien oder -kopien nicht mehr findet, das gilt thematisch und zeitlich für viel weitere Bezirke. Zudem verweist der Autor auf Interpretationsprobleme von Dokumenten anderer Provenienz, so etwa anhand von Akten der Judenräte oder der mit äußerster Zurückhaltung formulierten Aufzeichnung eines Gesprächs Roosevelts mit Vertretern jüdischer Organisationen am 8. Dezember 1942, der sich dennoch entnehmen lässt, dass der Präsident, in dem er monologisierte und Zeit schund, jeder verbindlichen Stellungnahme zu den Ansinnen der Delegierten auswich.

Hilberg macht in der nüchternen Sprache, die wir aus seinen Abhandlungen zur Geschichte kennen, was das ist: Abenteuer Geschichtsforschung. Ganz nebenbei und ohne jede Absicht erhält so auch die naive Haltung eine Abfuhr, die meint, Geschichtsurteile fällen zu können, weil man ja schließlich dabei gewesen ist.

Unschwer zu entdecken ist auch die Lücke, die das Buch lässt. Hilberg hat von sich gesagt, er habe sich die Frage nach dem Warum des Judenmords nicht gestellt. Sie führt über die schwierige Rekonstruktion der europaweiten Abläufe hinaus und verlangt "das Einpassen einzelne Teile in ein umfassenderes Gefüge". Sie erfordert theoretische und methodologische Überlegungen zum Charakter des deutsch-faschistischen Regimes, des Krieges und seiner Ziele. Auf diese Kontexte wird verwiesen, jedoch bleiben ihre Probleme außerhalb der Erörterungen. Dass diese Zusammenhänge in den Hintergrund treten, wird auch durch eine Entwicklung gefördert, von der Hilberg sagt, der Gegenstand werde "in immer kleiner werdenden Bestandteilen bearbeitet".

Raul Hilberg, Die Quellen des Holocaust. Entschlüsseln und Interpretieren, S. Fischer, Frankfurt am Main 2002, 256 S.

Judenverfolgung und Judenmord (1933–1945). Ideologie und Kalkül – Thesen

1.

Judenverfolgung und Judenmord rufen bis heute, wenn von ihren Antrieben die Rede ist, die verschiedensten, darunter auch gegensätzliche Interpretationen hervor. Die Skala der Ansätze reicht vom rein Ideologischen bis ins total Materielle. Zwischen beiden liegen Antworten, die die einen wie die anderen gelten lassen, ohne ihren jeweiligen Anteil gewichten zu können. Dieser Zustand wird dauern. Er wurzelt in zwei Umständen. Der eine: der Gegenstand ist schwierig. Der andere: die Antworten berühren bis heute existierende politische und soziale Interessen.

Profilierungssüchte von Forschern und Publizisten tragen – sekundär – zur Fortdauer oder Erneuerung der Kontroversen bei.

Unumstritten ist, dass die Führungsgruppe der NSDAP sich aus in der Wolle gefärbten Antisemiten und zwar einem rabiaten, barbarischen Typus zusammensetzte. Ihre gelegentlich zynischen Äußerungen über diesen ihren Antisemitismus und ihre Praxis ändern nichts daran, dass sie weithin von dem überzeugt waren, was sie verleumderisch gegen die Juden sagten und schrieben und predigten. Dabei gab es zwischen den Angehörigen dieser Gruppe im Hinblick auf den Antisemitismus (nicht anders als hinsichtlich anderer Bestandteile ihrer Ideologie) Grade und Unterschiede. Wie dieser Antisemitismus der Nazis jeweils gefärbt und ausgeprägt war, ließe sich nur in biographischen Untersuchungen bestimmen, was jedoch häufig am verfügbaren verlässlichen Material scheitert. Wichtig ist, dass die Abweichungen nicht von einer Relevanz waren, die an irgendeinem Punkte ihres praktischen Vorgehens praktische Bedeutung erhalten hätte.

2.

Die ideologische Verhaftung im Antisemitismus schloss jedoch nicht aus, dass sich diese Führungsgruppe über den Nutzen (mitunter auch über den Nachteil) der Propagierung des Antisemitismus und der Judenverfolgung Rechenschaft gab und kühl kalkulierend, mal zu deren Verstärkung, dann wieder zu deren Abschwächung griff. Im Ganzen jedoch ergab sich eine ansteigende Kurve der antijüdischen Verfolgungen, die im Massenmord gipfelte. Die Naziführer wie ihre Vorgängerschaft, die in viele Generationen von Ideologen und Politikern nicht nur in die deutsche Geschichte zurückreicht, war sich vor allem bewusst, dass der Antisemitismus wie vordem der Antijudaismus in Wort und Tat ein Mittel zum Gewinn und zur Behauptung eines Einflusses auf Volksschichten oder -massen sein kann, die durch dessen Einsatz abgelenkt oder auch gelenkt, jedenfalls im Sinne der Herrschenden verfügbar

gemacht werden können. Wie in seiner ideologischen Prägung so auch in seinem praktischen V erhalten standen die Nazi-Antisemiten in eine Tradition.

3.

In der sog. Kampfzeit, also auf ihrem Wege zur Staatmacht, benutzten die deutschen Faschistenführer die Verbreitung von Antisemitismus politisch vor allem, um Mitglieder, Wähler und Anhänger zu gewinnen und sie auch in den politischen Kämpfen der Republik zu orientieren. Wie auf anderen Gebieten, knüpften sie an die "Vorleistungen" an, suchten deren Urheber aber an Radikalität noch zu übertreffen. Zugleich unternahmen sie es, ihren Antisemitismus als etwas Einzigartiges dazustellen. Sie seien, so behaupteten sie – entgegen mancher Praxis – keine Radau-Antisemiten, sie handelten nicht aus bloßem Hass, sondern aufgrund einer von ihnen, namentlich von Hitler gefundenen Wahrheit. Sie suchten ihre Judenfeindschaft und -politik als von wissenschaftlichen Einsichten geleitet auszugeben.

4.

Schon in diesen ihren frühen Jahren vor 1933 diente der Antisemitismus mehreren Zwecken. In Verbindung mit ihrem Antimarxismus, Antisozialismus und Antibolschewismus der Diffamierung der Linken. In Verbindung mit dem vorgetäuschten Antikapitalismus in Wahrheit der Ablenkung des spontanen Antikapitalismus in Teilen der Bevölkerung gegen die Juden und somit zum Schutz der Eigentumsverhältnisse der bürgerlichen Gesellschaft, indem von den wirklichen Geberechen dieser Gesellschaft weggelenkt wurde und die Juden (Die Juden sind unser Unglück) zu den nahezu alleinigen Urhebern alles Ungemachs und Unheils erklärt wurden. In Verbindung mit dem pseudo-revolutionären Gehabe der Faschistenführer wurde der Antisemitismus eingesetzt, um glaubhaft zu machen, sie wollten eine grundstürzende Veränderung der Gesellschaft. In Verbindung mit ihrer generell antiaufklärerischen Ideologie dem Erzeugen einer Geist- und Intelligenzfeindlichkeit, die sich in der weithin eingesetzten Formel vom "jüdischen Intellekt" äußerte.

Schließlich war dieser Antisemitismus ein Vehikel zur Erzeugung und Stärkung eines weitergreifenden Rassismus und eines extremen Nationalismus. Langfristig gesehen war seine Verbreitung schon darauf angelegt, in Volkskreisen jene Aggressivität gegen vorgeblich oder wirklich Fremde zu verbreiten oder zu bestärken, ohne die sich die "Ketten von Versailles" nicht brechen und die weiterreichenden imperialen Ziele nicht würden erfolgversprechend angehen lassen. In mehrfachem Sinne war der Antisemitismus folglich auch eine Investition in die Zukunft. Praktisch aber war das Schüren von Judenhass nicht in jedem Augenblick obligatorischer Bestandteil der

Reklame der NSDAP, beispielsweise nicht, als Hitler seine Reden im Reichspräsidentenwahlkampf 1932 hielt.

5.

Als die Faschisten in den Besitz der Staatsmacht gelangt waren, eröffneten sich ihnen neue Möglichkeiten der Verbreitung des Antisemitismus als Ideologie und der antijüdischen Praxis, die nun zur Konsolidierung des Regimes eingesetzt wurde. Die Juden wurden nun zugunsten unmittelbarer Vorteile für die Arier verfolgt. Diese waren vielfältig und reichten von der Freimachung von Arbeitsplätzen und der Eröffnung von Aufstiegschancen bis zur mehr oder weniger erpressten Aufgabe des jüdischen Eigentums an Banken, industriellen Unternehmen usw. Nicht weniger wichtig war, das mit der antijüdischen Praxis (der Judensuche und dem Ariernachweis) eine ideologische Disziplinierungspraxis des Volkes einherging.

In dieser Anfangsphase 1933 bis 1935 wirkten antijüdische Maßnahmen zugleich – wenn auch nicht durchschlagend – beruhigend auf jenen Teil der eigenen Anhänger, der sich augenblicklich ungleich weitergehende Maßnahmen gegen Juden und ihr Eigentum vorgestellt hatten und vom Start des Regimes enttäuscht wurden.

6.

Doch legten sich die Machthaber auch über die zeitweiligen Nachteile ihrer antijüdischen Praxis Rechenschaft ab, namentlich über jene, die ihre wirtschaftlichen und Aufrüstungsinteressen berührten oder die ihnen sonst aus Kreisen der kapitalistischen Wirtschaft signalisiert wurde. Anfang 1934 wurden antijüdische Maßnahmen zeitweilig gedrosselt. 1935 wurden, während der Antisemitismus propagandistisch und praktisch auf manchen Gebieten verstärkt wurde (Nürnberger Gesetze), Erwartungen ihrer kleinbürgerlichen Anhänger auf einen Generalangriff auf das jüdische Eigentum erneut enttäuscht. Hitler selbst wandte sich gegen die Ungeduldigen und erklärte, er und niemand sonst wisse am besten den Zeitpunkt zu bestimmen, an dem die Verfolgung bis zur – zunächst sozial gedachten – Vernichtung gesteigert werde. Jedoch war bereits in dieser Phase erkennbar, dass die Regierungspolitik auf die vollständige Vertreibung der Juden aus dem Reich ziele. *Das* war das strategische Ziel.

7.

Diesem Ziel diente seit 1937/1938 die Verstärkung der Maßnahmen gegen die Juden und der nach eingehender bürokratischer Vorbereitung unternommene Schritt zur Untergrabung der materiellen Existenz der Juden in Deutschland. Rasch erreichte die so genannte Arisierung ihren Höhepunkt und ihren vorläufigen Abschluss. Sie nahm schließlich offen die Form des Raubs an. Sofern die Gewinne oder Teile davon

in die Staatskasse flossen, und das war geplant und vorbereitet, dienen sie vornehmlich der Auffüllung der strapazierten Kriegskasse. Zugleich wurden praktische Schritte unternommen, damit der verbliebende Teil der Juden in Deutschland nicht der "Allgemeinheit" zur Last fiel, da man sie in Friedenszeiten schwerlich einfach dahinsiechen und verhungern lassen konnte.

8.

Je näher das Regime dem Punkte kam, an dem es den Krieg zu beginnen gedachte, umso stärker wurde das Bedürfnis, im Voraus die kriegsschuldigen zu markieren. In diesen Zusammenhang vor allem gehört die vielzitierte Rede Hitlers vom 30. Januar 1939, mit der die Juden (das internationale Judentum) zum alleinigen Unruhestifter in der Welt und zum kriegsschuldigen erklärt wurde. Später wurden die Juden oder die verjudeten oder von Juden beeinflussten Politiker in London und Paris in der Tat zu jenen gemacht, die den Krieg gewollt und das friedliebende nationalsozialistische Deutschland aus seiner Aufbauarbeit gerissen hätten. Damit wurde einer Kriegszieldebatte, wie sie 1915 geführt wurde, vorgebeugt: das Reich besaß demnach, abgesehen von der Korrektur des Unrechts von Versailles, das sich angeblich auch auf friedlichem Wege hätte überwinden lassen, angeblich keine Kriegsziele, so jedenfalls noch in der Anfangsphase des Krieges.

9.

Es lässt sich nicht genau bewerten, inwieweit die antijüdische Praxis vor dem Kriege bereits in der Führungsgruppe und -schicht und in Teilen des Volkes zu einer immer weiteren Absenkung der Hemmschwelle gegenüber der antijüdischen Praxis führte. Unbezweifelbar aber ist, dass dieser Effekt insbesondere mit den Aktionen des sog. Novemberpogroms 1938 und der Einlieferung von bis zu 26.000 Juden in Konzentrationslager erreicht wurde und dass die weniger sichtbare bürokratische Praxis, in die ein weitverzweigter bürokratischer Apparat einbezogen war, die Fähigkeit und Bereitschaft schuf, immer gnaden- und seelenloser gegen die Juden vorzugehen, was von den ersten Tagen des Krieges an geschah. Die Deutschen waren jedenfalls in einem Teil durch die Praxis im weitergehenden Sinne auf das Verhalten gegen Fremde und Feinde eingestellt, auf diesem Felde gleichsam geschult worden und das kein bloßes Neben- oder Folgeprodukt, sondern lag selbst wiederum durchaus im Kalkül der Machthaber, die wünschten, dass das Volk in einer geistigen und mentalen Verfassung in den Krieg ging, der es – wo befohlen – fähig machte, nicht nur auf dem Schlachtfeld nach dem Grundsatz zu handeln: Pardon wird nicht gegeben, Völkerrecht existiert nicht, Menschenrechte auch nicht.

10.

Das Judenmorden begann mit der Eroberung Polens in Gestalt von Massakern, für welche die verschiedensten zusätzlichen Rechtfertigungen herhalten mussten. Vor allem aber war mit dem Kriegsbeginn die bisher verfolge Strategie der Vertreibung der Juden obsolet geworden. Sie wurde abgewandelt in eine Vertreibung von Juden in das eroberte Gebiet, die jedoch beim damaligen Stand des Landraubs keine Generallösung darstellen konnte. Nach dem Sieg über Frankreich wurde dann der kurzfristige Madagaskar-Plan geboren: Vertreibung auf die Insel, die selbst Teil eines deutschen Kolonialreiches werden sollte. Die Entwicklung des Krieges zerschlug diese Planung. Die Antwort ist bekannt und erhielt später den Namen "Holocaust".

11.

In dieser letzten Etappe der antisemitischen massenmörderischen Praxis scheint sie ohne ein reales Interesse zu sein, zum reinen Selbstzweck geworden, zu einem Parallel- und dann zu einem separaten Hauptziel der Machthaber, dessen Verfolgung nur noch aus jener grenzenlos barbarischen Judenfeindschaft zu erklären ist, also: vollständig auf ein ideologisch geprägtes Ziel ausgerichtet. Mehr noch: die Verfolgung dieses Ziels scheint in einen von der Führung vollständig ignorierten Widerspruch zu dem Ziel zu geraten, den militärischen Endsieg zu erringen. Unleugbar jedoch, da wie in der Phase der Vertreibung Vorteil und Nachteil noch immer ins Kalkül kommen und ihnen Rechnung getragen wird, so auch nun noch. Der weit vorangetriebene Prozess der Vernichtung wird partiell gebremst, als in der Spätphase des Krieges der Nachschub von Arbeitskräften für die Kriegswirtschaft aus den eroberten Ländern versiegt und diese verloren gehen. In das für judenfrei erklärte Reich werden Juden, ohne dass deren spätere Bestimmung für den Tod aufgehoben wird, zurücktransportiert und dem teils langwierigen und im Einzelfall auch unverlässlichen Prozess der Vernichtung durch Arbeit zugeführt. Das reale, auf materiell-kriegerischen Gewinn gerichtete Interesse siegt.

12.

Der Übergang zu Auschwitz, um es auf einen Namen zu bringen, ist ohne den im Prozess der Verfolgungen bis zu seiner absoluten Grenze gesteigerten Antisemitismus nicht zu erklären ist. Dennoch ist das Massenmorden Teil eines realen Planes, der vollständig erst nach dem Endsieg verwirklicht werden sollte, eine – aus hier nicht zu erörternden Gründen – vorgezogene Maßnahme für die Gestaltung des gedachten Europas unter dem Hakenkreuz, sprich unter deutscher Herrschaft und Vorherrschaft. In dieses Kalkül, überliefert in Plänen, Teilplänen, gelegentlichen Äußerungen und erkennbar auch bereits an den "Vorausmaßnahmen" im eroberten

Gebiet ging die nüchterne Überlegung ein, was aus der Unmasse von Menschen in deutsche Hand werden solle, die in deutsche Gewalt geraten war und sich, zu Millionen verelendet oder verelendend, schwerlich dauernd wehrlos in diese Rolle fügen würde. Eine Antwort darauf lautete: radikale Reduzierung dieses Unruhe- und Feindpotentials. Die Juden standen auf dieser Liste seit langem. Sie galten als die gefährlichsten und unwandelbaren (weil von Blutswegen) unter allen Feinden der "Deutschen", als intelligent, als gefährlich, als hinterhältig, selbst nach jener Stellung in der Welt strebend, welche die deutschen Faschisten erstrebten. Ideologie und Kalkül vermischten sich so, einander verstärkend, auch in der Holocaust-Phase des faschistischen Antisemitismus.

Auschwitz in Wissensspeichern

In der Literatur über den ersten Frankfurter Auschwitz-Prozess, die Strafsache "gegen Mulka und andere", ist von zwei ganz gegenteiligen Wirkungen die Rede. Die eine habe in der Verstärkung der antinazistischen Aktivitäten auf den verschiedensten gesellschaftlichen Feldern bestanden. Die andere – keineswegs von anderen Autoren festgestellte, sondern von den gleichen Verfassern bemerkte – Wirkung hätte in einem negativen Echo auf den Prozess bestanden. In der "deutschen Öffentlichkeit" sei die Schlussstrichmentalität verstärkt worden. Für das Vorhandensein beider Tendenzen werden unbezweifelbare, überprüfbare Tatsachenreihen angeführt. Ein tiefgreifender Wandel in der Haltung der Gesellschaft sei erst in den siebziger Jahren erfolgt, als sich auch das demographische Bild der Gesellschaft mehr und mehr wandelte. Da, so ist bei einem Historiker der jüngeren Generation zu lesen, sei ein "tiefgreifender Neuorientierungsprozess … auf breiter Basis zum Durchbruch gelangt". Ein renommierter Geschichtsschreiber der älteren Generation urteilte 1987, dass die Erinnerung an Auschwitz in die Identität der Bundesrepublik "geradezu eingebrannt" sei.

Die folgenden Bemerkungen, die den Charakter einer Glosse tragen, wollen diese Aussagen nicht kritisch debattieren, was vor dem Hintergrund der jüngsten geschichtlichen Erfahrungen ebenso möglich wie notwendig wäre. Es soll in aller Kürze gefragt und geprüft werden, wie sich "Auschwitz" im Spiegel von mehr oder minder voluminösen Wissensspeichern beider deutscher Staaten darstellte. Nun kann, diese Vorbemerkung scheint notwendig, von den Texten, die sich in Lexika zum Thema "Auschwitz" und "Auschwitz-Prozesse" finden, nicht kurzerhand auf Niveau und Leistungen der Sozialwissenschaften, insbesondere der Historiographie zurückgeschlossen werden. Historiker könnten sich allenfalls fragen lassen, inwieweit sie selbst auf die Inhalte solcher in Wissensspeichern enthaltenen ersten Orientierungen Einfluss genommen haben, auf Fehler und Lücken aufmerksam machten, Verbesserungen und Ergänzungen anregten.

Und – zweite Vorbemerkung – es ist gewiss, dass mit den Jahren und den Jahrzehnten der Entfernung von den Ereignissen immer mehr Zeitgenossen solcher Orientierungshilfen bedürfen und sich ihrer bedienen. Mithin wächst also deren Bedeutung und Wirkung.

Unter dem Stichwort "Auschwitz" finden sich seit Jahren in den allgemeinen Lexika meistens sechs bis sieben Zeilen mit den verschiedensten Angaben, die von der Charakteristik der Stadt bis zu einem Satz über das Konzentrations- und Vernichtungslager reichen. Im sog. "Großen Herder", einem 12bändigen Nachschlagewerk, das

1952 erschien, werden in sechs Zeilen u. a. 2,5 Millionen Tote des Lagers erwähnt. Im "Neuen Herder", der 1966 sechsbändig zu erscheinen begann, also ein Jahr nach dem Ende des Auschwitz-Prozesses, steht neben einer siebenzeiligen Angabe auch ein Bild, das die Selektionen auf der Rampe zeigt. "Herders Neues Volkslexikon", 1978 in achter Auflage als Einbänder herausgegeben, widmet dem Stichwort drei Zeilen und ein Bild.

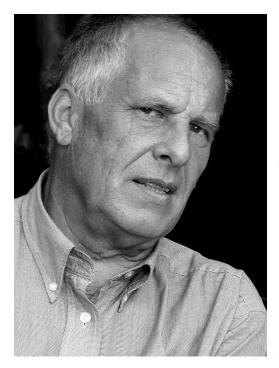
Der "Neue Knauer", ein zehnbändiges Nachschlagewerk von 1974, verweist in wiederum sieben Zeilen auf das größte Konzentrations- und Vernichtungslager der NSZeit, eine Formulierung, die sich in vielen Wissensspeichern so wiederfinden lässt.

Der "Große Duden" in elf Bänden, der 1964 zu erscheinen begann, formuliert, wieder in einer sieben Zeilen umfassenden Angabe, Auschwitz sei ein "berüchtigtes" Konzentrations- und Vernichtungslager gewesen. Das zehnbändige "Neue Duden Lexikon", zwanzig Jahre später – 1984 – ediert, nennt in einer sechszeiligen Angabe Auschwitz ein deutsches Konzentrations- und Vernichtungslager. Ähnlich formuliert das "Neue Fischer Lexikon in Farbe", ein Siebenbänder aus dem Jahre 1981. Wiederum umfasst der Gesamttext die – man möchte sagen – ominösen sieben Druckzeilen einer Spaltenlänge.

Eine erwähnenswerte Abweichung weist indessen "Meyers Neues Lexikon" in acht Bänden auf, das 1978 auf den Markt kam. Hier ist mit der doppelten Zeilenzahl darauf verwiesen, dass es sich bei Auschwitz um ein Konzentrations- und Vernichtungslager handelte, in dem vor allem Juden umgebracht wurden - eine, ja die Grundtatsache, die alle bisher genannten Wissensspeicher keiner Erwähnung wert finden. Es wird weiter angegeben, dass die Zahl der in Auschwitz umgebrachten Menschen auf 2,5 bis 4 Millionen geschätzt würde. Auf das Stichwort "Auschwitz" folgt hier anschließend ein weiteres: "Auschwitz-Prozesse", das mit 22 Zeilen auf die Gerichtsverfahren in Polen, in der BRD und auch in der DDR – hier den Prozess gegen Fischer – hinweist. Drei Jahre später werden in "Meyers Großem Universallexikon", einer Ausgabe in 15 Bänden, die Fakten ähnlich ausführlich referiert. Die Zahlenangaben werden wiederholt, und es wird erwähnt, dass Auschwitz-Häftlinge "für angegliederte Betriebe deutscher Konzerne" schuften mussten – was immer man sich unter "angegliedert" vorstellen mag. In der DDR erschien in mehreren Ausgaben ein einziges Lexikon, das vom Leipziger Bibliographischen Institut herausgegeben wurde. 1972 begann das 18bändige "Meyers Neues Lexikon" zu erscheinen, in dem sich das Stichwort "Auschwitz" unsinnigerweise überhaupt nicht findet, der Insider aber wohl erraten kann, dass das, was er sucht, unter dem polnischen Namen der Stadt gefunden werden kann. Tatsächlich umfasst der Text zu Oświęcim dann 40 Zeilen, in denen die Zahlenangaben lauten: 4,4 Millionen Insassen, 4 Millionen Ermordete, 7.500 Überlebende. Es wird auf die Gedenkstätte und das Denkmal verwiesen, das abgebildet ist. Dass die Opfer hauptsächlich Juden waren, erfährt der Benutzer nicht.

Das 1978 in zweiter Auflage erschienene "Meyers Universal Lexikon", das lediglich vier Bände umfasste, gibt in dem 1980 auf dem Markt erscheinenden Band wieder unter Oświęcim in 17 Zeilen eine kurze Beschreibung von Auschwitz und den genannten 39 Außenlagern. Die Zahlenangaben sind nicht korrigiert. Es wird die Sklavenarbeit erwähnt und es werden – Brechts Bemerkung, wonach, solange kein Name gefallen sei, auch nichts passiert wäre, berücksichtigend – die Konzerne IG Farben, Krupp und Siemens als Nutznießer der Ausbeutung der Häftlinge genannt. 1988 begann in der DDR ein weiteres vierbändiges und großformatiges Lexikon zu erscheinen. Sein letzter Band trägt eine kurze Vorbemerkung und diese das Datum des Februar 1990. Da regierte das Kabinett unter Hans Modrow und manche Träume auf die Erhaltung eines gewandelten Staates DDR waren noch nicht ausgeträumt. Hier nun findet sich die Feststellung, die in alle Wissensspeicher gehört. Sie lautet – Zitat - Auschwitz war "das Zentrum der Massenvernichtung der jüdischen Bevölkerung Europas". Die sonstigen Angaben sind mit denen identisch, die sich in den DDR-Ausgaben voraufgegangener Jahre finden, auch die falschen, von der Forschung längst korrigierten Zahlen-Angaben. Diese Übersicht, die in sich unvollständig ist, liefert nicht mehr als Mosaiksteine für die Beantwortung der Frage, wie tiefgreifend die Kurzinformationen über "Auschwitz" sind, wie und ob sie sich gewandelt haben. Von den Spuren der fortschreitenden geschichtswissenschaftlichen Aufklärung der Ursachen, Triebkräfte und Folgen von Auschwitz ist da wenig aufzunehmen, ja selbst die Fakten seiner Existenz sind zu lückenhaft. Nun hat sich wohl jedermann durch Vergleiche längst davon überzeugt, dass die Hersteller von Wissensspeichern ungehemmt voneinander abschreiben. Nur ein Don Quichotte könnte dagegen ankämpfen wollen. Indessen wäre den Lexika produzierenden Verlagen anzuraten, wenigstens bei den besser Informierten plündern zu gehen. Zu Gebote stand da beispielsweise für den Fremdsprachen-Unkundigen das Schweizer Lexikon, das im Jahre 1945 zu erscheinen begann. Unter dem Stichwort "Auschwitz" fand sich in dem Band ein Verweis auf das Stichwort "Vernichtungslager", und dort wurde ausgeführt, dass diese Lager namentlich in Polen errichtet wurden, in ihnen hauptsächlich Juden umgebracht wurden, und zwar durch den Einsatz von Giftgasen. So nachzulesen in dem Band, der 1948 in Zürich erschien.

II. Nachwort des Herausgebers



Friedrich-Martin Balzer

Kurt Pätzold (1930-2016) ist ein unvergessener Freund von mir. Er hat viele Rezensionen zu meinen Publikationen verfasst und lieferte Beiträge in meinen Buchveröffentlichungen. Wir korrespondierten wöchentlich miteinander. Seit unserem Treffen 2001 in Jena mit Manfred Weißbecker, mit dem ich schon seit 1973 zusammengearbeitet hatte, besuchten wir uns entweder bei gemeinsamen Besuchen des von uns verehrten Historikers Wolfgang Ruge, dessen vielbeachtete Gulag-Memoiren ich unter dem Titel "Berlin-Moskau-Sosswa. Stationen einer Emigration"³¹⁷ veröffentlicht habe, in Gager auf Rügen oder in Berlin, Marburg und Hamburg.

Als Professor für deutsche Geschichte an der Humboldt Universität zu Berlin gilt Kurt

Pätzold als einer der namhaftesten deutschen Faschismusforscher.

1992 entlassen, stürzte sich Pätzold in publizistische und politische Arbeit, veröffentlichte Bücher u.a. über Hitler, Rudolf Heß, die Wannseekonferenz, die Nürnberger Prozesse und seine Autobiographie "Die Geschichte kennt kein Pardon" (2008).

Mit dem Thema Holocaust des hier vorliegenden Sammelbands aus Pätzolds Nachlass bin ich seit frühester Jugend vertraut.

Geboren 1940, wuchs ich in einem Pfarrhaus im westfälischen Iserlohn auf. Mein Vater gehörte zur "Verkennenden Kirche". Kurz nach Dienstantritt 1934 wurde er mit Morddrohungen konfrontiert. Die sich "Deutsche Christen" nennenden Faschisten, hängten ein Plakat auf, auf dem für alle zu lesen stand, "Pfarrer Balzer ist ein Jude. Sein Vorname heißt Samuel. Wir brauchen keine Juden. Man sollte ihn im Seilersee ertränken, da, wo er am tiefsten ist."

In den 50er Jahre lernte ich zunehmend, mich gegen die Lehrer, die Nazis geblieben waren, zu wehren. Der Deutschlehrer beurteilte meinen Besinnungsaufsatz, in dem ich die Männer und Frauen des 20. Juli 1944 als Vorbild beschrieben hatte, mit der Note "mangelhaft". Er schrie mich an mit den Worten "Das waren doch Verräter" und zerriss mir im Laufe der erregten Auseinandersetzung das Hemd. Der Ge-

³¹⁷

schichtslehrer war ein ehemaligen SA-Sturmbandführer und rechtfertigte die Verfolgung der Juden mit allerlei abstrusen Argumenten.

Mein Elternhaus war mir bei meiner Selbstfindung eine große Hilfe. Ende der 50er Jahre empfahl meine Mutter mir die Rundfunksendereihe von Robert Neumann "Ausflüchte unseres Gewissens. Dokumente zu Hitlers "Endlösung der Judenfrage« mit Kommentar und Bilanz der politischen Situation" ³¹⁸ anzuhören. Ein bis heute nachhaltiger Anstoß in meinem Leben.

Beim Abschied von der Schule 1960 hielt ich eine Rede, die bereits zahlreiche Topoi der Studentenbewegung bis ins Jahr 1968 enthielten. Thema waren die Verse von Günter Eich: "Seid Sand, nicht das Öl im Getriebe".³¹⁹

Im 2. Semester in Marburg studierend, lud ich im Jahr des Eichmann-Prozesse Robert Neumann, den Vizepräsidenten der internationalen PEN-Clubs nach Marburg ins Audi Max ein. Thema: "Was geht uns Eichmann an?", eine Veranstaltung, die bis 1964 sich verwandelte in einen Dialog zwischen der Universität Marburg und der Humboldt-Universität in Ost-Berlin, dokumentiert in der mit Reinhard Hübsch herausgegeben Publikation "Operation Mauerdurchlöcherung". Robert Neumann und der deutsch-deutsche Dialog".³²⁰ Die Mitschnitte wurden in einer sechsteiligen Serie wiederholt im Rundfunk ausgestrahlt.

Alle angesprochenen Professoren der Marburger Universität – und es waren viele – weigerten sich, als Diskussionsleiter an der Veranstaltung teilzunehmen, da ihnen das Thema "zu heiß" war. Nur der Marburger Ordinarius für wissenschaftliche Politik Wolfgang Abendroth und seine Frau erschienen überraschend auf der Veranstaltung, beteiligten sich rege und kritisch. Meine Nähe zu ihnen war so groß, dass ich das Fach Germanistik wechselte und begann, bei dem weißen Raben in der postfaschistischen, nur oberflächlich entbräunten Restaurationsgesellschaft der BRD, Wolfgang Abendroth, zu studieren. Es war ein Glücksfall, bei Wolfgang Abendroth in die Schule zu gehen, dem "nach Rosa Luxemburg wohl klügsten und weitblickendsten theoretisch-strategischen Kopf der marxistischen Linken in Deutschland"³²¹.

Siehe auch den Bildband von Robert Neumann, Hitler, Aufstieg und Untergang des Dritten Reiches. Ein Dokument von Robert Neumann. Unter Mitarbeit von Helga Koppel, München 1961. "Die Ausflüchte unseres Gewissens" sind 1960 in Hannover erschienen und inzwischen im Internet unter Max-Stirner-Archiv-Leipzig-Philosophie digital 2.0 nachlesbar.

Inzwischen hat meine Rede Beachtung gefunden bei Konrad H. Jarausch, Die Umkehr. Deutsche Wandlungen. 1945–1995, München 2004, S. 217 f.

Bonn 1994 im Pahl-Rugenstein Verlag. Erweiterte Fassung unter Philosophie digital 2.0 nachlesbar.

Nach Ekkehard Lieberam und Herbert Münchow war Abendroth "wie Rosa Luxemburg ein Sozialist, für den die marxistische Analyse sich stets mit politischem Handeln verband. Seine Werke [...] sind heute genau so aktuell wie zu der Zeit, als sie geschrieben wurden."

Nachdem ich mich in meinem Hauptseminar dem Thema der "Kirchenkampflegenden" nach 1945 gewidmet hatte, führte mich Abendroth auf die Spur des antifaschistischen Pfarrers Erwin Eckert, der zu meinem Lebensthema wurde und mich tief in das Geflecht von Ideologien und Interessen der deutschen Geschichte blicken ließ. Sowohl meine Examensarbeit als auch mein Promotionsthema über "Klassengegensätze in der Kirche. Erwin Eckert und der Bund der Religiösen Sozialisten Deutschlands"³²² versuchten, den der Vergessenheit anheimgefallen Mannheimer Stadtpfarrer wieder zum Leben zu erwecken.

Neben der Tätigkeit in der Schule, wo vom stellvertretenden Schulleiter auch schon mal Ausrufe wie "Benehmt Euch nicht wie die Russen. Wir sind hier nicht in der Judenschule" die Rede war, was ich in der Gesamtkonferenz zu kritisieren wagte, publizierte ich auf Anregung eines Schülervaters die erste selbständige Veröffentlichung des Urteils im Frankfurter Auschwitz-Prozess³²³. Ich hatte schon als Student am Auschwitz-Prozess teilgenommen und dabei Daniel Shore ein Interview gegeben, der gerade einen Film über Anne Frank drehte.

Apropos Anne Frank: Als 15jähriger hatte ich mich auf die ausgeschriebene Stelle des "Peter" in dem von Metro Goldwyn Mayer geplanten Film beworben. Natürlich vergeblich.

Zusätzlich zum Urteil im Frankfurter Auschwitz-Prozess veröffentlichte ich eine CD mit dem Text des Buches und zahlreichen Zusatzmaterialien, u.a. von Ulrich Schneider edierten Texten und mit Gedichten von Todja Tartschoff-Newman, "Pictures from a Concentration Camp. After The Film 'The Last Stage". 324 Ich hatte Todja, dessen Schwester in Auschwitz ermordet wurde, 1960 und in vielen darauffolgenden Jahren in London kennengelernt und wurde sein Freund.

Als Student besuchte ich das Konzertrationslager Buchenwald. Als Junglehrer besuchte ich mit einer Klasse nach Prag auch Lidice. Die Begegnung mit Kurt Julius Goldstein im Jahre 1985 beim Moskauer Weltfriedenskongress anlässlich des 50. Jubiläums der Befreiung vom Faschismus führte dazu, dass ich 1994 die einzige DVD über sein Leben unter dem Titel "Vorwärts und nicht vergessen. Kurt Julius Goldstein. Dokumentarfilm von Ingrid Strobl"³²⁵ produzierte und seine gesammelten

Bonn 1973, inzwischen in 4. Auflage im Internet unter Max-Stirner-Archiv Leipzig, Philosophie digital 2.0. Friedrich-Martin Balzer/Werner Renz, Das Urteil im Frankfurter Auschwitz-Prozess (1963–1965), Bonn

Diese Gedichte von Todja Tartschoff-Newman "The Vision and Other Poems", London 1953 sind auf der von mir herausgegebenen CD "Der Frankfurter Auschwitz-Prozess" 2004 zusammen mit zahlreichen Zusatzmaterialien veröffentlicht worden.

Ingrid Strobl: Vorwärts und nicht vergessen! Ein Porträt von Kurt Julius Goldstein. Spanienkämpfer, Auschwitz- und Buchenwaldhäftling, 1994, 56 Minuten; Produktion, Verleih und Vertrieb: Friedrich-Martin Balzer, VHS 1994, DVD 2074.

Aufsätze unter dem Titel "Wir sind die Letzten – fragt uns. Kurt Goldstein, Spanienkämpfer, Auschwitz- und Buchenwaldhäftling, Reden und Schriften 1974-1999"³²⁶ publizierte.

Goldsteins Reaktion zu den mit Manfred Weißbecker publizierten Wochenberichten (1930-1933), die auch von Eric Hobsbawm hochgelobt wurden, unter dem Titel "Blick in den Abgrund"³²⁷ lautete: "Ich kenne zwei Bücher, die man lesen muss, wenn man wissen will, wie Deutschland in den Faschismus geraten ist und wie der faschistische Alltag war. Das sind die Tagebücher von Victor Klemperer und diese Wochenberichte. Sie sind ein höchst anschaulicher Unterricht für den Absturz Deutschlands in den Hitler-Faschismus".³²⁸

Außerdem publizierte ich gesammelte Aufsätze des Untersuchungsrichters im Frankfurter Ausschwitz-Prozess unter dem Titel "Die Beschützer der willigen Vollstrecker. Persönliche Innenansichten der bundesdeutschen Justiz"³²⁹, die u.a. auch die im Unterricht verwendete Übersicht von Robert M. W. Kempner über die Prozesse und Urteile des IMT in Nürnberg enthielt. Schließlich veröffentlichte ich das Gesamtwerk von Heinz Düx im Jahre 2013³³⁰.

Es ist nur konsequent, warum ich mir die Arbeit mit der Herausgabe der Schriften von Kurt Pätzold zum Thema Holocaust gemacht habe. Außerdem und nicht zuletzt bin ich der Sache und der Freundschaft mit Kurt Pätzold willen dazu verpflichtet

Wie ich erst während der Arbeit am Manuskript erfuhr, ist dieses Kompendium von Kurt Pätzold zum Holocaust bereits 2004 als Buch beim PapyRossa Verlag unter dem Titel "Wahn und Kalkül. Der Antisemitismus unter dem Hakenkreuz" in deutlich gekürztem Umfang erschienen. Dr. Barbara Pätzold danke ich für die freundliche Genehmigung der Veröffentlichung im Max-Stirner-Archiv-Leipzig.

Friedrich-Martin Balzer (Hrsg.), Wir sind die letzten – fragt uns. Kurt Goldstein. Spanienkämpfer, Auschwitzund Buchenwald-Häftling, Reden und Schriften (1974-1999), Mit einer autobiographischen Einführung,
Bonn 1999, 253 S. mit 6 Abb. 2. erheblich erweiterte Auflage 2005, 327 S. Siehe auch: "Es war Liebe auf den
ersten Blick". Grußwort auf dem Kolloquium anlässlich des 85. Geburtstages von Kurt Julius Goldstein am
6. November 1999 in der "Hellen Panke" in: der. "Prüfet alles, das Gute behaltet". Auf Spurensuche u.a.
nach Wolfgang Abendroth, Erwin Eckert, Emil Fuchs, Kurt Julius Goldstein, Hans Heinz Holz, Eric Hobsbawm, Robert Neumann, Helmut Ridder und Wolfgang Ruge, Bonn 2010, S. 95-97. Nachlesbar im Internet
unter Max-Stirner-Archiv-Leipzig-Philosophie digital 2.0.

Erwin Eckert/Emil Fuchs, Blick in den Abgrund. Das Ende der Weimarer Republik im Spiegel zeitgenössischer Berichte und Interpretationen. Mit Nachbetrachtungen von Georg Filbert, Reinhard Kühnl, Gert Meyer, Kurt Pätzold und Wolfgang Ruge und einem Geleitwort von Klaus Fuchs-Kittowski. Herausgegeben von Friedrich-Martin Balzer und Manfred Weißbecker, Bonn 2002.

In: Deutschlandfunk vom 7. November 1999.

Erschienen beim Pahl-Rogenstein Verlag in Bonn 2004

Friedrich-Martin Balzer, Justiz und Demokratie. Anspruch und Realität in Westdeutschland nach 1945. Gesammelte Schriften (1948-2013), Bonn 2013. Da der Pahl-Rugenstein-Verlag nicht mehr existiert, können Exemplare bei mir unter Bestellservice www.friedrich-martin-balzer.de bestellt werden.

Von den 55 Texten des von Kurt Pätzold zusammengestellten Konvoluts im Nachlass sind nur 20 in der Buchveröffentlichung "Wahn und Kalkül" in der Buchausgabe beim PapyRossa Verlag erschienen. 35 Texte sind also neu.

Dem PapyRossa-Verlag danke ich für die Erlaubnis, das 2012 erschienene Buch unter dem Titel "Wahn und Kalkül" im Max-Stirner-Archiv-Leipzig nachlesbar zu machen.

Dessen hochverdienter und kompetenter Bearbeiter und Herausgeber ist Kurt W. Fleming, ohne dessen Hilfe und Unterstützung wichtige Veröffentlichungen, so auch diese, nicht dem Vergessen entrissen und der allgemeinen Öffentlichkeit kostenlos zur Verfügung gestellt werden können.

Marburg, den 1. April 2023

III. Personenindex

A

Abendroth, Wolfgang 358, 359
Adam, Uwe Dietrich 272
Adenauer, Konrad 88, 211, 300
Ahrendt, Hannah 64
Aly, Götz 117, 133
Amann, Max 11
Andreas-Friedrich, Ruth 98, 99
Apitz, Bruno 203, 206, 284, 298, 299, 334
Arendt, Hannah 129, 132, 141, 253, 264, 272
Atatürk, Kemal 38

В

Bach-Zelewski, Erich von dem 245 Bacque, James 175, 176, 178 Baeck, Leo 133, 236 Ballmann, Herbert 299 Balzer, Friedrich-Martin 1, 2, 339, 359, 360 Balzer, Samuel 357 Bartel, Walter 290 Bauer, Fritz 133, 222, 339 Baum, Herbert 290, 300 Becher, Johannes R. 149, 284, 304 Beck, Jósef 77 Becker, Jurek 284, 299, 300, 303, 324, 334 Benz, Wolfgang 133, 213, 223, 224, 254, 335, 336, 342 Berger, Karl Heinz 304 Berger-Fiedler, Roza 333 Bertram, Adolf, Kardinal 100 Beyer, Frank 203, 298, 333 Birn, Ruth Bettina 187, 188 Bleicher, Willi 204 Blobel, Paul 111 Bobrowski, Johannes 284 Böhme, Hans Joachim 90, 92 Bormann, Martin 117, 322 Born, Max 20 Brecht, Bert 203, 309, 356 Bredel, Willy 284 Breitmann, Richard 219 Breslauer, Max 148 Brežan, Jurij 304, 334 Broszat, Martin 172, 174, 265, 272 Browning, Christopher 86, 133, 155, 186, 219, 237, 343, 344, 345 Bryson, Brady 155

Bühler. Josef 251 Bütefisch, Heinrich 222

C

Callsen, Knud 111 Celan, Paul 110, 339 Chamberlain, Neville 214 Churchill, Winston 336 Coudy, René 226 Cremer, Fritz 202

\mathbf{D}

Darré, Walther 48 Delacor, Regina 214 Demut, Fritz 148 Dietl, Eduard 180 Dinter, Arthur 23 Dodd, Thomas J. 160 Doernberg, Stefan 288 Drobisch, Klaus 132

\mathbf{E}

Eberhard, Kurt 110 Eckert, Erwin 359 Edel, Peter 303 Edels, Peter 334 Eher, Franz 11 Ehrenburg, Ilja 110, 132, 281, 282 Eichholtz, Dietrich 248, 259, 269, 310 Eichmann, Adolf 86, 113, 114, 115, 121, 124, 125, 129, 132, 133, 154, 156, 157, 166, 200, 201, 234, 238, 241, 245, 249, 253, 263, 292, 301, 337, 358 Einstein, Albert 20 Eisen, Walter 70, 148 Engel, Erich 297, 333 Engels, Friedrich 126 Eschwege, Helmut 132, 133, 306, 324

F

Faulenbach, Bernd 173
Feder, Gottfried 109, 110, 118, 290, 304
Federn, Ernst 203
Felton, Frederik 155
Fest, Joachim 24, 216
Feuchtwanger, Lion 20, 278, 284, 334
Field, Noel 288

Finkelstein, Norman 61, 62, 63, 64, 188, 293 Fischer, Fritz 308 Fischer, Horst 355 Fischer-Schweder, Bernhard 89, 92 Fladung, Johann 148 Flick, Friedrich 59, 254, 290, 317 Flierl, Thomas 215 Frank, Anne 300, 359 Frank, Hans 156, 251, 304 Frank, Karl Hermann 97, 298 Frank, Leonhard 299, 304 Frei, Norbert 103, 272 Frick, Wilhelm 16, 17, 26, 97, 119 Friedenthal, Helene 230 Friedlander, Henry 165, 167, 188 Friedländer, Saul 189, 267 Friedman, Michel 341 Fühmann, Franz 303, 334

G

Gajewski, Fritz 209 Gass, Karl 332 George, Heinrich 278 Gerlach, Christian 189 Geschonneck, Erwin 203, 207, 300 Globke, Hans Maria 19, 211, 300, 334 Goebbels, Joseph 33, 38, 39, 41, 43, 48, 49, 54, 57, 70, 80, 82, 97, 101, 103, 106, 107, 118, 149, 152, 213, 259, 276, 279, 332 Goguel, Rudi 306 Goldhagen, Daniel 46, 60, 61, 135, 184, 186, 187, 188, 189, 190, 191, 192, 210, 255, 272, 309 Goldmanns, Nahum 231 Goldstein, Kurt 359, 360 Göring, Hermann 16, 35, 56, 69, 72, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 82, 96, 97, 107, 112, 113, 117, 120, 121, 126, 131, 150, 152, 155, 160, 199, 235, 248 Goshen, Seev 265 Gossweiler, Kurt 285 Gotsche, Otto 284 Gottschalk, Joachim 296 Graf, L. Gerald, Rabbiner 148 Graml, Hermann 214 Granach, Alexander 20 Griffith-Jones, Mervyn 160 Grundig, Hans 303 Grundig, Lea 303 Grynszpan, Herschel 70 Gustloff Wilhelm 39

Н

Haas, Rudolf 297 Habermas, Jürgen 169, 177 Hagelstange, Rudolf 319 Hager, Kurt 292 Hallstein, Walter 288, 328 Harlan, Veit 278, 279 Hauff, Wilhelm 277 Haug, Wolfgang Fritz 131 Heartfield, John 148 Heine, Heinrich 284 Heinz, Wolfgang 300, 301 Heise, Wolfgang 303, 334 Helldorf, Wolf-Heinrich Graf 49 Hermlin, Stephan 284, 305, 313, 323, 334 Hertz, J. H., Oberrabbiner 148 Heuß, Theodor 181, 254 Heydrich, Reinhard 33, 54, 73, 77, 78, 79, 81, 85, 90, 92, 96, 97, 113, 114, 115, 117, 121, 122, 123, 143, 152, 153, 154, 155, 156, 157, 198, 199, 200, 201, 217, 235, 238, 245, 273, 322, 344, 345 Heymann, Stefan 10, 205, 275, 288, 305 Heynowski, Walter 333 Hilberg, Raul 132, 155, 187, 188, 193, 194, 196, 252, 253, 254, 255, 288, 293, 342, 343, 346, 347 Hillgruber, Andreas 169, 171, 172, 258 Himmler, Heinrich 30, 38, 48, 50, 81, 85, 92, 97, 106, 109, 121, 123, 124, 142, 152, 153, 154, 198, 199, 217, 220, 235, 244, 262, 278, 308, 322, 344, 345 Hirsch, Rudolf 221, 303, 324, 334, 339 Hitler, Adolf 11, 16, 17, 21, 22, 23, 26, 27, 29, 30, 31, 33, 34, 36, 41, 42, 48, 49, 50, 52, 54, 56, 57, 58, 65, 66, 67, 68, 72, 73, 75, 76, 77, 80, 81, 82, 85, 92, 103, 105, 106, 107, 118, 119, 120, 122, 123, 127, 128, 129, 130, 133, 140, 143, 144, 146, 149, 150, 152, 153, 154, 156, 158, 164, 170, 171, 175, 177, 178, 181, 186, 187, 188, 189, 194, 196, 197, 198, 199, 209, 217, 239, 246, 249, 251, 252, 255, 256, 257, 258, 259, 261, 262, 266, 268, 269, 270, 271, 278, 279, 308, 319, 320, 322, 345, 349, 350, 351, 357, 358, 360 Hobsbawm, Eric 28, 323, 360 Hochhuth, Rolf 284, 301, 334 Hoffmann, Joachim 175 Honecker, Erich 231 Horthy Nicolas von 128, 154 Höß, Rudolf 157, 245, 251, 357

Höttl, Wilhelm 157 Kwiet, Konrad 133, 219 Hübsch, Reinhard 358 L Ι Laks, Simon 226 Innitzer, Theodor, Kardinal 100, 102 Lammers, Hans 97 Innozenz III., Papst 96 Landsteiner, Karl 22 Langbein, Hans 132, 225, 226 Lazar, Auguste 304 Leitner, Fritz 204 Jäckel, Eberhard 133, 165, 173, 186 Less, Avner 200, 201 Jackson, Robert H. 159, 161, 241, 246 Lessing, Gotthold Ephraim 284, 301 Jeckeln, Friedrich 110 Lestschinsky, Jakob 251 Jesse, Eckhard 178 Limbach, Jutta 170 Joseph, Detlef 328, 329 Longerich, Peter 345 Jung, Cläre M. 302 Löser, Christian 331 Lübke, Heinrich 222 K Lukács, Georg 327, 334 Kahn, Siegbert 275, 288, 305, 334 Kaul, Karl-Friedrich 334 M Kautsky, Benedikt 206 Maetzig, Kurt 297, 333 Kautsky, Karl 126 Mann, Thomas 20, 102, 260 Kehrig, Manfred 175 Marian, Ferdinand 278 Kempner, Robert M. W. 113, 114, 151, 200, Marx, Karl 28, 46, 126, 177, 267, 320 360 Mau, Hermann 290 Kershaw, Ian 268 May, Gisela 309 Keßler, Mario 285 Meier, Kurt 334 Kipphardt, Heinar 200, 301 Meinecke, Friedrich 271 Kirchner, Renate 329 Menthon, François de 246 Kirsch, Saeah 284 Merker, Paul 275, 286, 288 Kisch, Egon Erwin 284 Messerschmidt, Manfred 181 Klein, Fritz 310 Meusel, Alfred 148 Klemperer, Victor 19, 27, 98, 99, 101, 102, Meyer, Ernst Hermann 148 212, 275, 302, 315, 330, 331, 334, 360 Milton, Sybil 165 Klessmann, Christoph 172 Mitscherlich, Alexander 311, 314, 319 Klöpfer, Eugen 278 Mitscherlich, Margarete 311, 314, 319 Klotz, Johannes 103 Modrow, Hans 326, 356 Klowski, Daniel 6, 204, 205 Möllemann, Jürgen W. 341 Kocka, Jürgen 172 Mommsen, Hans 103, 142, 262 Kohl, Helmut 169, 170, 171 Mottek, Hans 288 Koller, Karl 291 Mulka, Robert 354 Kölling, Johannes 297 Müller, Heinrich 115, 124, 157, 200, 201, Konrád, György 273, 275 238, 245 Korczak, Janusz 300, 301, 333 Mussolini, Benito 213 Krauß, Matthias 284 Krauß, Werner 278, 279, 283 N Krieger, Seymour 58, 155 Krupp, Alfried 50, 254, 267, 291 Nachama, Andreas 233 Kübler, Ludwig 180 Nathan, Hans 155 Kuczynski, Jürgen 148, 285, 288 Neiss, Marion 213 Kuczynski, Thomas 216 Neumann, Erich 113

Kusnetzow, Anatolij 110 Küttler, Wolfgang 314 Neumann, Franz 252, 253

Neumann, Robert 358

Nida-Rümelin, Julian 273 Niethammer, Lutz 172, 173, 203, 225 Nolte, Ernst 169, 171, 172, 176, 308 Nowojski, Walter 330, 331

O

Oberkofler, Gerhard 228 Offenberg, Ulrike 325 Ogorreck, Ralf 217 Ohlendorf, Otto 157, 245 Ollendorf, Gerard 209 Oppenheimer, Joseph Süß 277 Ossowski, Leonie 304 Ottomeyer, Hans 273

P

Pätzold, Kurt 357 Péri, Gabriel 214, 318 Petcheck, Julius 35 Petersdorff, Jutta 170 Petscheck, Julius 57, 59 Petzold, Konrad 304 Pietsch, Helmut 295 Piscator, Erwin 301 Pohl, Dieter 133, 187, 188 Poliakov, Léon 132, 141, 232, 251

R

Rasche, Otto 110, 111 Rath, Ernst von 37, 38, 70, 73 Rautenberg, Erardo 284 Reagan, Ronald 169 Reichenau, Walter von 110 Reinhardt, Max 20 Reisberg, Arnold 288 Reitlinger, Gerald 117, 132, 193, 251, 254, 255, 319 Renz, Werner 222 Rexin, Manfred 231 Ribbentrop, Joachim von 77, 122, 153, 214 Ribes, Auguste Champetier de 249 Riemann, Katja 224 Röhm, Ernst 45 Roosevelt, Franklin D. 76, 213, 346 Rose, Romani 163 Rosenberg, Alfred 48, 82, 252, 253, 259 Rosh, Lea 163, 165 Roth, Karl-Heinz 132, 179 Rousset, David 226 Rubinowicz, David 300

Rückerl, Adalbert 94, 132

Ruge, Wolfgang 357 Runge, Irene 357 Rürup, Reinhard 275 Rüter, Christiaan Frederik 320

S

Safrati, Michele 213 Sassen, Willem 201 Sauckel, Fritz 152 Schacht, Hjalmar 30, 50, 153 Scharon, Ariel 341 Scheffler, Wolfgang 215, 217, 232 Scheumann, Gerhard 333 Schirach, Baldur von 101 Schmaglewskaja, Severina 157, 158 Schmidt, Helmut 37 Schmidt, Henry 333 Schmidt, Walter 287 Schoenberner, Gerhard 231 Schostakowitsch, Dimitri 110 Schrader, Maria 224 Schreiner, Albert 289 Schuder, Rosemarie 303, 324, 334 Schüle, Erwin 94 Schwarz, Erika 156, 190, 211 Schweikart, Hans 296 Schwerin von Krosigk, Johann Ludwig Graf 17,82

Seeber, Eva 292 Seghers, Anna 284 Seibt Gustav 141 Shawcross, Hartley 159 Shore, Daniel 359 Simon, Hermann 287 Simonow, Konstantin 327 Skutsch, Felix 229, 230 Smelser, Roland 178 Söderbaum, Kristina 278 Speer, Albert 153, 215, 216 Spiegel, Paul 287 Stahlecker, Franz Walter 84, 85, 90

Staudte, Wolfgang 297

Steengracht van Moyland, Adolph von 153

Steinbach, Peter 184 Steinherz, Samuel 227, 228 Steiniger, Peter Alfons 302 Stern, Leo 288, 292 Stöcker, Adolf 292 Stone, Isac 155

Streicher, Julius 13, 25, 29, 48, 80, 106, 119, 154, 158, 160, 277

Streim, Alfred 94

Streit, Christian 272 Strobl, Ingrid 359 Stroop, Jürgen 156 Suworow, Viktor 174 Sylvanus, Erwin 301 Syring, Enrico 178 Szpilman, Wladislaw 341

\mathbf{T}

Taler, Conrad 221 Tartschoff-Newman, Todja 359 Timm, Angelika 325 Treitschke, Heinrich von 332

\mathbf{U}

Ulbricht, Walter 231, 292

\mathbf{v}

Vaillant-Couturier, Marie-Claude 157, 158, 246

W

Wagenstein, Angel 298, 300, 333 Wajda, Andrzej 305 Walsh, William F. 155, 159, 161 Wander, Fred 303 Wegener, Paul 301 Wehler, Hans-Ulrich 178 Weiß, Konrad 300, 333 Weiß, Peter 339 Weiss, Peter 301, 334 Weißbecker, Manfred 357, 360 Weißmann, Karlheinz 176, 177, 180 Weizmann, Chajim 71 Weizmann, Ezer 170 Weizsäcker, Richard von 169 Welskopf-Henrich, Lieselotte 302 Wilhelm, Hans Heinrich 272 Wilk, Werner 302 Willems, Susanne 215 Winkler, Heinrich August 172 Winterstein, Eduard von 301 Wippermann, Wolfgang 164, 184 Wise, Stephen I. 149 Wisliceny, Dieter 263 Wolf, Friedrich 284, 297, 334 Wolf, Gerry 300 Wolf, Konrad 297, 298, 300, 333 Wolff, Jeanette 327 Worner, Heinz 148 Wulf, Joseph 132, 141, 143, 145, 231, 232, Württemberg, Herzog Karl Alexander von 278 Wüsten, Fritz 301

\mathbf{Z}

Zimmering, Max 148, 304 Zimmermann, Michael 133, 164, 165, 167 Zitelmann, Rainer 178 Zweig, Arnold 20, 284, 306, 324 Zweig, Stefan 204, 205, 206 Zwerenz, Gerhard 312